C 21734 E

Chemischer Krieg in Europa? S. 10 - 13



Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 225 20.9.82
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM
Förderpr. DM 5

Massaker und Vertreibung:

Die Endlösung der Palästinenserfrage

Der systematische Massenmord an mehr als 1000 Bewohnern palästinensischer Flüchtlings-Lager in Westbeirut hat weltweit starke Reaktionen hervorgerufen. Daß dieses Massaker mit Wissen und mit Duldung der israelischen Armeeführung durchgeführt wurde, wird sich nicht bestreiten lassen.

Das Massaker war völlig vorhersehbar. Israel hat mit der Vertreibung der PLO aus Beirut und der Besetzung des halben Libanon bisher nur einen kleinen Teil seines Gesamtziels erreicht. Dieses Ziel lautet „Endlösung der Palästinenserfrage". **Es geht um nichts geringeres als den Plan zur Vernichtung der Palästinenser als Volk.** Mit den faschistischen Terrororganisationen im Libanon verfügt Israel über einen ebenso hilfsbereiten wie absolut skupellosen und barbarischen Verbündeten. Nachdem Israel die PLO militärisch geschlagen und damit die palästinensische Bevölkerung in dem von Israel besetzten Teil des Libanon schutzlos gemacht hat, erledigen die Faschisten das „Nachputzen".

Das Massaker von Beirut ist kein Versehen, keine verrückte und unkontrollierte Einzelaktion radikaler israelischer Militärs. Das Massaker als Methode ist Bestandteil der zionistischen Politik in Palästina von Anfang an gewesen. Hauptzweck dieser Methode ist es, Furcht und Panik unter den Palästinensern zu produzieren und damit die psychologischen Rahmenbedingungen für Massenflucht und Massenvertreibung zu schaffen. Im Libanon sind in den vergangenen 10 Jahren politische Strukturen der Palästinenser entstanden, die Israel nun durch neue Vertreibungen und Deportationen vollständig zerstören will.

Man darf sich daran erinnern, daß alles damit begann, daß Israel ein dubioses Attentat auf seinen Botschafter in London zum Vorwand einer „Strafaktion" gegen den Südlibanon nahm. Nachdem Israels Aggression gut vorankam, hieß es plötzlich, es solle ein „Sicherheitssteifen" von 40 - 50 Kilometern im Südlibanon geschaffen werden. Dann standen die israelischen Truppen vor Beirut und Israels Regierung verkündete ihre Absicht, die PLO aus Beirut zu vertreiben. Kaum ist das gelungen, besetzt Israel ganz Beirut, diesmal unter dem zynischen Vorwand, nach der Ermordung des Faschisten-Führers Gemayel „Blutvergiessen und Gewalt" verhindern zu müssen. In Wahrheit jedoch, um weiteres Blutvergiessen und Gewalt überhaupt erst möglich zu machen. Und das nächste, was Israel anpacken will, ist ohne jeden Zweifel die Eroberung des gesamten Libanon, um die bewaffneten Einheiten der Palästinenser auch aus dem Nord-Libanon und dem Bekaa-Tal zu vertreiben. Falls dieser Feldzug erfolgreich beendet werden kann, wird Israels Regierung feststellen, daß es im Libanon ja immer noch Palästinenser gibt, so daß erstens die israelische Besetzung noch ein bißchen dauern muß und zweitens die Faschisten noch ein paar Massaker veranstalten dürfen, die der israelischen Regierung hinterher selbstverständlich sehr peinlich sind und deren Hintergründe man dann ganz streng untersuchen wird.

Das schwerste Stück der „Endlösung der Palästinenserfrage" steht allerdings nicht im Libanon, sondern in den seit 1967 besetzten Gebieten (Gaza-Streifen und Westjordanland) bevor. Die Regierung Begin will diese Gebiete „für immer und ewig" in den Staat Israel integrieren. Darin ist sie sich im Prinzip sogar mit der „Arbeiterpartei"-Opposition einig, die während ihrer Regierungszeit mit einer systematischen Siedlungspolitik zur Schaffung vollendeter Tatsachen in den besetzten Gebieten begonnen hat.

Problematisch ist lediglich, daß in diesen Gebieten heute schon rund 1,3 Millionen Palästinenser leben. Wenn das so bleibt, wird es (zumal bei der hohen Geburtenrate der Palästinenser) eines Tages mit dem vom Zionismus proklamierten „Judenstaat" vorbei sein. Hinzu kommt, daß weltweit die Forderung nach Verwirklichung der nationalen Rechte der Palästinenser eher stärker geworden ist. Der Druck auf Israel, den Palästinensern in

Forts. S. 3



Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das grössere

Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das grössere

Noch ein paar Wochen früher, als allgemein erwartet hat die sozialliberale Koalition in Bonn den Löffel abgegeben. Mit der Auflösung der Koalition ist Helmut Schmidt in letzter Minute in die Offensive gegenüber der FDP-Spitze gegangen, die den ganzen Vorgang lieber erst nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern über die Bühne bringen wollte. Gestützt auf eine breite Mehrheitsmeinung im Volk kann die SPD nun sofortige Neuwahlen fordern, die der Albtraum der FDP sind. Neuwahlen sind selbstverständlich auch den Grün-Alternativen sehr willkommen, die dann mit Sicherheit eine solide Fraktion in den Bundestag schicken werden. Und an baldigen Neuwahlen ist zuschlechterletzt auch die CSU interessiert, weil nur auf diesem Weg der berüchtigte Kanzlerkandidat auf Warteposten, Franz Josef Strauß, doch noch zu den Ehren kommen könnte, denen er so lange vergeblich nachgejagt hat.

Wenn die CDU/CSU nur von den Leuten gewählt würde, denen sie tatsächlich nutzt, so wäre sie schon längst eine Splitterpartei. Man wird sich aber darauf einrichten müssen — Neuwahlen hin oder her — daß es erst einmal eine Mehrheit im Volk gibt, die bereit ist, für eine Politik zu stimmen, die den bisherigen Kurs der SPD/FDP-Koalition noch weit in den Schatten stellt. Das bedeutet Grünes Licht für den verschärften Abbau des „sozialen Netzes", Ausbau des Polizei-Staates, forcierte Kriegsrüstung und Kriegspolitik. Es bedeutet Grünes Licht für massenhafte Verelendung und Massenarbeitslosigkeit. Die Tatsache, daß der Kapitalismus wieder einmal an die Grenzen seiner Möglichkeiten stößt, soll nicht nach vorn (in Richtung Sozialismus), sondern nach rückwärts gelöst werden: Durch gesteigerte Ausplünderung des arbeitenden Volkes und durch Nationalismus und Krieg.

Die Entwicklung in den USA, wo Reagan genau diese Politik praktiziert, zeigt aber auch ihre Schranken: Der soziale und politische Widerstand wächst.

Die CDU/CSU wird es schwerer haben als die SPD, die beabsichtigte Rechtswende praktisch durchzusetzen. Wahlen zu gewinnen, nachdem man sich 13 Jahre lang in der Oppositionsrolle von der Last des eigenen Scheiterns erholen konnte, ist eine verhältnismäßig leichte Sache. Diese Politik durchzusetzen gegen die Gewerkschaften, die nun keine parteipolitische Zurückhaltung üben müssen, gegen die SPD, die sich als Oppositionspartei erst wieder von der Scheiße distanzieren muß, die sie selbst angerichtet hat, gegen die grün-alternative und sozialistische Radikalopposition, die

Forts. S. 3

> *„Bei der FDP kann man sich auf eines verlassen, nämlich eine berechenbare Komponente, ihre Charakterlosigkeit. Wenn sie in der Dummheit noch treu wäre, wäre es für uns schlimmer als so, wo sie in der Dummheit unzuverlässig ist. Denn wenn es ihr an den Kragen geht, kann man sich darauf verlassen, daß sie noch mit zum Schwur erhobener Hand der SPD Treue gelobt und mit uns den Koalitionsvertrag zu unterschreiben bereit wäre. Die Charakterlosigkeit der FDP, verbunden mit ihrem Selbsterhaltungstrieb, ist eine der zuverlässig berechenbaren Komponenten."*
>
> **Eine augenblicklich in Bonn wieder häufig zitierte Einschätzung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in seiner „Sonthofen-Rede" vom 19. November 1974.**

Rot für Grün

Leider ist der hessische Wahlkampf nicht - oder jedenfalls bisher noch nicht - der Triumphzug geworden, den sich viele noch zu Beginn des Jahres erhofft hatten: Von der Startbahnmauer und mit der Sympathiewelle des Volksbegehrens im Rücken hinein in den hessischen Landtag, um auch dort die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Nach allem, was an Protesten gegen die Startbahn, aber auch in der Friedensbewegung gelaufen war, hätte man glauben können, daß Hessen nach dieser Wahl nicht mehr so regiert werden könnte wie bisher. Heute ist die Situation eine andere. Die FDP hat eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU getroffen, und es scheint, als ob Dregger es - mit oder ohne Liberale - schafft. Dann sind jedoch auch die Tage der Bonner sozialliberalen Koalition gezählt; am Wahlkampf wird dies bereits sichtbar. Wer heute noch glaubt, ein solcher Wechsel sei weiter nicht tragisch und für eine „Demokratie" normal, wird bald ein böses Erwachen erleben. Die Arbeitslosenzahlen werden noch einmal gewaltig in die Höhe schnellen, bewußt gesteigert werden - siehe England oder USA. Soziale Errungenschaften werden nach dem Motto „Alle müssen den Gürtel enger schnallen" drastisch zusammengestrichen werden. Wer 'abspecken' soll, sind allerdings diejenigen, die ohnehin keinen 'Speck' haben, während die Privilegierten ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Es ist ja bezeichnend, daß im Chor der CDU oder FDP gerade Kapitalisten, Ärzte, leitende Angestellte usw. am lautesten gegen das sog. „soziale Netz" agitieren. Sie wissen genau, daß sie nichts zu befürchten haben... Die „Wende" wird sich keinesfalls darin erschöpfen, daß ein paar andere Figuren die Ministersessel besetzen.

chen werden. Wer 'abspecken' soll, sind allerdings diejenigen, die ohnehin keinen 'Speck' haben, während die Privilegierten ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Es ist ja bezeichnend, daß im Chor der CDU oder FDP gerade Kapitalisten, Ärzte, leitende Angestellte usw. am lautesten gegen das sog. „soziale Netz" agitieren. Sie wissen genau, daß sie nichts zu befürchten haben... Die „Wende" wird sich keinesfalls darin erschöpfen, daß ein paar andere Figuren die Ministersessel besetzen.

KB-Aufruf zur Hessenwahl

Wer sich dieser Illusion hingibt, sollte sich noch einmal mit der Geschichte der fünfziger Jahre beschäftigen. Die bundesrepublikanische Rechte ist nicht schwach (wie auch die deutsche Rechte in der Vergangenheit nie schwach war... - aber häufig unterschätzt wurde!). Hat sie erst einmal die Macht, so wird sie dieser Gesellschaft ihren unverwechselbaren Stempel aufdrücken, ein anderes, noch aggressiveres „Modell Deutschland" prägen. Antidemokratische Hetze gegen alle Außenseiter, Minderheiten, gegen Gewerkschafter, Linke und insbesondere Ausländer wird in jedem Fall dazugehören. Es gibt nicht eine einzige gesellschaftliche Emanzipationsbewegung, die davon nicht betroffen wäre. Es wird schwerer sein, sich auf kleine Freiräume, gesellschaftliche Nischen und Inseln zurückzuziehen, wie es viele Linke seit Mitte der siebziger Jahre getan haben. Einmal ganz abgesehen von der Frage, inwieweit der Begriff Freiraum unter dem „atomaren Schild" von Cruise Missiles und Pershing 2 nicht absurd ist.

Als die Startbahn-Gegner Holger Börner vor fast genau einem Jahr versprachen, er werde die Fertigstellung dieses Monstrums nicht als Minißterpräsident erleben (wenn es überhaupt durchgesetzt werden kann), da meinten sie damit gewiß nicht Dregger als Nachfolger. Und sie sind auch nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn es so kommen sollte. Vielmehr hat die SPD-Führung selbst alles erdenkliche getan, um den Rechten den Weg zu ebnen. Das Bett ist für den Wechsel bereitet: Selbst der Beschluß, die atomare Wiederaufbereitungsanlage zu bauen, wurde noch schnell über die Bühne gebracht, um künftigen Nachfolgern das Geschäft zu erleichtern. Wer von dieser Partei erhofft, sie werde in der Opposition endlich einen Kurswechsel weiter nach links vornehmen, der möge nach Frankfurt schauen, wo sie seit über drei Jahren Gelegenheit dazu gehabt hätte. Tatsächlich gaben die SPD-Rechten nach Arndts Abgang nicht ein Zipfelchen ihrer innerparteilichen Macht ab. So herrscht in den Reihen der SPD - von rechts bis links - die totale no-future-Stimmung vor und das mit Recht. Die Zukunft liegt woanders.

Doch es interessiert im Grunde wenig, ob die SPD nun 5 oder 10 % an Stimmen verliert. Viel heißer ist die Frage, ob eine andere Partei wenigstens ein bißchen mehr als 1,6 % verliert, und das ist die FDP (1978: 6.6 %).

Forts. S. 44

»Nachrüstung« — Bauarbeiten für die Stationierung beginnen jetzt!

Bereits im Oktober 1982 sollen in der Bundesrepublik die Bauarbeiten für eine erste neue US-Air-Force-Basis zur Stationierung von Cruise missiles beginnen. Bereits Anfang 1980 war zwischen Bundesregierung und US-Administration der Standort Wiersdorf in der Eifel ausgewählt worden. 200 Mio. Dollar soll die Einrichtung dieser Basis für 1500 Soldaten und 1200 Familienangehörigen kosten; 30 Mio. Dollar allein der Sicherheits-Zaun, der unliebsame Demonstranten abhalten soll. Ab 1. Oktober 1982 stehen für die 1. Bauphase 40 Mio. US-Dollar im Haushalt bereit, ähnliche Summen sind im BRD-Haushalt vorgesehen. Auf Anfrage aller Fraktionsvorsitzenden im Rheinland-Pfälzischen Landtag wurde von der Landesregierung erklärt, daß sie *„keine Informationen"* habe. Schon früher hatte die Bundesregierung auf Anfragen erklärt, daß *„über Sonderwaffen, Beispiel Cruise missiles, und deren Lagerung ... keine Auskünfte erteilt"* würden.

Obwohl in Genf immer noch angeblich darüber verhandelt wird, eventuell gar keine neuen Mittelstreckenraketen zu stationieren, obwohl heute schon klar ist, daß Cruise missiles und Pershing II allerfrühestens 1984 einsatzfähig sein könnten, wenn nicht sogar noch weitere Verzögerungen eintreten, soll jetzt schon mit den Bauvorbereitungen für die Stationierung begonnen werden.

In dieser Situation hat die Bundesvorsitzende der Grünen und Mitinitatorin des Krefelder Appells, Petra Kelly, im Rahmen des Künstler-Frieden-Festivals in Bochum dazu aufgerufen, den geplanten Bauplatz in Wiesburg (bei Bitburg) *„gewaltfrei zur besetzen"*: die Bauarbeiten müßten *„gewaltfrei und phantasievoll"* verhindert werden.

Die Friedensbewegung, die immer wieder an die Regierenden in diesem Lande appelliert hat, ihre Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß zurückzuziehen, hat hier eine erneute Ohrfeige von den Herrschenden bekommen. Wer noch auf Möglichkeiten in der SPD gehofft hatte, sie könnte 1983 einen anderen Beschluß in dieser Sache fassen, wird nur mit einer CDU/CSU-Regierung konfrontiert, die für solche Hoffnungen nun wirklich keinen Spielraum mehr läßt. Am 9./10.10. wird die 2. Aktionskonferenz der westdeutschen Friedensbewegung in der Kölner PH stattfinden. Es muß sich zeigen, ob wir dieser Entwicklung gemeinsam eine gebührende Antwort erteilen können.

»2. Juni«:
Hungerstreik für Normalvollzug

Seit dem 30. August sind Ralf Reinders und Ronald Fritzsch im Hungerstreik. Erreichen wollen sie ihre Verlegung in den sogenannten Normalvollzug, in die Berliner Vollzugsanstalt Tegel.
Wegen der Lorenz-Entführung durch die Bewegung „2. Juni" seit sieben Jahren in Haft, gehörten sie nach der Fertigstellung des Moabiter Hochsicherheitstraktes im Januar 1980 zu den ersten Gefangenen in diesem „Mausoleum". Der damalige Justizsenator, Moritz Meyer, belegte den Hochsicherheitstrakt mit den Angeklagten im Lorenz-Drenckmann-Verfahren trotz massiver Proteste selbst aus FDP-Kreisen, Kirche und Strafverteidigerverbänden. Als Legitimation diente ihm u. a. die Sicherung des laufenden Prozesses. Im September 1980 wurden die Urteile gesprochen: zwischen fünf und 15 Jahre für die Angeklagten Ralf Reinders, Till Meyer, Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Fritz Teufel und Andreas Vogel. Anfang 1982 wurden die Revisionen abgelehnt, die Urteile rechtskräftig und die Untersuchungshäftlinge Strafgefangene. Für Einzelne veränderte sich die Situation: Fritz Teufel hatte seine fünf Jahre abgesessen und wurde entlassen, Gerald Klöpper wurde Mitglied der AL und kam in den Reformvollzug. Andreas Vogel wurde auf eigenen Wunsch in den Hochsicherheitstrakt nach Celle verlegt.
Übrig geblieben sind Ralf Reinders, Ronald Fritzsch und Till Meyer. Ihre Anwälte stellten im Mai 1982 Anträge zur Erstellung von Vollzugsplänen, die den weiteren Haftverlauf im Hinblick auf familiäre Bindungen und Arbeitsmöglichkeiten beinhalten. Die Justiz reagierte mit Erpressungsversuchen: Eine Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt in den Normalvollzug komme nur in Frage, wenn die Inhaftierten sich distanzierten. Inzwischen ist Till Meyer in den Normalvollzug verlegt, Ronald Fritzsch und Ralf Reinders befinden sich weiter im Trakt. Ihnen droht die Verlegung in eine westdeutsche Haftanstalt. Die Verlegung von Till Meyer wird von einigen Leuten dahingehend interpretiert, daß er „abgeschworen" habe. Tatsächlich ist seine Kritik an der Politik der „Guerilla" sowohl seinen Mitgefangenen und der „Szene" als auch dem Staatsschutz seit langem bekannt.

Anti-Repressions AG/HH
(ehem. IKAH)

Erklärung von Ralf und Ronald

Die Bedingungen des Hochsicherheitstrakts sind unerträglich!

Anti-Repressions AG/HH
(ehem. IKAH)

Erklärung von Ralf und Ronald

Die Bedingungen des Hochsicherheitstrakts sind unerträglich!

„Seit über sieben Jahren Isolation und Kleingruppenisolation, die letzten 32 Monate im Moabiter Hochsicherheitstrakt in einer immer kleiner werdenden Gruppe.
Jetzt reicht's!!

Nachdem die Verhandlungen zwischen uns und den Vertretern der westberliner Justizverwaltung über eine Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt Moabit in den sogenannten „Normalvollzug" nach Tegel an den Erpressungsversuchen der Justizvertreter gescheitert sind, treten wir am 30. August 1982 in den unbefristeten Hungerstreik!

Die Vertreter der Justizverwaltung weigerten sich, in den Verhandlungen Vollzugsvorstellungen, die unsere weitere Isolierung ausschließen, zu erörtern, solange wir nicht bereit sind, als Vorleistung öffentlich eine politische Erklärung abzugeben, durch die wir uns von der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele oder von politischen Positionen, die das nicht ausschließen, distanzieren.

Bei Verweigerung einer Distanzierungserklärung will die Justizverwaltung — unter Bruch der Zusagen nach dem Hungerstreik im Februar 1981 — unsere Verlegung in einen Hochsicherheitstrakt in Westdeutschland betreiben.

Für die Abgabe einer Distanzierungserklärung wurden uns Vollzugslockerungen in vielen schönen Varianten und die Garantie, in Berlin bleiben zu können, in Aussicht gestellt.

Wir sind auf diesen Erpressungsversuch nicht eingegangen. (Auf unseren Verhandlungsvorschlag, eine Gewaltverzichtserklärung abzugeben, wenn der Senat von Westberlin im Gegenzug die Gefängnisse auflöst, die Polizei entwaffnet und ebenfalls in Zukunft auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, wollten sie nicht eingehen.)

Erpressung dieser Art sind in deutschen Gefängissen an der Tagesordnung. Mit Zuckerbrot und Peitsche wollen die Friedhofsruhe herstellen.

Die Maßnahmen der Justiz in und durch die Knäste zielen auf die Identität, um den Gefangenen zu brechen. Dabei ist es egal, ob der Gefangene sich politisch bestimmt, oder ob er es noch nicht gelernt hat, sich und ein Handeln politisch zu begreifen. Gegen Gefangene, die ihre menschliche Würde, ihre Identität behaupten, sich nicht brechen lassen, stehen eine Vielzahl von Repressionsmöglichkeiten zur Verfügung, um jeden Widerstandswillen zu zerschlagen. Sie reichen von Besuchs- und Ausgangssperre bis zur totalen Isolation.

Wir haben in den letzten sieben Jahren einige ihrer Möglichkeiten erfahren. Von Hausstrafen, Bunker, Kleingruppenisolation, Hochsicherheitstrakte bis Totalisolation und Kontaktsperre.

Die Bedingungen des Hochsicherheitstrakts sind unerträglich!

Für uns hat sich die Situation noch zusätzlich verschärft, weil die Kleinstgruppe hier von ehemals sieben auf nur noch drei Gefangene geschrumpft ist. Gefangene, die schon seit Jahren aufeinander hängen und sich unter diesen Bedingungen keine neuen Impulse mehr geben können. Die Situation heute im Hochsicherheitstrakt kommt für uns einer Totalisolation gleich.

Den sozialen Kontakt zu anderen Menschen, den wir zum Überleben im Knast brauchen, werden wir uns jetzt — nach sieben Jahren Isolation — erkämpfen.

Wir fordern:
— Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und jeder Form von Isolation!!!
— Gleichstellung aller Gefangenen!!!
— Verlegung in den Normalvollzug nach Tegel!!!

Ralf Reinders
Ronald Fritzsch"

Gesinnung ist strafbar — Prozeß gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider



Im April 1981, während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF, wurden Karl Grosser und Jürgen Schneider in Heidelberg verhaftet. Im März dieses Jahres wurde der Prozeß eröffnet: gegen Jürgen wegen Unterstützung der RAF, er soll an er Hungerstreik-Erklärung (Februar 81) mitgearbeitet und auf einem ‚konspirativen' Treffen mit Carlos (Karl Grosser) Funkgeräte ausgetauscht haben, die für die RAF bestimmt gewesen wären; gegen Carlos wird Anklage erhoben wegen Mitgliedschaft in der RAF. Ihm wird von den Staatsschutzbehörden vorgeworfen, er habe für die RAF Depots angelegt, Kfz-Doubletten besorgt, den Kontakt zwischen Legalen und Illegalen aufrechterhalten und sei im Herbst 80 selbst in die Illegalität abgetaucht. Als „Beweis" für diese Konstruktionen muß herhalten: daß er
— sich die Haare abgeschnitten hat,
— selten zu Hause war,
— sich exmatrikuliert hat,
— von den Observationskommandos der Polizei seit längerem nicht mehr auf Demos und Veranstaltungen gesehen worden war,
— bei seiner Verhaftung seine echten Papiere bei sich hatte, „was bei einer Personenkontrolle auch am unauffälligsten gewesen wäre" (aus der Anklageschrift).

Carlos und Jürgen sind gegen das Schahregime auf die Straße gegangen, haben gegen die US-Headquarters in Heidelberg demonstriert (1979), Carlos hat zusammen mit anderen Genossen aus Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen das Amerika-Haus in Karlsruhe besetzt (1979), 1981 haben beide für die Erfüllung der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF während deren kollektiven Hungerstreiks gekämpft.

Seit Beginn des Verfahrens versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) ihre Konstruktion von der „legalen RAF" durchzusetzen. Carlos erklärte im Prozeß:

lektiven Hungerstreiks gekämpft.
Seit Beginn des Verfahrens versucht die Bundesanwaltschaft (BAW) ihre Konstruktion von der „legalen RAF" durchzusetzen. Carlos erklärte im Prozeß:

„Angefangen hat das hier mit der Verlesung des Urteils gegen Angelika Speitel, was sich in den verschiedensten Varianten durch das ganze Verfahren zieht: die RAF soll hier als militärische Killertruppe hingestellt werden, die alle möglichen Bewegungen für sich funktionalisieren will, und wir, der antiimperialistische Widerstand, dann analog als die Handlanger oder ‚Hilfstruppe', die in einem ‚starren Organisationsgefüge' ‚auf Abruf bereit' steht und in irgendwelche ‚Jobs' gezwungen werden. Das reicht von der Uralt-Konstruktion des ‚Kuriers', über ‚Werbeagentur' zur ‚Beschaffung' usw. bis hin zur blinden Unterwerfung unter einen ‚Verhaltens-Kodex', so die Anklageschrift."

Die politische Bedeutung des Verfahrens soll im kriminalistischen Müll der Konstruktionen erstickt werden: *„Entsprechend werden dann hier Geld, schnelle Autos, Funkgeräte, Knarren usw. vorgeführt und verhandelt."* (Prozeßerklärung von Carlos).

Um jede politische Auseinandersetzung zu verhindern, werden Briefe von und an Carlos beschlagnahmt, Besuchsverbote gegen viele Genossen erteilt, die mit Carlos und Jürgen über den Prozeß diskutieren wollen, hat Oberstaatsanwalt (OStA) Lampe eine Mitschreibeverbot während des Prozesses durchgesetzt, mit der Begründung, die Prozeßbesucher würden die Mitschriften zur Propaganda benutzen.

Die Anklage gegen Carlos ist inzwischen drei mal erweitert worden: die BAW ist nun bei der Beteiligung an der Aktion der RAF gegen Kroesen im September 81 (Carlos saß da schon ein halbes Jahr im Knast), der Beteiligung an vierfachem Mordversuch angelangt.

Trotz dünner Beweislage und mehrerer Haftentlassungsanträge der Verteidigung, versucht die BAW hartnäckig die Verurteilung durchzusetzen. Die Ankündigung des Prozesses in den Medien als „neuer RAF-Prozeß", die Wahl des Prozeß-Ortes im Staatsschutzsaal um Stuttgart-Stammheim, die Konstruktionen der Anklage, die Art und Weise, wie der Prozeß durchgeführt wird, sind offensichtlich auf ein Ziel ausgerichtet: mit dem Prozeß die Konstruktion „legale RAF" durchzusetzen und damit ein Urteil, das bis zu 15 Jahren gehen kann.

„Es soll demonstriert werden, daß ab sofort jeder mit allem konfrontiert

ein Ziel ausgerichtet: mit dem Prozeß die Konstruktion „legale RAF" durchzusetzen und damit ein Urteil, das bis zu 15 Jahren gehen kann.
„Es soll demonstriert werden, daß ab sofort jeder mit allem konfrontiert

wird, und es soll — über die Kriminalisierung und den § 129a — verschleiert werden, daß es hier um die Bekämpfung von antiimperialistischem Widerstand geht und unsere Verurteilung durchgesetzt werden soll. Zum Zweiten — und das hängt damit zusammen — versuchen sie so, ihre eigene Gewalt und Hierachie, die jeder hier haßt — und gegen die wir im Kampf zumindest eine Ahnung von etwas anderem bekommen haben — zum Inhalt unseres Widerstands zu machen.

Im Grunde wird hier alles, was die Mobilisierung zum Streik (der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF im Frühjahr 81 — Anbm. d. Verf.) *und die antiimperialistischen Kämpfe seit mehr als einem Jahr an Neuem eröffnet haben, hier im Prozeß ganz brachial abgerechnet werden — da sind wir ja auch verhaftet worden..."* (Prozeßerklärung von Carlos).

Mit diesem Prozeß bereitet sich der Staatsschutz auf kommende Auseinandersetzungen vor. Getroffen werden soll die neue antiimperialistische Bewegung: Seit der Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen 80 die Ansätze von entschlossenen und zielgerichteten Angriffen gegen US- und Nato-Einrichtungen und das BRD-Regime, während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und zuletzt die militante Demonstration gegen den Reagan-Besuch am 11.6. in Berlin, gegen die in der Presse mit dem Tenor demobilisiert wurde: „die legale RAF reist an".

So hat der Prozeß zum einen die Funktion der Abschreckung, eben zu verhindern, daß diese Ansätze, die oft noch spontan und nebeneinander her entstehen, organisierte und kontinuierliche Politik werden; zum anderen — in der sicheren Ahnung, daß sich viele von der Gewalt des Staates nicht mehr abschrecken lassen — soll mit dem Prozeß ein Richtlinien-Urteil durchgesetzt werden, *„mit dem der Staatsschutz in jeder gewünschten Situation und ohne eine ‚konkrete Tat' zu brauchen, antiimperialistische Militante hinter Gitter bringen will — und das für sehr lange."* (Prozeßerklärung v. Carlos). Entsprechend kündigte OStA Lampe gleich zu Beginn des Verfahrens an, daß die BAW solche Prozesse demnächst in drei Tagen durchziehen werde.

Der Auszgang des Prozesses gegen

Carlos). Entsprechend kündigte OStA Lampe gleich zu Beginn des Verfahrens an, daß die BAW solche Prozesse demnächst in drei Tagen durchziehen werde.
Der Auszgang des Prozesses gegen

Carlos und Jürgen wird direkte Auswirkungen auf den für Herbst angesetzten Prozeß gegen Helga Roos haben, der, wie Carlos, Mitgliedschaft in der RAF und die Beteiligung an der Aktion gegen Kroesen vorgeworfen wird. So versucht der Staatsschutz mit juristischen Mitteln eine Entwicklung in den Griff zu bekommen, die er tatsächlich nicht begreifen kann: eine Entwicklung, in der immer mehr Menschen in der Konfrontation mit staatlicher Gewalt die „Gewaltfrage" nicht mehr ausklammern und sich auch mit bewaffneter Politik auseinandersetzen, eine Entwicklung, in der immer mehr Menschen durch ihre Kämpfe gegen das imperialistische System eine Nähe zu der Politik der Guerilla herstellen können, die für den Staat tatsächlich gefährlich werden wird und die er nicht anders zu fassen bekommt, denn als „Mitgliedschaft" in der Guerilla.

Forts. nächste Seite

Presseerklärung der Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger

Elementares Recht eines jeden beschuldigten Bürgers ist sein gesetzlicher Anspruch auf jederzeitigen Kontakt mit einem Rechtsanwalt, § 137 StPO. In verschiedenen Fällen mußten wir feststellen, daß Beschuldigte durch die Polizei daran gehindert wurden, zu ihren Verteidigern Kontakt aufzunehmen. Das hat die Strafverteidigung veranlaßt, bei den niedersächsischen Ministerien nachzufragen, ob es ich bei der Verweigerung des Anspruchs von beschuldigten Bürgern auf Kontakt zu ihrem Anwalt um bloße Einzelfälle handelt.

Der Verdacht auf eine systematische Einschränkung des Beschuldigtenrechtes auf jederzeitigen Kontakt mit einem Verteidiger hat sich nun bestätigt.

Nachdem die erste Anfrage unbeantwortet blieb, teilte der niedersächsische Innenminister am 26. Juli 1982 mit: *„Ihr o. g. Schreiben wurde mir vom Niedersächsischen Minister der Justiz zuständigkeitshalber zur Bearbeitung übersandt.*

In Ergänzung meines o. g. Schreibens erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß aus kriminaltaktischen Gründen während einer polizeilichen Maßnahme — z. B. einer laufenden Durchsuchungs- oder Festnahmeaktion — eine sofortige Benachrichtigung eines Rechtsanwalts auf Verlangen des Betroffenen kurzfristig nicht zugelassen werden kann, wenn zu befürchten ist, daß durch eine solche Maßnahme andere Personen gewarnt werden könnten und damit die Gefahr droht, daß die Ermittlung der Wahrheit erschwert werde (Verdunkelungsgefahr)."

Wir stellen mit großer Besorgnis fest, daß nicht nur von der Legislative, sondern auch von Executive eine weitere Verschärfung durch Abbau von Beschuldigtenrechten in Angriff genommen wird.

Wir fordern Justiz- und Innenminister auf, das Gesetz zu respektieren und ihre untergeordneten Behörden entsprechend anzuweisen.

Hannover, den 30. August 1982

Anhang: Material zur Presseerklärung gegen die Einschränkung von § 137 StPO

§ 137 Abs. 1 S. 1 StPO lautet: „Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen". Nach Gesetz kann sich ein Beschuldigter also **jederzeit** des Beistandes eines Verteidigers bedienen. Das ist nur möglich, wenn er sich **jederzeit** an einen Anwalt wenden kann, dieses Recht ist also logisch in § 137 StPO enthalten.

Von diesem Recht gibt es nur eine **einzige** Ausnahme im Gesetzt: das Kontaktsperre-Gesetz vom 30.9.1977, das sich ausschließlich auf Verfahren nach § 129 a StGB und dort weiter genannte schwerste Straftaten richtet, §§ 31 ff EGGVG. Auch dieses Gesetz wurde und wird von den Strafverteidigern abgelehnt.

§ 137 StPO wird z. B. durch **§ 148 StPO** ergänzt, wo es in Abs. 1 heißt: „Dem Beschuldigten ist, auch wenn er sich nicht auf freiem Fuß befindet, schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet."

Auch dazu gibt es Ausnahmen in Verfahren nach § 129 a StGB, Überwachung der Verteidigerpost durch einen Richter und Kontaktbeschränkung durch Trennscheibeneinsatz.

Zwei Zitate aus Strafakten als Beweis für die gesetzwidrige Einschränkung des Rechts **auf jederzeitigen Kontakt des Beschuldigten mit einem Verteidiger:**

1. Zitat: „Mir steht es nach dem Gesetz frei, mich zur Sache zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen oder aber vor einer verantwortlichen Vernehmung einen von mir zu wählenden Rechtsanwalt zu befragen. Herr M. möchte seinen Anwalt anrufen, dieses kann jedoch aus kriminaltaktischen Gründen zur Zeit nicht erfolgen. Die Vernehmung wird abgebrochen. — Unterschrift: KOKin F."
aus der Akte der Staatsanwaltschaft Hannover KLs 31 Js 474/81, Vernehmung vom 4.8.1981, Blatt 29 R.

2. Zitat: „Nach dem Gesetz steht es mir frei, mich zu diesen Anschuldigungen zu äußern oder auch nicht oder auch schon vor meiner verantwortlichen Vernehmung einen von mir zu wählenden Rechtsanwalt zu befragen. Mir wird dazu gesagt, daß aufgrund des Ermittlungsstandes im Moment noch nicht mit meinem Rechtsanwalt gesprochen werden kann ... Unterschrift: KOKin F." — aus der Akte der Staatsanwaltschaft Hannover 31 Js 8834/82, Vernehmung vom 15.3.1982, Blatt 78 R.

Zwei Berichte eines Verteidigers über entsprechende Erfahrungen beim Versuch, **einen festgenommenen Mandanten zu sprechen:**

1. Bericht: Ich war von der Festnahme meines Mandanten informiert worden, hatte in Erfahrung gebracht, wo er sich gerade bei der Polizei befand. Ich telefonierte mit dem zuständigen Beamten und wollte wissen, wo genau sich mein Mandant gerade befand, weil ich ihn sprechen wollte. Der Beamte sagte, ich könne ihn nicht sprechen, er wolle ihn vorher vernehmen. Ich verwies auf die Rechtslage und verlangte sofortige Gesprächsmöglichkeit. Diese wurde verweigert. Über die Einschaltung eines Staatsanwalts erhielt ich die Erlaubnis. Im Polizeigewahrsam hieß es dann plötzlich, ich könne den Mandanten nur in Anwesenheit eines Polizisten sprechen. Nach erneuter Einschaltung des Staatsanwalts konnte ich ihn sprechen, inzwischen waren über drei Stunden vergangen.

2. Bericht: Ich kam auf die Polizeiwache im Polizeipräsidium und bat, mich zum Polizeigewahrsam durchzuschließen, weil ich einen festgenommenen Mandanten sprechen wollte. Ein Beamter fragte, ob ich eine Besuchserlaubnis hätte. Ich sagte, ich hätte eine Vollmacht, und zeigte diese. Der Beamte meinte, die reiche nicht. Da müßte eine richterliche Erlaubnis vorliegen, bei einem Anwaltsbesuch bestünde Verdunkelungsgefahr. Nach einer heftigen Debatte über die Rechtslage konnte ich mich durchsetzen und den Mandaten sprechen.

Botschaftsbesetzung in Bern Wer bestellte die Provokation?

Am 5. September stürmte ein schwerbewaffnetes Kommando die polnische Botschaft in Bern, nahm 13 Anwesende als Geiseln und erklärte, dies sei nur der Auftakt. Sie hätten rund 200 Mann unter Waffen und würden *„alle drei Tage, sowohl im Westen wie im Osten"* ähnliche Aktionen durchführen. *„Das Kommando der aufständischen Landesarmee bekundet, daß es die Kriegserklärung des faschistischen Regimes Polens vom 13. Dezember annimmt. (...) Wir werden die Botschaft verlassen und alle Diplomaten und Mitarbeiter freilassen, wenn der Kriegszustand in Polen aufgehoben wird, wenn alle polnischen politischen Gefangenen freigelassen werden und wenn die Repressionen gegen das polnische Volk gestoppt werden."* (nach FR, 7.9.). Widrigenfalls wolle man sich samt den Geiseln in die Luft jagen. Der Kommandeur der Gruppe, der sich Oberst Wysocki nannte, bestritt jegliche Verbindung zu Solidarnosc und KOR (FAZ, 8.9.). Die Form der Aktion und die Beziehung auf die historische „Heimatarmee" lassen es glaubwürdig scheinen, daß die Gruppe mit Solidarnosc nichts zu tun hat. Wenn überhaupt irgendeine Verbindung zu polnischen Organisationen bestehen sollte, dann zur reaktionären KPN (Konföderation Unabhängiges Polen), die sich durchaus in der Tradition des militanten Antisowjetismus á lá „Heimatarmee" sieht.

Aber auch eine solche Verbindung ist nicht unbedingt wahrscheinlich. Bemerkenswert ist nur, daß sich die „Polnische Exilregierung" in London, ein Relikt aus dem II. Weltkrieg, von dem lange Zeit nichts mehr zu vernehmen war, genötigt sah, sich s o f o r t von der Besetzung zu distanzieren („Welt", 7.9.). Tatsächlich war die „Heimatarmee" (Armia Krajawo) während des II. Weltkrieges der bürgerlich-nationalistischen Exilregierung unter General Sikorski unterstellt.

Die „Heimatarmee" war iene militärische Widerstandsorganisation in Polen, die die deutschen Truppen bekämpfte. Nach dem Krieg kämpfte die „Heimatarmee" gegen die polnischen Kommunisten und die sowjetischen Truppen (bis 1947).

Das das ‚Komanando' in Bern sich in diese Tradition stellt, spricht eindeutig gegen eine Verbindung zum KOR; denn das KOR verfolgt eine Linie des Kampfes gegen Jaruzelski bei gleichzeitiger Garantierung der sowjetischen Interessen (vergl. AK 222). Das Kommando erklärte dann auch in dankenswerter Offenheit: **„Wir sind keine Arbeiter, wir sind Nationalisten und Antikommunisten"** (taz, 8.9.).

Die Koordinierungsbüros der Solidarnosc im Ausland distanzierten sich scharf von der Aktion. Das Büro in Zürich sah in der Aktion einen „Akt der Provokation" und bot den Schweizer Behörden Vermittlerdienste zur Beendigung der Besetzung an. Ebenso erklärte das Büro in Brüssel, es handle sich um *„einen gegen das polnische Volk gerichteten Akt"* (NZZ, 9.9.). Das Büro in Paris äußerte sich ähnlich.

Ein ganz schräger Vogel

Am 9. September stürmte eine Spezialeinheit der Schweizer Polizei die Botschaft und befreite die Geiseln.

Was die Identifizierung des „Oberst Wysocki" dann ans Tageslicht brachte, spottet jeder Beschreibung.

Florian Kruszyk heißt der Mann und verkaufte sich an alles und jeden. Ausgebildet auf einer polnischen Offiziersschule war er von 1962 bis 65 bei dem Sicherheitskorps in Warschau, hernach beim Nachrichtendienst. 1969 wurde er in der Schweiz verhaftet und wegen Juwelenraub in Verbindung mit Geiselnahme verurteilt. (taz, 110.9.). Aufgefallen war er in der Schweiz weiterhin wegen **„Ausspionierens polnischer Flüchtlinge"** (FAZ, 11.9.). Als er 1978 aus dem Knast kam, lehnte die Schweiz sein Asylgesuch ab; er hatte nun politisches Asyl beantragt. Die polnischen Behörden haben über die Vielschichtigkeit dieses Zeitgenossen weitere Details mitgeteilt. Kruszyk sei 1967 in Polen steckbrieflich wegen Unterschlagung gesucht worden und habe daraufhin
mitgeteilt. Kruszyk sei 1967 in Polen steckbrieflich wegen Unterschlagung gesucht worden und habe daraufhin
1968 Österreich der Polizei angeboten, bei der Kontrolle polnischer Flüchtling zu helfen. In Österreich allerdings verurteilte man den Herrn erstmal zu zehn Monaten wegen Visafälschung. 1969 bot er in Österreich dem westdeutschen Geheimdienst seine Dienste an und ersuchte um Asyl in der BRD. (Das schlug offenbar fehl, denn im selben Jahr verschwand er im Schweizer Knast).

Hochinteressant sind auch folgende Details aus der Lebensgeschichte Kruszyk's: Im Januar 1968 wurde er von der österreichischen Polizei verhaftet. Damals sagte Kruszyk aus, er sei im Auftrag des polnischen Geheimdienstes Kontrwywiad nach Österreich gekommen. Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit wurde er daraufhin zu elf Monaten Haft verurteilt („Welt", 11.9.82). Mag sein, daß Kruszyk hinsichtlich seiner Tätigkeit für den polnischen Geheimdienst damals aus irgendeinem Grund gelogen hat — aber immerhin mußte er ja wissen, daß ihn diese Lüge (wenn es denn eine war?!) geradewegs in den Knast bringen würde. Seltsam, oder?! Ein zweites Detail: In Den Haag, wo Kruszyk seit 1980 ein Restaurant betrieb, verärgerte er seine exilpolnischen Landsleute, *„weil Kruszyk sich weigerte, Plakate der polnischen Gewerkschaft 'Solidarität' in seinem Lokal anzubringen. Er erklärte, das könne er nicht tun wegen seiner Kontakte zu Funktionären der polnischen Botschaft in Den Haag, die sein Restaurant besuchten"*. (FR, 11.9.).

Wem der Herr Kruszyk zur Zeit dient, ist nicht bekannt. Skurilerweise forderte er vor dem Sturm der Polizei auf die Botschaft (als deutlich wurde, was von Anfang an klar war, nämlich, daß Jaruzelski nicht im Traum daran dachte, seine Forderungen zu erfüllen), *„drei Millionen Franken und einen Freiflug nach China oder Albanien"*. (FAZ, 11.9.). Wieso er gerade für diese Länder besondere Sympathie hegen sollte, blieb bisher unklar.

„Die Extremisten der 'Solidarität' gehen jetzt ... zur terroristischen Tätigkeit über"

Für das Jaruzelski-Regime kam der Terrorakt wie gerufen und die Schuldigen entlarvte man sofort: 1. Solidarnosc, 2. das KOR, 3. „trotzkistische Terrorgruppen" und 4. über allem thronend der Weltimperialismus. Ein solcher Akt „barbarischer Ereignisse in Bern" sei überhaupt nur denkbar in einem Klima der Verharmlosung des Terrors, wobei Flugzeugentführungen und die Demonstration vom 31. August gleichermaßen unter Terror gezählt werden.

Radio Warschau meldete (obwohl „Oberst Wysocki" jede Verbindung zu Solidarnosc bestritt), er habe solche Verbindungen bestätigt; es bezeichnete Jacek Kuron (KOR) als Inspirator des Überfalls (NZZ, 9.11.). (Kuron ist nach wie vor in Polen interniert!).

Dfie polnische Regierungzeitung 'Rzeczpospolitika': *„Als man die Massen nicht mitreißen konnte"* (mit den Demonstrationen am 31. August), *„griff man zur Piraterie"*, und sie verwies auf die Ähnlichkeit der Forderung des Kommandos mit denen der Solidarnosc (FAZ, 8.9.). Auch die Armeezeitung 'Zolnierz Wolnoci' holte aus:

„Die Besetzung der Botschaft ist ein Folge der koordierten und konzentrierten langfristig angelegten Kampagne der imperialistischen Staaten unter der persönlichen Patronage und der aktiven Einmischung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagen (...) Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, wie die Bewertung des sogenannten Solidaritätsbüros mit der vom Sender ‚Freies Europa' in bezug auf die Ereignissse übereinstimmen — und dies in bezug auf die barbarischen Ereignisse in Bern und die Straßenzusammenstöße in Juni und August..." (nach FAZ, 9. 9.). Die Distanzierungen der Solidarnosc von der Besetzung in Bern wurden als raffinierter Versuch der Ehrenrettung verbucht.

Ein Übersoll an total überzeugender politischer Argumentation leisteten die Schreiber des DKP-Parteiorgan „UZ" (2.9. und 10.9.). Sie haben die Springerpresse jahrelang gründlich gelesen und auch dem Herrn Löwenthal in seinem „ZDF-Magazin" genau aufs Maul geschaut. Daher wissen sie, daß es da, wo Terrorismus passiert, immer auch einen *„geistigen Nährboden"* gibt. Der „Nährboden" ist in diesem Fall selbstverständlich die Kampage gegen das Kriegsrecht in Polen. Mühelos macht
„Nährboden" ist in diesem Fall selbstverständlich die Kampage gegen das Kriegsrecht in Polen. Mühelos macht
die DKP auch die *„Sympathisanten-Szene für die Berner Terroristen"* (das ein Original-Zitat!) aus: Das sind alle, die in der Solidarnosc und in den Zigtausenden von demonstrierenden polnischen Werktätigen etwas mehr sehen als bloß einen „konterrevolutionären Abschaum", der auf die Kommondos des CIA und westlicher Rundfunkstationen hört und den man am besten von der Polizei zusammenknüppeln läßt. (Nebenbei: Ein Duell mit Dachlatten zwischen Holger Börner und dem „UZ"-Chefredakteur Polikeit hätte vielleicht seinen Reiz?!).

Wer gab den Auftrag?

Die Frage nach dem Auftraggeber der Provokation von Bern wird sich wahrscheinlich nie mit letzter Sicherheit beantworten lassen. Stellt man sich einfach nur die Frage „Wem nutzt das?", so lautet das Ergebnis: Die Botschaftsbesetzung hat, genau getimed mit den bisher größten Massendemonstrationen in Polen seit Verhängung des Kriegsrechts, nur dem polnischen Regime und seinem großen Bruder genutzt. Wer am Sturz des polnischen Regimes interessiert ist, wird vernünftigerweise auf M a s s e n aktionen setzten, und dabei sich aller Erfahrung nach terroristische Aktionen wie die von Bern eher ein Hindernis als eine Hilfe. Daß kdies so ist, weiß gerade die DKP selbstverständlich sehr gut, die aus eben dieser Überlegung ständig (und zum Teil auch in sehr überzogener Weise) gegen den Terrorismus im Westen Front gemacht hat. Wenn es logisch sein sollte — wie es die DKP immer wieder getan hat — hinter dem Terrorismus im Westen die Hand des CIA zu vermuten, dann wäre es ganz genauso logisch, hinter dem Überfall von Bern die Regie des KGB zu wittern.

Das bedeutet aber nicht, daß es nicht vielleicht in Wirklichkeit ganz anders war. Immerhin könnte hinter der Aktion auch eine Fraktion der imperialistischen Geheimdienste stehen, die die gesellschaftliche Realität in Polen ganz falsch einschätzt und die vielleicht mit spektakulären Aktionen wie der von Bern ein Signal zum bewaffneten Aufstand in Polen zu geben hofft.

Forts. von voriger Seite

„Zugleich sagen wir auch, daß die Hauptläuschung, von der wir hier sprechen, jene ist, die den Richter zwingt, jedes Subjekt, das nicht eingeordnet erscheint, in die ‚Legitimität' der histori- *chen, jene ist, die den Richter zwingt, jedes Subjekt, das nicht eingeordnet erscheint, in die ‚Legitimität' der histori-* *schen Linken..., in die Schublade der einen oder anderen bewaffneten Organisation zu packen. So, als sei jeder andere und jeder beliebige Ort außer dem der bewaffneten Organisation ausgeschlossen oder besser nicht vorhanden, um Subjekte aufzunehmen, deren Standpunkt bestimmt ist durch radikalen sozialen Antagonismus"* (aus der Prozeßerklärung des Rechtsanwalts S. Spazzali, der der Mitgliedschaft in den Brigade Rosse beschuldigt wird, zum Prozeß von Torino 81).

Entsprechend wird auch bereits in der gerade angelaufenen Fahndung gegen die Genossen/Genossinnen aus der RAF die Verhaftung und Verurteilung von Genossen aus dem legalen antiimperialistischen Widerstand, sog. ‚Helfershelfern', mitvorbereitet. *„Diese Leute können nicht verhaftet werden, weil sie noch keine Straftaten begangen haben"* klagt die „BILD am Sonntag" in ihrem „Wanted"-Artikel. Damit das anders wird, kriminalisiert die BAW auch die Arbeitsbedingungen jeglichen ernsthaften Widerstandes: sich der permanenten Kontrolle, Computerisierung, Observation, „beobachtenden Fahndung" (sic!) u. Spitzeln zu entziehen.

Zu dem Prozeß Öffentlichkeit herzustellen, zu verhindern, daß dieses Staatsschutz-Kalkül aufgeht, muß unser vordringliches Anliegen sein, zum einen, weil wir wissen, was es bedeutet, in der BRD politischer Gefangener zu sein: jahrelange Isolaionsfolter, Spezialprogramme gegen jeden einzelnen Gefangenen, Kontrolle von Briefen, Trennscheibe bei Besuchen etc. Zum anderen, weil wir nicht zulassen können, daß durch diesen Prozeß ein juristisches Instrument geschaffen wird, das auf die Zerschlagung der neuen antiimperialistischen Bewegung abzielt, noch bevor diese zu einer organisierten Kraft geworden ist, und mit dem unsere Genossen für Jahre von uns getrennt, in den Knästen verschwinden sollen.

Prozeßberichte, Briefe von Carlos und Jürgen, Prozeßerklärung von Carlos über: Informationsbüro f. politische Gefangene, c/o W. Grell, Oktaviusstraße 72, HH 70

Genossinnen von „Frauen gegen imperialistischen Krieg"

Massaker und Vertreibung

Forts. von S. 1

den besetzten Gebieten Autonomie oder sogar einen eigenen Staat zuzugestehen, wird vermutlich weiter zunehmen.

Für die Regierung Begin bedeutet das: Man muß sich beeilen, wenn man das Problem lösen will. Das bisherige Tempo einer allmählichen israelischen Durchdringung der besetzten Gebiete reicht bei weitem nicht mehr aus. Das bedeutet erstens eine Ausweitung und Beschleunigung der Siedlungspolitik. Das bedeutet zweitens aber auch mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine gezielte Austreibungspolitik gegen die palästinensische Bevölkerung der besetzten Gebiete. Das wird, sobald im Libanon die Arbeit im Wesentlichen abgeschlossen ist, das nächste Ziel der Regierung Begin sein.

Daß die Palästinenser durch die israelische Politik wieder einmal zu verzweifelter Wut getrieben werden, so daß ebenso verzweifelte neue Terror-Aktionen in nächster Zeit wahrscheinlich sind, ist von der Regierung Begin einkalkuliert und begünstigt nur ihr strategisches Ziel. Eine Bombe in einem israelischen Schulbus, eine palästinensische Wahnsinnsaktion gegen ein israelisches Kibbuz wird vor der Weltöffentlichkeit die Verbrechen Israels und seiner faschistischen Verbündeten im Libanon relativieren. Ein zusätzlicher Gesichtspunkt ist, daß Israels Terror-Politik es sehr schwer machen wird, aus den ersten zarten Ansätzen eines jüdisch-palästinensischen Dialogs und einer Verständigung zwischen beiden Völkern etwas Lebensfähiges und Dauerhaftes zu entwickeln. Das kann dem imperialistischen Zionismus nur recht sein, der kaum etwas auf der Welt so sehr fürchten muß wie Koexistenz und Verständigung zwischen Palästinensern und Juden.

Ohne den Sturz der Regierung Begin, lieber heute als morgen, werden neue Katastrophen kaum noch aufzuhalten sein.

Demo-Aufruf

Israelis raus aus dem Libanon!
Demonstration: 25. September, 11 Uhr im Bonner Hofgarten

— Sofortiger und bedingungsloser Abzug Israels aus dem Libanon!
— Rückzug Israels aus a l l e n besetzten Gebieten!
— Freilassung aller von Israel gefangengehaltenen Palästinenser und Libanesen!
— Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschl. seines Rechts auf einen eigenen Staat in Palästina!
— Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensichen Volkes durch die Bundesregierung!
— Für einen ungeteilten, arabischen Libanon!

Es rufen u.a. auf: Palästinensischer Arbeiterverein, Palästinensischer Studentenverein, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Palästina-Libanon-Plenum Frankfurt, SDAJ, SJD - Die Falken, Verband deutscher Studentenschaften

---

Das 'kleinere Übel' verabschiedet sich, jetzt kommt das größere

Forts. von S. 1

erst noch am Anfang ihrer Entwicklung steht, wird mit Sicherheit ein harter Brocken werden. Die Klassenkämpfe, in den 70er Jahren fast bis zum Nullpunkt versumpft, werden wieder an Schärfe zunehmen.

Viel wird für die weitere Entwicklung davon abhängen, ob relevante Teile der SPD wirklich zu einem politischen Umdenken und einer großen Wende ihrer Politik bereit und fähig sind. Die SPD-Spitze träumt offensichtlich davon, im Wesentlichen weitermachen zu können wie bisher und trotzdem mit dem gelegentlichen Verbalradikalismus einer Oppositionspartei in der Lage zu sein, die in den letzten Jahren parlamentsreif gewordenen Protestpotentiale wieder einfangen und integrieren zu können. Und in 4 oder 6 Jahren könnte man dann vielleicht einfach wieder als Regierungspartei dort weitermachen, wo man eben aufhören mußte.

Diese Sichtweise ist auf jeden Fall unrealistisch, weil so oder so dieses Land in 4 oder 6 Jahren nicht mehr dasselbe sein wird wie heute. Es kommt hinzu, daß die SPD nicht mehr wie in den 60er Jahren mit einem totalen Kredit ins politische Geschäft gehen kann. 13 Jahre sozialliberale Regierungspolitik haben zu einigen Erfahrungen geführt, und die rund 10 %, auf die die grün-alternative Radikalopposition heute vermutlich bundesweit rechnen kann, sind ein Ausdruck dieser Erfahrungen. Es wäre unrealistisch und vermessen, wenn man heute einfach behaupten würde: Diese Radikalopposition läßt sich von der SPD nicht mehr mit dummen Sprüchen leimen und vereinnahmen. Aber weitaus schwerer als in den 60er Jahren würde das Geschäft für die SPD schon werden, und es bliebe allemal ein solider sozialistischer ‚Bodensatz", der mit erheblich mehr Erfahrungen und Realitätstüchtigkeit operieren wird als die aus der APO hervorgegangene „Neue Linke" der 70er Jahre.

Unser eigenes Ziel muß allerdings weiter gesteckt werden: Notwendig ist ein starker „Reform-Block", der eine Alternative sowohl zur bisherigen Regierungspolitik der SPD/FDP-Koalition wie auch zu deren verschärfter Fortführung durch die CDU/CSU entwickeln und dafür erhebliche Teile des Volkes gewinnen kann. Dieser „Reform-Block" kann aber nur zustande kommen, wenn es zu massenhaften Brüchen und Spaltungen in der SPD und FDP kommt. Die Chancen dafür sind vorhanden, auch wenn sie derzeit nicht gerade riesig erscheinen.

Staat oder Autonomie?

Reagans »Friedensplan« richtet sich gegen die PLO

Während Israel im Libanon weitermarschiert und die Eingliederung der seit 1967 besetzten Gebiete Palästinas in den zionistischen Staat vorantreibt, soll ein von der US-Regierung vorgelegter „Friedensplan" das arabische Lager verwirren und spalten. Die ersten Reaktionen zeigen, daß dieses imperialistische Manöver bis in die PLO-Führung hinein Wirkung zeigt. Trotzdem haben sich die arabischen Staaten (lediglich mit Ausnahme Ägyptens und Libyens) und die PLO auf der Konferenz von Fez auf einen eigenen Friedensplan geeinigt, der zu völlig anderen Forderungen als die US-Regierung kommt. Die wesentlichen Punkte der unterschiedlichen Projekte sollen hier dargestellt werden.

Die Charta von Fez

1. Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems.
2. Auflösung der von Israel seit 1967 in den besetzten arabischen Gebieten errichteten Siedlungen.
3. Garantie der Freiheit der Religionsausübung an den „heiligen Stätten".
4. Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Ausübung seiner Rechte unter Führung der PLO, seiner einzigen und rechtmäßigen Vertretung. Entschädigung all jener, die nicht zurückkehren möchten.
5. Unterstellung der Westbank (Westjordanland) und des Gaza-Streifens unter UN-Aufsicht für eine Übergangszeit von einigen Monaten.
6. Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt.
7. Der UN-Sicherheitsrat garantiert den Frieden zwischen allen Staaten der Region.
8. Der UN-Sicherheitsrat garantiert insgesamt die Friedenslösung entsprechend dieser Grundsätze.

Der Fahd-Plan

Der Acht-Punkte-Plan von Fez entspricht in Aufbau und Inhalt fast völlig dem Fahd-Plan der saudi-arabischen Regierung von 1981. Der Fahd-Plan war von den „radikalen" arabischen Staaten und von der Mehrheit der PLO-Führung abgelehnt worden, da er im Grunde als ein von Saudi-Arabien stellvertretend lanciertes Projekt der USA verstanden wurde. Allerdings geht die Charta von Fez nicht unwesentlich über den Fahd-Plan hinaus: Im Punkt 4 des Fahd-Plans war die PLO nicht erwähnt worden; auch fehlte der ausdrückliche Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, das aber indirekt durch die Forderung nach einem selbstständigen palästinensichen Staat (Punkt 6) schon enthalten war.

Der einzige relevante Unterschied zwischen Fahd-Plan und Charta von Fez ist also die Einführung der PLO und ihre Anerkennung als Führerin und Vertreterin des palästinensischen Volkes. Ansonsten sind beide Pläne fast wortgleich, nicht einmal die Anordung der Punkte wurde verändert.

Der Reagan-Plan

Der Reagan-Plan besteht eigentlich, wie die US-Regierung selbst erklärt hat, nur aus Vorschlägen, ist also kein präzis formulierter Plan, sondern eher eine Diskussionsgrundlage. Der Vorschlag besteht aus folgenden Einzelpunkten:
1. Die palästinensiche Bevölkerung in den 1967 besetzten Gebieten soll eine Autonomie in Verbindung mit Jordanien erhalten. Ein palästinensicher S t a a t darf nicht entstehen.
2. Jerusalem soll ungeteilt (also unter israelischer Sourveränität) bleiben, aber der endgültige Status der Stadt soll noch in Verhandlungen (zwischen wem?!) genau definiert werden.
3. Als Zeichen guten Willens soll Israel seine Siedlungspolitik in den besetzen Gebieten auf dem bereits erreichten Stand „einfrieren". Das bedeutet, wie US-Regierungssprecher erläuterten, daß zwar weitere Israelis in den besetzten Gebieten zuziehen dürfen, aber daß keine neuen Siedlungen angelegt werden sollen.

Um die Konsequenzen dieses Plans zu verstehen, muß man die Politik betrachten, die Israel seit 1967 mit den besetzten Gebieten betrieben hat: Dort ist ein genau durchdachtes strategisches Netz von rund 130 israelischen Siedlungen mit insgesamt rund 33.000 Bewohnern entstanden. Außerdem wurde planmäßig Land aufgekauft bzw. enteignet und geraubt. Nach unterschiedlichen Angaben befinden sich 40 bis 60 % des Bodens der besetzten Gebiete bereits in israelischem Besitz. Das ganze System ist so angelegt, daß es die dichtbesiedelten palästinensichen Gebiete in viele Einzelteile zerreißt, die untereinander nicht verbunden sind.

Es ist daher ein krasses Mißverständnis, wenn der "Reagen-Plan' so interpretiert wird, als sollten die seit 1967 besetzten Gebiete letztlich an Jordanien abgetreten werden. Eher läuft es darauf hinaus, daß die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu jordanischen Staatsbürgern werden und daß sie ansonsten eine kommunale Autonomie ausüber sollen, die sie teilweise heute schon haben.

Allon-Plan und Begin-Plan

Im Grunde kommen Reagans Vorschläge früheren israelischen Projekten, vor allem dem Allon-Plan, sehr nahe.

Bereits die damals regierende 'Arbeiterpartei' begann gleich nach dem Eroberungskrieg von 1967 mit einer planmäßigen Siedlungspolitik in den besetzen Gebieten. Mit dem Namen des 'Arbeiter-Partei'-Politikers Allon verband sich damals ein Plan, der praktisch auf Teilung der Westbank in israelische und jordanische Sektoren hinauslief, d.h. auf eine Rückgabe von Teilen der Westbank an Jordanien. Dieser Plan wurde allerdings sehr schnell durch die geschaffenen Tatsachen überholt.

1977 legte Begin dem israelischen Parlament einen eigenen „Autonomieplan" vor, der u.a. folgende Punkte enthielt:
1. Aufgabe der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten.
2. „Administrative Autonomie" der Bewohner der besetzten Gebiete.
4. „Sicherheit und öffentliche Ordnung" in den besetzten Gebieten bleibt Angelegenheit der israelischen Behörden.
5. Die Bewohner der besetzten Gebiete haben die Wahl zwischen der israelischen und der jordanischen Staatsbürgerschaft.
6. Bildung eines Komitees von Vertretern Israels, Jordaniens und des „Verwaltungsrats", das praktisch gesetzgebende Kraft für die besetzten Gebiete haben sollte. Das Komitee sollte nur einstimmig beschließen können.
7. Israel besteht auf seiner Souveränität über die besetzten Gebiete.

Dieses Projekt Begins war nach Konsultationen mit der US-Regierung zustande gekommen. Vergleicht man diesen Plan mit den jetzigen Vorschlägen Reagans, so ergibt sich:
1. Im Gegensatz zum Reagan-Plan hielt das Begin-Projekt die Möglichkeit der Siedlungspolitik und des Landraubs offen. Der Reagan-Plan hingegen sieht „Einfrieren" des Status quo zumindest während des Zeitraums von Verhandlungen vor.
2. Der Reagan-Plan beantwortet nicht die Frage nach der Souveränität im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Praktisch läuft er auf eine eingeschrängte Souveränität Israels in diesen Gebieten hinaus. (Reagan hat sich allerdings damit einverstanden erklärt, daß Israel nicht näher definierte Teile der seit 1967 besetzten Gebiete auch einfach annektieren darf; keinesfalls sollte Israel zur „Rückkehr auf die Grenzen vor 1967" veranlaßte werden).
3. Ohne die de fakto erzwungene Souveränität Israels über das g a n z e Jerusalem (die arabische Altstadt war erst im Krieg von 1967 besetzt worden) in Frage zu stellen, befürwortet Reagan Neuverhandlungen über die genaue Festlegung des Status von Jerusalem.

Die Reaktionen auf den Reagan-Plan

Israel

Trotz der offensichtlichen Nähe zu den eigenen Vorstellungen hat die Regierung Begin nach Bekanntwerden des Reagan-Plans ein großes Spektakel veranstaltet: Über den Reagan-Plan werde man nicht einmal diskutieren. Dabei wurde vor allem der Anspruch der zionistischen Ideologie betont, daß „Judäa und Samaria", d.h. die seit 1967 besetzten Gebiete, „für ewige Zeiten" Bestandteil des Staates Israel seien.

Positiv zum Reagan-Plan äußerte sich die 'Arbeiterpartei'. Parteichef Perez sieht den Reagan-Plan als „*realistische Basis*" einer Friedenslösung an, auch wenn er kleinere Bedenken äußerte, die sich wohl vor allem auf die verschwommenen Ausführungen zum Status von Jerusalem beziehen.

Das israelische Parlament billigte mit 50 zu 36 Stimmen die Ablehnung des Reagan-Plans durch die Regierung Begin.

Die PLO

Obwohl zu hören war, die PLO-Führung habe über den Reagan-Plan beraten, gibt es keinerlei offizielle Stellungnahme der PLO dazu. Es gibt lediglich persönliche Äußerungen einzelner PLO-Führer: Der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Kaddumi, erklärte, der Reagen-Plan enthalte „*positive Elemente*". Arafats Stellvertreter Abu Ijad sagte in einem „Spiegel"-Interview, der Reagan-Plan enthalte „*viel Positives*". Das seien „*neue Töne, die man nicht überhören kann*". Der Reagan-Plan sei zwar „nicht ganz" befriedigend, „*aber als Anfang gar nicht schlecht*".

Scharf ablehnend äußerte sich die FDPLP Hawatmeh's zum Reagan-Plan. Die FDPLP hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr zum Sprachrohr der Sowjetunion innnerhalb der PLO entwickelt. Ihr Protest gegen den Reagan-Plan ist für die PLO recht unbequem, da die FDPLP bisher die PLO-Mehrheit gegen die Organisationen der „Ablehnungsfront" massiv unterstützt hatte. Stellungnahmen aus der „Ablehnungsfront" (insbesondere PFLP und PFLP-GC) sind uns nicht bekannt; es darf aber als gewiß angenommen werden, daß sie den Reagan-Plan ganz entschieden zurückweisen.

Zustimmungen

Am deutlichsten hat sich Ä g y p t e n positiv zum Reagan-Plan geäußert: Der Plan enthalte „positive Punkte". Der in Fez beschlossene Plan sei zwar „wunderbar", aber vermutlich nicht durchsetzbar. (Ägypten ist wegen der als Verrat betrachteten Friedensvereinbarungen mit Israel aus der arabischen Gemeinschaft ausgeschlossen und war nicht nach Fez eingeladen worden).

Positiv zum Reagan-Plan äußerten sich auch J o r d a n i e n , T u n e s i e n , S a u d i - A r a b i e n und l i b a n e s i s c h e Politiker — allerdings mit dem Vorbehalt, daß letztlich entscheidend die Haltung der PLO sei.

Ablehnungen

Besonders scharf hat sich die S o w j e t u n i o n gegen den Reagen-Plan ausgesprochen: Der Plan sei ein Manöver, das lediglich dazu diene, die amerikanisch-israelischen Vorherrschaft im Nahen Osten zu zementieren. Durch die Vorschläge werde eine weitere Verschärfung der Beziehung zwischen den Völkern der Region vorprogrammiert. Den Palästinensern werde im Reagan-Plan noch weniger angeboten als in der Vergangenheit.

L i b y e n hat sich als einziger arabischer Staat geweigert, Vertreter zur Konferenz nach Fez zu schicken, da dort doch bloß Verrat an den arabischen Interessen betrieben würde. Libyen lehnt nicht nur den Reagan-Plan, sondern auch die Charta von Fez schärfstens ab. Allerdings gibt es außerhalb Libyens wohl niemand mehr in der arabischen Welt, der in solchen Verlautbarungen mehr als folgenloses Maulheldentum Ghadaffis sehen würde.

Ähnlich sind die Verlautbarungen der Führung des I r a n einzuordnen, die allen islamischen Ländern „Vergeltung" angedroht hat, falls sie dem Reagen-Plan zustimmen.

Als „*irreführendes Spiel*" und Manöver zur Spaltung der arabischen Welt hat S y r i e n den Reagan-Plan verurteilt. Gefordert wurde, daß die Konferenz von Fez den Reagan-Plan ausdrücklich verurteilen solle.

Bruchlinien im arabischen Lager

Daß die Konferenz von Fez dieser Aufforderung nicht gefolgt ist, verdeutlicht den Stand der Dinge im arabischen Lager. Grob geordnet gibt es drei unterschiedliche Gruppen: 1. diejenigen, die den Reagan-Plan eindeutig ablehnen; 2. diejenigen, die ihn eigentlich gegenüber der Charta von Fez für das realistischere und interessantere Projekt halten; 3. diejenigen, die eine mittlere Position einnehmen, aber jedenfalls den Reagan-Plan nicht als taktisches Manöver des Hauptfeindes der arabischen Völker verurteilen.

Entsprechend brüchig ist die mit der Charta von Fez scheinbar erreichte Überwindung der bisherigen Zerspaltung der arabischen Welt. Es muß befürchtet werden, daß entlang der jetzt schon erkennbaren Bruchlinie neue Zerwürfnisse — bis in die PLO hinein — aufbrechen werden, wenn die Dinge erst einmal in das Stadium konkreter Verhandlungen eintreten.

Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang die Reaktion einiger PLO-Führer, die noch vor dem blutigen Hintergrund der Komplizenschaft USA-Israel bei der Aggression im Libanon bereit sind, mit dem Reagan-Plan zu kokettieren und die damit eine neue ernsthafte Spaltung des palästinensichen Widerstands geradezu provozieren.

„Die Amerikamer ignorieren noch immer das Hauptproblem im Nahen Osten, die palästinensische Sache und das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. Wir greifen nicht nach dem Mond. Wir verlangen nur internationale Garantien für eine Heimat, für einen unabhängigen Staat und für Selbstbestimmung". (Arafat; „Spiegel"-Interview, 13.9.82)

»Viel Positives für die Palästinenser«?

Annäherung an Reagan

„Viel Positives für die Palästinenser" sieht Theo Mehlen (KBW) in den jüngsten Vorschlägen von Ronald Reagan für eine politische Lösung im Nahen Osten („KVZ", 10.9.). Theo Mehlen kann sich bei dieser Einschätzung vielleicht auf Abu Ijad (PLO) berufen, der kürzlich in einem „Spiegel"-Interview zu Protokoll gab: „*Ich sehe in Reagans Rede viel Positives*" (6.9.). Bestimmt kann Theo Mehlen sich aber n i c h t auf die offizielle Position der PLO berufen, wenn er den Reagan-Plan („palästinensische Selbstverwaltung in Assoziation mit Jordanien") als Maximum des Erreichbaren und als „großer Erfolg für das palästinensische Volk" interpretiert. Theo Mehlens Thesen laufen darauf hinaus, die Geschicke des palästinensischen Volkes der Hoffnung auf die Widersprüche zwischen den USA und Israel anzuvertrauen. Seine Überlegungen sind ein typisches Produkt der chinesischen „Drei-Welten-Theorie", die alle Dinge in erster Linie vom Standpunkt des Kampfes gegen die Sowjetunion betrachtet und beurteilt.

Der Reagan-Plan richtet sich gegen die PLO

Um die Überlegungen von Theo Mehlen (thm) richtig würdigen zu können, muß man zunächst den Inhalt des Reagan-Plans betrachten: In erheblichen Teilen der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete (Gaza-Streifen und Westbank) soll die palästinensische Bevölkerung eine „Autonomie" erhalten, **jedoch mit einer engen Bindung an Jordanien. Ein palästinensischer S t a a t soll ausdrücklich nicht entstehen.** Um die Einleitung von Verhandlungen zu erleichtern, soll Israel keine neuen Siedlungen in den besetzten Gebieten mehr anlegen, d.h. der status quo soll vorerst eingefroren werden.

thm stellt das so dar, als habe Reagan praktisch eine Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete an Jordanien vorgeschlagen und als werde schließlich Jordanien den Palästinensern gestatten können, in diesen Gebieten ihren Staat zu errichten. Davon stimmt aber gar nichts. Israel hat seit 1967 in den besetzten Gebieten eine Siedlungspolitik betrieben, die darauf abzielt, die Annektion dieser Gebiete, d.h. ihre völlige Eingliederung in den Staat Israel vorzubereiten. Zwar leben bisher in den besetzten Gebieten kaum mehr als 30.000 Juden gegenüber etwa 1,3 Millionen Palästinensern. Diese jüdische Minderheit lebt jedoch in rund 130 Siedlungen und Orten, die bewußt und

planmäßig so über das besetzte Gebiet verteilt sind, daß nirgendwo noch ein zusammenhängender palästinensischer Raum besteht. Nach Angaben von thm selbst („KVZ", 30.7.) befindet sich heute schon rund 40 % des Bodens der besetzten Gebiete in israelischem Besitz.

Reagan hat keineswegs gefordert, diesen Zustand rückgängig zu machen und die Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzulösen. Demnach deckt Reagans Vorschlag sich fast vollständig mit früheren Plänen der damals noch regierenden israelischen 'Arbeiterpartei': Teilung der besetzten Gebiete in jüdische und palästinensische Regionen und auf dieser Basis „Autonomie" (Selbstverwaltung) der palästinensischen Bevölkerung unter „Mitwirkung" Jordaniens. Die 'Arbeiterpartei' hat denn auch sofort erklärt, daß sie mit dem Reagan-Plan weitgehend übereinstimmen könne.

Die „autonomen" palästinensischen Gebiete würden bei Realisierung des Reagan-Plans ungefähr des Aussehen eines Flickenteppichs haben, mit einer „Selbstverwaltung" auf dem Niveau der südafrikanischen Bantustans. Ein Staat könnte auf diesem zerrissenen Territorium nicht einmal mit jordanischem Wohlwollen errichtet werden. Zudem ist die Annahme unbegründet, daß Jordanien nach Realisierung des Reagan-Plans **gegen den Willen der USA und Israels** die Bildung eines palästinensischen Staates zulassen würde.

Eine Strategie der Kapitulation

Es fragt sich, warum thm der PLO trotzdem den Reagan-Plan als „*großer Erfolg*" und realistische Option empfehlen möchte. Immerhin hatte thm selbst ja noch kürzlich wiederholt in der „KVZ" darauf hingewiesen, daß ein eigener Staat in den besetzten Gebieten das mindeste ist, was von der PLO durchgesetzt werden muß (Anm. 1).

thm's Aufforderung an die PLO, zukünftig nur ganz kleine Brötchen zu backen, basiert auf einer extrem pessimistischen Sicht der zukünftigen Möglichkeiten der Palästinenser: Die PLO verfüge nicht „*über Machtmittel, um ihre Interessen zumindest teilweise durchzusetzen. Jedenfalls wird das weder der bewaffnete Kampf bringen können noch das arabische Lager. Die PLO kommt also nicht daran vorbei, die USA einzubeziehen*". Und: „....*Eine Durchsetzung* (des palästinensischen Staates) *ist aber nicht durch die Palästinenser allein, selbst mit Unterstützung der arabischen Staaten möglich. Auf eine innere Umwälzung in Israel kann absehbar nicht gehofft werden, auch wenn dort schon einiges in Bewegung gekommen ist. Das Ziel ist nur durch internationale Garantie durchsetzbar. Die von der PLO vorgeschlagene UNO-Konferenz ist zwar nützlich, aber auch machtlos. Die einzige Macht, die diese internationale Garantie gegenüber Israel ausüben könnte, wären die USA. An ihnen führt kein Weg vorbei*" („KVZ", 27.8.)

Anzumerken ist, daß thm für keine
diese internationale Garantie gegenüber Israel ausüben könnte, wären die USA. An ihnen führt kein Weg vorbei" („KVZ", 27.8.)

Anzumerken ist, daß thm für keine einzige seiner Behauptungen über die Ohnmacht der Palästinenser Argumente anführt. Fast scheint es, als würde er seine Behauptungen nicht einmal mit Bedauern, sondern mit einem leisen Triumph tätigen. Unübersehbar ist dieser Triumph jedenfalls, wenn thm meint, nun müsse die PLO sich auf eine „Neuorientierung" ihrer Politik „einlassen", nämlich auf „*einen politischen Kampf ohne Guerilla-Pathos*" und auf das, was thm „Realpolitik" nennt („KVZ", 20.8.82).

Das Fazit der Behauptungen von thm: Über praktische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele verfügt die PLO nicht mehr. Den Palästinensern bleibt gar keine andere Wahl als die Auslieferung an ihren bisherigen schlimmsten Feind, die USA. Freilich formuliert thm diesen Gedanken sehr viel freundlicher: Er spricht von der „Einbeziehung" der USA. In Wirklichkeit kann es sich aber **(in Ermangelung praktischer Druckmittel)** um gar nichts anderes handeln als um eine Unterwerfung unter das Friedensdiktat der USA. Und dieses Diktat schließt auf jeden Fall einen palästinensischen Staat aus.

Das Problem mit den Widersprüchen

In der Weltanschauung des KBW spielt die vorgebliche „Ausnutzung" der Widersprüche und Interessenskonflikte zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Staaten eine dominierende Rolle. Dieses Phänomen läßt sich leicht erklären: Der KBW negiert mehr und mehr alle autonomen Kampfperspektiven gegen den Imperialismus, insbesondere aber den bewaffneten Kampf (Anm. 2). Neben einigen hausgemachten Bedingungen, die mit dem geistigen Niedergang der bundesdeutschen Linken zusammenhängen, steht hinter dieser Negation die chinesische „Drei-Welt-Theorie". Diese Theorie behandelt die Widersprüche zwischen den Völkern und Staaten der Dritten Welt einerseits und den kapitalistischen/imperialistischen Staaten andererseits als sekundär gegenüber dem Hauptwiderspruch zur Supermacht Sowjetunion. Deshalb wird für die Widersprüche zwischen Dritter Welt und Imperialismus ein friedlicher Ausgleich durch Verhandlungen, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen usw. empfohlen. Konfrontation auch mit militärischen Mitteln wird Völkern der Dritten Welt zwar im Einzelfall noch als Notbehelf zugestanden, aber auf jeden Fall mit Skepsis und vielen Bedenken betrachtet: Solche Konfrontationen bieten der Sowjetunion Gelegenheit zur „Einmischung" (wie beispielsweise an der Unterstützung der PLO durch die Sowjetunion deutlich gemacht wird) und stören damit erheblich den Kampf gegen den wirklichen Hauptfeind, der nun einmal die Sowjetunion ist.

Wenn man das ganze Weltgeschehen auf diese Weise betrachtet, wird zwangsläufig die Spekulation auf politische Balance-Akte („Ausnutzung der Widersprüche") zwischen den Hauptmächten des Kapitalismus/Imperialismus zur wichtigsten und langfristig einzig relevanten Kampfform.

Theo Mehlen, der überhaupt in den letzten Monaten der fleißigste Autor der „KVZ" ist, hat seit Beginn der israelischen Invasion im Libanon in jeder Ausgabe der wöchentlich erscheinenden „KVZ" aufs Neue sehr gewundene Betrachtungen angestellt, wie es sich denn nun eigentlich im Fall Libanon/Nahost mit den Widersprüchen im westlichen Lager verhält und welchen Nutzen die Palästinenser davon vielleicht haben könnten. Man muß thm immerhin bescheinigen, daß er es sich bei seinen Betrachtungen nicht leicht gemacht hat. Da er nicht einfach von einer vorgefaßten Meinung her die Tatsachen „ordnet", sondern sich wirklich ins Gestrüpp der Realitäten tief hinein begibt, ist er in seinen vielen Artikeln immer wieder auf die Erkenntnis gestoßen, daß sich mit der „Ausnutzung der Widresprüche" für die PLO wohl sehr wenig Staat machen lassen wird — und das sollte man in diesem Fall ruhig wörtlich verstehen. Beispielsweise hat thm sehr wohl registriert, daß die Wirkung der Einwände der EG-Regierungen gegen die israelische Invasion „*fast null*" ist (Anm. 3) und daß die „*eigenständigen Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs*" (gegen Israel) „*auch kaum ernsthaft*" seien (Anm. 4). Nicht entgangen ist ihm auch, daß die USA „*keinerlei ernsthaften Schritt unternommen*" haben, um die israelische Aggression im Libanon zu stoppen (Anm. 5). Zu den Entwürfen Kissingers (die der Verkündigung des Reagan-Plans um einige Wochen vorangingen und mit diesem weitgehend identisch sind) konstatierte thm:

„Bei diesen Vorstellungen wäre das
Plans um einige Wochen vorangingen und mit diesem weitgehend identisch sind) konstatierte thm:

„*Bei diesen Vorstellungen wäre das beste, was für die Palästinenser herauskommen könnte, eine Autonomie in geteilten Westbanks im Rahmen eines jordanischen Staates. Gar nicht abgemacht ist, ob die Israelis sich überhaupt auf so etwas einlassen bei dem minimalen Druck, der von den USA zu erwarten wäre.*" (Anm. 6). An späterer Stelle zitierte thm den neuen US-Außenminister Shultz: „.... *Deshalb hat Shultz sofort erklärt, er wolle sehr vorsichtig und ohne Druck auf Israel operieren. Wie dann aber Israel zu Zugeständnissen gebracht werden soll, ist fraglich... Einmal abgesehen davon, daß ... die USA sich ja gerade nicht besonders fähig bzw. willig gezeigt haben, auf Israel Druck auszuüben, wird dieser Prozeß für die Palästinenser nicht sehr viel bringen. Denn die USA sind sich mit den Israelis bisher einig, daß ein Staat eben nicht sein soll.*" (Anm. 7). Angesichts dieser offensichtlichen Verlegenheit griff thm noch einmal in die Kiste „Ausnutzung der Widersprüche" und zauberte folgendes Angebot hervor: „*Positiv wäre es hier also, wenn die westeuropäischen Regierungen zu einer Nahostpolitik gezwungen werden könnten, die eng mit den arabischen Staaten an einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser — im Sinne einer schrittweisen Durchsetzung eines palästinensischen Staates statt einer dubiosen Autonomie — zusammenarbeitet*". (Anm. 7). Andererseits hat thm aber selbst schon festgestellt (s.o.), daß bisher der Druck der EG-Regierungen auf Israel (und die USA) minimal bis Null ist. thm ist sogar auf die Tatsache gestoßen, daß die EG-Staaten „*eine solche Politik*" (Kooperation mit den arabischen Staaten gegen die Interessen der USA) gar nicht „*konsequent ausspielen*" können: „*Mit den USA teilen sie das Interesse an möglichst weitgehender ökonomischer Infiltrierung der arabischen Ökonomien. Sie wollen wie die USA die islamische Revolution begrenzt und die Sowjetunion aus dem Raum heraushalten*". (Anm. 8). Es bliebe noch die Frage, wer denn die von thm befürwortete Änderung der EG-Nahostpolitik „erzwingen" soll. Vom „Druck auf die Bundesregierung", den wir zugunsten der Palästinenser ausüben sollen, spricht der KBW inzwischen fast genauso gern wie die DKP. Wenn man einmal den enormen Umfang der Friedensbewegung mit dem bisher erreichten Ergebnis für die Regierungspolitik vergleicht (praktisch gleich Null!!), kann man einen Begriff davon bekommen, wie wenig realer Druck vermutlich auf absehbare Zeit in Sachen Nahostpolitik von uns ausgeübt werden kann (9).

Obwohl thm eigentlich selbst alle Argumente irgendwann genannt hat, mit denen sich demonstrieren läßt, daß die „Ausnützung der Widersprüche" USA-EG-Israel wenig Raum für die PLO bieten kann, empfiehlt er in der „KVZ" vom 10.9. den Reagan-Plan als den Ansatz für palästinensische „Realpolitik". Es hat ihm sicher die Entscheidung erleichtert, daß der Reagan-Plan (erwartungsgemäß) auf starken Protest der Sowjetunion gestoßen ist. thm schreibt dazu: „*Von der Sowjetunion und diversen Kommunistischen Parteien, wie der KP in Israel, ist diese Initiative sofort kritisiert worden. Es handele sich um einen Trick, israelisch-amerikanische Differenzen vorzutäuschen, von der amerikanischen Komplizenschaft im Libanon-Krieg abzulenken und insgesamt die US-Vorherrschaft über die Region auszubauen. Sehr wahr, daß die USA einen derartigen Vorschlag nicht aus Liebe zu den Palästinensern gemacht haben, sondern aus den ihnen eigenen imperialistischen Interessen heraus. Offensichtlich handelt es sich aber auch um eine klare Annäherung an das arabische Lager und eine offene Konfrontation mit der israelischen Regierung. Dies ist kein Trick, sondern entspricht den amerikanischen Interessen.*" Übrigens geht thm jetzt — im totalen Widerspruch zu seinen bisherigen Spekulationen — plötzlich davon aus, daß die USA auch in der Lage und bereit seien, den Reagan-Plan gegenüber Israel mit Druck durchzusetzen; zu diesem Zweck wolle die US-Regierung zunächst Begin stürzen („KVZ", 10.9.).

Welche Ziele verfolgt die US-Regierung?

„Es gibt ihn schon, den israelisch-amerikanischen Gegensatz", schrieb thm in der „KVZ" vom 13.8. als Überschrift einer Betrachtung, aber er relativierte sofort wieder in der Unterzeile: **„Seine Wirkung hält sich allerdings in Grenzen"**. Soweit hat thm wohl recht.

Die USA streben die vollständige Hegemonie über den arabischen Raum an. Ein hochgerüstetes und aggressives Israel im Zentrum der Region ist für dieses strategische Ziel von höchstem Wert. Andererseits darf Israels Aggres-

an. Ein hochgerüstetes und aggressives Israel im Zentrum der Region ist für dieses strategische Ziel von höchstem Wert. Andererseits darf Israels Aggres-

sivität aber auch nicht dazu führen, daß die arabischen Staaten zu strategischen Bündnissen mit der Sowjetunion veranlaßt werden. Um wirklich als Hegemonialmacht über den gesamten Raum anerkannt zu werden, müssen die USA zumindest dem Anschein nach auch ihre Fähigkeit und Bereitschaft demonstrieren, Israel zu zügeln und die israelische Politik ihrem Willen zu unterwerfen. In diesem Sinn hat der Camp-David-Prozeß (insbesondere die Rückgabe der seit 1967 besetzten Sinai-Halbinsel an Ägypten) das strategische Ziel der USA sehr gefördert. Druck auf Israel hat die US-Regierung dabei allerdings kaum ausüben müssen, weil der Tausch des für Israel insgesamt eher belastenden Sinai gegen die Befriedung der stärksten arabischen Militärmacht selbst der extrem nationalistischen Begin-Regierung als gutes Geschäft erscheint. Mit dem seit 1967 besetzten Westjordanien (Westbank) verhält sich die Sache aber völlig anders: Dieses Gebiet gehört zum Kern des vom Zionismus beanspruchten Raums (Eretz Israel), und schon die früheren 'Arbeiterpartei'-Regierungen haben dort eine Politik der vollendeten Tatsachen betrieben, deren Ziel letztlich die Aneignung der besetzten Gebiete (bzw. erheblicher Teile davon) war und ist. **Der Spielraum für Kompromisse, die nicht an die Substanz des zionistischen Selbstverständnisses, also der ganzen Legitimationsideologie des israelischen Staates, gehen, ist somit sehr gering.**

Die Politik der Reagan-Regierung beinhaltet generell eine zunehmende Bereitschaft zur Konflikt-Austragung mit den eigenen Verbündeten. Die absolute Hegemonie, die der US-Imperialismus weltweit anstrebt, soll auch gegenüber den verbündeten Staaten durchgesetzt werden. Wenn man dieses Ziel im Auge hat, löst sich auch das scheinbare Rätsel um den Rücktritt von Alexander Haig, der bezüglich Europa mehr zu den ‚Tauben' zählte (er widersetzte sich einer Verschärfung des Streits um das Erdgas-Geschäft), während er gegenüber Israel als ‚Falke' agierte (er ermutigte sehr offen die israelische Aggression gegen den Libanon und die Palästinenser). In beiden Fällen trat Haig für das gleiche Prinzip ein: den Verbündeten der USA einen größeren Spielraum für deren autonome Interessen zu überlassen, statt die Widersprüche zu offenen Konflikten zu verschärfen. Haigs Ablösung bedeutet demnach vor allem den Entschluß der US-Regierung zum Konflikt-Kurs.

Es zeichnet sich jedoch schon im Streit um das Erdgas-Geschäft ab, daß dieser Konflikt-Kurs den USA wenig Nutzen bringen wird, zumal sich mit Blick auf die notwendige Einheit gegen die Sowjetunion die Konflikte nicht einfach beliebig verschärfen lassen.

Im Falle Israels sind zudem die Druckmittel der USA sehr schwach. Zwar hängt Israel in jeder Hinsicht absolut von der Unterstützung der USA ab: Ohne die USA würde Israels Ökonomie in wenigen Monaten total zusammenbrechen, ohne permanente militärische Lieferungen könnte Israel keinen Krieg gegen die arabischen Staaten überstehen. Gerade diese totale Abhängigkeit lähmt aber die Handlungsmöglichkeit der US-Regierung. Wirksame Maßnahmen kann sie gar nicht ergreifen (selbst wenn sie es wollte und wenn sie zu den sich daraus ergebenden Konflikten mit der zionistischen Lobby in den USA bereit wäre), weil im Interesse der USA jede Schwächung Israels verhängnisvoll wäre. Da man das in Israel sehr gut weiß, wäre selbst die bloße Androhung von US-Sanktionen wenig glaubwürdig und somit ziemlich wirkungslos (Anm. 10).

Wer sich an die Tatsachen hält, wird zudem registrieren müssen, daß Israel im Libanon seine Invasion gegen den Libanon mit Billigung der USA gestartet hat und daß es auch mit den angeblichen Anstrengungen der USA, Israels Aggression wenigstens zu zügeln, nicht sehr weit her ist. Die US-Regierung kann sich mit dem bloßen Anschein einer Distanz zum israelischen Vorgehen zufriedengeben, weil die meisten arabischen Regierungen gar nicht wesentlich mehr verlangen (Anm. 11).

Schwer zu übersehen ist auch, daß Reagans „Friedensinitiative" in Israel erst einmal diejenigen Kräfte sogar noch stärkt und antreibt, die möglichst schnell möglichst viele vollendete Tatsachen zusätzlich schaffen wollen, an denen schließlich so oder so keine US-Regierung mehr vorbei könnte. **Die Forcierung der Siedlungsprojekte im besetzten Westjordanland ist deshalb vorerst der greifbarste Effekt des Reagans-Plans.** In ähnlicher Weise treibt auch im Libanon der Widerspruch zu den US-Interessen (Anm. 12) **die Regierung Begin erst einmal zu weiterer Expansion und größerer Eile an.**

Auf der anderen Seite erzielt der Reagan-Plan, so nutzlos er auch in

die Regierung Begin erst einmal zu weiterer Expansion und größerer Eile an.
Auf der anderen Seite erzielt der Reagan-Plan, so nutzlos er auch in

praktischer Hinsicht für das palästinensische Volk ist, eine politische Wirkung im arabischen Lager. thm spekuliert zwar über die Entschlossenheit der USA, den Reagan-Plan gegen Israel durchzusetzen. Er übersieht aber, daß es den USA weit mehr um die Durchsetzung ihrer „Friedenspläne" gegenüber den arabischen Staaten und vor allem gegenüber den Palästinensern geht. Der Reagan-Plan steht nicht nur alternativ, sondern gegensätzlich und konkurrierend zu dem Friedens-Plan, auf den sich die arabischen Staaten (mit Ausnahme Ägyptens und Libyens) bei ihrer Konferenz in Fez vor kurzem geeinigt haben.

Praktisch bedeutet der Plan von Fez, daß sich die „radikalen" arabischen Staaten (mit Ausnahme Syriens) und vermutlich auch der „radikale" Teil der PLO unter dem Zwang der Verhältnisse auf Vorstellungen eingelassen haben, die seit längerem von den „gemäßigten" arabischen Staaten befürwortet wurden (Anm. 13). Damit ist der alte Konflikt scheinbar bereinigt, aber mit dem Reagan-Plan tut sich gleich eine neue Bruchlinie im arabischen Lager auf. Ägypten hat bereits deutlich erkennen lassen, daß es den Plan von Fez zwar verbal mittragen wolle, aber daß es eigentlich den Reagan-Plan als realistischeres Projekt favorisiert (Anm. 14). In der PLO geben leichtfüßige Äußerungen wie die von Abu Ijad (Anm. 15) Anlaß zu der Befürchtung, daß die Spekulation des US-Imperialismus auf die Entfachung neuer unsinniger Pseudo-Debatten und Spaltungen innerhalb der PLO nicht völlig unbegründet ist (Anm. 16).

Am Ende wird es wohl so sein, daß die „Ausnutzung der Widersprüche" USA-Israel-EG durch die Palästinenser im wesentlichen ein Traum bleiben wird, während die Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der arabischen Welt durch den Imperialismus etwas ganz Reales ist.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Beispielsweise orakelte thm in der „KVZ" vom 9.7.: „Die PLO wird sich jetzt voraussichtlich darauf einstellen, in den Westbanks und in Jordanien... einen entscheidenden Kampf zu führen, um die israelischen Absichten wie auch den amerikanischen Versuch einer Autonomie unter israelischen oder jordanischen Vorzeichen zu verhindern... Ein selbständiger Palästinenserstaat in den heute besetzten Gebieten ist das legitime Recht der Palästinenser". Und in der „KVZ" vom 30.7.: „Für die PLO ist eine Anerkennung des israelischen Staates vollkommen unakzeptabel, solange nicht Israel seinerseits die PLO anerkennt und einen palästinensischen Staat in Westbank und Gaza".

2) Von besonderem Interesse für dieses Thema sind die Artikel „Brauchen wir einen anderen Internationalismus?" (thm in der „KVZ" vom 18.6.82) und „Ausbildung dreier WElten oder großes Durcheinander?" (H.-G. Schmierer in der „KVZ" vom 18.6.82). Der KBW nimmt im wesentlichen das Staffelholz der 1980 aufgelösten KPD wieder auf: Sie hatte verkündet, daß der Internationalismus der Neuen Linken gescheitert sei, und zwar 1. an einseitigem Anti-Amerikanismus und 2. an Überbetonung des bewaffneten Kampfes in der Dritten Welt.

3) thm, „KVZ" vom 2.7.

4) thm, „KVZ" vom 23.7.

5) thm, „KVZ" vom 13.8.

6) thm, „KVZ" vom 9.7.

7) thm, „KVZ" vom 20.8.

8) thm, „KVZ" vom 23.7.

9) Das praktische Elend seiner Spekulationen bringt thm voll auf den Punkt mit dem Satz: „Druck auf die Bundesregierung, ihrerseits Druck auf Israel auszuüben, ist also eine wichtige Aufgabe der hiesigen Solidaritätsbewegung" („KVZ", 16.7.).

10) Da das so ist, kann die US-Regierung es ihren zionistischen Freunden auch offen mitteilen: „Wir haben das Recht darauf, angehört zu werden. Wir haben zugleich nicht die Absicht, unsere Unterstützung der Sicherheit Israels als Mittel zum Aufzwingen unserer Ansichten zu verwenden", versprach Außenminister Shultz in einer Rede vorm „United Jewish Appeal", einer der wichtigsten zionistischen Organisationen der USA (nach „FAZ", 14.9.). Auch dem israelischen Finanzminister Aridor versicherte Shultz, „... daß die Vereinigten Staaten nicht versuchen wollten, diesen Widerstand (Israels gegen den Reagan-Plan; Anm. Kt.) mit Hilfe einer Kürzung der Wirtschaftshilfe zu brechen" (nach „FAZ", 15.9.). Das bedeutet, um präzis zu sein, nicht, daß sich die US-Regierung nicht in einzelnen taktischen Fragen gegen Israel durchsetzen wird. Aber nicht in Fragen, die „ans Eingemachte" des zionistischen Staates gehen.

11) Es ist daran zu erinnern, daß nahezu die gesamte arabische Welt dem Überlebenskampf der PLO im Libanon sehr passiv zugesehen hat. Irgendeine Art von Druck-Politik gegen die USA seitens der arabischen Staaten ist bisher nicht einmal Gesprächsthema.

12) Es läßt sich vermuten, daß es das Ziel der US-Regierung ist, möglichst bald PLO, Syrer und Israelis aus dem Libanon herauszubekommen, um dann mit einer von den USA direkt kontrollierten Zentralregierung in Beirut arbeiten zu können. Die Pläne der Regierung Begin deuten hingegen darauf hin, daß zumindest der Status des Südlibanon als Vasallengebiet Israels erhalten bleiben soll, wenn nicht gar eine Annektion von Teilen des Libanon angestrebt wird.

13) Der Friedensplan von Fez lehnt sich sehr eng an den Fahd-Plan Saudi-Arabiens an, der von den „radikalen" arabischen Staaten und

Libanon angestrebt wird.
13) Der Friedensplan von Fez lehnt sich sehr eng an den Fahd-Plan Saudi-Arabiens an, der von den „radikalen" arabischen Staaten und

auch von der PLO-Mehrheit bisher abgelehnt worden war.

14) Ägyptens Präsident Mubarak hat erklärt, daß er vorerst von einer geplanten ägyptisch-französischen Friedensinitiative Abstand nehmen wolle; er halte es „zur Zeit für am besten, den Nahostplan des amerikanischen Präsidenten Reagan zu unterstützen" („FAZ", 13.9.). Die geplante ägyptisch-französische Initiative hatte ein klares Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes enthalten sollen, thm hatte diese Initiative in der „KVZ" (16.7.) noch als positives Beispiel für die „Ausnutzung der Widersprüche" gewürdigt.

15) In einem „Spiegel"-Interview äußerte der stellvertretende PLO-Vorsitzende Abu Ijad: „Ich sehe in Reagans Rede viel Positives. Zum ersten Mal spricht er von einem palästinensischen Staat (um ihn abzulehnen! und das keineswegs zum ersten Mal! — Anm. Kt.) sowie von einem israelischen Rückzug aus Gaza und Westjordanien. Er spricht von den Interessen des palästinensischen Volkes und lobt noch dazu unseren Auszug aus dem Libanon. Das sind neue Töne für mich, die man nicht überhören kann. Die Rede befriedigt uns zwar nicht ganz, aber als Anfang ist sie gar nicht schlecht. Um das Palästina-Problem zu lösen, muß jedoch ein umfassendes politisches Geschäft gemacht werden" (6.9.).

16) Da thm wirklich mitten zwischen den Realitäten spekuliert, ist ihm irgendwann auch dieser Punkt aufgefallen: „Mit einer Spaltung der PLO ist zu rechnen, und die Frage ist, welche Strömung innerhalb der palästinensichen Bewegung die Oberhand behält. Eine Verwirklichung der amerikanischen Vorstellungen ohne das Plazet der PLO-Führung wäre unmöglich. Der radikale Flügel der PLO würde solchen Verhandlungen niemals zustimmen..." („KVZ", 2.7.). — Spaltungen sind nicht immer zu vermeiden, manchmal sind sie sogar notwendig. Schlecht wäre aber, wenn sich die PLO erneut (wie in der Vergangenheit an der Frage des „Mini-Staates") an einem vom US-Imperialismus gezielt hingeworfenen Köder zerstreiten würde, der mit der realen Politik (die eben doch etwas anderes ist als die heute in der Linken populäre „Realpolitik") sehr wenig zu tun hat.

„Nachrüstung" und Rassismus

Parlamentswahlen in den Niederlanden

Mensch stelle sich vor: Die niederländischen Sozialdemokraten hätten bei den Parlamentswahlen am 8.9. (alleine oder zusammen mit den kleinen linken Parteien) die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Dann hätten sie doch tatsächlich zu ihrem „entschiedenen Nein" zur „Nachrüstung" stehen müssen ...

Nun, dies Schicksal hat die Sozialdemokraten nicht ereilt. Die Wähler haben die christdemokratische und die rechtsliberale Partei mit einer Mehrheit ausgestattet, die es ihnen problemlos erlaubt, eine Koalitionsregierung zu bilden, die der „Nachrüstung" in den Niederlanden umstandslos zustimmen wird. Nicht minder unerfreulich ist, daß aufgrund des Wahlergebnisses ein Abgeordneter einer offen rassistischen Partei ins niederländische Parlament einziehen wird.

Das Wahlergebnis

Die letzte niederländische Koalitionsregierung — gebildet von Sozialdemokraten (PvdA), Christdemokraten (CDA) und Liberalen(D '66) — hatte kein Jahr überstanden und war im Mai dieses Jahres aufgrund gegensätzlicher Auffassungen von PvdA einerseits, CDA und D '66 andererseits über die Bewältigung der Krise durch den Austritt der PvdA aus der Regierung geplatzt. CDA und D '66 hatten als Minderheitsregierung, unterstützt von der drittgrößten Partei, den Rechtsliberalen (VVD), das Geschäft weiterbetrieben. Am 8.9. fanden die vorgezogenen Neuwahlen zur Zweiten Kammer (= Bundestag) des niederländischen Parlaments statt.

Die Wahlbeteiligung war gegenüber den Wahlen zur Zweiten Kammer im letzten Jahr um 6% auf 80% gesunken.

Von den 150 Sitzen der Zweiten Kammer erhielt die PvdA 47 (1981:44) und konnte damit eine leichte Wende ihres bisherigen Niedergangs (sie war in den letzten Jahren schon auf über 50 Sitze geklettert) herbeiführen; die CDA 45 (48) Sitze; die rechtsliberale VVD 36 (26) Sitze und konnte damit den für niederländische Verhältnisse sensationellen Zuwachs von 6% der Stimmen verbuchen; nicht minder sensationell ist auch der Niedergang der liberalen D '66, die — obwohl weder Fisch noch

'66, die — obwohl weder Fisch noch
Fleisch — in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf 17 Sitze anwuchs und nun, ein Jahr nach ihrem besten Ergebnis, auf 6 Sitze zusammengeschrumpft ist.

Die Radikalpolitische Partei (PPR), die in den letzten Jahren zunehmend an „linkem Profil" verlor, hat nur noch 2 statt 3 Sitze (35.000 ihrer Wähler von 1981 gingen zu anderen Parteien über oder blieben zuhause). Dieser Verlust in den Reihen der „Nachrüstungs"gegner wird — zumindest was die „Nachrüstungs"frage speziell angeht — dadurch wettgemacht, daß die (progressive) Evangelische Volkspartei (EVP) mit 0,7% (=56.000 Stimmen) gerade einen Sitz errungen hat. Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) und Kommunistische Partei (CPN) haben ihre jeweils drei Sitze zwar behalten, die PSP hatte aber einen vierten, wenn nicht sogar fünften Parlamentssitz in diesen Wahlen als sicher angesehen, die CPN hat sogar 30.000 Stimmen verloren (1981:178.000 Stimmen).

Rassismus

Als offen rechtsradikale bis faschitoide Partei hatte in den Niederlanden erstmals seit 1945 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 1977 die „Nederlandse Volksunie" (NVU) kandidiert und war mit 0,4% der Stimmen nicht so weit von einem Parlamentssitz entfernt geblieben. In einigen der alten Großstadtviertel mit einer Zusammenballung sozialer Probleme hatte sie bis zu 3% der Stimmen bekommen. Bei den jetzigen Wahlen wäre ein Ergebnis der NVU mit insgesamt 1.653 Stimmen prozentual nur in der zweiten oder dritten Stelle hinter dem Komma zu erfassen gewesen.

Dieses eigentlich hocherfreuliche Ergebnis ist jedoch gänzlich wertlos gegenüber dem erschreckenden Umstand, daß die offen rassistische Centrumpartij mit ihrem Spitzenkandidaten Hans Janmaat mit 68.363 Stimmen (=0,8%) einen Sitz in der Zweiten Kammer erhalten hat.

Kammer erhalten hat.

Weit werde „diese ungute Gesellschaft" mit ihrem Ausnutzen bestimmter Sentiments und dem Profitieren aus der Krisensituation nicht kommen, sagt der Leitartikler der sozialdemokratisch orientierten „Volkskrant" (9.9.) voraus. *„Aber es ist schon schlimm genug, daß dieser Geruch sich auch im Parlament verbreitet und dieser Außenseiter extra Propaganda-Möglichkeiten erworben hat. Hoffentlich strömt die Kammer leer bei der ersten rassistisch gefärbten Äußerung."*

Das Wort dieses Leitartiklers in Gottes Ohr! — Klüger jedoch als Spekulationen anzustellen über die geringen Erfolgsaussichten der Centrumpartij scheint es, sich genauer anzusehen, woher und von wem die Rassisten ihre Stimmen bekommen haben.

Bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten (Statenverkiezingen) im letzten Jahr, bei denen die Centrumpartij zum ersten Mal auftrat, lag sie mit 0,14% (=12.242 Stimmen) noch weit hinter dem Ergebnis, daß die NVU 1977 erzielt hatte. Binnen eines Jahres aber ist der Stimmenanteil der Centrumpartij auf 0,8% (=68.363 Stimmen) angestiegen.

Während die Centrumpartij bei diesen Wahlen in sechs der ländlichen Provinzen (mit vor allem Klein- und Mittelstädten) nur jeweils 0,2-0,3%, in zwei der ländlichen Provinzen 0,4 bis 0,5% der Stimmen bekam, erreichte sie in den (industriellen) Ballungsgebieten diese Ergebnisse:

— In der Provinz Noord-Holland (mit Amsterdam) 1,4% (=18.259 Stimmen),

— in der Provinz Zuid-Holland (mit Rotterdam und Den Haag) 1,7% (=30.287 Stimmen),

—in der Provinz Utrecht (mit Utrecht) 0,9% (=4.538 Stimmen).

Rund 53.000 der insgesamt gut 68.000 Stimmen erhielt die Centrumpartij im Bereich dieser drei großstädtisch bestimmten Provinzen. Anders ausgedrückt: 78% der Stimmen für die Centrumpartij stammen aus einem Gebiet, das nur 45% der Wählerschaft stellt — die Rassistenpartei ist also in diesem Gebiet extrem überrepräsentiert.

Noch finsterer wird das Bild, wenn mensch sich die Wahlergebnisse der Großstädte alleine ansieht: In Den Haag erhielt die Centrumpartij 2,2% der Stimmen, in Amsterdam 2,8%, in Rotterdam 4% und ist damit — nach Sozialdemokraten, Christdemokraten und Rechtsliberalen — die viertgrößte Partei dieser Stadt!

In einzelnen der alten Stadtteile Rotterdams — und zwar n i c h t in jenen, in denen die meisten Ausländer wohnen — kam die Centrumpartij auf Stimmenanteile zwischen 7,2 und 8,2%; im Rotterdamer Oude Westen hingegen, wo die meisten Ausländer wohnen, auf „nur" 6,5%.

Joke Kniesmeijer von der Anne-Frank-Stiftung: Die Probleme in den alten Stadtvierteln gibt es schon lange. Aber jetzt ist die Aussichtslosigkeit auf Besserung hinzugekommen, gerade in jenen Vierteln, in denen die sozialen Probleme sich auftürmen. *„Die Einfachheit der Centrumpartij, die Ausländer haben das alles getan, bietet den Menschen dann etwas. Sie wollen einfach an eine simple Lösung der Probleme glauben, das ist ihr einziger Ausweg."*

Ist das wirklich so einfach zu „erklären"? Immerhin gaben 1981 von den jetzigen Centrumpartij-Wählern 24% der sozialdemokratischen PvdA ihre Stimme, 10% sogar der kommunistischen Partei! Weitere 12% kamen von der liberalen D '66, 20% von der rechtsliberalen VVD, nur 7% von der Christdemokratie, 10% hatten 1981 nicht gewählt.

Antifaschistischer Protest

Mit einer zwar kleinen, aber nicht wirkungslosen Demonstration hatte Janmaat (auch Janhaat — Janhaß — genannt) schon am Wahlabend zu tun. Die angemieteten Räume für die Triumphfeier von Janhaat und seiner Rassistentruppe wurden ihm kurzerhand wieder abgesagt, als der Besitzer herausbekam, was für eine Horde sich da einstellen würde.

Am 15.9. demonstrierten einige Tausend Menschen in Amsterdam am Dokwerker, dem antifaschistischen Mahnmal, gegen die Centrumpartij. Es sprach u.a. ein Vertreter der Plattform demokratischer Ausländerorganisationen.

Am 16.9. hatten sich 7.000 Menschen — ehemalige Widerstandskämpfer, Lesben, Schwule, Ausländer — unter der Parole „Kein Faschismus in den Niederlanden — Kein Rassismus in der Zweiten Kammer" vor dem Parlament versammelt. Anlaß war die Vereidigung der neuen Abgeordneten, darunter auch Janhaat. Janhaat mußte auf dem Weg in die Zweite Kammer mittelschwere Prügel einstecken.

Die (tatsächlich bzw. laut eigener Darstellung) demokratischen Parlamentarier sind hinter der Initiative der Massen mal wieder zurückgeblieben. Über den Vorschlag einiger linker Parteien der Zweiten Kammer zu einer gemeinsamen Erklärung aller Abgeordneten gegen Janhaat ist noch keine Einigung erzielt worden.

Nachrüstung

Fast zwei Drittel der Wähler entschieden sich für Parteien, die größerenteils offene, kleinerenteils nur wenig verhohlene Befürworter der „Nachrüstung" sind; diese Parteien haben zusammen 94 der 150 Sitze, 81 davon halten die Christdemokraten und die Rechtsliberalen, die allem Erwarten nach die neue Regierungskoalition stellen werden. Die Gegner der „Nachrüstung", tatsächliche wie zweifelhaftere, verfügen nur über 56 der Sitze.

Dieses Ergebnis nimmt vor allem dann Wunder, wenn mensch sich an die oftmals (und auch im AK zitierte) Darstellung erinnert, daß zwei von drei Niederländern Gegner der Nachrüstung seien. Hier liegen jedoch neuere bzw. erst in den letzten Tagen bekanntgewordene Umfrageergebnisse vor.

Eine amerikanische Langzeit-Untersuchung, deren Ergebnisse nicht in die Hände der Friedensbewegung oder überhaupt der niederländischen Öffentlichkeit gelangen sollten, wurde jetzt von einem Mitglied des Interkirch-

Forts. nächste Seite



„Geh wählen – gegen neue Atomwaffen in Europa!" — Titelseite der Broschüre von IKV und Pax Christi, in der die Wahlprogramme der Parteien miteinander verglichen werden und zur Wahl einer der Parteien aufgefordert wird, die gegen „Nachrüstung" ist.

»Eine Blamage für die Nation...«

Deutsche im Ausland — das ist manchmal schon ein rechter Spaß. Bundesdeutsche Kommentatoren, die übers Ausland reden sind gelegentlich sogar zum Brüllen komisch. Eine Ausnahme ist Günter C. Vieten, Anwalt (groß)deutscher Interessen in den Niederlanden, selbsternannter Berater des niederländischen Staatsoberhauptes, Königin Beatrix, in Regierungsangelegenheiten — was er (vorerst noch) ehrenamtlich verrichtet, sowie — wofür er dann Geld bekommt — Mitarbeiter so progressiver Zeitungen wie „Rheinischer Merkur" und Den Haager Korrespondent deutschsprachiger Rundfunkanstalten, in welch letzterer Eigenschaft und anläßlich seines Kommentars zu den Parlamentswahlen in den Niederlanden (ausgestrahlt vom NDR II am 9.9.) wir ihn im folgenden zitieren werden.

Studio: *„Günter Vieten in Den Haag, wie sehen jetzt die Mehrheitsverhältnisse in Holland aus?"*

Vieten: *„Ja, einfach so, daß die Holländer schlagartig konservativer geworden sind und in ihrer neuen Volksvertretung ... über eine stabile Mehrheit von 81 der 150 Mandate verfügen. (Der Christdemokrat Van Agt und der Rechtsliberale Nijpels) sind koalitionsfreudig und schließen die Linke praktisch schon aus ... Das Land könnte bereits vor Ende des Monats eine neue Regierung haben. Aber die Sozialdemokraten von Joop den Uyl ... sind mit ihren 47 Sitzen wieder die größte Fraktion , und es ist Haager Gepflogenheit, daß sich daher eben die Sozialdemokraten als erste um ein Bündnis mit anderen Parteien bemühen dürfen. Es ist aber auch denkbar, daß Königin Beatrix Realitätssinn zeigt und ich würde fast sagen, auch staatsmännische Courage, und der Nation dieses Ritual erspart. Wir wissen alle, daß den Uyl bei seinen Gegnern, Van Agt und Nijpels ... einfach keinen Fuß mehr zwischen die Tür kriegt."*

Studio: *„Herr Vieten, Sieger des Tages waren die Rechtsliberalen. Was hat den Ausschlag für diesen Erfolg gegeben?"*

Vieten: *„Einfach ein Trend in der Gesellschaft. Es ist klar, daß sicher ein Viertel des niederländischen Volkes ganz einfach den konservativen Kurs bevorzugt, nachdem der progressive Kurs das Land ja in ein fantastisches finanzielles Dilemma gestürzt hat. Dieser sogenannte Erdgas-Sozialismus der letzten 15 Jahre hat zwar einen scheinbaren Wohlstand hervorgebracht. Es zeigt sich aber jetzt, daß diese Gasblase dabei ist, ihr Volumen zu verlieren, jedenfalls dieser Ballon hat nicht mehr die Tragfähigkeit, die gefordert wird, und alles, was dieser Wohlstandsstaat für seine Bürger bisher geleistet hat, was er ihnen in Aussicht gestellt hat, nun, das kann er gar nicht mehr finanzieren. Der ganze Haushalt, das ganze Sozialgefüge muß rekonstruiert werden. Es sind Sanierungen unvermeidlich, da der Staat erstens einmal vor sinkenden Einanhmen steht, zweitens vor immer noch steigenden Ausgaben, drittens vor einer irrsinnigen Verschuldung in Höhe eines Jahreseinkommens der ganzen Volksgemeinschaft (sic!)."*

Studio: *„Was wird denn nun eine Mitte-Rechts-Koalition in den Niederlanden innen- und außenpolitisch bedeuten?"*

Vieten: *„Nun, zuerst einmal in den finanziellen und wirtschaftlichen Fragen wird diese Regierung ganz einfach viel forscher vorgehen gegen alle möglichen ... Komforterscheinungen der Wohlfahrtsgesellschaft und in außenpolitischen Fragen wird diese Koalition ganz sicher in Richtung Kreuz-Rakete marschieren, denn die Konservativen, die Liberal-Demokraten haben ja ohnehin von vornherein schon ja gesagt zur Stationierung dieser neuen Waffensysteme und der Christdemokrat Van Agt ... hat sich im selben Sinn bereits ausgelassen. Die Partei selber schwankt da, aber wenn man sich die Wahl anschaut, dann kann man die etwa so interpretieren, daß rund zwei Drittel der niederländischen Wähler gegen die Stationierung der Kreuz-Raketen nicht grundsätzlich etwas einzuwenden haben. Ein besonders behagliches Gefühl hat natürlich hier niemand, aber es läuft doch wohl darauf hinaus, daß von allen Wählern Hollands nun höchstens ... rund ein Drittel sagt, unter gar keinen Umständen. Und bei diesen Mehrheitsverhältnissen, mal abgesehen davon, wie weit sie sich dann arithmetrisch bei der Mandatsverteilung niederschlagen, bei diesen Verhältnissen kann man also vorhersagen, daß so ... im nächsten Jahr hier ein, sei es zögerndes, ja der Holländer kommt."*

Studio: *„Herr Vieten, es gibt auch ein schwarzes Schaf im neuen Parlament, das ist ein Abgeordneter der als faschistisch und rassistisch kritisierten Zentrumspartei. Ist diese Wahl ein Zeichen für wachsende Ausländerfeindlichkeit in den Niederlanden?"*

Vieten: *„Ich würd' schon sagen. Ich meine, wir haben zum ersten Mal seit den Vorkriegsjahren einen Faschisten hier, der die Klappe auftun kann. Das ist eine Blamage für die Nation, wenn man natürlich andererseits sagen muß, daß dieser Mann mit 0,8 Prozent der Wählerstimmen da reingekommen ist. Immerhin, er kann sich artikulieren. Das gibt noch eine Menge Ärger im Parlament. Das ist selbstverständlich. Und es ist ja auch eine Blamage der Nation. Stellen sie sich bitte vor, es gäbe einen Bundestagsabgeordneten, der sich ganz offen als faschistoid identifiziert."*

Studio: *„Ja, die Sprecher der großen Parteien haben die Wahl dieses Abgeordneten kritisiert."*

Vieten: *„Ja, und sogar verurteilt. Und nicht nur von ihm, sondern überhaupt von den Wählern distanziert, die eine solche Gesinnung vertreten. Aber die Gesinnung ist eben da, man kann sie jetzt also ablesen, das war auch nicht unbekannt. Man sieht auch, daß diese Partei, diese faschistoide Zentrums-Partei, da die meisten Stimmen kriegt, wo sich die rassischen (sic!) Probleme konzentrieren. Zum Beispiel in Rotterdam ist jeder vierte Bürger Anhänger dieser faschistoiden Richtung* (was 25%-!-wären, tatsächlich waren es nur 4% — Anm. AK). *Und das in einer, wie man sagt roten Stadt. Die Rotterdamer geben z.B. zur Hälfte die Stimmen den Sozialdemokraten, aber immerhin, wo der niederländische Bürger direkt in seiner Nachbarschaft mit den äh emm anders ... eh ... farbigen äh emm Menschen konfrontiert ist, da reagiert er eben zum Teil allergisch. Und es ist vielleicht mal ganz gut, daß man auch erkennen kann, in welchen Umfang und dann wissen wir, und daß das 0,8 Prozent der Bevölkerung ist."*

Studio: *„Danke schön, Herr Vieten."*

Stellt euch vor: Ein halbwegs politisch bewußter Niederländer trifft, nachdem er diesen Kommentar gehört hat, Günter Vieten und eine Gracht ist in der Nähe ...

Niederlande-Kommission

Forts. von voriger Seite

lichen Friedensrates bekanntgemacht. Nach dieser Untersuchung im Auftrage der United States International Communications Agency waren im März 1981 bedingungslos gegen die Stationierung neuer Atomraketen in den Niederlanden 39% der Niederländer, nach der großen Demonstration in Amsterdam am 21.11.81 waren es 52%. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als der Frage nach der Meinung zur „Nachrüstung" diese „Information" vorangestellt war: „*Die Russen haben 450 Atomköpfe auf neuen Mittelstreckenraketen — SS-20 — auf Westeuropa gerichtet, während die NATO keine solchen Waffen auf die Sowjetunion gerichtet hat*" (zit. nach „de Volkskrant", 10.9.).

(In der gleichen Untersuchung sprachen sich 1977 noch 78% der Niederländer für einen Verbleib in der NATO aus, im März 1981 waren es nur noch 62%, im Juli 56% und im November wieder 72%).

Das niederländische Institut für Friedensfragen widerspricht dem amerikanischen Untersuchungsergebnis, da seinen Umfragen nach (nicht 52% sondern) nur 46% der Niederländer gegen Atomwaffen in ihrem Lande seien (wobei der von uns benutzten Quelle nicht zu entnehmen war, ob diese Frage auf Atomwaffen überhaupt oder auf die Stationierung neuer Atonwaffen gerichtet war).

Aber ob nun zwei von drei Niederländern Gegner der „Nachrüstung" sind oder ob nur die Hälfte der Bürger dieses Landes keine Selbstmordneigung verspürt: Tatsache bleibt, daß die in Umfragen ausgedrückte Ablehnung der Stationierung neuer Atomwaffen, die mit 52% eher zu niedrig als zu hoch angegeben ist, sich nur zum Teil in den Wahlergebnissen (in der Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Partei) niederschlägt.

Das erscheint uns erst einmal nicht recht erklärlich, da dieser Wahlkampf (vom Firlefanz des jungdynamischen Spitzenkandidaten der Rechtsliberalen abgesehen) weniger eine Personality-Show war, sondern vielmehr die Frage der Krisenbewältigung (insbesondere der Arbeitslosigkeit) einerseits, die Stellung zur „Nachrüstung" andererseits eindeutig im Mittelpunkt standen. Die kirchlichen Friedensorganisationen IKV und Pax Christi riefen sogar direkt zur Wahl einer der Parteien auf, die gegen die „Nachrüstung" sind (Sozialdemokraten, Pazifisten-Sozialisten, Radikalpolitische Partei, Kommunistische Partei, Evangelische Volkspartei); eine Wahlempfehlung, die sich auch gegen die christdemokratische CDA richtete, gegen die Partei also, mit der IKV und Pax Christi als kirchliche Friedensorganisation besonders eng verbunden sind. CDA-Spitzenkandidat Van Agt — die für ihn günstigen Wahlprognosen im Auge — griff den Ball nicht ungeschickt auf, indem er öffentlich äußerte, wer unter allen Umständen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen sei, der dürfe die CDA nicht wählen. Damit ist Van Agt nun in der Lage, alle Stimmen für die CDA als zumindest bedingtes, wenn nicht sogar unbeding-

te, wer unter allen Umständen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen sei, der dürfe die CDA nicht wählen. Damit ist Van Agt nun in der Lage, alle Stimmen für die CDA als zumindest bedingtes, wenn nicht sogar unbeding-

tes Votum für die „Nachrüstung" zu werten. (Nach „de Volkskrant", 9.-17.9. u. Telefonberichten).

Friedensbewegung

„*Durch die vor allem parlamentarische Orientierung des IKV,*" kommentiert ein Genosse von der sozialistischen Soldatenorganisation BVD das Wahlergebnis für uns, „*ist die Enttäuschung in der Friedensbewegung jetzt möglicherweise groß. Das Wahlresultat hat immerhin eine klare rechte Mehrheit erbracht.*

Die Friedensbewegung steht jetzt vor der Entscheidung, entweder die parlamentarische Niederlage hinzunehmen oder massenhaft zu mobilisieren, um die Verhältnisse definitiv zum Besseren zu wenden.

Dabei kann die Nicht-Teilnahme der PvdA an der Regierung sogar noch in einen taktischen Vorteil gewendet werden. Für jeden — nicht zum mindesten für die Anhänger der Sozialdemokraten selbst — wird dann nämlich deutlich sein, daß ein endgültiges niederländisches ‚Nein' zu den Kreuzerraketen über den außerparlamentarischjen Weg durchgesetzt werden muß.

Die aufgetretenen Verzögerungen bei den Testprogrammen für die Kreuzerraketen geben der Bewegung dabei vielleicht mehr Zeit, als anfänglich erwartet. In jedem Fall werden jedoch 1983 die ersten Vorbereitungen für die Stationierung der Kreuzerraketen getroffen werden.

Offen ist allerdings noch die Frage, ob die niederländische Friedensbewegung ausreichend gerüstet ist, in der dann entstandenen Situation den gebotenen Widerstand leisten zu können."

Niederlande-Kommission — 18.9.82

Atomwaffenfreie Gemeinden — Eine neue Kampagne der Friedensbewegung

Eine neue Kampagne ist in der BRD ins Rollen gekommen. In mehreren hundert Orten sind Initiativen geplant oder begonnen worden, die örtlichen Gemeinden, Städte und Kreise zu „atomwaffenfreien Zonen" zu erklären. Ein Vorbild ist dabei Großbritannien, wo diese Kampagne schon seit 1980 läuft und schon über 170 Städte entsprechende Erklärungen abgegeben haben, und sich inzwischen des Katastrophenschutzes im Atomkriegsfall angenommen haben. In den Niederlanden hat bereits jede 10. Gemeinde einen solchen Beschluß gefaßt. In der BRD haben eine kleine Zahl von Städten und Gemeinden mit Stimmen von Grünen und SPD solche Beschlüsse verabschiedet, so die Städte Kiel, Lindau, Mörfelden-Walldorf, Kassel und Nürnberg und der Kreis Groß Gerau. In Nürnberg haben sogar CSU und FDP zugestimmt. In anderen Städten wird dieser Antrag erst gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil das Verfassungsurteil von 1958, das in Hamburg und Hessen Volksbefragungen in Militärangelegenheiten verbot, angeblich auch solche Beschlüsse verbietet, bzw. nur bei bestimmter, konkreter Betroffenheit der Gemeinden zulasse. Nun sind tatsächlich aufgrund allein von 100 A-Waffenlagern und noch mehr Standorten von A-Waffen-Trägern in der BRD zahlreiche Gemeinden direkt betroffen. Rechnet man noch hinzu, daß für die BRD (anders als für Großbritannien und Holland) die NATO-„Verteidigung" vorsieht, ggfs. überall Atomwaffen in der BRD selbst zur Zündung zu bringen, um den „NATO-Schutz" zu gewährleisten, dürfte das gesamte BRD-Gebiet betroffen sein.

Bereits Anfang des Jahres hatte die DFG/VK einen „Aktionsplan" vorgelegt, der u.a. für atomwaffenfreie Gemeinden eine Kampagne vorschlägt. „Aktion Sühnezeichen" macht dies zu einem Schwerpunkt innerhalb der kirchlichen Friedenswochen im November. Auf den nächsten Konferenzen der Friedensbewegung soll dies Thema von Arbeitsgruppen sein, so auf der Kölner Konferenz, die vom „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa" u.a. einberufen wurde, so auch auf der bundesweiten Konferenz der Friedensbewegung am 9./10.10.82 in der Kölner PH.

Der Artikel soll eine kleine Übersicht über bisherige Ratsbeschlüsse und Kontroversen geben und ins Thema einführen.

„Auf unserem Boden lagern rund 4000 amerikanische Atomwaffen. Sechzig Prozent davon haben eine Reichweite von weniger als 25 Kilometern." Theo Sommer in der „Zeit" vom 28.5.82.

Großbritannien:
Über 170 Gemeinden und Städte in Großbritannien haben sich bereits zur „Atomwaffenfreien Zone" erklärt, darunter auch die Hauptstadt London. Im Herbst 1980 hatte bereits der Stadtrat von Manchester City eine Resolution verabschiedet, in der die Regierung aufgefordert wurde, „*von jeglicher Produktion und Lagerung von Atomwaffen innerhalb der Stadt abzusehen*". Andere Städte werden aufgefordert, sich diesem Beispiel anzuschließen, da „*solche Einzelerklärung allein wenig Sinn*" hätten. 23 Städte haben inzwischen erklärt, daß sie sich an der laufenden Kampagne zur Stärkung der Zivilverteidigung nicht beteiligen werden. In Coulport lehnte die Gemeinde es ab, für die neue Trident-U-Boot-Flotte zusätzliche Lagerbunker zur Verfügung zu stellen, 16 schottische Gemeinden schlossen sich diesem Schritt an. Am 14.10.81 kam es zu einem ersten Treffen von immerhin 60 Städten und Gemeindevertretern, die sich der Manchester-Resolution angeschlossen hatten.

Es gibt allerdings auch Gemeinden und Stadtversammlungen, die ihre ausdrückliche Unterstützung zur NATO- und Atomwaffenstrategie abgegeben haben.

Nürnberg:
Bereits im Januar dieses Jahres brachten die beiden unabhängigen Stadträte Jürgen Wolff und Klaus Peter Murawski einen Antrag in den Stadtrat, der nach dem Vorbild der britischen

Nürnberg:
Bereits im Januar dieses Jahres brachten die beiden unabhängigen Stadträte Jürgen Wolff und Klaus Peter Murawski einen Antrag in den Stadtrat, der nach dem Vorbild der britischen

Partnerstadt Glasgow Nürnberg zur ‚Atomwaffenfreien Zone' erklären sollte. Der Ältestenrat des Stadtrates lehnte den Antrag am 29.1.82 ab, ausschlaggebend war das Votum des Oberbürgermeisters Dr. Andreas Urschlechters. Das Peinliche war, daß Urschlechter, der schon vor 24 Jahren Oberbürgermeister gewesen war, damals sich vehement f ü r einen solchen Antrag eingesetzt hatte: die SPD hatte damals erklärt:„*Die Gemeinden haben das Recht und die Pflicht, ihren Standpunkt*" herauszustellen, wollen sie nicht „mitschuldig" werden. Urschlechter damals:„*Die Frage der Atomenergie ist eine Angelegenheit, die weitgehend in die Belange jedes einzelnen Bürgers eingreift*". Auch die FDP war damals mit von der Partie. So nahm dann die Diskussion im Stadtrat am 3.3. eine „überraschende Wende". Zwar wurde der Antrag von Wolf und Murawski immer noch von 42 Stadträten abgelehnt, aber 68 von 70 wiederholten den Beschluß vom 7.Mai 1958, der lautet:„*Der Stadtrat ist entschlossen, von sich aus keine Maßnahme zu unterstützen, die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt dienen*". Auch Urschlechter, der den 1. Antrag für „unzulässig" erklärt hatte, mochte da nicht zurückstehen:„*Mit Zorn in der Stimme sagte der Oberbürgermeister: ‚Ich lasse mir nicht die Schelle umhängen, ich wäre für die Atombewaffnung....Ich wünsche den Frieden für unsere Stadt genauso wie 1958*". Der einzige Unterschied zu damals: diesmal stimmte auch die CSU zu; Gleichzeitig wurde ein 2. Antrag von Murawski und Wolf angenommen: „*Die Verwaltung wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen zu ermitteln, ob...das 3. Bataillon der 39. US-Artillerie-Abteilung im 7. Artilleriecorps der US-Armee auf Nürnberger Stadtgebiet überschwere Geschütze gelagert hat, die in der Lage sind, Atomgranaten abzuschießen und ob für solche Geschütze notwendige atomere Munition in Nürnberg vorhanden ist*".

(Alle Angaben nach „Nürnberg, Atomwaffenfreie Zonne", einer kleinen Dokumentation, als Handbuch für all die, deren Ort noch nicht zur ‚Atomwaffenfreien Zone' erklärt wurde, herausgegeben von den GRÜNEN/Unabhängige Stadtteilgruppe im Rathaus (Schildgasse 19)).

Ist es illegal, Gemeinden zu Atomwaffenfreien Zonen zu erklären?
Schon in Nürnberg hatte es Schwierigkeiten mit der Zulassung des Antrags gegeben, in Oberbayern erklärte die Regierung, daß solche Beschlüsse den „*örtlich beschränkten Wirkungskreis*" überschreiten würden, und somit unzulässig seien. Die Dienstaufsichts-Beschwerde der Grünen des Kreisverbandes Mühldorf/Inn wurde abgewiesen. Die Grünen hatten wegen Nichtbehandlung ihrer Anträge, alle Gemeinden des Landkreises für atomwaffenfrei zu erklären, dieses Beschwerdeverfahren angestrengt.

Die meisten bisherigen Anträge haben dieses Schicksal genommen, z.B. die Anträge aus Frankfurt, Aarhaus, Dortmund, um nur einige Beispiele zu nennen.

Überall wird sich auf ein Bundesverfassungsurteil von 1958 berufen: Per

dieses Schicksal genommen, z.B. die Anträge aus Frankfurt, Aarhaus, Dortmund, um nur einige Beispiele zu nennen.

Überall wird sich auf ein Bundesverfassungsurteil von 1958 berufen: Per

Bundesverfassungsgericht war nicht nur die Volksbefragung zur Wiederbewaffnung niedergeschlagen worden, sondern auch 1958 ein Beschluß der Hamburger Bürgerschaft und hessischer Kommunen, die eine Volksbefragung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr hatten durchführen wollen. Die Verfassungsrichter der Adenauer-Ära hatten erklärt, daß die Frage der Ausrüstung der Bundeswehr „*nicht zu den Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises*" gehöre. „*Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises sind nur solche Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinde wurzeln oder von....dieser örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich und selbständig bewältigt werden können. Die Gemeinde kann zwar gegen eine sie speziell berührende staatliche Maßnahme protestieren..., sie überschreitet aber die ihr gesetzten Schranken, wenn sie zu allgemeinen, überörtlichen, vielleicht hochpolitischen Fragen Resolutionen verfaßt...*". Man kann also den Beschluß für eine 'atomwaffenfreie Zone' auf zukünftige und vorhandene Absichten der Bundesregierung direkt beziehen, allerdings kann dem nach politischer Lage konkret nachgeholfen werden: in Nürnberg brachte der Bezug auf die Erklärung von 1958 den Durchbruch.

In **Heilbronn** wird ein anderes Verfahren eingeschlagen: Dort hatte es Oberbürgermeister Hans Hoffmann (SPD), der nach Aussagen des SPD-Fraktionsvorsitzenden sogar auf dem rechten Flügel seiner Partei noch „*auf der rechten Seite runterkippen würde*", abgelehnt, die Sache im Rat befassen zu lassen. Die SPD-Fraktion erhob jetzt Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OB, notfalls wollen sie vor den Kadi ziehen. Bisher sei das Gebiet an der Heilbronner ‚Waldheide' als harmloses militärisches Benzinlager dargestellt worden, doch angeblich enthalte dieses jetzt schon Pershing I-Raketen, die später durch Pershing II-Raketen ersetzt werden sollen. Niemand findet sich, der dieses Gerücht dementiert (Angaben nach FR, 15.9.82).

Es gibt noch eine andere interessante Möglichkeit, die leider bisher noch nicht angewendet wurde, die wir am Beispiel Kiel darstellen wollen.

Kiel:
In Kiel ging bezüglich des Beschlusses für eine atomwaffenfreie Zone im Frühsommer alles glatt, der Antrag der Grünen war mit SPD und FDP abgesprochen und passierte anstandslos den Rat.

Interessant ist die Angelegenheit aus einem anderen Grunde: **Kiel ist eine der Städte, für die inzwischen nachgewiesen werden konnte, daß sie auf der atomaren Zielliste der NATO steht: die „taz" vom 6.8.80 veröffentlichte Ausschnitte aus dem NATO-Plan OPLAN 100 (von 1962, der aber keineswegs als**

Städte, für die inzwischen nachgewiesen werden konnte, daß sie auf der atomaren Zielliste der NATO steht: die „taz" vom 6.8.80 veröffentlichte Ausschnitte aus dem NATO-Plan OPLAN 100 (von 1962, der aber keineswegs als

außer Kraft zu gelten hat), in dem Kiel (neben einem Dutzend anderer schleswig-holsteinischer Städte) als Atomziel der NATO auftaucht. Es dürfte überhaupt keine Stadt oder Gemeinde der BRD geben, zumindest in dem östlichen Teil von 150 Km an der DDR-Grenze, dem die BRD-Regierung zusichern könnte, daß sie n i c h t Atomwaffenziel der NATO wäre. Und gerade dies ist ja ein Ziel ‚atomwaffenfreier Zonen', nämlich als eine solche auch anerkannt zu werden.

Die Mehrzahl der in der BRD gelagerten Atom-Sprengköpfe kann eh nur auf Bundesgebiet niedergehen - anderes ist schon aufgrund der Reichweite der Atomgeschütze unmöglich.

Klein Pampau:
Dieser winzige Flecken in Schleswig-Holstein in der Nähe von Büchen beschloß am 24.6.82 mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der FWG in der Gemeindevertretung folgenden Antrag:„*Zum Schutz des Gemeindegebietes und der in der Gemeinde ansässigen Bürger vor Auswirkungen der eventuellen Lagerung oder Stationierung von atomaren, bakteriologischen oder chemischen Waffen, Einrichtungen oder Abschußrampen beschließt die GV der Gemeinde Klein Pampau vorsorglich Ablehnung aller Baumaßnahmen, die zur Vorbereitung einer derartigen Stationierung oder Lagerung durch übergeordnete Behörden — in- und ausländische — angeordnet werden könnten. Unter diese Ablehnung fallen auch Enteignungsmaßnahmen, die dem gleichen Zweck dienen sollen*". (Aus „Bei uns in Klein Pampau" / Sept. 82, hrsg.vom SPD-Ortsverband).

Lindau/Bodensee:
Die Stadt Lindau hat sich am 27.7.82 zwar nicht ausdrücklich zur „atomwaffenfreien Gemeinde" erklärt, aber einstimmig beschlossen, „*keine Maßnahmen*" zu unterstützen, „*die der Lagerung und Stationierung von Atomwaffen innerhalb des Lindauer Stadtgebietes dienen oder dies vorbereiten*". Die Initiative stammte von der „Bunten Liste Lindau", die der OB Steurer anfangs mit „Nichtbefassung" abhaken wollte. SPD-Stadtrat Hermann Dorfmüller und der Kreis-DGB-Vorsitzende Fiala verwiesen auf das Beispiel Nürnbergs und erläuterten, daß die Stadt Lindau schon in den 50er Jahren einen ähnlichen Beschluß gefaßt hatte: Lindau wollte sich 1957 zur „weißen Zone" erklären lassen. Nach einer Initiative des Internationalen Roten Kreuzes konnten sich sämtliche Städte, in denen sich keine Truppen, Waffen oder Rüstungsbetriebe befinden, als „weiße Zone", d.h. neutral in kriegerischen Auseinandersetzungen erklären lassen. Die Bundesregierug, die diesen Antrag zur Anerkennung hätte unterstützen müssen, lehnte ab. Lindau wurde von der Adenauer-Regierung zur Garnisonsstadt gemacht. 1982 hat die

„weiße Zone", d.h. neutral in kriegerischen Auseinandersetzungen erklären lassen. Die Bundesregierug, die diesen Antrag zur Anerkennung hätte unterstützen müssen, lehnte ab. Lindau wurde von der Adenauer-Regierung zur Garnisonsstadt gemacht. 1982 hat die

Bundeswehr Lindau allerdings wieder verlassen (s. „taz", 4.8. / „neue", 13.8.82).

Kassel:
Um 1.30 Uhr am 30.8. wurde im Kasseler Stadtparlament der Tagesordnungspunkt 17 aufgerufen: SPD und Grüne beantragten gemeinsam:„*Die Stadtverordnetenversammlung ist entschlossen, im Rahmen des geltenden Rechtes keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt Kassel dienen*", der Magistrat solle „*darauf hinwirken, daß die Herstellung, der Transport und die Lagerung atomarer, biologischer und chemischer Waffen in der nordhessischen Landeshauptstadt verhindert werden*" (zitiert nach „FR", 1.9.82). CDU und FDP lehnten die Diskussion um diesen Antrag ab, und wohnten der Abstimmung nicht mehr bei (es war ja auch schon spät), da dies Angelegenheit des Bundes sei. FDP und CDU konnten zwar auf die Unterstützung von Innenminister Gries (FDP) verweisen, der mit Bezug auf das Verfassungsurteil von 1958 die Befugnis der Stadtparlamente dazu bestritt, aber unternehmen will Gries nichts dagegen, „*weil sonst die Beschlüsse unnötig aufgewertet würden*" („SZ", 31.8.82). Der zuständige Kasseler Regierungspräsident Fröbel (FDP) hingegen hatte nichts einzuwenden, weil der Kasseler Beschluß ausdrücklich „im Rahmen des geltenden Rechts" verwirklicht werden soll (lt. „FAZ", 2.9.82).

Groß-Gerau/Mörfelden-Walldorf:
Am 24.6.82 beschloß der Stadtrat von Mörfelden-Walldorf, die Stadt zur ‚atomwaffenfreien Zone' zu erklären, DKP, Grüne Liste und SPD hatten sich vorher auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt.

Forts. von voriger Seite

Am 6.9. beschloß der Kreistag Groß-Gerau mit den Stimmen der SPD und der Grünen, das Kreis-Gebiet zur „symbolisch-atomwaffenfreien Zone" zu erklären. Das Gebiet ist ja durch die Auseinandersetzungen um die Startbahn-West schon entsprechend bekannt geworden. Im Kreisgebiet liegt neben Mörfelden-Walldorf auch Groß-Gerau und Rüsselsheim. Im Beschluß wird von „symbolisch-atomwaffenfrei" gesprochen, weil sie mit der Resolution mehr an die Verantwortlichen appellieren wollen, bzw. „*Eingang in ein entsprechendes Handeln von Bundesregierung und Bundestag finden*" wollen, so SPD-MdB Norbert Wieczorek. Zudem will die Resolution dazu beitragen, „*dem Drängen der Bundesregierung auf konkrete Verhandlungsergebnisse.... Nachdruck zu verleihen*". Die CDU hielt einmal mehr den Kreistag für inkompetent und erklärte, daß der Beschluß eine „*Vorleistung im Interesse der Sowjetunion*" sei.

Der „taz" (vom 9.9.82) „*bleibt die Frage, ob der Kreistag gewillt ist, die verabschiedete Resolution einem „Praxistest" zu unterziehen. Die in der Rüsselsheimer ‚Azbill-Kaserne' stationierte US-Transport-Einheit...freut sich bestimmt auf die ersten Kreisparlamentarier, die unter die Truck-Planen kriechen*".

Hamburg:
Zum Antikriegstag am 1.9.82 brachte die GAL in das Hamburgr Landesparlament ein ganzes Paket von Friedensanträgen ein, darunter auch den Antrag, Hamburg zur ‚atomwaffenfreien Zone' zu erklären. Immerhin hätten 1958 150.000 Menschen in Hamburg gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr demonstriert, Hamburgs Bürgermeister Max Brauer hatte damals Angehörigen des öffentlichen Dienstes erlaubt, früher Dienstschluß zu machen, erklärte die GAL dazu. Die damalige Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion hatte sogar ein Gesetz über die Durchführung einer Volksbefragung beschlossen (die dann verboten worden war). Senator Nevermann hatte das Verbot als „erbärmliches Urteil" gekennzeichnet.

Trotzdem stimmte allein die GAL für ihren Antrag, obwohl am 1.9. die Hamburger Presse zu berichten wußte, daß die SPD-internen Beratungen über diesen Antrag fast zur Spaltung geführt hätten, denn immerhin hatten 20 - 22 (von 55) SPD-Abgeordnete bislang verschiedenste Resolutionen und Forderungen der Friedensbewegung unterschrieben. Helga Hoffmann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die in Hamburg bisher öffentliche Unterschriften für ein atomwaffenfreies Hamburg sammelte, erklärte ihre Ablehnung nachher so:„*Mit der Ablehnung der GAL-Anträge habe ich nicht gegen die Inhalte der Anträge gestimmt. Mir fiel das ‚Nein' weißgott nicht leicht. Ich mußte aber nach jener Höllennacht* (gemeint ist die Fraktionssitzung der SPD — Anm. AK) *Rücksicht nehmen auf die Mehrheitsmeinung meiner Fraktion... Wir fassen oft gute Beschlüsse, setzen sie dann aber nicht in der nötigen Form um. Die an sich richtigen Anträge der GAL kamen jedoch zum falschen Zeitpunkt... Vielleicht werde ich auf friedenspolitischen Veranstaltungen deswegen ausgepfiffen werden. Aber ich weiß, wo ich wirklich stehe*" (in der „Hamburger Rundschau" am 9.9.82). Andere SPD-‚Linke' machten sich das noch einfacher und erklärten wie Klose den GAL-Antrag als ‚Spaltungs'-Manöver, dem man deshalb nicht zustimmen könne.

Immerhin kam noch gemeinsam der Antrag in Hamburg durch, der „*Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen von militärtechnischen Erzeugnissen für unerwünscht*" erklärt, der Senat soll bei der Messe GmbH auf die Einhaltung dringen.

Bielefeld:
In Bielefeld wurde auf Initiative der DFG/VK (ähnlich wie bei den Grünen in Tübingen) ein anderer Weg eingeschlagen, obwohl in Nordrheinwestfalen selbst jeder Bürger sich mit Anträgen ans Stadtparlament wenden könnte, wie dies in einer Reihe von Städten bereits geschehen ist. Im Januar und Februar dieses Jahres begann die Bielefelder Stadtteilinitiative Siegriedsplatz mit der Kampagne, eine S t r a ß e zur ‚atomwaffenfreien Zone' zu verklären. In der Turmstraße wurden dann die Anwohner aufgesucht, teilweise 3 - 4mal. Nach 3 Monaten hatte dann die Mehrheit der Bewohner der Straße die erste „atomwaffenfreie Straße" errichtet. Sehr bald folgte die Schelpsheide. Das Friedensplenum beschloß nun, „Straße für Straße" vorzugehen und eine „Stadtteilinfrastruktur" aufzubauen. „*Ein Antrag soll erst dann in den Rat eingebracht werden, wenn durch intensive Öffentlichkeitsarbeit ein Klima in der Bevölkerung geschaffen ist, das es den Bielfelder Stadtvätern unmöglich macht, Bielefeld nicht zur atomwaffenfreien Zone zu erklären*" (Angaben aus „Regionale atomwaffenfreie Zonen", Broschüre der Aktion Sühnezeichen zu der angelaufenen Kampagne).

Dies entspricht sehr exakt dem Schema des Aktionsplanes der DFG/VK, Punkt 2 („Machen wir unser Land atomwaffenfrei"), das dort ausführlichst beschrieben wird bis ins kleinste Deatil. Es soll ähnlich wie bei der Unterschriftensammlung zum Krefelder Appell funktionieren, nach dem DFG/VK-Motto:„*Überlassen wir den täglichen Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen in unserem Land nicht den Raketenbefürwortern, sondern popularisieren wir verstärkt vor Ort unsere Forderungen*" (zitiert nach „die tat", 19.2.82).

Mai 1958: Die Bürgerschaft erläßt ein Gesetz gegen Atomwaffen

Am 8. Mai 1958 verabschiedete die Hamburger Bürgerschaft nach einer langen Debatte ein „Gesetz betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen", das später vom Verfassungsgericht für nichtig erklärt wurde.

Nach diesem Gesetz sollte in Hamburg folgende Befragung durchgeführt werden:

„1. Sind Sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen? 2. Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik? 3. Sind Sie für die Errichtung von Abschußbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?"

Im Verlauf der Debatte in der Bürgerschaft führte der damalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD) Grundsätzliches aus, was sich Teile der Hamburger SPD-Spitze noch heute hinter den Spiegel stecken können:

„Es geht...um die Frage, ob durch diese Bewaffnung auch in Deutschland die Möglichkeit besteht, vorzeitig oder versehentlich oder aus einer Panikstimmung heraus die Anwendung von Atomwaffen auszulösen, und es geht endlich um die Frage, ob wir auf unserem Gebiet durch Atomwaffen für einen etwaigen Gegner eine zusätzliche Bedrohung schaffen wollen, daß die Bundesrepublik zu einem lohnenden und nach Meinung des Gegners lebenswichtigen Angriffsziel wird...Die Gefahr, daß die Menschheit jetzt das Ende ihrer eigenen Geschichte herbeizuführen droht, ist uns allen furchtbar nahe gerückt...Es geht um Leben und Sterben unserer Nation...Die Gefahr einer atomaren Selbstvernichtung der Menschheit zwingt uns alle, im Namen des Friedens und der Menschlichkeit unsere warnende Stimme zu erheben.

Da es in der Frage der deutschen Atomrüstung um unser eigenes Leben und um unsere eigene Zukunft geht, nehmen wir gerade in dieser Sache das demokratische Recht auf Meinungsfreiheit auch in Hamburg für uns in Anspruch. Wir sind sogar vor unseren Mitbürgern dazu verpflichtet, dieses Recht...für uns in Anspruch zu nehmen."


HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT
TEIL I

Gesetz, betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen.

Das Gesetz, das 1958 in der Bürgerschaft beschlossen wurde.

aus „Hamburger Utsichten", 15.8.82, DKP-Zeitung

schußbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?"

Im Verlauf der Debatte in der Bürgerschaft führte der damalige Erste Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD) Grundsätzliches aus, was sich Teile der Hamburger SPD-Spitze noch heute hinter den Spiegel stecken können:

„Es geht...um die Frage, ob durch diese Bewaffnung auch in Deutschland die Möglichkeit besteht, vorzeitig oder versehentlich oder aus einer Panikstimmung heraus die Anwendung von Atomwaffen auszulösen, und es geht endlich um die Frage, ob wir auf unserem Gebiet durch Atomwaffen für einen etwaigen Gegner eine zusätzliche Bedrohung schaffen wollen, daß die Bundesrepublik zu einem lohnenden und nach Meinung des Gegners lebenswichtigen Angriffsziel wird...Die Gefahr, daß die Menschheit jetzt das Ende ihrer eigenen Geschichte herbeizuführen droht, ist uns allen furchtbar


HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT
TEIL I

Gesetz, betreffend die Volksbefragung über Atomwaffen.

Das Gesetz, das 1958 in der Bürgerschaft beschlossen wurde.

aus „Hamburger Utsichten", 15.8.82, DKP-Zeitung

Presseerklärung zum Thema »Frauen in der Bundeswehr« eines Treffens norddeutscher Frauen am 28.8.1982

Am 28.8.1982 trafen sich in Hamburg 50 Vertreterinnen aus 16 Städten und Orten in Norddeutschland:

Vertreterinnen autonomer Frauengruppen, Frauenfriedensgruppen, des DFG-VK, Frauen des VDS, der Hamburger und Bremer Fraueninitiative „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein", in der mitarbeiten ASF und FDP-Frauen, DKP, GAL, Gewerkschafterinnen, Schülerinnen und Studentinnen, Vertreterinnen des Hamburger Plenums „Frauen gegen Krieg und Militarismus".

Thema war: Wie können Frauen den angestrebten Dienst in der Bundeswehr verhindern?

Einig wurden sich die Teilnehmerinnen darin:

Mit dem Plan einer zunächst freiwilligen Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr wird die Bevölkerung an eine verstärkte Militarisierung der gesamten Gesellschaft gewöhnt. Andererseits wird mit Frauen in der Bundeswehr die Aufrüstung erheblich verstärkt. Dies besonders vor dem Hintergrund der geplanten Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen 1983.

Das offizielle Argument in der Diskussion, Frauen würde in der Armee ein gesicherter Arbeitsplatz geboten, bezeichneten die Teilnehmerinnen als Augenwischerei. Nicht nur, daß in der Armee das beherrschende Gehorsamkeitsprinzipt gegen die Normalität eines solchen Arbeitsplatzes spricht — es ist im Gegenteil eine Verhöhnung der Frauen, die überall diskriminiert und von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind.

Darüber hinaus würden sich die Frauen bei Unterstützung der Pläne geradezu ins eigene Fleisch schneiden, weil Arbeitsplätze und soziale Leistungen im zivilen Bereich durch Rüstung vernichtet werden.

— für Ende November schlagen die norddeutschen Frauen einen bundesweiten Aktionstag vor

— für den Tag, an dem das Thema im Parlament verhandelt wird (voraussichtlich noch in diesem Herbst) sind bundesweite Frauenaktionen in Vorbereitung.

V.i.S.d.P.
Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein
c/o Innocentiastr. 21
2000 Hamburg 13

Dörte Kohbrok
Eichenstr. 45
2000 Hamburg 19
(Frauen gegen Krieg und Militarismus)

Kommandeurstagung in Hagen 19. - 21. Oktober '82

Die diesjährige Kommandeurstagung der Bundeswehr wird vom 19. bis 21. Oktober in Hagen stattfinden. 380 Kommandeure (die Führungsspitze der Bundeswehr) sowie Bundespräsident, Kriegsminister, NATO-Generalsekretär und Bonner US-Botschafter werden drei Tage lang die Hagener Stadthalle bevölkern. Weite Teile der Hagener Innenstadt werden oder sind schon militärischer Sicherheitsbereich.

Thema und Inhalt dieser Veranstaltung unterliegen der strengsten Geheimhaltung. Sicher dürfte jedoch sein, daß auf der Tagesordnung folgende Punkte stehen werden:
— gemeinsame Strategie der NATO, wie sie in der „Bonner Erklärung", anläßlich des Reagan-Besuchs, veröffentlicht wurde;
— vorbereitende militärische Maßnahmen zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses,

aus dem ostwestfälischen, dem gesamten Märkischen Raum, Köln und Frankfurt Vertreter von Friedens-, Antimil-Gruppen und verschiedensten Organisationen, um Aktionen gegen diese Kommandeurstagung vorzubereiten.

Bislang ist geplant:
— eine Demonstration am Samstag, dem 16.10. in der Hagener Innenstadt/als Gegendemonstranten haben sich schon die Reservisten-Kameraden der Bundeswehr Hagen-West angekündigt;
— vom 16. bis 22.10. soll ein Friedenscamp im Volkspark stattfinden. Bislang lehnte es jedoch die Stadtverwaltung ab, hierfür eine Genehmigung zu erteilen;
— am 20.10. eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Sicherheit" mit Mechtersheimer, U. Albrecht und Guha.

Kommandeurstagung in Hagen 19. - 21. Oktober '82

Die diesjährige Kommandeurstagung der Bundeswehr wird vom 19. bis 21. Oktober in Hagen stattfinden. 380 Kommandeure (die Führungsspitze der Bundeswehr) sowie Bundespräsident, Kriegsminister, NATO-Generalsekretär und Bonner US-Botschafter werden drei Tage lang die Hagener Stadthalle bevölkern. Weite Teile der Hagener Innenstadt werden oder sind schon militärischer Sicherheitsbereich.

Thema und Inhalt dieser Veranstaltung unterliegen der strengsten Geheimhaltung. Sicher dürfte jedoch sein, daß auf der Tagesordnung folgende Punkte stehen werden:
— gemeinsame Strategie der NATO, wie sie in der „Bonner Erklärung", anläßlich des Reagan-Besuchs, veröffentlicht wurde;
— vorbereitende militärische Maßnahmen zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses,
— Stärkung der konventionellen Kampfkraft;
— „Vorwärtsverteidigung" statt „Vorne-Verteidigung".

Seit Mitte Juni treffen sich in Hagen aus dem ostwestfälischen, dem gesamten Märkischen Raum, Köln und Frankfurt Vertreter von Friedens-, Antimil-Gruppen und verschiedensten Organisationen, um Aktionen gegen diese Kommandeurstagung vorzubereiten.

Bislang ist geplant:
— eine Demonstration am Samstag, dem 16.10. in der Hagener Innenstadt/als Gegendemonstranten haben sich schon die Reservisten-Kameraden der Bundeswehr Hagen-West angekündigt;
— vom 16. bis 22.10. soll ein Friedenscamp im Volkspark stattfinden. Bislang lehnte es jedoch die Stadtverwaltung ab, hierfür eine Genehmigung zu erteilen;
— am 20.10. eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Sicherheit" mit Mechtersheimer, U. Albrecht und Guha.

Näheres ist zu erfahren über:
AG Friedenswoche Hagen
Aktionsbüro c/o Böcker
Neumarktstr. 3
5800 Hagen / Tel. 02331/16856

Klagen über Alkohol beim Bund

Der leichtfertige und unkontrollierte Umgang der Soldaten mit Bier und harten Schnäpsen macht den Bundeswehr-Verantwortlichen zunehmend Sorgen. Bereits jetzt gehen 50 % aller Manöver-Unfälle auf das Konto mehr oder weniger edler Tropfen. „Die lassen sich vollaufen bis zum Knorpel, und dann denken sie, sie wären auf Vatertagstour", klagt Reserveoberst Alfons P. — Heiterkeit erregte kürzlich die Besatzung eines Flak-Panzers, die sich während des Herbstmanövers „Schneller Hüter" bis in die Wandelgänge des Bundestags verirrte (unser Bild).



»Mit dem Kanu gegen Kriegsschiff« (»Bild«)

Mit fünf kleinen Booten sorgten Hamburger Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen dafür, daß der Stapellauf des Kriegsschiffes „Sarandi" nicht wie geplant in heimlicher Stille vollzogen werden konnte. Die „Sarandi" ist die letzte von vier Fregatten, die vom Hamburger Werft- und Stahlbauunternehmen Blohm & Voss gebaut werden und für Argentinien bestimmt sind.

Ziel dieser Aktion war es, den Stapellauf durch eine Blockade des Fahrwassers zu verzögern, so die aus solchen Anlässen übliche militärische Feierlichkeit zu stören und die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Ein erster Versuch dieser Art — er klappte nicht ganz. Eine viertel Stunde früher als geplant — die Paddlerinnen und Paddler befanden sich gerade am Eingang des Werftbeckens — lief die „Sarandi" vom Stapel. Doch die beabsichtigte Heimlichkeit war durchbrochen; die Hamburger Medien widmeten Stapellauf und Gegenaktionen ihre Aufmerksamkeit. Peinlich, peinlich! Denn n o c h gilt der Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, wegen des Falkland-Krieges vorerst keine Militär-Exporte für Argentinien zu genehmigen. Das Management der Werft hat trotzdem größtes Vertrauen, daß der Liefervertrag erfüllt werden kann. Schließlich hat die argentinsche Regierung bereits einen großen Teil der Baukosten auf den Tisch geblättert, und ein anderer politsch genehmigter Abnehmer ist weit und breit nicht in Sicht.

Selbst mit den Triebwerken, die von der englischen Firma Rolls-Royce kommen sollen, wird es keine Schwierigkeiten geben. Rolls-Royce will liefern — trotz Falkland-Krieg und Lieferverbot der englischen Regierung.

Während die einen auf dem Wasser protestierten, hatten sich einige hundert Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen vor den Werkstoren zu einer Kundgebung eingefunden. Aufgerufen hatten u.a. die Hamburger Friedenskoordination und die GAL. Pünktlich zum Schichtwechsel ließ die Werksleitung die Tore schließen; die Arbeiter konnten nicht sofort nach Hause. Dies trug zu einer Zuspitzung der Konfrontation zwischen Demonstranten und Belegschaft bei. Wenngleich bei Blohm & Voss im nächsten Jahr eine Massenentlassung von 700 Mitarbeitern droht, scheint der Glaube, Rüstungsproduktion sichere Arbeitsplätze, noch weit verbreitet zu sein.

In zweierlei Hinsicht könnten und sollten die Aktionen gegen den Stapel-
trotzdem größtes Vertrauen, daß der Liefervertrag erfüllt werden kann. Schließlich hat die argentinsche Regierung bereits einen großen Teil der Baukosten auf den Tisch geblättert, und ein anderer politsch genehmigter Abnehmer ist weit und breit nicht in Sicht.

Selbst mit den Triebwerken, die von der englischen Firma Rolls-Royce kommen sollen, wird es keine Schwierigkeiten geben. Rolls-Royce will liefern — trotz Falkland-Krieg und Lieferverbot der englischen Regierung.

Während die einen auf dem Wasser protestierten, hatten sich einige hundert Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen vor den Werkstoren zu einer Kundgebung eingefunden. Aufgerufen hatten u.a. die Hamburger Friedenskoordination und die GAL. Pünktlich zum Schichtwechsel ließ die Werksleitung die Tore schließen; die Arbeiter konnten nicht sofort nach Hause. Dies trug zu einer Zuspitzung der Konfrontation zwischen Demonstranten und Belegschaft bei. Wenngleich bei Blohm & Voss im nächsten Jahr eine Massenentlassung von 700 Mitarbeitern droht, scheint der Glaube, Rüstungsproduktion sichere Arbeitsplätze, noch weit verbreitet zu sein.

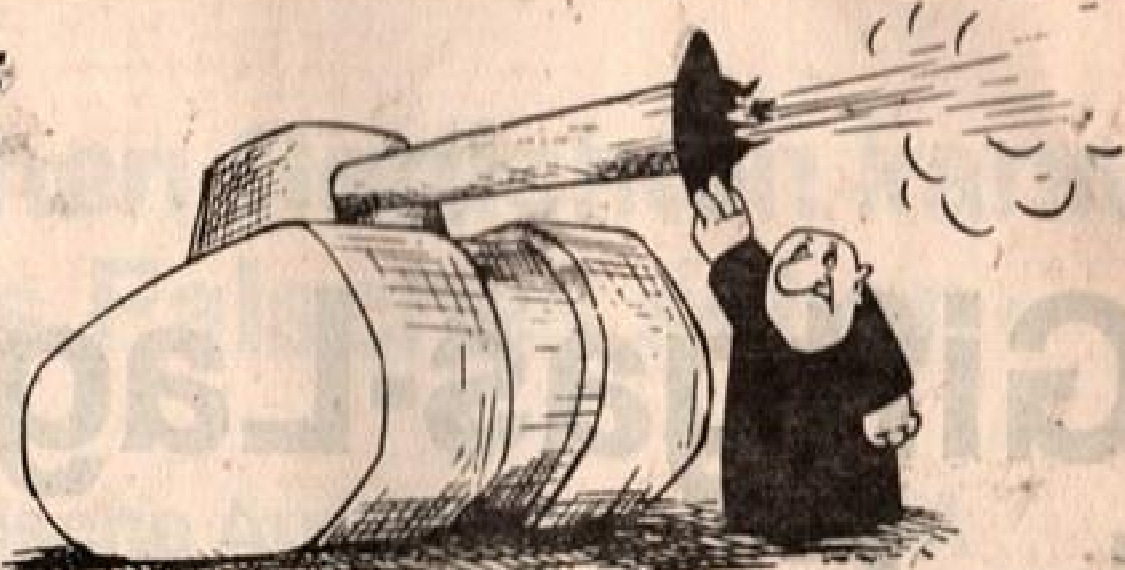
In zweierlei Hinsicht könnten und sollten die Aktionen gegen den Stapellauf auch in anderen Initiativen zur Nachahmung und zum Nachdenken anregen. Sie haben — zumindest in der Hamburger Friedenskoordination — zu Überlegungen über eine notwendige Verbindung zwischen dem Kampf gegen Rüstungsproduktion und dem Kampf um Arbeitsplätze geführt. Und sie bedeuten einen Vorstoß, die Kräfte nicht allein auf die Durchführung allgemeiner, breiter Friedensdemonstrationen zu konzentrieren, sondern auf konkrete Rüstungsschritte auch mit direkten Aktionen zu antworten.

S., Hamburg

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/ Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,—, halbjährlich DM 33,— (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,—); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,—; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Der Katholikentag in Düsseldorf — Ein Bericht —



Der Streit um den Frieden

Hans Maier, bayrischer Kultusminister und Präsident des ZdK (Zentral-Komitee der Deutschen Katholiken), wollte es eigentlich *„nicht zulassen, daß dieser Katholikentag ins Schlepptau der Friedensbewegung gerät."*

In der Friedensfrage vertritt das von der CDU/CSU beherrschte höchste Laiengremium des deutschen Katholizismus nämlich knallhart die Positionen der Unionsparteien. Diese wurden November '81 in der ZdK-Stellungnahme „Zur aktuellen Friedensdiskussion" festgeschrieben. In diesem Papier wird die Bedrohung aus dem Osten und durch seine Hilfstruppe, die Friedensbewegung, in den grellsten Farben ausgemalt; demgegenüber ein Loblied auf die Schutzmacht USA, die atomare Abschreckung und den Nato-„Nachrüstungs"-Beschluß angestimmt.

Daß mit derartigen Positionen insbesondere bei den jugendlichen Katholikentagsbesuchern kein Blumentopf zu gewinnen sein würde, war auch dem ZdK klar. Deshalb war das ZdK bis zuletzt bemüht, die Friedensfrage außen vor zu lassen. Es ist das Verdienst des BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) und der IKvu (Initiative Kirche von unten), daß dies mißlungen ist.

Der BDKJ setzte sich seit 1980 im ZdK immer wieder dafür ein, daß das Thema Frieden ein zentraler Punkt des Katholikentagprogramms werden sollte. Dabei konnte er trotz des hartnäckigen und massiven Widerstandes der Unions-Katholiken einige Erfolge erzielen. Die Jugendkommission des ZdK plante ein „Friedensfestival" mit Friedenscamp, Friedenswerkstatt, Friedensmarsch, Friedensfeiern und -foren, das inhaltlich auf die „Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik" ausgerichtet war, z.B. wurden *„Schritte einseitiger Rüstungsreduzierung als mögliche Vorleistung"* gefordert. Die Unions-Katholiken des ZdK hielten dies für *„eine eingeschränkte und falsche Sicht der Friedensbedrohung"* und setzten das „Friedensfestival" kurzerhand ab.

Der BDKJ ließ sich das nicht gefallen. Nach langen Auseinandersetzungen erkämpfte er den Kompromiß, die Friedensveranstaltungen „in eigener Regie" und „im Rahmen des Kathlikentages" durchführen zu dürfen. Der Bundesleiter der KJG (eine der Mitgliedorganisationen des BDKJ), Ulrich Thomaßen, charakterisierte den „Kompromiß" so: *„Wir sind aus dem Katholikentag hinausgeschmissen worden."*

Mit einem Schweigemarsch eröffnete der BDKJ am 2.9. den Reigen der Friedensdemonstrationen und -kundgebungen. Vor den rund 10.000 Teilnehmern sprach auch Bischof Leroy Matthiesen aus Texas. Trotz aller Bemühungen der friedensbewegten deutschen Katholiken war er nicht offiziell zum Katholikentag eingeladen worden, denn die US-amerikanischen Bischöfe haben ein Papier verabschiedet, in dem sie die Bedrohung oder gar den Einsatz von Atomwaffen gegen zivile Ziele verurteilen, ebenso einen atomaren Erstschlag gegen militärische Ziele. Solche Positionen vertragen sich schwerlich mit der Kalten-Kriegs-Ideologie der deutschen Katholiken-Führer.

Die offizielle „Friedens"kundgebung der katholischen Kirche — mit Helmut Schmidt und Helmut Kohl als Hauptrednern — fand am 3.9. im Rheinstadion statt. Die derzeitige Attraktivität derartiger Jubel-Veranstaltungen, auch mit prominenter Besetzung, läßt sich in etwa daran ablesen, daß die Kirche mit 70.000 Teilnehmern rechnete, tatsächlich jedoch nur knapp 35.000 erschienen, darunter ca. 2.000, die gegen den Auftritt der Herren Schmidt und Kohl protestieren wollten. Die übergroße Mehrheit der Protestierenden kam aus dem Friedenscamp des BDKJ, die Düsseldorfer Linke war recht schwach vertreten.

Helmut Kohl erhielt für seine Rede, in der er die angebliche Überlegenheit der SU und die Notwendigkeit, im Westen weiter zu rüsten, betonte, reichlich Pfiffe und Buh-Rufe.

Helmut Schmidt war da mal wieder etwas geschickter. Er brachte es fertig, die Parole „Schwerter zu Pflugscharen" gutzuheißen, die Forderung der Friedensbewegung nach Abrüstung zu begrüßen, zu erklären, auch er habe Angst vor den Atomwaffen usw., um dann die „Realpolitik' der „Nach"-und Aufrüstung zu verteidigen. Diese Herangehensweise brachte ihm anfangs auch Beifall der BDKJ'ler ein, bis diese merkten, daß Helmut Schmidt lediglich der taktisch schlauere Redner ist.

„Kehrt um — Entrüstet Euch" war das Motto der von der IKvu, Aktion Sühnezeichen und dem „Innerkirchlichen Friedensrat der Niederlande" am 4.9. veranstalteten Friedensdemonstration. „Nur" 40.000 Demonstranten kamen, obwohl von den Veranstaltern zeitweise Zahlen von bis zu 120.000 gehandelt wurden.

Ernesto Cardenal, der Kulturminister Nicaraguas, forderte die Einheit *„von den extremsten Pazifisten bis zu jenen, die in Befreiungsbewegungen kämpfen. Der Friede, den wir suchen, darf das Recht der unterdrückten Völker auf Befreiung nicht ignorieren."*

Neben weiteren Rednern konnten die Demonstranten anders als in Bonn am 10.6. Oskar Lafontaine wieder in seiner Lieblingsrolle als sozialdemokratischen Friedensengel bewundern.

Katholikentag von unten

Die in der „Initiative Kirche von unten" zusammengeschlossenen mehr als 40 kirchenoppositionellen Gruppen veranstalteten parallel zum offiziellen Katholikentag zum zweiten Mal den „Katholikentag von unten". Die Bemühungen der IKvu, Mitveranstalter des offiziellen Katholikentages zu werden, wurden nach einigem Hin und Her vom ZdK abgeschmettert. Nicht genug damit, daß zahlreiche IKvu-Gruppen aufgrund ihrer Zielsetzung dem ZdK mißliebig sind, wollte auch die IKvu ihre nach Ansicht des ZdK völlig verqueren Friedenspositionen in den Katholikentag einbringen. Die von der IKvu initiierte Friedensdemonstration am 4.9. sah der ZdK-Präsident Hans Maier so: *„Wir empfinden diese Demonstration als direkt und bewußt gegen den Katholikentag gerichtet, weil dieses Treffen damit für eigene Zwecke umfunktioniert werden soll."*

Bei den Veranstaltungen der IKvu, wie z.B. einer Meditation mit Ernesto Cardenal, einer Veranstaltung mit dem von der Kirche gemaßregelten Hans Küng, einer Friedensdiskussion und einer Veranstaltung zur Arbeitslosigkeit herrschte zumeist ein derartiger Andrang, daß hunderte von Menschen keinen Platz in den Veranstaltungsräumen fanden.

§ 218 — Kirche startet neue reaktionäre Kampagne

Der Katholikentag war auch der Auftakt für eine neue Kampagne der katholischen Kirche für die Verschärfung des § 218 unter dem Motto: „Wähle das Leben."

„Ziel der bis 1984 geplanten Aktion sei eine größere Lebensbejahung in unserer Gesellschaft, erklärte Prälat Josef Hohmeyer, Sekretär der Bischofskonferenz. Die Menschen müßten wieder voll Freude Ja sagen zum Leben in ‚all seinen Phasen'. Denn nur dann finde auch das Leben des Behinderten und Kranken wieder seinen Wert, freuten sich Eltern wieder auf Kinder, habe die Jugend neuen Mut zur Zukunft. Zum umfassenden Schutz des Lebens zählt ebenso der Pflanzen- und Tierschutz wie die Sicherung des Friedens. Wer dies neu sehen lernt, dem ist auch der Schutz des ungeborenen Lebens ein Anliegen." (Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln, Nr. 23 vom 4.6.1982).

Durch die Verquickung mit anderen „populäreren" Themen hofft die Kirche, neue Kreise anzusprechen, die mit den bisherigen Kampagnen nicht erreicht wurden. Prälat Hohmeyer erklärt zu „Wähle das Leben" in aller Offenheit: *„Das eigentliche Ziel sei: in der Bevölkerung ein Klima zu schaffen, das die Politiker zur Rücknahme der Abtreibungsreform bringe"* (ebd.).

Das rief natürlich die reaktionären und militanten Gruppen wie „Insel fürs Leben", „Haus für das Leben", „Aktion für das Leben" usw. auf den Plan, die gegen jede Freigabe der Abtreibung agieren. Sie traten während des Katholikentages in Düsseldorf massiv auf.

An zahlreichen Plakatwänden, Litfaßsäulen und in den S-Bahnen tauchten Plakate auf wie: **Abtreiben ist Töten — Babies wollen leben — Niemals werde ich Mama sagen.** Die Plakate zeigten zur Verstärkung der Hetzparolen die Abbildung eines zerstückelten Embryos. Täglich hatten diese Reaktionäre mehrere Stände in der Innenstadt aufgebaut, an denen sie ihre widerwärtigen Flugblätter verteilten und Unterschriften gegen die Bezahlung von Abtreibungen durch die Krankenkassen sammelten.

Dagegen rührte sich relativ wenig Widerstand. Die SPD-Ratsherrin Ruth Willigalla protestierte in einem Brief an die Bundesbahn gegen die Plakate in den S-Bahnen und forderte ihre Entfernung; während der Friedensdemo am 4.9. verteilten die Frauen des Düsseldorfer Frauenzentrums Flugblätter; ebenfalls während dieser Demo wurde einer dieser Stände abgeräumt.

dorfer Frauenzentrums Flugblätter; ebenfalls während dieser Demo wurde einer dieser Stände abgeräumt.

Am Abend des 4.9. fand im Rheinstadion die Eröffnungskundgebung der Kampagne „Wähle das Leben" statt, zu der sich maximal 15.000 Abtreibungsgegener sowie rund 100 Frauen (und einige Männer), die die reaktionäre Kundgebung stören wollten, eingefunden hatten.

Neben Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit und CSU-Mitglied, sprach der Essener Bischof Hengsbach, der bereits in der Vergangenheit besonders aktiv gegen die Reform des § 218 aufgetreten ist.

Im Verlaufe der Kundgebung steigerte sich die Aggressivität der Abtreibungsgegner gegenüber dem kleinen Trupp Protestierender derartig, daß beim geschlossenen Abzug einzelne Frauen tätlich angegriffen wurden.

Gegenwärtig läßt sich schwer abschätzen, inwieweit es der katholischen Kirche gelingt, durch die Verquickung ihres eigentlichen Anliegens, der Rücknahme der Reform des § 218, mit anderen Themen über den Kreis der reaktionären und militanten Abtreibungsgegner hinaus Menschen zu mobilisieren. Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer scheint eher dagegen zu sprechen, denn bei der letzten großen Kampagne der katholischen Kirche, die sich gegen die Einrichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Essen richtete, hatten 1981 immerhin mehr als 20.000 Menschen an einem Schweigemarsch teilgenommen.

Das sollte aber nicht dazu verführen, die Kampagne „Wähle das Leben" unbeachtet rechts liegen zu lassen. Immerhin hatte eine reaktionäre Abtreibungsgegnerin mit ihrer Klage gegen die Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen vor dem Dortmunder Sozialgericht Erfolg. Das Gericht folgte der Argumentation, eine Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen sei verfassungswidrig. Das Sozialgericht leitete die Klage an das Bundesverfassungsgericht weiter. Bisher hat das BVG über die Klage noch nicht entschieden, aber die bekanntermaßen frauenfeindliche Einstellung des BVG gibt Anlaß zur Sorge.

Wachsamkeit und ein wieder verstärktes Engagement gegen die Angriffe auf die Reform des § 218 sind also angebracht.

Detlef/Düsseldorf

Das Essener Pamphlet wurde für die Veranstaltung „Friede auf Erden" in der Essener Marktkirche am 8. Juli 1982 geschrieben, einer Autorenlesung des Verbandes der deutschen Schriftsteller in der IG Druck und Papier Ruhr-West.

Thomas Rother

Essener Pamphlet:

WER SPRICHT REAGAN HEILIG?

oder: wie die Atombombe zum Kriegsverhüterli wird

In einer Zeit, in der der Friede die Pause zwischen den Nachrichtensendungen geworden ist, in der ein alternder Schauspieler bei einer Europareise die Anwartschaft auf die Verleihung des Oscars für die gelungendste Darstellung eines amerikanischen Präsidenten verteidigt hat, in der sich keiner mehr Mühe gibt, den Wirtschaftskrieg zwischen den Kontinenten zu verheimlichen, in der in Brasilien wegen schnellen Profits täglich 240 Hektar Wald gemordet werden, in der weltweit Krieg gegen Bäume geführt wird, in der der Mensch die Wurzeln seiner grünen Existenz abschlägt, obgleich er weiß, daß er dadurch eines Tages in einer selbstgeschaffenen Wüste auf dem Trockenen sitzen wird, in der die Welt den wahren Zweck der Weltraumfahrt erfährt, nämlich, daß die Weltraumfähre Columbia zum angeblichen Schutz der Freiheit des amerikanischen Volkes ein Militärapparat ist, in der die letzten Opfer des Atombombenabwurfes von Hiroshima ihre letzten verstümmelten Jahre beginnen, in der wir darauf hoffen, daß nur hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen, in der wir Falkland, Libanon, Guatemala, Namibia, Salvador und anderer Probe-Weltkriege gewiß sind, in der die Bomben um unegestellt werden, frage ich mich, ob Worte die stillere Zeit vor dem Krieg retten können, mißtraue ich mir und bin nicht gewiß, ob Lieder und Geschichten, Reden und Gedichte uns erhalten helfen, obschon sie von uns künden werden. In diesem Lärm halte ich sprachlos inne, stehe still wie ein Gedankenstrich in der Schützenkette der Wörter für den Frieden, und mir fehlen die Worte, dem Frieden einen Text zu schreiben. So unsicher, habe ich keinen neuen Text, dem Frieden eine Lanze zu brechen.

Ich habe mir einen Text geliehen. Ende Mai 1982 entdeckte ich eine winzige Zeitungsmeldung, die mich erschreckte. Es wurde über eine „Friedensdiskussion der Männer des Bistums Essen" berichtet. Da ich nicht glauben wollte, was ich las, habe ich mir Reden davon besorgt. Mein Erschrecken ist in Furcht umgeschlagen. Die Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Dr. Friedrich Kronenberg, über „Die gegenwärtige Friedensdiskussion – eine Herausforderung an uns Christen" ist ein gewaltiger Eiertanz, den dieser Generalsekretär bei der „Frühjahrstagung der Männer des Bistums Essen" aufführte. Aus dieser Rede will ich zitieren.

Die Presseerklärung des Bistums Essen berichtete zunächst von der Meinung des Domkapitulars Franz Grave, der meinte: „Die Reduzierung der Bergpredigt zu einer reinen Gesinnungsethik" berge die Gefahr einer um sich greifenden Weltfremdheit, einer Verwischung der Grenzen zwischen Idealvorstellung und Realität in sich. „Eine protestierende Friedensbewegung hilft nicht weiter", diskriminiert der Domkapitular. Gleichzeitig greift er zur Waffe: „Sich gegen ungerechtfertigte Forderungen mit Waffen zu wehren, verstoße durchaus nicht gegen den Geist der Bergpredigt." Welche Waffen meint er? Die der Sandinisten von Nicaragua doch wohl nicht?

Dies war nur Vorgeplänkel, einem kleinsten Feuerwerksgeknalle vergleichbar. Dann aber kommt Dr. Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der feuert anders. Obwohl er grundsätzlich anhebt, wird er am Endgungeheuerlich.

„Die gegenwärtige Friedensdiskussion ist für uns Christen eine besondere Herausforderung, einmal weil es Aufgabe der Christen ist, Frieden zu stiften, und zum anderen, weil Christen und christliche Gruppen an der gegenwärtigen Friedensdiskussion maßgeblich beteiligt sind und hierbei nicht selten die christliche Botschaft vom Frieden verkürzen und kurzschlüssig religiöse Impulse in Politik umsetzen wollen."

Er selbst aber bleibt nicht unpolitisch, sondern der Generalsekretär bläst wie ein General zum Angriff:

„Das Christentum hat sich in seiner bisherigen Geschichte als friedenstiftende Kraft erwiesen. Wenn heute Menschen bei Hausbesetzungen, Bauplatzbesetzungen und gewaltsamen Demonstrationen gegen unseren Staat, gegen unsere Rechtsordnung, gegen unsere Polizei vorgehen, dann zerstören sie genau den Frieden, den wir unter großen Mühen im Laufe der Geschichte aufgebaut haben."

Da werden wieder Vorurteile verankert. Für Dr. Kronenberg wird der Weg vom Hausbesetzer zum Kommunisten nicht weit sein, obwohl er uns zunächst alle noch für Brüder hält:

„Denn als Christen erkennen wir alle Menschen als Kinder des einen Vaters und damit als unsere Brüder und bauen an dem Frieden weiter, den Er in die Welt gebracht hat und den Er am Jüngsten Tag vollenden wird."

Er wird die Brüder schon scheiden, der Herr Kronenberg, und er wird uns den Teufel als roten Bruder an die Wand malen. Zwei Absätze weiter läßt er die Katze aus dem Sack:

„Eine Politik, die Friedenspolitik sein will, muß auf den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Liebe beruhen. Nach christlichem Verständnis ist die Friedensordnung ihrem Wesen nach eine Ordnung der Freiheit. Freiheitsmindernde totalitäre Ideologien, wie wir sie etwa im Kommunismus, im Faschismus, im Nationalsozialismus und im Imperialismus antreffen, sind daher friedensgefährdend."

Endlich hat der Christ Kronenberg seinen Teufel, mit dem er erschrecken will. Den Faschismus meint er doch gewiß nicht? Wo ist denn die katholische Anklage gegen das Verschwinden hunderter Oppositioneller in Argentinien? Wo war die Stellungnahme gegen das faschistische Spanien? Wo ist das katholische Aufbegehren gegen den Rassismus in Südafrika? Die Zukunft Südafrikas bleibt weiterhin schwarz. Am Ende, denke ich, werden diese Generalsekretärgedanken die Bombe gegen den Kommunismus aufstellen. Dieser Generalsekretär installiert sie geschickt:

„Wer angesichts der Friedensbedrohung durch den totalitären Kommunismus sowjetischer Prägung heute den Verzicht auf Verteidigung und auf entsprechende Waffen fordert, der kann sich weder auf das Evangelium berufen, noch darauf, daß er dem Frieden wirklich dient."

Friedensverteidigung mit entsprechenden Waffen? Mit Feuer und Schwert etwa, mit Haubitzen und Granaten? Nein, Dr. Friedrich Kronenberg, deutscher Katholiken-Funktionär, weiß, welche Waffen dem Frieden entsprechen:

„Atomwaffen dienen nicht der Verteidigung, sondern der Kriegsverhütung. Durch ihre abschreckende Wirkung sind sie politische Mittel zur Kriegsverhütung, und nur so können sie unter den gegenwärtigen Bedingungen ethisch gerechtfertigt werden. Wenn Nuklearwaffen zur Kriegsverhütung, nämlich zur Abschreckung einer eventuellen Aggression gedacht sind, und wenn sie nach menschlichem Ermessen notwendig sind, um einen Krieg zu verhüten und damit Frieden und Freiheit für ein Volk zu erhalten, dann ist ihre Herstellung und Lagerung sowie die Bereitschaft, sie notfalls einzusetzen, ethisch zu rechtfertigen."

An den Rand dieser Rede schrieb ich: Immer wieder lesen! Atomwaffen dienen der Kriegsverhütung! Ihr Einsatz kann ethisch gerechtfertigt werden! Dr. Friedrich Kronenberg sollte den Engeln Atombomben unter die Flügel binden.

Aber der Mann sichert sich ab: er vollführt einen Abrüstungseiertanz, als jonglierte er mit scharfen Eierhandgranaten:

„Da aber die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit dieser Abschreckung voraussetzt, daß man bereit ist, diese Waffen im äußersten Falle auch einzusetzen, sind sie selbst unter der Zielsetzung der Kriegsverhütung ethisch nur dann zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig mit aller Kraft eine Politik der Rüstungskontrolle betrieben wird und darauf hingearbeitet wird, daß wirksame Schritte zur Abrüstung, zur Rüstungsbegrenzung und zur Rüstungsminderung getan werden, um so im Rahmen des Abschreckungssystems auf ein immer niedrigeres Rüstungsniveau zu gelangen, ohne Stabilität und Gleichgewicht aufzugeben."

Dr. Kronenberg hat leider nicht gesagt, was ein „äußerster Fall" ist. Er hat auch nicht gesagt, wer den äußersten Fall einschätzt. Wir wissen also nicht genau, wem er zutraut, für unsere Sicherheit Atomwaffen einzusetzen. Wir können nur ahnen, wer Kronenbergs Mann ist, nachdem wir des Generalsekretärs gewaltigen Schluß gelesen haben. Kronenberg findet den Schluß mit der Bombe: Frieden auf Erden – der Generalsekretär schafft ihn mit der Waffe:

„Wer durch Androhung von Gewalt die Gewalt verhindert, wer durch Kontrolle, Begrenzung und Minderung der Waffen die Mittel der Gewalt beschränkt, wer darüber hinaus durch seinen Einsatz für Gerechtigkeit und Freiheit, Menschenwürde und Liebe, Wahrheit und Solidrität, durch seinen Einsatz für das allgemeine Wohl und für das ewige Heil alle erforderlichen Wege zum Frieden beschreitet, der leistet den Beitrag zum Frieden, der uns möglich ist, der ist Friedensstifter im Rahmen der Verhältnisse, in denen wir leben."

Also: Bombenaufsteller sind Friedensstifter? Diejenigen, die uns bedrohen, sind Friedensstifter? Wer mit Androhung von Gewalt Gewalt verhindert, weil er bereit ist, die Bombe zu werfen, der stiftet Frieden? Wer soll hier zum Heiligen aufgebaut werden? Beispielsweise ist der alte Mime Ronald Reagan bereit, die Bombe zu werfen – nicht nur notfalls. Wird Ronald Reagan für seine Bereitschaft heiliggesprochen? Was bedeuten diese Worte einer ungeheuerlichen Rede eines Generalsekretärs? Etwa dies: Der Mensch ging zum Herrn und sagte: Mein Herr und mein Gott, ich weiß mir keinen Rat mehr, was soll ich tun? Und der Herr antwortete: Dann nimm die Atombombe und wirf sie?

Atomwaffen im Zusammenhang mit Frieden zu nennen, halte ich für blasphemisch, für gotteslästerlich. Ich fühle mich durch diese Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bedroht. Wieder heiligt der Zweck die Mittel. Wieder soll wie bei der Inquisition mit Feuer und Folter auch heute der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden. Da Bomben Krieg verhüten, die Atombombe – das Kriegsverhüterli, sind dann folgerichtig Atombomben Friedensbringer? Werden Atomwaffen demnächst von katholischen Priestern gesegnet?

In dieser Situation finde ich mich. Und da soll ich dem Frieden einen Text schreiben?
Ich habe keinen neuen Text für den Frieden.
Ich habe keinen neuen Text gegen den Krieg.
Ich habe meine alte Sehnsucht
danach.
Ich habe meine alte Furcht
davor.
Da es nichts Neues ist,
immer allgemeiner zu werden scheint,
werden alte Sehnsüchte und alte Befürchtungen
nichts retten.
Es ist nicht genug,
Sehnsucht nach Frieden und Furcht vor dem Krieg
zur Liebe nach Leben zu mischen.
Wenn Sehnsucht und Furcht nicht
den Willen zur Wut gebären
auf den für uns bereiteten Tod,
dann hat die Summe der lauen Gefühle
schweigender Mehrheiten
hinterm Komma nur impotente Seufzer.
Die Bombe in Nachbars Garten
aber wird dastehen
groß und schön
mit rotem Stern – mit Sternenbanner,
der Lebensbaum daneben ist nichts dagegen.
Den geplanten Weltentod auf dem Bildschirm,
den internationalen Veitstanz der Mächtigen vor
Augen,
stellt sich kein Wortspiel mehr ein,
verschafft kein Witz mehr Luft.
Am Anfang des Ernstfalles
kann und will ich mir keinen Reim machen,
weiß dir und mir keinen Rat.
Den Ernstfall im Herzen und im Kopf,
den Ernstfall auf und unter der Haut,
frage ich unseren Ururgroßvater Georg Büchner:
Friede den Hütten? Krieg den Palästen?

Wir verurteilen den Versuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Dr. Friedrich Kronenberg, den Einsatz von Atomwaffen ethisch zu rechtfertigen und die Androhung dieser lebensbedrohenden Gewalt als friedenstiftend darzustellen: Uta Ranke-Heinemann, Jo Pestum, Josef Reding, Paul Schobel, Heinrich Heine-Buchhandlung, Essen, Friedensinitiative Essen-Rellinghausen, Horst Lewandowsky (Landesvorsitzender Neue Humanistische Union), Thomas Herion – GEW Stadtverband Essen.

V.i.S.d.P. Thomas Rother, Schäferstr. 36, 4300 Essen 1, Druck: Eigendruck, im September 1982

Giftgas-Lager in Fischbach



DGB reicht Verfassungsklage ein

Der rheinlandpfälzische Ort Fischbach ist mittlerweile zum Begriff geworden. Hier lagern die amerikanischen NATO-Streitkräfte, mit wissentlicher Billigung der Bundesregierung, in ihrem Depot — nach unterschiedlichen Angaben — bis zu 10000 Tonnen verschiedenster Nervengifte, eine Menge, die ausreicht, um ganz Mitteleuropa zu entvölkern. Die Proteste hiergegen haben innerhalb eines Jahres ein nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Neben der örtlichen Friedensinitiative und der pfälzischen SPD hat auch der DGB-Landesbezirk die Lagerung bzw. eine mögliche weitere Stationierung dieser Giftwaffen abgelehnt. Der DGB möchte nun in einer beim Bundesverfassungsgericht angestrengten Verfassungsklage diesen Zustand als mit dem Grundgesetz (Friedensstörung) nicht vereinbar kennzeichnen, um somit den Abzug der Nervengiftarsenale zu erreichen.
Schon einmal hatte sich im Zuge der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre gegen die C-Waffen Protest geregt. Neben dem US-Giftwaffenlager in Hanau hatte auch die Forschung auf diesem Gebiet an über 120 (!) Universitäten und Hochschulinstituten — so der Forschungsbericht der Bundesregierung von 1967 — zu zahlreichen Auseinandersetzungen geführt. Während die Bundesregierung diese Kampfstofforschung in der Öffentlichkeit als notwendige Erprobung von ABC-Abwehrmaßnahmen deklarierte, ließ sie über ihren damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt heimlich die jährliche (!) Menge von 200 Kilogramm Kamfstoffe aus englischer, französischer und amerikanischer Produktion beziehen! (Zeit, 28.9.79) Als im Fall Stolzenberg 1979 die guten Beziehungen der Bundeswehr zur Hamburger Firma nicht mehr zu vertuschen waren, wurden die erhaltenen Giftgassendungen kurzerhand von Verteidigungsminister Apel als „Musterlieferungen" heruntergespielt.
Die ehrgeizigen Pläne der Bundeswehr sind nicht ohne Folgen geblieben. Bisher mußten mindestens acht Menschen ihr Leben lassen und über ein Dutzend wurden verletzt (siehe Kasten). Ein Schutz der Bevölkerung, wie die Bundesregierung ständig weismachen will, ist auf Grund der in Sekundenschnelle wirkenden Kampfstoffe selbst nach Angaben des Bundesamtes für Zivilschutz nicht möglich.

Der jetzt laufenden Verfassungsklage des DGB kommt angesichts der chemischen „Nach"rüstung in den Vereinigten Staaten und der drohenden Stationierung der neuen Generation von C-Waffen auf bundesdeutschen Territorium besondere Bedeutung zu. Die Behandlung der Klage soll erreichen, daß die Bundesregierung die chemischen Waffen nicht nur verbal verurteilt (wie auf den Genfer „Abrüstungs"konferenzen), sondern diese Angriffswaffen auch einer politischen Ächtung unterzieht, was dann Auswirkungen auf die gesamte „Nach"rüstung haben würde. Auch wenn man die Erfolgsaussichten einer derartigen Klage sehr gering einschätzt, so schafft der Gang nach Karlsruhe doch eine Öffentlichkeit um die bisher immer wieder vertuschte Lagerung von Giftgasen. Dies sollte von der Friedensbewegung genutzt werden, den Widerstand gegen diese Massenvernichtungswaffen nicht nur in den Regionen der Depots, sondern bundesweit zum Bestandteil ihrer Aktivitäten zu machen.

„Die Lagerung von Giftgas in der Westpfalz stellt meines Erachtens einen Verstoß nach Artikel 26 (Verbot der Friedensstörung) des Grundgesetzes dar. Wir werden darauf drängen, daß die Massenvernichtungswaffen, die zweifellos einem Angriffskrieg dienen sollen, aus der Bundesrepublik verschwinden. Die Nürnberger Prozesse verlieren im Nachhinein jeden Sinn, wenn wir uns heute schon wieder der Beihilfe zum Völkermord schuldig machen." (1)

So das Schreiben des DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach (SPD), an den Ministerpräsidenten des Landes, Bernhard Vogel (CDU). Dies ist u.a. eine der Kernaussagen einer vom DGB-Landesbezirk unterstützten und von fünfzehn ansässigen Bewohnern — darunter die Bürgermeister von Pirmasens und Zweibrücken — beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsklage. Die vom DGB bestellten Gutachter Bothe und Däubler wollen ferner die Stationierung chemischer Waffen auf bundesdeutschen Boden als verfassungswidrig gekennzeichnet haben.

Der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach erklärte in einem Interview in der „Tageszeitung": *„So hat das Bundesverfassungsgericht in seiner beispielhaften Kalkarentscheidung ausdrücklich betont, daß ‚wegen der weitreichenden Auswirkungen auf die Bürger' der Gesetzgeber in solchem Fall selbst die Entscheidung treffen muß. Die Stationierung chemischer Kampfstoffe ist nicht weniger bedeutsam wie die Errichtung eines Atomkraftwerkes."* Des weiteren berufen sich die Gutachter auf den Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes, der jedem Bundesbürger körperliche Unversehrtheit garantieren soll. (4)

Die Verfassungsbeschwerde hat allerdings einen Haken, denn die verantwortlichen Politiker schweigen sich darüber aus, ob und in welchem Umfang in dem rheinlandpfälzischen US-Depot in Fischbach bei Pirmasens Giftgas lagert. Doch Beweise hierfür gibt es mittlerweile genug:
+ Amtliche Unterlagen der US-Regierung dokumentieren, daß es auf deutschem Boden zur Zeit ein zentrales Lager für Nervenkampfstoffe gibt;
+ häufiger als anderswo C-Katastrophenübungen abgehalten werden;
+ die örtliche DKP-Gruppe von einer Anhöhe aus beobachten konnte, wie Soldaten, die mit Fässern hantiert hatten, anschließend entgiftet wurden — während der Arbeit hatten sie schwere C-Schutzanzüge getragen;
+ daß in der Nähe des Giftlagers ein junger Mann bereits zwei Atropin-Spritzen der US-Armee gefunden hatte. Atropin ist eines der Gegenmittel für Nervengasvergiftungen. Ein anderes Mal hätten spielende Kinder gleich einen kompletten Karton dieses Medikaments entdeckt. (5)

Leugnen und Vertuschen hilft nicht mehr

Am 28.4.81 hatte die ARD-Sendung „Monitor" enthüllt, daß sich in Fischbach das größte Nervengiftlager in Europa (!) befindet. Zudem wurde in der gleichen Sendung die Tatsache aufgedeckt, daß die amerikanischen Streitkräfte diese Giftgastransporte o h n e besondere Schutzvorkehrungen — als Schwertransport mit Überbreite getarnt — mitten durch Pirmasens geleitet hatten! Ein harmloser Verkehrsunfall, bei dem nur e i n Faß leckschlägt, hätte ausgereicht, um 300000 Menschen zu töten.

Als die DKP Fotos vom Gifttransport Giftgasexperten zur Beurteilung vorlegte, war die Reaktion erschreckend. Es könnte sich, so die Experten, um bereits u n d i c h t e Nervengasbomben gehandelt haben. Sie werden nämlich in solchen luftdichten Behältern — eingepackt in Kieselgur und Ätznatron — befördert und zwischengelagert! (6)

Paralell versuchten Politiker, der ansässigen Bevölkerung die von der Fernsehsendung enthüllten Tatsachen „als Schnee von gestern" zu verkaufen. Einige trieben es anfangs auf die Spitze, indem sie die Lagerung von Giftgas in Fischbach rundweg leugneten. Der Landrat des Kreises Pirmasens, Dupré, erklärte in der erwähnten Sendung u.a.: *„Da dies militärische Anlagen sind, die selbstverständlich der militärischen Geheimhaltung unterliegen, weiß ich nicht, was bei uns im Kreis von den Amerikanern abgelagert wird".* (7) Doch Pech für den Landrat, daß es noch aufrechte Menschen gibt: Einer der Monitor-Autoren, Egmont Koch, schrieb in der „Frankfurter Rundschau" hierzu: *„Als die Fernsehkamera abgeschaltet war, beantwortete er meine Frage, welches der Standort sei, mit der Bemerkung, mit unserer Meinung, es sei Fischbach, lägen wir schon richtig".* (8)

Mittlerweile ist man von der strikten Leugnung zu einer vorsichtigen Rechtfertigung dieser Massenvernichtungsmittel übergegangen. Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte hierzu: *„Die Vorbereitung für die Verteidigung des eigenen Landes, falls die Not es gebieten sollte, machte es notwendig, Waffen, die gefährlich sind, im Vorrat zu haben."* (9) Und sein Parteigenosse Hänschen Apel ging sogar noch weiter: *„Da es sich, vergleichbar zu den Nukleargefechtskörpern, um Waffen in ausschließlicher amerikanischer Verfügungsgewalt handelt, ist eine Zustimmung durch die NATO auch nicht vorgesehen oder erforderlich."* (10)

Diese Stellungnahme hatte Apel bereits ein Jahr zuvor dem Pirmasenser Landtagsabgeordneten Müller gegeben, jedoch, um „die damalige (Giftgas-)Diskussion nicht weiter anzuheizen", erst jetzt an die Presse weitergeleitet. Die Diskussion war damals in Gang gesetzt worden durch die Meldung einer „report"-Sendung vom 2.4.1980 (!), wonach die US-Armee im Landkreis Pirmasens 50 Tonnen des Psycho-Nervengases „BZ" eingelagert hat.

Das amerikanische Pentagon erklärte hierzu, dieses Nervengas sei *„nie gefährlicher als 50.000 Tischmesser in falschen Händen"* und bestätigte somit die Einlagerung von Giftgas im Raum Pirmasens! (11)

Wie selbstherrlich die USA in der Bundesrepublik in dieser Frage schalten und walten können, hatte sich bereits bei der Giftgasdiskussion 1969 gezeigt. Damals hatte die Bevölkerung gegen das chemische US-Depot in Hanau protestiert. (In Hanau lagern heute rund 5000 Tonnen Kampfstoffe.) Der damalige Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Carl Bartsch, erklärte, *„.... die USA hätten es überhaupt nicht nötig, die Genehmigung für die Einlagerung von Nervengas in der Bundesrepublik einzuholen. Die Vereinigten Staaten seien nicht Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU), die offenbar über die Verwendung von ABC-Waffen in Europa zu befinden hat."* (12) Das war selbst der bürgerlichen Presse zuviel, die sich darüber beklagte, daß *„man die Demütigung einer verbündeten Nation nicht mehr weiter treiben kann."* (13)

Interessant war an der damaligen Auseinandersetzung u.a. auch die Meldung der „Washington Post", wonach die Bundesregierung das Pentagon um Lieferung von mehreren Kilo Nervengas ersucht hatte. (14) Bereits 0,000 000 1 Gramm pro Kubikzentimeter Luft des Kampfstoffes Soman — noch ein Giftgas der „harmloseren" Sorte — reicht aus, um einen Menschen zu töten. Natürlich waren solche Lieferungen nur zu Forschungszwecken gedacht . . .

Yankees und deutsche Polizei gemeinsam gegen Giftgasgegner

Wie gut die Zusammenarbeit zwichen der Bundesrepublik und den USA auch heute klappt, zeigte sich an folgendem Vorfall: Ein Mitglied der „Initiative gegen das Giftgaslager in Fischbach und anderswo" wurde auf offener Straße von Militärpolizei festgehalten und westdeutscher Polizei übergeben. Er wurde verdächtigt, *„von militärischen Anlagen und Einrichtungen Abbildungen gemacht zu haben und dadurch wissentlich die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet zu haben, indem er Militärlager, insbesondere Fischbach bei Dahn, fotografierte, um diese Fotografien an Vereinigungen zu senden, die kommunistisch unterwandert sind, mit denen er sympathisiert und deren Bestrebungen gegen die BRD gerichtet sind."* (15) Nach einer Hausdurchsuchung wurde das Verfahren kommentarlos eingestellt.

Doch dies waren nicht die einzigen Anfeindungen gegen den anwachsenden Protest der Bevölkerung. Eine am 29. August 1981 mit 6000 Teilnehmern durchgeführte Demonstration in Pirmasens hatte in der örtlichen Presse vorher zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der CDU, Werner Marx, sah gar den „militärischen Schutz demontiert".

Welche Befürchtungen in der Tat vorherrschen, hatte der Demo-Leiter in einem Brief an die Presse versucht deutlich zu machen: *„Man spürte aber auch eine andere Angst der Leute: Angst vor Nachteilen irgendwelcher Art, wenn sie ihre Meinung gegen das Giftgas äußern. Die einen hatte Angst, weil sie von den Amerikanern die*

Chemische Kampfstoffe

Die Militärchemie unterscheidet zwischen alten und modernen Kampfstoffen. Die „alten" erhielten ihre Namen durch die verschiedenfarbige Kennzeichnung ihrer Behälter und Geschosse. Die Einteilung erfolgte nach der jeweils haupsächlichen physiologischen Wirkung, die sich teilweise auch überschneiden.

Die **Weißkreuzgruppe** ist wohl die bekannteste Gasgruppe, da hierunter die „polizeilichen Reizmittel" fallen: CN (Chlorazetophenon), CS (o-Chlorbenzylidenmalondinitril), CR und ein paar ältere Bromverbindungen, von denen eine als einziger Weißkreuzkampfstoff im 1. Weltkrieg zur Anwendung gelangte.

Die Gase der Weißkreuzgruppe wirken auf Augenschleimhäute, die Haut und die Atemwege; Langzeitschäden an diesen Organen und krebsauslösende Wirkung sind wissenschaftlich belegt.

Als **Blaukreuzgase** werden Arsenverbindungen zusammengefaßt, die auf die oberen Atemwege wirken. Bei hoher Konzentration konnten sie die damals gebräuchlichen Filtereinsätze überwinden und erhielten deshalb auch den Namen „Maskenbrecher".

Phosgen, Chlorpikrin und Perstoff bilden die **Grünkreuzgruppe**, die besonders auf das Lungengewebe wirkt. Grünkreuzopfer sterben nach einigen Stunden an einem Lungenödem.

Die wichtigsten Vertreter der **Gelbkreuzgruppe** sind das Lost („Senfgas") und Lewisit, deren Wirkung die Haut betrifft. Lost und seine verschiedenen Weiterentwicklungen wurden zum Anlegen militärischer Sperrgebiete verwendet, da auch an Kleidung, Schuhen o.ä. mitgeschlepptes Lost noch wirksam ist und nur duch Lösungsmittel beseitigt werden kann.

Die **„neuen" Kampfstoffe** sind phosphororganische Verbindungen, deren Hauptwirkung darin besteht, den Abbau eines bestimmten Stoffes, der bei der Nervenreizleitung entsteht, zu verhindern. Dadurch kommt es zu einer Lähmung mit raschfolgendem Tod. Tabun, Sarin und Soman gehören zu dieser Klasse und sind Entwicklungen von IG-Farben. Sie entstanden als Abfallprodukt der Entwicklung von Insektiziden.

Eine Weiterentwicklung dieser Stoffklasse ist der Nervenkampfstoff VX, von dem angenommen wird, das große Vorräte davon in Fischbach gelagert sind.

All diese Stoffe stellen für Produktion und Lagerung eine große Gefahr dar, da bereits winzige Mengen wirksam sind. Phosphororganische Verbindungen fressen im übrigen die Schweißnähte ihrer Behälter an.

Binäre Kampfstoffe sind dagegen in den Augen von Chemikern und Militärs sauber und praktisch zu handhaben. Sie bestehen aus zwei für sich allein gering giftigen Komponenten, die in getrennten Kammern untergebracht, erst kurz vor dem erwünschten Einsatzziel miteinander gemischt und wirksam werden.

Lohntüte erhalten; die anderen, weil sie an Amerikaner vermietet haben. Man muß sich fragen: Wie teuer kann man sich seinen Lebensunterhalt noch erkaufen? Wenn ein Faß im Depot kaputtgeht, ist jede Lohntüte und jeder Mietvertrag ohne Bedeutung!' (17)

Giftgasgegner gleich Terroristen?

Den Höhepunkt erreichte die Diffamierung, als ein Anschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein verübt wurde. Die Landesregierung stellte dies in den unmittelbaren Zusammenhang mit der gerade stattgefundenen Demonstration. Wörtlich: *„...jeder, der sich an dem ‚von Extremisten geschürten undifferenzierten Antiamerikanismus' beteilige, müsse ernsthaft prüfen, was er bewirke und worauf er sich einlasse''.* (18) Die Wirkung ließ nicht lange auf sich warten. Hatten SPD und DGB bisher die Friedensinitiative nur inoffiziell unterstützt, so solidarisierten sich beide Organisationen offen mit der Initiative. Die SPD verlangte, das die von der CDU in die Welt gesetzte Denunziation von Bürgern *„schleunigst aus der Welt geschafft werden müsse''.* (19) Und der DGB-Landesvorsitzende Lehlbach erklärte gegenüber der Presse: *„Die Verdeutlichung unserer Interessen hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun oder gar mit dem blinden Haß, der zu Terroranschlägen führt''.* (20)

In einem Brief an die Landesregierung hatten die Redner der Kundgebung (darunter Petra Kelly und Alfred Schrempf) hierzu festgestellt: *„Völlig grundlose Anspielungen auf geistige Vaterschaft zu Gewalttaten — zumal noch aus offiziellem Munde — können den Tatbestand der Volksverhetzung herbeiführen und rabiate Reaktionen bei Gegnern unserer Anliegen begünstigen.''* (21)

Selbstbedienung im Giftgas-Lager

Diese „Gerüchte'' hatten im Januar dieses Jahres ein solches Gewicht erhalten, daß die rheinlandpfälzische SPD

Diese „Gerüchte'' hatten im Januar dieses Jahres ein solches Gewicht erhalten, daß die rheinlandpfälzische SPD einen Beschluß gegen die Lagerung und Stationierung von C-Waffen faßte. Nachdem dem Vorsitzenden der pfälzischen SPD, Rothley, der Zugang zum Giftwaffendepot in Fischbach durch US-General Kroesen verwehrt wurde, kündigte der SPD-Vorsitzende nun Schritte an, um eine Ortsbesichtigung „gerichtlich'' erzwingen zu lassen. (24)

Wie sehr die Bevölkerung um ihre Sicherheit fürchten muß, zeigen einige Beispiele aus der Vergangenheit. Eine kleine Gruppe der US-Spezialtruppe „Green Berrets'' hatte den Auftrag bekommen, die Festung zu testen, Wachen und Sperren zu überlisten und zu den Todesbunkern vorzudringen. Obwohl die knapp tausend Soldaten im Camp vorgewarnt waren, haben die wenigen „Green Berrets'' es geschafft: An Bunkertüren malten sie große weiße Kreuze.

Im April vorigen Jahres hatten Angehörige des Depots sich mit Gasgranaten selbst bedient, um auf die mangelhafte Sicherheit im Giftlager hinzuweisen. Die gestohlenen Giftgasgranaten wurden der Presse kurzerhand als Panzerfäuste weitergereicht. (25)

Durch eine ähnliche Aktion soll der Kampfstoffexperte der Bundeswehr, Peter Lichters, 1975 auf die mangelhafte Sicherung der alten Giftgasbestände aus dem zweiten Weltkrieg in Munster-Lager (hierhin sind die Stoltzenberg-Gifte transportiert worden) aufmerksam gemacht haben. Lichters steht nämlich in dem Verdacht, 53 Flaschen des Kampfstoffes Lost entwendet zu haben. Obwohl der Angeklagte seine Unschuld beteuerte und die 53 Giftgasflaschen nach und nach wieder auftauchten, wurde Lichters in erster Instanz wegen Vortäuschung einer Straftat zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Das Berufungsverfahren dauert noch an. (26)

Internationaler Protest gegen Giftgas

Während die Bundesregierung im Bundestag eine Diskussion um eine eventuelle weitere Stationierung von C-Waffen als „hypothetisch'' ablehnte, ist über die ARD-Sendung „Monitor'' bekannt geworden, daß die sechs amerikanischen Giftgas-Depots in der BRD erweitert werden sollen und die dort gelagerten chemischen Waffen durch eine neue Generation „modernisiert'' werden sollen.

Mittlerweile wollen sowohl die südhessische SPD als auch der Bundestagsabgeordnete Jung (FDP) eine Initiative im Bundestag starten, um die Lagerung von C-Waffen zu verbieten, denn, so Jung, die Bundesregierung wisse, wo und in welchem Umfang Giftgas auf bundesdeutschem Boden gelagert werde. (27)

Die Protestbewegung aus der Pfalz hat indessen weitere Aktionen angekündigt. Geplant sind am 6. November in Bitche (Frankreich) eine deutsch-französische Demonstration gegen das Giftgaslager (Fischbach liegt direkt an der französischen Grenze) und am 13.11. eine internationale, Konferenz zum gleichen Thema in Pirmasens. Auch gegen das Kampfgas-Depot im Viernheimer Wald/Südhessen demonstrierten kürzlich über tausend Menschen.

Sm., Hamburg

schen.

Sm., Hamburg

Quellen:

1 DGB-Broschüre, Kein Giftgas in Rheinland-Pfalz, S.24
2 „taz", 6.8.82
3 entfällt
4 siehe 1, S.61
5 „stern", 19.8.82; „Neue", 3.12.81
6 Dokumentation zum Giftgaslager in Fischbach und anderswo, Pirmasens, S.4
7 Monitor, ARD, 28.4.81
8 „FR", Dez. 81
9 „Rheinische Post", 18.6.81
10 „RP", 15.5.81
11 „die tat", 25.4.80
12 „Mannheimer Morgen", 7.8.69
13 ebenda
14 „AZ Mannheim", 30.7.69
15 siehe 6, S.31
16 entfällt
17 „Pirmasenser Zeitung", 10.6.81
18 „PZ", 2.9.81
19 „PZ", 17.9.81
20 „PZ", 9.4.81
21 siehe 6, S.50
22 „FR", 3.10.81
23 „PZ", 13.1.82
24 „Spiegel", 31.8.82
25 „stern", 19.8.82
26 „Lüneburger Landeszeitung", 13.10.80
27 NDR 2 Nachrichten, 2.9.82, 20 Uhr

›An solchen Gerüchten kann ich nichts Falsches sehen‹

Für die chemische Aufrüstung der USA ist keine Lüge zu dumm

Während sich der Protest der Friedensbewegung vor allem gegen die atomare „Nachrüstung'' wendet, hat die US-Regierung mit einem Milliarden-Programm die chemische „Nachrüstung'' eingeleitet. Die Lagerung der neuen Kampfstoffe in der Nähe des vermutlichen Kriegsschauplatzes, also vor allem in der BRD, wird zwar noch halbherzig dementiert, aber geplant. Auch hierbei geht es nicht nur um ein M e h r an Vernichtungswaffen, sondern um eine neue Qualität der F ü h r b a r k e i t eines Angriffskrieges seitens der NATO: In den USA wird geplant, die zur hiesigen Stationierung vorgesehenen Cruise Missiles mit chemischen Kampfstoffen zu bestücken (1)! Damit besteht zum erstenmal die Möglichkeit, einen ferngelenkten chemischen Angriff in die Sowjetunion hinein zu führen.

Mit dieser Möglichkeit entfallen die Hemmschwellen, die in früheren Kriegen einen Einsatz chemischer Waffen militär-taktisch begrenzt haben: Die eigenen Truppen werden z.B. auch bei ungünstigen Witterungsverhältnissen nicht mehr gefährdet. Daneben haben chemische Waffen für die Kriegsziele der Imperialisten ähnliche Vorteile wie die Neutronenbombe: Sie vernichten die Menschen, nicht die zivile Infrastruktur.

Die neuen „binären'' Kampfstoffe der USA bieten darüberhinaus neue Möglichkeiten der Handhabung: Da sie aus zwei, für sich gering giftigen Stoffen bestehen, die sich erst beim Abschuß zum hochgiftigen Kampfstoff vermischen, sind sie unbegrenzt lagerbar. Die hier stationierten Giftgase alten Typs sin dagegen jetzt schon in ruhendem Zustand eine Gefahrenquelle, da die Fässer nach Angaben einer amerikanischen Studie durchzurosten beginnen (2).

Die „Vernichtung'' der alten Kampfstoffbestände (in die Ostsee?!) vor ihrer Ersetzung durch die neuen wird dabei sogar noch als Abrüstungsmaßnahme verkauft.

Da die Einzelsubstanzen der binären Kampfstoffe selbst noch keine Nervengifte darstellen, kann gegebenenfalls ein Lagerungsverbot für C-Waffen damit umgangen werden, ganz zu schweigen von der Nachprüfbarkeit der vorhandenen Kampfstoffmengen, über die seit Jahren auf den sogenannten Abrüstungskonferenzen palavert wird.

All diese Merkmale machen die neuen chemischen Kampfstoffe zu einer einsetzbaren Angriffswaffe. Für die Kriegsplaner der NATO ist die chemische Hochrüstung also genauso wenig irrational wie die Erlangung der atomaren Erstschlagsfähigkeit.

Bereits im Frühjahr 1979 entdeckte die

Bereits im Frühjahr 1979 entdeckte die NATO, daß sie nicht nur im Mittelstreckenbereich „nachrüsten,, müsse, sondern auch bei den chemischen Waffen eine gewaltige „Lücke'' klaffe. Das bereits unter US-Präsident Carter eingeleitete Programm einer massiven chemischen Aufrüstung bedurfte nur noch einer entsprechenden Propaganda-Kampagne, um es dem amerikanischen Kongress und der europäischen Öffentlichkeit als unabdingbar zu verkaufen.

Im Februar dieses Jahres ordnete Reagan die Produktion von binären Kampfstoffen an; der Kongreß bewilligte für die nächsten Jahre ein Programm von insgesamt rund vier Milliarden Dollar. Im vergangenen Jahr waren bereits eine erste Rate von 23 Millionen Dollar freigegeben worden für die Errichtung einer Kampfstoff-Fabrik in Pine Bluff/ Arkansas, die sich mittlerweile im Bau befindet.

Vor wenigen Wochen verweigerte der US-Kongreß dem Pentagon zwar

die Bewilligung von 26 Millionen Dol-

die Bewilligung von 26 Millionen Dollar für die Produktionsaufnahme im kommenden Jahr. Doch unbeirrt von diesem — als vorübergehend betrachteten — Sparbeschluß gab das US-Kriegsministerium sogar die Planung einer zweiten Kampfstoff-Fabrik in Auftrag; ihr genauer Standort ist noch unbekannt (2a). In der Tat ist davon auszugehen, daß die Streichung dieses vergleichsweise geringen Etat-Postens dem Milliarden-Programm der chemischen Aufrüstung keinen ernsthaften Abbruch tun wird, sondern allenfalls eine zeitliche Verzögerung bewirken wird: **Denn die Entwicklung der Binär-Kampfstoffe, die jetzt erst von sich reden machen, geht nach Angaben der DDR-Wissenschaftler Karl-Heinz Lohs und Ralf Trapp bereits auf das Jahr 1954 zurück; bis Mitte der 60er Jahre stiegen die Kosten für Erforschung und Entwicklung verschiedener Binär-Typen schon auf 129 Millionen Dollar.**

Neben Artilleriegranaten wurden, auch Kassettenbomben und eine Aerosolgenerator für chemische Kampfstoffe erprobt; diese Waffentypen unterscheiden sich in bezug auf Einsatzmittel und Kampfstoff in verschiedenen Details, doch gemeinsam ist ihnen das Prinzip der Verlagerung der eigentlichen Kampfstoff-Herstellung aus der Fabrik in das Einsatzmittel. Die Phase der technischen Erprobung war nach diesen Quellen 1975 weitgehend abgeschlossen (2b).

Nach der bisherigen Aufrüstungs-Planung sollen 1983 die mit dem Nervengas „GB'' (Sarin) gefüllten Granaten serienweise geliefert werden; Produktionsziel für die nächsten Jahre sind 70.000 Granaten pro Monat. Für die Gaswaffen sollen neue Trägersysteme entwickelt werden, wie eine Mehrfachsprengkopf-Rakete und ein umgerüsteter Typ der Lance-Rakete. Bereits heute verfügen die USA nach verschiedenen Schätzungen über rund 40.000 Tonnen chemische Kampfstoffe, die in Geschosse abgefüllt etwa 400.000 Tonnen chemischer Munition entsprechen (3). Zur Veranschaulichung: 1 kg Sarin, Herstellung etwa zehn Mark reicht aus, um eine Million Menschen zu vernichten.

Das Spiel mit den Zahlen ist auch beim Giftgas beliebt

Die tatsächlichen Vorräte an chemischen Kampfstoffen in NATO und Warschauer Pakt gelten als das „letzte militärische Geheimnis des 20. Jahrhunderts'' (4): Die schon in kleinsten Mengen zur Massenvernichtung geeigneten Stoffe sind auch mit der Satellitentechnik schwerer auszuspionieren

als etwa Raketen. So heißt es in einem

als etwa Raketen. So heißt es in einem Bericht des militärischen US-Nachrichtendienstes Defense Intelligence Agency aus dem Jahr 1975: *„Wir können das sowjetische C-Potential nicht quantifizieren, es sei denn, daß wir die Gesamtfläche der Lager als Indiz werten. Auch dann wissen wir freilich nicht, was sie enthalten. Schließlich kann man nicht durch das Dach eines Gebäudes blicken.«* (4)

Zum zweiten läßt sich die zivile Produktion von Chemie-Giften schon rein technisch nicht von der militärischen trennen; dadurch sind sowohl Herstellungsverbote wie Produktionsstopps besonders leicht zu unterlaufen.

Obwohl es seriösere, bzw. nicht für die Öffentlichkeit bestimmte NATO-Studien (so vom Londoner Institut für Strategische Studien; (4a)) ablehnen, quantitative Angaben über die sowjetischen Kampfstoff-Vorräte zu machen und selbst der US-Generalstab den chemischen Truppen der UdSSR in einem schwachen Moment eine eher defensive denn offensive Funktion zuschrieb (5), wurde in den letzten zwei Jahren die Öffentlichkeit mit „Enthüllungen'' über die sowjetische C-Waffen-Überlegenheit überhäuft, um den Boden für den mittlerweile erfolgten „Nachrüstungs''-Beschluß reif zu machen.

US-Kriegsminister Weinberger begründete die Notwendigkeit der neuen Kampfstoff-Produktion damit, daß die SU über 700.000 Tonnen Nervengas verfüge und damit dem Westen zehnfach überlegen sei. Die griffige Zahl von 700.000 Tonnen hatte schon ein Jahr vorher in der BRD die Runde gemacht, und da bedeutete sie gleich eine 8 bis 16fache Überlegenheit des Ostens, so CSU-Graf Huyn im Bundestag (6). Die Forschungsabteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung war da etwas vorsichtiger und rundete lieber nach unten ab: Die Sowjets hätten 200.000 bis 700.000 Tonnen (1). Die „Bild''-Zeitung wandte ganz kreativ die Nachrüstungslogik schon auf Reagans Entscheidung zur Neutronenbomben-Produktion an: *„Moskau braucht gar keine Neutronenbombe'',* denn das Giftgas des Ostens ist sowieso viel gefährlicher ...(7)

Mehr Mühe als diese Zahlenspiele verwandte die imperialistische Propaganda auf „Enthüllungen'', die die Anwendung von chemischen und biologischen Waffen durch die Sowjetunion beweisen sollten.

Ein Milzbrand wandert durch Sibirien

Der geisterhafte „Milzbrand von Swerdlowsk'' war in jüngerer Zeit der erste Versuch dieser Art. Die Aufklä-

Kampfstoff-Unfälle in der BRD

In der Technischen Erprobungsstelle (T35) der Bundeswehr in Munster (Lüneburger Heide) ereignete sich 1967 ein Unfall, bei dem hochgiftiges Schwefellost freigesetzt wurde. Neun Soldaten und drei Zivilisten mußten mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus. Dieser Vorfall, der natürlich geheimgehalten wurde, war auf ehrgeizige Pläne der Bundeswehrführung zurückzuführen. Eine Halle von 2500 cbm war mit einer viel zu geringen Entlüftungsanlage versehen worden. Insgesamt waren 68 (!) Großversuche durchgeführt worden.
(G.Wallraff, Unerwünschte Reportagen, S.193)

• • •

In den Forschungslaboratorien der Behring-Werke in Marburg kamen sieben Angestellte hintereinander auf mysteriöse Weise ums Leben. Die offiziellen Berichte sprachen von einem aus Uganda eingeschleppten Virus. Es stellte sich heraus, daß die Angestellten durch Arbeiten mit bakteriellen Toxinen, die im Auftrag der Bundeswehr (!) durchgeführt wurden, ums Leben gekommen waren.
(Grümmer, Herbicide in Vietnam, S.122)

• • •

Am 16.2.69 verstarb Helena Bisa, die Frau des ehemaligen Leiters des „Instituts für Aerobiologie'', Dr.med Karl Bisa. Die Frau hatte nach Dienstschluß den Kampfstoff „Soman'' in den Panzerschrank gestellt und sich dabei mit diesem verätzt; nach siebenjährigem Siechtum starb sie qualvoll. Ein von ihrem Mann erstelltes Gutachten, das diese Vergiftung auf „Soman'' zurückführte, wurde von der Bundeswehr als unwissenschaftlich zurückgewiesen.
(G.Wallraff, Unerwünschte Reportagen, S.172)

• • •

Im Giftgaslager Maßweiler in der Pfalz vergifteten sich 1975 drei US-Soldaten, als in ihrem Depot Nervengas ausströmte. Es wurde Alarmstufe „rot'' gegeben.
(Dokumentation „Kein Giftgaslager in Fischbach'', S.32)

• • •

Im September 1979 starb ein Kind und zwei weitere wurden verletzt, als sie mit Kriegsmaterial, das sie auf dem Gelände der Firma Stoltzenberg in Hamburg gefunden hatten, hantierten. Bei einer Untersuchung kam heraus, daß das Gelände mit Kampfstoffen verseucht war. Die Hamburger Polizei hatte noch 1976 bei dieser Firma Tränengas zum Einsatz gegen Brokdorf-Demonstrationen bezogen!

• • •

Auch die Spätfolgen solcher Kampfgase haben ihre Opfer bis heute noch. Von den 245 ehemaligen Lostarbeitern, die von 1935-45 in der Heeresmunitionsanstalt in Munster gearbeitet hatten, starben 114 Personen bis 1974 — allein 40 an Krebs und 38 an typischen Erkrankungen der Atmungsorgane. Rund 80% der noch lebenden Lost-Arbeiter sind durch schwere Gesundheitsschäden in der Erwerbstätigkeit wesentlich (!) beeinträchtigt. Die Zeit bis zum Auftreten eines Tumors wurde mit durchschnittlich 22 Jahren ermittelt.
(Koch, Vahrenholdt, Seveso ist überall, S.425)

rung einer plumpen Lüge dauerte drei Jahre; es lohnt sich, die Machtart einer derartigen Kampagne einmal in ihren Stationen nachzuzeichnen:

April 1979: Sowjetische Zeitungen berichten über Todesopfer durch Milzbrand in Swerdlowsk und warnen vor dem Verzehr von Fleisch und Milch, da diese Seuche häufig von kranken Rindern übertragen wird.

Oktober 1979: Die rechtsextremistische britische Zeitung „Now" berichtet von einem Kampfstoff-Unfall mit Milzbrand-Bakterien und hunderten Toten, allerdings 3000 km weiter ostwärts in Nowosibirsk. Quelle: ein Reisender . . .

Januar 1980: Die in Frankfurt erscheinende Zeitung sowjetischer Dissidenten „Possew" berichtet von einem Unfall mit Milzbrand-Bomben in einem geheimen Militärlager in Swerdlowsk und 30-40 Toten pro Monat (!) in der Folgezeit.

Februar 1980: Die „Bild"-Zeitung nimmt sich der Story an: *„Bakterien-Bomben — Lungen gelähmt, kein Gegenmittel!"*

März 1980: Der Auslandsinformationsdienst der US-Regierung druckt den „Bild"-Artikel nach; der Unfall von Swerdlowsk wandert nun durch die ganze westliche Presse. Auch jüdische Sowjet-Emigranten in Israel erinnern sich nun der dramatischen Ereignisse vor einem Jahr. Die Anzahl der Toten von Swerdlowsk geht mittlerweile in die Tausende. Die USA beschuldigen die SU der Verletzung des B-Waffen-Abkommens. US-General Rogers fordert die chemische Nachrüstung der NATO.

Oktober 1980: Verschiedene Wissenschaftler, unter anderem der sowjetische Dissident und Biochemiker Medwedew, legen die Ergebnisse ihrer Nachforschungen vor: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es in Swerdlowsk

wedew, legen die Ergebnisse ihrer Nachforschungen vor: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es in Swerdlowsk

keinen Unfall, sondern eine Rinderseuche gab. Der Presse ist das natürlich keine Schlagzeilen wert.

Januar 1982: Sowjetische Wissenschaftler klären nun auch die Ursache der Rinderseuche auf: Bei archäologischen Ausgrabungen von Dorfruinen waren Milzbrand-Bakterien freigesetzt worden, die in der Asche überlebt hatten.

Februar 1982: Bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid erheben die USA wieder die alten Anschuldigungen: In Swerdlowsk habe es einen Kampfstoff-Unfall mit 1000 Toten gegeben . . .(8)

Der gelbe Regen — 1.Akt

Im September 1981 beschuldigten die USA die Sowjetunion der chemischen und biologischen Kriegführung in Südostasien und Afghanistan. Sowjetische und vietnamesische Flugzeuge seien im Grenzugebiet von Kambodscha und Thailand beim Versprühen eines „gelben Regens" beobachtet worden, der den Tod von Zehntausenden von Menschen zur Folge gehabt hätte. Die „dramatischen Beweise" (Haig), die der Weltöffentlichkeit mit viel Tamtam präsentiert wurden: ein Blatt und ein verdorrter Zweig, die angeblich von Pilzgiften, sog. Mykotoxinen, befallen wären.

Als Zeugen der Anklage führten die USA den H'Mong-Stamm in Nordlaos an, der während des Vietnam-Kriegs auf der Seite Amerikas gekämpft hat (9). Die Dürftigkeit der Beweise war allerdings allzu offensichtlich: Eine Expertengruppe der UNO konnte selbst in thailändischen Flüchtlingslagern kein einziges Opfer der angeblichen B- und C-Angriffe auftreiben. Amerikanische Wissenschaftler bezeichneten die unbelegte Behauptung der US-Regierung, daß die Pflanzengifte künstlicher, also militärischer, Herkunft seien, als *„wissenschaftlich ungeheuerlich"* und *„erstaunlich ungeschickt"*(9). **Selbst die FAZ bemerkte skeptisch, daß die Eignung derartiger Gifte als Kampfstoff sehr fraglich sei, da sie nur in sehr hohen Dosen, z.B. als Injektionen, tödlich seien. (10)**

sehr fraglich sei, da sie nur in sehr hohen Dosen, z.B. als Injektionen, tödlich seien. (10)

Doch daß das Propaganda-Spektakel „Gelber Regen" damit nicht beendet sein würde, machte eine — natürlich rein zufällige — Schützenhilfe für die US-Regierung deutlich: Das amerikanische Söldnermagazin „Soldier of Fortune" versprach für die Vorlage einer Probe bio-chemischer Kampfstoffe aus der SU oder Vietnams eine Prämie von 100.000 Dollar . . . (9)

Der gelbe Regen — 2.Akt

Im März diesen Jahres starteten die USA einen zweiten, sorgfältiger vorbereiteten Akt „Gelber Regen". Der UNO wurde ein 32 seitiger Bericht vorgelegt, dem es nicht an Details mangelte: In Laos seien durch 226 Chemie-Einsätze 6320 Menschen gestorben, in Afghanistan 3042 bei 47 Einsätzen, in Kambodscha 881 bei 124 Angriffen. (11) Alle in Afghanistan benutzten Kampfstoffe seien identifiziert; über die wissenschaftlichen Befunde schwieg sich die US-Regierung allerdings aus — konkret genannt wurde nur eine „geheimnisvolle Substanz" namens „Stiller Tod", durch die das Opfer sterbe, ohne etwas von einem Chemie-Angriff gemerkt zu haben . . . (11)

Die Beweise der USA waren wiederum „Tausende" anonymer Flüchtlingsberichte, dazu einige verrostete Kanister sowjetischer Bauart; auf die angekündigten Blutproben „kambodschanischer Rebellen", die die mysteriösen Mykotoxine nun endlich nachweisen sollten (12), wartet die Weltöffentlichkeit leider bislang vergebens. Dafür lieferte die Präsidentin der „Australischen Flüchtlingshilfe für Laos und Kambodscha, Adelia Bernard, die jüngste Greuelversion: *„Der biologische Kampfstoff wird erst eine Stunde vor dem Einsatz eingeführt. Nach Angaben von Frau Bernard müssen junge Frauen den Sprengstoff mit dem biologischen Gift bestücken. Dies bedeute gleichzeitig deren Todesurteil, da sie nach Ausführung dieser Arbeit erschossen würden".* (13) Die Kronzeugin versteigt sich sogar zu der Behauptung, es handele sich bei dem Gift um einen „binären Lungenkampfstoff" — müssen die Russen ja ganz schön rangeklotzt haben, wo doch selbst die Amis gerade erst mit der Binär-Produktion anfangen . . .

Eine andersartige Pikanterie wurde über den amerikanischen Kongress hinaus kaum bekannt: Die vielzitierten Aufständischen in Laos haben selber chemische Kampfstoffe angewandt, die aus den in Vietnam verbliebenen US-Beständen stammen. (3)

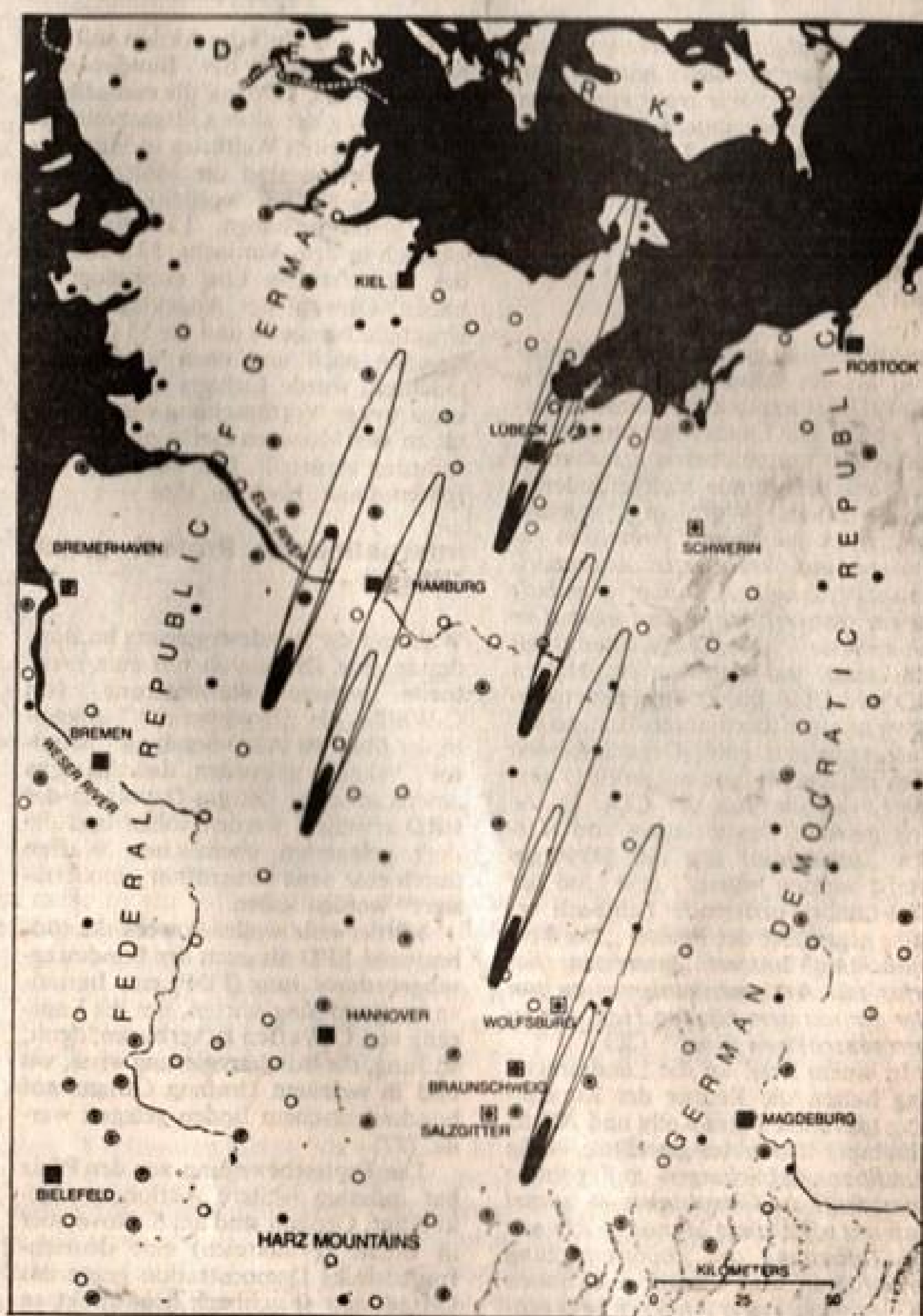
So dumm das Strickmuster einer derartigen Propaganda auch im einzelnen sein mag, ihre Wirklung verfehlt sie dank einer willfährigen Presse nicht. Bei einer Anhörung im amerikanischen Kongress-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gaben zwei hochrangige Geheimdienstbeamte ihre Methode unverblümt zu: Auf die Frage, ob es über die Anwendung chemischer Waffen in Afghanistan mehr als Gerüchte gäbe, antwortete sie: *„Es gibt keine Bestätigung dafür".* — *„Ich*

scher Waffen in Afghanistan mehr als Gerüchte gäbe, antwortete sie: „Es gibt keine Bestätigung dafür". — „Ich

kann nichts Falsches daran sehen, wenn man solche Gerüchte im Umlauf hält". (3)

Bemerkenswerterweise wurde die Anschuldigung der eritreischen Befreiungsorganisation EPLF gegen das äthiopische DERG-Regime, daß gegen den Unabhängigkeitskampf Napalm und Nervengas eingesetzt werde (14), von der NATO-Propaganda nicht aufgegriffen. Dies liegt darin begründet, daß die revolutionäre EPLF von den USA nicht gerade als geeigneter Bündnispartner angesehen wird, aber auch darin, daß die USA selber den Einsatz chemischer Waffen gegen Befreiungsbewegungen und andere innere Gegner nie in Frage gestellt haben.

> *„Da lag einer, die Finger in den Boden gekrallt, dort ein anderer mit weit hervorquellenden Augen, in denen das Entsetzen vor dem Unbegreiflichen lag. Die röchelnden, pfeifenden Atemzüge sprachen von unmenschlicher Qual. Blaue Lippen, blau das, was früher das Weiße des Augapfels gewesen war, und unbeschreiblich graue Totengesichter."*
> (Ein Nachrichtenoffizier, Berliner Illustrierte Zeitung, Jan. 1925)



Bei Süd-West-Wind würde ein Einsatz phosphororganischer Kampfstoffe die auf der Karte dargestellten Folgen haben (bezogen auf einen chemischen Angriff in Norddeutschland). Bei nur 6 Einschlägen würden die Menschen im dunklen Bereich sterben und in der zweiten Zone schwer betroffen werden. In der dritten Zone besteht eine größere Überlebenschance. Langzeitwirkungen werden auf dieser Karte nicht erfaßt.

Die BRD als Giftgas-Kolonie?

Die BRD als Giftgas-Kolonie?

Den US-Beschluß zur neuen chemischen Aufrüstung kommentierte die Bundesregierung „mit Verständnis"; gleichzeitig wurde betont, es handele sich um eine „souveräne Entscheidung" der USA und zur Zeit gäbe es keine Pläne für eine Stationierung in der BRD (16).

Laut „Spiegel" und „Washington Post" sind dagegen in Pentagon-Papieren schon fünf westdeutsche Standorte für die neuen C-Waffen festgelegt, davon je einer im Allgäu und im Schwarzwald. Begründung: Die Kampfstofflagerung sei „nur in Reichweite des potentiellen Schlachtfeldes" von Nutzen! Entsprechend liegen den Giftkrieg-Planspielen der US-Army Schauplätze in der BRD zugrunde. In der US-Zeitschrift „Scientific American" berechneten Biochemiker die Auswirkungen eines Gasangriffs auf Norddeutschland (1) - (siehe Graphik)

Für den Bau von vier großen Munitionsdepots der NATO in den Wäldern des Main-Kinzig- und des Wetterau-Kreises hat die Bundesregierung bereits ihre Zustimmung gegeben; vermutet wird, daß auch dort Giftgas gelagert werden soll (17).

Spätestens 1983/84, wenn die US-Giftgase serienmäßig geliefert werden, wird für die BRD die Durchsetzung ihrer Stationerung auf der Tagesordnung stehen. Daß dies mit der atomaren „Nach"rüstung zeitlich zusammenfällt, bedeutet für den Kampf der Friedensbewegung zusätzlichen Sprengstoff. Wegen der zu erwartenden Proteste in der BRD empfahl der Wissenschaftsrat des US-Kriegsministeriums bereits Ende letzten Jahres eine (zusätzliche) Stationierung in Großbritannien (18).

Von den Trägern bisheriger Proteste gegen die bereits bestehenden Giftgas-Deponien wird damit argumentiert, daß die Bundesregierung juristisch (nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut) kein Mitsprache- und Einspruchsrecht gegen eine C-Stationierung hat; daraus wird die Forderung nach „Souveränität" für die BRD-Angelegenheiten abgeleitet. (19)

Politisch hat die Bundesregierung allerdings klargestellt, daß sie in dieser „mangelnden Souveränität" gar kein Problem sieht, sondern sich — wie bei der Atomwaffenstationierung — als treuester NATO-Partner versteht.

Auf Anfrage von Hansen (DS) erklärte Staatsminister Corterier vom Verteidigungsministerium im Bundestag: *„Die Bundesregierung weiß sich mit der amerikanischen Regierung dar-*

Verteidigungsministerium im Bundestag: „Die Bundesregierung weiß sich mit der amerikanischen Regierung dar-

in einig, daß eine eventuelle Lagerung neuartiger chemischer Kampfstoffe im Bundesgebiet gegenseitige Konsultationen voraussetzen würde ... Diese Waffen können hier nicht ohne unsere Zustimmung gelagert werden. Wir werden zu gegebener Zeit diese Frage prüfen ... Im Bündnis besteht Einigkeit, daß die Stationierung nicht-konventioneller Waffen, wie es chemische Waffen ja sind, in Übereinstimmung mit den Verteidigungsplänen der NATO und im Einvernehmen mit den direkt beteiligten Staaten festgelegt wird." **Die Bundesregierung gab auch freimütig zu, von der US-Regierung vor deren Entscheidung über die Kampfstoff-Produktion informiert worden zu sein. (20) Für Souveränitäts-Forderungen also offensichtlich die falsche Adresse!**

Ch., Hamburg



NATO-Soldat im Giftschutzanzug

Quellen:

1 „Spiegel", 22.2.82
2 Dokumentation zum Giftgaslager in Fischbach, Pirmasens 1981
2a „Spiegel", 30.8.82
2b H.Meißner und K.Lohs, Wissenschaft und Frieden, Berlin/DDR 1982, S.77f
3 Peter Koch, Wahnsinn Rüstung, „stern"-Serie 81/82, Teil VII: Der unsichtbare Tod
4 „Die Zeit", 26.2.82
4a „FAZ", 12.1.82
5 „taz", 5.5.81
6 „FAZ", 9.5.81
7 „Bild", 27.8.81
8 Angaben zu Swerdlowsk nach „Neue", 24.7.80; „Spiegel", 6.10.80; ARBEITERKAMPF, 5.5.80; „taz", 21.2.82; „Spiegel", 22.2.82
9 „Spiegel", 11.1.82
10 „FAZ", 30.9.81
11 „SZ", 24.3.82
12 „Neue Zürcher Zeitung", 24.3.82
13 „Welt", 24.6.82
14 „FR", 22.2.82; „taz", 5.3.82
15 entfällt
16 „SZ", 11.2.82; „FAZ", 17.2.82
17 „FR", 13.3.82
18 „FR", 30.12.81
19 siehe Anm. 2, S.12ff
20 Protokoll der Bundestagsdebatten vom 14.1.82 und vom 4.3.82

Völkerrecht mit kleinen Ausnahmen

— Zur Geschichte der C-Waffen-Verträge

„In der Erwägung, daß die Verwendung von erstickenden, giftigen oder gleichartigen Gasen sowie allen ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Verfahrensarten im Kriege mit Recht in der allgemeinen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt worden ist", unterzeichneten die Völkerbunddelegierten fast aller vertretenen Staaten am 17.Juni 1925 das Genfer Protokoll, das seitdem die Verwendung von chemischen und auch bakteriologischen Waffen international ächtet und von den Vereinten Nationen, Rechtsnachfolger des Völkerbundes, als nach wie vor gültig bestätigt wurde.
Die Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts ist sich über die Hintergründe der Vertragsunterzeichnung weitgehend einig: Der Schrecken der C-Waffen im Ersten Weltkrieg wird allgemein als hauptsächlicher Beweggrund für die Ächtung des Gaskrieges angesehen. Ein Rückblick auf die Entwicklung der C-Waffen, ihre Anwendung und vor allem ihre militärtaktische Bedeutung läßt an dieser Bewertung ernsthafte Zweifel aufkommen: Moralische Beweggründe haben im Umgang mit dem „lautlosen Tod" immer eine untergeordnete Rolle gespielt. Sämtliche Vertragstexte wiesen genügend Lücken auf, die Entwicklung neuer C-Waffen-Generationen ungeahndet voranzutreiben und diese in mehrern Kriegen auch einzusetzen.

Der Versuch, bestimmte Eigenschaften chemischer Stoffe als Waffe einzusetzen, ist sehr alt. Schon aus dem alten China wird von der militärischen Verwendung einer Arsenverbindung berichtet; in einem ihrer zahlreichen Kriege gegen die Athener sollen die Spartaner versucht haben, ihre Gegner mit Schwefeldämpfen auszuräuchern; und ebenfalls aus dem Mittelmeerraum stammt das „Griechische Feuer", ein Vorläufer moderner Brandbomben. Auch die Entwicklung des Schwarzpulvers und aller später entdeckten Sprengstoffe fällt strenggenommen in das große Gebiet der Militärchemie.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts sah die Entwicklung des Colts und des Repetiergewehres, während die militärchemischen Waffen sich noch im Stadium relativ harmloser Reizstoffgranaten befanden. Der Erste Weltkrieg markierte den Beginn des allgemeinen Gaskrieges, dessen Waffen trotz Rohstoffmangel auf dem Hintergrund der weitentwickelten deutschen Chemieindustrie billig und in ausreichendem Maße produziert werden konnten.

Im April 1915 versuchte der kaiserlich-deutsche Generalstab die festgefahrenen Fronten des Stellungskrieges in Frankreich durch einen großangelegten Angriff mit abgeblasenem Chlorgas aufzureißen. Arthur Conan Doyle, Schöpfer der Detektivgestalt Sherlock Holmes, beschrieb, wie am Abend des 22. April plötzlich aus den deutschen Gräben eine tiefhängende, sich träge dahinwälzende, braun-grüne Wolke aufquoll, die an den Rändern, wo sich die Sonnenstrahlen widerspiegelten, gelblich schimmerte. *„Die französischen Truppen beobachteten über die Brustwehr ihrer Gräben hinweg diese merkwürdige Wolke, die sie wenigstens für kurze Zeit gegen das feindliche Feuer schützte; da sah man plötzlich, wie sie die Arme in die Luft warfen, die Hände an den Hals legten und sich am Boden wälzten, eine Beute des grauenhaften Erstickens. Viele erhoben sich nicht wieder, während ihre Kameraden, dem teuflischen Vorgehen gegenüber ohnmächtig, kopflos nach hinten flohen, als ob sie wahnsinnig geworden wären, um diesem scheußlich stinkenden Nebel zu entgehen, und liefen bis hinter die weiter zurückliegenden Gräben."* (1)

Bis heute ist ungeklärt, wieviele Soldaten bei diesem Gasangriff ums Leben kamen, seriöse Historiker geben eine Zahl von rund 3.000 an (2). Für das deutsche Heer entwickelten sich aus diesem Überraschungsangriff jedoch keine Vorteile; da der Generalstab selbst nicht mit derartig großen Auswirkungen gerechnet hatte, standen nur wenige Truppen zur Verfügung, die lediglich einige Kilometer auf feindliches Gebiet vorrücken konnten.

Zu diesem Zeitpunkt existierten als völkerrechtliche Abmachungen die Verbote der I. und II. Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907, die sich jedoch nur auf Geschosse, Gift und vergiftete Waffen bezogen und überdies weder eine Definition der Stoffe noch eine Festlegung der Einsatzmöglichkeiten angaben. Unter Hinweis auf diese lückenhaften Formulierungen rechtfertigen die deutschen Militärs im Nachhinein den Chlorgas-Blasangriff, da es sich bei den Behältern ja nicht um Geschosse sondern, um Stahlzylinder gehandelt habe, und im übrigen die Franzosen bereits 1914 den Vormarsch der deutschen Truppen mit Reizstoffgranaten aufzuhalten versucht hatten.

In den folgenden drei Jahren bis Kriegsende wurden von Chemikern beider Seiten an die 30 verschiedenen Kampfstoffe den Heeresführungen zur Verfügung gestellt, die sie in Form von Artilleriegeschossen, Minen, Granaten und abgeblasenen Wolken als lautlose und teilweise auch unsichtbare Waffen zum Einsatz brachten. Obwohl der Gaseinsatz den Gesamtverlauf des I. Weltkrieges nicht entscheidend beeinflussen konnte, sondern ihn nur zu verlängern beitrug, vertrat der Leiter der chemischen Abteilung im deutschen Kriegsministerium, der spätere Nobelpreisträger und von den Siegermächten als Kriegsverbrecher gesuchte Professor Dr. Fritz Haber, noch Jahre später die für viele seiner akademischen und militärischen Kollegen repräsentative Meinung, daß die Kriegserfahrung *„zugunsten der qualitativ veränderlichen Gaskampfmittel und zuungunsten einer ausschließlichen Benutzung der Brisanzmunition"* gesprochen habe: *„Der Vorteil der Gasmunition kommt im Stellungskriege zu besonderer Entfaltung, weil der Gaskampfstoff hinter jeden Erdwall und in jede Höhle dringt, wo der fliegende Eisensplitter keinen Zutritt findet"* (3). Mit dem Haut- und Atemgift Lost stand dem deutschen Heer ein Jahr vor den Armeen der Entente ein Stoff zur Verfügung, der bei direktem Einsatz nicht nur schwere Verätzungen mit qualvollem Tod bewirkte, sondern sich auch zur Vergiftung aufgegebener Frontabschnitte eignete.

Es wird angenommen, daß 1914 - 18 etwa eine Million Menschen vergiftet wurden, von denen rund 65.000 starben. Den höchsten Blutzoll mußte die schlecht ausgerüstete zaristische Armee mit einer Viertelmillion Vergifteten und fast 40.000 Toten bezahlen.

Sieben Jahre später, 1925, unterzeichneten die Vertreter von fast 100 Staaten das Genfer Protokoll, das zumindest nach dem Willen der pazifistischen Friedensbewegung und der internationalen Arbeiterbewegung den Gaskrieg für immer ächten und verhindern sollte. **Das Vertragswerk wies jedoch eine ganz große Lücke auf: Es formulierte lediglich das Verbot der Anwendung, nicht jedoch die Ächtung der Forschung, der Herstellung und Lagerung von C-Waffen.** Dies war lediglich dem Deutschen Reich als Verlierermacht untersagt, und hier hatten die alten C-Waffen-Liebhaber bereits den Grundstock der chemischen Aufrüstung für den II. Weltkrieg gelegt.

Der kleine Unterschied

In Sachen „Innere Sicherheit" herrscht weltweit Einigkeit: Von Warschau bis Johannisburg, in Jerusalem, Singapur, Berkeley und Frankfurt gehören Tränengase zum festen Bestandteil der Polizeitechnologie. Bei der Bekämpfung innerer Unruhen werden hinsichtlich der Verwendung von chemischen Kampfstoffen überhaupt keine moralischen, sondern ausschließlich taktische Gesichtspunkte ins Feld geführt. Was im offiziellen englischen Sprachgebrauch als „anti-riot-agents" (Aufruhrbekämpfungsmittel) und im Deutschen als „polizeiliche Reizstoffe" tituliert wird, ist mittlerweile zwar auch für internationale Konflikte ausdrücklich geächtet, aber zur Bekämpfung von Kriminellen und Protestbewegungen wird es nach wie vor als Mittel der Wahl angesehen.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die französische Polizei den Reizkampfstoff Bromessigsäureäthylester gegen eine Bande flüchtiger Bankräuber eingesetzt und mit dem Erfolg auch den französischen Generalstab interessieren können; der massenhafte Einsatz gegen Zivilisten wurde jedoch erst in den zwanziger Jahren erprobt.

Der erste Fünfjahresbericht der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) berichtet über den 1926 ausgerufenen Streik von 16.000 Textilarbeitern im amerikanischen Bundesstaat New Jersey: nachdem es den Kapitalisten in den ersten 6 Streikwochen nicht gelungen war, die „Picket Lines" mit Streikbrechern zu durchbrechen, *„wurde am 1. März plötzlich eine 'andere Methode' zur Bekämpfung des Streiks eingeführt. Unter der Führung des Polizeikommandeurs Zober wurden plötzlich Tränengase gegen die Streikpatrouillen angewendet, die die Eingänge der Betriebe schützten. Der Gaskampf brachte auch nicht den erwünschten Erfolg. Die Patrouillen wichen nicht. Sie wichen selbst dann nicht, als die Feuerwehr mit ihren Wasserpumpen im Frostwetter zu operieren begannen. Am nächsten Tag waren bereits alle ihren Dienst antretenden Streikposten mit Stahlhelmen und Gasmasken ausgerüstet. Der Kampf ging weiter"* (4).

Seitdem wurden allen Protesten gegen diese Art Gaskrieg mit einer Begründung entgegengetreten, die sich auch Bundesinnenminister **Gerhard Baum** im Januar '82 in einer Bundestagsfragestunde zu CS zu eigen machte: ***„Die vorherrschende Auffassung bezieht Tränengas in extensiver Auslegung in das Genfer Protokoll ein, weil der Einsatz chemischer Waffen, selbst wenn es sich nur um Tränengas handelt, die Gefahr der Exkalation zum allgemeinen Gaskrieg heraufbeschwört. Diese Gefahr besteht im polizeilichen Bereich gerade nicht"*** (5).

Dessen ungeachtet haben sich Polizeitaktiker und Technologen gern von den Erfahrungen ihrer militärischen Kollegen inspirieren lassen: Sämtliche modernen Anwendungsmöglichkeiten für die Repression im Inneren gehen auf Erfindungen zurück, die vor und während des Zweiten Weltkrieges von meist deutschen Technikern und Chemikern eingeführt wurden.

Blitzkrieg contra Gaskrieg

„Ob der Führer im kommenden Krieg die chemische Waffe einsetzen will, mag von politische und anderen Rücksichten entscheidend abhängen. Kein Zweifel ist aber darüber erlaubt, daß ihm durch sorgfältige Friedensarbeit die Möglichkeit hierzu gesichert werden muß und daß ihm die künftige Entscheidungsfreiheit nicht durch irgendwelche Unterlassung in der Kriegsvorbereitung vorweg genommen werden darf" (6). Mit diesen Überlegungen stellten die Protagonisten eines C-Waffen-Krieges in der Reichswehrführung bereits 1934 die Weichen für ein Aufrüstungsprogramm, das der faschistischen Wehrmacht fünf Jahre später eine überlegene Erstschlagskapazität gegenüber den Armeen der Anti-Hitlerkoalition sicherte. Unter strengster Geheimhaltung hatten auch in der Weimarer Republik weiterhin Gas-Manöver stattgefunden, und die Verbindung zwischen Industrie, Reichswehr und Forschungseinrichtungen waren nie abgerissen.

Nur einmal, im Jahre 1928, hatte die Öffentlichkeit Einblick in dieses Treiben erhalten: Auf dem Gelände der Firma Hugo Stoltzenberg im Hamburger Hafen war ein Phosgen-Tank undicht geworden, die ausströmende Todeswolke kostete 10 Menschen das Leben. Regierungsvertreter und Firma dementierten jedweden Zusammenhang mit militärischen Verwendungsabsichten, doch allein die Menge von zehn Tonnen Phosgen entsprach einem Viertel des Weltverbrauchs für industrielle Zwecke.

Während in Deutschland noch fieberhaft die Vorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg getroffen wurden, hatten im Fernen Osten die Armeen des faschistischen Japan bereits die Mandschurei und China überfallen und zwischen 1937 und 45 auch Giftgase gegen die technologisch unterlegenen Verbände des Anti-Japanischen Widerstandskrieges eingesetzt. Auch das faschistische Italien führte seinen Eroberungsfeldzug in Abessinien mit chemischen Kampfstoffen gegen eine völlig ungeschützte Bevölkerung.

Diesen eklatanten Verletzungen des Völkerrechts wurde von den Westmächten nur mit schwachen Protesten entgegengetreten, da in den zwanziger Jahren auch Frankreich und das Vereinigte Königreich in ihren Kolonien Kampfstoffe zur Anwendung gebracht hatten.

Die Nichtanwendung chemischer Waffen auf dem zentraleuropäischen Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges wird von bürgerlichen Historikern häufig allein mit der Angst der deutschen Heeresleitung vor einem vermuteten technologisch gleichstarken Gegner und mit den persönlichen Erfahrungen Adolf Hitlers als Gefreiter im Ersten Weltkrieg erklärt. Dieser Interpretation stehen die zahlreichen Denkschriften und Vorstöße einer starken Gruppe in Wehrmacht und Industrie entgegen, die zielstrebig Produktionsanlagen und militärische Konzeptionen für einen chemischen Offensivkrieg vorbereitet hatte. Unter der Führung des IG Farben-Konzerns waren Forschung und Entwicklung schrittweise monopolisiert worden und die verantwortlichen Abteilungen in Ministerien und bei der Wehrmacht bis an die Spitze mit Konzernvertretern durchsetzt. Die Wirtschaftspläne zur Kriegsvorbereitung finanzierten dem Konzern eine Reihe von Produktionsanlagen zur großtechnischen Herstellung chemischer Kampfstoffe, die der faschistischen Kriegsmaschine beim Ausbruch des Weltkrieges eine überlegene C-Waffen-Kapazität und in den ersten Jahren auch einen Rüstungsvorsprung auf diesem Gebiet sicherten. Riesige Mengen der aus dem 1. Weltkrieg bekannten Gase waren bereits 1939 hergestellt; die Struktur und Herstellungsverfahren zweier von den IG Farben neu entwickelter Nervengifte, Tabun und Sarin, blieben den Alliierten bis Kriegsende unbekannt, während die Produktion und Auslieferung an die Wehrmacht ab 1942 (Tabun) bzw. 1944 (Sarin) auf vollen Touren anlief.

Angesichts der anfänglichen Blitzkriegserfolge sah die militärische Führung jedoch keinen Anlaß, zu diesem Zeitpunkt C-Waffen einzusetzen, die der vorrückenden Wehrmacht mehr Schwierigkeiten als ihren Gegnern bereitet hätten. Als dann einen Monat nach dem Angriff auf die Sowjetunion die „Prawda" erbeutete Dokumente eines deutschen C-Waffen-Regiments veröffentlichte (7), bremste dieser Vorgang auch diejenigen gaskriegbesessenen Offiziere der Wehrmacht, die seit 1939 nach Anlässen zum Kampfstoffeinsatz gesucht hatten. Wiederum ein Jahr später, im Juli 1942, versicherte Churchill in einer Rundfunkrede, daß England im Falle der Anwendung von Giftgas gegen seinen russischen Verbünden *„den Gaskrieg in möglichst großem Umfang gegen alle militärischen Objekte in Deutschland"* (8) zu führen gedenke. Das krasse Mißverhältnis zwischen dem Angriffscharakter der deutschen Kriegsführung einerseits und der Schutzlosigkeit der Zivilbevölkerung vor den alliierten Flächenbombardements deutscher Städte andererseits rächte sich so als tödliche Bedrohung des sicher geglaubten Hinterlandes. Außerdem vermutete man, daß auch den Alliierten inzwischen die neuen Nervengase bekannt seien.

Mit der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses und des Kriegsverlaufes im Jahre 1943 verstärkten sich noch einmal die Versuche bestimmter Gruppen im faschistischen Herrschaftsapparat, chemische Waffen gegen die vorrückende Rote Armee und Partisanen einzusetzen und später als verzweifeltes Mittel einer allerletzten Entscheidung auszuspielen. Was (in der Schlußphase des Krieges) letztendlich durch diejenigen Kräfte verhindert wurde, die bereits den Pakt mit den siegreichen Imperialisten vorbereiteten und ihre Überlebenskonzeption nicht zusätzlich gefährden wollten.

Das Genfer Protokoll, wiewohl seine Verbindlichkeit in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 von allen kriegführenden Parteien bestätigt worden war, wäre nicht allein von der deutschen Führung bedenkenlos für einen kriegsentscheidenden Vorteil gebrochen worden, auch Churchill hat den Einsatz von B- und C-Waffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung als Vergeltung gegen die Flugkörperangriffe gegen London ernsthaft in Erwägung gezogen. Gleich in den ersten Nachkriegstagen sicherten sich die britische und amerikanische Besatzungsmacht den Löwenanteil an Nervengasvorräten und Wissenschaftlern. Eine neue Runde der Geschichte der C-Waffen, ihrer Verträge und Einsätze auf verschiedenen Kriegsschauplätzen konnte beginnen.

(Fortsetzung in AK 226)

H.G., Hamburg

Quellen:

1. Die Zeit, 26.2.82
2. Groehler, Der lautlose Tod, Berlin DDR, 1978
3. Schrempf, Chemische Kampfstoffe — Chemischer Krieg, München 1961
4. 1. Fünfjahresbericht der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1926
5. Bundestagsdrucksache 9/1053 und 9/1275
6. Bundesarchiv / Militärarchiv Freiburg, II H 475; zit. n. 2.
7. Prawda, 22. Juli 1941, zit. n. 2.
8. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. IV/1, Stuttgart 1952



Frans Masereel, Frontispiz zu H. Guilbeaux, Du Champ des Horreurs, 1917

35-Stunden-Woche

Wird die Schlacht geschlagen?

„Ich denke, daß ich die 35-Stunden-Woche noch erleben werde" prophezeite Helmut Schmidt 1980. Inzwischen trägt er einen Herzschrittmacher und wirkt nicht nur politisch angeschlagen. Die Zeit wird knapp.

Auch aus wesentlicheren Gründen drängt das Problem Arbeitszeitverkürzung. 1,8 Mill. Menschen suchen eine Arbeit, 1990 werden es nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit 4 Millionen sein. Keine andere Form der Arbeitszeitverkürzung kann diese Entwicklung eher aufhalten oder zumindest abbremsen, als die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Dies wissen auch die Gewerkschaften. Doch die Bereitschaft, angesichts der 1983/84 auslaufenden Manteltarifverträge über die Arbeitszeit den Kampf um eine Neuregelung der wöchentlichen Arbeitszeit aufzunehmen, ist nicht ungeteilt. Sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsführungen wie die NGG und die IG Chemie orientieren alternativ auf die ‚Tarifrente', während HBV und Drupa mit der 35-Stunden-Woche liebäugeln. Entschieden wird diese Auseinandersetzung in der nächsten Zeit wohl innerhalb der IG-Metall, die bereits Anfang 1979 im Stahlstreik erfahren mußte, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer durchsetzbar sein wird.

Die Diskussion in den Gewerkschaften, die Strategie des Kapitals, die Geschichte der Durchsetzung des 8-Stunden-Tages, die Auswirkungen einer 35-Stunden-Woche auf die Arbeitslosigkeit, die von den Beschäftigten tatsächlich geleistete Arbeitszeit sowie die Strategie der Bielefelder Grünen, die für einen Verzicht auf Lohnausgleich durch die Kapitalisten plädieren, beleuchten die nachstehenden Beiträge der Kommission Betrieb & Gewerkschaft.

Der Kampf um die 35-Stunden Woche

1974 hatten die Gewerkschaftstage der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands als erste das Ziel der 35-Stundenwoche formuliert. Ein entsprechender Antrag des Bundesfrauenausschusses auf dem 10. DGB-Kongreß 1975 wurde abgelehnt zugunsten der Foderung nach mehr Jahresurlaub.

Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit verstärkten sich die gewerkschaftlichen Argumente für die Wochenarbeitszeitverkürzung, d. hiervon ein deutlicher Beschäftigungseffekt erwartet wurde.

1977 forderten die Gewerkschaftstage der IG Metall, der IG Druck und Papier sowie der Gewerkschaft Holz und Kunststoff konkret die 35-Stundenwoche, der Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft wiederholte seine Forderung von 1974. 1978 sprach sich dann auch der 11. DGB-Kongreß im Mai mit großer Mehrheit für die 35-Stundenwoche aus. 1978 stellte die IG Metall nach einer knappen Kampfabstimmung für die Stahlindustrie und die IG Druck und Papier für die Druckindustrie die Forderung nach einem tarifvertraglichen „Einstieg" in die 35-Stundenwoche auf.

Im Bereich der Stahlindustrie sollte es zum Jahreswechsel 1978/79 zum ersten Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung seit Jahrzehnten kommen. Die IGM war darum bemüht, die bevorstehende Auseinandersetzung als stahlspezifische Angelegenheit abzuschwächen und betonte gleichzeitig, daß sie lediglich einen „Einstieg" und dann eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden vorhabe. Die Kapitalisten sahen allerdings die prinzipielle Bedeutung dieser bevorstehenden Tarifauseinandersetzung für die Entwicklung der Wochenarbeitszeit in der BRD.

In einer Neuauflage ihres „Tabu-Katalogs" vom März 1978 hieß es erneut in bezug auf die Wochenarbeitszeit: *„Die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage muß der freien betrieblichen Disposition überlassen bleiben"*. In praktischer Hinsicht unterstrichen die Kapitalisten jede Einschränkung dieser Dispositionsfreiheit Anfang September, wo nach Intervention der BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) ein bereits mit der Gewerkschaft NGG abgeschlossener Tarifvertrag über Arbeitszeitverkürzung für über 60jährige wieder rückgängig gemacht wurde. Unter diesen Vorzeichen waren die Stahlkapitalisten zu einem „Stellvertreterkrieg" im Rahmen der BDA bereit. Sie setzten gegen die Forderung der IG Metall massiv das Mittel der Aussperrung ein. Die IG Metall-Führung ist von er Härte des Auftretens der Stahlkapitalisten offensichtlich in der Form überrascht worden und war nur unzureichend darauf vorbereitet. Halbherzig begonnen, wurde schließlich diese Tarifauseinandersetzung auf halber Strecke offenen Auges in die Niederlage geführt.

Mit der massiven Aussperrung haben die Kapitalisten verstärkt ein politisches Kampfmittel auf die Tagesordnung gesetzt, und damit deutlich gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, in der üblichen gewerkschaftlichen Tarifpolitik mitzuspielen, sondern zukünftig stärker die Bedingungen diktieren wollen.

Die „Sozialpartnerschaft" auf Basis von gegenseitigen Zugeständnissen, zu denen das Kapital in der Vergangenheit bereit und wirtschaftlich in der Lage war, war faktisch aufgekündigt. **Der Stahlstreik 1978/79 stellte klar, daß zukünftig jede Form der Wochenarbeitszeitverkürzung nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und in einer schärferen gesellschaftlichen Konfrontation denkbar waren.**

Die Folgen des Stahlstreiks

Die von einigen Linken mit dem Stahlstreik verbundene Hoffnung auf eine Öffnung des DGB, einer Stärkung der mehr am Klassenkampf orientierten Strömungen und eine damit verbundene Möglichkeit zur Entwicklung einer „autonomen Gewerkschaftspolitik" wurde bald von der Wirklichkeit überrollt. Trotz anhaltender Krisenentwicklung kam es zu einem merklichen Rückgang in der Streikentwicklung. Besonderer Ausdruck für die Defensive der Gewerkschaften nach dem Stahlstreik ist die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, gegen die Massenarbeitslosigkeit wirksame Maßnahmen durchzusetzen.

Das System der Mitbestimmung und das DGB-eigene Beschäftigungsprogramm erwiesen sich als realpolitisch irrelevant; in den konkreten Auseinandersetzungen um Arbeitsplatzvernichtung wirkte sich die DGB-Politik eher hemmend aus (wie sich aktuell besonders kraß im Fall der AEG zeigt), oder sie entwickelten sich ohne (z.B.: Stahlwerke Hoesch) oder teilweise sogar gegen den Widerstand der Gewerkschaften (Betriebsbesetzungen). Auf dem Gebiet der „Sparpolitik" ist die erste große Runde bereits gelaufen, ohne daß „des Kanzlers zuverlässigste Stütze" in Bewegung geriet. Nach der eindrucksvollen Demonstration der 70.000 im November 1981 in Stuttgart riet die DGB-Führung, bei der Kritik an der Bundesregierung *„die Kirche im Dorf"* zu lassen und verzichtete vorerst auf weitere Protestaktionen.

In der Frage der Aussperrung orientierte der DGB auf die bundesdeutsche Rechtsbarkeit, verzichtete auf praktische Kampfmaßnahmen und mußte auch hier eine Niederlage einstecken. Gleiches wiederholte sich in der Frage der Warnstreiks, die durch ein jüngstes Gerichtsurteil in ihrer Wirksamkeit erheblich eingeschränkt wurden. Der Angriff auf die Montan-Mitbestimmung wurde zwar als „Kampfansage" verurteilt, mit der der Dauerkonflikt mit dem DGB „programmiert" sei, geschehen ist aber auch hier nicht viel (außer dem „Jahr der Mitbestimmung"), sodaß mit dem Auslaufgesetz „lex-Mannesmann" auch auf diesem Gebiet das Kapital einen politischen Erfolg verbuchen konnte.

Äußerste Zurückhaltung bewies der DGB auch in seinem traditionellen Schwerpunktbereich, der Lohnpolitik. Die von den Kapitalisten angestrebte „Wende" in der Lohnpolitik wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt, obwohl die in den Warnstreiks 1981 („Neue Beweglichkeit") zum Ausdruck gekommene Kampfbereitschaft in vielen Betrieben einiges mehr ermöglicht hätte.

Diejenigen, die sich innerhalb des DGB für fortschrittliche Ideen und mehr Demokratie eingesetzt haben, mußten in den meisten Einzelgewerkschaften eine noch stärkere Einschränkung erfahren. Das Großreinemachen in der IG Chemie, die „Säuberung" in der gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungsarbeit sowie die Kampagne gegen eine angeblich „kommunistische Unterwanderung" setzten eine traurige Tradition fort.

Der DGB hat sich demnach seit dem Stahlstreik der krisenhaften Entwicklung angepaßt und sich weitgehend kampflos der Strategie des Kapitals gebeugt und dabei den eigenen Apparat weiter nach rechts ausgerichtet. Diese Entwicklung schlug sich natürlich auch in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik, in einem tendenziellen Abrücken von der Forderung nach der 35-Stundenwoche nieder. Rechte Einzelgewerkschaften, die der IG Metall im Stahlstreik schon reserviert bis ablehnend gegenüberstanden, gewannen mit ihren Vorstellungen an Boden, für die nun kräftig beim Kapital — dem diese nicht wehtun sollten — und in den Betrieben — denen man wenigstens einen kleinen Ersatz für die 35-Stundenwoche verkaufen will — geworben wird.

Gewerkschaftskonzepte zur Arbeitszeitverkürzung

Am aktivsten auf diesem Sektor war in den letzten Jahren zweifellos die NGG mit ihrer „qualitativen Tarifpolitik", ein Konzept gruppenspezifischer Arbeitszeitverkürzungen. Im Mittelpunkt stehen dabei Erleichterungen für besonders betroffene Arbeiter/innen wie Urlaubsverlängerung, zusätzliche Pausen für Schichtarbeiter ab 60 Jahren, zusätzliche Freischichten u.ä. Daß solche Regelungen für die jeweils Begünstigten z.T. eine erhebliche Verbesserung ihrer Situation bedeuten, steht außer Frage. Insgesamt gesehen sind die möglichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt allerdings so gering, daß es sich hier keinesfalls um Ersatzlösungen für allgemeine Arbeitszeitverkürzung handeln kann. An dem NGG-Konzept ist somit weniger der Inhalt selbst zu kritisieren, sondern deren Stellenwert in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung insgesamt. Die NGG begreift ihr Modell nicht als mögliche Ergänzung, sondern ausdrücklich als Ersatzlösung zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung. Mit dieser Akzentuierung distanzierte sich die NGG innerhalb des DGB von der Forderung nach der 35-Stundenwoche. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht verwundern, daß die NGG eine vorantreibende Kraft in Sachen **Tarifrente** war.

Es dürfte ebenfalls kaum überraschen, daß inzwischen mit der IG Chemie eine zweite Gewerkschaft aus dem Rechtsaußenflügel des DGB auf dieser Schiene mitfährt. Die IG Chemie hat bereits bei er diesjährigen Tarifrunde versucht, ihr eigene Tarifrentenmodell durchzusetzen. Nachdem sie damit vorerst gescheitert war, wandte sie sich in einem gemeinsamen Brief mit der NGG an die Bundesregierung, mit der Aufforderung nach Schaffung eines „Rahmengesetzes" zur Verwirklichung der Tarifrente. Dieser Alleingang war schon deshalb besonders provokativ, als er nur wenige Wochen nach dem DGB-Bundeskongreß gestartet wurde, der die 35-Stundenwoche als gewerkschaftliches Ziel erneut festgehalten hat, zumindest auf dem Papier.

Wie sind die Karten verteilt?

Eine zeitliche Zuspitzung findet die Diskussion um die 35-Stundenwoche vor dem Hintergrund, daß für das Jahr 1984 neben der IG Metall auch für die Gewerkschaften Druck und Papier, Holz und Kunststoff sowie für die HBV Manteltarifverhandlungen anstehen, bei denen es auch bzw. vorrangig um Arbeitszeitverkürzung geht. So wie es aussieht, werden NGG und IG Chemie versuchen, vorher eine Entscheidung für ihr Modell zu erzwingen. Interessant ist die Konstellation für 1984 deshalb, da es sich hier namentlich um die Gewerkschaften handelt, die ohne Frage dem „linken" Gewerkschaftsspektrum zuzuordnen sind, allein aber nicht die Kraft haben, einen Durchbruch in Richtung 35-Stundenwoche zu erzielen. Entscheidend für das Ergebnis wird also wieder einmal die Rolle der IG Metall sein.

Hier ergibt sich momentan etwa folgender Stand: Der IGM-Gewerkschaftstag 1980 hat in seiner Entschliessung die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich als wichtigsten Schritt zur Verkürzung der Arbeitszeit bestätigt. Ein Antrag, *„schon jetzt die notwendige Aufklärung der Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit zur entsprechenden Bewußtseinsbildung durchzuführen"* wurde vom Vorstand abgelehnt. Auf einer Klausurtagung des IGM-Vorstands im September 1981 sprach dieser sich dafür aus, im Rahmen der Lohnrunde 1982 eine tarifliche Senkung des Rentenalters zu fordern. Dieser Testballon wurde bald darauf wieder zurückgezogen. Allerdings zeigte er, daß es innerhalb der IGM-Führung offensichtlich einen eindeutigen Mehrheitsflügel gegen die 35-Stundenwoche gibt, der auf diesem Weg die Reaktion seiner Mitglieder ausloten wollte.

Im April und Juni dieses Jahres gab es zwei weitere Klausurtagungen zur Schwerpunktbildung in der Tarifpolitik. In einem Papier, über das der IGM-Vorstand am 20. bis 23. September beschließen will, spricht er sich nicht grundsätzlich gegen die Tarifrente aus, diese solle nur nicht „isoliert" gefordert werden, auch dürfe es keine Festschreibung der Wochenarbeitszeit geben.

Wie die IGM-Führung dies alles nun unter einen Hut bringen will, muß sich zeigen. Es ist aber ganz offensichtlich, daß für den IGM-Vorstand der Ausstieg aus der Kampffront um die 35-Stundenwoche bereits längst — wenn nicht schon nach dem Stahlstreik — beschlossene Sache ist und es jetzt lediglich um taktische Rückzugsfinessen geht, um dabei nicht allzu viel Federn zu lassen. Hier hat allerdings die Mitgliedschaft auch noch ein Wörtchen mitzureden.

Was bringt die 35-Stunden Woche?

Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist in der Diskussion um die 35-Stundenwoche mehr und mehr der Arbeitsmarkteffekt in den Vordergrund gerückt. Wie sieht es damit aus?

Das staatliche IAB/ifo-Institut geht nach Berechnungen davon aus, daß eine Wochenarbeitszeitverkürzung zu 33% durch Steigerung der Produktivität, zu 33% durch Überstunden und zu 33% durch Neueinstellungen ausgeglichen werden würden. Ältere Untersuchungen des ifo-Instituts besagen, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung von 5% (wöchentlich oder jährlich) im Durchschnitt etwa die Hälfte der rechnerisch möglichen Neueinstellungen auch tatsächlich ausgeführt werden. Eine Untersuchung über die Wochenarbeitszeitverkürzung in Österreich ergab, daß kurzfristig 50% durch Steigerung der Produktivität, 25% durch Überstunden und weitere 25% durch Neueinstellungen ausgeglichen wurden. Schon die Unterschiedlichkeit dieser Berechnungen zeigt ihre Problematik. Die Chancen der Kapitalisten, Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierungen aufzufangen, dürften höchst unterschiedlich und kaum zu errechnen sein, zumal die Arbeitszeit nur einer der beeinflussenden Faktoren ist.

Von Bedeutung wäre mit Sicherheit ein Ausgleichsversuch durch die Ausweitung von Mehrarbeit, der ja staatlicherseits Vorschub geleistet und deren Steigerung kaum an gesetzliche Schranken stoßen wird. Die strukturelle Begrenztheit einer beschäftigungsorientierten Arbeitszeitpolitik liegt auf der Hand, zumal wenn diese nicht eingebettet ist in ein umfassendes gewerkschaftliches Konzept und staatliche Maßnahmen (Rationalisierungsschutzabkommen, Verknüpfung öffentlicher Aufträge und Investitionen an Arbeitsplatzgarantien, Verbot von Leih- und Mehrarbeit etc. pp.).

Angesichts der anhaltenden Krise und einer eher noch komplizierter werdenden internationalen Situation wäre es eine Illusion, allein von arbeitszeitverkürzenden Maßnahmen eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten, da selbst massivste Verkürzung der Arbeitszeit natürlich die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben. **Unstrittig jedoch ist, daß im direkten Vergleich mit allen anderen gewerkschaftlichen Modellen zur Arbeitszeitverkürzung der Beschäftigungseffekt bei der Wochenarbeitszeitverkürzung mit Abstand am größten ist und die Flexibilität und Mobilität in der kapitalistischen Arbeitszeitgestaltung zumindest in Ansätzen ein wenig in Frage stellen könnte.** Das ist auch der Grund, weswegen die Ablehnung der Wochenarbeitszeitverkürzung an oberster Stelle der Abschußliste des Kapials steht.

Gerade deshalb wird die Forderung nach der 35-Stundenwoche auch innerhalb der Gewerkschaften zu einem wesentlichen Kristallisationspunkt werden.

Die Arbeitsplatzpolitik des Kapitals

Nach seiner Reise im Juli 1980 nach Japan brachte Lambsdorff den Arbeitern und Angestellten die Empfehlung mit, nicht weniger, sondern zukünftig mehr und schneller zu arbeiten. Diese provokatorische Äußerung stellte in aller Deutlichkeit die Richtung der Arbeitszeitpolitik der Herrschenden für die kommenden Jahre dar und war gleichzeitig eine deutliche Kampfansage gegen jede von Seiten der Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung, die diesen grundsätzlichen Erwägungen zuwider läuft. Gemeint war damit natürlich auch das Thema 35-Stundenwoche ...

Das Kapital befürchtet durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsmöglichkeiten und Flexibilität der betrieblichen Personalpolitik Die ,,Zeitsouveränität'' des Kapitals ist auch der Kernbestandteil des ,,Tabu-Katalogs''.

Hauptangriffspunkt ist eine etwaige Einschränkung der Überstunden durch eine Neuaufstellung der Normalarbeitszeit von 40 Stunden und die restriktive Regelung für darüberhinausgehende Mehrarbeit etwa durch absolute Grenzen und Regelungen tariflicher Überstunden oder Genehmigungen durch die Gewerbeaufsicht (vgl. ,,Pressedienst der deutschen Arbeitgeber'', 12.5.1978).

Dabei richten sich die Kapitalisten in erster Linie gegen eine Novellierung des gesetzlichen Arbeitsrechts (Arbeitszeitordnung — AZO), gegen eine gesetzliche Reglementierung ihrer ,,Zeitsouveränität''.

Wohlwollend äußern sie sich über den derzeitigen Zustand und plädieren für dessen Beibehaltung: *,,Die Tarifvertragsparteien haben den gesetzlichen Rahmen (...) in vielfacher Weise ausgefüllt und dabei vor allem branchenspezifische Bedürfnisse berücksichtigt. Sie haben den weiten Rahmen (!) aber nicht nur einschränkend ausgefüllt, sondern von der Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung Gebrauch gemacht. Insgesamt ist auf diese Weise genügend Flexibilität für die Bedürfnisse der Praxis gewahrt''* (,,Arbeitgeber'', 1978, 520).

Unter allen Varianten der von Seiten der Gewerkschaften diskutierten Arbeitszeitverkürzung neigen die Kapitalisten lediglich zur Befürwortung der Herabsetzung der flexiblen Rentenaltersgrenze. Hieraus ergeben sich keine Erfordernisse zur betrieblichen Umstellung und keine zusätzlichen Personalkosten durch Mehrbeschäftigung, da die Kostenträgerschaft bei der gesetzlichen Rentenversicherung liegt (,,Handelsblatt'', 9.5.1977). In der Zwischenzeit dürften die Kapitalisten mehr einer Zwischenlösung zuneigen, wie sie aktuell von CDU und FDP in Form einer ,,Übergangsrente'' in die Diskussion gebracht wurden. Ihre grundsätzliche Bereitschaft, in dieser Frage auch mit den Gewerkschaften zu einem Kompromiß zu kommen, haben die Kapitalisten in der diesjährigen Chemie-Tarifrunde zum Ausdruck gebracht. Das ,,Tarifrenten''-Modell der IG Chemie sah allerdings eine finanzielle Mitbelastung der Kapitalisten sowie eine Neueinstellungsgarantie vor, was nachhaltig abgelehnt wird. Der Diskussion um ein gesetzlich-tarifvertragliches Rentenmodell, wie es jüngst in einem Brief von Hauenschild und Döding von der Bundesregierung gefordert wurde, steht das Kapital relativ gelassen gegenüber, solange sich hieraus keine Einstellungsgarantien und zusätzliche Kosten ergeben. Allen anderen Varianten wird folgerichtig entgegengehalten, daß diese die betriebliche Flexibilität einschränkten, zusätzliche Personalkosten verursachten, die Erträge und damit die Investitionskraft und Wettbewerbsfähigkeit minderten, wodurch eine weitere Gefährdung der Arbeitsplätze einträte. Die Einschränkung dieser Kosten auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten sei denn auch er richtige Weg zur Arbeitsplatzsicherung. Auf dieser Welle reiten denn auch die Propagandisten des Kapitals schon seit längerer Zeit.

Die Devise: Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze ...

Neben der allgemeinen Begleitmusik zu den letzten Tarifrunden, entwerfen die Propagandisten und Vordenker des Kapitals direkt atemberaubende ,,Denk-'' und ,,Argumentationsmuster'' für den angeblichen Erhalt der Arbeitsplätze.. Eine neue ,,Modellrechnung'' des Kieler Instituts für Weltwirtschaft hat zum Ergebnis, daß bei einer Senkung des Reallohns (insbesondere bei den ,,weniger Qualifizierten'') von nur einem Prozent im ersten Jahr 80.000 und im zweiten und dritten Jahr sogar 145.000 bzw. 165.000 Arbeitsplätze neu geschaffen würden, sodaß sich ein angeblicher Arbeitsplatzeffekt von insgesamt 400.000 ergebe. Eine ,,Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft'' (ein Zusammenschluß kapitalhöriger Wissenschaftler aus verschiedenen Instituten) plädiert für eine wesentliche Verlängerung der Laufzeit von Tarifverträgen. Ihr jüngster Vorschlag: Einfrieren der Tariflöhne *,,bis die Arbeitslosenquote wieder den Durchschnitt der sechziger Jahre erreicht hat''* (zitiert nach ,,FAZ'', 10.4.82). Auf den ersten Blick möchte man diese Überlegungen als Produkt hirnrissiger Bourgeoisiephantasien abstempeln. Tatsächlich aber greift sie in ihrem realen Kern eine in den letzten Tarifrunden eingeleitete Entwicklung des Reallohnabbaus auf und treibt sie gedanklich auf die Spitze. In dem System der Zwangsschlichtung gegen Ende der Weimarer Republik sowie des faktischen Lohnstops während der Zeit des Faschismus finden diese Gedanken durchaus ihr realpolitisches geschichtliches Vorbild. Langfristig beurteilt scheinen diese Vorstellungen so abwegig gar nicht zu sein, zumindest zeigen sie unmißverständlich, in welche Richtung die Kapitalisten den Gang der Dinge entwickeln wollen.

Die „neue Arbeitszeitpolitik" des Kapitals — Arbeitszeitverkürzung doch kein Tabu?

Die Anpassung durch flexible Arbeitszeiten von Teilen der Belegschaft an die wechselnden kapitalistischen Geschäftsbedingungen geschieht nicht nur nach oben durch Mehrarbeit; den ,,Gegenpol'' dazu bildet Kurzarbeit und Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit ist in den letzten Jahren zum systematischen Bestandteil unternehmerischer Arbeitszeitpolitik geworden: Zwischen 1970 und 1977 stieg die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um 342.000 auf 2.3 Millionen. Heute (Stand 1981) arbeiten etwa 15% aller Beschäftigten (38% der Frauen und 4% der Männer) teilzeitig. Die Tendenz bleibt steigend: Nach einer Untersuchung der Institute IAB/ifo vom November 1977 ließen sich aus weiteren 800.000 Vollarbeitsplätzen Teilzeitstellen machen (,,die quelle'', 7/8 1980).

Teilzeitarbeit ist angesichts der realen Situation in der BRD für viele Frauen die einzige Möglichkeit zur Berufstätigkeit überhaupt. Sie bedeutet aber gleichwohl keine echte Arbeitszeitverkürzung, sondern ,,freiwillige'' Kurzarbeit ohne jeden Lohnausgleich. Teilzeitarbeitsplätze sind nicht neugeschaffene Arbeitsplätze, sie entstehen fast ausschließlich durch Teilung ,,ganzer'' Arbeitsplätze. Im Einzelhandel sind in den letzten Jahren beispielsweise 150.000 Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt worden; hier wird in der Zukunft mit 85% Teilzeitbeschäftigung gerechnet.

Teilzeitarbeit erlaubt eine wesentlich intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft im Verhältnis zur Arbeitsdauer; außerdem ist die arbeits- und sozialrechtliche Lage der so Beschäftigten ungünstiger. Die Lage der Arbeitszeit richtet sich in der Regel nach dem Ermessen der Kapitalisten. Extremes Beispiel ist die besonders im Einzelhandel zunehmende ,,kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit'' (Kapovaz), wonach ein bestimmtes Arbeitspensum — z.B. für ein Jahr — garantiert wird, Dauer und Umfang des Arbeitseinsatzes kurzfristig allein vom Kapitalisten festgelegt werden. Frauen müssen so ständig abrufbereit sein, um dann zu den entsprechenden Stoßzeiten voll einsetzbar zu sein.

Auch das ,,Job-Sharing'' gehört zum Arsenal kapitalistischer Arbeitszeitpolitik. Hierbei teilen sich zwei Partner einen Arbeitsplatz und müssen gemeinsam für seine ständige Besetzung garantieren; auch das ,,Job-Sharing'' erhöht die Ausbeutung der Arbeitskraft.

Teilzeitarbeit wird besonders von der Bundesanstalt für Arbeit als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gepriesen. Seitens der Kapitalisten bestehen derzeit noch gewisse ,,Vorbehalte'' gegen eine starke Ausweitung der Teilzeitarbeit, da diese gewisse zusätzliche Kosten verursachen. Es dürfte kaum überraschen, daß bei zukünftigen Auseinandersetzungen um die 35-Stundenwoche die Teilzeitarbeit als ,,Ersatz'' angeboten und u.U. auch staatlich subventioniert wird. Eine entsprechende allgemeine Empfehlung seitens der BDA liegt bereits vor.

Es besteht also kein Zweifel darüber, daß die Kapitalisten der Forderung nach der 35-Stundenwoche nicht nur das knallharte ,,Nein'' ihres ,,Tabu-Katalogs'' entgegenhalten, sondern sie verfügen über eine eigene, ganz allein auf ihre Profitinteressen zurechtgeschnittene Arbeitszeitstrategie, die sich weitgehend gewerkschaftlichem Einfluß entzieht.



Stahlarbeiterstreik im Winter 78/79

Der Weg 8-Stunden-Tag

1866 auf dem Genfer Kongreß der internationalen Arbeiterassoziationen wurde der 8-Stundentag zu einer Hauptforderung der sozialistischen Arbeiterbewegung erklärt und seit dem Brüsseler Kongreß der sozialistischen Internationale 1899 als Hauptziel des 1. Mai als weltweitem Kampftag der Arbeiterklasse erklärt. In Deutschland wurde der 8-Stundentag 1918 eingeführt als Zugeständnis der Kapitalisten gegenüber der herannahenden Revolution. Der Großindustrielle Thyssen bezeichnete seinerzeit in einem Brief an den Reichskanzler den 8-Stundentag als *,,das Unglücklichste, was uns die*



Revolution bringen konnte''. Die ganze Aufmerksamkeit der Herrschenden war von da an auf dessen Beseitigung gelegt worden.

Von seiten der Gewerkschaften war hier kaum eine ernste Gegnerschaft zu befürchten, nachdem sich der ADGB-Vorsitzende Leipart prinzipiell gegen eine *,,schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit''* ausgesprochen hatte, *,,die die wirklichen Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens ignoriert''*. Mit Zustimmung der Sozialdemokratie kam nach dem endgültigen Abwürgen der Revolution ein Gesetz zustande, wonach zwar formal an der 48-Stundenwoche festgehalten wurde, eine tarifliche oder gesetzliche Überschreitung *,,im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung der Produktion''* vorgesehen war. Nach einem entsprechenden Ermächtigungsgesetz und einer Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember 1923 konnten die Arbeiter über die Höchstarbeitszeit von acht Stunden hinaus *,,an dreißig der Wahl der Arbeitgeber überlassenen Tagen im Jahre mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden''* beschäftigt werden.

Auf dieser Regelung baut dann auch die von den Nazis 1938 in Kraft gesetzte Arbeitszeitordnung auf, die ebenso von der 48-Stundenwoche ausging und ,,an dreißig Tagen im Jahr'' eine Arbeitszeit von täglich 10 Stunden sowie weitere ,,Ausnahmen'' zuließ.

In der Zeit von 1924 bis 1926 lagen die durchschnittlichen Arbeitszeiten wieder bei ca. 50 Stunden die Woche und sanken während der Weltwirtschaftskrise nach 1929 bis auf 41,5 Stunden im Jahre 1932. Vor dem Hintergrund katastrophaler Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit vertrat der ADGB dann erstmals wieder eine Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. Ein Lohnausgleich wurde zwar als ,,wünschenswert'', jedoch nicht als unabdingbar gefordert, so daß dieser Plan letztlich auf eine gesamtwirtschaftlich verallgemeinerte Kurzarbeit hinauslief.

Nach einer erneuten Ausdehnung der Arbeitszeit auf durchschnittlich 50 Stunden während der Zeit des Faschismus gab es bis zur Mitte der 50er Jahre (wenn man die Aufhebung der Kriegsarbeitszeit außer acht läßt) keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, wenngleich die Zahl der Urlaubstage und der gesetzlichen Feiertage erhöht wurden.

Erstmals wieder auf dem dritten Bundeskongreß und anläßlich des 1. Mai 1955 erhob der DGB die Forderung nach der 5-Tagewoche mit einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden, Begleitet von einer Kampagne des DGB unter der beliebten Parole ,,Samstags gehört Vati mir'' kam es zu ersten Ergebnissen. Am 25. Juli 1956 schloß die IG Metall mit Gesamtmetall das ,,Bremer Abkommen'', worin ab dem 1.10.1957 für die Metallindustrie die 45-Stundenwoche vereinbart wurde. In einem weiteren Abkommen bis Januar 1967 wurde für den Organisationsbereich der IGM die 40-Stundenwoche in Kraft gesetzt. Dies hatte Vorreiterfunktion für die übrigen Branchen. 1958 war gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt die 45-Stundenwoche erreicht, ab 1966 die 44-Stundenwoche. 1967 galt für fast 35% der Beschäftigten die 40-Stundenwoche, 1972 für 70%.

Seit ihrer Gültigkeit ab 1973 auch im Bereich desÖffentlichen Dienstes kann die 40-Stundenwoche als weitgehend durchgesetzt gelten.

Besonderes Kennzeichen der Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung ab den 50er Jahren war, daß sie praktisch ohne klassenkämpferische Auseinandersetzungen erreicht wurde. *,,Dieser Vorgang ist nur vor dem Hintergrund der spezifischen westdeutschen Nachkriegsentwicklung zu verstehen, als die Unternehmer für die Einbindung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften in das kapitalistische System zu massiven Zugeständnissen bereit und aufgrund des ökonomischen Aufschwungs auch in der Lage waren''* (G. Hautsch, ,,Ziel: 35 Stunden'').

Zweifellos bedeutet die Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung einen gesellschaftspolitischen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit, wo der kapitalistischen Willkür nach Ausdehnung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters kaum Grenzen gesetzt waren.

Immerhin ist neben der Begrenzung des Arbeitstages heute ein arbeitsfreier Samstag fast genauso die Regel, wie ein längerer Urlaub. Andererseits darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Kapital heute eine ganze Palette anderer Möglichkeiten zur Verfügung steht, den Produktionsablauf zu effektivieren und die Arbeitsdichte zu erhöhen. Immerhin sind die wachsende Zahl von Berufskrankheiten und Frühinvalidität Beweis dafür, daß trotz Arbeitszeitverkürzung der Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit wieder voranschreitet.

Die Gewerkschaften können heute zwar auf den Erfolg eines tarifvertraglichen 8-Stundentages sowie die garantierte 5-Tagewoche verweisen; die Ausdehnung von Schicht-, Leih-, Kurz- und Teilzeitarbeit als Mittel der Arbeitsintensivierung entzieht sich aber nach wie vor ebenso weitgehend gewerkschaftlichem Einfluß, wie die Ausdehnung des Arbeitstages durch Mehrarbeit. Der Grund für Letzteres liegt ganz einfach darin, **daß die Gewerkschaften parallel zur tariflichen auf eine gesetzliche Festschreibung des 8-Stundentages sowie die Einschränkung von Mehrarbeit verzichtet haben. Rein rechtlich gesehen hat die tarifvertragliche Arbeitszeitregelung gegenüber dem alten Zustand nichts geändert: Nach wie vor ist die faschistische Arbeitszeitordnung von 1938 in Kraft**, wie gerade jüngst in höchst richterlicher Instanz bestätigt wurde. Nur vor diesem Hintergrund sind die tarifvertraglichen Zugeständnisse des Kapitals in den 50er bis 70er Jahren zu verstehen: Sie haben sich ihre ,,Flexibilität'' bei der Arbeitszeitgestaltung erhalten.

,,Die Schlacht um 35 Stunden — Eine Sammlung von Quellen und Materialien aus dem 150-jährigen Kampf der Arbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit'' nennt sich eine Broschüre, die der ,,Arbeitskreis 35-STunden-Woche'' in der ,Initiative Soziale Sicherheit' jetzt herausbringt.

Die Broschüre hat ca. 60 Seiten und kostet 4 bis 5 DM. Zu bestellen über:
Initiative Soziale Sicherheit
c/o SJD Die Falken LV NRW
Hohenstaufenallee 1
4650 Gelsenkirchen

40 Stunden-Woche und die Wirklichkeit

1979 lag die Zeit der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden gesamtwirtschaftlich bei 42,6 Stunden, d.h. jährlich wurden durchschnittlich 109 Überstunden geleistet. Im internationalen Vergleich wird die BRD in Westeuropa nur noch von Großbritannien, Irland und Island überboten, während die tatsächliche Arbeitszeit z.B. in Dänemark bei 33 oder in Belgien sogar bei 31,3 Stunden im Vergleichsjahr lag. Diese Zahlen werden noch dadurch „geschönt", daß es sich um gesamtwirtschaftliche Zahlen handelt, d.h. unter Hinzuziehung z.B. auch von Teilzeit- und Kurzarbeit. Zwei kürzlich auf Grundlage von Repräsentativumfragen erstellte Studien geben ein noch genaueres Bild über den Umfang der tatsächlich geleisteten Überstunden. Befragt wurden Arbeiter in 25 Betrieben der IGM-Verwaltungsstelle Bremen/Bremerhaven nach ihrer Arbeitszeit. Etwa ein Drittel der Befragten gab an, Schichtarbeit zu leisten. 48% der Befragten machten Überstunden und über die Hälfte von ihnen (58%) kommen auf bis zu 20 Überstunden monatlich; mehr als ein Viertel, nämlich 27%, machen bis zu 40 und immerhin 10% mehr als 40 Überstunden. 31% haben regelmäßig einen 10-Stundentag, 45% arbeiten regelmäßig oder öfters auch Samstags. Nur 26% gaben an, im Vergleich zu 1979 im Jahr 1980 weniger Überstunden zu leisten; bei 38% ist sie gleichgeblieben, bei 20% gestiegen.

Ausgerechnet Nacht- und Schichtarbeiter leisten besonders häufig Überstunden. In einem Drittel der Betriebe mit Nachtschichtsystem wurden Arbeiter zu Überstunden herangezogen. Für 22% der Nachtschichtarbeiter, die Überstunden leisten, verlängert sichdadurch die Schicht auf neun Stunden, für 48% auf zehn Stunden. 22% leisteten 12-stündige Nachtschichten und

durch die Schicht auf neun Stunden, für 48% auf zehn Stunden. 22% leisteten 12-stündige Nachtschichten und

2% arbeiteten nachts noch länger (aus „35 Stunden sind genug", Peter Bartelheimer).

Die gültige Arbeitszeitordnung ermöglicht den Kapitalisten, unabhängig von der tariflichen Wochenarbeitszeit die Arbeitszeit weitgehend an ihren betrieblichen Belangen zu orientieren und gegebenenfalls auszudehnen. Die entsprechenden Überstundenzuschläge sind für die Kapitalisten weitaus billiger als die Kosten aus Neueinstellungen. Mehrarbeit trägt somit dazu bei, die Massenarbeitslosigkeit zu verschärfen; **rein rechnerisch entsprach die 1975 geleistete Mehrarbeit 1,7 Millionen Vollarbeitsplätzen (1977: 1,9 Mio.; 1979: 1,3 Mio.). Schon die Eindämmung der Überstunden auf das Niveau von 1961 oder 1962 würde die Nachfrage nach Arbeitskräften um ca. 600.000 steigern** (mendius, „WSI-Mitteilungen", 4/78).

Neben der Anwendung von Überstunden werden im wachsenden Umfang zur Bewältigung saisonal oder konjunkturell anfallender Mehrarbeit ganze Arbeitskolonnen von Fremdfirmen angeheuert. „Leih-" oder „Zeitarbeitsfirmen" feiern in der jetzigen Krise Hochkonjunktur und ermöglichen den Kapitalisten zusätzlich betriebliche Kosten zu senken und die Personaldecke erheblich zu reduzieren. Mit der Legalisierung moderner Form des Klavenhandels ist heute eine zweite Front der industriellen Reservearmee geschaffen worden, die jederzeit abrufbar und flexibel einsetzbar ist, ohne auf die Arbeitslosen zurückgreifen zu müssen.

Es dürfte unumstritten sein, daß bei einem gesetzlichen Verbot von Überstunden und Leiharbeit schlagartig eine Beschäftigungsnachfrage entstehen würde, die alle arbeitsmarktpolitischen Effekte anderer Modelle (etwa von Arbeitszeitverkürzung) weit in denSchatten stellt.

Vor diesem Hintergrund scheint es also ganz und gar angebracht zu sein, neben dem tarifvertraglichen Kampf um Arbeitszeitverkürzung auch entsprechende Forderungen an den Staat zu stellen. Hiermit soll keineswegs für eine Schwerpunktverlagerung des gewerkschaftlichen Kampfes plädiert werden, sondern für dessen Erweiterung: Die Änderung der Arbeitszeitordnung und ein staatliches Verbot von Leiharbeit müssen als Forderung auf die Tagesordnung.

Verzicht auf vollen Lohnausgleich — Ein Schritt zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung?

Spätestens seit dem Stahlarbeiterstreik Ende 1978 gehört die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum unbestrittenen Allgemeingut aller linken Gruppierungen. Häufig wurde diese Forderung sogar recht plakativ zur Lösung aller möglichen Probleme empfohlen, wie z.B. von den Grünen bei der Dortmunder ‚Stahlwerk jetzt'-Auseinandersetzung. Wenn nun 1983/84 wesentliche Manteltarifverträge, die die 40-Stunden-Woche festschreiben, auslaufen, stellt sich in den Gewerkschaften die Frage, ob der Kampf um diese epochale Forderung aufgenommen oder alternativ auf leichter durchsetzbare Forderungen wie Verkürzung der Lebensarbeitszeit orientiert werden soll. In den Gewerkschaften ist diese Auseinandersetzung noch nicht entschieden, und es wäre die Aufgabe von Linken, in dieser Debatte initiativ zu werden.

In dieser Situation macht nun ein Papier der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Bielefelder Grünen, das als Diskussionsgrundlage zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen im Juni diente, von sich reden.

Ausgangspunkt der Überlegungen der Grünen sind zwei Feststellungen: Zum einen habe eine Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die durch eine Tendenz zur ‚Spaltung der Gesellschaft' in Arbeitsplatzbesitzer und sozial Deklassierte gekennzeichnet sei. Die Beschäftigten seien auf Besitzstandssicherung fixiert und würden deshalb der umweltzerstörerischen Wachstumspolitik nichts entgegensetzen, während den Ausgegliederten Selbstbewußtsein und politische Kraft zum Widerstand fehle. Aus dieser Situationsbeschreibung folgt die zweite Feststellung der Grünen: Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ihrer Folgen sei eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht durchsetzbar. Die Grünen empfehlen deshalb

Folgen sei eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht durchsetzbar. Die Grünen empfehlen deshalb

ein Zwei-Phasen-Modell: Zunächst müsse eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch den Arbeitgeber durchgesetzt werden, die die Arbeitslosigkeit verringere; dies würde „Anbietermacht am Arbeitsmarkt" schaffen, die das Kräfteverhältnis für eine anschließende Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verbessere.

Bestachen die Grünen bisher nur mit alternativen Wirtschaftskonzepten, so scheinen jetzt auch alternative Klassenkampfmodelle populär zu werden. Daß eine 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich eher realisierbar sei, ist zunächst nur eine Behauptung. Schließlich ist schon die IGM im Stahlstreik '78 mit ihrem Konzept, „sich eine anständige Arbeitszeitverkürzung auch etwas kosten zu lassen", indem sie eine — damals — niedrige Lohnforderung von 5% aufstellte, nicht durchgekommen. Den Kapitalisten ging es damals nicht nur ums Geld, sondern auch darum, den aus Rationalisierungsgründen für notwendig erachteten Arbeitsplatzabbau weiter ungestört vorantreiben zu können. Auch dürften es nicht ausschließlich finanzielle Überlegungen gewesen sein, die die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände 1979 dazu bewog, in ihrem ‚Tabu-Katalog' die Verkürzung der Arbeitszeit unter 40 Stunden als „keinesfalls zu verantworten" zu bezeichnen.

Man kann also nicht unbedingt davon ausgehen, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich die Durchsetzungschancen der 35-Stunden-Woche bei den Kapitalisten verbessert, zumal wenn man erklärt, das strategische Ziel sei, die ‚Anbietermacht am Arbeitsplatz' zu stärken. Man kann aber sicher sein, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich, also die Zustimmung zur Verringerung der Lohnsumme, die Bereitschaft der Kollegen, zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche einen mit Risiko und Entbehrungen verbundenen Arbeitskampf auf sich zu nehmen, verringert. Angesichts der ja nicht selten geleisteten freiwilligen Überstunden ist sogar damit zu rechnen, daß unter derartigen Bedingungen die 35-Stunden-Woche in den Betrieben nicht zum Kampfziel, sondern zum Streitpunkt würde.

Nun haben die Grünen gegen diese Argumentation vorgebaut. Sie verbinden den Verzicht auf Lohnausgleich durch den Arbeitgeber mit der Forderung nach „differenziertem Einkommensausgleich durch das Steuer- und Sozialversicherungssystem". Bezieher von Nettoeinkommen bis 1.800 DM sollen für ihren Lohnverlust durch verringerte Steuern bzw. Beiträge zur Sozialversicherung voll entschädigt werden; ab 2.500 DM soll ein progressiv steigender ‚Solidaritätsbeitrag' erhoben werden. Diese soziale Abfederung des Lohnverlustes würde die zu erwartende Frontstellung zwischen Kollegen,

ben werden. Diese soziale Abfederung des Lohnverlustes würde die zu erwartende Frontstellung zwischen Kollegen,

die das Schwergewicht auf Arbeitszeit bzw. auf Lohn legen, nicht aufheben, da eine Reihe von Beschäftigten mehr als 1.800 DM verdient und somit von Einschnitten des Lebensstandards betroffen wäre. Die Forderung nach einem ‚Solidaritätsbeitrag' steht auch im Widerspruch zu der eben noch als Vorteil des Modells gepriesenen leichteren Durchsetzbarkeit gegenüber den Kapitalisten, die hier ja zur Kasse gebeten würden.

Entschiedend ist aber, daß die Verquickung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und geändertem Steuertarif eine neue Kampffront eröffnet, wo die Durchsetzungschancen außerordentlich schlecht sind. Wenn schon die von den Gewerkschaften geforderte Ergänzungsabgabe unter einer sozialliberalen Regierung chancenlos blieb, so dürfte es einem ‚Solidaritätsbeitrag' unter einer zu erwartenden CDU-Regierung nicht besser ergehen.

Zur Durchsetzung einer verkürzten Arbeitszeit können die Gewerkschaften gegebenenfalls durch Kampfmaßnahmen Druck machen; ein veränderter Steuertarif ließe sich so nicht durchsetzen, da politsche Streiks auch von den Führern der Gewerkschaften als illegal angesehen werden.

Nun behaupten die Grünen nicht nur, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich unrealistisch sei, sie meinen auch, daß so die angestrebten Wirkungen, also eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nicht erzielt würden.

stische Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nicht erzielt würden.

Bei einer Reduzierung auf 35 Stunden würden die betrieblichen Kosten um 12,5% erhöht, dies würde eine Preiserhöhungswelle und Inflationsschub zur Folge haben, wodurch die (pro Arbeitsstunde) erhöhten Löhne wieder aufgezehrt würden. Gleichzeitig würde diese Verteuerung der Arbeitskraft Rationalisierungsinvestitionen zur Folge haben, die wiederum Arbeitsplätzevernichteten. Der öffentliche Beschäftigungssektor würde auf die erhöhten Lohnkosten mit „Erhöhung der investitionsneutralen (indirekten Verbrauchs-)Steuern einerseits, Leistungsbeschränkungen, Rationalisierung und Stellenabbau andererseits" reagieren.

Derartige Gefahren sind nicht von der Hand zu weisen, aber es ist höchst fragwürdig, daß ein Verzicht auf Lohnausgleich die Kapitalisten zu einem Verzicht auf Rationalisierungen bewegen würde. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren eine gewaltige Rationalisierungswelle gegeben, die auf ganz andere Ursachen (Bestreben des westdeutschen Kapitals, durch Modernisierungen internationale Wettbewerbsvorsprünge zu erhalten) zurückzuführen ist. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde nur die Folgen der schon vorgenommenen Rationalisierungen teilweise ausgleichen. Negativen Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung könnte am ehesten dadurch entgegengetreten werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit tarifvertraglich mit einem innerbetriebli-

die Verkürzung der Arbeitszeit tarifvertraglich mit einem innerbetriebli-

chen Schutz vor Rationalisierungen sowie mit der Verpflichtung zu einer bestimmten Zahl von Neueinstellungen gekoppelt wird.

Zur Begründung für ihr Konzept einer ‚Arbeitszeitverkürzung mit alternativem Lohnausgleich' (Revier) schreiben die Grünen: „*Nichts wäre falscher, als gegen tarifpolitische Forderungen aufzutreten, die den Anspruch auf vollen Lohnausgleich erheben. Aber damit Arbeitszeitverkürzung wirklich auf die Tagesordnung kommt, damit sie in einer Größenordnung gedacht wird, die der Arbeitslosigkeit zumindest (und buchstäblich:) halbwegs angemessen ist, damit sie in den Rahmen eines gesellschaftspolitischen Konzepts gestellt wird, dürfen wir bei gewerkschaftlichen Forderungen nicht stehen bleiben*".

Ob die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die Tagesordnung kommt, hängt von der Weichenstellung in den Gewerkschaften in den nächsten Monaten ab. Und ob sich die Gewerkschaften zu dieser epochalen Auseinandersetzung aufraffen werden, wird vom Druck der Basis abhängig sein. Eine Diskussion über eine eventuelle Bereitschaft zur Lohnsenkung wird sich auf alle Fälle hemmend auf die Bereitschaft der Kollegen auswirken, für die 35-Stunden-Woche aktiv zu werden.

Es geht wohl nicht nur darum, daß die Bielefelder Grünen mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich die Durchsetzungschancen einer Arbeitszeitverkürzung verbessern wollen. Ihr Hinweis auf das „gesellschaftspolitische Konzept", auf „unser Weltbild", liefert bereits das Stichwort: An sich stehen sich die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und die Forderung nach einer Abkehr von der „Wachstumsgesellschaft", „Verkürzung der Arbeitswelt" etc. diametral gegenüber. Die Bielefelder Grünen versuchen hier, Brücken zu schlagen, wo eine Auseinandersetzung darüber, welchen Weg eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik einschlagen will, notwendig wäre.

Das Papier „Arbeitszeitverkürzung. Ein Grundpfeiler alternativer Wirtschaftspolitik" der Bielefelder Grünen ist abgedruckt im Reader zum bundesweiten Wirtschaftsseminar der Grünen in Landau Juni 1982 und nachgedruckt in der ‚Express' 7/8 1982.



1. Mai in Hamburg: Still-Kollegen halten nicht still

Zukunft der Arbeit

Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung

Der Diskussion und Auseinandersetzung zwischen jenen Kräften, die vorrangig an einer Kritik am Wirtschaftswachstum orientiert sind, und denjenigen, die sich vorrangig für die Verteidigung der Arbeitsplätze und der sozialen Sicherheit einsetzen, dient der Kongreß „Zukunft der Arbeit", der vom 8. - 10.10.82 in Bielefeld stattfindet.

Im Aufruf zum Kongreß heißt es: „Ausgehend von der Unfähigkeit des Industriekapitalismus zu einer Wirtschaftsweise, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen und der nichtmenschlichen Natur entspricht, setzt sich dieser Kongreß kritisch mit der heutigen Wirtschafts- und Arbeitswelt auseinander. Aufgezeigt werden sollen kurz- wie auch längerfristige Alternativen, wie unsere Arbeitswelt gestaltet werden kann und ausreichend menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden können, ohne die Zerstörung unserer Erde durch Rüstungsproduktion, Großtechnologien und grenzenloses Industriewachstum".

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

Freitag, 8.10. 20 Uhr Podiumsdiskussion: Zukunft der Arbeit — Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung

Samstag, 9.10. 10 Uhr Plenum zum Thema Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzungskonzeptionen, Umwelt, sinnvolle Arbeit — anschl. Arbeitsgemeinschaften

Sonntag, 10.10. 10 Uhr Podiums- und Plenardiskussion: Alternativen und Strategien.

Anmeldung bis zum 28.9. (Tagungsbeitrag 15 DM) über das Kongreßbüro, Webereistr. 28, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/63641

Zur Vorbereitung auf den Kongreß erscheint ein umfangreicher Reader, der durch Überweisung von 12 DM auf das Konto 248456-300 PSchA Hannover zu bestellen ist.

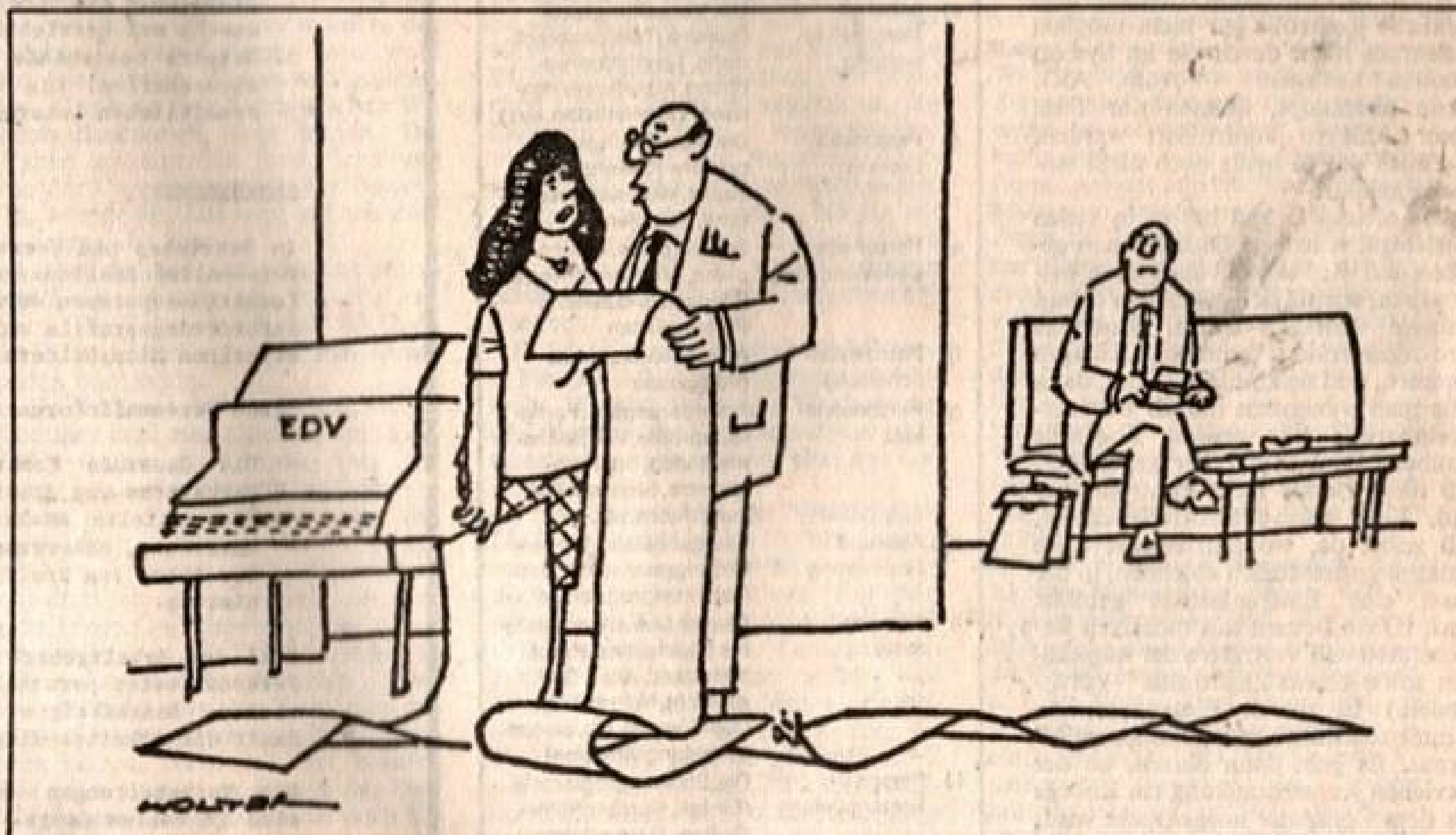
Big Brother is watching you

Computer im Einsatz gegen Arbeiter und Angestellte

Daß miteinander verbundene Computer sämtliche Daten über ,,Terroristen'' und ,,Extremisten'' sammeln und verarbeiten, gehört seit Jahren zum bundesdeutschen Alltag. Selbstverständlich geht das alles den normalen Staatsbürger überhaupt nichts an, denn schließlich hat er nichts zu verbergen. Und Terrorist ist er sowieso nicht. Inzwischen gehört die ,,datenmäßige Erfassung'' und permanente Beobachtung von Arbeitern und Angestellten allerdings auch in Betrieben und Büros zum normalen Geschehen. Der Computer registriert, wer montags oder freitags überdurchschnittlich fehlt, wer die Pinkelpausen überzieht, wer sich gelegentlich in fremden Abteilungen herumtreibt usw. — Wer ,,Moderne Zeiten'' mit Charly Chaplin gesehen hat, erinnert sich sicher an die Szene, wo Charly sich selbst auf dem WC noch von Fernsehkameras beobachtet findet. Was damals als witzige Übertreibung Heiterkeit erregte, ist inzwischen schon hautnah vorstellbar.

Die allseitige Erfassung Zehntausender Menschen in den Großbetrieben hat sich in den letzten Jahren enorm ausgeweitet. Inzwischen leisten sich auch viele Mittel- und Klein-Betriebe die zunehmend billiger werdende Computer-Technologie zur Erfassung und Überwachung der Beschäftigten.

Über viele Jahre hinweg wurde dieses Thema nur von wenigen Wissenschaftlern, Informatikern, Betriebsräten und Gewerkschaftern behandelt, die sich im Betrieb mit dieser Problematik auseinandersetzen mußten. Durch den zunehmenden Einsatz betrieblicher ,,Personalinformationssysteme'' ist das Thema inzwischen aber auch in die Presse gelangt. Besonders die Auseinandersetzungen im Opel-Konzern haben die Diskussion verstärkt in die Öffentlichkeit gebracht.



Einen unehrlichen Mitarbeiter können wir nicht gebrauchen; in seiner Bewerbung fehlt der Hinweis darauf, daß sein Großvater 1927 der KPD nahegestanden hat!

Personalinformationssysteme Was ist das eigentlich?

Über den Begriff der Personalinformationssysteme, im folgenden kurz PIS genannt, gibt es ziemlich häufig selbst unter Wissenschaftlern und Informatikern Verständnisschwierigkeiten. Das liegt an der Verschiedenheit dieser Systeme, die sehr unterschiedliche Ausbaustufen haben. Zum anderen kommt dazu, daß oft nur die reine Nutzungsart angegeben wird, aber nicht die Nutzungsmöglichkeiten.

Diese Nutzungsmöglichkeiten kennen oft nur die Hersteller dieser Geräte und die höchste Spitze der Manager der Großbetriebe in der diese Geräte laufen. Mittlerweile ist es auch kein technisches Problem mehr, verschiedene Systeme zusammenzuschließen.

Geschätzt wird, daß gegenwärtig ca. 2.000 Systeme in den Betrieben bundesweit arbeiten, wobei die Aufnahmefähigkeit dieser Systeme praktisch unbegrenzt ist und in manchen Firmen bis zu 10.000 Daten p r o Beschäftigten gespeichert sind.

2.000 Systeme in den Betrieben bundesweit arbeiten, wobei die Aufnahmefähigkeit dieser Systeme praktisch unbegrenzt ist und in manchen Firmen bis zu 10.000 Daten p r o Beschäftigten gespeichert sind.

Um es einmal kurz und knapp darzulegen, wie diese Systeme arbeiten, ein längerer Auszug aus einer Zeitschrift der IG Metall, dem ,,Gewerkschafter'' Nr. 7 - 8/82:

,,Eine der gängigen, teilweise von PIS-Herstellern verbreiteten Unterscheidungen ist die zwischen ,,administrativen'' und ,,dispositiven'' PIS. Das sind einmal Systeme, mit denen ausschließlich die Verwaltungsarbeit in den Personalbüros automatisiert wird, und zum anderen solche, die Entscheidungsunterlagen, also unternehmerische Planungshilfen liefern. Jedoch können alle Systeme von der Technik her so gestaltet werden, daß sie neben der Verwaltungsarbeit auch für die Personalplanung benutzt werden können.

Computerdialog

Unterscheidungen gibt es weiter in der Perfektion. Manche Systeme können beispielsweise ,,nur'' blitzschnell Listen ausdrucken, in denen sämtliche Mitarbeiter nach vorgegebenen Merkmalen aufgeführt sind. Etwa vor einer Kündigungsaktion alle, die nicht länger als fünf Jahre im Betrieb arbeiten und in er letzten Zeit öfter montags nicht da waren.

Andere Systeme errechnen dem Benutzer darüberhinaus noch automatisch Vor- und Nachteile von Planungsalternativen aus. Wie ein superbegabter Schachspieler ,,durchdenkt'' der Computer dann die Folgen von verschiedenen Handlungsschritten und nennt die Konsequenzen.

Grundlage für ein leistungsfähiges PIS als Planungsinstrument ist die Datenbanktechnik. Sie ermöglicht im Gegensatz zu der bisherigen EDV-Technik, daß alle Daten im Betrieb nur einmal zentral gespeichert werden und jeweils einzeln abgefragt und mit anderen in Zusammenhänge gestellt werden können. Darum sind die Systeme so flexibel, die Daten für alle denkbaren Zwecke ohne Mehraufwand zu verwenden.

Der Computer sucht die erwünschten Daten so schnell heraus, daß man von ,,Dialog'' spricht. Antwort und Frage erfolgen praktisch zur gleichen Zeit. Entweder in ,,one-line'', wobei der Benutzer mit seinem Ein- oder Ausgabegerät per Datenfernleitung direkt an den Computer angechlossen ist, oder in ,,off-line'', das heißt, zwischen beiden ist noch ein Datenträger, etwa eine Lochkarte, geschaltet.

Wesentlich ist auch die große Speicherkapazität auf Magnetbändern oder -platten. Eine Platte beispielsweise kann 50.000 Schreibmaschinenseiten voll Informationen aufnehmen.

Das Datenbankkonzept ermöglicht also, jederzeit, zentral oder dezentral, ohne hohe Kosten Informationen abzurufen und mit anderen in Verbindung stellen zu können, sie zu verknüpfen.

Richtiger müßten die PIS eigentlich ,,Personal- und Arbeitsplatzinformationssysteme'' genannt werden. Entwickelte Systeme speichern nämlich systematisch personal- wie auch Arbeitsplatz- und Produktionsdaten.

Richtiger müßten die PIS eigentlich ,,Personal- und Arbeitsplatzinformationssysteme'' genannt werden. Entwickelte Systeme speichern nämlich systematisch personal- wie auch Arbeitsplatz- und Produktionsdaten.

Spiegelbildlich angeordnet, werden dabei die Merkmale des Personals in der Personaldatenbank denen der Arbeitsplätze in der Arbeitsplatzdatenbank gegenübergestellt. Dadurch werden sogenannte Profilvergleiche (siehe Grafik) möglich. Die Daten über Fähigkeiten der Menschen werden mit denen der Anforderungen der Arbeitsplätze ,,abgeglichen''. Gezielte Arbeitsplatzbesetzungen oder die Anpassung von Qualifikationsstandards vor Rationalisierungsmaßnahmen sind ebenso möglich.

Alle Daten abrufbar

Die Daten, die in PIS typischerweise gespeichert werden, umfassen: Arbeitszeit, Leistung, Beurteilungen, Kenntnisse, Fähigkeiten geistiger und körperlicher Art, soziales Verhalten, psychische Merkmale.

Von der Darlehensschuld über die Loyalität, die Pünktlichkeit, die Kontaktfähigkeit bis zur Konzentrationsfähigkeit und den Hobbys ist in PIS alles zu finden. Oft sind sie in vielen einzelne Dateien, gesonderten EDV-Beständen, gespeichert und werden durch das PIS zusammengefaßt: ,,es'' holt sich aus jeder bei Bedarf, was es braucht.

Die Angaben stammen aus Personalfragebogen, aus werksmedizinischen Untersuchungen, psychologischen Tests und anderen Erhebungen, die auf Aussagen des Betroffenen selbst beruhen. Natürlich kann auch der Vorgesetzte befragt werden.

Immer mehr Computer

Zunehmend verbreiten sich die kontrollsysteme als Datenlieferanten, Bausteine für PIS: Zugangskontrollen, Telefonüberwachung, Betriebsdatenerfassung, Kantinen- und Tankstellenabrechnungssysteme. Oft werden diese einzelnen Systeme durch das PIS nur miteinander verbunden.

Ausgewertet werden die Daten durch Programme, die in einer Methodenbank gespeichert sind. Programme, in ,,Paketen'' zur Erfüllung aller Aufgaben zu kaufen, sind die Schritt für Schritt aufgelisteten Arbeitsanweisungen für den Computer. Der Benutzer gibt lediglich einen Befehl in einfacher Sprache, der den hochkomplizierten Programmablauf startet.

Nur mit ,,Geheimworten'', den ,,passwords'', kann man den Computer zur Arbeit bewegen. Diese ,,passwords'' eröffnen den berechtigten Personen ,,Zugriff'' zu bestimmten Datenteilen und Programmen. In großen Unternehmen gibt es Hunderte von Zugriffsberechtigten, die ein begrenztes Zugriffsrecht haben. An allen Stellen des Betriebes, wo früher Akten oder Karteikästen standen, sind sie über Bildschirme mit dem Computer verbunden.''

Einige Beispiele aus der betrieblichen Praxis

Einige Beispiele aus der betrieblichen Praxis

In einem lesenswerten Artikel des ,,Spiegel'' vom 19.7.82, der sich sehr kritisch mit diesen Systemen auseinandersetzt, werden einige Beispiele aufgeführt, was die Anwendung dieser Systeme in einigen Großbetrieben gebracht hat.

In Nordbayern setzte ein Kapitalist seinen Personalcomputer ein, um die Belegschaft zu verringern. Er brauchte allerdings niemanden zu entlassen. Dafür sorgte sein Computer. Die Mitarbeiter, wie es so schön heißt, waren dem Kapitalisten im Durchschnitt zu alt und auch der Anteil der Frauen war ihm zu hoch. Die meisten älteren Frauen, das ergab die Analyse des Computers, kamen von weit außerhalb der Stadt mit dem betriebseigenen Werkbus zur Arbeit. Die Geschäftsleitung schaffte den Bus ab; er sei nicht mehr rentabel, hieß die offizielle Begründung. Die Frauen mußten selber kündigen, da sie jetzt keine Möglichkeit mehr hatten, pünktlich zur Arbeit zu kommen. Gespart hatte der Kapitalist dabei auch noch den Sozialplan. —

Oder ein anderes Beispiel aus dem VW-Konzern. Dort ließ die Personalleitung mit Personalinformationssystemen die Namen aller nicht eingezogenen ,,Wehrpflichtigen'' ausdrucken. Diese Liste ging ans Kreiswehrersatzamt. Das sorgte dann dafür, daß die Betreffenden zur Bundeswehr geholt wurden. Der VW-Konzern brauchte einige Arbeiter weniger zu entlassen, als vorher ausgerechnet worden war.

In einem Betrieb der Chemieindustrie sollten Entlassungen vorgenommen werden. Das Personalinformationssystem lieferte der Geschäftsleitung auf Knopfdruck die Liste der zu Kündigenden. Aber nicht nur das: der für die Geschäftsleitung günstige Sozialplan war auch gleich fertig, ohne daß der Betriebsrat und die Belegschaft noch einen Einfluß darauf gehabt hätten.

Aber solche Beispiele des ,,Spiegel'' sind eigentlich nur die Randerscheinungen dieser Systeme.

Der wesentliche Grund zum Einsatz dieser Geräte liegt in der täglichen Überwachung und Kontrolle ganzer Belegschaften. Sei es Akkordarbeit oder analytische Arbeitsplatzbewertung. Waren früher ganze Scharen von Meistern und Abteilungsleitern den ganzen Tag mit der Überwachung und Abrechnung der einzelnen Arbeiten beschäftigt, wird dies heute vom Computer geleistet. Per Knopfdruck kann z.B. die Personalleitung innerhalb von Sekunden ersehen, wie viele und welche Arbeiter an einem Tag zu spät gekommen sind. Oder wie im Fall des Opel-Konzerns, wo automatisch der Name jedes Kollegen aus dem Computer ausgespuckt wird, der mehr als 4 mal pro Jahr eine Kurzerkrankung hatte. Der Brief mit einer Verwarnung kommt in den meisten Fällen auch automatisch aus dem Computer, nur der Name des Betreffenden muß noch getippt werden.

Es gibt auch die Möglichkeit, daß das Betreten einer Abteilung nur noch mittels Computerkarten möglich ist. Diese Karten können entweder nur für

den.

Es gibt auch die Möglichkeit, daß das Betreten einer Abteilung nur noch mittels Computerkarten möglich ist. Diese Karten können entweder nur für

eine oder mehrere Abteilungen gebraucht werden. Andere Türen lassen sich dann nicht mit der Karte öffnen. So besteht für viele nicht die Möglichkeit, andere Abteilungen aufzusuchen. Der Computer kann sogar ermitteln, welcher Kollege versucht hat, in welche Abteilung zu kommen. Diese Liste ließe sich unendlich erweitern, es ist nur die Frage, welche Programme dem Computer eingegeben werden.

Die Möglichkeiten dieser Personalinformationssysteme sind praktisch unbegrenzt.

Die Auseinandersetzungen um die Personalinformationssysteme

Wie schon am Anfang des Artikels geschrieben, war diese Debatte bis vor ca. 2 Jahren einigen Wissenschaftlern, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären vorbehalten. Mit der immer weiteren Verbreitung, verbunden mit immer größeren Erfassungsmöglichkeiten dieser Anlagen, ist die Diskussion in die Öffentlichkeit gekommen. Auch die größere Aufmerksamkeit gegenüber der Neuen Technik usw., auch von seiten der Ökologiebewegung, hat dabei Einfluß gehabt. Es kommt hinzu, daß sich in einigen Großbetrieben fortschrittliche und linke Kollegen in den Betriebsräten durchgesetzt haben, oder doch mehr oder weniger starke Oppositionsgruppen gebildet haben. Während früher bei den ,,sozialpartnerschaftlichen'' Betriebsräten kein entscheidender Widerstand gegen die Einführung von Personalinformationssystemen entwickelt worden war, hat sich das in einigen Großbetrieben gewandelt.

Allerdings stehen fortschrittliche und linke Betriebsräte und Gewerkschafter vor einem schwierigen Problem, da der betriebliche Kampf gegen diese Anlagen nicht gerade leicht ist.

Die Geschäftsleitungen der Betriebe haben oft diese Anlagen gegenüber der Belegschaft recht gut ,,verkauft'': sei es, daß der Lohn schon einige Tage eher ausgezahlt werden kann (da die Anlage schneller arbeitet) oder daß die Kantinenabrechnung bargeldlos erfolgt und erst am Monatsende über die Lohnzahlung abgerechnet wird.

Auch wurde und wird oft von Teilen der Belegschaften geäußert: ,,Kontrolliert wurden wir doch schon immer,'' und es ist letztlich auch eine Weltanschauungsfrage, welche und wieviele Daten der Mensch über sich sammeln und verarbeiten läßt. Gerade dieses noch sehr schwach entwickelte Bewußtsein führt oft zu Antworten von Belegschaftsteilen wie: ''Ich habe nichts zu verheimlichen.''

Den Kollegen deutlich zu machen, daß die geschlossene Summe vieler Einzeldaten ein so gefährliches Bild ergibt, ist oft recht schwer. Dazu kommt, daß den Kollegen oft erst n a c h Einführung dieser Anlagen an konkreten, nachvollziehbaren Dingen die Gefährlichkeit der Personalinformationssysteme aufzuzeigen ist. Dann ist es oftmals aber schon zu spät.

Es kommt hinzu, daß diejenigen, die

rung dieser Anlagen an konkreten, nachvollziehbaren Dingen die Gefährlichkeit der Personalinformationssysteme aufzuzeigen ist. Dann ist es oftmals aber schon zu spät.

Es kommt hinzu, daß diejenigen, die

den Kampf gegen diese Anlagen aufnehmen, selber oft wenig Ahnung über die technischen Leistungen und Möglichkeiten haben. Die Informatiker, falls sie nicht für den DGB arbeiten, sind sehr selten kooperativ, wenn es um eine Unterstützung von Betriebsräten usw. gegen diese Systeme geht. Da läuft sich mancher Betriebsrat schon die Hacken ab. Hinzu kommt, daß viele Geschäftsleitungen den Betriebsräten den Sachverständigen verweigern und oft erst ein langer Streit vor den Arbeitsgerichten ausgetragen werden muß, um einen Sachverständigen zu bekommen. Solche Rechtsstreitigkeiten dauern dann oft so lange, daß die Anlage schon lange arbeitet, bevor der Sachverständige kommt. Selbstverständlich für die meisten Kapitalisten ist auch, daß sie ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates grundsätzlich nicht wollen und wiederum lange Rechtsstreitigkeiten entstehen. Die Kapitalisten stören diese langen Auseinandersetzungfen vor den Gerichten nicht: sie können in aller Regel in den Betrieben die Fakten nach ihrem Willen schaffen. Zum anderen werden die Probleme zum Teil aus dem Betrieb rausgelagert (in die Gerichte), und die Belegschaften haben immer mehr Schwierigkeiten, überhaupt noch die ganze Auseinandersetzung zu überschauen und etwas gegen diese Systeme zu machen. Für die Rechte der Belegschaften und Betriebsräte, selbst wenn sie voll gegen diese Systeme eingestellt sind, bietet das Betriebsverfassungsgesetz und das Bundesdatenschutzgesetz wenig Möglichkeiten.

Erschwert wird die Arbeit gegen diese Systeme durch die sehr widersprüchliche Haltung des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften. Zwar haben der DGB-Bundeskongreß sowie einige Einzelgewerkschaften (wie IG Metall, ÖTV und IG DruPa) auf ihren Gewerkschaftstagen die Forderung nach

grundsätzlichem Verbot dieser Anlagen beschlossen, aber in der betrieblichen Praxis ist von diesen Beschlüssen nicht viel zu merken. Meist läuft der Rat bzw. die Unterstützung auf die einfache Formel hinaus, diese Systeme mittels Betriebsvereinbarungen zu kontrollieren. Dies wohl auch deshalb, weil der DGB selber solche Anlagen hat.

Da aber heute selbst von bürgerlichen Wissenschaftlern und Informatikern zugegeben wird, daß keiner weiß, w a s a l l e s mit diesen Systemen möglich ist, ist schon deshalb eine wirkliche Kontrolle gar nicht möglich (jedenfalls nicht durch die im System erfaßten Kollegen! — Anm. AK). Wenn überhaupt, können nur Teile dieser Anlagen kontrolliert werden, und auch das ist heute noch nicht eindeutig geklärt.

Aus diesem Grund hat es in vielen Betriebsräten heftige Diskussionen gegeben und wird es wohl auch noch weiter geben, wie sie sich gegenüber diesen Anlagen verhalten sollen. Einerseits wird argumentiert: wenn diese Anlagen kommen, und sie kommen sicher, dann solle man wenigstens mittels Betriebsvereinbarung eine gewisse Kontrolle ausüben. Dem steht aber gegenüber, daß diese Geräte nicht kontrollierbar sind. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß selbst da, wo Betriebsräte diese Anlagen grundsätzlich ablehnen, in der Regel eine Einigungsstelle gebildet wird. (Diese besteht aus mehreren Betriebsräten und Vertretern der Kapitalisten sowie einem ,,neutralen'' Vorsitzenden.) In diesen Einigungsstellen kommt schließlich ein ,,Kompromiß'' heraus. Es geht dann darum, ab der wievielten Kurzerkrankung ein Kollege aus dem Computer ausgespuckt wird, oder ob bestimmte Daten schon nach einem oder nach zwei Jahren gelöscht werden. Aber diese Anlage ist da und arbeitet, und letztlich kann keiner der Betriebsräte kontrollieren, ob das Programm mittels der Betriebsvereinbarung eingeschränkt wird.

Ob es sinnvoller ist, um den betrieblichen Kampf gegen diese Systeme zu führen, gleich grundsätzlich gegen diese Systeme zu argumentieren oder zu versuchen, mittels Einigungsstelle soviel wie möglich Klarheit und Bewußt-
viel wie möglich Klarheit und Bewußt-
sein unter den Kollegen zu entwickeln, ist wohl nur von Fall zu Fall zu klären. Entscheidend ist doch letztlich, mit welcher grundsätzlichen Einstellung fortschrittliche und linke Betriebsräte in diese Auseinandersetzung gehen.

Ein unbegründetes oder zu schwach argumentiertes Nein hilft da in der betrieblichen Auseinandersetzung nicht viel weiter. Die Stoßrichtung zur Verhinderung oder zumindest Einschränkung dieser Anlagen kann nicht alle aus betrieblicher Sicht und Arbeit entwickelt werden. Wichtig ist, betriebliche Initiativen, mit Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und den Zusammenschluß von Initiativen und Betriebsräten auf Bundesebene zu forcieren, um in allen gesellschaftlichen Bereichen Aufklärung und Kampf gegen dieses Systeme zu erreichen. Die Arbeit im gewerkschaftlichen Bereich sollte hier mit an erster Stelle stehen.

Die Nichtkontrollierbarkeit dieser Systeme hat mehrere fortschrittliche Informatiker und Betriebsräte aus dem ganzen Bundesgebiet dazu bewogen, eine Initiative ,,*Nein zu Personalinformationssystemen*'' zu gründen, die seit gut über einem Jahr arbeitet und schon mehrere Veranstaltungen und Seminare durchgeführt hat. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Betriebsräten und Gewerkschaftern, die mit solchen Anlagen konfrontiert sind.

Dieser Literaturhinweis ist nicht vollständig, sondern soll einige Anregungen geben, wo mensch sich weiter informieren kann.

Müller, Klaus R.: ... da könnt ihr gar nichts machen!
Alektor Verlag, Stuttgart 1981.

Kubicek, Herbert: Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats bei Rationalisierung durch Bildschirmgeräte und computergestützte Informationssysteme.
Arbeitskammer des Saarlandes.

Gew. H B V.: Informationen zur Rationalisierung 01/82 mit Profilabgleich, Datenbank, Paisy, Systembeschreibung.
4000 Düsseldorf 30.

Rationalisierung, Problem und Konfliktfeld unserer Zeit.
Bundverlag.

Busse, Michael: Arbeit ohne Arbeiter. Wem nützt der technische Fortschritt.
Verlag, Fischer Alternativ.

Hidden, Günter: Die Mikroprozessoren,
Verlag Die Arbeitswelt.

Bröder, Peter: Der programmierte Kopf. Eine Sozialgeschichte der Datenverarbeitung.
Wagenbach Taschenbücherei.

Einsatzzwecke und Verarbeitungsmethoden von Personalinformationssystemen

	Zwecke	Verarbeitungsmethoden
a)	Löhn- und Gehaltsabrechnung	Abrechnungsprogramm, Entgeltuberweisung, Gewerkschaftsbeiträge
b)	Personalstatistik	Diverse Statistikprogramme (Urlaub, Krankheit, Personalstruktur, Unfälle, etc.)
c)	sonstige Personalverwaltung	Div. Verwaltungsprogramme (Telefonabrechnung, Terminüberwachung, Arbeitszeiterfassung, Verteilerlisten, etc.)
d)	Personelle Dienste	Div. Auswertungsprogramme (Gesundheitsdienst, Wohnungsverwaltung, Beihilfen)
e)	Personalbedarfsermittlung	Schichtpläne, Stellenpläne, Arbeitsrichtwerte (Mengen und Zeiten), Personallisten
f)	Personalbeschaffung	Arbeitsmarktanalyseprogramme
g)	Personaleinsatz	Anforderungs- u. Fertigkeitsprofile, Vergleichsmethoden, Suchprogramme, Stellenbesetzungslisten, etc.
h)	Aus- und Fortbildung	Laufbahnpläne, Weiterbildungsstatistiken, Job-Rotationsprogramme
i)	Personalfreisetzung	Diverse Statistikprogramme (Fluktuation, Krankheitsstand, Alter, Geschlecht, Nationalität, Qualifikation, etc. als Entscheidungskriterien)
k)	Personalkostenplanung	Div. Statistikprogramme (Einzel-, Durchschnitts-, Stellen-, Gesamtkosten)
l)	Arbeitsplatzbewertung	Analytische Bewertungsverfahren (z.B. MTM)
m)	Leistungsbewertung, -entlohnung	Entlohnungssysteme (Akkord, Prämie), Personalbeurteilungs-, Leistungsbewertungssysteme
n)	Arbeitsgestaltung, -organisation	Div. Sortierprogramme (z.B. Lärmplätze, sicherheitsgefährdete Plätze)

B 10: BESCHLÜSSE DES ÖTV-GEWERKSCHAFTSTAGES 1980

PERSONALINFORMATIONSSYSTEM

1. Die Einführung bzw. weitere Anwendung von Personalinformationssystemen wird abgelehnt.
2. Deshalb sind alle vorbereitenden Arbeiten zur Einführung von Personalinformationssystemen wie z. B. von automatisierbaren Beurteilungssystemen, Befähigungsprofilen, die Erarbeitung von automatisierbaren Stellenanforderungsprofilen, sowohl auf betrieblicher als auch auf überbetrieblicher Ebene zu verhindern.
3. Bereits bestehende Personalinformationssysteme bzw. Teile solcher Systeme sind abzuschaffen. Die Vernichtung dieser Daten ist von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern zu überwachen.

BEGRÜNDUNG

In Betrieben und Verwaltungen wird seit einiger Zeit verstärkt die Einführung von Personalinformationssystemen durch die Arbeitgeber vorangetrieben. In Personalinformationssystemen werden sowohl arbeitnehmerbezogene Daten als auch z. B. Stellenanforderungsprofile automatisiert verarbeitet. Dabei können bis zu 500 Daten jedes einzelnen Mitarbeiters erfaßt werden.

Durch Personalinformationssysteme erfolgt:

- Die dauernde Kontrolle und Überwachung der Leistung und des persönlichen Verhaltens von Arbeitnehmern,
- die gezielte Ausleme von Arbeitnehmern für Personalentscheidungen, wie z. B. Umsetzung, Höhergruppierung, Abgruppierung, Entlassung usw.,
- der Abbau von Freiräumen für Arbeitnehmer, erhöhter Leistungsdruck und Disziplinierung.

Ziel der Arbeitgeber ist es, über Personalinformationssysteme zur Einsparung von Personalkosten personalwirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die Arbeit zu intensivieren, Beschäftigte planbarer, kontrollierbarer und steuerbarer zu machen und damit die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern entscheidend zu verschlechtern.

Die Vorbereitungen zur Einführung von umfassenden Personalinformationssystemen sind in vollem Gange. Beurteilungssysteme in automatisierbarer Form einschließlich der Regelbeurteilung sind bereits teilweise eingeführt bzw. in Vorbereitung. Es werden Versuche unternommen, Anforderungen an Arbeitsplätze in automatisierbarer Form zu erfassen. Daneben sind durch die weitgehende automatisierte Lohnzahlung bereits in großem Umfange Personaldaten gespeichert. Alle vorbereitenden Arbeiten zur Einführung von Personalinformationssystemen sind wegen den absehbaren Konsequenzen für Arbeitnehmer sowohl auf der betrieblichen Ebene als auch auf der überbetrieblichen Ebene mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln von ÖTV-Mitgliedern zu verhindern. Der Versuch der Arbeitgeber, die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten in jedem Einzelfall auszuschalten, muß unbedingt abgewehrt werden.

Der »Große Bruder« ist nachtragend

So lautet die Überschrift aus der Zeitung der IG Metall ,,Der Gewerkschafter'' 7/8.82, in der der Fall des Kollegen Mayer wie folgt geschildert wird:

,,PIS können zu einer optimalen Auslastung vorhandener Kapazitäten beitragen. Ein Autokonzern listet allabendlich zur Spätschicht für seine sämtlichen europäischen Werke Tagesproduktion, Lagerbestand und Verladegut zusammen auf. Der Betriebsablauf mitsamt seinen Beschäftigten ist damit ganz anders in den Griff zu bekommen. ,,Es wird durchrationalisiert'', meint ein Daimler-Arbeiter, ,,die kleinen Pausen zwischendurch'' gehören der Vergangenheit an.

Den Kostenfaktor ,,Mensch'' haben PIS durch ein Kontrollnetz voll im Blick. Raumzugangssysteme wie ,,Sipass'' von Siemens wirken wie unsichtbare Sensoren an jedem ,,Blaumann'': Jeder Weg im Betrieb, jeder Versuch, sich ,,unberechtigt Zugang'' zu einer Werkstatt zu verschaffen, wird registriert und gespeichert.

Als Kontrollsystem ergänzt die Betriebsdatenerfassung das PIS. Mit maschineller Unerbittlichkeit weist es Stillstandszeiten, Fehlerquoten, Arbeitstempo aus. Der Tageslauf des einzelnen ist lückenlos nachvollziehbar. So leisten die PIS zusätzlich noch tüchtig Disziplinierungsarbeit. Niemand möchte aus der Norm fallen, dem ,,großen Bruder'' auffallen. Man paßt sich an. Das irre dabei: Das PIS muß gar nicht alles registrieren, für den Disziplinierungszweck reicht allein die Annahme des Mitarbeiters, daß es dies tut. Gemeinhin wird über Computer und PIS von ,,intelligenten Denkzeugen'' gesprochen. Auf manchen Gebieten sind sie aber beschränkter, als man glaubt. Das entscheidend unterentwickelte ist, daß sie Informationen nur als Daten verarbeiten können. Komplizierteste Vorgänge müssen darum ohne wenn und aber auf einen Nenner gebracht werden. Die Wirklichkeit ist so aber nicht abzubilden.

Aus der Information, daß Meyers Schwiegermutter todkrank und seine Frau immer bei ihr ist, die Kinder sich selbst überlassen sind und er darum ebenso besorgt wie genervt ist und gegenüber Kollegen leicht aus der Haut fährt, versteht der Computer nur als Datum ,,unbefriedigendes Verstehen mit den Kollegen''. Zehn Jahre nach dem Tod der Schwiegermutter spuckt PIS dieses ,,Persönlichkeitsmerkmal'' von Meyer immer noch aus. Der ,,große Bruder'' ist nachtragend.

Falsche Rückschlüsse

,,Fluktuationsschlüssel'' wie der von ISA halten über 40 genormte Gründe für einen Stellenwechsel parat. Die Realität wird aber nicht erfaßt.

Sind schon die Einzeldaten eine bis zur Verzerrung getriebene Einschränkung der Wirklichkeit, so kann sie ein PIS durch die besagte ,,beliebige Verwendung'' zudem noch verfälschen.

Der Betriebsarzt ,,speichert'' Meyers Fall auf seiner Karteikarte als ,,erhöhte Reizbarkeit''. Für ihn ist dieser Begriff ein Stichwort, eine Gedächtnisstütze: es löst die Erinnerung an den gesamten Vorgang aus. Steht dieses ,,Datum'' im PIS aber einem anderen zur ,,beliebigen Verknüpfung'' in anderen Zusammenhängen und anderen Zwecken zur Verfügung, kann es zu völlig falschen Rückschlüssen führen. Meyer kriegt dadurch beispielsweise einen Minuspunkt bei der Bewerbung um eine Stelle mit besonderem Anforderungsprofil. Was damals los war, will niemand von ihm wissen. Wie ein Satz mit seinen in bestimmter Beziehung stehenden Worten nicht geschüttelt werden darf, um den eigentlichen Sinn nicht zu verlieren, dürfen auch Dateninformationen nur im Entstehungszusammenhang ausgewertet werden.

Den ,,gläsernen Menschen'' können all die Systeme letztlich gar nicht machen. Je mehr sie speichern, desto unrichtiger werden ihre Datenketten. Und nie erzählen diese etwas über Sorgen und Ängste, nichts über die Mühe, die sich jemand gibt. Sie errechnen das künftig wahrscheinliche Verhalten nur aus dem bisherigen. Eine ganz und gar unmenschliche Sache, die dem betroffenen Menschen Chancen beschneidet.''

ra.

Initistivantrag Nr. 7 auf dem DGB-Bundeskongreß Mai 82, Berlin
Initistivantrag Nr. 7 auf dem DGB-Bundeskongreß Mai 82, Berlin

Antragsteller: Wolfgang Bödicker und Genossen

Betr.: Personalinformationssysteme

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, mit allen geeigneten Mitteln darauf hinzuwirken, daß unter Berücksichtigung von Persönlichkeitsrechten und aufgrund der Würde des Menschen in der Arbeitswelt langfristig automatisierte Personalinformationssysteme einschließlich solcher Teilsysteme und Datensammlungen, die zu solchen umfassenden Systemen ausgebaut werden sollen, verboten werden.

Der DGB wird aufgefordert, eine Bestandsaufnahme geplanter und schon existierender Personalinformationssysteme durchzuführen. Auf dieser Grundlage soll gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften ein gewerkschaftspolitisches Konzept auf betrieblicher Ebene zur Früherkennung und solidarischen Abwehr drohender oder bereits installierter Personalinformationssysteme entwickelt werden.

Ergebnis: mit Mehrheit angenommen

Tagung der Hans-Böckler-Stiftung in Dinslaken

Am 26./27.11.1981 fand auf Einladung der gewerkschaftseigenen Hans Böckler Stiftung eine größere Veranstaltung zum Thema P e r s o n a l i n f o r m a t i o n s s y s t e m e statt. Viele Wissenschaftler aus verschiedenen Gebieten, Juristen, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte aber auch Managementmitglieder waren hier vertreten.

Die Zeitung ,,Revier'' vom Januar 82 schreibt u.a. über diese Veranstaltung:

,,IGM-Vorstandsmitglied Janßen von der Abteilung Automation hatte im Vorfeld durch radikale Erklärungen (Verhinderung von Peronalinformationssystemen) neugierig gemacht. Wer eine neue problemgerechte Standortbestimmung der IGM zur Informationstechnologie erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht. Zwar zeichneten Bestandsaufnahmen und Analyse ein realistisches Bild von der Bedrohlichkeit. Obendrein räumten Managementmitglieder und Experten ein, daß bis heute nur der weitaus kleinste Teil der Informationssysteme überschaubar und in seinen Folgen absehbar sei. In der praktischen Wendung der Probleme kam dann nur Kartoffelsuppe: Kontrolle durch Betriebsvereinbarung. Wie noch weitgehend unüberschaubare Systeme kontrolliert werden sollen, wie überhaupt technische Kontrolle aussehen kann, darauf fehlten die Antworten.''

Nur einige wenige Betriebsräte aus Hamburger Großverlagen und Druckereien stellten die Frage nach totaler Ablehnung dieser Systeme. Praktische Unterstützung dieser Position gab es nur von Ulrich Briefs vom WSI, dem gewerkschaftseigenen Forschungsinstitut. Verhinderung dieser Systeme mit allen Mitteln war sein Vortrag, der noch ein Nachspiel im DGB hatte: Ulrich Briefs wurde vom DGB erst mit fristloser und dann mit fristgerechter Kündigung bedroht. Er soll gegen einige der heiligen Kühe des DGB verstoßen haben, wie: ,,Der DGB ist ncht gegen den technischen Fortschritt,'' ,,Der DGB ist kein Maschinenstürmer'' usw. — U. Briefs hatte in seinem Beitrag u.a. von Eisenspänen gegen diese Anlagen gesprochen. Es sei noch am Rande gesagt, daß U. Briefs von zwei ,,Kollegen'' der IGBE (die natürlich anonym geblieben sind) über ihren Vorsitzenden Adolf Schmidt beim damaligen DGB-Vorsitzenden Vetter und dem Bundesvorstand des DGB angeschwärzt worden war.

Viele Stellungnahmen für die Positionen U. Briefs und Hunderte von Solidaritätsadressen aus Betrieben und Universitäten haben wohl mit dazu beigetragen, daß der Bundesvorstand des DGB die Kündigung zurücknahm, unter der Bedingung, daß U. Briefs deutlich machen müsse, daß seine Aussagen nicht als Aufruf zu gewaltsamen Handlungen zu verstehen seien. Er kam mit einer Abmahnung nochmal davon.

Gorleben-Nachlese: Interview mit Repräsentanten der »Republik Freies Wendland«

Einem Aufruf der „Freien Republik Wendland" folgend, versuchten am 4.9. 10.000 Teilnehmer einer Großdemonstration den Wall um das Zwischenlagergelände bei Gorleben zu belagern. Die wichtigsten Grundsätze im Belagerungskonzept lauteten:
"— Wir wollen eine gemeinsame Aktion durchführen und uns nicht zersplittern
— Gelingt es uns nicht, den Wall zu besetzen, werden wir dort belagern, wo wir nicht weiterkommen (...)
— Wir wollen keine Schlacht mit der Polizei."
Die Wall-Belagerung selbst wurde durch massive BGS- und Polizeipräsenz vereitelt. Dennoch gelang es in mehrstündigen Auseinandersetzungen, die Nato-Draht-Umzäunung des Geländes mehrfach aufzubrechen und Polizeitruppen durch Ketten und Sitzblockaden über längere Zeit am Vorrücken zu hindern. Die Tatsache, daß unmittelbar nach Abschluß der BI-Kundgebung einige Hundert Teilnehmer der Aktion mit Steinwürfen erste schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei herbeiführten, veranlaßte den Vorstand der BI Lüchow-Dannenberg noch am Tag der Auseinandersetzungen zu einer Distanzierung gegenüber den Massenmedien. „Einige hundert Demonstranten", deren Widerstand „unvereinbar" sei mit den im Wendland bisher praktizierten Widerstandsformen, werden darin verantwortlich gemacht für das Scheitern des Belagerungskonzepts. Seither ist nicht nur im Landkreis Lüchow-Dannenberg die Diskussion um Widerstandskonzepte — auch mit Blick auf die kommenden Großaktionen in Kalkar und Salzgitter — neu entfacht. Im folgenden Interview äußern sich maßgebliche Initiatoren der Gorleben-Belagerung u.a. zu folgenden Fragenkomplexen:
—„Alle Aktionsformen sind erlaubt" — ein hohler Spruch?
—Hat sich der Widerstand bei Großaktionen den örtlichen Voraussetzungen anzupassen?
—Welche Auseinandersetzungen stehen innerhalb des „militanten" Lagers an ...?
Aus naheliegenden Gründen mußte das Interview anonym geführt werden. Gesprächspartner a. ist seit 1976 im Landkreis aktiv, er ist Mitglied der Belagerungsgruppe und „freier Mitarbeiter" der BI.
b. ist Mitglied der BI Lüchow-Dannenberg und rechnet sich dort der oppositionellen Strömung zu.
c.: Mitglied der Belagerungsgruppe, seit etwa 1 1/2 Jahren im Landkreis.
d. Belagerungsgruppenmitglied, seit 1978 im Landkreis.
e.: Landwirt, seit drei Jahren im Kreis ansässig, stieß zufällig zur Diskussion.
AKW-Nein-Kommission

AK: In Gorleben kam es letzte Woche erstmals zu einem Landfriedensbruch großen Stils seitens der AKW-Gegner, der Nimbus der Gewaltfreiheit wurde zerschlagen. War das ein Fortschritt für den Wendland- Widerstand?
a.: Fortschritt in welcher Richtung? Wenn man unter Fortschritt eine weitere Militarisierung der Auseinandersetzung versteht, dann war es das sicherlich. Wenn man aber sagt, Fortschritt in Richtung auf Verbesserung der Strategie, um etwas gegen das Zwischenlager zu unternehmen, bin ich mir sehr unentschlossen. Es kann hier einen Fortschritt bewirkt haben, es kann aber auch genau das Gegenteil eingetreten sein. Man kann es jetzt noch nicht abschätzen.
b.: Der Grundgedanke der ganzen Aktion war folgender: Einfach eine Demo zu machen ist zu abgelascht, das bringt nichts mehr. Den Bauplatz zur Wiese machen, das erschien andererseits unrealistisch. Eine Belagerung des Geländes mit beschränktem Ziel und zeitlicher Begrenzung, das war so eine Sache, die einfach mal ausprobiert werden sollte. e:Eines der wichtigsten Ziele der Aktion sollte es sein, die Basis des Widerstands zu verbreitern.
AK: Unter der ansässigen Bevölkerung...?c.: Nicht nur bei uns im Landkreis, auch darüber hinaus, und das hatte ja in der Vorbereitung scheinbar auch geklappt. Es war gelungen, ganz viele Gruppen in ein Aktionsbündnis für einen Tag zusammenzubringen. Dies durchzuhalten, auch in der Aktion, selbst war ein ganz wichtiges Ziel, das aber ja leider gescheitert ist. Gescheitert ist es nicht nur an 100 oder 400 vermummten Leuten im Wald, sondern natürlich auch an den 8.000, die nach Hause gegangen sind, für die das auch eine Überforderung war. Es hat sich, glaub' ich, herausgestellt, daß ein Aktionsbündnis, das über eine normale Tippeldemo hinausgeht, so nicht möglich war.
a.: Nach Abschluß der Kundgebung waren während der Belagerung nur noch unheimlich wenig Leute aus dem Landkreis hier zu sehen.
c.: Aber das war doch klar! Die BI (Lüchow-Dannenberg, Anm.) hatte das Konzept zwar mitgetragen, mehr duldend als wollend, weil sie gesehen haben: Das passiert sowieso, und irgendwie kann man gar nichts dagegen machen, machen wir's halt mit. Aber eine richtige Mobilisierung ist in der BI nie gelaufen. Was jetzt im Nachhinein allerdings laufen soll, sind außerordentliche Mitgliederversammlungen, das gab's hier noch nie., Im Unterschied zu vorher wollen sie jetzt hier sehr viel bewegen.
a.: Wenn die 300 oder 400 Leute im Landkreis, die verbal dagegen sind, sich aktiv beteiligt hätten, wäre der Ablauf mit Sicherheit ein anderer gewesen, trotz der 100 oder 200 Leute, die sich mit Steinen oder Knüppeln gewehrt haben.
d.: Ich hatte mir gedacht, daß durch Einbeziehung der Autonomen usw. einiges besser laufen könnte. Meine Vorstellung war, daß man sich verteilt, statt im Block zusammenzustehen, um dann mit Ausrüstung usw. dort, wo die Bullen dünner stehen, auch durchzukommen. Es wäre dann vielleicht auch nötig gewesen, mit Steinen zu werfen, aber erst zu einem Zeitpunkt, wo man angegriffen würde , oder wo man sie auf Distanz halten müßte. Versuche in dieser Richtung gab's dann nicht, weil von anfang an die Bullen angegriffen wurden. Es gab kein gemeinsames sinnvolles Vorgehen und auch nicht eine Rückkopplung mit dem Rest der Leute. Und dann gab's eben viele, die ungeheuer aggressiv waren, die nur noch ihr Gorleben-Ding im Kopf hatten — Scheiß-Distanzierungen, Scheiß-BI, wir wollen damit nichts zu tun haben — und in dem Moment, wo sich da einer zwischenstellte und die anmachte, wurde man selbst angemacht und kriegte vielleicht noch einen vor den Latz, was natürlich für so eine Aktion unmöglich ist.

AK: Lüchow-Dannenberg ist ja in vielerlei Hinsicht eine Region im Ausnahmezustand. Unzählige Einschüchterungsversuche korrespondieren mit handfesten Bestechungen, so daß derjenige, der ruhig bleibt, ganz erträglich leben kann, während z.B. diejenigen Gorleben-Bauern, die sich im März '79 mit einer friedlichen Treckerblockade bemerkbar gemacht hatten, mittlerweile bis zu 50.000 DM dafür zahlen sollen, und sich demzufolge (von Ausnahmen abgesehen) kaum noch zu rühren trauen. Inwieweit haltet ihr unter diesen Umständen überhaupt noch ein Widerstandskonzept für realistisch, das auf eine Ausweitung des Widerstands vor Ort setzt, also ausschließlich auf Widerstandsformen, die vor Ort akzeptiert werden?
c.: Du fragst nach dem richtigen Widerstand — und diese Frage ist überhaupt nicht entschieden. In Brokdorf, wo es den gewalttätigsten Widerstand gab, ist nichts verhindert worden, das gleiche gilt für Gorleben, wo es wohl den friedlichsten Widerstand gegeben hat. Also kann es mit so einfachen Widerstandsaktionen nicht laufen. Die Wyhler schreiben in ihrer Erklärung von der Unregierbarkeit einer Region. Das könnte ein Ziel sein, auf das man hinorientieren kann.
a.: Aber das bedeutet sehr viel aktive örtliche Beteiligung, die hast du hier nicht. Die Tendenz ist, daß die Zahl der Aktiven abnimmt und sich Resignation breitmacht.
c.: Das bedeutet, sich zu fragen, welche Aktionen muß man machen, um so ein Ziel erreichen zu können. Das Ziel kann nicht mehr sein, mit wenigen Aktionen das Zwischenlager oder das Endlager zu verhindern, der Zug ist abgefahren, vielleicht gab's die Möglichkeit auch nie. Das Ziel muß sein, eine ganz breite Gegenbewegung zu schaffen. Stell dir vor, die DWK kann hier in keinem Laden mehr einkaufen ... Das sind vielleicht utopische Ziele, aber das ist das Einzige, wie du es wirklich erreichen kannst. Nicht mit 'ner Bombe. Wie willst du mit 'ner Bombe das Zwischenlager verhindern, das ist doch Kiki ...



AK: Ihr würdet also sagen, daß der Widerstand, der auswärtige Gruppen einbeziehen soll, sich nach wie vor daran zu orientieren hat, daß im Landkreis selbst die Voraussetzungen verbessert werden.
e.: Die Bevölkerung hier im Landkreis, die kannst du vergessen, das muß mal klar werden nach außen hin. Ewig hörst du von draußen dieses Klischee vom Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo die Leute so aktiv seien ... Dann geh doch mal raus und guck, wie es aussieht. Warum fährt denn keiner mehr los?
c.: Aber der Punkt ist doch, daß ein Widerstand vor Ort nötig ist, der auch funktioniert. In Brokdorf z.B., wo das nicht mehr funktioniert, ist die Situation beschissen. Man muß die Aktionen soweit abstimmen, daß sie tragbar sind für Leute, die hier Widerstand machen. Das ist doch völlig klar, nicht wahr.
d.: Hier in Gorleben kann man jetzt ruhig Steine schmeißen. Die Sorge um die Gemäßigten, um die „Bevölkerung", der die BI seit Jahren hinterherrennt mit Unterschriftensammlungen und so'm Quatsch, das ist einfach abgefahren. Du siehst doch, daß du mit irgendwelchen Aktionen, friedlich oder gewaltfrei, keinen Hund mehr hinter'm Ofen hervorlockst.
c.: Aber die Frage ist doch gar nicht gestellt, ob gewaltfrei oder gewaltsam. Die Frage lautete, muß man Aktionen machen, die man hier noch mittragen kann, die hier noch zu vermitteln sind, oder muß man das nicht machen, ist das nicht notwendig. Ob es dann gewaltfreie oder gewaltsame oder was auch immer für Aktionen sind — das kann sich ja auch ändern. Es geht nicht darum, dogmatisch zu sagen, wenn's nur gewaltfrei ist, dann ist es hier gut. So stellt sich die Frage hier nicht. Tatsache ist doch einfach, daß wir hier 'ne BI-Arbeit vor Ort brauchen. Wir brauchen Leute, denen es möglich ist, ein Duphorn-Gutachten rauszukriegen, weil das auch immer Argumentationshilfe ist für einen anderen Widerstand. Wenn wir das nicht haben, hängen wir noch viel mehr in der Luft, also müssen wir sehen, daß das immer erhalten bleibt. Darauf müssen wir uns eben abstimmen.
AK: Ich erinnere einmal an die bekannte Floskel: Alle Aktionsformen sind erlaubt. Hat sich am letzten Wochenende die Vereinbarkeit verschiedener Aktionsformen gezeigt oder eher das Gegenteil?
e.: Der Spruch von der Vielfältigkeit des Widerstands ist das Hohlste, was es nur geben kann. Vielfältigkeit kann doch nur heißen: an einem Tag dies, am anderen Tag jenes. Aber es ist doch völlig logisch, daß die Leute, die irgendwo friedlich sitzen wollen, unheimlich was auf die Mütze kriegen, wenn von hinten die Steine über sie hinwegfliegen, oder sie gar auch noch selber treffen, und daß dann die friedliche Sitzblockade eben nicht mehr möglich ist. Das ist doch irgendwie klar wie Kloßbrühe. Das war aber vorher auch schon klar.
d.: Ich finde es wichtig, daß diese Diskussion nicht immer in Richtung „entweder-oder" geführt wird. Ich habe als einer von denen, die eben zu militantem Widerstand bereit sind und das auch machen wollen, das Interesse, daß mal eine Kritik läuft. Immer wieder entsteht ein Punkt, wo sich keiner kritisieren lassen will, weil er eben drauf hat: alle Aktionsformen sollen erlaubt sein, und wir woll'n uns nicht immer selbst einschränken. Und dann sind einfach unheimlich viel Hirnis dazwischen, die alles so unüberschaubar machen, und wo sich untereinander keiner traut, die mal zurechtzuruckeln und zu sagen: Es ist in dieser Situation totaler Schwachsinn, was ihr macht — wir gefährden uns mehr selber, oder wir kalkulieren mehr Verletzte ein, als notwendig ist. Daß so etwas mal läuft, ist wichtig.
Das gilt jetzt im Nachhinein für diese Knastdemos, die nicht ablaufen dürfen wie in Itzehoe (anläßlich der Brokdorf-Prozesse, Anm. AK), wo sofort die Isolation da war. Einmal gab's Zoff und damit war klar, daß zu den nächsten Knastdemos nur noch Leute hingehen, die sich total was trauen. Das waren dann wirklich nur noch herbe Demos. Man kam an, sofort ging's los, man ließ sich gleich auseinanderprügeln und damit war's gelaufen. Das kann keine Perspektive sein.
Das gilt auch für die Auseinandersetzungen am Zwischenlager, wo es gar keine Disziplin mehr gab, und keiner sich darum kümmerte, was abläuft und wie die Situation ist. Gerade unter uns, wo ich mich jetzt zuzähle, muß da mal eine ganz massive Kritik laufen, ohne daß es jetzt in der Öffentlichkeit zu großen Distanzierungen kommt.
b.: Vielleicht ist es ein Traum, aber ich meine schon, daß die verschiedensten Widerstandsformen auch zur selben Zeit möglich sind und sich gegenseitig ergänzen und befruchten können. Ich halte das auch für die einzig sinnige Form. Anstatt daß ein Wochenende die Militanten demonstrieren und am anderen die Gewaltfreien. Es kommt eben nur darauf an, die Augen aufzumachen. Was für die dogmatischen Gewaltfreien zutrifft, daß sie einfach Scheuklappen haben, gilt für diese bedauerliche Steinewerfergruppe vom letzten Wochenende: die konnten einfach nicht die Augen aufmachen! Die Widerstandsformen zu trennen, weil's jetzt vielleicht von einigen als unvereinbar angesehen wird, das finde ich sehr gefährlich.
AK: Noch am 4.9. hatte sich die BI Lüchow-Dannenberg massiv von den Steinewerfern distanziert. Wie sieht der Diskussionsstand hier im Landkreis eine Woche nach den Ereignissen aus?
b.: Der Vorteil liegt jetzt darin, daß sich über die Vorfälle gründlicher auseinandergesetzt wird. Die latenten Widersprüche zwischen den Gruppen müssen jetzt ausgelöffelt werden, irgendwie müssen wir da zum Ergebnis kommen. Innerhalb der BI wird bezüglich der Distanzierung gesagt, daß sie, wenn überhaupt, dann übereilt kam. Es gibt BI Mitglieder, zu denen zähle ich mich auch, die eine öffentliche Distanzierung falsch finden und stattdessen interne Auseinandersetzungen fordern. Es gibt andere, mehr im BI-Vorstand angesiedelte Leute, die klar sagen: Um eine Trennung hinzukriegen, müssen wir gegenüber bestimmten Kräften deutlich vertreten: „Bleibt zuhause!" Dies ist ein Diskussionsprozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist, und den man auch nicht überstürzen sollte.
Die Unabhängige Wählergemeinschaft hat sich nicht distanziert, sondern hat versucht, die Vorfälle vom Samstag politisch zu erklären. Die Rechtshilfe-Gruppe, Leute also, die sehr stark dem gewaltfreien Widerstand zuzurechnen sind, hat ebenfalls nach dem Motto: Das mußte ja mal kommen, versucht, die Situation politisch zu verstehen. Das Gleiche gilt für die Grünen. Ich kenne allerdings niemanden im Landkreis, der die Vorfälle am Samstag insgesamt gut und in Ordnung fand.
AK: Am 4.9. hat der Staat unglaubliche Repressionsmittel freigesetzt. Bereits vor Beginn der BI-Kundgebung gab es die erste völlig willkürliche Festnahme. Unter Zuhilfenahme lebensgefährlicher Wasserwerferkanonen wurden völlig friedfertige Sitzblockaden auseinandergeprügelt. In Uelzen wurden die Leute aus purer Willkür mit Schlagstock- und Hubschraubereinsätzen durch Straßen und Vorgärten gehetzt. Nach wie vor gibt es sechs U-Häftlinge, was im Rahmen der Anti-

AKW-Auseinandersetzungen eine völlig neue Stufe der Eskalation signalisiert. Wie verhält man sich bei euch diesem Staatsterror gegenüber?

e.: Es gibt hier viele Leute, die haben große Schwierigkeiten, sich hinter diejenigen zu stellen, die am Samstag mit Steinen geworfen haben. Etwas anderes ist es mit Uelzen.

b.: Wenn du hier jemanden mit dem Staatsterror konfrontierst, der nicht aus eigener Erfahrung weiß, daß auch Wohlverhalten und Gewaltfreiheit nicht vor Polizeischlägen schützt, dann sagt der dir ganz klar: wenn sich die Leute mit den Bullen prügeln, dürfen sie sich nicht wundern, daß sie dafür in den Knast wandern, oder daß sie von den Bullen eins über die Mütze kriegen. Das ist hier das Problem.

d.: Aus all dem, was bei uns im Ermittlungsausschuß ankommt, geht hervor, daß im Wald nur eine Frau verletzt wurde, der auf die Finger getreten wurde, als sie ihren Helm holen wollte. Alle anderen Verletzungen sind bei den gewaltfreien Geschichten und insbesondere den Blockaden entstanden. Jetzt zu sagen: Die haben geknüppelt und sind deshalb eingefahren worden, ist totaler Schwachsinn. Einen einzigen haben sie im Wald festgenommen von einem Greiftrupp, alle anderen wurden sonstwo festgenommen. Z.B. zwei, die als „Steinewerfer" abgegriffen worden sind, sind vor ihrer Festnahme am Sonntag lediglich vor dem Zwischenlager spazierengegangen. Wie die Anwälte berichten, handelt es sich um aggressive Vertreter der Gewaltfreiheit, die im Knast jetzt unheimlich Bambule machen und überzeugt sind, daß sie unschuldig sind. Die sind vorher noch nie auf einer Demo gewesen. Dennoch haben die Bullen, wie üblich, auch Zeugen dafür, daß die mit Steinen geschmissen haben sollen, sie haben die gleiche Anklage am Hals usw. Ich finde, daß man in der Öffentlichkeit ohne Vorbehalt mal klarstellen sollte, was da eigentlich auch gelaufen ist.

AK: Werden sich die Widerstandsgruppen im Landkreis mit den Gefangenen solidarisieren?

c.: Da seh ich überhaupt kein Problem.

e.: Da seh ich aber ein sehr großes Problem!

b.: Nee, seh' ich auch nicht. Für die BI ist ganz klar, daß überhaupt kein Grund besteht, irgendwelchen Leuten die Solidarität zu entziehen. Dennoch werden selbstverständlich die Auseinandersetzungen über die Aktionsformen geführt werden. Auch für die Leute, die die Distanzierung verfaßt hatten, heißt das nicht, daß sie die Solidarität irgendwelchen Gefangenen entziehen.

d.: Es geht doch darum, daß gerade jetzt von hier aus ein starker politischer Druck ausgeübt wird mit dem Ziel, die Leute rauszukriegen. Es muß klar gemacht werden, daß es eine totale Schweinerei ist, was mit den Leuten gemacht wird. Und wenn jetzt von hier nichts käme als eine Verurteilung der Aktionen und nur ganz wenig zu den Gefangenen, dann wäre das m.E. von gleicher Wirkung wie eine Distanzierung und auch genau das, was die Bullen wollen, und worauf sie spekulieren, das ist ganz klar.

AK: Wir bedanken uns für das Gespräch.

(aufgenommen am 13.9.82)



Treibjagd in Uelzen

Die am Tag nach der Gorleben-Auseinandersetzung in Uelzen durchgeführte Solidaritätskundgebung für drei Gefangene vom Vortag verlief friedlich, bis sie durch einen BGS- und Polizeieinsatz schlimmster Manier aufgelöst wurde. Die meisten der 2000 Demonstranten konnten die blitzschnell hintereinanderfolgenden Räumungsaufforderungen der Polizei nicht hören und wurden vom Vorrücken der Hundertschaften und Wasserwerfer total überrascht. Es handelte sich um die gleichen Hochdruckwasserwerfer, die bereits in Gorleben Menschen meterweise durch die Luft geschleudert und Bäume bis aufs Stammholz zerfasert hatten. Die Folgen waren Knochenbrüche, schwerste Prellungen, Herz- und Lungenquetschungen etc.

In Uelzen wurden einer Demonstrantin durch den Wasserdruck Backenknochen und Jochbein gebrochen, zusätzlich erlitt sie als Brillenträgerin schwere Augenverletzungen durch Glassplitter. In den Uelzener Randbezirken, durch Vorgärten und freie Felder machten in den Stunden darauf Greiftrupps Jagd auf einzelne Demonstranten, die hinter Büschen, in wildfremden Garagen oder Bürgerstuben nach Zuflucht suchten — einer rettete sich durch den Elbeseitenkanal.

Wen die B. auftreiben konnten, der mußte mit schweren Mißhandlungen rechnen. Wir zitieren aus einem Augenzeugenbericht:

„... mußte durch ein paar Gärten flüchten. Ich merkte, daß mich drei bis vier Polizisten verfolgten. Ich lief schneller und versuchte über einen Stacheldrahtzaun zu kommen, blieb jedoch mit meiner Hand und einem Bein hängen, so daß ein Polizist mein Bein so auf den Stacheldraht drücken konnte, daß ich nicht mehr wegkonnte. Als dann die anderen Polizisten kamen, wurde ich mit Knüppeln und Fußtritten traktiert, daß ich zu schreien begann. Dann wurde ich vom Boden hochgezogen und mit ein paar Handschellen gefesselt. Dann schleifte und schleppte man mich zwei Gärten weiter, machte eine Handschelle ab und fesselte mich an einen Wäschepfahl. In den Garten kamen immer mehr Polizisten und stellten sich um mich herum. Einige schlugen mir auf die Finger und auf den Rücken. Einer trat mir in den Magen ... " Um dieses Horror„spiel" noch zu ergänzen, machten Hubschrauber, die den Einsatz von oben koordinierten, Jagd auf fliehende Menschen. An diesem Abend wurden insgesamt 45 AKW-Gegner(innen) festgenommen.

5 Leute in U-Haft

Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff nannte die Auseinandersetzungen in Gorleben und Uelzen „die brutalsten der letzten Zeit", weshalb man staatlicherseits noch „schärfer als bisher" vorgehen wolle:

„Wir werden dafür sorgen, daß die Gewalttäter dahin kommen, wohin sie gehören — ins Gefängnis." (EJZ, 11.9.)

65 vorläufige Festnahmen im Rahmen der Aktionen lassen in der Tat eine Prozesswelle erwarten. 5 AKW-Gegner(innen) befinden sich nach wie vor in U-Haft.

Vereinzelt wurden sie auf verschiedene Knäste Niedersachsens verteilt. Zwei von ihnen, Peter und Rüdiger stammen aus der Gegend um Frankenberg und wurden bei einem Spaziergang um das Zwischenlager einen Tag nach den Auseinandersetzungen völlig willkürlich aufgegriffen und eingeknastet. Zwei B. wollen sie als „Steinewerfer" wiedererkannt haben. Die 17-jährige Carmen aus der Göttinger Gegend wurde in Uelzen verhaftet und sitzt mittlerweise im gottverlassenen Knast in Vechta. Richard Stolze, ein Aktivist aus Salzgitter und „zufällig" Anmelder der für den 30.10. geplanten Großdemo gegen den Schacht Konrad sitzt ebenso wie Christoph („Atze") aus West-Berlin seit den Gorleben-Auseinandersetzungen hinter Gitter. Am 17.9. und 21.9. sollen die längst fälligen Haftprüfungstermine in Uelzen, Lüneburg und Göttingen stattfinden.

Martin Mombaur — eine „Gefahr für den Landtag"?

Der grüne Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Martin Mombaur, hatte bereits während der Gorleben-Kundgebung (unmittelbar nach einem Redebeitrag von Markus Mohr) darauf hingewiesen, „daß hierzulande jemand, der seine demokratische Gesinnung kundtut, irgendwann einmal im Knast landen muß." Nach Angaben des BBU wurde daraufhin seitens der niedersächsischen CDU gegen ihn Strafantrag u.a. wegen Aufrufs zum Landfriedensbruch erstattet. Zudem habe Mombaur mit derartigen Äußerungen „den Boden gemeinsamer demokratischer Aktion verlassen" und sei hinfort als „Staatsfeind" und „Gefahr für den Landtag" anzusehen. (EJZ, 10.9.)

Der BBU protestierte gegen diesen Kriminalisierungsversuch, schloß in diesen Protest allerdings nicht die fünf in U-Haft einsitzenden AKW-Gegner mit ein.

Freilassung aller Gorleben-Gefangenen!

Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner!

Katrin Grosnick
Kto Nr. 2027357
BLZ 25851335
KSK Lüchow

Eine Betonruine für 15 Mrd. DM?

Der Schnelle Brüter —

d a s Denkmal sozialliberalen Fortschritts

Anfang 1982 kam an die Öffentlichkeit, was 2 Jahre lang in den Tresoren des Bundesforschungsministeriums vor sich hingammelte: eine „vertrauliche" Studie des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK), derzufolge die Fertigstellung des Kalkar-Brüters ohne Änderung des Atomgesetzes „nicht vor 1990 — möglicherweise sogar wesentlich später zu erwarten ist." (1) Aufgrund der veränderten Bauzeit würden sich die Kosten von 7 auf 10 Mrd. Mark erhöhen. Rechnet mensch die Forschungsaufwendungen für den Brüter in der Forschungszentrale Karlsruhe noch hinzu, wachsen die Baukosten auf über 15 Mrd. DM. Dabei ist es schon heute sicher, daß der Brüterstrom doppelt so teuer wie der aus Druckwasserreaktoren sein wird und sich die Betriebsdauer aufgrund des Rostbefalls von Reaktorteilen von ehemals geplanten 30 auf 7 Jahre verkürzen wird (2). Nach Aussage der KfK-Studie könnte allein eine atomgesetzlich verankerte Einschränkung der Bürgerbeteiligung beim Genehmigungsverfahren die fristgerechte Inbetriebnahme (d.h. für 1985) sicherstellen. Die bemerkenswerte Schlußfolgerung der FAZ: „Wenn die Bundesregierung an dem vom Bundestag festgelegten absoluten Vorrang der Sicherheit des Bürgers festhält, wird sie auf diese Weise der kerntechnischen Entwicklung den Todesstoß versetzen" (19.5.82).

Trotz der besonders hohen Wahrscheinlichkeit katastrophaler Unfälle (3) richtet sich der Widerstand gegen den Schnellen Brüter gleichermaßen gegen die sozialen Auswirkungen einer Forschungspolitik, die ökologisch verheerende und ökonomisch unsinnige Großprojekte mit den Milliarden durchzuziehen sucht, die derzeit durch Eingriffe im Sozialbereich und über Strompreiserhöhungen der werktätigen Bevölkerung für den Preis sozialen Abstiegs und Elends abgepreßt werden. Ende Oktober wird der Bundestag voraussichtlich endgültig grünes Licht für die Brüterentwicklung geben. Am 2.10. wird dagegen eine internationale Großdemonstration am Brütergelände durchgeführt. Aus diesem Anlaß im folgenden einige Hintergrundinformationen.

335 Mio DM sollte der Brüter in der Planungsphase kosten. 1,5 Mrd. wurden 1972 bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 1979 eingeplant. Seither haben jährlich und in den letzten Monaten und Wochen alle naselang „Kostenexplosionen" stattgefunden, die den Herstellungspreis auf 4,6 Mrd. (1980), 5,6 Mrd. (1981) und nunmehr offiziell 6,5 Mrd. (inoffiziell 10 Mrd.) in die Höhe getrieben haben.

„Wohl die meisten Beteiligten haben zu sehr und zu lange auf die Unerschöpflichkeit öffentlicher Geldquellen gesetzt", bemerkt mit Unschuldsmiene selbst das Hausblatt der Energiemonopole (4).

Diese sind ins Brütergeschäft 1972 überhaupt erst eingestiegen, nachdem feststand, daß 93 % der Gesamtkosten aus Steuergeldern bezahlt würden. Wohl wissend, daß ihnen die Anlage (und das darin enthaltene Know-How) nach Fertigstellung geschenkt wird, können sie sich bei guter Auslastung daran dumm und dämlich verdienen, um bei Minusgeschäften die vertraglich garantierten staatlichen Entschädigungen einzuheimsen. Immer gewagter hat mittlerweile eine ganze Palette sozialdemokratischer Forschungsminister mit „frisierten Angaben" (FAZ) und „bestellten Berechnungen" (Zeit) herumjongliert, um „im Vorgriff auf kommende Haushalte" mal hier, mal dort erneut die noch fehlende neunstellige Summe aus zumeist unvermutet gesichteten Haushaltstöpfen an Land zu ziehen. Von Bülow schoß hierbei den Vogel ab, als er derartige Mittel zu Deckung von Mehrkosten als *„beschäftigungspolitische Maßnahme der Bundesregierung"* aufführen ließ (5). Die Union hütet sich davor, in diesem finanzpolitischen Jauchekübel unnötig herumzurühren, nicht allein wegen der eigenen pechschwarzen Weste, sondern auch in der sicheren Gewißheit, *„daß eine Opposition der Sache des Brutreaktors nicht hilfreich sei"* (6). Die Bundesregierung schließlich macht den Bock zum Gärtner und überläßt ausgerechnet dem mit der Schweizer Atommafia untrennbar verflochtenen Ingenieurbüro „Motor Columbus" die „strikt neutrale" Überprüfung der Kostenexplosionen. Deren Untersuchungsergebnis liegt mittlerweile vor: Es ist alles in Ordnung.

Wann sind Schnelle Brüter rentabel?

Kommerzielle Brutreaktoren gibt es nirgendwo auf der Welt. Es existieren lediglich Prototypen und Versuchsreaktoren: 4 in der Sowjetunion, je 2 in Frankreich und England, je ein Versuchsreaktor in Japan, den USA und der BRD. Durch Umwandlung von Uran 238 in Plutonium 239 soll in Brutreaktoren der Uranvorrat 50 - 60 mal besser ausgenutzt und zusätzlich neuer Kernbrennstoff erbrütet werden. Die bisher existierenden Anlagen haben lediglich ihre Unfallträchtigkeit unter Beweis gestellt, ohne ein Gramm zusätzlichen Brennstoff erbrütet zu haben. Rentabel wären die Brüter nach Aussage des SPD-Bundestagsexperten Steger ohnehin erst *„bei einer Verzwanzigfachung des Uranpreises"* (7), wovon auf absehbare Zeit keine Rede sein kann.

Einer kürzlich erschienenen OECD-Studie zufolge werden bis zum Jahr 2000 höchstens 1,5 Mio Tonnen Uran benötigt. Bereits jetzt sind jedoch allein in den kapitalistischen Staaten über 5 Mio Tonnen Uran zu herkömmlichen Abbaupreisen nachgewiesen. Zusätzliche, mit höherem finanziellen Aufwand gewinnbare Uranreserven wurden weltweit in einer Größenordnung von einigen Milliarden Tonnen entdeckt (8). Die z.Zt konstatierte Uranüberproduktion wird verschärft durch die weltweite Reduzierung von AKW-Programmen und durch die Entwicklung der Konvertertechnologie, die die Uranausnutzung herkömmlicher AKWs beträchtlich steigert. Damit keine falschen Überlegungen bezgl. der Kalkar-Milliarden aufkommen, werden *„die Entwicklung des Hochkonverters und Anträge der Industrie zu diesem Themenbereich fast als Geheimsache behandelt"* (9).

In Betreiber-Fachzeitschriften ist es allerdings unbestritten, daß für kommende Jahr z e h n t e eine rentable Nutzung der Brütertechnologie ausgeschlossen ist, was die besondere Zurückhaltung der Energiekonzerne in Sachen Finanzierung erklärt.

Kalkar — Ein Brüter fürs Atommuseum

Für die Brütertechnologie läßt sich generell konstatieren, daß sie nach kapitalistischen Kriterien einen völlig ungedeckten Wechsel auf die Zukunft darstellt. Beim Kalkar-Brüter hingegen gibt es keine offenen Fragen: seine ökonomische Nutzlosigkeit und technologische Überholtheit ist unter Betreibern und innerhalb der Atomparteien unumstritten.

Dies beginnt damit, daß die Kalkar-Erbauer aus Gründen der Kostenersparnis von Anfang an dafür gesorgt hatten, „*dem Schnellen Brüter eben jene Eigenschaften zu nehmen, die ihm eine verheißungsvolle Zukunft versprach: das Brüten*" (11). Das Kalkar-Projekt als „Schnellen Brüter" zu bezeichnen, ist demnach eine astreine Propagandalüge.

Doch selbst bei einer Brutrate unter 1 steht fest, daß die Kalkar-Betreiber „*mit einem jährlichen Zuschußbedarf zwischen 100 und 200 Mio DM rechnen*" müssen (12). Zuschüsse freilich, die lt. Vertragsregelung aus der Staatskasse ersetzt werden.

Technologisch „*gilt das aus den 60er Jahren stammende Konzept inzwischen als veraltet, da ein entsprechender Demonstrationsreaktor in Frankreich unter dem Namen 'Phenix' längst in Betrieb ist und ein kommerziell nutzbarer Nachfolger mit der Bezeichnung 'Superphenix' gebaut wird. Die deutsche und französische Reaktorindustrie haben für den 'Phenix' ... ein Abkommen geschlossen. Danach stehen beiden Seiten alle Forschungs- und Betriebserkenntnisse aus dem Betrieb des Demonstrationskraftwerks zu. Am „Superphenix", dessen elektrische Leistung über 1.000 MW betragen soll, ist das RWE (E-Konzern) mit 15 % beteiligt*" (13), andere Quellen sprechen von 16 %.

Selbst der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD), der „eine handfeste ökonomische Notwendigkeit in seiner Fertigstellung nicht mehr" sieht, bekannte in einem Spiegel-Interview (7.9.81): „*Eines ist klar: Der Brüter ist ein Kind der Weltsicht von 1970. Diese Weltschau ist passé.*" Dennoch: 10 Mrd. für den Weiterbau müssen bezahlt werden. Jochimsen: „*Wir wollen ihn zu Ende bauen, auch wenn er im Jahre 2000 womöglich ins Museum gehört. Wenn das herauskommt, ist es auch keine Tragödie. Wir haben dann immerhin technologische Erfahrungen gesammelt.*"

Abgesehen davon, daß die nach normalen kapitalistischen Kriterien längst

Abgesehen davon, daß die nach normalen kapitalistischen Kriterien längst fällige Abrißbirne in Kalkar sich auch innenpolitisch „*als entscheidender Rückschlag für die Nutzung der Kernenergie insgesamt*" erweisen dürfte, so von Bülow, (14), liegt der wesentliche Grund für die unbedingte Fertigstellung der Kalkar-Ruine in außenpolitischen Ambitionen und Verstrickungen des BRD-Imperialismus: Neben dem gängigen Argument, Forschungsruinen dürften wir uns gerade in schwierigen Zeiten nicht leisten, um nicht in der weltweiten technologischen Entwicklung hoffnungslos zurückfallen, wird in Betreiberstellungnahmen darauf hingewiesen, daß „*bei einer Einstellung der Arbeiten die deutschen Industriefirmen ... nicht mehr in der Lage wären, später etwaige Lizenzen aus einem anderen Land zu nutzen. Darüber hinaus sichert nur die Erfüllung der internationalen Verträge über den SNR 300 die spätere ausländische Beteiligung an einem großen deutschen Demonstrations-Brüterkraftwerk SNR II im Gegenzug zu der deutschen Beteiligung am französischen Super-Phenix. Danach werden die italienischen ENEL 33 % und die französische EdF 16 % der Kosten des SNR-II tragen, wodurch sich mit der 30 %igen Beteiligung der niederländischen, belgischen und britischen Partner an der SBK ein ausländischer Finanzierungsanteil von 65 % am SNR II ergibt.*"(15).

Hierzu ist anzumerken, daß Schnelle Brüter aufgrund ihrer finanziellen Dimensionen, im nationalen Rahmen allenfalls als Prototypen errichtet werden können.

Für Brut-Reaktoren der Biblis-Größe (über 1.000 MW) ist die internationale Kooperation perspektivisch die einzige Möglichkeit. „*Im europäischen Konkurrenzkampf um 'Kooperationsfähigkeit' liegt die BRD noch hinter Frankreich und Großbritannien. Aber erst in europäischer Kooperation ist es möglich, Marktanteile auf dem Weltmarkt zu sichern, z.B. gegenüer den USA und Japan, die erst im April '81 ein Brüterabkommen über gemeinsame Forschungsarbeiten für Schnelle Brutreaktoren abgeschlossen haben*" (10).

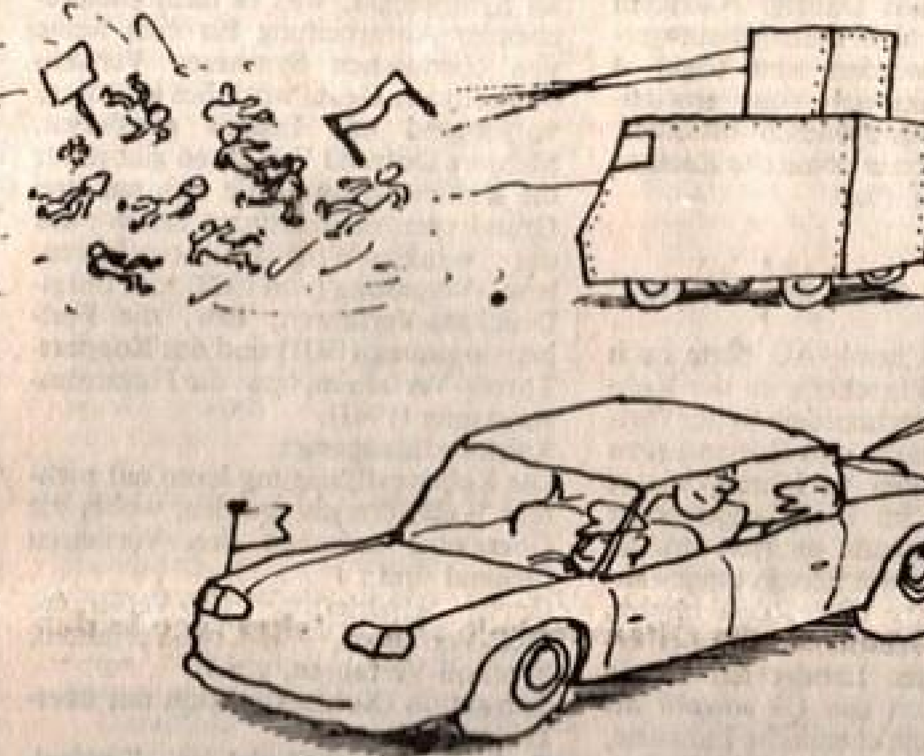
Der Kalkar-Brüter ist demnach kaum mehr als die Einlage des BRD-Finanzkapitals beim Poker um große Brutreaktoren und weltweite Vormacht auf diesem Gebiet.

Oder geht es um Schnelle Atombomben-Brüter?

Mehr am Rande hieß es kürzlich in einem Spiegel-Report über den bisher einzigen „großen" Brüter, den 'Superphenix' bei Malville: „*Er wird nur noch aus militärpolitischen Gründen gebaut — weil die militärischen Plutonium-Erzeuger Frankreichs am Ende ihrer Lebenszeit stehen und Ersatz nicht da ist*" („Spiegel" v. 19.10.81). Dies ist nicht allein deshalb interessant, weil die „Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke" (RWE) an diesem Bombenbrüter mit 16 % engagiert sind — es könnte auch eine Erklärung dafür sein, daß trotz hoher Rentabilitätsunsicherheiten gerade in diese Technologie wahre Unsummen hineingebuttert werden.

So ist bekannt, daß bei planungsmäßigem Betrieb jährlich der Plutonium-Ausstoß eines Brutreaktors über 50 % um dem des Leichtwasserreaktors liegt. Das im Brutstoff erbrütete Plutonium ist in waffentechnischer Hinsicht von erstklassiger Qualiät. Da hier Plutonium auch als Brennstoff benötigt wird, ist ein leichter Zugriff auf waffenfähiges Material bereits am Reaktoreingang möglich und eine Kontrolle der Plutoniumbestände völlig ausgeschlossen (16).

Als **„für die Waffentechnik höchst interessant"** bewertet zusätzlich die „Atommüllbomben"-Studie des IFEU Heidelberg „*das Plutonium aus dem Brutmantel des SNR. Dieses hat bei 96 % Pu-239 eine kritische Masse von 4,5 kg. Zudem läßt sich der Brutmantel wegen der relativ geringen Verstrahlung während des Reaktorbetriebs leicht aufarbeiten*" (17).



Widersprüche zwischen Industrie und Staat bei der weiteren Finanzierung des Brüters?

Im Sept. '81 wollte das Bundesforschungsministerium plötzlich eine Finanzierungslücke von 1,1 Mrd. DM für den weiteren Brüterbau entdeckt haben. Die seither laufenden Verhandlungen von Bülows dienen offiziell dem Ziel, den 8 %igen Finanzierungsanteil der Industrie auszubauen.

In dem bereits zitierten Diskussionspapier der Essener Initiative gegen Atomanlagen (NRW-Info Nr. 36) ist von einem „echten" Konflikt zwischen Industrie und Staat die Rede, „*der sich im Zuge der Weiterentwicklung und des Weiterbaus vom Schnellen Brüter, und nicht nur da, wiederholen (wird), wobei sich das Verhältnis von Industrie und Staat noch vielen Prüfungen unterziehen muß.*"

Demgegenüber sei daran erinnert, daß die in allen Tonlagen vorgetragenen Stillegungs-„Drohungen" von Bülows gegenüber der Industrie sich bisher ausnahmslos als Theaterdonner erwiesen haben. Völlilg im Unklaren gelassen wurde die Öffentlichkeit über den realen Kern der Verhandlungen zwischen E-Konzernen und Bundesminister.

So erklärten die E-Magnaten von Anfang an, „*daß eine freiwillige Regelung, gleich welcher Art, als nicht realistisch anzusehen ist*" (18). Gefordert wurden Gegenleistungen, die R. Guck, Präsident des Deutschen Atomforums vor seinesgleichen folgendermaßen umriß: „*Nur wenn wir Kernkraftwerke bauen und betreiben dürfen, und zwar ohne 'Wenn und Aber', können wir den Brüter finanzieren. Optionen haben hier noch nie genügt. Die Forderung nach Überschaubarkeit und Planbarkeit der Genehmigungsverfahren gilt aber auch für den SNR selbst...*" (19)

Wie die taz zu berichten wußte, machten beispielsweise die süddeutschen Energiekonzerne "*ihre Beteiligung an den Brüterkosten von konkreten Bonner Zusagen zum Bau von AKW's in Wyhl, Pfaffenhofen, Neckarwestheim II, Ohu II und der Wiederaufbereitungsanlage Schwandorf abhängig.*" (taz, 18.2.82)

Als im Februar '82 die E-Konzerne schließlich als "einmaligen verlorenen Zuschuß" eine Finanzspritze von 936 Mio.DM versprachen, war dies an weitere Bedingungen gekoppelt:
— Bundestagsentscheidung für den Brüter im September'82
— Zusicherung der Betriebsgenehmigung
— Abwälzung der Kosten auf die Stromkunden
— Erleichterung der Genehmigungsverfahren für den Bau weiterer AKWs
— Anerkennung der Milliardenspende als Betriebskosten, wodurch 600 Mio Mark von öffentlichen Kassen getragen werden (nach NRW-Info Nr.36).

Allein diese Zusicherung der E-Konzerne (real gezahlt wurden lediglich 31 Mio.DM ! Anm.20) war Grundlage für die im Februar getroffene Bundestagsentscheidung, die anstehenden Kosten für den Weiterbau von Februar bis September 1982 zwischenzufinanzieren. Im Oktober soll die Grundsatzentscheidung des Bundestages über den Brüterweiterbau gefällt werden, wobei klar ist, daß mit dem Akzeptieren der oben genannten Bedingungen die im Oktober anstehenden Bundestagsbeschlüsse im Vorwege längst gefällt sind.

Drastische Schnitte ins soziale Netz

Von dem bisher gesagten bleibt festzuhalten: Brüter haben als Stromerzeuger eine ungewisse Zukunft. Als Atombombenerzeuger sind sie hingegen mit Gewißheit zu gebrauchen. Am Kalkar-Brüter wird allein festgehalten, um im internationalen Konkurrenzkampf mithalten zu können. Voraussetzung hierfür ist die intakte "Kooperationsfähigkeit" des BRD-Imperialismus mit seinen westeuropäischen Verbündeten, insbesondere mit Frankreich. Die zunehmenden Verteuerungen bei der Erstellung führten zu Verhandlungen mit Industrievertretern, die jedoch eine prozentuale Anteilserhöhung verweigerten und bisher lediglich einen einmaligen Zuschuß zum Zwecke politischer Erpressungen ins Spiel brachten.

Das jüngste (für diese Bundesregierung wohl letzte) 1,5 Mrd.-Finanzloch präsentierte die RWE als Hauptbetreiber der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) Anfang September, wenige Wochen vor der Brüter-Bundestagsentscheidung: "*Für 'unabweisbare' Baukosten veranschlagten die SBK-Leute 1,1 Mrd.Mark, 300 Mio. haben sie als Risikozuschlag, weitere 100 Mio. für Zinsen einkalkuliert.*" (Spiegel, 13.9.82)

Für die E-Konzerne (unter ihnen RWE, welch ein Zufall...), die ihre Zahlungsversprechungen über 900 Mio. erst einzulösen gedenken, wenn neben einer positiven Bundestagsentscheidung "die Gesamtfinanzierung klar sei" (Spiegel), bedeutet dies einen weiteren Zahlungsaufschub. Daß gerade die RWE, ohne augenfällige Mehrkosten für den Brüter übernommen zu haben, eine 7%ige Strompreiserhöhung Anfang'82 erstmals mit gestiegenen Brüter-Preisen begründeten, zeigt nur, wo und auf wem die tatsächlichen "Milliarden-Brüter" sitzen. So betrifft die von den Wirtschaftsministern bereits 1981 zugesagte Schnelle-Brüter-Strompreiserhöhung "*nur die direkten Tarifkunden, also die Haushalte. Beim größten deutschen Stromversorger RWE würde das lediglich elf Prozent der gesamten nutzbaren Stromabgaben berühren. Alle anderen 89 Prozent Stromlieferungen würden von Weiterverteilern und Sondervertragskunden (sprich: Industrie) aufgenommen, deren Preise privatrechtlich geregelt seien und nicht der Tarifaufsicht der Wirtschaftsminister unterlägen.*" (21) Nach Berechnungen der Grünen NRW hat bisher jeder der 3 Mio. Tarifkunden der RWE mit durchschnittlich 60 Mark zu den Brüter-Baukosten beigetragen, für deren Gesamtbetrag mensch nach Berechnungen der Grünen "*rund 3 Millionen Wohnungseinheiten mit Sonnenkollektoren und Wärmepumpen ausrüsten*" könnte. (22) Auch das neue Finanzloch wird wie die bisherigen gestopft werden. Von Bülow hat bereits deutlich gemacht, daß er selbst "*einen völligen Rückzug der Partner Niederlande und Belgien aus der weiteren Finanzierung nicht dazu benutzen wolle, 'um aus Projekten, die wir langfristig für notwendig halten, auszusteigen'.*"(23)

Zum Ausstopfen kommender Finanzlöcher soll neben dem sogen. Kohlepfennig ein ebenfalls letztlich vom Stromverbraucher zu tragender "Nuklear-Pfennig" erhoben werden. Zudem läßt sich auf Kosten anderer Ressorts auch weiterhin das Forschungsministerium aufblähen, das im Etat für '83 mit einer 7,3%-Steigerung (Gesamthaushalt: 1,9 % Steigerung) bedacht wurde. Und last not least hat Graf Lambsdorff bereits mit dem Holzbein geschwungen und "zur Finanzierung von Projekten, die wir langfristig für notwendig halten" gefordert: Verringerung des Arbeitslosengeldes auf 50%, Karenztage für erkrankte Werktätige, Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes, Streichung des Schüler-BAFöG etc.p.p.

Plogoff in Kalkar!

In dem Diskussionspapier der Essener BI (NRW-Info 36) heißt es abschließend: "*Nicht zuletzt sind die Energierversorgungsunternehmen und vor allen Dingen der Staat gezwungen, wollen sie nicht den letzten Schein an Sozialstaatlichkeit verlieren, ihre Vorgehensweise vor dem Bürger zu legitimieren, was ihnen zunehmend schwerer fallen dürfte. Und genau hier muß unser Widerstand ansetzen. Wir müssen einfach klarstellen, daß solche Projekte wie der Schnelle Brüter durch nichts zu rechtfertigen sind, daß deren Weiterbau nur mit einem totalen Vertrauensverlust der Bürger gegenüber dem Staat durchzusetzen sind. Die einzige Möglichkerit, die Inbetriebnahme des Brüters zu verhindern, ist das Zusammentreffen von der von uns vorangetriebene Legitimationskrise ... und der immanenten Finanzkrise. Das ist eine Chance für uns, die sich aber nicht zwangsläufig ergeben muß... Diese Zusammenhänge müssen in unserem Widerstand und in der Demo am 2.Oktober ihren Ausdruck finden!*"

AKW-Nein-Kommission

Anmerkungen:
(1) TAZ, 4.2.82
(2) Der Chef der Kalkar-Betreibergesellschaft Eitz in einem Interview mit dem "Bonner Energiereport": *"Ich wäre froh, wenn wir die ersten 50.000 Stunden am Betrieb hinter uns hätten"*(das sind ca. 7 Betriebsjahre), lt. TAZ, 4.2.82
(3) Bei Ausfall der Kühlung explodieren die Brennelemente des Schnellen Brüters in Sekundenbruchteilen. Als Kühlmittel dient das Flüssigmetall Natrium, das äußerst explosiv und korrosionsfreudig ist und weder mit Wasser noch mit Sauerstoff in Berührung kommen darf. Die Explosionsgefahr bei Sauerstoffberührung macht es nötig, auch minimale Leckagen zu verhindern, was von den Betreibern als das schwierigste Problem eingestuft wird. Solche Explosionen werden jedoch einkalkuliert. Das zeigt u.a. ein kürzlich im Kernforschungszentrum Karlsruhe angelaufenes Projekt "zur Untersuchung der Abläufe, Folgen und Löschtechnik bei großen Natriumbränden". (Vdj-Nachrichten, 6.8.82)
(4) ET, 7/82
(5) vgl. FAZ, 9.7.82
(6) "Blick durch die Wirtschaft" (BdW), 7.4.82
(7) so der SPD-Abgeordnete Steger lt. Zeit, 22.1.82
(8) vgl.BdW v.14.5.82
(9) BdW, 1o.1o.80
22.1.82
(8) vgl.BdW v.14.5.82
(9) BdW, 1o.1o.80
(10) aus einem Positionspapier der Essener BI, NRW-Info Nr.36
(11) Zeit v.22.1.82
(12) Hannoversche Allgemeine, 11.2.81
(14) lt. FAZ, 17.12.81
(15) Atomwirtschaft, zitiert nach NRW-Info Nr.36.
SNR 300 = Schneller Natrium Reaktor für 300 MW Dur (Kal karprojekt).
SNR II soll das westdeutsche Gegenstück zum franz."Superphenix" mit einem Dur von ca. 1300 MW werden.
SBK= Schnell-Brüter-Kernkraftwerks-GmbH, Essen. Die Gesellschafter der SBK sind das RWE mit 68,8%, die belgische Synaom S.A. mit 14,8%, die niederländische N.V.S.E.P. mit 14,8% und die britische C.E.G.B. mit 1,6%. In NL und Belgien gibt es jedoch starke Bestrebungen, aus dem Vertrag auszuscheren. Die Kostenexplosionen seit 1980 werden von diesen Ländern nicht mehr finanziert.
(16) vgl. Atommüllzeitung Nr.19, S.16
(17) Die sehr lesenswerteStudie (s.a. AK 224, S.24) ist für 10 DM zu beziehen über IFEU-Heidelberg e.V., Im Sand 5, 6900 Heidelberg
(18) BdW, 2.10.81
(19) atw 6/82, S.313
(20) BdW, 23.8.82
(21) FR, 10.9.81
(22) TAZ, 12.2.82
(23) HAZ, 19.11.81

Zur öffentlichen Erteilung der Abrißgenehmigung

Die Vorbereitungen zur Demonstration am 2.10. gegen den Schnellen Brüter in Kalkar sind nicht mehr aufzuhalten. Die Querelen um einen zentralen Aufruf (soll an den Bundestag appelliert werden oder nicht) haben sich insoweit „gelöst", als es der BBU sich nicht nehmen läßt, einen eigenen Aufruf anzubieten. Konsens für den Aufruf der Landeskonferenz NRW, der auch von vielen anderen Gruppen (bisher 145) getragen wird und anderen Aufrufen sind nach wie vor die Forderungen (siehe letzten AK). Ergänzt wurde der Katalog auf einem Vorbereitungstreffen am 12.9. in Duisburg um die Forderung nach Freilassung aller Gorleben-Gefangenen.

Der Presse gegenüber wurde am 13.9. von den Hintergründen des Schnellen-Brüter-Desasters berichtet, über die internationalen Verflechtungen (besonders BRD-Niederlande) und besonders über die verschärfte Kriminalisierung gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Für den 2.10. selbst ist geplant: Kundgebung 10 Uhr in Kalkar u.a. mit Sprechern aus dem Baskenland oder von La Hague, aus Schwandorf (geplanter Standort einer bayerischen WAA) und den Niederlanden. Um 11.55 Uhr (fünf vor zwölf) soll es eine Sirenenaktion in Kalkar und an möglichst vielen anderen Orten geben als Mahnung für den Ernstfall, sollte der Brüter irgendwann mal in Betrieb gehen. Die anschließende Demonstration führt zur Baustelle, wo auf der Wiese von Bauer Maas eine Schlußkundgebung u.a. mit Markus Mohr und Sprechern vom Standort des Hochtemperaturreaktors abgehalten wird.

Kohleumwandlung = totaler Ausbau der Kernenergie

Ohne größere Proteste befürchten zu müssen, geht die Atomindustrie daran, einen völlig neuen Industriezweig zu schaffen : die sogenannte Kohleveredelung (diese neue Wortschöpfung ist ähnlich pervers wie bei „Entsorgungspark" oder „Verteidigungsministerium"). Die Kohleveredelung ist untrennbar mit einem weiteren Ausbau der Atomenergie verbunden. Politiker und Atomindustrie lassen die Bevölkerung bewußt im Unklaren über die Folgen, wie hier am Beispiel des Erftkreises noch aufgezeigt werden soll.

Die Parteien

Mit den Politikern hat die Atomindustrie offensichtlich bereits alles abgeklärt, um den Bau von Kohleumwandlungsanlagen in größerem Umfang durchziehen zu können.

So schrieb die **SPD** bereits 1980 :

„In der Bundesrepublik setzen wir die seit Beginn der 70er Jahre betriebene Politik des "Weg vom Öl", der besseren Energienutzung und der Energieeinsparung fort. Es kommt darauf an, die Energie, die wir für eine sichere Zukunft brauchen, bereitzustellen. Dies erfordert ein Umlernen beim Staat, bei der Wirtschaft und bei den Bürgern auf vielen Gebieten :

- *Größere Anstrengungen beim Energiesparen und bei der besseren Nutzung von Energie. Die SPD hat dazu umfangreiche Maßnahmen vorgeschlagen.*
- *Vorrang der heimischen Kohle. Die Anstrengungen für die Kohleveredelung werden fortgesetzt. Dabei ist besonders auf die Entwicklung umweltfreundlicher Energien Wert zu legen."* (1)

Noch wesentlich deutlicher wurden die **Unionsparteien :**

- *„Wir werden die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl schrittweise verringern. Dafür brauchen wir sowohl neue Kohle-Kraftwerke wie neue Kernkraftwerke in einer sinnvollen Verbindung des Einsatzes beider Energieträger. Jede Tonne Kohle ist wertvoll. Die Verwendung der Kernenergie als billigste Quelle für die Erzeugung von Prozeßwärme gibt den Veredelungsmöglichkeiten der Kohle eine wirtschaftlich optimale Grundlage."* (2)

Ziemlich unklar ist die Stellung der **DKP.** Einerseits verurteilt sie den weiteren Ausbau der Kernenergie, jedenfalls für die Bundesrepublik :

- *„Die DKP ist dafür, alle Möglichkeiten des wissenschaftlichen Fortschritts zu nutzen, um die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes zu verbessern. Deshalb ist sie auch grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Sie wendet sich jedoch entschieden gegen ihren Mißbrauch für Zwecke großkapitalistischer Profitmacherei und imperialistischer Machtpolitik, gegen jeden Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu umgehen."* (3)

Andererseits unterstützte die DKP bisher den Ausbau der Kohleumwandlung. So stimmten im Mai 1979 in Bottrop alle im Rat vertretenen Fraktionen - einschließlich der DKP - dem Bau der größten Pilotanlage zur Kohleverflüssigung in Europa zu. Am 8. Juli 1981 wurde die Anlage in der Welheimer Mark von Jaohannes Rau in Betrieb gesetzt. (4)

Dieser Widerspruch bei der DKP ist nur aufgrund der Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der Ostblock-Staaten bei der Technik der Kohleveredelung erklärlich (auch dort soll die Kohleumwandlung in großem Stile eingesetzt werden).

Wenig originell wirkt es, wenn sich dieser seltsamen Allianz zwischen DKP und Regierungsparteien auch noch die faschistische **Deutsche Volksunion** des Dr. Frey anschließt :

- **„Die lebensbedrohende Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung vom ausländischen Öl muß abgebaut werden. Der heimischen Kohle und ihrer Veredelung gebührt absoluter Vorrang."** (5)

Zur Geschichte der Kohleveredelung

Die Kohleveredelung hat Tradition : 1913 begann Bergius, mit der Hydrierung von Kohle unter Druck zu experimentieren. Um dieselbe Zeit begannen auch die ersten Arbeiten, auf deren Grundlage dann Fischer und Tropsch das nach ihnen benannte Synthese-Verfahren zur Kohlevergasung entwickelten. Während Bergius auf direktem Wege die Kohle in flüssige Kohlenwasserstoffe umwandelte, gingen Fischer und Tropsch vom Wassergas aus. Ihre ersten experimentellen Ergebnisse konnten sie 1923 veröffentlichen. (6)

Das deutsche Chemiemonopol ‚IG Farben' band sich bereits vor der faschistischen Machtübernahme an Hitler, wobei dem Konzern für die Entwicklung der unprofitablen Kohle-Hydrierung nach dem Bergius-Verfahren, zur Ölherrstellung aus Kohle Subventionen zugesagt wurden. Die IG Farben zeigten sich dann 1933 mit der größten Wahlkampfspende für die Nazis erkenntlich. (7)

Den traurigen Höhepunkt der Kohleumwandlung erreichte Deutschland im 2.Weltkrieg, als mit kohlehydriertem Benzin angetriebene Panzer und Flugzeuge Tod und Vernichtung über Europa brachten. Bis zum Ende des 2.Weltkrieges gab es im deutschen Reich 12 Hydrieranlagen und 9 Fischer-Tropsch-Anlagen. Sowohl Steinkohle als auch Braunkohle und deren Teere wurden zur Benzinumwandlung eingesetzt. In den Fischer-Tropsch-Anlagen ging man überwiegend von Steinkohlenkoks, aber auch von Braunkohle aus. Die Kapazität war allerdings vergleichsweise gering. 1944 betrug die Kohlebenzinerzeugung 4,7 Mio. Tonnen. Die durchschnittliche Kapazität pro Hydrierwerk lag bei 400.000 Jahrestonnen, bei den Synthesekraftwerken sogar unter 100.000 t. Diese Größenordnung erreichen heute schon die Pilotanlagen. (6)

Die Umwandlungsanlagen waren bei Kriegsende weitgehend zerstört. Nach 1945 war die Kohleverflüssigung in Deutschland bedeutungslos. Einer Arbeitsgemeinschaft der Firmen Ruhrchemie und Lurgi gelang es allerdings, auf der Basis der gewonnenen Erfahrungen mit dem südafrikanischen Unternehmen Sasol einen Vertrag über den Bau einer Fischer-Tropsch-Anlage abzuschließen. Dieses Werk ist noch bis heute die einzige industrielle Kohleumwandlungsanlage der Welt. Sie hat eine Jahreskapazität von 200.000 Tonnen. (6)

Der profitable Betrieb ist auf drei Ursachen zurückzuführen :

a. Eine Lohnkostensituation,die zu den niedrigsten auf der Welt gehört.

b. Die Unterdrückung jedes Widerstandes, der sich rührt, auch wenn die Regierung Südafrikas ein Erstarken der Befreiungsbewegung ANC nicht verhindern konnte.

c. Die gigantischen Rohstoffvorräte der Republik Südafrika : Nicht umsonst fand sich in einem Bericht des Wirtschafsministeriums über die Rohstoffversorgung der BRD folgende Behauptung : *„Im Hinblick auf die Versorgung der westlichen Industriestaaten kann gesagt werden, daß das Rohstoffpotential der Republik Südafrika auch nicht durch so große Produzentenländer wie Kanada und Australien substituiert* (= ersetzt; Anm.bs) **werden kann."** (7)

Die Atomindustrie der BRD hebt die Kohleumwandlungsanlage in Südafrika lobend hervor :**„Konventionelle Kohlvergasungsanlagen, die Dampf und Wärme für die Vergasung durch Teilverbrennung der Kohle selbst erzeugen, arbeiten schon viele Jahre einwandfrei, z.B. in Südafrika"** (9).

Neben Südafrika und der Bundesrepublik wurde an dieser Technik sonst hauptsächlich noch in Polen und den USA geforscht. Hinzugekommen sind inzwischen die DDR, Kanada und die UdSSR, also hauptsächlich Länder, die große Kohlelagerstätten, aber bis auf die USA und UdSSR nur über geringe Rohölvorkommen verfügen.

In der USA wurde in energieknappen Jahren kurz nach dem 2.Weltkrieg versucht, mit Hilfe deutscher Wissenschaftler und Techniker, die dadurch wahrscheinlich einem Verfahren als Kriegsverbrecher entgangen sein dürften, Kohleumwandlungsanlagen aufzubauen. Mit dem Strom billigen Erdöls Anfang der 50er Jahre wurden diese Arbeiten eingestellt, bevor Erfolge erzielt worden waren. Das Office of Synthetic Liquid Fuels wurde 1953 aufgelöst. Jedoch wurde die Kohleumwandlung um 1960 herum wieder interessant. Der Energiebedarf war soweit angestiegen, daß die inländische Erdölförderuung nicht mehr ausreichte und immer mehr Erdöl in die USA importiert werden mußte und immerhin verfügen die USA über die größten Kohlevorräte der Welt. Ein Großteil dieser Vorräte ist sehr schwefelhaltig, der Schwefelanteil beträgt 5% und mehr. Da die Kohle nahe der Erdoberfläche lagert, und günstig abzubauen ist, wird sie entsprechend billig angeboten. In Kraftwerken kann sie allerdings wegen des hohen Schwefelanteils in vielen Fällen nicht eingesetzt werden. Die Umwandlung dieser Kohle in einen Asche- und Schwefel-armen Brennstoff bot sich förmlich an. In den Vereinigten Staaten gab es 1978 zahlreiche Verfahrensvorschläge zur Kohleumwandlung, die alle ihre großtechnische Bewährungsprobe noch nicht bestanden hatten. Nur zum SRC-Verfahren arbeitete seit 1974 eine Pilotanlage mit einem Durchsatz von 50 t Kohle pro Tag. Für andere Verfahren waren die Pilotanlagen im Bau oder erst in der Planung, darunter eine mit einem Durchsatz von 600 t Kohle pro Tag von der Fa. Hydrocarbon und eine mit einem Durchsatz von 200 t von der Fa. Exxon. (6)

In Polen ist der Bau von Kohleumwandlungsanlagen offenbar auf Widerstand gestoßen. Doch dieser dürfte durch das Kriegsrecht an Bedeutung verloren haben, so war es zumindest beim Atomkraftwerk in Zarnowiec in der Woiwodschaft Danzig. Nachdem es 10 Jahre lang nicht hatte gebaut werden können, werden nun sogar 4 Druckröhrenreaktoren vom sowjetischen Typ Nowoworonesch installiert. 1988/9 soll der erste polnische Reaktor in Betrieb gehen. (9a)

Aufschwung nach der 'Ölkrise'

Die Scholven-Chemie-AG hatte nach dem Krieg die Forschung an der Kohleumwandlungstechnologie weiter fortgeführt. In Scholven und Horst wurden nach dem gleichen Verfahren, wie es die IG-Farben im Krieg angewendet hatten, Ölrückstände hydriert und in leichte Produkte wie Benzin umgewandelt. Anfang der 60er Jahre begann dann über die Ausplünderung der erdölexportierenden Länder der Ersatz der Kohle durch das Öl sowohl als Grundlage für die chemische Industrie, als auch für die Kraftstoff-, Strom- und Energieversorgung. (4)

So wurde die Kohleumwandlung unprofitabel. Durch die ungeheuren Preissteigerungen beim Öl nach 1973 wurde das Öl wieder knapp, bzw. andere Verfahren konkurrenzfähig :*„Die Mineralölindustrie entwickelt einen Hunger nach Kapital, der überhaupt nicht zu stillen ist."* (10)

Die enormen Summen, die diesen 'Hunger' stillen sollen, werden über die steigenden Energiepreise finanziert. Den BRD-Imperialisten bringt der hohe Energiepreis mehrere Vorteile. Zum einen wird die Ausbeutung eigener Ölfelder sowie der Einsatz neuer kostenaufwendiger Fördertechnologien mit höherer Ausbeute rentabel. Zum anderen ist ein hoher Energiepreis für die Industrie eine Voraussetzung dafür, aus der einseitigen Ölabhängigkeit herauszukommen. Zu diesen neuen Alternativen zum Öl gehört neben dem Erdgas natürlich auch die Kernenergie und eben die Kohleumwandlung.

Gleichzeitig war die Erhöhung der Erdölpöreise durch die Ölmultis verbunden mit faschistoider Hetze gegen die OPEC-Staaten. Vergleiche mit dem Krieg waren die bestimmenden Töne zum Auftakt der Weltenergiekonferenz 1980 in München :*„Ausreichende Energie entscheidet über Kriege und Frieden. Die OPEC-Staaten sollten mit ihrer Preispolitik die Welt nicht aus den Angeln heben"*, erklärte Bundeskanzler Schmidt. Gleichzeitig warnte er vor *„internationalem Chaos"* und einer neuen *„Weltwirtschaftskrise"*. (11)

Die Bourgeoisie erklärte „die Araber" nicht nur zu Schuldigen der Krise, sondern diffamierte sie gleichzeitig als „von Natur aus minderwertig". Die bürgerliche Presse sprach vorzugsweise von *„den Launen der Araber"* (z.B. BILD vom 31.12.73) oder erklärte sie schlicht für „verrückt" : Hamburger Morgenpost am 18.10.73 : *„Jetzt spielen die Scheichs ganz verrückt"*. *„Was wissen wir, was in arabischen Köpfen vorgeht ? Wir werden uns wohl in der nächsten Zeit über einiges wundern"*, schrieb die 'Frankfurter Allgemeine' mir ihrer wie stets unbeschreiblich vornehmen Arroganz (am 26.11.73). Die 'WELT' phantasierte, es gehe beim „Ölboykott" um *„alte islamische Machtträume", es handle sich um ein „psychologisches, kein politisches Problem"*, nämlich die *„orientalische Entfaltung des Irrationalen"* (am 28.11.73). Dies zielte auf ein Bild eines „geistig minderwertigen" Arabers ab. (12)

Zur Technik der Kohleumwandlung

Kohlevergasung und -verflüssigung sind Methoden, um aus Kohle synthetische Treibstoffe herzustellen. Das Endprodukt der Kohlevergasung sind Kohlenwasserstoffe, es können Benzin, Dieselöl oder Flüssiggas gewonnen werden. (13)

Kohlevergasung :

Bei diesem Verfahren wird Kohle mit Wasserdampf/Luft (oder Sauerstoff allein) bei hohen Temperaturen (über 650°C) und ggf. auch hohem Druck (bis zu 100 bar) umgesetzt. Neuerdings gibt es auch ein Verfahren, bei denen Kohle direkt mit Wasserstoff zu Methan vergast wird. Als Produkt der Kohlevergasung erhält man ein Gasgemisch, das je nach Verfahren Kohlenmonoxyd (CO), Kohlendioxyd (CO_2), Wasserstoff (H_2), Methan (CH_4), usw. enthält. Hauptbestandteile sind dabei Wasserstoff und Kohlenmonoxyd. Dieses Gasgemisch bezeichnet man auch als Synthesegas, weil es nach entsprechender Aufarbeitung für eine Reihe von chemischen Synthesen Verwendung findet. Heute wird dies allerdings vorwiegend aus Erdgas gewonnen. Mehrere Dutzend Verfahren gibt es für die Kohlevergasung, die sich auf drei Grundtypen zurückführen lassen : auf das Winkler-Wirbelschichtverfahren, bzw. -Vergasung (von 1922), das Lurgi-Druckgas-Verfahren, bzw. die Festbettvergasung (1931) und das Koppers-Totzek-Verfahren, bzw. die Flugstromvergasung (1941).

Kohleverflüssigung :

Die Kohleverflüssigung kann auf mehrere Weise erreicht werden, wobei die Übergänge zwischen den Verfahren fließend sind :

Durch Hydrierung (IG-Verfahren, SRC-Verfahren, H-Coal-Verfahren, Synthoil-Verfahren, u.a.)

Extraktion (Kohleextraktion mit überkritischen Gasen)

Prolyse (COED-Verfahren, Toscoal-Verfahren)

In der BRD wird nur das IG-Verfahren weiterentwickelt, und zwar von den Sarberwerken AG, der VEBA und Rheinbraun. In drei großen Anlagen sollen, so ihr Ziel für das Ende dieses Jahrzehnts, mehr als 10 Mio t Kohle pro Jahr verflüssigt werden.

Die Hydrierung erfolgt beim IG-Verfahren in zwei Stufen : der „Sumpfphase" und der „Gasphase". In der ersten Stufe, der Sumpfphase, wird die mit prozeßstämmigem Schweröl angemischte Kohle bei einem Druck von 300 bar und einer Temperatur von 400°C unter Zusatz fein verteilter Katalysatoren mit Wasserstoff hydriert. Dabei werden zwei Sorten von Öl erhalten: Ein Leicht/Mittelölgemisch und ein Gemisch aus Schweröl und Rückständen. Das Leicht/Mittelölgemisch wird zum größten Teil in der Gasphase hydrierend weiterbehandelt, während das Schweröl zum Anmischen der Kohle und der Feststoffe zur Erzeugng des Hydrier-Wasserstoffes dient. Die Trennung des Schweröl/Feststoffgemisches bereitet große technische Schwierigkeiten. (14)

Im „Normalfall", d.h. ohne Einsatz von Atomkraftwerken, besitzen Kohleumwandlungsanlagen einen entscheidenen Nachteil: Der Umwandlungsprozeß ist eine gigantische Energieverschwendung! Entscheidend ist hierbei der Wirkungsgrad, d.h. das Verhältnis des Energiegehalts der eingesetzten Kohle zum Energiegehalt des Endproduktes. Der angegebene Wirkungsgrad bei der Kohlevergasung liegt bei etwa 54%, bei der Kohleverflüssigung gar nur bei 41,5%. Das bedeutet, daß etwa die Hälfte der in Form von Kohle eingesetzen Energie im Laufe der Umwandlung verloren geht. (15)

Dazu schrieb die Kraftwerksunion: *„Solche Anlagen haben allerdings den Nachteil, daß ein relativ hoher Anteil (etwa 40%) der Kohle verfeuert werden muß, um die Vergasungswärme zu erzeugen"*. Ein unangenehmes Problem ist das natürlich, geht es doch ins Geld. Doch die Lösung ist schon parat : *„Gerade an diesem Punkt kann ein Bündnis zwischen Kohle und Kernenergie einen Schritt voran in der Entwicklung der Energieversorgung bringen : ein Kernreaktor liefert die zur Kohlevergasung notwendige Wärme!"* (9)

Kohleumwandlung als „Partner" der Atomkraft

Kohleumwandlung und Atomenergie haben zwei Berührungspunkte:

1. Atomenergie soll zur Erzeugung der für die Kohleumwandlung benötigten Prozeßwärme eingesetzt werden.
2. Atomenergie soll die nicht mehr zur Verstromung eingesetzte Kohle ersetzen.

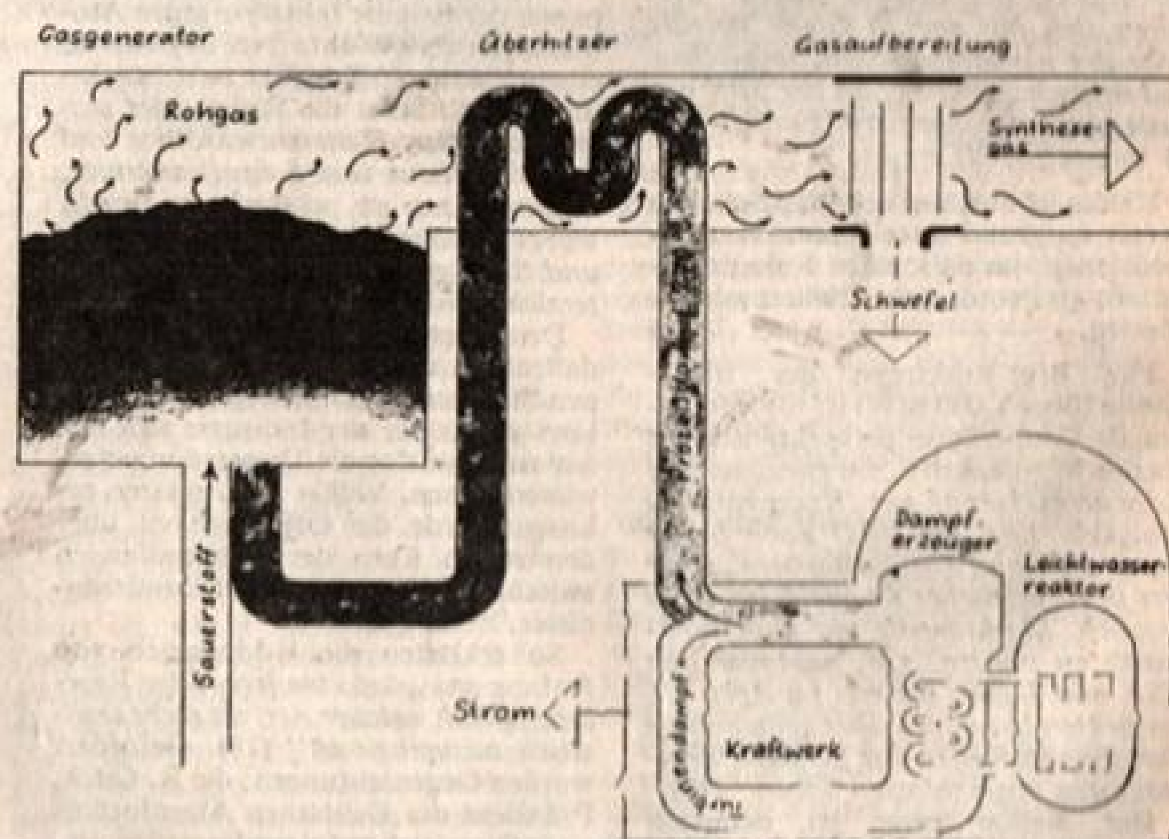
Für die Kohleumwandlung sollte eigentlich der umstrittene Hochtemperaturreaktor eingesetzt werden. Diese Strategie ist an Äußerungen der Industrie abzulesen: *„Die Umwandlung von Steinkohle und Braunkohle mit einem Hochtemperaturreaktor (HTR) ist das Endziel der Kohlevergasung."* (16)

Nachdem aber die Rheinbraun AG u.a. bei einer Anhörung auf einer Gemeinderatssitzung öffentlich dem bankrotten Hochtemperaturreaktor Marke Hamm-Uentrop abgeschworen hatten, kam wenige Wochen später eine vom Bund bezahlte und von der Rheinbraun erarbeitete Studie an die Öffentlichkeit. Darin wird die Kombination von Kohleveredelung und Leichtwasserreaktoren angepriesen. (17)

Bei dieser Verbindung soll aus einem Leichtwasserreaktor Dampf entnommen und zur Kohlevergasung eingesetzt werden. Dieser Dampf hat eine Temperatur von 270 °C, durch die Abwärme des Rohgases wird er auf die Vergasungstemperatur von 850 °C gebracht. Auch hier mußte noch ein Teil der Kohle, aber nur noch 10%, zum Erreichen der Vergasungswärme verbrannt werden. (9)

Schon 1978 galt dieses Verfahren laut Kraftwerksunion als realisierbar, während der Hochtemperatur erst ab 1987 (so die Weltenergiekonferenz) oder erst 1995 (Wilhelmshavener Studie) oder gar erst im Jahre 2010 (Shell) zur Verfügung stehen wird. (18)

Die Kohleveredlung soll für die Atomindustrie ein doppeltes Geschäft werden:*„Bei einem Verzicht auf die Kernenergie dürfte die Kohlevergasung durch den hohen Kohlebedarf für die Verstromung überhaupt in Frage gestellt sein"*, erklärte die Kraftwerksunion. (19)



„Einstufige" Vergasung von Kohle mit Wasserdampf und Vergasungswärme aus einem Leichtwasserreaktor (Fließbild).

Da man aus Kohle Gas und Benzin gewinnen kann, ist sie für Graf Lambsdorff auch zu schade geworden, um noch unter Kraftwerkskesseln verfeuert zu werden, dafür soll auch das Kernenergie-Programm der Bundesregierung dienen: *„Mit einem weiteren Ausbau der Kohleveredelung kann nur gerechnet werden, wenn durch Kernkraftwerke weitere Kohle aus der Stromerzeugung freigesetzt wird."* (20)

Kohleumwandlung und Umweltschutz

Auch ohne Atomkraft sind Kohleumwandlungsanlagen zwar für die Betreiber profitabel und gesund, weil sie vom Staat subventioniert werden, für die „normalen Sterblichen" aber eher ungesund. Beim Betrieb solcher Anlagen werden auf jeden Fall trotz technischer Maßnahmen chemische Stoffe freigesetzt werden, die entweder als Gas in die Umgebung entweichen oder in flüssiger oder fester Form sich an Land oder im Wasser ablagern. Unter den Substanzen sind Gift wie Arsen (As), Antimon (Sb) und Quecksilber (Hg) oder Kohlenwasserstoffe: eine lange Liste von Stoffen, die als gesundheitsschädigend, bzw. krebserzeugend bekannt sind. Es wird wieder einmal mehr nach dem Motto „Profit ist wichtiger als Umweltschutz" verfahren. Es ist *„unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll"*, das anfallende und schwierig abzutrennende Kondensat nach normaler Abwasserklärung einfach „abzulassen". Die Forderung, bei Anlagen zur Kohleverflüssigung wegen des hohen Druckes in den Leitungen auf festes dichtes Material für Pumpen, Ventile und Leitungen Wert zu legen, deutet auf Parallelen zu den Störfällen in Atomkraftwerken hin. Daß im laufenden Betrieb mit Leckagen gerechnet werden muß, ist bekannt: *„Emission aufgrund technischer Verluste"* nennt man das dann. Aber stinken wird es auf jeden Fall; nicht nur Kohlenwasserstoff, sondern auch Stickstoff- und vor allem Schwefelverbindungen sorgen dafür. Ein Problem ist die chemische Zusammensetzung der Rückstände (Asche, Schlacke, Filterrückstände). Die teilweise hochgiftigen Stoffe müssen abgelagert werden, wo sie durch Regen ausgewaschen ins Grundwasser gelangen. Auch die Abtragung des häufig feinen Staubes durch Wind macht Sorgen. Bei insgesamt möglicherweise 62 auftretenden Abfallsubstanzen sind überhaupt nur bei ganzen 8 per Gesetz Einschränkungen vorgeschrieben (durch Immissionsgrenzwerte). Das bedeutet, daß die Gefahr gar nicht kontrollierbar ist. Vor allem fehlen solche Immissionsgrenzwerte für Krebserzeugende Stoffe wie Arsenate, Chromate, Nickel, Beryllium, Cadmium, Benzole und Benzopyrene und für die Schwermetalle Blei, Quecksilber und Zink. (15)

Das Argument der Arbeitsplätze

Das Argument der Arbeitsplätze

Natürlich gelten die angeführten Gefahren erst recht für das Betriebspersonal. Doch auch hier wird das Argument der Sicherung der Arbeitsplätze herhalten müssen. Ein Hauptziel des Kohleveredelungsprogramms ist die Beschaffung des nötigen ‚know how', um auf dem Weltmarkt mitkonkurrieren zu können. Dadurch wird die Wirtschaft noch abhängiger von diesem empfindlichen und von ständiger Überproduktion bedrohten Markt. Geringste Störungen können katastrophale Entwicklungen herbeiführen. Bei der Kohleumwandlung zeichnet sich damit eine ganz ähnliche Entwicklung wie beim Einstieg in die Atomenergie ab. Danach wird auch der Kohleumwandlung ein Segen ohne Ende folgen:

- Den Aufbau funktionsfähiger, serienmäßig ausgelegter Demonstrationsanlagen.
- Durch den Einstieg in die Kohleumwandlung entstehen Industrien und neue Arbeitsplätze, die den Staat dazu zwingen, den einmal eingeschlagenen Weg mit allen Konsequenzen für und gegen die Bevölkerung weiter zu gehen.
- Jede Stockung bei Bau und Planung dieser Anlagen - sei es durch die Marktsituation oder durch Einsprüche von Umweltschützern - kostet unweigerlich viele Millionen aus Steuergeldern. Gleichzeitig sind dann die Arbeitsplätze gefährdet. Dies wird dann wieder als Argument für den ungezügelten Ausbau dieser Technologie herhalten müssen.
- Der ständige Druck, unter dem diese Wirtschaft stehen wird, verschlechtert die Bedingungen zur Durchsetzung sozialer und gewerkschaftlicher Forderungen. (21)

Überhaupt, die Gewerkschaften, damit sieht es sehr schlecht aus. Die stockkonservative Führung der IG Bergbau und Energie stellt sich voll hinter die Atomindustrie. Die Hauptsorge Adolf Schmidts, des Vorsitzenden dieser Gewerkschaft sind die Kosten: *„Prozeßwärme aus Kernspaltung muß der kostengünstigen und lagerstättenschonenden Umwandlung von Braunkohle und Steinkohle in gasförmige und flüssige Kohlenwasserstoffe dienen."* (22)

Das Beispiel Erftkreis

Insgesamt sind in der Bundesrepublik 16 Kohleumwandlungsanlagen im Bau (6), Betrieb (2) oder in Planung (8), und zwar im Ruhrgebiet in Oberhausen-Holten, im Saarland in Hückelhoven, in Hürth-Berrenrath, im „rheinischen Braunkohlenrevier", bei den VEW-Kraftwerken Gersteinwerk, Lippe und Emsland und in Bottrop. (23)

Dabei fällt auf, daß die meisten Kohleumwandlungsanlagen nicht alleine stehen, sondern in machen Gebieten mindestens 3 Kohleumwandlungsanlagen gebaut werden sollen. Wahrscheinlich ist in diesen Gebieten noch mehr geplant (z.B. WAA's für den Atommüll, u.ä.). Besonders klar wird das am Beispiel des Erftkreises, der auch als „Rheinisches Braunkohlenrevier" bezeichnet wird. Außerdem wird ein Standort als Berrenrath,nach einem Stadtteil der Stadt Hürth, bezeichnet. Die Kohleumwandlungsanlage in Hürth-Berrenrath war die erste der 14 geplanten Umwandlungsanlagen, die genehmigt wurde. Der Verlauf der Information der Hürther Bürger über die geplante „Gasfabrik" entbehrt nicht einer gewissen Komik: Da appellierte Vorstandsmitglied Dr. Hans-Joachim Leuschner an die zuständigen Behörden, *„dieser ersten Braunkohlen-Gasfabrik „ihre Zustimmung zu geben", weil damit die Industriestaaten endlich einmal den Erdölländern beweisen können, daß sie es mit der Kohleveredelung zum Ersatz vom Öl ernst meinen"*. Mit dieser intelligenten Äußerung brachte Leuschner sicherlich jeden Ölscheich zum Zittern. Schließlich kann man mit einer Kapazität von einer Milliarde Kubikmeter Synthesegas die jährliche Erdölförderung der OPEC-Staaten mühelos „überbieten"..., aber vielleicht hatten die Herren schon etwas getrunken, es war ja die „traditionelle Barbara-Feier des Rheinischen Braunkohlenreviers" gewesen. (24)

Daraufhin trifft der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimson die Entscheidung zur Genehmigung der Kohleumwandlungsanlage südwestlich von Köln. *„Es mag zwar widersprüchlich klingen"*, meinte Jochimson, *„doch wird mit der Anlage in Hürth sogar eine Verbesserung der Umwelt erreicht, weil sie weniger belastend ist, als die vorher an gleicher Stelle betriebene Brikettfabrik."* (25)

Na, wenn das man stimmt... Dann jedoch wurde unter den Politikern in Hürth und in Wirtschaftskreisen Unruhe und eine neue Diskussion ausgelöst: einem Bonner Wirtschaftsdienst war die Bemerkung entrutscht: *„Kohleve-*

Hürth und in Wirtschaftskreisen Unruhe und eine neue Diskussion ausgelöst: einem Bonner Wirtschaftsdienst war die Bemerkung entrutscht: „Kohleve-

redelungsanlagen belasten die Umwelt im Ausmaß von vier großen Kohlekraftwerken". Klaus Lennartz, SPD-Bundestagsabgeordner aus Hürth, wollte dieser Nachricht auf den Grund gehen und stellte eine Anfrage beim Bundesministerium für Forschung und Technologie. Als Antwort bekam er eine von Rheinbraun (d.h. der Betreiberfirma!) ausgearbeitete Vorprojektstudie. Da Rheinbraun die Frage ganz neutral behandelt, ob eine Kohleumwandlungsanlage von Rheinbraun sicher ist oder nicht, steht für Klaus Lennartz inzwischen fest: *„Was bei der Kohleveredelungsanlage viermal so groß wie bei einem Kraftwerk ist, ist lediglich die Grundfläche. Davon auf eine entsprechende Umweltbelastung zu schließen, ist aber falsch."* (26)

Noch amüsanter ist die Art des CDU-Bundestagsabgeordneten Alfons Müller. Dieser erzählte den *„durch einen Zeitungsartikel aufgeschreckten Berrenrather Bürgern"*, daß Rheinbraun alles tun werde, um die gesetzlichen Bestimmungen voll zu verwirklichen; daß Rheinbraun bisher im Bereich des Umweltschutzes mehr getan habe, als die Gesetze es vorschrieben; dies werde auch bei der neuen Fabrik der Fall ein. Er erklärte sich bereit, Rheinbraun zu bitten, die aufgekommenen Bedenken zu zerstreuen... (27)

Aber Spaß beiseite: Diese Art und Weise, wie den Bürgern jede Information vorenthalten wird, ist bezeichnend. Ein anderes Beispiel ist die geplante Kombination AKW/Kohleumwandlung bei Neurath. Wie die CDU es „an den Tag brachte", hat Rheinbraun schon 1977 die Landesregierung wissen lassen, daß es in den 80er Jahren zwischen Neurath und Rommerskirchen Anlagen zur Kohleumwandlung bauen will, auf einem Grundstück von 420 ha. Spätestens 1990 solle dort ein Atomkraftwerk gebaut werden. (28)

Doch ein paar Tage später sieht alles wieder ganz anders aus... Im rheinischen Revier ist der Bau eines Kernkraftwerkes zur Zeit (!) *„nicht beabsichtigt oder geplant. Allerdings werden die technischen und andere Voraussetzungen untersucht, die ein Kraftwerk auf nuklearer Basis ermöglichen, das der Stromversorgung für Betrriebe der Kohleveredelung dienen könnte. Dazu gehört auch die Sicherung eines Standortes"*, erklärte RWE-Vorstandsmitglied Franz Josef Spalthoff. Schließlich mußte sich auch Klaus Lennartz noch einmal äußern: *„Wir wissen in der SPD-Fraktion, daß die Energiewirtschaft auf die Veredelung von Kohle drängt und daß die Konzerne dabei auch Kernenergie einsetzen möchten, um Kohle zu sparen. Am liebsten möchten die bald 120 Mio.Tonnen vergasen statt sie in den Kraftwerken unter Verlusten zu verbrennen. Die dadurch entstehenden Lücken bei der Stromproduktion sollen dann Kernkraftwerke übernehmen. Die Kohle hat Vorrang, Kernenergie ist hier für uns kein Thema."* (29)

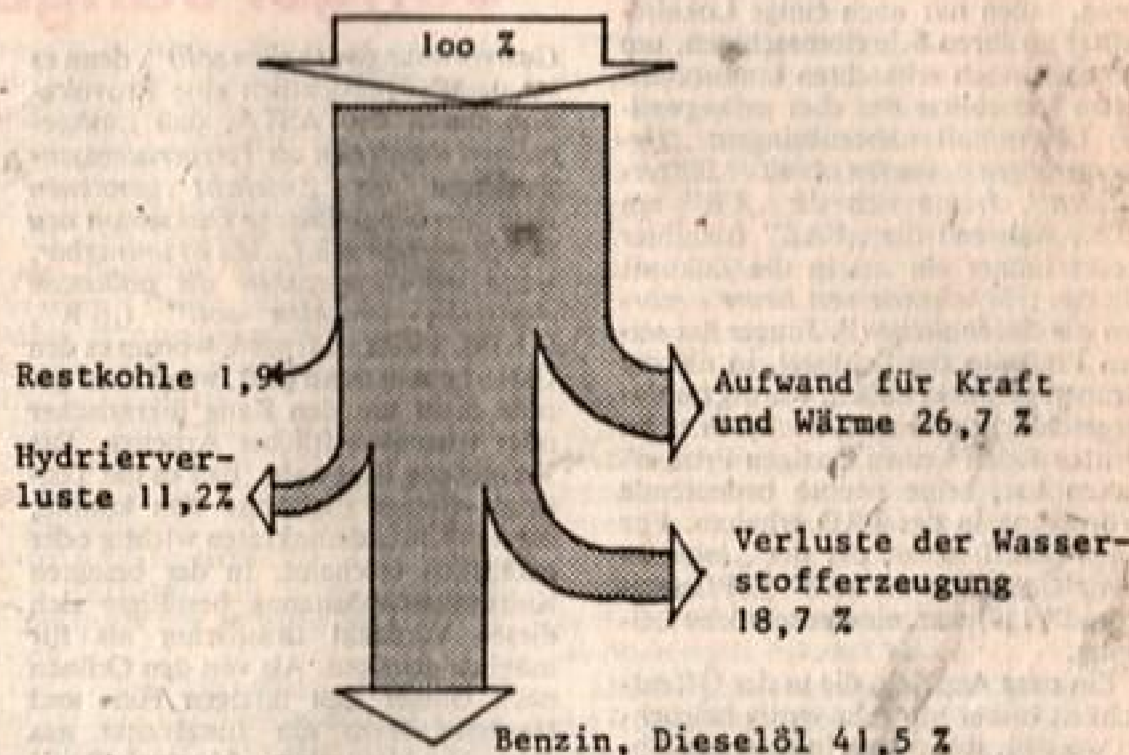
Dann fragten die 4 CDU-Landtagsabgeordneten nach und wieder gab es ein neues Ergebnis! *„Bestätigt wird in der Antwort an die Landtagsabgeordneten, daß auf der fraglichen Fläche eine Anlage zur Kohlevergasung entstehen könnte, die zunächst konventionell und später nuklear* (also doch ein Thema ! - Anm.d.Verf.) *betrieben werden könnte. Zum Betrieb der Veredelungsanlage bedarf es nach Angaben der Landesregierung eines eigenen Reaktors. Dieser könnte später auch ein Hochtemperaturreaktor sein."* (30)

Da kann man nur staunen: Die SPD-Landesregierung genehmigt den Bau eines HTR's schon 1977, die CDU erfährt es und veröffentlicht es, der SPD-Bundestagsabgeordnete Lennartz ist dagegen, mit ihm die ganze SPD im Erftkreis, die Landesregierung ist aber trotzdem dafür.

Erfreulich ist, daß sich eine Bürgerinitiative im Kreis Neuß gebildet hat, die gegen diese seltsamen Pläne ankämpft: sie nennt sich „Bürgerinitiative gegen Kohleumwandlung und Atomkraft in Neurath" (BIKAN). (31)

Es ist eigentlich kein Wunder, daß SPD/MdB Klaus Lennartz bestreitet, für den Bau eines Atomkraftwerkes zu sein. Schließlich weiß er genau, daß damit in der nächsten Zeit auch nicht zu rechnen ist. Kein Mensch kann glauben, daß die Industrie ihre Pläne nicht durchsetzen will und dabei nicht den günstigsten und profitabelsten Weg einschlägt. Bis 1990 wird auch ein Klaus Lennartz (oder sein Nachfolger) die heute gemachten Aussagen vergessen haben. Das ist nichts neues. Warum die Industrie heute noch keine Atomkraft einsetzt, lassen wir sie am besten selbst erklären: *„Trotz aller Attraktivität des Verbundes von Gaserzeugung mit Kernkraftwerken ist es zweckmäßig, die Gesamtanlage zunächst mit Prozeßdampf und Strom aus fossilen Kraftwerken zu versorgen, weil diese früher als die Kernkraftwer-*

aus fossilen Kraftwerken zu versorgen, weil diese früher als die Kernkraftwer-



Energiebilanz bei der Kohleverflüssigung

ke in Betrieb genommen werden können. Mittelfristig können Dampf und Strom aus DWR (Druckwasserreaktor) und HTR bezogen werden. Langfristig schließlich kann die Gaserzeugung nach Anpassung der Verfahrenstechnik mit Prozeßwärme, Prozeßdampf und Strom aus Hochtemperaturreaktoren erfolgen." (32)

No Future ?

Offensichtlich strengt sich die Atomindustrie an, derartige neue Pläne wie die Kohleumwandlung aus dem Licht der Öffentlichkeit zu halten. Daß sie dabei nicht immer Glück hat, sieht man im Erftkreis. Die beschämend geringen Reaktionen auf die Verhaftung von Markus und Michael lassen einen vermuten, daß nicht mehr viel mit der Anti-AKW-Bewegung los ist. Wenn es ihr nicht gelingt, jetzt schnell zu reagieren, läßt sich auch durch Bauplatzbesetzungen nichts mehr verhindern. Auf jeden Fall wird des Thema Kohleumwandlung in absehbarer Zeit mit im Mittelpunkt des Interesses der Anti-AKW-Bewegung stehen müssen.

bs, Hürth

Anmerkungen

(1) Sicherheit für Deutschland, Wahlprogramm 1980
(2) Für Frieden und Freiheit, Wahlprogramm der CDU/CSU
(3) Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, Mannheim 1978, S.43
(4) s. Kommunismus und Klassenkampf, Theoretisches Organ des KBW, Heft 8, August 1981, S. 37 ff.
(5) Aktionsprogramm: „'Mit der Deutschen Volksunion für ein deutsches Deutschland", Punkt 18
(6) Forschung aktuell, Kohleverflüssigung, Umschau Verlag 1978, Herausgeber: Bundesministerium für Forschung und Technologie.
(7) Umweltmagazin, Zeitschrift des BBU, März/April 1980, S. 12
(8) s.dazu ausführlicher AK 220, vom 19.4.82: „Die imperialistische Ausbeutung des südlichen Afrika und seine militärische Absicherung, S. 36 f.
(9) Das Gas, das aus der Kohle kommt, KWU, 1978
(9a) Metall, Zeitung der IG Metall, Nr. 13, vom 13.6.1982
(10) J. Kirchels, Chef der Mobil Oil, zit. nach Ch. Levinson: „Wirtschaftskrise und multinationale Konzerne", s. AK 185, vom 22.11.80, S. 10
(11) „FAZ" vom 9.9.1980, zit. nach AK 185 (s.Anm.(10))
(12) Zitiert nach „Droht ein neuer Faschismus", Arbeiterbuch 6, Verlag Arbeiterkampf, S. 36 f.
(13) Ruska/Teufel: Das sanfte Energiehandbuch, rororo 80, S. 34
(14) Kohle-„Veredelung" - ökologische Auswirkungen und energiepolitische Aspekte, Juni 1981, IFEU-Bericht Nr. 13. Erhältlich beim Institut für Energie- und Umweltforschung e.V., 69 Heidelberg, Im Sand 5, Sehr empfehlenswert !
(15) DIE GRÜNEN, Kreisverband Dortmund, Arbeitskreis Energie und Ökologie, Presseerklärung und Dokumentation
(16) „Kann die Kohleveredelung uns weiterhelfen ?, eine Broschüre der Kraftswerksunion, S. 3
(17) s. Kölner Juristen-Zeitung, Nr. 19, Mai/Juni 1982, S. 25
(18) Umweltprotokolle der Bürgerinitiative Wilhelmshaven, Heft 1, Januar 1981, S. 6
(19) KWU-Broschüre (s.Anm. (16)), S. 10
(20) Umweltprotokolle (s.Anm. (18)), S. 9
(21) Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU), zit. n. Energiediskussion 1/2 1981, März 1981, Bundesministierium für Forschung und Technologie, S. 50
(22) Atomwirtschaft-Broschüre Nr. 16: „Kernenergie kontrovers, Zentrale Fragen - aktuelle Antworten", Handelsblatt GmbH, S. 6
(23) IFEU-Bericht Nr. 13 (s. Anm. (14)), S. 57
(24) Hürther Wochenende, vom 20.1.1981
(25) Kölner Stadtanzeiger, Datum unbekannt
(26) Kölner Stadtanzeiger, vom 14.3.81
(27) Hürther Wochenende, vom 20.1.82
(28) Kölner Stadtanzeiger, vom 7./8.2.82
(29) Kölner Stadtanzeiger, vom 12.2.81
(30) Kölner Stadtanzeiger, vom 26.3.1981
(31) Kölner Stadtanzeiger, vom 11.4.1981
(32) Memorandum zur Kohleveredelung (Kraftswerksunion), S. 15

(7) Umweltmagazin, Zeitschrift des BBU, März/April 1980, S. 12
(32) Memorandum zur Kohleveredelung (Kraftswerksunion), S. 15

Nochmals zu: Atombombenbau jetzt im eigenen Keller möglich

Wir schrieben dazu im letzten AK: „In der IFEU-Studie (Atommüllbomben) wird nachgewiesen, daß die Plutoniumanreicherung nur für den Bombenbau sinnvoll ist. Ein Eingeständnis dieser Forschung (in der BRD — Anm. Verf.) wäre praktisch gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, die BRD bereite die Möglichkeit vor, selbst Atombomben zu bauen."

Wir wollen hier kurz die Argumentation der IFEU-Studie wiedergeben, in der dargelegt wird, daß sämtliche Begründungen, die in den USA für eine zivile Nutzung der neuen Laser-Anreicherungsmethode angegeben werden, samt und sonders unsinnig und an den Haaren herbeigezogen sind. Zudem wurde sie nachgeschoben, während von vornherein feststand, daß mit dieser Methode neuer Sprengstoff für den Atomwaffenbau gewonnen werden soll.

Bisher wird nur in den USA öffentlich eine solche Plutoniumanreicherung zugegeben. Folglich gibt es auch nur US-Quellen, die eine angeblich zivile Anwendung aufzeigen wollen. Das IFEU-Institut in Heidelberg (Institut für Energie- und Umweltforschung) hat diese Argumente des US-Energieministeriums (im folgenden kurz DOE (= department of energy)) mit ihren Ergebnissen konfrontiert:

Reduzierung der Strahlenbelastung des mit Atombomben hantierenden Personals durch Abtrennung von Plutonium 240 und 242.

Sowohl Pu-240 als auch Pu-242 senden nur Strahlung mit einer sehr kurzen Reichweite aus (sie sind Alphastrahler), die schon durch einfache Abschirmmaßnahmen viel wirkungsvoller und viel billiger als durch die Abtrennung abgeschirmt werden können. „Zudem hat die DOE (bislang) keine Zahlen vorgelegt, die die Behauptung, solche Strahlenbelastungen seien in der Tat ein Problem, stützen." (Cochran)

2. Abtrennung von Plutonium-238, da es wegen seiner hohen Zerfallswärme als Wärmequelle in den thermoelektrischen Generatoren von Satelliten Verwendung findet.

Plutonium 238 kann ebensogut aus Neptunium, das in Wiederaufarbeitungsanlagen von Leichtwasserreaktoren fast vollständig abgetrennt wird, durch Neutronenbeschuß gewonnen werden und wahrscheinlich sogar billiger.

3. Abtrennung von Plutonium 241, das zu Americium 241 zerfällt und wegen seiner Strahlungseigenschaften in der Medizin und etwa bei Gesteinsanalysen einen beschränkten Anwendungsbereich hat.

Weltweit werden wohl einige hundert Gramm benötigt, was etwa 2 % der Americium-Produktion der amerikanischen militärischen Wiederaufarbeitungsanlage Savannah-River entspricht. Seit dem Gorleben Hearing ist bekannt, daß die Hanauer Firma ALKEM über ein Verfahren verfügt, das Americium nahezu vollständig aus dem Plutonium ausscheiden kann und das sie schon mit gutem Erfolg verkauft haben. Da das ALKEM-Verfahren geheim gehalten wird, kann nicht gesagt werden, ob das so gewonnene Americium für die genannten Zwecke tauglich ist oder ob möglicherweise eine andere Isotope des Americiums störend wirkt.

Dies sind die 3 „zivilen Anwendungen", die das DOE nennt und die stehen auf einem argumentativ sehr dünnem Boden. Wahrscheinlich sind sie sogar nur nachträglich nachgeschoben, worauf auch hindeuten würde, daß im Institutsplan von Los Alamos (einem Forschungsinstitut) für die Finanzjahre 1980 — 1986 vom 1.7.1980 festgestellt wurde, daß die Plutoniumlaseranreicherung allein für den militärischen Sektor benötigt wird. Ein Jahr später, nachdem ein amerikanisches Umweltinstitut seine Besorgnis darüber ausgedrückt hatte, bemühte sich dann die DOE wortreich, die Reduzierung der Strahlenbelastung für das Militärpersonal als das Hauptziel der Forschung darzustellen.

Zusammenfassend kann mensch sagen, daß durch die Plutoniumlaseranreicherung keine neuen Techniken im „zivilen" Bereich erschlossen werden, die sich nicht auch andersweitig — ohne Plutoniumanreicherung — realisieren ließen. Zudem sind die genannten Verwendungsmöglichkeiten (Generatoren in Satelliten, Gesteinsanalysen) derart speziell und selten und der konkrete gesellschaftliche Nutzen derart gering, daß der immense finanzielle Aufwand für zivile Zwecke allein völlig unsinnig ist. Was einzig bleibt, ist die militärische Nutzung.

Anmerkungen:
„Atommüllbomben", zu beziehen über IFEU, Im Sand 5, 6900 Heidelberg, kostet 10.00 DM

Die Auseinandersetzung war so heftig wie kurzlebig, die Schläge waren so tief wie ungenau gezielt. Und dann, punkt fünf Minuten nach der Preisverleihung, saßen nur noch einige Lokalreporter an ihren Schreibmaschinen, um die eben noch erhaschten atmosphärischen Lichtblitze der eher gelangweilten Leserschaft nahezubringen: *„Demonstranten warfen mit Jünger-Zitaten"*, freute sich die „FR" am 30.8., während die „FAZ" (dahinter steckt immer ein ...) in die Zukunft blickte: *„Scheltende von heute - morgen die Gescholtenen"*. Jünger hat seinen Fraß aus der Schüssel, in die die Grünen gespuckt haben, würdig hinuntergeschluckt und nun, nachdem er im Dritten Reich keinen einzigen Preis erhalten hat, seine neunte bedeutende Würdigung in der BRD erhalten. Für einen Schriftsteller, der der *„intellektuelle Geheimtip im SDS"* („Pflasterstrand" 139) war, eine beachtliche Leistung.

Ein paar Aspekte, die in der Öffentlichkeit bisher nur sehr wenig beleuchtet wurden, sollen hier, in sicherem Abstand von feuilletonistischen Papiergewittern, aus dem Dickicht pluralistischer Preisverleihungsfreiheit herausgehauen werden.

Zwei Gruppen von Leuten, die sich sehr vehement mit dem Antrag der GRÜNEN einerseits und Jüngers literarisch-politischem Opus andererseits auseinandergesetzt haben, sind dabei von Interesse: die hessische CDU zum einen, die Frankfurter Spontis (insbesondere die „Plasterstrand"-Gemeinde) zum anderen.

Jünger-Jünger und der »Pflasterstrand«

Jahrmarkt der Möglichkeiten

Ein Wahlsieg allein macht noch keine Tendenzwende aus - so schlau ist nicht nur der „Plasterstrand", das werden auch weniger scharfsinnige CDU-Politiker sich in ihren Wahlkampfstübchen ausrechnen können. Eine Tendenzwende bewirkt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Wahlsieg und so heißt die Schlagzeile der „FR" am 11.8. nicht zufällig: *„Die Wahlkampfmannschaft zielt auf Arbeiter und Intellektuelle"*. Kulturpolitische Themen im weiteren Sinne haben der CDU in letzter Zeit fast ebenso viel Publizität - und wohl auch Wählergunst - verschafft wie ihre ausländerfeindlichen Zielsetzungen. Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder, aber seit sehr viel längerer Zeit auch sein bayrischer Kollege Hans Maier, zeigen, wie's gemacht wird: vorzuziehen ist die Lektüre von „Schiller, Goethe und Uhland", weniger Mickey-Mouse-Sprechblasen, dafür aber mehr „christliche und humane Werte der zuziehen ist die Lektüre von „Schiller, Goethe und Uhland", weniger Mickey-Mouse-Sprechblasen, dafür aber mehr „christliche und humane Werte der Landesverfassung" (zit. n. „FR" v. 30.8.). Wenn das große Firmensterben, ständig anwachsende Arbeitslosenzahlen und eine immer bedrohlichere Ausmaße annehmende Kriegsgefahr nicht beseitigt werden sollen, dann muß wenigstens das gesunde Volksempfinden aufgepäppelt werden. Dazu sind Komplizen nötig: Arbeitsteilung und Subsidiaritätsprinzip waren bei den Christdemokraten schon immer gefragt. So bewerkstelligt der SPD-Mann H. Hoffmann klammheimlich den Untergang emanzipatorischer Kulturbemühungen in Frankfurt. Gertrud Höhler (parteilose Lyrikerin und Professorin) will künftig für eine „liberale Kulturpolitik" (Dregger über Höhler) in ganz Hessen stehen und ...

... Und der Goethe-Preis der Stadt Frankfurt geht an Ernst Jünger, Pour-le-Mérite-Träger des 1. Weltkriegs und *„Virtuose des faschistischen Stils"* (sein einstiger Sekretär Armin Mohler über Jünger - zit. n. Krit. Lexikon z. Deutschsprachigen Gegenwartsliteratur -KLG- H. Plard „Ernst Jünger").

Vorgeschlagen dafür hat ihn nicht etwa der Musterliberale W. Wallmann, sondern Rudolf Hirsch, konservativer Publizist und jüdischer Emigrant.

Ein R.H. hat auch in einem Leitartikel in der „FAZ" vom 7.8.82 die Stichworte für die Befürworter des Preisträgers Jünger in der öffentlichen Debatte gegeben: zum einen *„verschlägt es einem fast den Atem angesichts der ahnungslosen Selbstgerechtigkeit, die sich einige aus der jüngeren Generation anmaßen"*, - wenn sie nämlich einen Faschisten auch noch so nennen -, zum anderen: *„Ob Georg Lukacs, (...) oder Ernst Jünger: politische Prüderie oder reaktionäre Ressentiments sind schlechte Ratgeber, wenn es gilt, den Rang literarischer Werke zu würdigen"*.

Genau das aber galt es der CDU-Fraktion überhaupt nicht. Besonders CDU-Stadtrat Brück, der auf der Sitzung des Kulturausschusses am 5.8.82 Hilmar Hoffmann (SPD) vertrat und dabei mehr als eine Lanze für den Rassisten Jünger brach, hat anderes im Sinn als die von OB Wallmann in der „FAZ" vom 6.8. geforderte „geistige Toleranz".

Noch 1979 nämlich gab sich der ehemalige Koblenzer Staatsanwalt sehr *„beunruhigt, daß der politisch umstrittene Psychologie-Professor Peter Brückner an der Universität Frankfurt Gastvorlesungen (halten soll)"*, denn es sei doch offensichtlich eine Provokation durch den ASTA, daß *„ausgerechnet durch den als Terrorristensympathisant ins Zwielicht geratenen Brückner die politische Diskussion neu belebt werden soll.(...)Es ist untragbar, wenn der Steuerzahler die politische Agitation bezahlen soll"* („FR", 6.1.79). Bleibt zu fragen, worum es den CDU-Leuten dann geht, wenn eben gerade nicht um den Rang literarischer oder wissenschaftlicher Arbeiten. Die Vermutung liegt nahe, daß es die Tendenz selbiger Elaborate sein könnte, die den Christdemokraten wichtig oder gefährlich erscheint. In der besagten Kulturausschußsitzung bestätigte sich dieser Verdacht drastischer als für möglich gehalten. Als von den Grünen nach einiger Zeit hitzigen Hin- und Herdebattierens ein Jüngerzitat aus den „Süddeutschen Monatsheften" vorgetragen wurde, um deutlich zu machen, daß der Autor wirklich ein Rassist ist, platzte es aus Stadtrat Brück heraus: so eine Äußerung müsse doch in einer Demokratie diskutiert werden können ...

„Die Erkenntnis und Verwirklichung der eigentümlichen deutschen Gestalt scheidet die Gestalt des Juden ebenso so sichtbar und deutlich von sich ab, wie das klare und unbewegte Wasser das Öl als seine eigentümliche Schicht sichtbar macht. In dem Augenblick jedoch, in dem der Jude als eine eigentümliche und eigenen Gesetzen unterworfene Macht erkennbar wird, hört er auf, am Deutschen virulent und damit gefährlich zu sein. Die wirksamste Waffe gegen ihn, den Meister aller Masken, ist: ihn zu sehen ... Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein". (E.J., „Über Nationalismus und Judenfrage", „Süddt. Monatshefte", 27.Jg.,Sept 1930).

Dazu Stadtrat Brück, der schon verschiedentlich durch Ausländerfeindlichkeit hervorgetreten ist:*„Es muß doch in der Bundesrepublik diskutierbar sein, ob hier anwesenden Fremden - und dieses Problem ist angesichts der hohen Ausländerzahlen sehr aktuell - die Assimilierung unseres deutschen Kulturgutes aufgezwungen werden soll. Das muß man doch ohne den Makel der jüngsten Vergangenheit diskutieren können, man kann doch nicht immer* *Kulturgutes aufgezwungen werden soll. Das muß man doch ohne den Makel der jüngsten Vergangenheit diskutieren können, man kann doch nicht immer* *die jüngste Geschichte im Auge haben, und genau gegen diese Zwangsassimilierung von Juden an deutsches Kulturgut wehrt sich Jünger"*. (Kulturausschußsitzung am 5.8.82, Mitschrift F.).

Glückwunsch Herr Brück, Sie haben alle Schatten hinter sich gelassen und stehen nun mitten in deutscher Nacht ... Außerdem eine kleine Lektüre-Empfehlung: Walter Benjamin (aber der war doch auch Kommunist ...), „Juden in der deutschen Kultur", Ges. Werke Bd. II. 2 S. 807-813.

Pikanterweise war die Lokalberichterstattung von „FR" und „FAZ" in den ersten Augusttagen neben der Goethe-Preis-Verleihung an Jünger vor allem auch mit der Gründung der „Interessengemeinschaft zigeunergeschädigter Bürger" durch den CDU-Stadtverordneten Hans Schönberger beschäftigt. Zu diesem offiziell als „Privatsache" Schönbergers deklarierten Vorgang äußerte der CDU-Fraktionsgeschäftsführer H. Daum gegenüber der „FAZ" am 5.8.: *„Wir identifizieren uns in der Sache mit Schönberger, aber nicht mit manchen Zungenschlägen"*.

In allen Wipfeln spürst du kaum einen Hauch

Die plötzlich entfachte Debatte um Jünger traf die CDU offensichtlich unvorbereitet. Ungern sieht man sich beim Versuch ertappt, dem Rechtsrutsch ideologische Weihen zu verschaffen, zumal bisher doch alles ruhig und ordentlich - wie sich das für ein demokratisches Gemeinwesen in Deutschland gehört - abgelaufen war.

In den ersten Tagen der Auseinandersetzung blieb den interessierten Kreisen daher nur das wahllose Holzen gegen alle Kritik:*„Die Front der Zustimmung war hauptsächlich damit beschäftigt, Angriffe abzuwehren"*, beschrieb die „FAZ", die Ebene der soldatischen Sprache Ernst Jüngers während, die Situation. Es ist trotz aller Vergangenheitsbewältigung auch in der heutigen BRD erfreulicherweise doch nicht so leicht, einen rechtsradikalen Goethe des Jahres zu küren. Hier wurde das Dilemma der Konservativen in der BRD deutlich, die für den wichtigen Posten „Literaturpreisträger" in der Wahlkampfmannschaft auf die rechte Garde der Weimarer Republik und des Dritten Reiches zurückgreifen müssen. Der Nachwuchs ist trotz eines vor drei Jahren ausgeschriebenen CDU-Kindertheaterstück-Wettbewerbs noch recht spärlich. Noch, denn auch in manchen Feuilletons zeichnet sich eine vehemente Hinwendung zu treuem deutschen Optimismus und ein strammer Antikommunismus ab. In der „ZEIT" vom 20.8.82 zetert der sonst sicher nicht rechtsradikale Lyriker und Essayist Hans-Jürgen Heise über eine oberflächliche *„Pop- und Underground- Dichtung"*, die *„konsumorientiert, militant-pazifistisch, großstädtisch, internationalistisch, selbstentfremdet, naturfern, seinsabgewandt* (Heidegger läßt grüßen, Anm. F.) *geschichtsunkundig und überkritisch dem Westen, aber sentimental-utopisch dem Osten und der Dritten Welt gegenüber war"*. Die deutschen Poeten seien heute überdies depressiv und unlustig: *„Warum, frage ich mich, kann man wohl einem bei seiner Arbeit pfeifenden Dachdecker begegnen, doch kaum einem fröhlich gestimmten Poeten!"*. (H.-J.Heise, „ZEIT" Nr. 34/82).

So eine Kritik an lyrischer Miesepetrigkeit reicht vielleicht nicht für den nächsten Schiller-Preis, aber in ein baden-württembergisches (und bald auch hessisches) Deutschschulbuch gehört so eine schlichte Wahrheit allemal.

Auch der mittelalt-Poet Jörg Fauser, im Nebenberuf Kommentator beim „tip -magazin" in Berlin (West), ist aus seiner linken Ecke längst heraus und bereitet sich auf zukünftige konservative Preisträgerwürden vor. Zur Situation der Frau in der Gesellschaft liegt er voll auf Blüms familienpolitischem Kurs: *„Doch der Wind hat mal genug gefetzt/ und der Schnee bleibt auch nicht liegen/ und der Spieler hat auf Sieg gesetzt/ und Frauen wollen doch bei Männern liegen/ Baby, laß mich rein-rein-rein-/ Baby-Baby laß mich rein"*. Das reicht heutzutage immerhin für eine Veröffentlichung im renommierten Verlag Rogner&Bernhard. Aber Fauser weiß noch mehr und hat zum Antrag der GRÜNEN, den Preis nicht an Jünger zu verleihen, deshalb einen zweiseitigen Artikel über das *„Risiko der Erkenntnis"* geschrieben: *„Denn vom ersten bis zum letzten Satz verbreitet das Papier, mit dem die Grünen ihren Antrag begründen, Jünger den Preis zu verweigern, genau jenen miesen Blockwartsmief, jenen unerträglichen Geruch geistigen Schnüffelantentums und politischer Verhetzung und Verleumdung, der so unverwechselbar zur Struktur des Totalitarismus gehört wie Massenaufmärsche und Menschentransporte - ja, diese erst ermöglicht"* („tip" 18/82,S.40). Das *selbar zur Struktur des Totalitarismus gehört wie Massenaufmärsche und Menschentransporte - ja, diese erst ermöglicht"* („tip" 18/82,S.40). Das „tip" ist immerhin eine ehemals linke Stadtpostille ... So unverfroren war nicht einmal die Hauszeitung der Ernst-Jünger-Fraktion: die „FAZ". Sie entledigte sich ihrer Pflicht, der CDU hilfreich und intellektuell zur Seite zu stehen, eher zurückhaltend, möglicherweise auch ein wenig unwillig: im Feuilleton jedenfalls blieb es auffällig still. Marcel Reich-Ranicki - sonst schnell bereit, alles allzu Linke und an den Säulen bürgerlicher Kulturtradition allzu beharrlich Rüttelnde schnell in Grund und Boden zu kommentieren - schwieg sich ganz aus; Günther Rühle mochte sich nur zu einem süffisanten Feuilleton herablassen, das vor allem das „Dranhängen" der SPD an die Initiative der Grünen angriff: *„Ein Oldsmobile im Schlepptau eines R 4: wenn das noch was mit Führungsanspruch zu tun hat"* (FAZ 17.8.). Die Dreckarbeit, einen politischen Autor zum großen unantastbaren Literaten aufzubauen und seinen Kritikern vorzuwerfen, sie beschränkten sich kurzsichtig auf zeitweilige politische Irrwege dieses „großartigen Stilisten", überließ man den Kollegen vom Lokalressort und ... Golo Mann. Dieser unsägliche Wortklauber und bemühter Vater-und Onkelepigone wird von der CDU/CSU offensichtlich immer dann an die Schreibmaschine oder mit FJS ins Interviewzimmer geschickt, wenn ein Vorzeige-Intellektueller gefragt ist und alle etwas bewanderten Konservativen lieber ihren Mund halten. Immerhin, auch Golo Mann bemerkt „nebenbei", daß *„der Ernst Jünger der zwanziger Jahre historische Schuld auf sich lud"*, aber: *„Meine verehrten Grünen in der Stadt Frankfurt: wer von Ihnen besitzt denn wohl kein Auto! Ernst Jünger hat sein Leben lang keines besessen.(...) Wer von Ihnen wacht so über Seele, (sic!,F.) Geist und Körper, so wie er, der 15 bis 20 Jahre jünger aussieht, als er ist"* („FAZ",24.8.). Den nächsten Goethe-Preis dann bitte an Baldur Springmann...

Schutzpanzer Literatur?

Wenig produktiv hat sich auf die Ernst-Jünger-Debatte im Parlament, „FAZ" und Leserbriefspalten ausgewirkt, daß es immer nur um ein entweder-oder ging: entweder den literarischen, angeblich stilistisch hervorragenden Ernst Jünger oder den politisch in der Nähe des Faschismus herumtändelnden. Diese Trennung von Werk und politischer Moral steht zwar in schlechter deutscher Tradition, sehr sinnvoll ist sie gleichwohl nicht. Wie eng verwoben weißer Terror und literarischer Ausdruck sind, wird gerade bei Jünger besonders deutlich und ist beispielsweise sehr fundiert auch bei Klaus Theweleit („Männerphantasien") nachgewiesen.

Wenn Jünger z.B. in seiner Schrift „Der Kampf um das Reich" im Vorwort schreibt: *„Dies ist das Wesen des Nationalismus, ein neues Verhältnis zum Elementaren, zum Mutterboden, dessen Krume durch das Feuer der Materialschlachten wieder aufgesprengt und durch Ströme von Blut befruchtet ist — ein Horchen auf die geheime Ursprache des Volkes, die in die Sprache des 20. Jahrhunderts zu übersetzen ist"* (zit. nach Theweleit, „Männerphantasien", Band 2, S.91), dann drückt sich nicht nur ein biologistisches und militaristisches Denken in einem ‚literarischen' Text aus; der Text selbst wird durch seine Sprache soldatischer Männlichkeit militaristisch. Die in der Antragsbegründung der Grünen dokumentierten Textstellen deuten auf genau dasselbe Phänomen hin. Darauf zielt auch Heißenbüttel ab, wenn er in der „FR" vom 28.8. unter der Überschrift „Der Goethe der CDU?" Jünger zitiert: *„Die deutsche Literatur wird heute als ein Nebenzweig der Politik behandelt oder als Terrain der Soziologie. Mir dagegen ist es um die Sprache zu tun — das ist mein Dialog"*. Um dann zu bemerken: *„Welche Sprache? ‚Terrain der Soziologie' ist nicht die Ausdrucksweise eines Literaten, sondern eines Militärs. Eines Militärs, der ununterbrochen seine Meinung zum Besten gibt (...)"* (H. Heißenbüttel, FR 28.8.).

Der soldatische Sprachgebrauch verschwindet in Jüngers Werken, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, zusehends (nicht völlig) — was bleibt, ist eine apodiktische Schreibweise und analogische Satzkonstruktionen, die den Leser in die Rolle eines Jünger-Jüngers hineinzwingen, der die Lehrsätze, die sein Meister verkündet, glauben mag oder auch nicht. Seine literarische Welt der knappen Diktion und deren unklarer Ziele ist mystisch und verrätselt durch und durch, *„indiskutabel, im eigentlichen Sinn des Wortes"* schreibt Henri Plard im KLG (KLG, 11. Nachlieferung, S.17).

Unter dem Pflaster der Notstand??

Unter dem Pflaster der Notstand??

Eine recht eigentümliche Position bezogen, freilich nicht ganz unerwartet, die „Pflasterstrand"-Redakteure. Sich in Papiergewittern wähnend beschworen die sonst eher den Grünen zugewandten Spontis Gott und billigten Walter Wallmann die besseren Argumente zu, denn: *„Er verteidigt sowohl die Entscheidung einer unabhängigen* (so steht es wirklich drin, ohne Tüttelchen und Fragezeichen, F.) *Jury als auch die künstlerische Freiheit der Intellektuellen (...) gegen politisch motivierte Eingriffe und Zensurabsichten"*. („PS" 139, S. 13). Daß es den Grünen weder um Zensur noch um ‚politisch motivierte Eingriffe', sondern um die Nichtverleihung des Goethe-Preises ging, schert Joschka Fischer, Emil Nichtsnutz (naja, die Pseudonyme ..., Fassanbass) und C. Sciolti überhaupt nicht. Kein Wunder, wie sonst wären sie ihre Polemik gegen den *„moralischen Saubermann in der Kulturpolitik"* oder über die *„mangelnde theatralische Strategie"* (????, F.) der Grünen los geworden.

Wie schon Jörg Fauser im „tip", so verteidigt glühend auch Joschka Fischer im „PS" die Freiheit der Literaturpreisverleihung an Literaten, *„gleich welcher politischen oder kulturellen Tendenz sie angehören"*. Wer das nicht akzeptieren will und bescheiden darauf hinweist, daß es doch fragwürdig sei, einem Wegbereiter faschistischen Gedankenguts derartigen Preissegen zukommen zu lassen, den rückt auch Fischer assoziationsweise in die Nähe der Nationalsozialisten: *„Nun, vom Ehr- zum Schreibverbot ist es oftmals ein kurzer Weg, allzukurz, wie die Erfahrung lehrt; sobald die Machtverhältnisse die Gesinnung einholen, ist es dann soweit und gute Gründe finden sich allemal"*. Anschließend, immer getreu dem Motto Wallmanns: „rechts gleich links", reiht Fischer Jünger in eine Ahnengalerie bundesdeutscher Unpersonen ein: Brecht, Peymann, Ensslin, Sartre, P.P. Zahl ...

Überhaupt ist die Analyse verschiedener Umstände, die bei scheinbar gleichen Begebenheiten dennoch eine unterschiedliche Wertung verlangen, nicht Fischers stärkste Sache. Wenige Zeilen später verkündet er dann auch noch leichthin, daß „de facto" ein Wirtschaftsminister der CDU von einem der FDP oder gar der SPD kaum zu unterscheiden wäre, daß überhaupt das ganze Gerede von einer konservativen Tendenzwende geradezu lachhaft sei. Und kulturell hätte die BRD-Rechte nun schon gleich garnichts zu bieten: Schelsky, Ziesel, Mohler ... und eben Jünger.

Mir scheint das etwas kurzsichtig: Adolf Dresen beispielsweise macht sich als neuer Frankfurter Schauspielintendant - ganz gut, hat in einer „Aspekte"-Sendung für die *„Enttabuisierung des Krieges"* geworben, der nämlich in *„gewisser Weise die bürgerliche Gesellschaft aufhebt"*; er versucht hier (laut „FAZ" vom 13. 3. 82) eine Art „deutsches Nationaltheater" aufzubauen, und wer weiß, vielleicht eilt Peter Handke schon über die Dörfer auch nach Frankfurt, um hier sein neues Heil von Fröhlichkeit, Kinderglauben und Heimat zu verkünden... Daß der *„Deutschnationale im Christdemokraten"* (J.F.) gerade in letzter Zeit verstärkt an die Öffentlichkeit tritt, daß Dregger auf seiner Wahlkampf-Eröffnungsveranstaltung in Frankfurt auf dem Römer das Deutschlandlied anstimmt und Hupka immer wieder aufs Neue Schulatlanten mit den Grenzen von 1937 fordert, übersieht Fischer seiner Argumentation halber lieber. Für ihn bleibt Jünger vor allen Dingen auch ein Anlaß eigener Vergangenheitsbewältigung, ein Anlaß, aus heutiger „gewaltfreier" Sicht auf den „Fighter" vergangener militanter Revolten zu blicken und festzustellen: wenig segensreich die Chose ... Alternative Kulturpolitik möchte Fischer, und das ist eigentlich der Gipfel seiner Argumentation, auf das alleinige Ziel beschränken, *„den Herrschenden auf die Pfoten zu hauen, sobald sie sich an der Freiheit der Kunst vergreifen"* („PS" 139, S.15). Defensiver geht's nicht mehr, kurzsichtiger auch kaum — das Absägen von Mitbestimmung und TAT, die Rundfunkpläne der CDU — um in Hessen zu bleiben — das alles sind nicht in erster Linie Übergriffe gegen die „Freiheit der Kunst"; derartige Strategien gegen emanzipatorische Kulturpolitik zu unterlaufen und jene erst zu ermöglichen — das finde ich, müßte Ziel einer alternativen Kulturpolitik sein. Emil Nichtsnutz — der Name scheint Programm — ergänzt seinen Feuilletonchef noch dahingehend, daß er die Frage einbringt, wie sich denn wohl unsere Generation „in der gleichen Lage" verhalten hätte („PS" 139, S.18), um sofort festzustellen: es hätte gewiß nicht mehr Widerstandskämpfer aus dem Öko-Lager als aus dem der Konservativen gegeben. Das mag richtig sein: historisch mag es für den „Pflasterstrand" ganz interessant sein, daß der Widerstand im Faschsimus in der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterschaft ins- für den „Pflasterstrand" ganz interessant sein, daß der Widerstand im Faschsimus in der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterschaft ins- gesamt doch fester verwurzelt war als im konservativen Bürgertum. Der letzte Kolumnist des „Pflasterstrand", C. Sciolti, kürt dann ganz ernst FJS' Wortschöpfung von den Grünen als „Trojanische Sowjetkavallerie" (ganz im Zeichen unserer Zeit, in der Rechtsradikales, solange es nur chic klingt, auch in gewissen ‚linken' Kreisen auf Interesse stößt) zum schönsten Wort der Saison, und ahnt auch den Grund, aus dem heraus die Grünen das Gezeter um Jünger begonnen haben: weil *„man gegen die Peepshowschließung wegen der Feministinnen nichts unternehmen konnte"* („PS" 139, S.20).

Im „Pflasterstrand" 140 kommen immerhin G.Zwerenz und Heinz Brandt als Leserbriefschreiber zu Wort. Daß deren sehr scharfe und treffende Ausführungen der PS-Redaktion die Augen über Jünger geöffnet hätten (*„Dieser Herr Jünger ist das Programm der Militärdiktatur. ... Jünger ist die Fahne des Notstands. Bevor er verkündet wird, muß er ideologisch angekündigt werden"*; G.Z., „PS" 140, S.24), kann nicht angenommen werden; zusehr scheinen die Träume in Richtung Nouvelle Droite und nach Frankreich (dort wird Jünger auch gewürdigt und nicht attackiert ...) gerichtet. Bemerkenswert ist noch, daß keiner der „PS"-Autoren auch nur mit einem Wörtchen den Antisemitismus Jüngers erwähnt oder kritisiert hätte. Oder, um es als Frage zu formulieren: glaubt auch die „Pflasterstrand"-Redaktion, daß biografische Daten, wie die von Heinz Brandt (Vater im Ghetto umgekommen, Bruder desgleichen, Mutter vergast, Bruder Richard im GULAG in der SU umgekommen, Schwester in der SU an der Ausreise in die BRD gehindert, H.B. selbst in mehreren KZ's inhaftiert) *„nicht geeignet sind, Argumente für eine intellektuelle Auseinandersetzung zu liefern"* (W. Wallmann, zit. nach „PS" 140, S.25). Der Goethe-Preis in der BRD 1982 an einen Antisemiten, ist das Freiheit der Kunst? Dieser Auseinandersetzung ist der PS eher ungeschickt aus dem Weg gegangen. Im „Spiegel"-Interview antwortete Jünger auf die Frage *„Was werfen Sie Hitler eigentlich vor?"*: *„Sein ganz offenbares Unrecht nach 1938"*. Die Bücherverbrennung, die Boykotte jüdischer Geschäfte, die Rassengesetze — das war 1933, 1934, 1935...

Fassanbass

»Emma« über SPD:

Frauenfeindlich — aber immerhin wählbar!?

Daß die Regierung bröckelt und der Sprung der SPD auf die Oppositionsbänke in Bonn nur noch eine Frage der Zeit und der konkreten Umstände ist, kann kaum noch übersehen werden. Die Stärke der oppositionellen Bewegungen außerhalb der etablierten Parteien wird sich in diesem Prozeß daran erweisen, wie sie einerseits mit dem verschärften Gang einer künftigen Bundesregierung unter Beteiligung der CDU/CSU fertig werden wird und wie sie sich andererseits gegen die größere Integrationsfähigkeit einer SPD ohne Regierungspöstchen behaupten können. Bezogen auf die Frauenbewegung kommt es in diesem Zusammenhang v.a. darauf an, auf der einen Seite dem Frauenbild der CDU und ihrer Familien- und Sozialpolitik entgegenzutreten. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, der SPD und ihren 'Möchtegern'-Reformern allzu unkritisch Lob zu zollen (z.B. Modellversuch 'Mädchen in Männerberufen').
In diesem Artikel wird untersucht, welche Positionen in der "Emma" — die ja immerhin repräsentativ für große Teile der Frauenbewegung ist — bisher zur SPD eingenommen wurden.

Die "Qual der Wahl" oder "Der Schein trügt"

Hin und wieder, wenn irgendwo im Land Wahlen anstehen, läßt sich auch die "Emma" nicht lumpen und wartet mit einem Kommentar zur Wahl auf:
"Emma" 6/78: Bürgerschaftswahlen in Hamburg
"Emma" 5/80: Landtagswahlen in Nordrheinwestfalen
"Emma" 9/80: Bundestagswahlen
"Emma" Sonderheft: "Wahlboykott?"
"Emma" 6/82: Bürgerschaftswahlen in Hamburg
"Emma" 9/82: Landtagswahlen in Hessen

Alle diese Artikel sind nach einem ähnlichen Strickmuster gestrickt. Vorgestellt werden die (überwiegend nicht existierenden) Parteiprogrammpassagen zur Frauenpolitik von SPD, FDP und CDU, in letzter Zeit auch der Grün-Alternativen und einige Spitzenkandidatinnen verschiedener politischer Herkunft. Garantiert werden die Kommentare meist mit Zahlen über den Einfluß von Frauen in den einzelnen Par teien. Dabei scheint "Emma" immer peinlichst um ihre Überparteilichkeit bemüht zu sein. Jedenfalls hütet sie sich stets, eine direkte Wahlempfehlung abzugeben.

"Wir können und wollen ... keine Wahlempfehlung abgeben. Keine der etablierten Parteien verdient unsere Stimme! Jede von uns muß darum in
fehlung abzugeben.
"Wir können und wollen ... keine Wahlempfehlung abgeben. Keine der etablierten Parteien verdient unsere Stimme! Jede von uns muß darum in
dieser Situation für sich alleine entscheiden, ob sie, aus welchen Erwägungen heraus auch immer, doch noch einmal dieser oder jener Partei ihre Stimme gibt ..." ("Emma" 9/80, S.11).
Als mageres Fazit findet sich schließlich in allen Wahlüberlegungen die nichtssagende Floskel:*"Es bleibt die Qual der Wahl"*.
Aber:*"Partei ist nicht Partei"*.
Daß die Unterschiede doch größer sind, als das Urteil "frauenfeindlich sind sie alle" vorgibt, weiß natürlich auch "Emma". Bei genauerem Hinsehen kann frau nämlich feststellen, daß die "Emma" beim Kommentieren ganz eindeutig in eine bestimmte Ecke schielt, völlig allein wird frau bei ihrer Qual nun doch nicht gelassen. So stellt "Emma" immerhin fest, daß *"für uns "Frauen in Bewegung" die CDU/CSU als die konservativste Partei kaum infrage kommt..."* ("Emma" 9/80, S.11). Die DKP ist ihr wohl so indiskutabel, daß darüber keine Zeile verloren wird.
Während diese Überlegungen noch recht zögernd scheinen, fällt das Urteil über die "Grünen" klar und deutlich aus: *Für vieles haben wir nur Fragen, für manches allerdings auch schon Antworten: so für die "Grünen". Sie sind, wir wissen und spüren es selbst, verführerisch. Die Sache, um die es da geht, scheint gut, und Erfolg haben sie auch. Nur — der gemeinsame Nenner auf den man sich da einigt, ist nur die Spitze eines Eisberges, was sich darunter verbirgt, werden wir erst in Zukunft erfahren. Außerdem: Während grüne Frauen Basisarbeit machen, Osterglocken pflanzen und Flugblätter tippen, machen grüne Männer Karriere und ziehen in die Parlamente ein,. Dreimal dürfen wir raten, für wessen Interessen sie sich dann dort einsetzen werden...* ("Emma" 5/80, S.26).Na also, die Qual der Wahl wird doch schon kleiner! Bleiben noch SPD und FDP.

Die FDP besticht zwar durch ihr fortschrittliches Programm, sie ist immerhin für den *"Elternurlaub, die Anerkennung von Wohngemeinschaften und 'gleichgeschlechtlichen Partnerschaften' "*("Emma" 9/80, S.10).

Aber die SPD — sie hat einfach das gewisse Etwas: die kämpferischen Frauen! So ist der Artikel zur letzten Hamburger Bürgerschaftswahl ein Loblied auf "die Emanze" Frauke Martin, Hamburger SPD-Abgeordnete. Sie ist in "Emmas" Augen vielleicht ein guter Grund, *"in Hamburg der SPD die Stimme zu geben."* ("Emma" 6/82, S.17).

Und Dorothee Vorbeck, Landtagskandidatin in Hessen, hat sich schon im Kampf gegen den §218 verdient bgemacht. Grund genug für ein Interview mit "Emma". Auch Grund genug für eine Stimme für die SPD? Vor wenigen Jahren jedenfalls war sie akzeptables Aushängeschild der SPD, und "Emma" räsonierte (Pardon — vielleicht ist es doch eher eine direkte Empfehlung?), daß *"gerade Frauen diese Partei bestenfalls noch wählen könnten, weil solche wie Dorothee dort bisher gearbeitet haben!"* ("Emma" 4/78, S.11).

Die Schlußfolgerung, daß bei den "Emma"-Redakteurinnen eine heimliche, wenn auch kritische, Neigung zur SPD besteht, ist naheliegend.

Leichtfertig gibt frau bei "Emma" dieser Neigung allerdings nicht nach: Das Kreuz am Wahltag ist das Ende einer Wanderung durchs Labyrinth.

Aber auch ein Schloß mit sieben Siegeln kann frau öffnen.



Wahlboykott — oder lieber doch nicht?

Wahlboykott — oder lieber

Mit ihrer Haltung zu Wahlen steckt „Emma'' in einem grundsätzlichen Dilemma: auf der einen Seite kommt sie für alle Parteien aus unterschiedlichen Gründen zu dem generellen Schluß: e i g e n t l i c h für F r a u e n nicht wählbar. Aus dieser Einschätzung heraus erklärt sich ihr Kokettieren mit der Idee eines Wahlboykotts der Frauen. Andererseits will sie Frauen nicht zur politischen Abstinenz aufrufen, und deshalb bleibt's beim Kokettieren. *„Eine ... alternative Form politischen Handelns könnte ein aktiver Wahlboykott sein. B etonung auf: aktiv! Wenn, dann müßte er der außerparlamentarische Hebel sein, der die Verkrustungen der etablierten Parteien aufbricht.''* (Emm a 9/80, S.11) Die potentielle Wirkung eines Wahlboykotts wird dabei zu d e m Mittel hochstilisiert, das die etablierten Parteien zum Wutschnauben b ringen kann. So kommentiert „Emm a'' das Erscheinen eines in der Tat sehr demagogischen Papiers zum „Emma''-Wahlboykott-Band in der SPD u.a. mit den Worten *„Ein solcher Angriff ist nicht nur Ausdruck der Verachtung engagierter Frauen, sondern auch Ausdruck der Angst vor uns... Die heftige Reaktion der SPD gibt uns recht! Die Erwägung eines aktiven Wahlboykotts scheint in der Tat das einzige zu sein, womit man diese* (die SPD, die Red.) *selbstgefällige und basis- und frauenferne (bis -feindliche) Partei noch erschüttern, noch unter Druck setzen kann...''* (Emma 11/80, S.5) Gleichzeitig entspricht die Idee eines Wahlboykotts wohl am ehesten dem politischen Selbstverständnis der „Emma'', zu einer B a s i s bewegung und nicht ins etablierte politische Geschäft zu gehören.

Dennoch kann „Emma'' sich nicht dazu entschließen, tatsächlich zum Wahlboykott als politische Strategie aufzurufen. Denn einmal *„ist die Idee eines Wahlboykotts von den Frauen nicht ausreichend diskutiert worden''* (Emma 9/80, S. 11). Zum anderen sind Wahlen *eine von vielen Möglichkeiten, zu versuchen, seine Stimme zu Gehör zu bringen. Wir Frauen können es uns nicht erlauben, auch nur eine dieser Gelegenheiten nutzlos verstreichen zu lassen''* (Emma 5/80, S. 27)).

Also doch lieber wählen! Zwar fordert „Emma'' noch großspurig dazu auf, den Wahlboykott für die nächsten Wahlen im Auge zu behalten („Emma'' 9/80, S.11), aber ansonsten ist es dann still um dieses Stichwort geworden.

Die SPD unter Druck setzen?

Ob die „Emma'' in dem einen Artikel mehr dem Boykott oder im nächsten mehr dem Wählen zuneigt — gemeinsam ist beiden Positionen, daß die Frauen „Druck'' ausüben sollen, ihre „Stimme'' zu Gehör bringen sollen. Hierzu nochmals ein Zitat von Alice Schwarzer: *„Motivierend wirken diese Parteien nicht gerade auf ihre weibliche Wählerschaft. Es muß allerdings eingeräumt werden, daß eine derart ungebrochene Ignoranz der männerbeherrschten Parteien nur möglich ist, weil wir Frauen uns selbst in diesen letzten Jahren als Frauen nicht energisch genug eingebracht, keinen ausreichenden Druck ausgeübt haben. Schließlich ist das Ganze, wie immer in der Politik, eine reine Machtfrage''* (Emma 9/80, S.11).

Frau vergleiche diese Überlegungen mit dem folgenden Zitat aus dem „Wahlboykott-Sonderheft'': *„Hmm... Weißt du, das alles ist ja eine*
Frau vergleiche diese Überlegungen mit dem folgenden Zitat aus dem „Wahlboykott-Sonderheft'': „Hmm... Weißt du, das alles ist ja eine
Machtfrage. Und Frauen sind nun mal nicht organisiert und stellen damit auch keine Bedrohung dar.

Frauen waren mal ein Thema, Anfang der 70er Jahre, als die Frauenbewegung entstanden ist als eine soziale Bewegung. Sie hat damit eine stärkere Legitimationskrise bei den regierenden Parteien ausgelöst, jedenfalls bei denen, die ernsthaft den Anspruch vertreten, für Demokratie und alle Menschen in gleicher Weise einzutreten. Also die konservativen Parteien kannst du dabei vergessen, die kann man nicht unter Legitimationsdruck setzen, weil sie sowieso nach ihrer Ideologie handeln. Aber die progressiven Parteien, auch die SPD, kommen zunächst schon mal in Schwierigkeiten'' (Emma-Sonderheft-Wahlboykott, S.44). So geäußert von Frau X. (der Name wird nicht genannt), aktives und frauenbewußtes SPD-Mitglied in einem sechseinhalbseitigen (!) Interview in der „Emma''. Das hört sich doch z.T. bis auf die Wortwahl ganz schön nach Versagen an! Nur daß Alice Schwarzer nicht direkt zugeben mag, daß sie mit ihrem Aufruf zum „Druckausüben'' die SPD im Auge hat. Aber was A.Sch. nicht ausspricht, wird der SPD-Frau am Ende des Interviews geradezu in den Mund gelegt:

„Emma: Das heißt der Druck von Frauen auf eine Partei wie die SPD ist nicht nur von außen bedeutend geringer als noch von ein paar Jahren, sondern auch von innen? — X.: Genau. — Emma: Wir brauchen uns also gar nicht zu wundern, daß die SPD-Männer immer noch ganz die alten Paschas sind? — X.: So ist es. — Emma: Es wird also Deiner Meinung nach höchste Zeit, daß wir Dampf machen! — X.: Nur ein Druck von außen kann den kritischen Kräften in der SPD helfen.''

Konsequenz von „Emma'': mit keiner Partei setzt sie sich so häufig und so intensiv auseinander wie mit der SPD. Leider jedoch stets mit dem Tenor, daß, wenn überhaupt, die SPD von allen Parteien wohl doch für die Frauen noch die größten Perspektiven bietet. Dabei weist „Emmas'' Halt ung sehr starke Parallelen zur Strategie der Jusos auf: Die kritischen Kräfte stärken — und die sollen darin bleiben und den Druck von außen nutzen!

Feministinnen in der ASF — die kämpfen noch wirklich!

In nahezu allen Reportagen, in denen sich „Emma'' mit der SPD auseinandersetzt, stehen Frauen im Mittelpunkt, die sich in der SPD für Frauenpolitik einsetzen und die in der ASF zum „feministischen Flügel'' gehören. Dabei wird durchaus immer herausgearbeitet, daß solche Frauen in der SPD, ja selbst in der ASF, einen schweren Stand haben. Während die Rolle der Frauen bei den Grünen und in Alternativen Listen jedoch sehr kritische untersucht wird (s.o.), kommen die „kämpferischen'' SPD-Frauen in der „Emma''-Kritik sehr gut weg. In keinem Artikel wird die integrative Alibirolle solcher Frauen mit einem Wort erwähnt, und dieses, obwohl immer wieder betont wird, daß mit der SPD in Sachen Frauenpolitik auch nicht viel los ist. So wäre es doch naheliegend, daß die SPD mangels tatsächlicher Politik für Frauen den Aushängeschildern in ihren Reihen das Leben zwar schwer macht, sie aber dennoch lieber duldet, als ohne sie völlig im Hemd dazustehen. So bleibt für Frauen halt der Hoffnungsschimmer, daß eine Handvoll Frauen in der SPD sich noch abmüht und vielleicht, eines Tages...

Daß bei „Emma'' die Nimmermüden in der SPD recht hoch im Kurs stehen, wird allerdings aus ihrer grundsätzlichen Einstellungen zu Parteien generell und zur SPD im speziellen erklärbar. Die Kritik an der SPD wird in
den in der SPD recht hoch im Kurs stehen, wird allerdings aus ihrer grundsätzlichen Einstellungen zu Parteien generell und zur SPD im speziellen erklärbar. Die Kritik an der SPD wird in
den seltensten Fällen an tatsächlichen Fragen aufgezogen. Der wichtigste Vorwurf, der ihr gemacht wird, ist vielmehr ihre „patriarchalische'' Struktur, durch die es Frauen sehr schwer gemacht wird, Einfluß zu nehmen. Dazu als Beispiel eine Passage aus dem bereits zitierten Interview im Sonderheft „Wahlboykott'':

„Emma: ...Rein atmosphärisch wird generell immer deutlicher, daß die Frauen in der SPD, verglichen mit den Frauen in anderen Parteien, die geducktesten und angepaßtesten sind. Das hat sicherlich auch was mit dem Genossenflair, das ja ein stark männlich geprägtes ist, zu tun: Genossen verstehen sich wohl als die letzten Männer, als die Rettung der Welt, da schwingt so eine Che-Guevara-Look mit. Und dann ist da auch der sehr viel rigidere Aufbau der Partei, die Struktur... Auch die soziale Herkunft spielt in diesem Fall eine negative Rolle: gerade die Genossen-Partei schleppt schwer mit sich eine tragende kleinbürgerliche Geschlechtermoral. Es gibt auch nicht die lockeren Maschen der Liberalen, die dem Individuum, und damit auch dem weiblichen Individuum, auch mal eine gewisse Größe und Stärke zugestehen. Die Liberalen...
X:...Männer, die sich in Frage stellen...
Emma: ...und die Konservativen...
X.:: ...die sind ungebrochener, weniger im Konflikt mit dem ihnen gesellschaftlich zugewiesenen Bild.'' (Emma-Sonderheft, S.50)

Frauen, die trotz dieser Schwierigkeiten immer wieder versuchen, sich in ihrer Partei durchzusetzen, sind für „Emma'':
— z.B. **Dorothee Vorbeck**, SPD-Politikerin in Hessen; *„in der Vergangenheit verschrien als Partei-Linke und Feministin''* (Emma 9/82. S.39). Über ihre politische Entwicklung wurde in Emma 4/78 anläßlich der letzten hessischen Landtagswahlen berichtet. Auch im diesjährigen September-Heft wurde sie als Vertreterin ihrer Partei zum Wahlinterview geladen. Eine „linke Feministin'' als Repräsentantin der SPD Holger Börners? Das kann ja höchstens die halbe Wahrheit sein.
— z.B. **Lianne-Maren Mürl, Edith Harbeck** von der ASF Schleswig Holstein und **Eva Roth** damals noch SPDlerin. Anläßlich der Landtagswahlen '79 in Schleswig-Holstein wird über ihr damals neues politisches Blättchen „Eva-Offensiv'' berichtet und eine Art Bekenntnis zum Feminismus veröffentlicht: *„Edith Harbeck: ...Frauen gemeinsam ja. Aber nicht mehr Hand in Hand mit den Männern. Der Sozialismus verändert nichts für Frauen. Das war der Irrtum von Clara Zetkin. Feminismus ist der richtige Ansatz. Daß die Feministinnen es schwer mit der SPD haben, ist mir klar. Ihr Überdruß ist verständlich''* (Emma 3/79, S.7). Das sollte doch wohl auch ein Grund für eine Stimme sein, oder? Während Eva Roth aus der SPD inzwischen ausgetreten ist (Emma 6/79) und die Frauenpartei mitbegründete (die ja üb rigens von Emma nicht sehr geschätzt wird), kämpfen die anderen beiden weiter für eine feministischere Politik der SPD (s. Bericht zum ASF-Arbeitskongress, Emma 7/79).
— z.B. **Frauke Martin**, SPD-Abgeordnete in der Hamburger Bürgerschaft. Sie bekommt in einem Artikel zur Hamburger Wahl 1982 (Emma 6/82) ausgiebig Gelegenheit, sich als „Emanze'' und engagierte Nachrüstungsgegnerin darzustellen. Sie wird von „Emma'' zur starken Politikerinnen-Persönlichkeit aufgebaut, die sich schon seit mehr als zehn Jahren ihren Weg in der SPD bahnt. Fazit: „Es gäbe vielleicht einen Grund, in Hamburg der SPD eine Stimme zu geben, nämlich wegen Frauke Martin'' (Emma, 6/82 S.17). Dies, obwohl auch die guten Gründe aufgezählt werden, die GAL zu wählen: viele Frauen auf der Liste, ein gutes Frauenprogramm, und die ganze Liste — nicht nur eine Frau — gegen Nachrüstung und Kernergie.
— z.B. **Vera Koniecka** und **Gabriele Schwietering**, die sich bei den Jusos um eine stärkere Berücksichtigung der Frauenpolitik bemühen (Emma 8/82). Überschrieben ist dieser Artikel zwar mit dem vielversprechenden Wort *„Energieverschwendung''*, doch eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der politischen Rolle der „frauenbewegten Frauen'' in der SPD findet auch hier nicht statt.

Diese kaum verhüllte Vorliebe für altgestandene Kä-mpferinnen und die starke Persönlichkeitsorientierung der „Emma'' hat offensichtlich noch aus einem anderen Grund System. Die
Diese kaum verhüllte Vorliebe für altgestandene Kä-mpferinnen und die starke Persönlichkeitsorientierung der „Emma'' hat offensichtlich noch aus einem anderen Grund System. Die
Frauen, die in der SPD was geworden sind, mußten nämlich noch kämpfen, während sich die jüngeren Frauen, insbesondere auch bei den Grünen mit ihrem insgesamt frauenfreundlicheren Klima, nur ins gemachte Nest setzen. *„Vorbeck: Ich glaube, daß es da einen Generationsbruch gibt. Als Frau meiner Generation war man in der Lage, im Beruf und wo immer, sich irgendwie durch Kompromisse, die man selbst gar nicht kannte (zumal es ja auch noch keine Frauenbewegung gab), soweit anzupassen, daß man erfolgreich arbeiten konnte, ohne jeden Tag fürchterlich zu leiden. Dennoch merkte man, daß da doch eine ganz entscheidende Tatsache, nämlich die Tatsache des Geschlechtes, ist. Auf diese Weise hat sich unser Frauenbewußtsein entwickelt. Während i ch ganz sicher davon ausgehe, daß es bei Jutta Difurth* (Vertreterin der Grün en, d. Verf.) *anders war. Daß es diese Phase des Nichtwissens, daß man überhaupt eine Frau ist, gar nicht gegeben hat. Es ist eine andere Generation. Da hat die Frauenbewegung was erreicht. — Schwarzer: Die jungen Frauen sind sozusagen ins gemachte Bett gefallen...''* (Emma 9/82, S. 39).

„X: ...Was ich eigentlich erwartet hätte, daß die jungen Genossinnen zu der jetzigen Frauenbewegung einen unmittelbaren Kontakt aufnehmen, analog dazu, wie wir es vor ein paar Jahren gemacht haben. Fehlanzeige. Läuft nicht. Die gehen nicht zu den engagierten Frauen. Die profitieren nur von den Resultaten der Frauenbewegung, das tun wir alle, aber sie invenstieren nicht in sie'' (Emma-Sonderheft „Wahlboykott'', S.51).

Forts. nächste Seite

Zwischen Basispolitik und politischer Karriere

Mit ihrem Schielen nach den Frauen, die sich im männerdominierten politischen Geschehen dennoch durchgesetzt haben, begiebt sich ,,Emma'' in einen weiteren grundsätzlichen Widerspruch, auf den sie keine k l a r e Antwort findet. Einerseits geht diese Bewunderung für Frauen, die es eben doch schaffen, sogar soweit, die guten Seiten an der Wahl von Margaret Thatcher zur britischen Premierministerin zu finden: ,,*Maggie, die es geschafft hat, ist eine Ausnahme und wird es auch vorläufig bleiben. Aber sie zeigt Frauen, daß die Sterne am Himmel eigentlich auch für das weibliche Geschlecht nicht zu hoch hängen. Kein Königreich für alle Frauen, aber eine Ermutigung. Trotz alledem*'' (Emma 6/Z79, S.5).

Auf der anderen Seite versteht sich ,,Emma'' natürlich im Kontext einer b a s i s orientierten Frauenbewegung. So lautet ihre Hauptkritik an der Gründung einer ,,Fauenpartei'' auch: ,,*Ist doch die Frauenbewegung als Basisbewegung gerade auch aus der Kritik an dem herrschenden Parteiensystem heraus entstanden.*'' (Emma 11/79, S.38) Aus solchen Überlegungen heraus hat sie auch ein einziges Mal bei den Wahlen ein Wahlbündnis aus dem alternativen Spektrum indirekt favorisiert — bei den Hamburger Bügerschaftswahlen 1978 die Bunte Liste, bzw. die dort beteiligten Frauen (vgl. Emma 6/78).

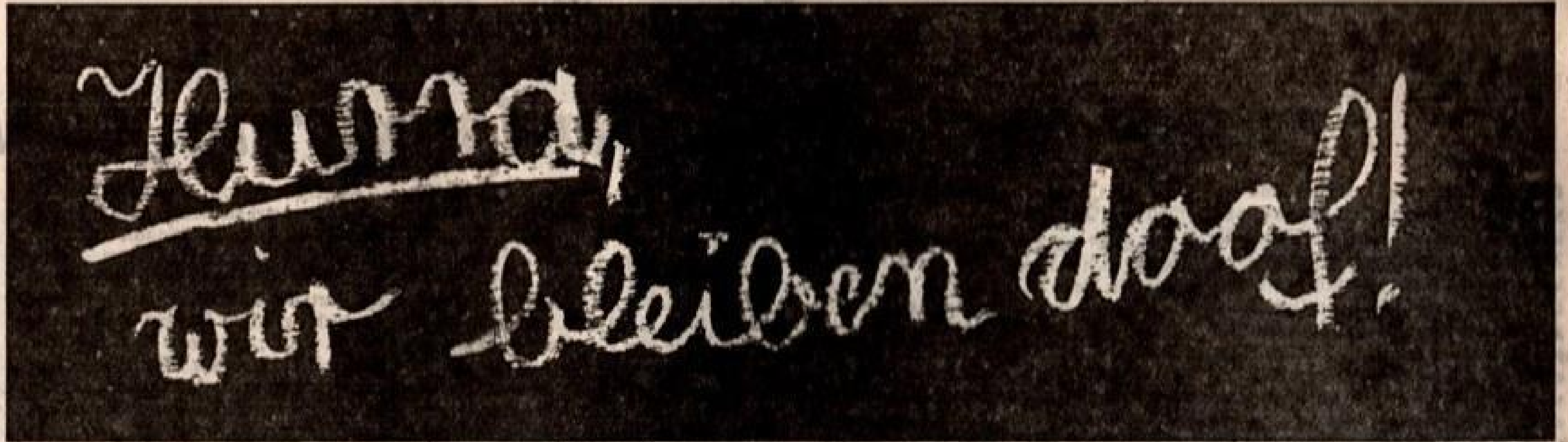
Wann ist eine Partei für Frauen wählbar oder der Popanz-Krieg''

Auffallend an der Auseinandersetzung der ,,Emma'' mit der SPD, aber auch mit den anderen Parteien, insbesondere den Grün-Alternativen, ist, daß sie überwiegend um die Repräsentanz der Frauen geführt wird. Zu den Themen, die darüber hinaus zur Sprache kommen, gehören ,,Kernenergie'', ,,Startbahn West'' und ,,Nachrüstung''. Die Einbeziehung dieser Fragen erfolgt aber grundsätzlich so, daß sie bei der men, gehören ,,Kernenergie'', ,,Startbahn West'' und ,,Nachrüstung''. Die Einbeziehung dieser Fragen erfolgt aber grundsätzlich so, daß sie bei der Entscheidung für oder gegen die SPD bzw. für oder gegen die Grünen nicht entscheidend sind. So sind die Grünen zwar grundsätzlich gegen Kernenergie, die GAL grundsätzlich gegen die ,,Nachrüstung'' und die hessischen Grünen grundsätzlich gegen die Startbahn West. Nach ,,Emmas'' Ansicht offensichtlich noch lange kein Grund, d i e s e Parteien zu wählen.

Plastisch nachvollziehbar ist diese Herangehensweise in der Sondernummer zum Wahlboykott. Dort schreibt Egon Bahr in einer Anzeige: ,,*Eines ist wichtiger als das Bemühen, der Gleichberechtigung der Frauen näherzukommen, das ist die Erhaltung des Friedens*'' (Emma-Sonderheft, S.2). Dieser These hält ,,Emma'' in einem Kommentar zu Recht entgegen, daß 1. die ,,*Nachrüstung von der SPD selbst betrieben wurde, 2. die SPD u.a. deshalb nicht als Friedensengel betrachtet werden kann, 3. das kein Grund sein kann, die berechtigten Forderungen der Frauen zu vergessen.*'' Gleichzeitig aber verharmlost ,,Emma'' dabei in geradezu sarkastischer Manier die tatsächliche Kriegsgefahr: ,,*Und dann der Popanz Krieg. Ja, es kann Krieg geben. Die ,,Energiekrise'', die Interessenkollisionen der Großmächte, ihr ungebrochener Machtwahn und die Hemmungslosigkeit von Politikern, da, wo es um das Leben anderer geht — all das ist nicht zu unterschätzen. Nur:* ***Die Kriegsgefahr ist heute nicht größer, als sie vor ein paar Jahren war und in ein paar Jahren sein wird. Einziger Unterschied: zur Zeit wird mehr davon geredet***'' (Emma-Sonderheft Wahlboykott, S.5, Hervorhebung d. Verf.) . So schnell ist die aktuell wachsende Kriegsgefahr ein nebensächliches Problem! Bei ,,Emma'' ist frau zwar gegen Kernenergie, gegen ,,Nach''rüstung u nd gegen die Startbahn West. Das sind aber alles Fragen, die für die Wahlentscheidung von Frauen mehr oder minder unerheblich sind. Dabei war ,,Emma'' aber doch gegen die politische Abstinenz der Frauen! Gehören diese Fragen etwa alle in die Schublade Männerpolitik??

Augenscheinlich ist die ,,Kleinere-Übel-Mentalität'' in der Frauenbewegung vor allem deshalb so schwer zu bekämpfen, weil sie immer noch glaubt, s e l b s t die Bedingungen zu diktieren, unter denen die SPD noch mit der Un' terstützung bewußter Frauen rechnen kann. Obwohl ihr doch längst klar sein könnte, daß die SPD gewiß nicht die Partei ist, mit deren Hilfe die Frauenbewegung zum Machtfaktor in diesem Land werden kann.

Ulr., AGF Göttingen



Eins, zwei, eins, zwei ... — die Tendenzwende marschiert. Einen mächtigen Schritt ist sie vorangekommen, während der Sozialismus einen schweren Schlag hinnehmen mußte. Eine der großartigen Errungenschaften unseres Volkes, die deutsche Familie, hat eine harte Prüfung tapfer bestanden. Die Schlacht wurde in der Grundschule geschlagen; desto wirksamer ist der Riegel, der den Systemveränderern und ihren subversiven Strategien vorgeschoben wurde. Per Erlaß beendete Kultusminister Mayer-Vorfelder einen christdemokratischen Feldzug: Die Mengenlehre wird unsere Kleinsten nicht länger quälen noch verderben. Nach der Aktion Saubere Leinwand nun die Aktion Saubere Tafel. (Zwischenzeitlich blieb der Aktion Widerstand bekanntlich ein Erfolg versagt: Brandt lebt immer noch.) Fleiß, Ordnung, Sauberkeit und Disziplin treten wieder an die Stelle von Kritik, lange Haare, Sex und Pazifismus. Daß mit diesen deutschen Tugenden KZ's gebaut wurden, spricht ja nicht gegen sie. Zumindest nicht gegen die Tugenden. Goethe, Schiller und Uhland sollen gelesen werden, und das primitive ,,Du'' zwischen Lehrern und Schülern ist zu unterlassen. So hat es Gott gewollt, in dessen Eid die freiheitlich-demokratischen Pädagogen Baden-Württembergs bekanntlich stehen (müssen).

lich-demokratischen Pädagogen Baden-Württembergs bekanntlich stehen (müssen).

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den unermeßlichen Schaden, den die Mengenlehre über unser Land gebracht hat. Sprechen wir mit Frau Elfriede S., einem von unzähligen Opfern, die sich nach einem Nervenzusammenbruch in einem Sanatorium aufhält.

,,Wie geht es Ihnen, Frau Elfriede S.?'' —

,,*Ach, es geht schon wieder besser. Ich mach' mir nur Sorgen um meinen Mann und die Kinder*''. —

,,Erzählen Sie unseren Lesern, wie es zu Ihrem Unglück kam''. —

,,*Ja, wissen Sie, ich habe ja mit den Kindern immer die Hausaufgaben gemacht. Anfangs ging es noch, aber dann wurde es immer schwieriger. Manchmal saß ich stundenlang über den Heften und Büchern. Die Zeit hat mir dann gefehlt, um den Haushalt in Ordnung zu halten*''. —

,,Was passierte dann?'' —

,,*Als es um diese vereinten Mengen, oder wie das heißt, ging, habe ich meinen Mann gefragt. Mein Mann sagte, geh mal in die Küche, Elfriede, ich mache das schon. Aber unser kleiner Menne kam aus der Schule zurück und behauptete, es wäre falsch, was mein Mann gerechnet hat. Da hat es was gesetzt, den hätten Sie mal erleben sollen. Das ganze Wochenende war hin*''. —

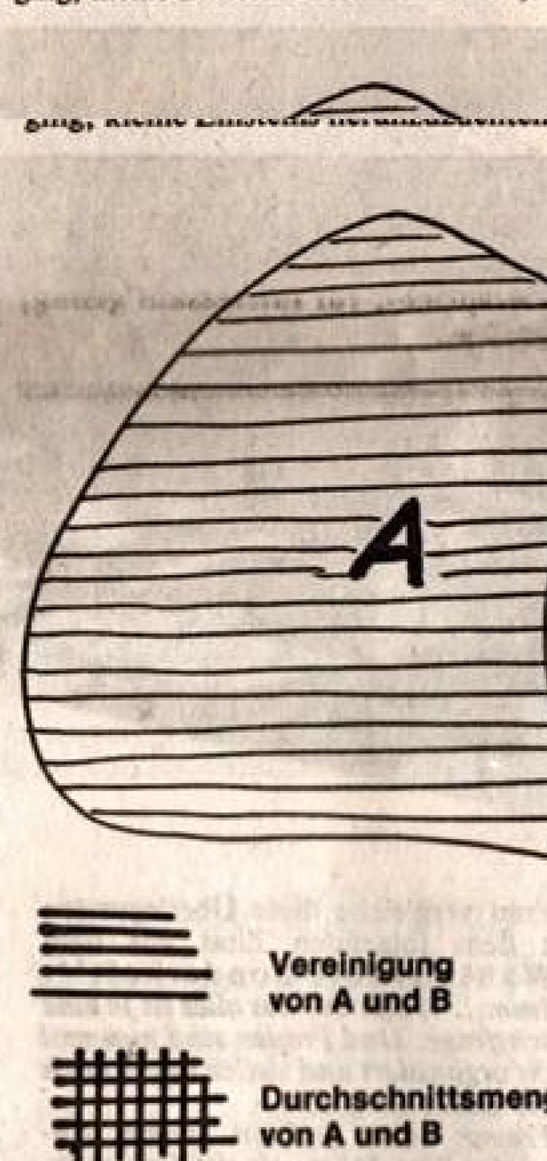
,,Das muß ja schlimm für Sie gewesen sein''. —

,,*Ja, aber es war nur der Anfang. Auf Anraten der Lehrerin habe ich einen Volkshochschulkursus besucht. Da mußte ich abends immer weg. Das hat die Stimmung nicht gerade verbessert. Wissen Sie, mein Mann ist manchmal ziemlich gereizt, wenn er von der Arbeit kommt. Er warf mir vor, ich würde die Familie vernachlässigen und diese neumodischen Emanzipationssachen mitmachen. Schließlich wollte er sich sogar scheiden lassen. Dabei hab ich doch nur das beste gewollt*''. —

Soweit Elfriede S. In ihrem Fall konnten Ärzte, Eheberater, Pfarrer sowie die ,,Aktion BILD hilft'' gerade noch das Schlimmste verhüten. Doch wieviele Menschen, Eltern und Kinder, sind an diesem Problem innerlich zerbrochen!

Verständlicherweise richtete sich der Zorn der Eltern erst einmal spontan gegen die Lehrer. Dabei wurde vielfach übersehen, daß auch jene zu den Leidtragenden gehör(t)en. Wieviele Fortbildungskurse mußten belegt, wieviele Überstunden verbüffelt werden, um den Schülern wenigstens eine Woche im Stoff voraus zu sein! Ganz zu schweigen von den Lehrerkonferenzen, Elternabenden usw. Die Frage ist, ob diese Menge überhaupt noch zählbar ist.

Den Amerikanern haben wir diese Katastrophe zu verdanken. Sie waren es, die im Zuge des sog. wissenschaftlich-technischen Fortschritts (und im damals noch vorhandenen Glauben an dessen unbegrenztes Wachstum!) auf die Idee verfielen, den Kindern die Mengenlehre in die Wiege zu legen. Doch glücklicherweise haben unsere Freunde jenseits des Atlantiks auch als erste erkannt, um was für ein Kuckucksei es sich dabei handelte. Seit mit Ronald Reagan ein traditionsbewußter Familienvater das Weiße Haus übernommen hat, haben die ideologischen Experimente in der Erziehung ein jähes Ende gefunden. Nehmen wir z.B. die Entstehungsgeschichte unserer (schönen) Welt: Heute lernen die Kinder in den amerikanischen Schulen wieder, wie Gott diese einmalige Leistung in sechs Tagen vollbrachte. Das ist dort von höchsten Gerichten so entschieden worden. Mayer-Vorfelder bewegt sich also mit seinem mutigen Schritt ganz auf der Linie der westlichen Führungsmacht. (Bei genauerer Untersuchung dürfte sich übrigens schnell herausstellen, daß die eigentlichen Erfinder der Mengenlehren-Pädagogik amerikanische Juden waren, denen es darum ging, kleine Einsteins heranzuzüchten).



Vereinigung von A und B

Durchschnittsmenge von A und B

Nicht ohne Spannung wartete man in der Öffentlichkeit darauf, wie die Opposition auf den neuen Erlaß reagieren würde. Ergebnis: Bis auf ein paar unverbesserliche Reform-Eiferer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herrschte Schweigen im Land. Stuttgart kann aufatmen: Keine Straßenschlachten, keine Demos, keine Schulbesetzungen. Daß dem so ist, können sich nicht zuletzt — jawohl! — DIE GRÜNEN als Verdienst anrechnen, die mit ihrem Vorschlag, die gute alte Zwergschule wieder einzuführen, dazu beigetragen haben, daß die Wende in der Bildungspolitik möglich wurde. Hat jemand schon mal von Mengenlehre in Zwergschulen gehört? ... Eben! Das hätte der unvergessene Heinrich Lübke zu verhindern gewußt.

Der Name Maier — ob mit I oder Ypsilon, ob im baden-württembergischen Vorfeld oder im bayerischen Hinterland — hat in der deutschen Pädagogik einen einmaligen Klang. Maier steht für Glauben, Heimatliebe, Schlichtheit, Anstand, aber auch Tatkraft, Strenge und Gerechtigkeit. Hier hat ein Politiker erkannt, und das ist heute selten genug, was seine Untertanen von ihm erwarten. Der Schwabe will bekanntlich schaffen und Häusle bauen. Dazu braucht er keine Mengenlehre und keine Relativitätstheorie, sondern dazu muß er wissen, wie er die Hypotheken abzahlt. Das will er, daß die Schule das seinen Kindern lernt. Aber net rumhudle, gell?!

Eins, zwei, eins, zwei... Für dieses Einmaleins bedarf es tatsächlich keiner Mathematik.

Biermann + Polen = Strauß?

Geben wir es ruhig zu: Auch die Linken ähneln mitunter den Mayer-Vorfelders mehr als den Marx/Engels. Wenn sich der brave Hasenclever (Lehrer) etwa in AK 223 mit dem GRÜNEN-Plakat ,,*Atomkraft ist nicht sicher — Nutzen wir die Naturkräfte*'' abbilden läßt — wem fällt da überhaupt etwas auf? Atomkraft (Kernkraft) ist selbstverständlich ,,sicher'' und genauso ,,Naturkraft'' wie die Erdanziehung, die elektromagnetische Kraft und die (schwache) Wechselwirkung zwischen den Elementarteilchen (mit diesen Vier sind nebenbei bemerkt auch sämtliche bekannten Naturkräfte benannt; alle anderen Kräfte leiten sich aus diesen ab). Nehmen wir zum Beweis die hochgeschätzte und so überaus ,,natürliche'' Sonnenenergie: Sie kommt von den Kernkräften, die in der Sonne wirken. Unsicher ist jedoch das Atomkraftwerk, also der Versuch, von Menschen kontrollierbare Kernkraft-Prozesse zur industriellen Energiegewinnung zu nutzen. Aber gut: Politische Plakate sollen vereinfachen, und mensch weiß, was hier gemeint ist. (Trotzdem ist diese Anmerkung vielleicht nicht ganz überflüssig, um daran zu erinnern, daß Ökologie viel mit Naturwissenschaft und Mathematik und nichts mit allen möglichen reaktionären Naturphilosophien zu tun hat oder besser gesagt: zu tun haben s o l l t e !).

Ein anderes Beispiel ist interessanter. Es handelt davon, daß Biermann leider keine Ahnung von Mengenlehre hat, und nicht nur das. In Diskussionen über die Vorgänge in Polen klagt Biermann häufig über mangelndes Engagement der westdeutschen Linken. Dies komme daher, daß die Linke Angst habe, in dieser Frage mit Reaktionären wie Strauß in einen Topf geworfen zu werden. Um dies zu kritisieren, benutzt Biermann gern den folgenden Vergleich: **,,Wenn Strauß sagt, daß 2+2=4 ist, dann behaupten die Linken glatt, es sei 5, nur um nicht derselben Meinung wie Strauß zu sein''.** Schlußfolgerung: Wenn Strauß das Kriegsrecht in Polen angreift, sollen sich die Linken nicht scheuen, zu sagen, daß er (in dieser Frage) recht hat. Ähnlich argumentieren in der Polen-Diskussion Andre Groz und andere feinsinnige Denker.

Um bei Biermanns Zahlenbeispiel zu bleiben: Tatsächlich hat Strauß mit der Behauptung, 2+2 sei gleich 4, genauso recht oder unrecht wie die angegriffenen Linken mit ihrer These, 2+2 sei gleich 5. Denn es kommt darauf an, welches B e z u g s s y s t e m man wählt, d.h. wie die Operation ,,+'' definiert ist, und auf welcher zugrundegelegten Menge sie wirken soll. Dies ist beileibe kein Sophismus, d.h. es geht keineswegs darum, etwa die vier in fünf umzubenennen und umgekehrt. Sondern es lassen sich mithilfe von Mengen und ,,+''-Operationen die unterschiedlichsten Strukturen schaffen, die allesamt den gleichen ,,Wahrheitsgehalt'' besitzen. Man könnte sagen: das ist der Punkt, an dem das Rechnen aufhört und die Mathematik anfängt. Nur dann, wenn wir uns mit Strauß darauf einigen, daß das Bezugssystem die Menge der natürlichen Zahlen und die darin definierte Addition sein soll, werden wir ihm recht geben müssen, daß 2+2=4 ist.

Nun, Wolf, du ahnst es schon: Dein einfacher Vergleich setzt fatalerweise ein gemeinsames Bezugssystem von Linken und Strauß bei der Beurteilung des Kriegsrechts in Polen voraus. Welches sollten also die Werte, die Kriterien sein, die wir bei einem Gespräch mit Strauß über Polen als beiderseits verbindliche Grundlage festlegen könnten? Humanismus? Demokratie? Menschenrechte??

Ein hoffnungsloses Unterfangen. In Strauß' Weltbild beispielsweise ist Biermann genauso böse wie Jaruzelski, also Biermann = Jaruzelski. In Biermanns Weltbild hingegen ist Jaruzelski genauso böse wie Strauß, also Jaruzelski = Strauß. Ist mithin Strauß = Biermann? Das würden beide weit von sich weisen. Also gibt es kein gemeinsames Bezugssystem, und Biermanns Beispiel war beknackt (oder gefährlich). Viel- mann? Das würden beide weit von sich weisen. Also gibt es kein gemeinsames Bezugssystem, und Biermanns Beispiel war beknackt (oder gefährlich). Viel- leicht kann eines seiner Kinder vorsichtig versuchen, ihm die Mengenlehre nahezubringen?

2+2=1!

Nehmen wir eine Menge aus drei Elemente, die wir mit 0, 1, 2 bezeichnen, und definieren wir darauf eine ,,+''-Operation, die genau die gleichen Eigenschaften haben soll wie die Addition natürlicher Zahlen. So soll es keine Rolle spielen, in welcher Reihenfolge wir die ,,+''-Operation vornehmen: 1+2=2+1. Es soll ein neutrales Element, sagen wir 0, geben, das — wenn es mit einem Element dieser Menge kombiniert wird — sozusagen nichts bewirkt. Außerdem soll es zu jedem Element genau ein Inverses geben, das — mit diesem Element verknüpft — die 0 ergibt.

Stellen wir uns vor, mit 0, 1, 2 seien drei politische Strömungen der neueren chinesischen Geschichte gemeint. ,,+'' soll ein wie immer geartetes, freundschaftliches oder feindliches Zusammentreffen dieseer Störmungen beschreiben, und ,,='' beschreibt sozusagen das Ergebnis, das dann eintrat. Mit 0 ist Maos Crew im engeren Sinn gemeint, beispielsweise er selbst und Tschen Bo-da. 1 sollen die ,,linksradikalen Revolutionäre'' sein, etwa Lin Biao und die Viererbande. Bleiben für 2 Tschou En-lai, Deng Hsiao-ping, Hua Guo-feng usw. Nun aber los:

0+0=0
Der geniale Steuermann führt die revolutionäre Armee auf den legendären langen Marsch: Mao, Mao und nochmals Mao...

1+2=0 2+1=0
Lin und Tschou vertragen sich, Mao steuert weiter. Glückliches China; das Nachsehen hat der Sowjet-Revisionismus.

0+1=1 1+0=1
Kulturrevolution. Lin setzt sich durch und konzentriert immer mehr Macht in seinen Händen.

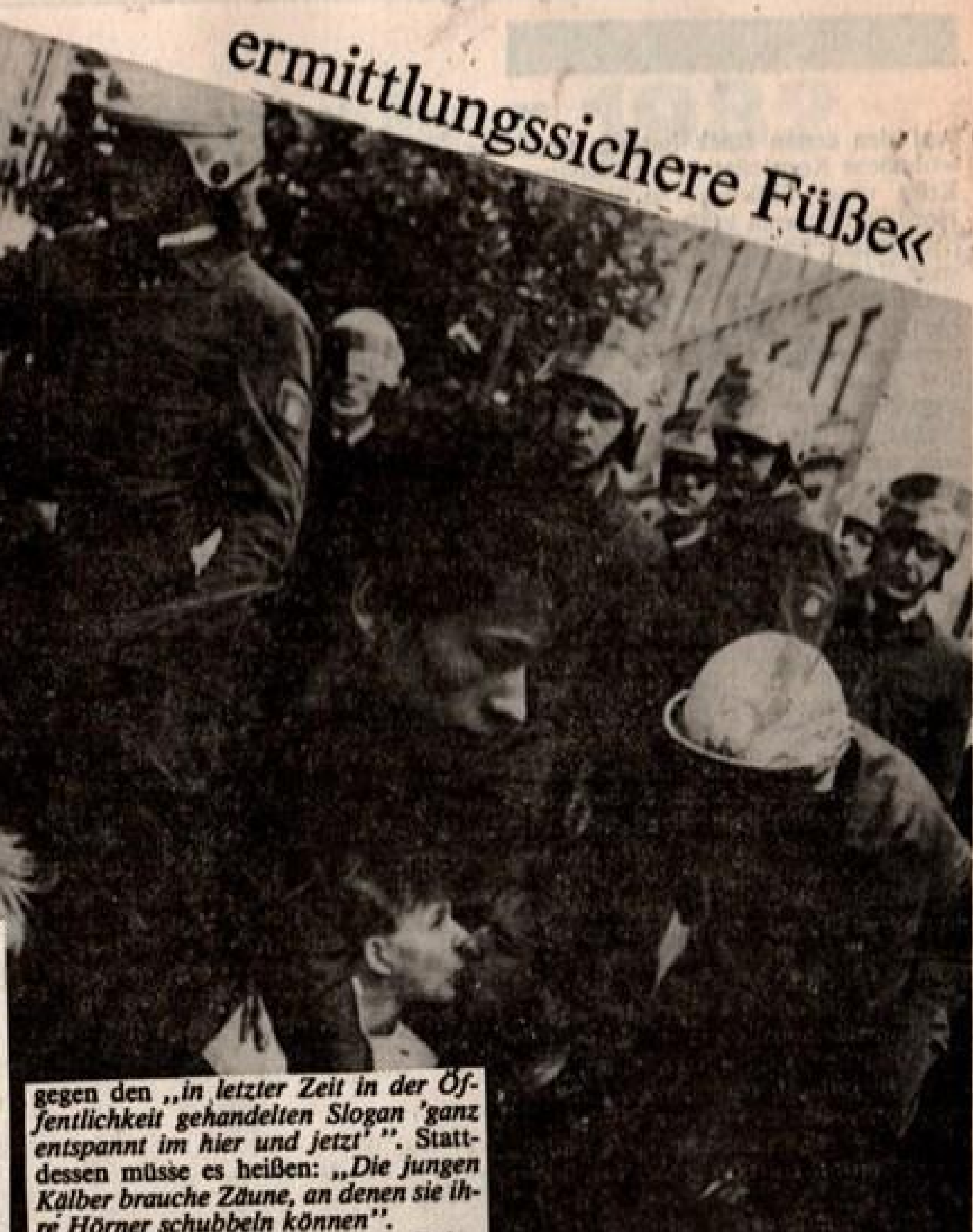
0+2=2 2+0=2
Die Kulturrevolution ist beendet worden. Nun sind Tschou und seine Leute an der Reihe. Der alte Mao liebt es, in Rätseln zu sprechen und wirkt fast ein wenig isoliert.

1+1=2
Tschou ist tot. Die Viererbande erlebt ihre kurze Blüte. Doch oweh, die Linken sind sich nicht einig. Ergebnis: Rechtsputsch 1976! (Das kommt davon, wenn man nicht beachtet, daß sich Eins in Zwei teilt?)

2+2=1 Wo man hinsieht, nur noch Rechte. Auf das von der Mengenlehre vorausgesagte Ergebnis warten die Revolutionäre in der ganzen Welt...

»Möglichst breite ermittlungssichere Füße«





Wer denkt, bzgl. der aktuelleren jugendlichen Protestwelle werde bei der Polizei ausschließlich geknüppelt und nicht auch ein bißchen diskutiert, der/die muß sich durch neuere Fachveröffentlichungen belehren lassen: Neben diversen anderen Einzelaufsätzen in offiziellen Organen wie ,,Innere Sicherheit'' ist jetzt — als Folge eines vorausgegangenen Seminars — die gesamte Juli-Nr. des Kader-Organs der Polizei-Führungsakademie Hiltrup, ,,die Polizei'', dem Thema Jugendunruhen gewidmet. Neben polizeieigenen Aufsätzen seitens der Akademie, aus dem Brennpunkt West-Berlin u.a., sollen Beiträge eines ,,wissenschaftlichen Mitarbeiters'' der Enquete-Kommission ,,Jugendprotest im demokratischen Staat'', Christoph Böhr, sowie der des Geschäftsführers des EMNID-Institut dem Heft das notwendige offiziöse politische und wissenschaftliche Flair geben. Bemerkenswert an diesem Heft sind allerdings nicht wissenschaftliche Tiefe und Differenziertheit der Argumentation, sondern ein offensichtliches Bemühen, die Jugendunruhen als Generationenkonflikt herunterzuspielen und sie im übrigen als Produkt einer polizeifeindlichen und damit die Werte der Demokratie gefährdenden Öffentlichkeit zu attackieren. Mit der Überbewertung müsse endlich Schluß gemacht werden...

Wir halten diesen von rechts kommenden Ausrichtungsversuch in den Reihen der Polizei-Kader, der allen regierungsamtlichen und sonstigen offiziellen Äußerungen zum Thema widerspricht, für interessant genug, um ihn in seinen Hauptpunkten vorzustellen.

Die einleitende Frage stellt Dipl.-Psych. Meier-Welser (Polizei-Führungs-Akademie Hiltrup): ,,*Eine für die Polizei wichtige Frage: Gibt es ein Jugendproblem?*'' Er entdeckt die allgemeine Weisheit, daß Jugend bedeute: ,,*Nicht Kind und nicht erwachsen*'', woraus wesentlich resultiere, ,,*daß sie einerseits körperlich und geistig genauso fähig ist wie der Erwachsene oder sogar fähiger, aber nicht durch dessen Zwänge — Familie, Broterwerb, Ruf usw. — gebunden*'' sei. Diese Jugend lebe ,,*in einem Supermarkt der Möglichkeiten*'', mit der ,,*Chance der grenzenlosen Selbstverwirklichung*'' (Wow!). Folgt die Konsequenz: ,,*Wo jeder die gleiche Chance hat, muß jeder auch das Risiko seines Erfolges selbst tragen. Das fördert den Starken und lähmt den im Überlebenskampf Ungeübten*''. Das wäre nach Ansicht des Herrn Meier-Welser alles nicht weiter tragisch, wenn da nicht ein ,,*Grundproblem moderner Demokratien für weitere Schwierigkeiten*'' sorgte, nämlich die ,,*Einflußmöglichkeiten von Subkulturen/Minderheiten*''. Wir zitieren, weil es so schön ist:

,,*Wäre die Jugend unter sich verzweifelt, protestierend, resignierend, könnten wir uns anteilnehmend berührt, aber nicht weiter betroffen fühlen. Wir haben ja auch ohne Selbstmitleid unsere Probleme lösen müssen und den Weg in die Welt der Sachzwänge gefunden. Warum sollten wir das Werthersche Leiden unnütz dramatisie-*

den Weg in die Welt der Sachzwänge gefunden. Warum sollten wir das Werthersche Leiden unnütz dramatisie-

ren.

Aber wir können uns so nicht aus der Verantwortung lösen. Die Jugend hat Machtmittel zur Verfügung, die unsere etablierte Parteiendemokratie aus dem bewährten Geleise zu werfen vermögen. Es ist die Macht derer, die sich an keine Regeln zu halten brauchen, weil wir sie selbst von der Verantwortung ausgeschlossen haben, die Chance derer, die wenig zu verlieren, freilich auch letztenendes nichts zu gewinnen haben als die gelegentliche Schadenfreude, uns Erwachsene hin und wieder in Verlegenheit zu setzen.'' Eine Bürgerinitiative, ,,*die von Pensionären oder Jugendlichen getragen sein mag*'', brauche ,,*keine Rücksichten zu nehmen. Sie kann argumentieren oder agitieren und ihre Außenseiterchance nutzen*''.

Nach einer beiläufigen Erwähnung der 'Wohnungsfrage', der ,Reaktortechnologie' und der 'Umweltproblematik' als 'Sachprobleme' kommt der führende Polizei-Psychologe unter der Zwischenüberschrift ,,*Unentschiedene Reaktionen der Öffentlichkeit*'' zu den politischen Konsequenzen. ,,*All dies allein wäre aber langfristig nicht so problematisch, wenn nicht die Erwachsenen und politischen Funktionäre aus Sorge um Stimmen, Unwissen oder Mangel an Zivilcourage und was auch immer für weiteren Gründen allzuschnell bestätigen, Fehler gemacht zu haben*''. Demgegenüber komme es darauf an, der ,,*Aushöhlung der Begriffe*'', die ,,*Mißstände (suggeriert), die es ohne sie nicht gäbe*'', und der ,,*Normenerosion*'' entgegenzutreten, die ,,*unbewältigte Freiheit*'' zu bewältigen... Was gemeint ist, leuchtet aus solchen Sätzen heraus wie: ,,*Wir alle, aber die Jugend in besonderem Maße, sind kaum noch gebunden durch Gott, Kaiser und Reich. Auch die vielen Normen des Alltags haben kaum noch regelnde Kraft. Mit Beginn des Protestantismus läßt sich bis zum heutigen Tag ein zunehmender Verlust der bindenden Macht zentraler Werte verzeichnen. Noch in den letzten Jahren hat man an vermeintlichen ,Tabus' gerüttelt und war stolz darauf... Eltern wissen die Ziele nicht, sie sind permissiv und nennen es demokratisch*''. Zu deutsch: zurück zum Rohrstock und zum Katholizismus? Herr Meier-Welser läßt das offen und schließt seine Ausführungen mit den Worten: ,,*Ich weiß, daß man an diesem Punkt in eine lange und tiefe Diskussion eintreten könnte, aber ich glaube, daß der Grundkanon gesellschaftlicher Werte eine einheitlichere Anerkennung fin-*

könnte, aber ich glaube, daß der Grundkanon gesellschaftlicher Werte eine einheitlichere Anerkennung fin-

det, als dies akademische Auseinandersetzungen vermuten lassen. Man kann das durch Umfragen belegen, aber im Grunde ist es eine Überzeugung''.

Die folgenden Aufsätze des Heftes gehen auf dieser Grundlinie ins Einzelne:

Unter dem Titel ,,*Der Jugendprotest und seine Auswirkungen auf den Dienst der Polizeibehörde*'' will der Westberliner Polizeidirektor G. Freund die bösen Folgen der ,,bewußten Entstellung'' der Polizeieinsätze gegen jugendlichen Protest durch die Medien belegen. Obwohl nur eine Minderheit den Protest trage und trotz ,,*Orientierungsverlust beim Störerpotential*'', dem die Bildung von ,,festen Werten'' bei den Polizisten gegenüberstehe, bestehe doch die Gefahr, daß sich die ,,überwiegende Mehrheit der Jüngeren'' gegen polizeiliche Maßnahmen solidarisiere. Zusammen mit dem um 15 % gestiegenen ,,Arbeitsaufkommen'' und den damit verbundenen Belastungen (Überstunden usw.) bestehe schließlich doch die Gefahr, ,,*daß trotz eines relativ kleinen Täterkreises*

▶ *die Mehrheit lernt, wie man mit rechtswidriger Gewalt Erfolge erzielt,*

▶ *die erfolgreiche Gewalt sich ausbreitet, durch den Wiederholungseffekt des Täters,*

▶ *der demgegenüber 'erfolglos' bleibende Polizeibeamte*

- *Erwartungen entwickelt,*
- *enttäuscht wird,*
- *sich zum negativ elitären Bewußtsein entwickelt (Randständigkeit),*
- *ins Übermaß gerät,*
- *womöglich bestraft wird,*
- *schließlich sich auf seine Weise gegen den Staat und*
- *die Gesellschaft wendet*''

In einer solchen Demoralisierung einer an sich einsatzfreudigen Polizei sieht der Polizeidirektor eine ,,*den demokratischen Rechtsstaat aushöhlende Wirkung*''. Schuld daran sei eine zu kritische Berichterstattung in der Öffentlichkeit, die die Polizei unglaubwürdig mache, insbesondere das übertriebene Verständnis der Medien für die Ursachen und Auslöser der Proteste. Neben einer ,,taktischen Konzeption'' und gesetzlichen Regelungen für den ,,Nachefolg'' fordert er deshalb vor allem ,,*wirksamere Öffentlichkeitsarbeit, mehr Kritik an der Kritik, um den schädlichen Einfluß von Fehldarstellungen und Sympathiekundgebungen gewaltfördernder Wirkung ins Bewußtsein zu heben*''. Und das ,,*Herbeiführen einer Sprachbereinigung von rechtfertigenden Formulierungen*'' (,,Kra-

gewaltfördernder Wirkung ins Bewußtsein zu heben''. Und das ,,*Herbeiführen einer Sprachbereinigung von rechtfertigenden Formulierungen*'' (,,Kra-

wall'' sei nicht ,,Demonstration'', eine ,,gewaltfreie Aktion'', die das Blockieren von LKWs einschließt, sei gar keine gewaltfreie Aktion, sondern eine Straftat). Die Mentalität und Zielrichtung dieser Argumentation mag an folgendem deutlich werden: ,,*Es sollte auch nicht von Streik geredet werden, wenn Studenten Vorlesungen boykottieren, denn überall, wo sich Sprache, die die Rechtsstaatlichkeit und das die Gesellschaft tragende sittliche Gebäude treffen will, bei der Polizei einschleicht, übernehmen wir ein Teil des selbstzerstörerischen Werkes, indem sich auch unsere Denkweise und die daraus folgenden Handlungen verändern*''.

Es folgt unter dem Titel ,,Jugendprotest und Konfliktlösungen im Bild der jüngeren Geschichte'' von einem Privatdozenten Dr. J. Reulecke, Bochum, die historische Ableitung, ,,*daß Generationskonflikte eine anthropologische Konstante sind, die in Zeiten besonderer Krisenhaftigkeit, in denen — aus welchen Gründen auch immer — auch die Sicherheit der Erwachsenen schwindet, besonders deutlich hervortreten*''. Im Laufe von Veränderungen des ,,modernen Industriezeitalters'' habe sich diese ,,anthropologische Konstante'' derart verschoben, daß aus einem ,,Reifeprozeß'' als Übergangsstadium zwischen Kind und Erwachsen-Sein heutzutage ein regelrechter ,,*Jugendkult*'' geworden sei. Sein wissenschaftlicher Rat an die Polizei-Kader lautet: ,,*Jugend sollte wieder als anthropologische Durchgangsstation erkannt und nicht als Objekt/Subjekt von Repression hochgespielt werden! Entmythologisierung der Jugend tut not, d.h. Bekämpfung jeder Art von Jugendkult!*'' Er fordert den Kampf gegen den ,,*in letzter Zeit in der Öffentlichkeit gehandelten Slogan 'ganz entspannt im hier und jetzt'* ''. Stattdessen müsse es heißen: ,,*Die jungen Kälber brauche Zäune, an denen sie ihre Hörner schubbeln können*''.

Der folgende Artikel von C. Böhr, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquetekommission 'Jugendprotest im demokratischen Staat', soll offenbar Wissenschaftlichkeit und Parteiunabhängigkeit demonstrieren. Immerhin ist die Kommission ein vom Bundestag eingesetztes interfraktionelles Gremium, das die Ursachen des Jugendprotestes untersuchen und Lösungen vorschlagen soll. Ihr gehören Vertreter aller Parteien an (außer den Grünen und Alternativen, versteht sich...) sowie ein nach Proporz zusammengesetzter wissenschaftlicher Mitarbeiterstab. Über eine oberflächliche Aufzählung verschiedener bisher zum Thema vorliegender Analysen und der daran angeschlossenen Erkenntnis, es gehe ,,*vor allem um unsere Einstellung*'', man müsse ,,*den eigenen Denkstil überprüfen*'' u.ä. kommt Böhr allerdings nicht hinaus. Aus der Dürftigkeit dieses Beitrags leuchtet nur allzudeutlich die legitimatorische Absicht heraus, dem Heft durch den Anschein des Interfraktionellen und Offiziellen eine größere Wirkung zu verschaffen.

Dem Anschein von Objektivität macht der letzte Beitrag, vom Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts EMNID, W. Tacke, ,,Die heutige Jugend in der Sicht der modernen Meinungsforschung'', endgültig den Garaus: Entgegen so bekannten Analysen wie der der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (Schweiz) vom Sommer 1981, oder der sog. Shell-

Garaus: Entgegen so bekannten Analysen wie der der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen (Schweiz) vom Sommer 1981, oder der sog. Shell-

Studie (einer Untersuchung der Deutschen Shell AG) vom Ende 81, entgegen allen regierungsamtlichen Verlautbarungen und Analysen wie der des Familienministeriums zur Alternativbewegung u.a., ja sogar entgegen dem im März 82 veröffentlichten Zwischenbericht der interfraktionellen Enquetekommission, die unter dem Motto ,,Die Angst der Jugend ist auch unsere Angst'' alle der Jugend eine berechtigte Zukunftsangst attestieren, und die alle auch die Sympathie einer überwiegenden Mehrheit von Jugendlichen für die protestierende Minderheit konstatieren, wird hier auf der Grundlage EMNID-eigener Berechnungen ein ganz anderes Bild der Jugend vorgestellt: Nach umfangreichen Tabellarien heißt es da unter ,,Thesenartige Zusammenfassung'' einleitend: ,,**Die Jugendlichen von heute sind in außerordentlich hohem Maße mit dem politischen und sozio-ökonomischen System zufrieden. Sie sind zugleich weithin politisch passiv; ihr politisches Interesse ist nur gering ausgeprägt, ihre Bindungen an politische Parteien sind schwach, und die politische Aktivität Jugendlicher ist geringer noch als vor sechs Jahren... Ideologische Extrempositionen, insbesondere nach links, sind abgebaut worden. Die vorherrschende Leistungsorientierung in Wirtschaft und Gesellschaft wird weithin akzeptiert... Der Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik wird von rund 90 % der Jugendlichen sehr positiv bis einigermaßen positiv beurteilt. Es ergibt sich — alles in allem — ein außerordentliches undramatisches Bild der Einschätzung unserer Parteiendemokratie bei den Jugendlichen im Jahre 1979...**''.

Voila!: Der Beweis, daß es sich bei den Unzufriedenen und ,,Krawallmachern'' nur um eine extreme Minder-

kratie bei den Jugendlichen im Jahre 1979...''.

Voila!: Der Beweis, daß es sich bei den Unzufriedenen und ,,Krawallmachern'' nur um eine extreme Minder-

heit handelt. Dies ist eine Haltung gegenüber dem Jugendproblem, wie sie gemeinhin aus der Ecke von Strauß und seinen rechten Freunden in CDU und CSU bekannt ist. Trotz ihrer interfraktionellen Mimikry beweist diese Ausgabe von ,,Die Polizei'', daß im Polizei-Apparat eine rechte Ausrichtungskampagne im Gange ist, die für die offizielle Behandlung des Jugendproblems Schlimmes befürchten läßt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Die theoretische Abhandlung des Jugendproblems an der PFA Hiltrup

Der Polizei-Führungsakademie gebührt das Verdienst, erstmals den Problembereich der heutigen Jugend mit einem Seminar unter dem Leitthema »Kritische Jugend und Polizei im Spannungsfeld der Gesellschaft« angegangen zu sein.

Das Seminar, das eine breite Zustimmung fand, wandte sich an Polizeivollzugsbeamte des höheren Dienstes und konnte mit einem vielseitigen und sehr informativen Programm aufwarten. Unter der Leitung von Sozialdirektor Dipl.-Psych. Conrad Meier-Welser kam es zu einer ergiebigen Palette von Referaten und Diskussionen, so u.a.

Der polizeiliche Aspekt:
Auswirkungen des Jugendprotestes auf die Gesamtbeanspruchung einer Behörde
Ltd. Pol.-Dir. Günther Freund,
Der Polizeipräsident in Berlin

Der historische Aspekt:
Jugendprotest und Konfliktlösungen im Bild der jüngeren Geschichte
Privatdozent Dr. Jürgen Reulecke,
Universität Bielefeld,
Lehrstuhl Neuere Sozialgeschichte

Der politische Aspekt:
Politische Analysen und Initiativen zum Jugendproblem
Christoff Böhr, Bonn,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquetekommission
Jugendprotest im demokratischen Staat

Jugendrevolte und Stadtfrieden
Jugend im Blickwinkel der Friedens- und Konfliktforschung
Professor Dr. Hans Eckehard Bahr,
Universität Bochum,
Kurator der deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Jugend in der Sicht der Meinungsforschung
Walter Tacke, Bielefeld,
Geschäftsführer EMNID-Institut

Gruppenarbeit zu dem Thema:
Kritische Punkte der überpolizeilichen Zusammenarbeit
Jugend in soziologischer Sicht:
Zum Auseinanderfallen des Erscheinungsbildes der Jugend in den Medien und in der Sozialforschung
Professor Dr. Erwin K. Scheuch,
Universität Köln,
Institut für angewandte Sozialforschung

Malvinenkrieg und die Folgen

Auf den ersten Blick hat die ungewöhnliche Konstellation im Malvinas-Krieg unser übliches Ost-West und Nord-Süd-Schema kräftig durcheinandergerüttelt: Faschistische Militärs und enge Verbündete des Westens stürzen sich in einen Konflikt mit Großbritannien. Dieselbe Junta, die seit Jahren dem imperialistischen Kapital Tür und Tor öffnet und gleichzeitig jegliche Volksbewegung aufs schärfste unterdrückt, ruft ihr Volk zum gemeinsamen antikolonialen Kampf. Die US-Regierung, die sich seit der Ablösung Carters und seiner ,,Menschenrechtspolitik'' bevorzugt um Argentinien bemüht und Argentinien zum Partner im mittelamerikanischen Interventionskrieg aufbaut, ergreift Partei für Großbritannien. Ganz Lateinamerika — von den reaktionärsten Militärregimen bis hin zu Nicaragua und Cuba — wendet sich in seit Jahren nicht dagewesener Einmütigkeit gegen die USA.

Und Europa schließlich verhängt einen Boykott gegen die argentinische Junta, die sich mit der Besetzung der Inseln in den hiesigen Medien blitzartig in die repressive Diktatur verwandelt hat, die sie schon immer gewesen ist. Die jahrelange Forderung der Solidaritätsbewegung nach Sanktionen gegen das argentinische Regime wegen Verletzung der Menschenrechte war dagegen nie zur Kenntnis genommen worden.

Mehrere Fragen sind vor diesem Hintergrund derzeit in der Diskussion.
— Gibt es tatsächlich einen tiefergehenden Bruch zwischen Lateinamerika und seinem großen Nachbarn USA, oder zumindest zwischen Argentinien und den USA?
— Kann eine faschistische Diktatur einen antikolonialistischen Kampf führen?
— Machen sich Länder wie Cuba und Nicaragua mit ihrer Solidarität für Argentinien nicht zum Handlanger der Militär-Junta?
— Welche Position nimmt die Linke und die Solidaritätsbewegung angesichts einer derart perversen Konflikt-Konstellation ein? Und warum hat die Friedensbewegung den Malvinas-Krieg kaum bis gar nicht zur Kenntnis genommen oder zumindest nicht darauf reagiert? Zu diesen Punkten einige Fakten und Überlegungen.



über 10.000 Argentinier demonstrierten vor dem Regierungspalast in Buenos Aires gegen England

Ernsthafter Bruch oder vorübergehende Dissonanzen?

Lateinamerika

Lateinamerika

Die Einmütigkeit, mit der in Lateinamerika das Eingreifen der USA zugunsten Großbritanniens verurteilt wurde, hat es tatsächlich in den letzten Jahren nicht gegeben. Fast alle Staaten erklärten ihre Solidarität mit Argentinien und betonten das Recht Argentiniens auf die Malvinas; viele boten direkte Unterstützung an. Brasilien setzte während des Konflikts seine Waffenlieferungen an Argentinien fort, und auch Pinochet erklärte sich solidarisch. Das heißt, die vorhandenen Konkurrenz-Probleme und Rivalitäten traten zugunsten der Unterstützung Argentiniens in den Hintergrund (z.B. Konkurrenz Brasilien-Argentinien, Streit zwischen Chile und Argentinien um den Beagle-Kanal etc.). Ebenso traten auch die bekannten ideologischen Kontroversen in den Hintergrund. Die ,,kommunistische Subversion'' durch Cuba und Nicaragua, normalerweise Hauptfeind Nr. 1 der reaktionären Regimes, war weniger bedeutend, und die argentinische Junta suchte sogar die Annäherung.

So wurde nach einem Jahr diplomatischer Pause wieder ein cubanischer Botschafter nach Argentinien geschickt. Zum ersten Mal seit der Revolution 1959 besuchte ein argentinischer Außenminister Cuba (anläßlich einer Konferenz der Blockfreien), wurde von Fidel Castro herzlich begrüßt und lobte in seiner Rede Cuba als ,,die Perle der Karibik'', die sich in einem langen Unabhängigkeitskrieg ebenso wie Algerien, Indien und Vietnam erfolgreich befreit habe. Höhepunkt war die Verurteilung der US-Präsenz auf Cuba mit dem Stützpunkt Guantánamo durch den argentinischen Minister.

Die cubanische Regierung ihrerseits versicherte Argentinien ,,grenzenlose und unwiderrufliche Solidarität'' und erklärte die USA (während der Blockfreien Koordination) zur *,,Ursache aller Probleme Lateinamerikas''* und zum Hauptkriegstreiber (,,SZ'', 4.6.82). Gleichzeitig wurde gegen das ,,Bündnis'' zwischen USA und Lateinamerika gemäß der Monroe-Doktrin und das interamerikanischen Beistandssystem polemisiert. Die Monroe-Doktrin (,,Amerika den

4.6.82). Gleichzeitig wurde gegen das ,,Bündnis'' zwischen USA und Lateinamerika gemäß der Monroe-Doktrin und das interamerikanischen Beistandssystem polemisiert. Die Monroe-Doktrin (,,Amerika den

Amerikanern'') wurde 1823 vom Präsidenten Monroe aufgestellt, um den Anspruch der USA auf ihren südlichen ,,Hinterhof'' gegen die europäischen Konkurrenten zur Geltung zu bringen. Der Malvinas-Konflikt hat erneut bewiesen, daß diese Doktrin allein zur Vorherrschaft der USA in Lateinamerika und ausschließlich im Interesse der USA angewendet wird. Ebenso der interamerikanische Beistandspakt (TIAR), der nach dem 2. Weltkrieg in Rio zum Schutz Nord- und Südamerikas gegen Angriffe von außen (gemeint war ,,der Kommunismus'') gegründet wurde und bislang ausschließlich als Instrument der USA eingesetzt wurde.

Angesichts der britischen Aggression gegen Argentinien forderte Nicaragua die Anwendung des Beistandspaktes, eine nach den Inhalten des Vertrags völlig gerechtfertigte Forderung, die die Rolle der US-Regierung in aller Deutlichkeit bloßstellte. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützte in einer Entschließung ohne Gegenstimme (bei Enthaltung der USA, Chiles, Kolumbiens und Trinidad-Tobagos) die Souveränität Argentiniens über die Malvinas. Einige Staaten forderten sogar die Umwandlung der OAS in eine OLAS (Organisation lateinamerikanischer Staaten), d.h. eine selbständige lateinamerikanische Organisation unter Ausschluß der USA. Ebenso erhielten die Bemühungen wieder Auftrieb, den Sitz der OAS von Washington nach San José/Costa Rica zu verlegen.

Die Blockfreien verabschiedeten schließlich, nach anfänglichem Widerstand einiger englischsprachiger Länder, eine Verurteilung Großbritanniens und bekräftigten den argentinischen Anspruch auf die Malvinas. (Es wurde auch eine Verhandlungslösung für El Salvador unter Einschluß der Guerilla gefordert und die Interventionspolitik der USA angegriffen). Im UNO-Sicherheitsrat stimmte Panama als einziger Teilnehmer gegen die Resolution 502, die den Rückzug Argentiniens von den Inseln forderte. (Die Sowjetunion enthielt sich der Stimme.)

502, die den Rückzug Argentiniens von den Inseln forderte. (Die Sowjetunion enthielt sich der Stimme.)

USA und Europa

Derart massive Verurteilungen und Proteste gegen die USA hat es in solcher Einmütigkeit lange nicht gegeben. Ein ernsthafterer und dauerhafterer Widerstand Lateinamerikas gegen die US-Vorherrschaft ist aber daraus nicht ableitbar.

Alle Proteste bleiben recht gesittet auf der diplomatischen Ebene. Reale Konsequenzen wurden nicht gezogen und können aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses auch gar nicht gezogen werden. Jetzt, nach Beendigung der Kriegshandlungen und langfristiger Orientierung auf Verhandlungen, wird auch die radikale Rhetorik wieder abflauen, insbesondere auch im Hinblick auf die neuen ,,gemäßigten'' Präsidenten in Mexico und Panama. Bisher waren diese beiden Länder Wortführer für Unabhängigkeit und Demokratie, von den neuen Präsidenten erhofft man sich einen gemäßigteren Ton.

Für die US-Regierung dürfte die Entscheidung für Großbritannien und gegen Argentinien von vornherein außer Frage gestanden haben (obwohl es angeblich Widersprüche zwischen Pentagon und Außenministerium gegeben haben soll).

Politisch-diplomatische Probleme mit Argentinien oder auch anderen lateinamerikanischen Ländern (die es nebenbei auch schon immer gegeben hat) stellen keine ernsthafte Bedrohung für den Einfluß der USA dar.

Welche ,,Nachteile'' haben sich real für die US-Regierung ergeben? Argentinien hat seine ,,Militärberater'' aus El Salvador abgezogen und wird sie wohl auch kurzfristig nicht zurückschicken. (Wenigstens ein erfreuliches Ergebnis dieses Krieges.) Argentinien hat eine stärkere Orientierung auf den Andenpakt, die Blockfreienbewegung und die Stabilisierung des Handels mit der SU angekündigt. Cuba und Nicaragua haben zeitweilig günstigere diplomatische Ausgangsbedingungen, um ihre politi-

stärkere Orientierung auf den Andenpakt, die Blockfreienbewegung und die Stabilisierung des Handels mit der SU angekündigt. Cuba und Nicaragua haben zeitweilig günstigere diplomatische Ausgangsbedingungen, um ihre politi-

sche Isolierung zu durchbrechen. Aber das ist alles nicht viel — (z.B. die Angriffe gegen Nicaragua von Honduras aus werden seit mehreren Wochen intensiviert).

,,Kühle amerikanische Sachkenner sehen dennoch keinen unheilbaren Riß in den Beziehungen Washingtons zu Lateinamerika.' Sie weisen darauf hin, daß abgesehen von Cuba, Grenada und einigen der Sandinistas in Nicaragua kein lateinamerikanisches Land ein Fußfassen sowjetischer Macht in greifbarer Form wünsche, daß der Druck wirtschaftlicher Tatsachen weiter für gute Beziehungen mit dem Teil des Südkontinents sorgen werde'' (,,FAZ'', 21.5.). Gegenüber den eher geringfügigen Problemen in den Beziehungen zu Lateinamerika zog die US-Regierung aber aus ihrer Unterstützung für Großbritannien auf NATO-Ebene einigen Gewinn:
— Nicht nur, daß der Malvinas-Krieg einen für die Imperialisten interessanten Waffentest bot, darüber hinaus konnte man das NATO-Bündnis zusammenschweißen und festigen. Angesichts des Krieges wurde von der NATO am 7.5. beschlossen, daß zukünftig NATO-Truppen den ganzen Erdball als ihr Operationsfeld betrachten, wenn ,,vitale Interessen'' der Bündnispartner betroffen sind.

Etwas besorgter als die USA schienen einschlägige Kreise in Europa, speziell in der BRD, bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien. Der Ibero-Amerika-Verein, Siemens, Mercedes Benz u.a. hofften öffentlich auf eine schnelle Aufhebung der Boykottmaßnahmen. Mercedes Benz Argentina spendete der argentinischen Regierung gar 5 Lastwagen im Werte von 600.000 DM, als *,,Beitrag zur nationalen Anstrengung''* und zur Erhaltung des Geschäfts.

Doch auch diese Probleme werden wohl relativ schnell gelöst werden. Spätestens bei den nächsten Umschuldungsverhandlungen wird man sich wieder zusammenrauten. Und die Fregatte, die vor einigen Tagen bei Blohm & Voß für Argentinien vom Stapel gelaufen ist, dürfte kaum verschrottet werden.

Ungewisser erscheint es, ob die ,,Sozialistische Internationale'' nicht einiges an Ansehen verloren hat. Schließlich baut der Einfluß der SI in Lateinamerika auf ihren (äußerst gemäßigten) Antiimperialismus auf. Im Malvinas-Konflikt hat sich die SI eindeutig hinter Großbritannien gestellt. Mitterrand versicherte seine volle Solidarität: Großbritannien sei Opfer einer Aggression, seine nationalen Interessen und sein nationaler Stolz seien verletzt worden, und es müsse zurückerobern, was es verloren habe — ein würdiger Vertreter der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und der II. Internationale. Ob dies Auswirkungen in der 3. Welt hat, werden die nächsten Konferenzen zeigen müssen.

Kriegsfolgen in Argentinien

Wie kommt diese Diktatur dazu, einen antikolonialistischen Kampf zu führen, antiimperialistische Sprüche auf der Blockfreien-Konferenz zu klopfen (s.o. Lob für Befreiungskämpfe etc.), öffentlich eine Intensivierung des Handels mit der SU zu verkünden etc. — was dazu geführt hat, daß in den hiesigen Medien besorgt über eine Umorientierung der argentinischen Außenpolitik spekuliert wird (stärkere Orientierung auf Lateinamerika/Andenpakt und Comecon, politisch auf die Blockfreienbewegung). Tatsache ist, daß seit der Regierungszeit des Peron-Vorläufers Hector Campora 1973 eine Öffnung der argentinischen Außenpolitik stattfand. Argentinien wurde inzwischen zum wichtigsten Getreidelieferanten der SU, etwa ein Drittel der argentinischen Exporte geht in die Comecon-Länder v.a. in die SU; dem stehen aber nur geringe Importe aus der SU gegenüber.

Konkurrenzbedingte und politische Konflikte zwischen Argentinien und den USA hat es in den letzten Jahren mehrfach gegeben:
— Argentinische Getreidelieferungen an die SU trotz Carters Getreideboykott nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan.
— Carters ,,Menscnenrechtspolitik'', die mit einem Waffenboykott verbunden war
— oder das Atomgeschäft mit der KWU, gegen das die US-Regierung heftig protestiert hatte.

All das ändert nichts an der Tatsache, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstrei-

che, daß Argentinien von den USA und Europa abhängig ist. Allein die Auslandsverschuldung stieg zwischen 1976 und 1982 von 9 Mrd. auf 36 Mrd. Dollar. Es dürfte kein Zufall sein, daß die US-Regierung trotz einiger Kreditstrei-

chungen anläßlich des Malvinas-Krieges den Hauptkredit dieses Jahres über 1 Mrd. Dollar, der wesentlich für Umschuldungen eingesetzt werden muß, unangetastet ließ.

Argentinien befindet sich jedenfalls in einer der schwersten Wirtschaftskrisen (Inflationsrate zwischen März 1981 und '82: 146 %; Arbeitslosigkeit nach Gewerkschaftsangaben: 15 %; Kapazitätsauslastung der Industrie im Schnitt nur noch: 55 % etc.). Gleichzeitig nahm vor dem Kriegsausbruch die Unruhe und Opposition im Lande schnell und drastisch zu. Klar, daß die Militärs in dieser Situation ein Instrument zur ,,nationalen Einigung'' brauchten. Die Malvinas boten sich hier nicht nur als koloniales Relikt politisch gut an, sondern die Oberhoheit über die Inseln bringt erhebliche wirtschaftliche Vorteile (Rohstoffe, Zugriff auf das Polargebiet — vergl. dazu ausführlich AK 202). Die Generäle spekulierten bei ihrem Angriff auf die Inseln offensichtlich auf ein Stillhalten der USA und schnelle Verhandlungsmöglichkeiten. Diese Rechnung ging nicht auf. Die Niederlage im Malvinas-Krieg hat inzwischen nicht nur Junta-Chef Galtieri und anderen Regierungsmitgliedern die Posten gekostet, sondern auch das politische Klima für die Opposition und für die Demokratie belebt. Immerhin konnte sich das Heer erst nach einigem Gerangel mit dem neuen Militärpräsidenten Bignone durchsetzen, während Marine und Luftwaffe einen zivilen Präsidenten favorisiert hätten. Für 1984 wurden Wahlen angekündigt.

Die angebliche blinde, nationalistische Hysterie des argentinischen Volkes, das, gestern noch unterdrückt, heute seinem Diktator Galtieri als Malvinas-Befreier zujubelt, mußte inzwischen mehr und mehr gerade gerückt werden (siehe dazu die mehr als geschmacklose Karikatur). Auf den angeblichen Jubelkundgebungen wurden Parolen gegen die Diktatur gerufen; die Mütter von der Plaza de Mayo hielten

eisern an ihren regelmäßigen Kundgebungen fest: *„Die Malvinas sind argentinisch, aber die Verschwundenen auch"*; die bürgerlich-demokratischen Kräfte benutzten die Situation, um ihren Spielraum zu vergrößern. Nach der Niederlage kam es zu schweren Unruhen. Eine ursprünglich als Ausdruck der Solidarität mit den Malvinas-Streitkräften gedachte Kundgebung schlug in die militanteste Demonstration gegen die Militärs seit 6 Jahren um. Gefordert wurde der Rücktritt der *„zum Regieren und zum Kämpfen unfähigen Militärs"*.

Natürlich drückt sich in einer solchen Parole nicht die Forderung nach sozialistischer Revolution aus und natürlich wird darin deutlich, daß möglicherweise bei einem Sieg der argentinischen Militärs ihre Position gefestigt und ihr Ansehen im Lande verbessert worden wäre. Aber es ist wirklich nicht unsere Aufgabe hier, uns über solchen argentinischen „Nationalismus" aufzuregen. Wir hätten vielmehr alle Hände voll zu tun, die Welle des Chauvinismus und die mehr als laue Haltung der Linken in Großbritannien zu untersuchen und dies anzugreifen. Und damit sind wir bei der Frage nach der Haltung der Linken in diesem Konflikt.

verbunden werden kann mit einem Kampf gegen die Diktatur oder sogar für den Sozialismus, diese Frage muß die argentinische Linke lösen. (Leider haben wir nur ganz spärliche Informationen über die Positionen der argentinischen Linken und können uns über den Stand dieser Diskussion kein Bild machen.) Aber jedenfalls haben wir hier keinerlei Recht (ohne weitergehende Kenntnisse), z.B. die Montoneros zu verurteilen, daß sie zu Beginn des Krieges auf der „nationalen Welle" mitschwammen. (Solche Verurteilungen hat es z.T. recht deutlich gegeben, z.B. „taz".) Ähnlich verhält es sich mit den revolutionären Regierungen in Nicaragua und Cuba. Sie haben die Lage sehr geschickt genutzt, um einerseits gegen ihre politische Isolierung anzugehen, aber zugleich den Imperialismus, speziell die USA anzugreifen (Cubas Beitrag bei der Blockfreien-Konferenz, Nicaraguas Forderung nach Anwendung des TIAR etc.). Dabei sollte nicht unter den Tisch gekehrt werden, daß Cuba ebenso wie die SU die argentinische Junta politisch immer sehr geschont habt. Vor dem Hintergrund der sowjetisch-argentinischen Handelsbeziehungen wurde die Diktatur in Argentinien nie drastisch angegriffen oder Gegen-

Geschmackloser geht's nicht taz, 29.4.82



Solche Karikaturen kursierten anläßlich des Krieges. Nach unserer Meinung ist das eine arrogante Diffamierung des argentinischen Volkes: Zu blöd, seine Unterdrücker zu erkennen, völlig im nationalen Rausch. Dies entspricht zum einen nicht den Tatsachen und ignoriert zum andern die Berechtigung und die reale Grundlage, die der Nationalismus in der 3. Welt hat.

Probleme der Linken in der Diskussion

stand von Kampagnen wie etwa Pinochet in Chile.

Trotzdem bleibt es gerechtfertigt, wenn Cuba und Nicaragua die Welle der (diplomatischen) Empörung gegen die USA zur antiimperialistischen Propaganda benutzen. Worum es uns geht ist die Tatsache, daß wir hier in der

Probleme der Linken in der Diskussion

Es ist klar, daß die argentinischen Militärs enge Partner des Imperialismus sind und in diesem Sinne keinen antiimperialistischen Kampf führen können. Es sollte aber ebenso klar sein, daß das argentinische Volk ein Recht auf die Malvinas hat, und daß wir (hier in der BRD und Europa) alle Überbleibsel des Kolonialismus und alle imperialistischen Bestrebungen angreifen und bekämpfen, d.h. in diesem Fall eindeutig Partei ergreifen gegen Großbritannien und die NATO. Damit schlägt man sich nicht auf die Seite der Diktatur, im Gegenteil. Im Malvinas-Konflikt hat sich mal erneut die Mobilisierungskraft der nationalen Frage oder des Antiimperialismus in Lateinamerika gezeigt. Der Nationalismus der Argentinier kann und darf nicht in einen Topf geschüttet werden mit dem Großmacht-Chauvinismus der Briten. Für die Länder der 3. Welt (und hier speziell für Argentinien) ist der Nationalismus immer gerechtfertigt, sofern er gegen den Imperialismus gerichtet ist. Die Frage, wie dieser Nationalismus

stand von Kampagnen wie etwa Pinochet in Chile.
Trotzdem bleibt es gerechtfertigt, wenn Cuba und Nicaragua die Welle der (diplomatischen) Empörung gegen die USA zur antiimperialistischen Propaganda benutzen. Worum es uns geht ist die Tatsache, daß wir hier in der
Friedensbewegung oder Solidaritätsbewegung sehr schnell bereit sind, uns über die „nationalistische Linke" in Argentinien oder Cuba und Nicaragua aufzuregen, während wir gleichzeitig nicht in der Lage sind, unsere zentrale Aufgabe, den Angriff gegen die britische Aggression, den Chauvinismus und die NATO zu führen.

„Dieser Krieg ist nicht mein Krieg", sagte eine argentinische Genossin („LAN" 105) und damit hat sie sicher recht. Diese Aussage können wir uns hier aber nicht leisten. Es ist unser Krieg, weil er von unseren Regierungen benutzt wird zum Ausbau der NATO, zur Unterdrückung der Dritten Welt und zur Stärkung der imperialistischen Vorherrschaft. Wenn dieser Aspekt in der Friedensbewegung anerkannter und verankerter wäre, wären wohl auch eher Aktivitäten gegen diese täglich stattfindenden Kriege möglich. In diesem Sinne haben wir zuerst und hauptsächlich zu arbeiten.

Lateinamerika-Kommission

Chile — September 1982



Mitglieder der chilenischen Linken ketten sich aus Protest gegen die Pinochet-Diktatur mit ihrem Transparent „Freiheit für Chile an den offiziellen Chile-Stand der Hamburger Ausstellung „Du und Deine Welt".

Als Pinochet die Krise des Jahres 1973 als Resultat der Regierung des Genossen Salvador Allende hinstellte, herrschten noch andere Zeiten. Damals war es jedem klar, daß das nationale und internationale Kapital diese Krise bewußt herbeigeführt hatten, um das Chile Allendes zu destabilisieren.

Auch heute befindet sich Chile in einer tiefen Krise, die allerdings, im Gegensatz zu damals, nicht gewollt ist. Im Gegenteil, man versucht sie sogar zu vertuschen und mit allen Mitteln zu überwinden.

Sie ist ein Produkt der Wirtschaftspolitik der „Chicago boys".

Pinochet und seine „Chicago-boys" hatten vor, dem Volk glaubhaft zu machen, daß selbst die unpopulärsten Maßnahmen der neuen Bosse der Kapitalakkumulation nur vorübergehender Natur wären und sich in dem Maße abschwächten, wie sich die „soziale Marktwirtschaft" vollständig ausbreiten könnte. Mittels einer geschickt aufgezogenen Propaganda-Kampagne versuchten sie im Jahre 1980 das „chilenische Wirtschaftswunder" zu verkaufen, aufgeputzt mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, hohem Investitionsniveau und einer dynamischen Außenwirtschaft. Es waren die hartnäckigen Tatsachen, die im Juli 1981 das Propagandagebäude zum Einsturz brachten. Dabei befindet sich das Regime in der mißlichen Lage, weder seine Verantwortung auf andere übertragen zu können, noch weiterhin das Volk zu belügen, weil die Anzeichen der Krise allgegenwärtig sind:

— **Arbeitslosenrate:** 32 %, das sind ca. 960.000 Ernährer(innen); eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

allgegenwärtig sind:
— Arbeitslosenrate: 32 %, das sind ca. 960.000 Ernährer(innen); eine Zahl, die man jedoch mal vier nehmen muß, wenn man die durchschnittliche Größe der chilenischen Familie zugrunde legt.

In Santiago sind 25 % arbeitslos, in einigen Elendsvierteln bis zu 70 %. Bei einer Bevölkerungszahl von 10 Mio Einwohnern hat man vielleicht eine vage Vorstellung von den sozialen Auswirkungen.

— **Arbeiterlöhne:** Kürzungen von 25 % — 60 %
— **Pleiten:** 700 Firmenzusammenbrüche zwischen Juni '81 und Juni '82. Allein im ersten Halbjahr '82 machten 370 Firmen bankrott.
— **Löhne des PEM** (staatliches Beschäftigungsprogramm): 200.000 Personen, die 2000 pesos im Monat verdienen (umgerechnet 75 DM).
— **Auslandsschulden:** 17,8 Milliarden Dollar
— **Wohnungsnot:** 700.000 Wohnungen fehlen, d.h. 3 Mio Chilenen haben keine Wohnung, während andererseits 7000 Luxuswohnungen leerstehen, weil sie keine Käufer finden.
— **Repression:** 1981 6000 Verhaftungen, 29 Morde, 72 Abschiebungen, 743 Prozesse und Verurteilungen. Zwischen Januar und April werden 8 Morde und 41 Fälle von Folter registriert.

Allein im Mai 1982 erreichte die Zahl der Massenverhaftungen 1221 nach Informationen der chilenischen Menschenrechtskommission.

Als Antwort auf diese Tatsachen und ungeachtet der Repression entwickelt die Bevölkerung besonders in der zweiten Hälfte des letzten Jahres starke soziale Kämpfe, Gewerkschaftliche Konflikte breiten sich aus, es entstehen neue Formen lokaler Mobilisierung, wo verschiedene Sektoren der Bevölkerung zusammenarbeiten; die Agitation in den Elendsvierteln nimmt zu; die Demonstration direkter und auch gewaltsamer Straßenagitation breitet sich aus. Der bewaffnete Widerstand erreicht trotz repressiver Rückschläge einen bedeutenden Aktionsspielraum, der sich von der Hauptstadt Santiago auf die Hauptprovinzen und Städte ausbreitet. In der Linken wird die offensive Linie verankert, die im Treffen von Mexico '81 (vergl. AK Nr. 222) zum Ausdruck kam und die eine bewaffnete Offensive der Massen zum Sturz der Diktatur befürwortete.

Soweit die Gründe, die uns in der Auffassung bestärken, daß wir uns seit Ende 1981 am Anfang einer neuen Phase nationaler Politik befinden, die große Bedeutung für die Kämpfe unserer Völker hat.

Es handelt sich um eine Phase der ökonomischen, sozialen und moralischen Krise, die für das Regime einen Vertrauensverlust, das Anwachsen der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und starke Unzufriedenheit der Volksmassen zur Folge hat. Mit dem Selbstverständnis, daß alle Formen und Möglichkeiten des Kampfes angewendet werden müssen, haben wir unsere meisten Anstrengungen in die Verankerung der demokratischen-revolutionären Linie in den Volksmassen der Ausweitung der Rebellion des Volkes unternommen. Es kommt in dieser bisher wichtigsten Phase der Konterrevolution darauf an, die öko-

Möglichkeiten des Kampfes angewendet werden müssen, haben wir unsere meisten Anstrengungen in die Verankerung der demokratischen-revolutionären Linie in den Volksmassen der Ausweitung der Rebellion des Volkes unternommen. Es kommt in dieser bisher wichtigsten Phase der Konterrevolution darauf an, die öko-
nomische, soziale und moralische Krise in eine politische Krise zu verwandeln, die eine Alternative zur herrschenden Macht aufzeigt. Diese Alternative entsteht in der Linie der Rebellion und des Volkskrieges, die während eines erneuten Treffens in Mexico (Mai '82) von den größten Parteien der chilenischen Linken (PS, PC, PR und MIR) unterzeichnet wurde. Das politische und soziale Geschehen des Jahres '82 ist ein getreues Abbild der Schwierigkeiten des Regimes. Die Unsicherheit in der Wirtschaftspolitik, der schnelle Wechsel der Ministerien (seit Dezember '81 bis heute drei an der Zahl), die Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks, die Proteste von Sektoren der Bourgeoisie, die gestern noch klare Parteigänger des Regimes waren und nun vom Wirtschaftsmodell schwer getroffen sind, der Protest der Kirche, der gemeinsame Aufruf der Linken zur Einheit und zum Kampf kürzlich in Mexico, das Voranschreiten des Widerstandes und der Volksmassen bestätigen dies.

Die direkten Massenaktionen und das bewaffnete Vorgehen des Widerstandes, vom MIR als fundamentaler Bestandteil des demokratisch-revolutonären Kampfes inganggesetzt, haben dazu geführt, die Mobilisierung der Massen, die Volksoffensive zu stärken und zu verbreitern. Angesichts der katastrophalen Situation erlebt die Bevölkerung direkte Aktionen wie Platzbesetzungen, den Aufruf zur Besetzung der 7.000 von der Diktatur erbauten, unbewohnten Luxuswohnungen, die keiner kaufen will; der Aufruf, keine Elektrizitäts-, Wasser-, Gas- und Mietrechnungen zu bezahlen; die Selbstverteidigung gegen die Repression in den poblaciones, die Straßenpropaganda usw. — Kampfformen, die sich das Volk tagtäglich zu eigen macht.

Bewaffnete Aktionen, wie der Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt „El Bosque" während der internationalen Luftfahrtmesse, die Geldenteignungsaktion im multinationalen Automobilkonzern Datsun, der Angriff der Milizen auf die Botschaft der salvadoreanischen Diktatur in Santiago als Unterstützung unserer Genossen nach der Wahlfarce in diesem Land, die Sabotage von Güterzügen in Bergarbeiterstädten zum Gedenken an den Jahrestag der CUT (chilenische Gewerkschaftszentrale), die aufeinanderfolgenden Störungen der nationalen Fernsehsender durch „Radio Liberación", der Stimme des Volkswiderstandes in den Städten Valdivia, Temuco, Antofagasta, Iqique, Santiago und Concepción mit Aufrufen an das Volk und Informationen, die die Diktatur verschweigt, die Sabotage der Elektrizitätswerke von Valparaiso, die Simultanaktion gegen vier Elektrizitätswerke in vier Städten im Zentrum des Landes, die Sabotage von Hochspannungsmasten, wodurch in Santiago zwei Tage lang das Licht ausfiel etc., alles dies sind Aktionen, die von bewaffneten Milizen des Volkswiderstandes als Antwort auf die Gewalt der Diktatur durchgeführt wurden und die es gleichzeitig erlauben, Erfahrungen im militä-

die Sabotage von Hochspannungsmasten, wodurch in Santiago zwei Tage lang das Licht ausfiel etc., alles dies sind Aktionen, die von bewaffneten Milizen des Volkswiderstandes als Antwort auf die Gewalt der Diktatur durchgeführt wurden und die es gleichzeitig erlauben, Erfahrungen im militä-
rischen Kampf des Volkes zu sammeln.

Die Kämpfe in den letzten Monaten vor diesem September, wo die Diktatur neun Jahre alt wird, belegen unzweideutig die Entscheidung der Bevölkerung zum Widerstand. Angeführt von der Resistencia hat sich die Massenbewegung von der Basis her ihren **ersten Massenprotest** gegen das Pinochet-Regime organisiert: In einem „Hungermarsch" zogen mehr als 2000 Menschen durch das Zentrum von Santiago und riefen: „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit". Parallel dazu wurden bewaffnete Aktionen in verschiedenen Stadtteilen von Santiago durchgeführt sowie in der Innenstadt zwei Metro-Stationen sabotiert. Gleichzeitig führte die Resistencia an verschiedenen Punkten Santiagos Sprühaktionen und Wandmalereien durch. Am darauffolgenden Tag wurde die Diktatur mit einer Demonstration des Komitees für die Rückkehr der im Exil lebenden Chilenen konfrontiert.

So befinden sich die Mitglieder des MIR im September an allen Fronten der Widerstandsarbeit, alle Kräfte zusammennehmend, um die unterschiedlichen Kämpfe gegen die Diktatur zu intensivieren, zu koordinieren und zu multiplizieren: ein Impuls in der Aktionseinheit der Linken, im offensiven und unabhängigen Kampf gegen die Diktatur, die den demokratisch-revolutonären Kampf unseres Volkes wiederaufleben läßt. Mit einem Wort: die Umsetzung der Strategie des revolutonären Volkskrieges des Volkswiderstandes.

Daher sagen wir in diesem September des Jahres 1982
Es lebe die kämpferische Einheit der Linken!
Es lebe der offensive Kampf der Massen gegen die Diktatur!
Es lebe die Rebellion und der Volkskrieg gegen die Diktatur!
Mit der Vernunft und der Kraft wird der Volkswiderstand siegen.

Movimiento de Izquierda Revolucionaria
BRD, September 1982

Die GAL als Traumfabrik ?

Mehrere *„prominente Hamburgerinnen und Hamburger"*, die meisten dem linken Flügel der SPD zuzuordnen, haben in der gleichfalls linkssozialdemokratischen „Hamburger Rundschau" einen Appell zum konstruktiven Dialog an die SPD und an die GAL veröffentlicht. Die Autoren dieses Appells gehen offensichtlich davon aus, daß zwischen SPD und GAL hinreichend programmatische und praktische Gemeinsamkeiten bestehen, um nicht bloß einen Regierungsantritt der CDU in Hamburg zu verhindern, sondern um sogar *„durchgreifende, mutige Reformen"* anzupacken. Was der Einigung entgegensteht, sind aus der Sicht der Appellanten lediglich Mißverständnisse, gegenseitiges Mißtrauen, Vorurteile und ähnlich törichte Dinge.

Ausgewogen ist dieser Appell also allemal: Er befaßt sich gar nicht erst mit den heute sowieso verpönten einseitigen Schuldzuweisungen, sondern verteilt die Vorwürfe schön gleichmäßig nach beiden Seiten, ohne dabei auch nur mit einem einzigen Wort konkret zu werden. Auch da, wo es um vermutete Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GAL geht, vermeidet der Appell die ärgerliche Versuchung, konkret zu werden und von T a t s a c h e n zu sprechen. Handgreiflich bleibt unterm Strich nur der Appell, mit Blick auf die drohende Regierungsübernahme der CDU alle sonstigen Gesichtspunkte unterzuordnen. Der Sache nach richtet sich dieser Appell in erster Linie gegen die GAL, auch wenn das vermutlich nicht einmal das Ziel der Trägerinnen und Träger des Appells gewesen ist.

Es ist heute fast schon eine Mode geworden, politische Meinungsverschiedenheiten nicht mehr ernst zu nehmen, sondern sie als Produkt kleinlicher Vorurteile, Borniertheiten, Eigensüchteleien, psychologischer Defekte usw. zu behandeln. Diese Haltung ist manchmal von Herzen gut gemeint, aber sie kann keinen praktischen Nutzen stiften. Um Sinnvolles zu den Gesprächen SPD-GAL aussagen zu können, müßte man zunächst deren bisherigen Ablauf untersuchen, Differenzen und Gemeinsamkeiten genau festhalten und auf dieser Grundlage schließlich konkrete, praktische Ratschläge entwickeln. Der Appell an SPD und GAL hingegen kommt über ein allgemeinunverbindliches „Habt euch doch lieb!" kaum hinaus. Andererseits darf man wohl fragen, wer den Appell am Ende überhaupt noch unterschrieben hätte, wenn darin k o n k r e t e Aussagen zur Politik der Hamburger SPD formuliert worden wären.

Der Appell spricht von der *„Hoffnung"* auf einen **„konstruktiven Neuanfang"** aufgrund der **„neuen Kräfteverhältnisse"** in der Bürgerschaft. Diese Hoffnung teilen die Appellanten gewiß mit vielen linken Sozialdemokraten ebenso wie auch mit vielen Wählerinnen und Wählern der GAL. Und erst genau an diesem Punkt wird der Appell interessant: Er reflektiert die verbreitete Hoffnung und Erwartung, daß die Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GAL doch eigentlich tragfähig genug für ein Reformbündnis sein müßten, sofern sich beide Seiten nur kooperativ und konstruktiv verhalten.

Diese Hoffnung kann aber in der politischen Wirklichkeit nur bitter enttäuscht werden: **Es wird mit absoluter Sicherheit in Hamburg kein „Tolerierungs"-Bündnis zwischen SPD und GAL geben. Dieses Ergebnis stand mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 bis 95 % schon zu Beginn der Gespräche zwischen SPD und GAL fest.** Die GAL wird sich in der Bilanz der Gespräche fragen müssen, ob sie dieser Ausgangslage entsprechend offen agiert hat, oder ob sie nicht vielmehr (trotz vieler kritischer Abgrenzungen von der SPD) mit dazu beigetragen hat, unrealistische Hoffnungen keimen und blühen zu lassen: Der Begriff „Hamburger Verhältnisse" kann mittlerweile bundesweit als Symbol für eine Politik gelten, die nicht bloß optimale Einwirkungsmöglichkeiten auf die SPD bietet (was ja stimmt und zu begrüßen ist), sondern die tendenziell auch eine „M a c h t b e t e i l i g u n g" von Grünen und Alternativen beinhaltet. Dieses Verständnis der „Hamburger Verhältnisse" überschätzt sowohl die reale Bedeutung der Grün-Alternativen als Machtfaktor wie auch die derzeitige Lernfähigkeit der SPD.



Bekanntlich hat die GAL bereits vor der Wahl einen Katalog von unverzichtbaren Forderungen aufgestellt, die Voraussetzung für die eventuelle „Tolerierung" eines SPD-Minderheitssenats durch die GAL sein sollten.

Eine knappe, vorläufige Bilanz (einige Punkte wurden noch nicht verhandelt) sieht so aus:

1. Friedenspolitik: GAL-Essential ist, daß die Hamburger Vertreter im Bundesrat gegen die Realisierung der „Nachrüstung" auftreten sollen. Tatsachenstand ist, daß die SPD in der Bürgerschaft einstimmig einen Antrag der GAL auf Erklärung Hamburg zur Atomwaffenfreien Zone abgeschmettert hat. Darüber hinaus hat die SPD eine sehr harmlose Feststellung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann zum Vorwand genommen, um am 11.9. in den Gesprächen mit der GAL zu Protokoll zu geben, daß sie inhaltliche Diskussionen mit der GAL zur Friedenspolitik überhaupt nicht führen will.

2. Ausländerpolitik: GAL-Essential ist die Ablehnung von Sammellagern für Asylanten und eine uneingeschränkte Praktizierung des Asylrechts. — Tatsachenstand ist, daß Innensenator Pawelczyk gerade eben die Bildung eines Sonderstabs von 33 Beamten angeordnet hat, um Asylanten beschleunigt „bearbeiten" und abschieben zu können. Mindestens 85 % (nach manchen Angaben noch mehr!) aller Asylsuchenden werden in Hamburg abgelehnt und abgeschoben.

3. Hafenerweiterung: GAL-Essential ist der Stopp aller Pläne zur Hafenerweiterung und die vollständige Erhaltung von Moorburg und Francop. — Tatsachenbestand ist: die SPD setzt ihre Abriß-Politik in Moorburg fort und hat in provokativer Weise — noch vor dem eigentlichen Einstieg in diesen Verhandlungspunkt! — erklärt, daß über die Hafenerweiterung mit ihr nicht mehr zu reden ist. Gemäß hanseatischer Tradition lag das entsprechende „Geheim"papier der Springer-Presse schon zwei Tage vorher vor.

4. Berufsverbote. GAL-Essential ist „eine Zusage, daß es in Hamburg keine Berufsverbotepolitik geben wird". — Tatsachenstand ist, daß nach einer längeren Pause, die als Liberalisierung verkauft worden war, jetzt erstmals wieder mehrere Anhörungsverfahren gegen Lehrer wegen Kandidatur für die DKP stattfinden sollen. Einer der Vorgeladenen arbeitet schon seit 30 Jahren als Lehrer und steht kurz vor der Pensionierung...

5. Wohnungspolitik. Ein GAL-Essential lautet: „Kein Polizeieinsatz bei Hausbesetzungen, keine Strafverfolgung der Besetzer". — Tatsachenstand ist: Polizei wird weiter gegen Hausbesetzungen eingesetzt, Strafverfahren werden nach wie vor eingeleitet. Die SPD hat ohne Umschweife erklärt, daß das heilige Prinzipien für sie sind („Rechtsstaat"), an denen nicht zu rütteln ist.

Soweit einige Hauptpunkte, bei denen der Widerspruch zwischen GAL-Essentials und realer SPD-Politik besonders offensichtlich und unversöhnlich ist. Die GAL hat in ihren Beschlüssen zur Parlamentsarbeit vor der Wahl festgelegt: *„Nicht bereit sind wir zu Tauschgeschäften (tausche Zustimmung zur Sparpolitik gegen Ablehnung der Kernenergie)"*. Das bedeutet, wenn nur e i n GAL-Essential von der SPD t o t a l abgelehnt wird, kann eine Tolerierung nicht zustande kommen. Formal korrekt wäre es also gewesen, die Gespräche über eine Tolerierung s o f o r t abzubrechen, sobald auch nur an e i n e m Punkt des Forderungspakets die Unnachgiebigkeit der SPD feststand. Das war schon nach der Besetzung der Polizeiwache in Billstedt (unter Mitwirkung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann) absolut klar und unmißverständlich auf dem Tisch.

Nun hat die GAL sich aber mit der SPD darüber verständigt, zunächst einmal s ä m t l i c h e Themen des Katalogs zu verhandeln und erst danach abschließend Bilanz zu ziehen. Für dieses Vorgehen spricht aus Sicht der GAL, daß nicht bloß an einem Punkt, sondern in der ganzen Breite der Themen die Differenzen zur SPD deutlich gemacht werden können — und zwar mit dem beachtlichen Öffentlichkeit-Effekt, den diese Verhandlungen nun einmal haben. G e g e n dieses Vorgehen spricht jedoch die Gefahr von Mißdeutungen: Es könnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als sei die GAL (im Widerspruch zu ihrem Schwur vor der Wahl) vielleicht doch auf Tauschgeschäfte aus. Etwa nach dem Motto: Keine Einigung in Sachen Hausbesetzung und Hafenerweiterung, dafür aber Annäherung in Punkto Arbeitslose und Umweltschutz. Und per Saldo am Ende vielleicht doch noch Tolerierung?

Dieses Mißverständnis wird gewiß nicht bei denjenigen entstehen, die die Politik und die Beschlußlage der GAL kennen und beobachten. Es kann aber sehr wohl bei Menschen auftauchen, die nicht so ganz genau hinsehen. Zudem ist auch der Hamburg-Ausgabe der „taz", als sicher wichtigstes Informationsmittel neben dem Mitgliederrundbrief der GAL, anzulasten, daß mitunter allzu naiv „Annäherungen" und „Zugeständnisse" der SPD registriert werden.

Es ist, insgesamt betrachtet, nicht sonderlich interessant, ob die SPD in einem oder zwei Einzelpunkten der GAL zu 5 bis 10 % (und um mehr handelt es sich wirklich nicht) „entgegenkommt". Es kann schon sein, daß die SPD einen Posten von vielleicht 100 Millionen einkalkuliert hat, um in Richtung GAL (bzw. deren Wählerinnen und Wählern, darum gehts nämlich) einige Köder anzubieten. Dazu gehört beispielsweise das „Zugeständnis" der SPD, in zwei Klärwerken bestimmte Anlagen einzubauen, die von der GAL gefordert worden waren. Mit einer politischen Wende, in diesem Fall auf dem Gebiet der Ökologie, haben solche „Zugeständnisse" wenig zu tun. Sie sind unter Public Relations zu verbuchen. Ebenso schmerzt es die SPD sehr wenig, wenn sie von der GAL die Zustimmung zu einem Kredit von 664 Millionen DM bekommt und dafür ein paar kleine „Zugeständnisse" offeriert, die höchstens eine Gesamtsumme von 5 Millionen DM ausmachen.

Trotzdem weckt bei manchen Grün-Alternativen und linken Sozialdemokraten jedes noch so winzige und uninteressante „Zugeständnis" wieder die Hoffnung auf den großen Reform-Deal. Angesichts solcher Reaktionen ist daran zu erinnern, daß es der GAL niemals um ein paar vereinzelte Maßnahmen gegangen ist, sondern um ein Gesamtkonzept, das in der Forderung nach einer umfassenden politischen W e n d e zum Ausdruck kommt. Das betrifft beispielsweise einen völlig anderen Umgang mit den Jugendlichen, eine gigantische Umverteilung zugunsten der Arbeiterklasse und zuungunsten der Kapitalisten, eine Demokratisierung aller Bereiche usw. usf. An diesem Gesamtkonzept müssen die Verhältnisse gemessen werden, wenn die Frage nach der Tolerierung ansteht.

Es gibt nicht den geringsten Grund, sich diesbezüglich vom SPD-Senat irgend etwas zu versprechen. Im Gegenteil: jenseits minimaler finanzieller „Zugeständnisse" hat der Senat seit der Wahl überdeutlich gemacht, daß er die von der GAL geforderte politische Wende nicht nur nicht will, sondern daß er sich sogar beschleunigt in die entgegengesetzte Richtung bewegt.

Die von der GAL geforderte umfassende politische Wende würde eine Gesamtheit politischer Maßnahmen bedeuten, die nur zu verwirklichen wären, wenn der Wille und die Entschlossenheit zum Zugriff auf wesentliche Interessen des Großkapitals bei der SPD vorhanden wäre.

Die Elbsanierung beispielsweise läßt sich nicht verwirklichen, ohne in Kapitalsinteressen tief einzuschneiden, Konflikte in Kauf zu nehmen, Erpressungen standzuhalten und nötigenfalls auch mal einen Laden dicht zu machen, wenn die Kapitalisten sich stur stellen.

Eine Bereitschaft, sich auf solche Konflikte immerhin verbal (d.h. in Worten, noch nicht einmal in der praktischen Politik) einzulassen, hat Klose zu Ende seiner Bürgermeister-Zeit geäußert. Das hat ganz schnell dazu geführt, daß ihm in enger Kooperation von rechten SPD-Spitzenfunktionären und Springer-Presse das Genick gebrochen wurde.

Rein theoretisch hätte nach der Bürgerschaftswahl eine sehr kleine Chance für ein Übereinkommen zwischen SPD und GAL bestanden: Diese Chance hätte bestanden, wenn die SPD-Linke mit sehr viel Ernst, Mut und Entschlossenheit die innerparteiliche Konfrontation gesucht hätte, um die Partei-Rechte zurückzudrängen und um die mit dem Sturz Kloses verbundene politische Niederlage wettzumachen. Ohne ein solches Vorgehen der SPD-Linken war an einen Neuanfang nur im Traum zu denken. Nun hat die SPD-Linke aber nach der Wahl überhaupt nicht kämpferisch agiert, sondern hat sich von den Rechten einmachen lassen wie eh und je. Den Höhepunkt bot die Abstimmung über die friedenspolitische Resolution der GAL in der Bürgerschaft: Aus lauter Angst vor dem rechten Parteiflügel stimmten die linken

Prominente Hamburgerinnen und Hamburger rufen SPD und GAL auf, die Verhandlungen so konstruktiv zu führen, daß eine Zusammenarbeit möglich und die Machtübernahme durch die CDU verhindert wird

Die HAMBURGER Rundschau veröffentlicht den Wortlaut des Aufrufs in voller Länge:

Hat die Vernunft noch eine Chance?

Seit drei Monaten leben wir in der Hoffnung, die neuen Kräfteverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft könnten einen konstruktiven Neuanfang mög-lich machen. Wie immer es unsere Gegner auch drehen und wenden: Noch gibt es eine Mehrheit für durchgreifende, mutige Reformen; noch bestehen Chancen für eine Politik, die der weiteren Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebietet. Eine Mehrheit die verhindert, daß die wirtschaftlich Mächtigen die Lasten der Krise vor allem den sozial Schwächeren aufbürden und die das Problem der Arbeitslosigkeit offensiv angeht. Noch ist eine Politik möglich, die aufklärt und Orientierung vermittelt.

Was heißt das?

Das heißt, daß SPD und GAL im Interesse ihrer Wähler gezwungen sind, sich zu verständigen. Die bestehenden Gemeinsamkeiten in den Programmen, die Erwartungen von großen Teilen der Wähler, aber auch die Einsicht, daß ein Scheitern der Gespräche für den Reformprozeß in unserem Land verheerende Konsequenzen hätte, bedeuten eine Art Erfolgszwang.

Wenn der Brückenschlag zwischen Sozialdemokratie und grün-alternativer Bewegung hier nicht gelingt, wird er auch andernorts in der Bundesrepublik nur schwer möglich sein.

Trotz offensichtlich bestehender Einigungsmöglichkeiten (etwa in den Bereichen Umweltsanierung und Beschäftigungspolitik) ist die Versuchung groß, im anderen den Störer, Provokateur, Gegner zu sehen. Gewollt oder ungewollt verstärken beide Seiten das Mißtrauen, das die eine der anderen Seite entgegenbringt.

Mit Blick auf den Fortgang der Gespräche zwischen SPD und GAL erheben wir unsere eindringliche Bitte: Riskiert nicht leichtfertig das Scheitern dieses historischen Dialogs.

Dies erfordert von der SPD die Bereitschaft, ihre bisherige Politik selbstkritisch zu überdenken und sich Reformen und neuen Alternativvorschlägen zu öffnen. Von der GAL erfordert dies das Bewußtsein, daß die Chance sichtbarer Veränderungen in der Regierungspolitik der SPD größere reale Wirkungsmöglichkeiten bedeutet als der Rückfall in eine kleine Oppositionspartei gegenüber einer konservativen CDU-geführten Mehrheit.

Unterzeichner:
Norbert Aust, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Politik
Hark Bohm, Filmemacher
Manfred Goll, Ortsvereins-Vorsitzender der IG-Druck und Papier Hamburg
Bernd C. Hesslein, Journalist
Luc Jochimsen, Fernsehredakteurin
Horst Meyer, Vors. der Ortsverwaltung Hamburg der Gewerkschaft HBV
Thomas Mitscherlich, Filmemacher
Peter Rühmkorf, Schriftsteller
Susanne von Paczensky, Autorin
Fritz Sänger, früherer Chefredakteur der Deutschen Presseagentur
Dorothee Sölle, Theologin

Da es unter den Sozialdemokraten Spitzen-Funktionäre gibt, die strikt dagegen sind, daß die SPD überhaupt mit der GAL spricht, und bei den Grün-Alternativen Fundamental-Oppositionisten dafür eintreten, mit der SPD erst gar nicht mehr zu verhandeln, bitten wir unsere Leserinnen und Leser ganz besonders um Ihre Meinung dazu.

SPD-Abgeordneten geschlossen gegen die Anträge der GAL, obwohl sie inhaltlich mit diesen z.T. völlig übereinstimmten.

Spätestens an diesem Punkt hätten eigentlich die allerletzten Hoffnungen auf den großen Reform-Deal mit diesem SPD-Senat begraben werden müssen. Das ist aber immer noch nicht überall der Fall. Einer der Hintergründe für dieses Phänomen liegt vielleicht in der Reaktion der Massenmedien auf die Gespräche SPD-GAL: Im Verein mit der CDU ist die Springer-Presse vom ersten Tag nach der Wahl an nicht müde geworden, die „Abhängigkeit" des SPD-Senats von der GAL zu beschwören und die angeblich unvermeidlichen katastrophalen „Zugeständnisse" der SPD an die GAL in den allerschwärzesten Farben zu malen. Selbst wenn die SPD der GAL voll mit dem Arsch ins Gesicht springt (wie im Fall der friedenspolitischen Debatte in der Bürgerschaft), macht die Springer-Presse daraus noch eine höchst bedenkliche „Annäherung". Gern wird dort auch fabuliert, daß Hamburg eigentlich schon von der GAL „mitregiert" werde, daß „ohne die GAL gar nichts mehr läuft", daß der Senat schon „auf Grün-Kurs gegangen" sei usw. usf.

R a t i o n a l sind sich vermutlich fast alle bewußt, welche Absichten hinter dieser Kampagne und hinter diesen Beschwörungen stehen. Trotzdem scheinen manche Grün-Alternativen bisweilen in Versuchung, die reale Bedeutung der GAL zu verwechseln mit dem aufgedonnerten Bild, das in den Medien ständig gestaltet wird. Und sicher ist es kein Zufall, daß die Verheißung von „realpolitischen" Möglichkeiten des „Mitregierens" und der „Teilhabe an der Macht" besonders beflügelnd auf manche Linke wirkt, die die „große" Politik jahrelang eher aus dem Abseits verfolgt haben. Gewiß, jede(r) hat das Recht zum Träumen und Hoffen. Es gibt aber auch eine Verantwortung für die Erwartungen und Illusionen, die man mit seinen Träumen bei anderen Menschen weckt oder nährt (nicht nur in Hamburg!!) — und für die eventuellen Folgen, wenn diese Illusionen enttäuscht werden. Es könnte allmählich der Punkt kommen, wo die GAL, allen taktischen Erwägungen zum Trotz, ein sehr deutliches Zeichen setzen muß, um sich mit der Fortführung der Gespräche nicht unverständlich oder gar unglaubwürdig zu machen.

rung der Gespräche nicht unverständlich oder gar unglaubwürdig zu machen.

Im Moment sieht es ganz danach aus, als wolle die SPD die Gespräche mit der GAL noch eben formal zu Ende führen, um dann der GAL an der Frage des Haushalts ganz offiziell einen Fußtritt zu verpassen und sich in das Abenteuer von Neuwahlen zu stürzen. Die taktische Überlegung der GAL, der SPD die Verantwortung für den Abbruch der Gespräche zu überlassen, kann auf gute Argumente verweisen. Das bräuchte aber nicht unbedingt auszuschließen, daß die GAL weitaus deutlich und schärfer als bisher das Fazit der Gespräche und der parallel laufenden Senats-Praxis formuliert. Und dieses Fazit kann eigentlich nur lauten: **Die SPD ist zu einer politischen Wende nicht bereit. Wesentliche Essentials der GAL sind von der SPD total abgelehnt worden. Eine Tolerierung kann es unter diesen Umständen auf keinen Fall geben. Dohnany spielt jetzt nur noch auf Zeitgewinn und auf eine möglichst günstige Ausgangsposition für Neuwahlen.**

Kt., Hamburg

Friedenspolitik: Klare Fronten zwischen SPD und GAL

Eine eher harmlose Äußerung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Ebermann erregte in der Bürgerschaft und in der Springer-Presse die Gemüter aufs Äußerste. Ebermann hatte konstatiert, daß nicht nur die CDU, sondern auch T e i l e der SPD einen Kriegsausbruch als Ergebnis ihrer Politik miteinkalkulieren. Obwohl Ebermann niemanden k o n k r e t angesprochen hatte, bellten die SPD-Rechten sofort wütend los und nahmen gleich auch noch die CDU gegen den „Angriff unterhalb der Gürtellinie" in Schutz. Zur folgenden Gesprächsrunde mit der GAL legte die SPD ein Papier vor, in dem sie sich weigerte, über den Punkt Friedenspolitik überhaupt noch mit der GAL zu verhandeln. Die GAL hingegen legte eine Erklärung vor, mit der sie den von Ebermann gemachten Vorwurf bestätigte und mit Argumenten bekräftigte. Wir dokumentieren beide Texte.

Stellungnahme der SPD

Die Bürgerschaft hat am 1.9.1982 über Friedenspolitik debattiert.

Die SPD hat ihre Position unmißverständlich deutlich gemacht:

Es ist das unbestreitbare Verdienst der SPD, daß Entspannungs- und Friedenspolitik heute entscheidend von deutscher Politik bestimmt werden. Deswegen weist die SPD die beleidigenden Unterstellungen von Herrn Ebermann mit derselben Schärfe zurück, mit der der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Voscherau, in der Bürgerschaft Herrn Ebermann gegenüber Position bezogen hat, und unterstreicht den anliegenden Beschluß der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Die leichtfertige und polemische Weise, in der Herr Ebermann die Fragen der Sicherheit und des Friedens behandelt hat, sind dem Ernst der notwendigen Debatte über den sichersten Weg zum Frieden nicht angemessen. Die SPD sieht sich daher nicht in der Lage, über dieses Thema auf dieser Grundlage weitere inhaltliche Diskussionen mit der GAL zu führen.

Umso intensiver wird die SPD auch in den kommenden Monaten das Gespräch und den Erfahrungsaustausch mit der Friedensbewegung fortführen.

Stellungnahme der GAL

Die viel zitierte Äußerung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Thomas Ebermann in der Bürgerschafts-Sitzung vom 1. September war so sensationell nicht, wie sie von der SPD und der Presse bewertet wurde.

Bekanntlich haben inzwischen die Hamburger Jusos in einer Stellungnahme angemerkt, daß es sich dabei eigentlich um eine „Binsenwahrheit" gehandelt habe. Aber auch aus einem Interview der „Hamburger Rundschau" dieser Woche mit der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Helga von Hoffmann geht hervor, daß die ganze Aufregung taktische Gründe hatte. Der SPD-Fraktion wurde vor der Bürgerschafts-Sitzung eine „Höllennacht" bereitet — ein Ausdruck von Frau Hoffmann — damit ja niemand aus der Reihe tanzt und den Anträgen der GAL zur Friedenspolitik zustimmt. Einige SPD-Abgeordnete hatten ihre Entscheidung aber dennoch offen gelassen. Das ist der Grund, weswegen der SPD-Fraktionsvorsitzende Voscherau auf der Bürgerschafts-Sitzung selbst eine Äußerung aus der Rede von Thomas Ebermann herauspuhlte und zum Skandal hochstilisierte, um die Geschlossenheit der SPD-Fraktion in den folgenden Abstimmungen noch in letzter Minute herzustellen. Das hat, wie man weiß, geklappt — und die öffentliche Aufregung der SPD hat inzwischen ihre Funktion erfüllt und kann sich langsam wieder legen.

Zur Sache: Thomas Ebermanns Äußerung war, daß die CDU und auch Teile der SPD in ihrer Politik die Konsequenz eines Kriegsausbruchs mitkalkulieren würden. Das ist kein spezieller Vorwurf seitens der GAL, sondern gibt nur wieder, was die Friedensbewegung in unserem Land immer wieder zum Ausdruck gebracht hat.

Tatsache ist, daß die USA derzeit an einer militärpolitischen Konzeption arbeiten, die einen siegreichen Atomkrieg möglich machen soll. Dazu gehören die Pershing II und Cruise Missiles, die u.a. in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, und die — wie vielfach von Militärfachleuten belegt — offensive Waffen für einen sog. Entwaffnungs- oder Erstschlag sind. Und Tatsache ist, daß die Bundesregierung und die Mehrheit der SPD mit der Zustimmung zu deren Stationierung und den bereits in Angriff genommenen Vorbereitungsmaßnahmen dazu sich in diese militärpolitische Konzeption der USA einfügen. Wer das tut, der kalkuliert eben die Konsequenz eines Kriegsausbruchs in seine Politik mit ein, und zwar wissentlich, auch wenn er einen Krieg hier in Zentraleuropa nicht will. Es macht die Sache ja nicht besser und weniger gefährlich, daß er dabei hofft, die Sowjetunion würde gegenüber dieser Drohung letztlich klein beigeben, und das Risiko eines tatsächlichen Krieges sei damit immer noch kleiner als die Chance, mit dieser militärpolitischen Erpressung als solcher, ohne Krieg, Erfolg zu haben.

Wir wollen uns nicht hinter Äußerungen namhafter SPD-Linker zu diesem Thema verstecken, aber grundsätzlich sagen ja auch viele Mitglieder in der SPD nicht viel anderes dazu als wir, nur vorsichtiger und zaghafter. Der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine hat z.B. im November letzten Jahres in einem Interview gesagt: „Das jetzige Konzept des kalkulierten, bewußten Einsatzes von Nuklearwaffen (läßt) der Zivilbevölkerung keine Überlebenschance. Insofern ist es einfach kein Verteidigungskonzept". Was ist es aber dann, wenn es kein Verteidigungskonzept ist?

Und der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Hans-Ulrich Klose sagte im März dieses Jahres in einem Interview, daß die Voraussetzungen der Abschreckungsstrategie nicht mehr stimmen würden, weil „bei dieser Waffenentwicklung" — konkret gemeint waren die neuen NATO-Atomraketen — „die Wahrscheinlichkeit (wächst), daß die Seite, die den ersten Schlag führt, auch den zweiten führt, weil die andere gar nicht mehr in der Lage ist, zurückzuschlagen". In einem anderen Interview, das Anfang nächsten Monats in einem Buch erscheint, meinte Klose sogar noch deutlicher: „Die SPD hat sich so massiv in die Bündnisloyalität und Bündnisphilosophie hineinbegeben, daß sie in der Gefahr steht, ihre Qualität als Friedenspartei zu verlieren — daß es ihr sogar unmöglich ist zu erkennen, daß in der traditionellen Sicherheitspolitik überhaupt keine Perspektive mehr enthalten ist, außer der des kollektiven Selbstmords".

Wir meinen nicht, daß das unmöglich zu erkennen ist, schon gar nicht bei den verantwortlichen Politikern der SPD selbst. Die Aufregung ist darum über diese Politik angebracht, und nicht über diejenigen, die die Gefahren dieser Politik mit Roß und Reiter nennen.

Die GAL bekräftigt bei dieser Gelegenheit, daß zu den Verhandlungen über die Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats auch unsere Forderung gehört, daß Hamburg im Bundesrat und von der Bundesratsbank aus im Bundestag sich gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik ausspricht. Absolut unverständlich ist uns, daß die Hamburger SPD sich der Erklärung Hamburgs zur atomwaffenfreien Zone verweigert, wo u.a. die SPD-Fraktionen in Nürnberg, Kassel und Groß-Gerau selbst solche Anträge eingebracht und durchgesetzt haben. In Großbritannien ist dies bereits in 138 Städten und Gemeinden erklärt worden.

Keine Wende der SPD in Sicht Gespräche GAL/SPD gehen weiter

Keine Wende der SPD in Sicht Gespräche GAL/SPD gehen weiter

Langweilig ist die Hamburger Politik nach dem Wahlausgang vom 6. Juni nie geworden. Viermal haben sich GAL und SPD mittlerweile zu Gesprächen getroffen, zwei Bürgerschaftssitzungen haben viel Staub aufgewirbelt. Lautete nach der vom 1.9. das einhellige Fazit noch: „Die Gespräche sind am Ende", so heißt es nach der Sitzung vom 15.9. vielfach schon: GAL und SPD werden sich einig. Das eine Mal war der Streit in der Friedenspolitik ausschlaggebend, das andere Mal die Einigung über einen Riesen-Kredit. Nachfolgend werden die wichtigsten Ereignisse berichtet, die zu diesen politischen Wechselbädern geführt haben.

Gesprächsergebnisse sehr mager

Als inhaltlich abgeschlossen gilt der Punkt E l b s a n i e r u n g. Hier gibt es nach Auskunft der SPD weitgehende Gemeinsamkeiten in der inhaltlichen Zielsetzung. Am entscheidenden Punkt ist allerdings ein Dissens geblieben: Der Senat und die SPD sind nicht bereit, die notwendige Konfrontation mit den industriellen Elbverschmutzern bei der Einleitung wirksamer Sanierungsmaßnahmen zu suchen. So soll allen einleitenden Betrieben zwar ein Brief mit einer Erklärungsfrist, was zur Änderung der Einleitungen in die Elbe getan werden soll, zugesandt werden. Nicht bereit ist die SPD allerdings, Fristen für die Umsetzung dieser Maßnahmen zu setzen. Stattdessen wird, wie gehabt, auf die ‚Freiwilligkeit' der Unternehmen gesetzt, so daß mit den notwendigen grundlegenden Änderungen nicht zu rechnen ist.

Ähnlich verhält es sich beim Punkt J u g e n d a r b e i t s l o s i g k e i t. Als Erfolg kann die GAL verbuchen, daß die von ihr aufgenommene gewerkschaftliche Forderung nach einem außerbetrieblichen Ausbildungszentrum mit 1000 Ausbildungsplätzen bis zum nächsten Jahr mit 400 Plätzen teilweise realisiert werden soll. Mehr Plätze sind nicht vorgesehen. Abgelehnt wurde von der SPD sowohl eine Ausbildungsquote von 10 % in den öffentlichen Betrieben als auch die Bindung von Subventionen für die Wirtschaft an eine solche Ausbildungsquote. Stattdessen soll durch Appelle und Gespräche erreicht werden, daß die Quote freiwillig erhöht wird. Abgelehnt wurde von der SPD die Forderung, durch Ausbau der Ausbildung im Bereich der Berufsschulen allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu verschaffen. — Dies steht im Gegensatz zu einer Medienoffensive von Bürgermeister Dohnanyi, der allen Hamburger Schulabgängern ‚persönlich' einen Ausbildungsplatz zu garantieren versprach. Als völliges Windei erwies sich die von ihm selbst ins Spiel gebrachte ‚Ausbildungspflicht' (vergleichbar der Schulpflicht), zu der es jetzt in der SPD-Antwort an die GAL lapidar heißt, dies könne nur durch Bundesgesetz geregelt werden.

Direkt provokatorisch verfuhr die SPD bei der Behandlung der von der GAL abgelehnten H a f e n e r w e i t e r u n g. Die SPD selber hatte gedrängt, daß dieser Punkt am 11.9. auf die Tagesordnung kommt. Geradezu lächerlich war dann am 11.9. ihre Begründung, dieses Thema nicht zu behandeln: Man habe sich wegen der Abwesenheit der beiden zuständigen Senatoren Lange und Steinert nicht genügend vorbereiten können, hieß es zu einem Punkt, der bereits verabschiedetes Gesetz in Hamburg ist. Dies hinderte allerdings Senator Lange nicht, im „Hamburger Abendblatt" vom 10.9. schon ganz frech den harten Standpunkt der SPD in dieser Frage zu referieren, und die BILD vom gleichen Tage berichtete von einem 15-Seiten-Geheim-Papier, in dem die Hafenerweiterung als „unabweisbar" bezeichnet wird. Obwohl das Thema während der Verhandlungen nach einer halben Stunde Diskussion verschoben wurde, verteilte die SPD auf ihrer anschließen-

Forts. nächste Seite

Von den Nöten einer linken Sozialdemokratin

„Gegen ihre Überzeugung" stimmten mehrere Bürgerschaftsabgeordnete der SPD gemeinsam mit der Fraktionsmehrheit die friedenspolitischen Anträge der GAL, u.a. auf Erklärung Hamburgs zur Atomwaffenfreien Zone, nieder. Die Abgeordnete Helga von Hoffmann hat ihr Verhalten in der „Hamburger Rundschau" (9.9.82) begründet. Ihre Ausführungen dürfen wohl als Musterbeispiel für linkssozialdemokratische Realpolitik des Machbaren dienen:

„.... Aber ich will nicht leugnen, daß neben mir auch etliche andere SPD-Abgeordnete dieser Überzeugung sind, sich öffentlich für ein atomwaffenfreies Hamburg einzusetzen. Aber die Mehrheit der Fraktion konnte es nicht akzeptieren und auch keine Ausnahme zulassen. Wir haben nachgegeben, weil es letztenendes wichtiger für uns war, daß die Sondierungsgespräche mit der GAL weitergehen. Wir sind doch in Hamburg an einem ungeheuer wichtigen Scheideweg. Wenn wir nicht geschlossen abgestimmt hätten, hätte alles den Bach runtergehen können. Die Fraktion hätte auseinanderbrechen können. Ich wollte mir nicht vorwerfen müssen, durch mein Abstimmungsverhalten eine politische Entwicklung zu rechten Mehrheiten befördert zu haben. In einer solchen politischen Konstellation wären auch in der Friedenspolitik neue Ansätze nicht mehr denkbar, noch weniger durchsetzbar".

Selbstmord aus Angst vorm Tode nennt man diese Politik üblicherweise.



Ein neuer Parlamentsstil? Die GAL-Abgeordnete Ulla Jelpke (im Vordergrund), daneben Fraktionschef Thomas Ebermann, ist auf die Gleichstellung der Frau bedacht

Keine Wende der SPD in Sicht Gespräche GAL/SPD gehen weiter

Forts. von voriger Seite

den Pressekonferenz eine Erklärung, in der erstens ihre Argumente zum Festhalten an der Erweiterung wiederholt werden und zweitens der Eindruck erweckt wird, man habe mit der GAL darüber verhandelt. Hintergrund der SPD-Verweigerung: Dohnanyi konnte sich beim Gewerkschaftsflügel und den Senatoren Lange und Steinert (die offensichtlich Sprechverbot zu diesem Punkt hatten) bislang nicht durchsetzen mit der Überlegung, bei der Hafenerweiterung Scheinzugeständnisse zu machen. Da a.) die Flächen für die Erweiterung sowieso nicht kurzfristig benötigt werden, und b.) in absehbarer Zeit auch das Geld für den Ausbau nicht da sein wird, wird eine Art ‚Moratorium' überlegt; d.h.: Aussetzen der Pläne, wobei die vorbereitenden Maßnahmen schon relativ weit gediehen sind durch Aufkauf von Grundstücken durch die Stadt und „Entsiedelung" von Moorburg und Francop und Altenwerder.

SPD-Doppelstrategie: Verhandeln und rechte Politik machen

Der SPD-interne Streit um die Verhandlungen mit der GAL wird zum einen geprägt durch den Versuch Dohnanyis, die aufkeimenden Widersprüche klein zu kochen und die GAL „in die direkte Verantwortung zu zwingen", d.h. sie zum Komplizen von SPD-Politik zu machen. Zum anderen durch ständige Querschüsse der SPD-Rechten und rechte Regierungspolitik. Nach dem Streit zwischen GAL und SPD um die Friedenspolitik in der Bürgerschaftssitzung am 1.9. wollten die Rechten Dohnanyis Taktik der Gespräche kippen, was wohl nur daran scheiterte, daß dann auch Dohnanyi gekippt worden wäre. Nach mehreren internen Klausuren einigte sich die SPD auf Fortführung der Verhandlungen, was den Bürgerschaftsabgeordneten Freitag (SPD, DAG-Vorsitzender) nicht hinderte, zwei Tage vor dem nächsten Gespräch mit der GAL in der Springer-Presse Neuwahlen zu fordern.

Gleichzeitig agiert die SPD zum Teil offensichtlich provokatorisch mit rechter Regierungspolitik:

— **Zum erstenmal seit zwei Jahren gibt es wieder Berufsverbots-Verfahren in Hamburg. Gegen 5 Beamte, die auf Wahllisten der DKP kandidiert haben, wurden vom Schulsenator Anhörungsverfahren eingeleitet. Dabei beruft er sich auf das soge-**

Der SPD-interne Streit um die Verhandlungen mit der GAL wird zum einen geprägt durch den Versuch Dohnanyis, die aufkeimenden Widersprüche klein zu kochen und die GAL „in die direkte Verantwortung zu zwingen", d.h. sie zum Komplizen von SPD-Politik zu machen. Zum anderen durch ständige Querschüsse der SPD-Rechten und rechte Regierungspolitik. Nach dem Streit zwischen GAL und SPD um die Friedenspolitik in der Bürgerschaftssitzung am 1.9. wollten die Rechten Dohnanyis Taktik der Gespräche kippen, was wohl nur daran scheiterte, daß dann auch Dohnanyi gekippt worden wäre. Nach mehreren internen Klausuren einigte sich die SPD auf Fortführung der Verhandlungen, was den Bürgerschaftsabgeordneten Freitag (SPD, DAG-Vorsitzender) nicht hinderte, zwei Tage vor dem nächsten Gespräch mit der GAL in der Springer-Presse Neuwahlen zu fordern.

Gleichzeitig agiert die SPD zum Teil offensichtlich provokatorisch mit rechter Regierungspolitik:

— **Zum erstenmal seit zwei Jahren gibt es wieder Berufsverbots-Verfahren in Hamburg. Gegen 5 Beamte, die auf Wahllisten der DKP kandidiert haben, wurden vom Schulsenator Anhörungsverfahren eingeleitet. Dabei beruft er sich auf das soge-**
nannte Peter-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (gegen den DKP-Postbeamten Hans Peter), das angeblich bindend für die Exekutive sei. Daß es auch anders geht, hat der Bremer SPD-Senat vorgeführt, der es ablehnte, dieses Urteil für Bremen anzuwenden. Mit Genugtuung kann die Hamburger CDU darauf verweisen, daß sie den Senat durch mehrere Anfragen in diese Richtung gedrängt hat.

— **Innensenator Pawelczyk** zieht konsequent seine rechte Polizeistaatslinie durch: In der Bürgerschaft erreichte er am 1.9. die bedingungslose Zustimmung von SPD und CDU für 425.000 DM zusätzliche Mittel **zur beschleunigten Abschiebung von Asylanten.** Während sonst überall gespart wird, darf Pawelczyk sein Asylanten-Abschiebepersonal um 33 Personen erhöhen, damit das Abschieben noch schneller und glatter geht.

— **Pawelczyk** brachte geschlossen die SPD und die CDU hinter seine Linie, **besetzte Häuser innerhalb von 24 Stunden durch Polizeigewalt räumen zu lassen.** Ein entsprechender Antrag wurde in der Bürgerschaft gemeinsam von SPD und CDU verabschiedet.

— Und **Pawelczyk** profilierte sich in der Bürgerschaftssitzung am 15.9. erneut als Polizeisenator, als er polizeiliche „Präsenz" und die ständigen **Übergriffe gegen die Punx in Hamburg-Altona** rechtfertigte. Die (sanfte) Kritik des Sozialsenators Ehlers am Übereifer Pawelczyk's sollte vermerkt werden, ändert aber nichts daran, daß seitens des Senats die Polizei-Linie volle Unterstützung findet.

Warum die GAL noch nicht offensiv die Ablösung des Reserve-Oberst Pawelczyk gefordert hat, ist vermutlich selbst für die SPD ein Rätsel.

Hamburgs DAG-Chef fordert Neuwahlen

„Je schneller, desto besser"

Von CHRISTIAN KERSTING

Der Hamburger Landesverband der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG, 60 000 Mitglieder) fordert Neuwahlen. „Je schneller, desto besser", sagte DAG-Landeschef Lutz Freitag gestern. Freitag ist SPD-Bürgerschaftsabgeordneter.

BILD: Warum wollen Sie Neuwahlen?

FREITAG: Weil wir es für völlig ausgeschlossen halten, daß SPD und GAL sich einigen können!

BILD: Warum nicht?

FREITAG: DAG und DGB haben schon einige Jahre Erfahrung im Umgang mit alternativen Betriebsräten.

BILD: Was haben die mit der GAL zu tun?

FREITAG: Die meisten alternativen Betriebsräte gehören zur GAL oder stehen ihr nahe. Mit diesen Leuten ist in den Betrieben keine Zusammenarbeit möglich.

BILD: Wieso nicht?

FREITAG: Die alternativen Betriebsräte brechen immer wieder das Beratungsgeheimnis der Betriebsratssitzungen. Interne Informationen der Unternehmensleitungen werden auf Flugblättern verbreitet. Folge: Die Unternehmen halten jetzt mit solchen Informationen zurück, die Arbeit des Betriebsrats wird eingeschränkt.

BILD: Ist das alles?

FREITAG: Bei weitem nicht. Die Alternativen halten sich nicht an Vereinbarungen des Betriebsrats. In der Sitzung stimmen sie zu, innerhalb des Betriebes sagen sie das genaue Gegenteil. Die Alternativen wiegeln so die Mitarbeiter gegen die Gewerkschaften auf, treiben einen Keil in die Belegschaft.

BILD: Was tun die Gewerkschaften dagegen?

FREITAG: DAG und DGB bilden praktisch eine große Koalition, um den Einfluß der Alternativen unter Kontrolle zu halten.

BILD: Schlagen Sie auch fürs Rathaus eine große Koalition vor?

DAG-Landeschef Lutz Freitag

FREITAG: Der DAG ist egal, welche politischen Konstellationen gebildet werden. Wir fordern eine effektive und an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Politik. Unsere Überzeugung ist, daß die GAL der SPD genauso übel mitspielen würde wie die alternativen Betriebsräte den Gewerkschaften, wenn es zu einer Vereinbarung kommt. Die GAL ist kein zuverlässiger Partner. Deshalb sollten sich SPD und CDU schon jetzt mal zusammensetzen, gemeinsam überlegen, wie wenigstens der Haushalt für 1983 über die Runden zu bringen ist.

aus „Bild", 9.9.82

zur GAL oder stehen ihr nahe. Mit diesen Leuten ist in den Betrieben keine Zusammenarbeit möglich.

BILD: Wieso nicht?

FREITAG: Die alternativen Betriebsräte brechen immer wieder das Beratungsgeheimnis der Betriebsratssitzungen. Interne Informationen der Unternehmensleitungen werden auf Flugblättern verbreitet. Folge: Die Unternehmen halten jetzt mit solchen Informationen zurück, die Arbeit des Betriebsrats wird eingeschränkt.

BILD: Ist das alles?

FREITAG: Bei weitem nicht. Die Alternativen halten sich nicht an Vereinbarungen des Betriebsrats. In der Sitzung stimmen sie zu, innerhalb des Betriebes sagen sie das genaue Gegenteil. Die Alternativen wiegeln so die Mitarbeiter gegen die Gewerkschaften auf, treiben einen Keil in die Belegschaft.

DAG-Landeschef Lutz Freitag

FREITAG: Der DAG ist egal, welche politischen Konstellationen gebildet werden. Wir fordern eine effektive und an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Politik. Unsere Überzeugung ist, daß die GAL der SPD genauso übel mitspielen würde wie die alternativen Betriebsräte den Gewerkschaften, wenn es zu einer Vereinbarung kommt. Die GAL ist kein zuverlässiger Partner. Deshalb sollten sich SPD und CDU schon jetzt mal zusammensetzen, gemeinsam überlegen, wie wenigstens der Haushalt für 1983 über die Runden zu bringen ist.

aus „Bild", 9.9.82

Bürgerschaftssitzung am Anti-Kriegstag: Große Koalition CDU/SPD

Mehrere GAL-Anträge zum Anti-Kriegstag hatten für Furore gesorgt: Frauen zum Bund, Nein Danke, Keine öffentlichen Gelöbnisse, Friedenserziehung, und Erklärung Hamburgs zur atomwaffenfreien Zone, brachten innerhalb der SPD-Fraktion eine Zerreißprobe. Die SPD-Linke fürchtete Gesichtsverlust bei Nichtzustimmung, die Rechte forderte knallhart: „Nein zu den Anträgen." Neun Stunden, bis in die tiefe Nacht hinein, verhandelte die Fraktion; *„das Ende des Senats war greifbar"*, berichtete die Presse am 1.9. aus dem Munde von Beteiligten.

Heraus kam ein allgemeiner SPD-Gegenantrag, geschrieben u.a. unter Beteiligung von Klose, der die SPD-üblichen Lippenbekenntnisse zum Frieden auf dem Verhandlungswege enthielt und zum heiklen Punkt nur formulierte:

„Unser Ziel bleibt ein atomwaffenfreies Europa, wie es im Godesberger Programm beschlossen wurde."

Daß die GAL einem Antrag zustimmen würde, der sich auf das Godesberger Programm beruft, hatte sicher kein SPD'ler angenommen. Damit war der reine Alibi-Charakter des Antrages offensichtlich. Die SPD stimmte gemeinsam mit der CDU, geschlossen gegen die GAL-Anträge.

Immerhin fürchteten die SPD-Rechten wohl, daß es doch einige Dissidenten geben könnte. Als GAL-Fraktionsvorsitzender Ebermann u.a. ausführte, daß die CDU und Teile der SPD mit ihrer Politik *„auch die Konsequenz des Kriegsausbruchs kalkulieren"*, produzierte SPD-Fraktionsvorsitzender Voscherau (Rechtsaußen und Lieblingskind der Springer-Presse) sich mit einem bühnenreifen Auftritt: Nach Sitzungs-Unterbrechung zeigte er sich „zutiefst empört" über diese „Diffamierung" und kündigte, an Ebermann gewandt, an: *„Ich kann mir nur noch sehr schwer vorstellen, mich mit Ihnen an einen Tisch zu setzen und mich mit Ihnen politisch auseinanderzusetzen."* Sein erstes Ziel erreichte er damit: SPD-Linke wie Schümann und Klose beeilten sich, sich von der GAL zu distanzieren; die SPD-Fraktion stimmte geschlossen für den eigenen Antrag und gegen die GAL. (Sein zweites Ziel erreichte er nicht: zugunsten Dohnanyis Gesprächstaktik gegenüber der GAL gab er nach und saß am 11.9. zwar nicht an einem Tisch mit Ebermann, jedoch einige Tische weiter.)

Diese Bürgerschaftssitzung war ein schwarzer Tag für die SPD-Linken: sie haben damit demonstriert, daß sie völlig defensiv und kein entscheidender Faktor bei den Gesprächen GAL/SPD sind. Sie haben darüberhinaus das Geschäft der SPD-Rechten unterstützt, indem sie in allen kritischen Punkten (Asylanten, Hausbesetzungen) in großer Koalition mit der CDU gegen die GAL abgestimmt haben.

GAL hilft aus der Finanzklemme: Die große Wende?

Schien nach dem 1.9. das Scheitern der Gespräche bevorzustehen, ist nach der Bürgerschaftssitzung vom 15.9. in der bürgerlichen Presse die Stimmung umgeschwungen: Das Bündnis SPD/GAL wird als vollendete Tatsache beklagt. Der Grund: Die SPD hatte einen langfristigen Kredit von 664 Millionen DM beantragt, um die durch Fehlkalkulation und Einnahmeausfälle entstandene Liquiditätslücke von ca. 200 Millionen DM decken zu können.

Die CDU hatte gehofft, an dieser Frage den Senat in die Enge zu treiben: Entweder er kippt an er Nichtbewilligung des Kredits oder er schwenkt vollends auf den Kurs noch schärferer Sparpolitik um, was beides das Ende für die Gespräche GAL/SPD bedeutet hätte. Entsprechend hatte die Springerpresse propagandistisch vorbereitet:

dem sie in allen kritischen Punkten (Asylanten, Hausbesetzungen) in großer Koalition mit der CDU gegen die GAL abgestimmt haben.

GAL hilft aus der Finanzklemme: Die große Wende?

Schien nach dem 1.9. das Scheitern der Gespräche bevorzustehen, ist nach der Bürgerschaftssitzung vom 15.9. in der bürgerlichen Presse die Stimmung umgeschwungen: Das Bündnis SPD/GAL wird als vollendete Tatsache beklagt. Der Grund: Die SPD hatte einen langfristigen Kredit von 664 Millionen DM beantragt, um die durch Fehlkalkulation und Einnahmeausfälle entstandene Liquiditätslücke von ca. 200 Millionen DM decken zu können.

Die CDU hatte gehofft, an dieser Frage den Senat in die Enge zu treiben: Entweder er kippt an er Nichtbewilligung des Kredits oder er schwenkt vollends auf den Kurs noch schärferer Sparpolitik um, was beides das Ende für die Gespräche GAL/SPD bedeutet hätte. Entsprechend hatte die Springerpresse propagandistisch vorbereitet:
„Hamburg pleite — kein Weihnachtsgeld für die 113.000 Staatsdiener?" (BILD, 13.9.).

Doch die CDU hatte sich verrechnet. Nachdem die SPD der GAL schriftlich zugesagt hatte, daß keine weiteren Einsparungen für 1982 vorgesehen seien (wie dies ursprünglich in dem Kreditantrag angekündigt worden war), stimmte die GAL dem SPD-Antrag zu.

Mittlerweile hat die CDU ihre Hoffnung auf SPD-Überläufer erst einmal aufgegeben und ihren ‚Bürgersenat' beerdigt. (Namen angeblicher Sozialdemokraten in diesem „Senat" gibt CDU-Kiep nicht preis. Interessant ist sein eingeplanter Wirtschaftssenator Gutowski, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs und Anhänger konservativer Wirtschaftspolitik à la Thatcher/Reagan, was ein bezeichnendes Licht auf Kieps ‚Liberalität' wirft.) Stattdessen setzt die CDU jetzt nur noch auf Neuwahlen. Ein entsprechender Antrag wird am 29.9. in der Bürgerschaft abgestimmt. Während die GAL dagegenstimmen wird, hofft Kiep auf rechte Sozialdemokraten (5 Stimmen braucht er), von denen einige wiederholt ebenfalls Neuwahlen gefordert haben.

Ist mit der GAL-Zustimmung zum Kredit eine Wende eingetreten? Betrachtet man die in diesem Artikel und auch im letzten AK behandelten Fakten, die bisher erreichte inhaltliche Substanz, dann kann davon keine Rede sein. Es gibt bisher keinerlei Anlaß, aufgrund des Verlaufs der Verhandlungen von der Möglichkeit einer Einigung auszugehen, und auch für die noch ausstehenden Verhandlungspunkte ist bislang nichts derartiges zu erwarten. Auch der von der Springer-Presse und der CDU hochgespielte „Erfolg" der GAL bei den Verhandlungen ist mehr Schein als Sein.

Im Gegenteil: die Verhandlungen sind für die GAL an einem kritischen Punkt angelangt. Immerhin hat sie mit der Kreditzustimmung zum zweiten Mal ihr Angebot zur Tolerierung eines Minderheitssenats der SPD zum Faktum werden lassen. Im Unterschied zum ersten Mal (als SPD und GAL Ende Juni gemeinsam den CDU-Antrag auf Rücktritt Dohnanyis ablehnten) hat die GAL dieses Mal einen inhaltlichen Preis bezahlt, nämlich dem Senat die nötigen Mittel zum Regieren zu beschaffen; dabei ist die Gegenleistung faktisch Null, da weder gesichert ist, daß nicht doch zusätzlich Sparpolitik gemacht wird, noch, daß nicht mit der GAL-Zustimmung für diesen Kredit, der bereits in den nächsten Haushalt hineinreicht, eine ganz andere Politik betrieben wird als dies in der Absicht der GAL liegt.

Der Koordinierungsausschuß der GAL hat trotz Kritik an der Verhandlungsführung der GAL-Fraktion mit der SPD-Fraktion einen Tag vor der Bürgerschaftssitzung darüber abgestimmt, daß eine Zustimmung der GAL zur Kreditermächtigung „vertretbar" sei. Dies deshalb, weil erkannt worden ist, daß die GAL zum einen mit einer kurzfristigen, sehr komplizierten Entscheidung konfrontiert worden ist, die es verbietet, leichtfertig Kritik an Entscheidungsbemühungen der Fraktion zu üben. Zum anderen, weil die Kopplung der Zahlungsunfähigkeit des Staates mit der Weihnachtsgeldauszahlung die GAL zu einer Entscheidung zwang, der sie sich nicht einfach entziehen konnte, wollte sie sich nicht den Vorwurf verantwortungslosen Handelns gegenüber den Betroffenen einhandeln.

Dennoch macht dieser Vorgang erstmals Versäumnisse der GAL deutlich: Sie hat es bislang zwar geschickt verstanden, Druck auf die SPD auszuüben, ohne daß es dieser bislang gelang, die GAL inhaltlich zu vereinnahmen. Das hatte eine enorme Ausdehnung der Diskussion und Auseinandersetzung um die Politik in Hamburg zur Folge, die weit über die Bereiche hinausgeht, die die GAL bei der Wahl erreicht hat und die z.B. stark in die Gewerkschaften hineinwirkt. Andererseits taucht zunehmend Verwirrung und lückenhafte Kenntnis über das auf, was wirklich inhaltlich an Übereinstimmung, eher muß gesagt werden: an Dissensen, mit der SPD besteht. Weil die GAL bislang zu wenig exakt und nachvollziehbar bilanziert hat, zu wenig Stellungnahmen zu den Ergebnissen abgegeben hat, die das große Feld der an den Verhandlungen Interessierten auch erreichen.

Es ist mehr offene und öffentliche Bilanzierung von Ergebnissen notwendig sowie eine Diskussion um die Verhandlungstaktik, damit man nicht im Taktizismus endet.

Zustimmung zum 624-Millionen-Mark-Kredit

Ein zweifelhafter »Erfolg« der GAL

Worum geht es bei der Zustimmung der GAL zum SPD-Antrag auf Gewährung eines Kredits von 664 Millionen DM? — Infolge falscher Einnahme-Kalkulationen und sinkender Einnahmen drohte dem Senat für ca. November das Geld auszugehen. Die Grenzen für seine Ausgaben sind ihm durch den sogenannten Kassendeckungskredit gesetzt, dessen Obergrenze in Hamburg bei 1,3 Milliarden DM liegt. Da demnächst die Auszahlung der Weihnachtsgelder im öffentlichen Dienst ansteht, ist absehbar gewesen, daß ca. 200 Millionen DM fehlen werden. Der Senat hätte nun die Erhöhung des Kassendeckungskredits beantragen können

Dankenswerterweise erhellt das Papier in seinem zweiten Teil die Auswirkungen des „Stabilitätskonzepts", indem es über die Auswirkungen bisheriger und kommender Sparmaßnahmen unterrichtet. U.a. wird dabei ausgeführt:

— Kostensenkende Maßnahmen bei der Sozialhilfe, die auf Grundlage einer „Untersuchung des Systems der Sozialhilfegewährung" und Einschränkung der „Ermessensspielräume" noch weiter eingeschränkt werden soll: „Das Untersuchungsergebnis wird zu den Senatsberatungen über den Haushalt

Zustimmung zum 624-Millionen-Mark-Kredit

Ein zweifelhafter »Erfolg« der GAL

Worum geht es bei der Zustimmung der GAL zum SPD-Antrag auf Gewährung eines Kredits von 664 Millionen DM? — Infolge falscher Einnahme-Kalkulationen und sinkender Einnahmen drohte dem Senat für ca. November das Geld auszugehen. Die Grenzen für seine Ausgaben sind ihm durch den sogenannten Kassendeckungskredit gesetzt, dessen Obergrenze in Hamburg bei 1,3 Milliarden DM liegt. Da demnächst die Auszahlung der Weihnachtsgelder im öffentlichen Dienst ansteht, ist absehbar gewesen, daß ca. 200 Millionen DM fehlen werden. Der Senat hätte nun die Erhöhung des Kassendeckungskredits beantragen können
und dafür ebenfalls eine Mehrheit in der Bürgerschaft benötigt. Er hat sich allerdings zu einem anderen Weg entschieden, den die Hamburger Landeshaushaltsordnung möglich macht, wenn *„eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts"* vorliegt: Er hat einen langfristigen Kredit über 664 Millionen DM beantragt, erklärtermaßen mit dem Ziel, nicht nur die kurzfristige Illiquidität zu überwinden, sondern um insgesamt mehr Spielraum für Neuverschuldung zu haben.

Hier liegt aber die eigentliche Problematik des Vorgangs: Der Senatsantrag wurde vorgebracht in Verbindung mit einer Bürgerschaftsdrucksache (10/220, 31.8.82), in der der Senat zum einen über die veränderte Haushaltslage, zum zweiten über die Umsetzung seines „Stabilitätskonzepts" vom 27.8.81 berichtet. In dieser Drucksache berichtet der Senat, daß er an seiner bisherigen Haushaltspolitik festhält, die von einem *„Zielkonflikt"* geprägt sei: *„Einerseits ist eine aktive Beschäftigungspolitik geboten ... andererseits müssen große Anstrengungen unternommen werden, um den Haushalt mittelfristig zu stabilisieren".* Dieser unlösbare „Zielkonflikt", gleichzeitig Gas geben und Bremsen, wie es oft bildhaft auszudrücken versucht wird, führt in der Konsequenz sozialdemokratischer Haushaltspolitik seit einigen Jahren zu immer schärferer Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen. Kernsatz der Senatsdrucksache in diesem Zusammenhang ist daher die Aussage: **„Das Stabilitätskonzept vom 27. August 1981 bleibt Handlungslinie" — also ein eindeutiges Bekenntnis zur Fortsetzung der Sparpolitik. Es ging daher bei der Bewilligung des Kredits nicht einfach um Gelder für notwendige Ausgaben, sondern es ging auch um Mittel für ein haushaltspolitisches Programm, zu dem die GAL in krasser Gegnerschaft steht.**

Dankenswerterweise erhellt das Papier in seinem zweiten Teil die Auswirkungen des „Stabilitätskonzepts", indem es über die Auswirkungen bisheriger und kommender Sparmaßnahmen unterrichtet. U.a. wird dabei ausgeführt:

— **Kostensenkende Maßnahmen bei der Sozialhilfe, die auf Grundlage einer „Untersuchung des Systems der Sozialhilfegewährung" und Einschränkung der „Ermessensspielräume" noch weiter eingeschränkt werden soll: „Das Untersuchungsergebnis wird zu den Senatsberatungen über den Haushalt 1983 vorliegen".**

— **Einschränkung bei der Vergabe von Kindergarten- und Kindertagesheimplätzen sowie Erhöhung der Elternbeiträge.**

— **Einsparungen bei den Asylverfahren durch beschleunigte Abschiebungen, Kürzungen des Regelsatzes bei Barleistungen für Asylanten um 10 %, Kürzung weiterer Leistungen (Krankheitshilfen, Zahnersatz etc.), „Gemeinschaftsunterkünfte" (die berüchtigten Sammellager).**

— **Gebühreneinnahmen von 3,5 Millionen DM u.a. durch Erhöhung der Gebühren für Altenwohnungen und Obdachloseneinrichtungen, für Volkshochschule, Berufsschul-Abendkurse.**

— **Kostensenkungen im Krankenhausbedarfsplan (u.a. Reduzierung des Bettenbedarfs).**

— **Einschränkungen der Leistungen beim Hamburger Verkehrsverbund.**

— **Geplante Erhöhung der Bäderpreise noch in 1982.**

— **Für 1983 geplante Erhöhung der Instandhaltungspauschale und damit Mieterhöhung für Wohnungen der städtischen SAGA.**

Dieses krass unsoziale Programm ist nicht einfach von der Zustimmung zum Kredit abzutrennen.

Zusätzlich enthält die Drucksache drei heikle Sparpunkte für 1982:

— Der am Ende des Haushaltsjahrs mit 23 Millionen DM veranschlagte ‚Bodensatz' (damit sind all jene Gelder gemeint, die zwar im Haushaltsplan veranschlagt wurden, aber aus unterschiedlichen Gründen — z.B. organisatorische, Zeitverzögerungen — nicht ausgegeben werden) soll auf 50 Millionen DM erhöht werden. Daß darunter auch gewollt unsoziale oder nicht vertretbare Einsparungen fallen, ist angesichts des „Stabilitätskonzepts" sehr realistisch.

SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION
DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFT

Herrn
Hartmut Perschau
CDU-Fraktion

Herrn
Thomas Ebermann
GAL-Fraktion

13. September 1982

Betr.: Drucksache 10/220

Sehr geehrter Herr Perschau,
Sehr geehrter Herr Ebermann,

Im heutigen Ältestenrat habe ich angekündigt, daß die SPD-Fraktion am kommenden Mittwoch Wert auf die Annahme des Senatsantrages zu Nr. 3 in Erster Lesung legen wird. Wir halten dies für dringend erforderlich, um die Bekämpfung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die angesichts der Arbeitslosigkeit leider offensichtlich ist, sofort beginnen zu können; die Alternative - massive Kürzungen im Haushalt - würde sich prozyklisch auswirken und ist deshalb nicht verantwortbar.

Erlauben Sie, daß ich bei dieser Gelegenheit aus unserer heutigen Fraktionsberatung kurz zu einigen Einzelheiten berichte:

- Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß am Jahresschluß in jedem Fall - ohne weitere Maßnahmen - ein "Bodensatz" von DM 50 Mio vorhanden sein wird (Teil c II 1). Eine Spezifizierung und Berichterstattung des Senats hält die Fraktion deshalb nicht für erforderlich.
- Die Fraktion hat sich davon überzeugt, daß die angeordnete Sperre gemäß § 41 LHO (Teil C II 2) von 20 % des noch verfügbaren Volumens der Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen den angestrebten Einspareffekt wohl so gut wie nicht haben wird. Es bestehen deshalb Zweifel an der Verhältnismäßigkeit dieser Sperre. Unserer Auffassung nach sollte der Senat im Haushaltsausschuß gebeten werden, auf diese Sperre zu verzichten.
- Die Fraktion begrüßt, daß offenbar mit 20 DM Mio Mehreinnahmen bei den Gebühren zu rechnen ist (Anhang zum Petitum Teil 3) und zwar auf der Grundlage der geltenden Gebührensätze (d.h. ohne zusätzliche Erhöhungen in 1982).

zwar auf der Grundlage der geltenden Gebührensätze (d.h. ohne zusätzliche Erhöhungen in 1982).

Ich wäre dankbar, wenn die Bürgerschaft sich die Entschlossenheit des Senats, die gesamtwirtschaftliche Störung zu bekämpfen, zu eigen machen und dem Antrag zu Nr. 3 am Mittwoch zustimmen könnte.

Vom Verfahren her schlagen wir vor, den Punkt 29 der Tagesordnung nach Punkt 7 zu debattieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Henning Voscherau
Fraktionsvorsitzender

Kopie Herrn Präsident Dr. Willich
Herrn Bürgermeister Dr. von Dohnanyi

— Am 19.8.82 hat der Senat verfügt, daß im Betriebshaushalt bei Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen in allen Behörden generell 20 % aller noch nicht ausgegebenen Gelder eingespart werden sollen, was nachweislich auch den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich betrifft.

— Zusätzlich wird als Erfolg gepriesen, daß am Jahresende 1982 mit rund 20 Millionen DM mehr Einnahmen als veranschlagt aus Gebühren zu rechnen ist.

Unklar ist, welche Gebühren das sind und ob dabei auch noch geplante Gebührenerhöhungen für die letzten Monate 1982 gemeint sind.

Unklarheit oder Fahrlässigkeit in der GAL?

Die Problematik dürfte angesichts des Kreditersuchens des Senats klargeworden sein. Klar ist auch die Beschlußlage der GAL für die Verhandlungen mit der SPD. Die GAL hat sich eindeutig gegen diese Art der staatlichen Umverteilungspolitik zu Lasten der sozial Schwachen ausgesprochen und fordert daher: *„Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitnehmer oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschichtet werden."* Gleichzeitig hat sie ihr *„prinzipielles NEIN zum Sozialabbau und zur Sparpolitik"* in ihrem Tolerierungskatalog aufgenommen. Da dieser Punkt noch Gegenstand der Verhandlungen mit der SPD ist, sich aber schon seit längerem abzeichnete, daß die SPD für 1982 mit einem Kreditersuchen kommen würde, hat die GAL-Mitgliederversammlung am 22.8. den folgenden Beschluß gefaßt:

„SPD stellt in der Bürgerschaft Antrag auf Zustimmung zur Aufnahme eines langfristigen Kredits (ca. 600 Millionen DM) bis 1985/86 zur Deckung des Betriebshaushalts. Die GAL stimmt unter der Voraussetzung zu, daß

a) der Kredit nur für ein Jahr gilt; keine Zusagen, die einen von uns nicht beeinflußbaren Rahmen berühren;

b) die behördeninterne Anweisung, bei Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen zu sparen nur akzeptiert werden kann, wenn diese differenziert zu beeinflussen sind (Beispiel: Keine Zustimmung zu Einsparungen in sozialen Bereichen, Zustimmung bei Innenbehörde und Verfassungsschutz)'' (Protokoll der GAL-MV.

Damit war der politische Handlungsrahmen für konkrete Verhandlungen abgesteckt, wobei festgehalten werden muß, daß dies bereits ein ‚Sachzwang'-Kompromiß ist, da die Forderung des Tolerierungs-Katalogs erheblich prinzipieller gefaßt ist: R ü c k n a h m e der Sparmaßnahmen für 1982, während der zitierte Beschluß faktisch besagt: keine z u s ä t z l i c h e n Einsparungen.

Dennoch gab es GAL-intern Auseinandersetzungen, die sowohl in der Wirtschaftsgruppe ausgetragen wurden, als auch auf der Versammlung der Alternativen Liste am 12.9. Dabei ging es vor allem darum, daß GAL-Wirtschaftsexperten der Meinung waren, man solle keinen Power-Streit um die Art des Kredits führen; es wurde z.T. sogar geäußert, es sei doch verständlich, daß die SPD mehr finanziellen Spielraum haben wolle. D.h. es wurde für Zustimmung zum 664 Millionen-Kredit geworben und damit mehr Spielraum für die Haushaltsberatungen 1983 mit der SPD erhofft. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund des vorliegenden SPD-Antrags und der Bestätigung des „Stabilitätskonzepts'' eine absurde Annahme, die sich aus nichts als Hoffnung und entweder naiven oder hochgespannten taktizistischen Erwartungen speist, aber nicht aus der Realität ableitbar ist.

Auf der AL-Mitgliederversammlung wurde dann beschlossen: Die GAL soll in die Verhandlungen mit der SPD mit der Forderung hineingehen: nur Zustimmung zum erhöhten Kassendeckungskredit, wenn alle zusätzlichen Einsparungen gestrichen werden. Diesem Vorgehen lag die Einschätzung zugrunde, daß die SPD unter Druck zu setzen ist, da für sie mit der Zustimmung zum Kredit die Weiterexistenz des Senats verbunden war. Als äußerst mögliche Kompromißlinie legte die AL fest, daß die Streichung der Sparmaßnahmen Priorität vor der Art des Kredits hat.

Festzuhalten bleibt: Seitens der GAL-Fraktion ist in den Tagen 13. und 14.9. mit der SPD weder im Sinne des GAL-Beschlusses vom 22.8. noch im Sinne des AL-Beschlusses vom 12.9. verhandelt worden. Stattdessen ist die Kredithöhe akzeptiert worden und nur noch über die Streichung der zusätzlichen Einsparungen verhandelt worden. Das schriftlich fixierte Ergebnis (siehe Faksimile) ist vage genug. (Wobei man großzügig darüber hinwegsehen sollte, daß das Schreiben der SPD mit Rücksicht auf die eigene ‚Selbstachtung' so tut, als seien die Zugeständnisse aus freien Stücken erfolgt):

— Gestrichen worden ist die 20 %-Sperre, begründet mit *„Zweifel an der Verhältnismäßigkeit''* (Die mögliche Einsparung wird mit geringen 2 — 4 Millionen DM angegeben).

— Erklärt wird, daß es in 1982 keine Gebührenerhöhungen mehr geben wird — auch das nur ein Phyrrus-Sieg für die GAL: liest man doch gleichzeitig in der Presse, daß Fahrpreiserhöhungen zwischen 10 — 15 % schon ab 1. Januar 1983 bevorstehen.

— Schließlich bleibt mehr als ein Fragezeichen beim besagten ‚Bodensatz'. Zwar verspricht die SPD, keine b e s o n d e r e n Maßnahmen zu ergreifen, geht aber davon aus, daß auch ohne diese die gleiche Summe, 50 Millionen DM, erreicht wird, wie dies zuvor im Antrag mit Maßnahmen beabsichtigt war. Soll die GAL dies nun als Erfolg feiern, wo doch durchsichtig ist, daß seitens der Behörden anderer Druck als der nun beschlußmäßig sichtbare gemacht werden kann, um Geld zu sparen. Als ‚Erfolg' ist dies eher peinlich.

Der ‚Erfolg' ist relativ so zu sehen: Die Sparschweine von CDU und Springerpresse behaupten, die SPD habe sich von der GAL zu unzumutbaren Zugeständnissen zwingen lassen, der Weg zu sozialistischer Politik (Perschau, CDU) für Hamburg sei geebnet. Allenfalls läßt sich daraus für die GAL ableiten, daß klimatisch damit eine Situation begünstigt wird, in der offensiv über die vollständige Beseitigung der Sparpolitik diskutiert werden kann.

Fast schon peinlich nimmt sich die ‚Hofberichterstattung' der Hamburg-Ausgabe der „taz'' zum Verhandlungsergebnis aus: Sie sieht darin ein SPD-*„Signal an die GAL''* und hat z w e i Sieger ausgemacht:
Die SPD, die damit *„erst einmal wieder Luft gewonnen''* hat — ohne daß die Frage beantwortet wird: Luft wofür? Fakt ist: Zunächst einmal für's Weiterregieren bei Weiterexistenz des ‚Stabilitätskonzepts'. Und als zweiter Sieger? Die GAL, die *„sich programmatisch treu bleiben''* konnte, was schlicht nicht stimmt, wie oben gezeigt.

Eher scheint mir da die Kritik der SOST plausibel, nämlich daß der SPD der Verzicht auf vergleichsweise geringe Einsparungen (20 %-Sperre) im Verhältnis zur Bedeutung von Kredit und Kredithöhe als Voraussetzung für das Weiterregieren ziemlich leicht gefallen sein dürfte.

Die GAL und auch die „taz'' täten gut daran, nicht den Versuch zu machen, Scheiße zu Gold zu erklären. Dann ist es ehrlicher, wie es ein GAL-Mitglied ausdrückte, von einer „schwierigen Gemengelage'' zu sprechen und davon, daß man fürchtete, der Weihnachtsgeld-Demagogie zu erliegen. (Was wiederum politische Überlegungen sind, denen sich die SOST gänzlich verschließt.) Dann bleibt aber immer noch die Kritik bestehen, daß die GAL in den Verhandlungen eine weiche Flanke gezeigt hat, die es dichtzumachen gilt.

Zumindest die SPD beginnt ihrerseits das Kredit-Ergebnis auszuschlachten. Während Finanzsenator Steinert schon zwei Tage nach der Bürgerschaftssitzung in der Springer-Presse lospolterte, daß Gebühren, Tarife und Steuern 1983 erhöht würden (BILD, 17.9.), weiß Gesprächstaktiker Dohnanyi die GAL-Abstimmung zu schätzen. Er spricht von einer *„Kooperation der Vernunft''*, weil es über die Gespräche gelungen sei, *die Kollegen von der GAL in die Probleme der Stadt einzuführen''*. Daraus leitet er die Hoffnung ab, **„unsere Politik mit dem Verständnis anderer Fraktionen, insbesondere mit dem Verständnis der GAL, in der Bürgerschaft durchzusetzen''**, (NDR-Interview, 16.9.).

Das kann doch wohl nicht die Tolerierungspolitik sein, die die GAL gemeint hat?

hr.

Die GAL und die Regierungsmacht

— ein Lehrstück über neue Formen der Politik —

Kiep, liberales Aushängeschild der stockkonservativen CDU in Hamburg, fordert endlich Neuwahlen. Begründung: in Hamburg wird nicht mehr regiert; die Stadt schliddert ins Chaos, Der Mann, der als Versicherungskapitalist ein Vermögen machte, will jetzt die Bewohner dieser Stadt vor weiterer Unbill bewahren. „Alles geheuchelt''! entgegnet darauf der GAL-Fraktionsvorsitzende Ebermann. In Hamburg werden Steuern gezahlt, besetzte Häuser geräumt, Unterstützungszahlungen an „soziale Notfälle'' gewährt und im Rathaus viel Aktivität entwickelt. Also, so der Chef der Gallier-Fraktion, es wird prächtig regiert. Und Ebermann weiß, wovon er spricht. Und damit dies auch noch ein Weilchen so bleibt, hat man der Hamburger Regierung mit einem 664 Millionen-Kredit die Entfaltung weiterer Regierungspracht bis auf Weiteres ermöglicht.

Ist die Zustimmung der „Grün-Alternativen'' zu einem solchen langfristigen Kredit politisch bedenklich? Hat etwa die GAL die Hamburger Schätze den Kredithaien ausgeliefert? Dergleichen Gefährdungen zeichnen sich nicht ab, also — so die verbreitete Auffassung unter den Galliern — gehen wir zu den eigentlichen Themen über. Aber ein bedenkliches Lehrstück bleibt diese politische Operation doch. Drei Punkte lassen einen mehr als zwiespältigen Eindruck zurück:

1.
Seit Wochen läuft, ausgehend von der Fachgruppe Wirtschaft die Diskussion darüber, wie sich die GAL auf die Situation einstellen soll, daß zum Jahresende der Senat nicht mehr genug Geld haben würde, um die laufenden Ausgaben zu tätigen. Es war längst bekannt, daß er zum Jahresende die Bürgerschaft um eine massive Erhöhung des Kreditrahmens angehen würde. Die GAL solle sich daher auf zwei Punkte konzentrieren: Zustimmung z u Krediten nur, wenn für 1982 ein Kassensturz gemacht wird und wenn zugleich über die ökonomischen Grundlagen der Regierung für 1983 mit der GAL geredet wird. Nein, sprachen da der Fraktionsvorsitzende und seine Gefolgsleute. Eine Diskussion über politische Kondition für Kreditgewährung ist nicht grün genug. Wir sind keine keynsianischen Wachstumsfetischisten; wir fordern die Haushaltsumstrukturierung in Richtung ökologischer Politik; Kredite sind kein Thema. Das Ergebnis: die GAL-Fraktion stimmt dem Kreditantrag auf 664 Millionen zu, ohne politische Konditionen; sie bewilligt keineswegs nur Kredite für 1982, keineswegs nur für einen nachgewiesenen Fehlbedarf; sie bewilligt dem Senat einen auf 664 Millionen dotierten Freibrief. Aber nein, spricht da des Fraktionsvorsitzenden ökonomischer Fachberater: Wir haben die SPD zur Rücknahme der Sparansätze gezwungen. Dies ist ein politscher Durchbruch. Faktisch eher ein fachökonomischer Einbruch. Zwar enthielt der Senatsantrag Sparvorschläge:
- Erhöhung der Gebühren noch in 1982;
- Streichen von 20% der noch nicht getätigten Sachausgaben;
- Nichtverausgabung eines ohnehin durch Minderausgaben sich ergebenden „Bodensatzes'' von 50 Millionen DM.

Daß die GAL diese vorgeschlagenen Sparmaßnahmen ablehnen würde, war der SPD bekannt. Aber darauf hatte sie sich eingerichtet. Konfrontiert mit der GAL-Forderung: „keine Kredite ohne Rücknahme der vorgeschlagenen Sparmaßnahmen', war sie auch schnell bereit, auf diese zu verzichten. Nicht, weil sie plötzlich zu substantiellen Zugeständnissen bereit gewesen wäre, sondern weil sie von vornherein nur zu dem Zweck präsentiert worden waren, als Bedingung für GAL-Zugeständnisse zurückgezogen zu werden. Voscherau am 13.9.:
- *„die SPD-Fraktion hat sich davon überzeugt, daß die angeordnete Sperre von 20% des noch verfügbaren Volumens der Ergänzungs- und Erweiterungsbeschaffungen den angestrebten Einspareffekt wohl so gut wie nicht haben wird''* — als hätte sie das nicht vorher schon gewußt!
- *„die Fraktion begrüßt, daß offenbar mit 20 Millionen Mehreinnahmen bei den Gebühren zu rechnen ist, und zwar ... ohne zusätzliche Erhöhungen in 1982'*, auch das steht schon in der Bürgerschaftdrucksache vom 31.8.
- Der Bodensatz von 50 Millionen DM soll sich auch „ohne weitere Maßnahmen'' ohnehin einstellen.

Was kosten der SPD also die Zugeständnisse an die GAL? So gut wie nichts. Aber dafür, daß sie kaum mehr als Spielmaterial zurückgezogen hat, bekommt sie weit mehr als nur die für 1982 benötigten 200-350 Millionen Kassenverstärkungskredite. Die GAL bewilligt ihr insgesamt 664 Millionen, ohne irgendwelche Zusagen wie die überschüssige Summe verwendet werden soll. Aber das ist noch nicht alles. Diese 664 Millionen, die der gesamten Neuverschuldung von 1982 entsprechen, werden nicht als Kassenverstärkungskredit gewährt, sondern als langfristiger Deckungskredit. Kassenkredite müssen zwei Jahre später als Ausgabe den laufenden Haushalt übernommen werden — die fehlenden 664 Millionen von 1982 würden also den Haushalt von 1984 belasten. Das braucht bei dem jetzt gewährten langfristigen Kredit nicht gemacht zu werden. Der SPD-Senat bekommt von der GAL nicht nur für 1982 ohne nennenswerte Gegenleistung einen unkontrollierbaren Spielraum, sondern erhält obendrein heute schon für den Haushalt 1984 eine Entlastung von 664 Millionen DM geschenkt — ohne daß überhaupt je ein Wort über den Haushalt 1983 gesprochen worden wäre. Über d e n will man ja noch nicht reden — aber Vorleistungen für 1984 dürfen schon gegeben werden.

Das Ergebnis ist grün-großartig: zunächst ist man überhaupt gegen Diskussion um Staatsverschuldung; dann ist eine Erörterung der zu fordernden politischen Konditionen nicht revolutionär genug; schließlich wird einer Erhöhung des Kreditrahmens zugestimmt, ohne Kassensturz und ohne Begrenzung auf notwendige Mittel für das Jahr 1982. Aber diese grüne Dialektik hat Methode; ihr unterliegt eine tief verinnerlichte Vorstellung von Basisdemokratie.

2.
Am Sonntag vor der entscheidenden Verlängerung der Regierungspracht mit gepumpten 664 Millionen debattiert eine AL-Mitgliederversammlung mehrere Stunden über diesen politschen Fall. Das Ergebnis ist dann auch eindeutig: Die GAL-Fraktion soll einem Kreditantrag zustimmen; aber sie soll die Mittel für 1982 (Gehälter, Weihnachtsgeld etc.) nur bewilligen, wenn eine verbindlich oder politisch in der Öffentlichkeit darstellbare Unterlassungserklärung für irgendwelche

Forts. nächste Seite

Forts. von voriger Seite

Die GAL und die Regierungsmacht — ein Lehrstück über neue Formen der Politik

Sparmaßnahmen 1982 von Seiten der SPD vorgelegt wird. Dieses Zugeständnis fiel etlichen aus der AL nicht leicht. Denn laut Wahlprogramm fordert die Grün-Alternative Liste auch die Rücknahme der Anfang des Jahres bereits exekutierten Spar-Operationen. Aber dieser Kleinkrämerei in Sachen Ehrlichkeit gegenüber eigenen politischen Programmen sind andereStrömungen, die Politik eher als Aktion an sich sehen (wie die Gruppe Z), überdrüssig. Nun gut — auf der AL-Mitgliederversammlung herrschte nach der Relativierung der Wahlaussagen der Eindruck, nun wärę die Grundlage für gemeinsames Auftreten der GAL bereitet. Doch wieder war die Rechnung ohne die grünen Dialektiker gemacht: Tags drauf in der Fraktion wurde das AL-Votum gar nicht in die Diskussion einbezogen. Wer bestimmt eigentlich die Politik im Grün-Alternativen Bündnis, wenn am Sonntag die AL-Mitgliederversammlung beschließt, sofern die SPD auf die Sparmaßnahmen verzichte, solle ihr nur die für 1982 benötigte Erhöhung der Kassenverstärkungskredite gewährt werden — und dann am Montag auf der Fraktionssitzung dieses Votum der AL-Mitgliedschaft noch nicht einmal der Diskussion wert befunden wird, sondern ohne Debatte der höhere und über 1982 hinauswirkende Kredit gewährt wird?

3.

Die GAL ist gegen eine Staatsverschuldungsdebatte und gegen eine Erörterung politischer Konditionen für Kredite. Die Fraktion beschließt einen Kredit von mehr als einer halben Milliarde, ohne Rückbesinnung auf das Wahlprogramm, ohne politische Konditionen, ohne über die Haushaltslage informiert zu sein.

Die SPD erhält einen befristeten Freibrief für Regierungspracht, befristet bis zur Notwendigkeit des nächsten Kredites im Jahre 1983, obgleich im Wahlprogramm der GAL eine andere Politik festgeschrieben ist und obwohl die AL zuvor für eine andere Politik votierte. Aber dem dialektischen Höhepunkt dieser grünen Politik liefert die Begründung des Fraktionsvorsitzenden, rsp. seines neuen Chef-Ökonomen. These: Die GAL hat bei der SPD — in Hamburg — eine Kursänderung erzwungen. Begründung: Die SPD hat durch Erhöhung der Gewerbesteuer, Aussetzung der Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst für 1983 und durch das nicht eingeschränkte Investitionsvolumen für 1983 ihren Willen belegt, eine antizyklische Politik

te Investitionsvolumen für 1983 ihren Willen belegt, eine antizyklische Politik

zu machen — indem wir den 664 Millionen-Kredit gewähren, geben wir ihr Spielraum, in dieser Richtung weiter zu gehen und erhöhen unsere Chancen, später selber größeren Einfluß zu bekommen.

Diese Blüte grüner Dialektik eröffnet uns die tiefen Perspektiven einer ökologischen Politik, jenseits des Wachstumswahns. Eben noch scharrten etliche Fraktionsmitglieder der SPD unruhig mit den Füßen, ob nicht doch eine große Koalition oder die Tolerierung eines CDU-Senats einen staatstragenden Ausweg aus deą krisengebeutelten Lage eröffne, eben noch sprachen sich die Rechtsflügler für die Notwendigkeit des Sparens und der Bekämpfung des sozialstaatlichen Anspruchsdenkens aus, da erreicht die kühne GAL-Politik die komplette Läuterung dieses Haufens widerspruchsvolle Geister. Das Problem, daß auch innerhalb der SPD etliche Strömungen von einem moderierten Sanierungskurs überzeugt sind, wie ihn der Wirtschaftsgraf als Sprachrohr der Industrie gerade propagiert, existiert in dieser grünlichen Sichtweise nicht mehr. Die Politik der GAL kann sich darauf konzentrieren, die SPD die Regierungspracht entfalten zu lassen und dann ihrem antizyklischen Gewissen nachzustellen. Die Fakten sprechen freilich eine andere Sprache.

Der Senat rechnet für 1982 mit einem Wachstum des Sozialprodukts von 0,5-1%. Nachdem das erste Halbjahr 1982 praktisch gegenüber 1981 stagniert hat, ist eher die Frage, ob für 1982 überhaupt noch die Stagnation gehalten werden kann. Alles andere ist Zweckoptimismus, aus dem wir dann bei der nächsten Steuerschätzung, die wiederum „nicht zu erwartende" Steuerausfälle bringt, herausgerissen werden. Für 1983 wird mit 2,5% gerechnet — selbst die Bundesregierung geht „intern" mittlerweile von maximal 1,5% aus.

Es steht fest, daß die Projektionen des Senats über die Steuereinnahmen zu hoch und über die Ausgaben zu niedrig liegen. Es ist bekannt, daß der Senat an seiner Devise festhält: *„Mittelfristiges Ziel bleibt der Ausgleich des Betriebshaushalts auf dem niedrigeren Niveau der Einnahmeentwicklung"*, d.h. wenn weniger hereinkommt, muß mehr gespart werden, und wir brauchen nicht lange zu raten, auf wessen Kosten gespart werden soll, wenn im nächsten Jahr die sozialen Probleme drängen, die bei durchschnittlich 70.000 Arbeitslosen entstehen werden. Schon jetzt ist vorauszusehen, daß Hamburg für 1985 mit 105.000 Arbeitslosen rechnen muß.

Wenn das alles bekannt ist, dann muß jede Unterstützung des SPD-Senats durch die GAL daran gemessen werden, ob seine Politik langfristig auf Gegenmaßnahmen zu dieser Entwicklung angelegt ist. Die Begründung dafür, der Senat gehe in eine solche Richtung, wird den grünen Dialektikern sicher noch einfallen — wir halten uns derweil an Tatsachen:

- Während noch Fensterreden gehalten werden über einen „Frontalangriff gegen die Arbeitslosigkeit", über steigende Investitionsausgaben in 1983, ist für 1984 und die Jahre darauf schon jetzt die Rücknahme der Investitionen um jährlich 150 Millionen DM geplant.
- Das Betreiben von Korrekturen bei der Sozialhilfe wird in derselben Bürgerschaftsdrucksache, die auch der GAL wegen der Kreditvergabe vorlag, offen ausgesprochen.
- Die „Offensive gegen die Arbeitslosigkeit" beschränkt sich darauf, daß hauptsächlich im Rahmen von ABM-Maßnahmen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit locker gemacht werden sollen.

Wie mit Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen eine Offensive gegen die Arbeitslosigkeit gestartet werden soll, müßte noch erklärt werden. Das Vertrauen in einen von der SPD eingeschlagenen Kurs, den man habe honorieren wollen, ist auf Sand gebaut — die Frage ist, ob die, die das so begründen, selber überhaupt daran glauben. Nicht die schlecht inszenierte Posse, wie der SPD-Senat sich unter Ausnutzung der Basisdemokratie von der GAL einen langfristigen Kredit von mehr als einer halben Milliarde DM holte, ist der politische Skandal. Der Skandal liegt in dem sichtbar gewordenen Ansatz der Politik.

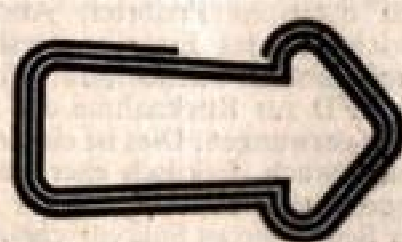
Wie kann in einer sich weiter verschärfenden Krise die Sozialdemokratie aus der Hegemonie der Wirtschaftsinteressen herausgebrochen oder neutralisiert werden? Wie ist innerhalb der vorgegebenen Formen der Politik für größere Bevölkerungsteile die Möglichkeit und Realisierbarkeit einer wirklichen Antikrisenpolitik deutlich zu machen?



Etwa indem die Wirtschaftsinteressen faktisch tabuisiert werden? (siehe die Grünen-Forderung zur 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich) Indem alle Strukturen der Ökonomie fortgeschrieben werden und bloß über die Umstrukturierung der staatlichen Haushalte eine ökologische Revolution ausgelöst wird? Indem man auf den guten Willen und das soziale Gewissen der SPD setzt, ihren politischen Handlungsspielraum per Blankoscheck erweitert und schließlich als Bittsteller und Mehrheitsbeschaffer ein paar Brosamen vom gedeckten Tisch abverlangt? Oder indem in der politschen Auseinandersetzung für Antikriegspolitik gegen die Kapitalinteressen und gegen bestimmte politische Strömungen in der SPD gekämpft wird? Indem wir verdeutlichen, daß die schüchternen Gegenpositionen zum „Totsparen" in der SPD noch lange keine alternative zur Sanierungspolitik sind — daß es dazu weit größerer Initiativen bedarf, die auch nicht mehr allein über Kredite und Staatsverschuldung getragen werden können, sondern radikale Eingriffe in bestehende Einkommens- und Vermögensstrukturen erfordern?

Indem die Umsetzung und Verausgabung von Krediten und weiterer Staatsverschuldung also an bestimmte politisch-soziale Interessen gebunden wird?

SOST



Presseerklärung: Betr.: Die Hamburger Polizei beweist, daß sie die Jugendlichen der Stadt in jeder erdenklichen Situation im Griff hat

Mit einer Pressekonferenz auf dem Spritzenplatz in Hamburg-Ottensen am 15.9.82 um 16 Uhr werden stellvertretend einige Hamburger Sozialarbeiter im AUFSCHREI damit beginnen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Strategie die Hamburger Polizei und mit ihr der Senat zu verfolgen scheinen, um die Jugendlichen in dieser Stadt vollkommen in den Griff zu bekommen und zu unterdrücken.

Täglich veranstaltet die Hamburger Polizei auf Anordnung des Senats ein ekelerregendes Schauspiel polizeilicher Macht und Unterdrückung. Fast täglich läßt Innensenator Pawelczyk jugendliche Punx auf dem Spritzenplatz zusammentreiben, auseinanderjagen und durch Ottensen verfolgen. Seine drei Phasen Strategie — Einschüchtern — Verunsichern — „Rädelsführer" herausgreifen — ist darauf ausgerichtet, die sich dort versammelnden Jugendlichen fertigzumachen. Was täglich auf dem Spritzenplatz unter den Augen der Bevölkerung jetzt schon seit Wochen abläuft an Übergriffen und Schweinereien der Hamburger Polizei gegenüber Kindern und Jugendlichen geschieht in ähnlicher Weise überall in der Stadt. Und jetzt hat sich der Innensenator als neues Aufgabenfeld die Asylanten ausgeguckt.

Wenn es in Hamburg um die Jugend geht, so hat der Jugendsenator schon lange nichts mehr zu melden. Der Polizeisenator bestimmt, was zu geschehen hat:

- Schon seit 1966 oder noch früher baut die Hamburger Polizei ein Netz von polizeilichen Maßnahmen gegen Jugendliche aus. Eine der tragenden Säulen dieses Systems sind die polizeilichen Jugendschutztrupps in ganz Hamburg. Mindestens 48 Beamte schleichen heute durch die Stadtteile, um überall Jugendliche zu überwachen, zu bespitzeln und herauszugreifen, um Kinder oder Jugendliche als „Informanten" anzuwerben. In jeder der vier Polizeidirektionen leitet ein sog. „Jugendschutzbeauftragter" seine „Jugendschutztruppe". Wenn Senator Pawelczyk bei jeder unpassenden Gelegenheit seinen Spruch abläßt, das Entstehen rechtsfreier Räume lasse er nicht zu, dann wollen wir Sozialarbeiter vom Senat eine Antwort auf die Frage bekommen, ob es nht das Jugendwohlfahrtsgesetz ist, das Jugendschutz als Aufgabe der Jugendämter beschreibt.

Aber in Hamburg haben sich die Jugendämter aus dem Jugendschutz nahezu vollends zurückgezogen. Das Landesjugendamt darf nur noch die „Fortbildungsseminare" für die polizeilichen Jugendschutztrupps in Reinbek bezahlen, wo sich diese Leute dann als „Sozialarbeiter der letzten Instanz" bezeichnen.

- Am 31.5.1977 schon informierte der Hamburger Senat die Bürgerschaft darüber, daß er schon einige Jahre zuvor erkannt habe, daß Jugendämter, Schulen und Jugendeinrichtungen insbesondere wegen ihrer personellen Situation nicht in der Lage seien, sich ausreichend um gefährdete Jugendliche zu bemühen (Drucksache 8/2605). In der Tat, eine weise Erkenntnis. Ein naheliegender Schluß, und ein von Pädagogen, Soziologen und auch Kriminologen während eines vom damaligen Innensenator Staack durchgeführten Tagesseminars zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität wissenschaftlich dargelegter und bewiesener Schluß wäre, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt verstärkt zu schaffen und zu fördern. Doch nein, der Senat benutzt diese Erkenntnis, um die polizeilichen Maßnahmen in der Jugendarbeit immer weiter auszubauen.

- Seit Frühjahr 1982 arbeitet die Hamburger Polizei denn auch „flächendeckend" an Hamburger Schulen. Nach einem „Modellversuch" zur „Präventiven Arbeit der Polizei in Hamburger Schulen" der Polizeidirektion West, hat sich der Senat entschlossen, dieses Programm auf ganz Hamburg auszudehnen. Erst einmal hat er 60 Polizeibeamte für diese neue Aufgabe besonders „ausgebildet". Der dem AUFSCHREI zugespielte Zwischenbericht dieses damaligen (1977) Modellversuchs treibt jedem aufrichtigen Lehrer und Pädagogen beim Lesen die Haare zu Berge. In Zusammenarbeit mit der Hamburger Schulbehörde läßt der Senat jetzt an allen Hamburger Schulen Kinder und Jugendliche bespitzeln und aushorchen und sie zu Denunzianten erziehen.

Tausende von Lehrern und Sozialarbeitern stehen arbeitslos auf der Straße, während der Senat, auch getrieben und unterstützt von der CDU, Kinder und Jugendliche in die Kriminalität treibt. Auf seine Jugendschutztrupps ist der Senat besonders stolz. Nahezu in jeder bürgerschaftlichen Anfrage zum Thema Punx, die übrigens auch schon im Archiv der Bürgerschaft unter „Jugendkriminalität" abgeheftet sind, und zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität im einzelnen, beruft sich der Senat auf diese Truppe. So z.B. in der Drucksache 9/3943 vom 25.11.81: „Eine Punk-Szene, wie sie im Herbst des vergangenen Jahres zu beobachten war (u.a. im Karolinenviertel), gibt es in Hamburg nicht mehr." Und weiter: „Lediglich bei bestimmten Konzertveranstaltungen sowie bei Demonstrationen treten noch kleinere Punker-Gruppen auf. Auch bei diesen Anlässen bewährt sich nach wie vor der Einsatz der Jugendschutztrupps." Dann geht es in der gleichen Drucksache weiter mit dem Hinweis auf „den erfolgreich erprobten Modellversuch" der PD West „Jugendprogramm West - ein Präventivmodell" usw. usf.

Die im AUFSCHREI zusammenarbeitenden Sozialarbeiter und engagierten Menschen sind jetzt nicht mehr länger bereit, dabei zuzusehen, wie unverantwortliche Politiker die Jugend zum Staatsfeind Nr. 1 abstempeln. Mit 15.000 Jugendlichen ohne Arbeit und meist ohne Ausbildung allein in Hamburg haben die da oben hinlänglich bewiesen, wie unfähig sie sind. Der Jugend ihre Zukunft zu nehmen, ist eine Sache, sie gleichzeitig noch ständig zu bespitzeln, zu observieren und, wo es auch immer paßt, sie einzusammeln und nachts um zwei Uhr mit dem Peterwagen nach Pinneberg oder sonst wohin zu fahren und dort rauszusetzen, die Jugendlichen und Kinder fertigzumachen, das ist eine andere Sache.

Wir werden jetzt damit beginnen, all das, was uns an wahrhaften Schweine-

Forts. von voriger Seite

reien in dieser Stadt bekannt ist und bekannt wird, zusammenzufassen und zu dokumentieren. Wenn die Herren da oben auf ihrer Strategie und Linie beharren, so werden sie mit unserem sozialen Widerstand zu rechnen haben.

Vor dem Hindergrund, daß die meisten Einrichtungen offener Kinder-, Jugend- und Stadtteilarbeit kurz vor ihrem Zusammenbruch stehen und angesichts unseres Wissens um die Strategie der Polizei in dieser Stadt, sind unsere Forderungen klar und deutlich:

1. Unsere Einrichtungen (Jugendzentren, Jugendclubs, Stadtteilzentren, Abenteuerspielplätze usw.), in denen wir Kindern und Jugendlichen und deren Eltern dabei helfen wollen, ihre Zukunft selbst in den Griff zu bekommen, diese Einrichtungen sind verstärkt zu fördern. Und in den Stadtteilen, in denen es noch nichts gibt, wo Kinder und Jugendliche lernen und Erfahrungen selbst sammeln können, dort sind neue Einrichtungen zu schaffen.

Die Bereitstellung von erheblich mehr öffentlichen Mitteln für unsere Arbeit ist berechtigt und erforderlich, um die Gefährdungen des demokratischen Gemeinwesens durch ansteigende Probleme und Konflikte in der Jugendarbeit, durch umsichgreifende Zukunftsangst, Resignation und Anpassung, durch Selbstzerstörung und zunehmende rassistische, ausländerfeindliche und rechtsradikale Tendenzen abwehren zu können.

2. Alle polizeilichen Maßnahmen, Programme, Modellversuche, Jugendschutztrupps und was es sonst noch gibt, sind sofort zu streichen und umzuwandeln in reine sozialarbeiterische Maßnahmen in der Hand von freien Initiativen und Jugendamt.

Hamburg, 15.9.1982 gez. J. Mang

Anmerkung der Antifa-Kommission

Ein Schlaglicht auf die Prioritäten staatlicher Jugendpolitik in Hamburg wirft ein Vergleich zwischen den oben vom „Aufschrei" genannten Maßnahmen auf der einen Seite und einer ausdrücklichen Untätigkeit der Hamburger Behörden gegen rechte Tendenzen und Aktivitäten organisierter Neonazis unter Jugendlichen auf der anderen. Wichtigster Schauplatz ist derzeit das Karolinenviertel: nachdem durch polizeiliche „Säuberungsmaßnahmen" vor zwei Jahren die Punks brutal aus dem Viertel vertrieben wurden, haben sich

Karolinenviertel: nachdem durch polizeiliche „Säuberungsmaßnahmen" vor zwei Jahren die Punks brutal aus dem Viertel vertrieben wurden, haben sich

inzwischen dort rechte Jugendliche - ausgehend von der in Hamburg vor ein paar Monaten berüchtigten „savage army" und alten Hansa-Banden-Faschisten (siehe AK 220) - unter den Augen der Polizei festgesetzt. Sie haben das linke Publikum durch gezielte Schlägerüberfälle aus dem Szene-Kino „Klick" vertrieben und beherrschen jeden Freitag mit einem Kern von 30 - 40 Leuten den Kino-Einlaß (konkret: sie machen den Karten-Abriß - ihre Leute gehen umsonst rein, die übrigen werden einer Gesichtskontrolle und ggfs. Schlägereien usw. ausgesetzt). Sie ziehen, Nazi-Sprüche gröhlend, durchs Viertel, terrorisieren die angrenzenden Kneipen und Plätze.

Dieselbe Polizei-Wache, die verantwortlich für die Brutalitäten gegen die Punks vor zwei Jahren war, greift selbst nach ausdrücklichen Aufforderungen nicht bzw. offensichtlich verspätet ein. Das wurde erst neuerlich auch spektakulär deutlich, als ein GAL-Mitglied im Kino mit dem Ruf „Da, ein grünes Schwein" krankenhausreif geschlagen wurde: die herbeigerufene Polizei kam nicht! Später stellte sich heraus, daß in der „Störerkartei" der Polizei zwar jede Menge Punks, aber nicht die sattsam bekannten Nazi-Schläger zu finden waren. Auf Anfrage erklärte der Kino-Besitzer hilflos und resigniert, daß die Polizei sich schon seit längerem so verhalte.

Auch als eine ca. sechzigköpfige Bande aus Nazis, Skinheads, rechten HSV-Fans („Die Löwen") und rechten Alt-Rockern die Punks auf dem Altonaer Spritzenplatz überfiel, glänzte die Polizei, die sonst jeden Furz dort bespitzelt und notiert, zunächst durch Abwesenheit und Inaktivität. Erst als die Punks den Angriff mit eigenen Kräften zurückschlagen konnten, tauchte Polizei auf, die „die Parteien trennte".

Politisch abgedeckt durch Innensenator Pawelczyk (SPD) höchstpersönlich, der zwar keinen „rechtsfreien Raum" am Spritzenplatz dulden will, aber die Nazi-Umtriebe konsequent herunterspielt: Es gebe in Hamburg nicht mehr als ca. 30 Neo-Nazis ohne „Führerfigur", die bei unpolitischen Gruppen Einfluß zu gewinnen suchten. Besondere Gefahr liege darin, daß sie durch „Aktionen linker Gruppierungen" erst in die rechte Ecke getrieben werden könnten...



Mensch wird den Verdacht nicht los, daß die Duldung und Verharmlosung rechter Jugendbanden und organisierter Nazis Bestandteil des polizeilichen Konzeptes zur Einschüchterung und Zerschlagung von linkem oder mindestens „linksanfälligem" Protestpotential unter den Jugendlichen ist. Vorfälle wie in Dortmund, wo jüngst sogar Polizisten in Zivil zusammen mit rechten Schlägern gegen Hausbesetzer vorgingen, weisen darüberhinaus darauf hin, daß dies keine Hamburger Besonderheit ist: **Gegen die Zusammenrottung von rechten Banden und Neo-Nazis im „Klick" (und anderswo) und gegen die Duldung der Nazi-Umtriebe durch den SPD-Senat, gegen die Jugendpolitik mit dem Polizeiknüppel, findet am 1.10. im „Klick" und im angrenzenden Viertel eine „antifaschistische lange Nacht" statt unter der Parole „Erobern wir uns das Klick zurück".**

Antifa-Kommission KB/Hamburg

23.10.82: Aktionstag gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Mit den Operationen '82 und '83 sowie der Gemeinschaftsinitiative (dem sog. ‚Beschäftigungsprogramm' der Bundesregierung) seien „wichtige Schritte in richtiger Richtung" unternommen worden, schreibt Otto Graf Lambsdorff in seinen ‚Konzept zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit', das in aller Deutlichkeit die Richtung der Sparpolitik zu Lasten der Arbeitslosen und sozial Schwachen benennt. Teilt die SPD auch nicht alle Folgerungen Lambsdorffs, so ist sie doch ein Gutteil des Weges in Lambsdorffs Richtung gegangen.

Von den Gewerkschaften war bisher wenig Widerstand zu spüren. Wenn sich jetzt Aktivitäten regen, so ist dies weniger späte Einsicht, denn Reaktion auf Aktivitäten von unten. Augenfälligstes Beispiel: Seit Juni mobilisiert die ‚Initiative Soziale Sicherheit' zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung für den 23. Oktober mach Gelsenkirchen. Inzwischen beschloß der DGB-Bundesausschuß, just diesen Tag zum Aktionstag gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zu machen. Da in Dortmund eine NRW-weite DGB-Demonstration angesetzt wurde, beschloß die ‚Initiative Soziale Sicherheit', die eigene Demo zu verschieb en und sich an der DGB-Aktion zu beteiligen.

Daß die ‚Initiative' damit auf keinen Fall überflüssig geworden ist, belegen die bisherigen DGB-Aktivitäten gegen die staatliche Sparpolitik.

Anfang Juli verordnete die Bundesregierung den abhängig Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt '83 neue Zumutungen im Sozialbereich: Anhebung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um nochmals 0,5 %, stufenweise Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner, Verringerung der Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose durch das Arbeitsamt, Anhebung der Rezeptgebühr, Einführung einer Eigenbeteiligung bei den Krankenhauskosten und Kuren.

Der DGB kritisierte diese Beschlüsse als „beschäftigungspolitisch verfehlt und sozial unausgewogen"; er richtete einen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages mit der Bitte, „sich einer solchen Politik zu widersetzen". Der SPD-Abgeordnete Peter entgegnete in seiner Antwort, daß der Brief des DGB zu spät komme, [illegible] *promiß bereits geschlossen ist und die Chancen für eine Veränderung des Kompromisses im Nachhinein geringer sind als Druck während der Verhandlungsphase"*. („Die Neue", 6.8.).

Zur Funktion des DGB-Briefes kom-

Kompromisses im Nachhinein geringer sind als Druck während der Verhandlungsphase". („Die Neue", 6.8.).

Zur Funktion des DGB-Briefes kom-

mentierte die „FAZ" gelassen: *„Der Brief an die Abgeordneten mit der Ankündigung von Gesprächen kann die Entscheidung über Protestversammlungen im Herbst noch etwas verschieben"* (10.8.).

Daß der DGB nicht viel weitergehen wolle, bekräftigte auch de Vorsitzende Breit. Auf die Frage der „FR" (24.7.), was der DGB tun wolle, wenn die Abgeordneten seiner Aufforderung nicht folgen, entgegnete er: *„Dann müssen wir versuchen, noch mehr Leute zu gewinnen, um die Abgeordneten beeinflussen zu können, mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen beispielsweise...* **Wenn wir weitergehen würden, wäre das Gegenmacht gegen das Parlament. Das geht nicht".**

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß Kanzler Schmidt unwidersprochen erklären konnte: *„Ich sehe keinen entschiedenen Widerspruch der Gewerkschaften gegen den Haushaltsgesetzentwurf"* („FAZ", 28.8.).

Tatsächlich hat sich der DGB in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf nicht grundsätzlich gegen eine Sparpolitik zu Lasten der sozial Schwachen, sondern nur gegen eine „einseitige" Belastung benachteiligter Personengruppen ausgesprochen. Kritisiert wird, daß *„den sozial Schwachen unverhältnismäßig viel zugemutet wird"*. Die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner wird sogar gerechtfertigt: *„Die ... wegen des stärkeren Steigens der Bruttolöhne als der Nettolöhne zu erwartende Verbesserung des Nettorentenniveaus wird ... ausbleiben. Dies läßt sich nach unserer Meinung deshalb vertreten, weil in dieser wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeit wesentlich stärkere Rentenerhöhungen als Nettolohnsteigerungen ... sicher problematisch sind ... Mit einer Veränderung, bei der die Rentenanpassungssätze um jenen Teil gekürzt werden, um den die Abgabelasten er Arbeitnehmer zur sozialen Sicherheit steigen, hat sich der DGB bereits zu früheren Zeiten einverstanden erklärt. Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner kann ein Instrument hierzu sein"*.

Man muß diese Äußerungen vor dem Hintergrund bewerten, daß fast 45 % aller Versichertenrenten unter 600 DM liegern. („Die Neue", 6.8.).

Als Ergebnis eines Gesprächs zwischen SPD-Fraktionsführung und DGB-Bundesvorstand wurde kürzlich übereinstimmend festgestellt, *„daß in Zeiten geringeren Wachstums auch der Sozial-Etat nicht von notwendigen Kürzungen ausgenommen werden kann. Aber es müsse eine ausgewogene gerechte Verteilung der Lasten erreicht werden"* („FAZ", 3.9.). *„Wenn Eingriffe nötig sind, dann muß das ausgewogen sein"*, erklärte auch IGM-Chef Loderer in einem „Welt"-Interview (21.8.).

Was ist also der Hintergrund der jüngsten DGB-Entschließung, Demonstrationen gegen die „Operation 83" der Bundesregierung durchzuführen? Einen Hinweis gab Loderer im erwähnten „Welt"-Interview: *„Ein Protest, der seine Wirkungen nicht verfehlen soll, muß ein Protest einer organisierten Kraft sein. Das kann man nicht Einzelkämpfern überlassen und auch nicht irgendwelchen Randgruppen"*. Noch deutlicher äußerte sich die „Welt": *„Die Gewerkschaften befürchten aber auch, wenn sie auf Protest gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung ganz verzichten würden, wieder einmal einer Bewegung hinter-*

fürchten aber auch, wenn sie auf Protest gegen die eigenen Parteigenossen in der Regierung ganz verzichten würden, wieder einmal einer Bewegung hinter-

herzulaufen, wie es bei der ‚Friedensbewegung' der Fall gewesen ist" (24.8.). Die Befürchtung, die Grün-Alternativen und Bunten könnten *„den politischen Sprengstoff Arbeitslosigkeit"* nutzen (Döding), die Warnung vor „Eruptionen" statt geordneten Protests (Loderer) sind der Hintergrund dafür, daß die DGB-Führung etwas mehr auf Distanz zur SPD-Regierung geht. Damit bereiten sich diese Kräfte bereits auf eine künftige glaubwürdige Oppositionsrolle zur Sparpolitik einer CDU-Regierung vor.

Der Taktizismus der DGB-Führung zeigt, daß eine eigenständige Organisierung von Aktivitäten gegen die Sparpolitik notwendig ist, ohne in falsche Frontstellung zu von den Gewerkschaften organisierten Aktivitäten zu geraten.

Innerhalb der ‚Initiativ e Soziale Sicherheit' ist diese Auseinandersetzung noch nicht ausgestanden. Auf dem 2. Kongreß der Initiative im Juni konnten die ‚Falken' durchsetzen, daß die Demonstration vom 13.11., dem Tag, an dem die SPD in Dortmund ihren traditionellen Familientag durchführt, weggelegt wurde. Der dort vereinbarte Demonstrationstermin (23.10.) war nach dem Beschluß des DGB, an diesem Tag in Dortmund zu demonstrieren, nicht mehr zu halten. Die ‚Initiative Soziale Sicherheit' wird sich nun im eigenen Block an der Dortmunder Demonstration beteiligen. Für den März '83 ist eine Demonstration der Initiative anläßlich der Verabschiedung des Bundeshaushalts in Bonn geplant.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

feindlichkeit
- Filz und Kungel im Revier u.v.a.

Bielefeld: Bunte-Liste-Fraktionsvorsitzender wegen Hausbesetzung und versuchter Nötigung verurteilt

Am 14.9.82 fand der Prozeß gegen den Fraktionschef der Bunten Liste Bielefeld und zwei weitere Angeklagte statt.

Am 16. April 1982 hatten Bielefelder Sanierungsgegner ein Haus besetzt, das einem Brückenpfeiler der Stadtautobahn weichen sollte. Die Besetzung hatte zum erklärten Ziel, daß das Haus nicht sofort abgerissen werden sollte, da sich der Bau des Brückenpfeilers noch einige Monate hinziehen würde. Außerdem sollte die Diskussion um Alternativen zur Stadtautobahn (z.B. 2-spurig statt 4-spurigem Weiterbau) eröffnet werden.

Die Stadt Bielefeld, vertreten durch ihren Oberstadtdirektor Munzert, sah ihren Hausfrieden gestört und fühlte sich zur Diskussion „genötigt". Sie stellte Strafantrag und ließ das Haus kurz darauf räumen und abreißen.

Aufsehen erregte nicht die Hausbesetzung an sich, sondern die Beteiligung und Federführung von Bunte-Liste-Parlamentariern, namentlich Reinhard Krämer.

Der jetzt stattgefundene Prozeß, der unter starker öffentlicher Anteilnahme stattfand, endete mit einem von den bürgerlichen Medien so bezeichneten „salomonischen" Urteil, das den „Rechtsfrieden" wiederherstellte: Die Beteiligung an und/oder Unterstützung von Hausbesetzungen ist strafbar. Die drei Angeklagten wurden zu Geldstrafen „unter Strafvorbehalt", so etwas ähnliches wie Bewährung, verurteilt (je 50 Tagessätze) und haben jetzt 1 Jahr lang die „Möglichkeit" sich zu „bessern".

Im nächsten AK wollen wir uns ausführlicher mit dem Hintergrund dieses Prozesses beschäftigen.

...neu!...neu!...neu!...neu!...neu!...neu!...

Nicht nur in Hamburgs Stadtteilen gärt es, nicht nur hier, in Jugendzentren, Freizeitheimen und Kneipen prallen rechte und linke Jugendliche aufeinander. Überall in den Großstädten versuchen Nazis, mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Zukunftslosigkeit von Jugendlichen Politik zu machen.

Am Beispiel Hamburg dokumentiert diese Broschüre vieles von dem, was sich in letzter Zeit an Nazi-Umtrieben ereignet hat, so u.a.:

— Savage Army
— Hamburger Liste für Ausländerstop
— Wehrsportgruppe Blankenese
— Nazi-Umtriebe in Harburg und Bergedorf
— Aktionsfront Nationaler Sozialisten
— Deutsche Aktionsgruppen in Hamburg.

Dazu Nachdrucke wichtiger Arbeiterkampf-Artikel zum Thema „Was macht die Neo-Nazis attraktiv".

Wegen ihres beispielhaften Charakters interessant — auch über Hamburg hinaus — für alle Antifaschisten, Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer. Zu beziehen über die Redaktionsadresse.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kracht es in der FDP?

Lambsdorffs Papier hat die FDP vor eine neue Zerreißprobe gestellt. Kurz vor der Hessen-Wahl wird damit der Sammlungs- und Ausrichtungsprozeß der Parteirechten weiter vorangetrieben. Wahrscheinlich will man damit auch einer drohenden Wahlniederlage in Hessen vorbeugen. Eins ist sicher: hinter die politischen Aussagen dieses Dokuments kann sich eigentlich niemand in der Partei stellen, der sich als Linker oder Liberaler versteht. Sie alle haben guten Grund, das Lambsdorff-Papier als direkte Kampfansage zu begreifen. Somit scheint eine Spaltung unvermeidlich, es sei denn, der linke Flügel ließe sich durch faule Kompromisse und Einschüchterung das (liberale) Rückgrat brechen.

Die Linken in der FDP sind dem rechten Kurs in Richtung CDU/CSU bisher nur uneinheitlich und eher defensiv entgegengetreten. Ihre Initiativen, soweit vorhanden, haben sich z.B. Genscher als Zielscheibe ausgesucht (Steglitzer Initiative zur Abwahl von Genscher, hinter der nach eigenen Angaben 10 % der Delegierten stehen); z.T. wünschen sie sich Baum als neuen Vorsitzenden. Vielen Linken der FDP geht es als Minimalkonsens nur nooh darum, daß die FDP zu ihrem Koalitionspartner SPD bis zum Ablauf der Legislaturperiode steht. Das scheint der kleinste gemeinsame Nenner zu sein, der andererseits aber ihren politischen Spielraum sehr einengt und eine von vielen geforderte Neubesinnung des Liberalismus in den Hintergrund treten läßt. Insgesamt befindet sich die FDP-Linke wohl erst am Anfang einer gemeinsamen Diskussion um neue Inhalte und um die Ziele sozialliberaler Politik; es wird von ihrer Seite alles unterlassen, was eine Spaltung fördern könnte, abgesehen von einigen mutigeren Äußerungen des Judo-Vorsitzenden.

Der Streit um die Jugendverbände

Der Streit um die Jugendverbände

Seit ein~ger Zeit versucht der Genscher-Flügel, durch den Aufbau einer eigenen Jugendorganisation (Junge Liberale) ein Gegengewicht gegen die deutlich linksorientierten Jungdemokraten zu schaffen. Nach der großzügig unterstützten Gründung des neuen Verbandes geht es für die Rechten darum, die Jungen Liberalen in der Partei satzungsgemäß zu verankern und ihnen finanzielle Zuschüsse zukommen zu lassen. Dies alles soll zu Lasten der Jungdemokraten geschehen.

Im Frühjahr des Jahres spitzte sich der Streit zu: der Bundesvorstand beschloß, den Jungdemokraten die ausstehenden 50.000 DM nicht auszuzahlen. Dieser Beschluß wird von vielen Rechten benutzt, um die Jungdemokraten aus der Partei zu drängen. In Niedersachsen beschloß der Landesverband, künftig beide Jugendorganisationen finanziell zu unterstützen, ohne die ausstehende Bundesentscheidung abzuwarten. Ein hannoverscher Bundestagsabgeordneter der FDP forderte sogar, „*den Judos gleich alle Mittel zu entziehen und sie auf die Julis zu übertragen*" („FR", 20.8.82). Sehr unter Beschuß genommen wird der Judo-Vorsitzende Lutz. Er hatte u.a. in einem Interview vertreten, „*daß Herr Genscher ein Unglück für die Partei ist*" („FR", 19.8.82). Der zum rechten Flügel zählende Bundestagsabgeordnete Jürgen Möllemann forderte, Lutz' „parteischädigendes Verhalten" sollte durch eine Abwahl aus dem Parteivorstand geahndet werden. Für ihn sollte Otto, Vorsitzender der Jungen Liberalen, hineingenommen werden. Erfreulicherweise gibt es auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Mitgliedern, die nach dem Finanzierungsstop ihre Beiträge nicht an die Bundeszentrale, sondern an die Judos überwiesen haben.

Anfang September hob der Bundesvorstand die Sperre für die Gelder bis zum Parteitag im November wieder auf. Gleichzeitig beschloß er, daß der Parteitag entscheiden soll, wie zukünftig die beiden Jugendorganisationen behandelt werden. Für eine Satzungsänderung benötigen die Rechten allerdings zwei Drittel aller Delegiertenstimmen.

Zwischen den beiden Verbänden ist keine Lösung in Sicht; beide Gruppen repräsentieren zu unterschiedliche politische Vorstellungen, vor allem mit Blick auf den sich anbahnenden Koalitionswechsel Es sind gerade die Jungdemokraten, die am stärksten gegen den Genscher-Kurs opponieren.

Jungdemokraten-Vorsitzender unter Beschuß

Vor dem Hintergrund einer weiteren Schwächung seines Verbandes durch die Parteirechten hatte Lutz Genscher scharf angegriffen: „*Was Genscher im Augenblick macht, ist nichts weiter, als die Partei immer weiter runterzuwirtschaften ...*" („FAZ", 18.8.). „*Die FDP ist aus vier Landtagen geflogen, in Hessen möglicherweise bald aus dem fünften. Das ist ein Indiz dafür, daß Herr Genscher ein Unglück für die Partei ist*" („FR", 19.8.).

Als Nachfolger für Genscher an der FDP-Spitze hält Lutz den Bundesinnenminister Baum für am besten geeignet. Mit seinen Äußerungen erntete Lutz wütende Proteste. Selbst Helga Schuchardt distanzierte sich. Baum selber wies die Forderungen zurück, betonte aber, es gehe in der FDP um neue inhaltliche Herausforderungen, denen man sich stellen müsse.

Überregionale Projekte der Partei-Linken

Durch mehrere Initiativen versuchen die Linken innerhalb der Partei an Einfluß zu gewinnen. Wichtige Schritte dazu sind die durchgeführten oder geplanten Tagungen/Kongresse und die Ankündigung einer eigenen Zeitschrift.

Anfang September fand in Frankfurt der Kongreß „Liberale für Frieden und Abrüstung" statt, der an den „Kölner Kongreß" anknüpfte und zugleich zur Vorbereitung auf den Bundesparteitag diente. In ihrer Abschlußerklärung forderten die Kongreßteilnehmer Genscher auf, sich für den sofortigen Stop der Vorbereitungen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen einzusetzen. Sie sprachen sich darüberhinaus für ein atomwaffenfreies Europa aus und forderten eine erkennbar defensiv ausgerichtete konventionelle Bewaffnung der Bundeswehr. Eindeutig bekannten sich die Teilnehmer als Teil der Friedensbewegung und kündigten an, daß notwendig gewordene personelle Konsequenzen zur Durchsetzung dieser Politik auf dem Bundesparteitag gezogen werden müßten. („FR", 5.9.).

an, daß notwendig gewordene personelle Konsequenzen zur Durchsetzung dieser Politik auf dem Bundesparteitag gezogen werden müßten. („FR", 5.9.).

Am 25.9., einen Tag vor der Hessen-Wahl, soll ein weiterer Kongreß in Norderstedt (Schleswig-Holstein) stattfinden. In dem von William Borm, Helga Schuchardt und dem stellvertretendem Landesvorsitzenden Heiner Bremer unterzeichnetem Aufruf heißt es: „*Wir wollen der sich auf allen Ebenen vollziehenden konservativen Gegenreformation die Grundsätze des sozialen und demokratischen Liberalismus entgegenhalten*". („Welt", 24.8.). Der Judo-Landesvorsitzende erklärte zur Lage in der Partei: „*Viele wollen einfach nicht mehr mit Koalitionswackelei, technokratischen Haushaltsgerangel und Anti-Reformen identifiziert werden und treten deswegen aus der Partei aus oder stellen zumindest ihre Arbeit ein.*" („Welt", s.o.).

Dem linken FDP-Flügel geht es mit dieser Konferenz auch darum, ein Zeichen für eine sozialliberale Koalitionsaussage zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 13.3.83 zu setzen. Zu erwähnen bleibt noch, daß sich der Landesvorsitzende der FDP, Ronneburger, von diesem Kongreß distanzierte.

Kürzlich wurde von linken Freidemokraten eine neue Zeitschrift vorgestellt, mit der sie zur Erneuerung des Liberalismus in der Bundesrepublik beitragen wollen. Die Zeitung nennt sich „Liberale Drucksachen" und trägt den Untertitel „Zeitschrift für freisinnige Politik. In einer Presseerklärung heißt es, es gehe darum, ein Kommunikationsorgan zu schaffen, damit sich ein Teil der Liberalen wieder zu Gehör bringen könne. „*Die Darstellung liberaler Politik dürfe nicht allein ... dem Bonner Parteihauptquartier überlassen werden.*" („FR", 11.9.).

Sie erklärten, ihr Unternehmen sei nicht auf eine Koalition mit der SPD fixiert. „*Allerdings sei nicht zu bestreiten, daß alle, die das Projekt tragen, gegen einen Koalitionsbruch sind*" (s.o.). Das erste Heft der „Liberalen Drucksachen" wurde in einer Auflage von 4 000 Exemplaren kostenlos verschickt. Adressaten waren FDP-Mitglieder, die sich um William Borm gesammelt haben, sowie die Teilnehmer linksliberaler Tagungen und Kongresse.

Der Konflikt in Baden-Württemberg

Am Wochenende nach den Wahlen in Hessen wird es im Südwesten einen Sonderparteitag der FDP geben. Das erreichten die Anhänger der sozialliberalen Koalition, nachdem sie über 100 Zustimmungen von Delegierten erhielten. Der Landesvorsitzende Morlok hatte die Delegierten in einem persönlichen Schreiben ve:geblich vor so einem Schritt gewarnt. Der Hintergrund:

Noch im Januar dieses Jahres hatte Morlok von „*unüberbrückbaren Differenzen zwischen seiner Partei und einer illiberalen, obrigkeitsstaatlichen Unionspolitik*" („FAZ", 8.9.) gesprochen. Durch die Umorientierung der Bundeszentrale und durch die Kehrtwendung der hessischen FDP zur CDU hat auch Morlok schnell die Kurve genommen. Morlok, der als ein zukünftiger Vertreter von Genscher gehandelt wird, hat die politische Kursänderung in seinem Verhalten so schnell und deutlich vollzogen, „*daß man bei der CDU schon den Eindruck hat, er werfe sich ihr geradezu an die Brust*" („FAZ", 8.9.). Z.B. betont er jetzt den „*grundsätzlichen ideologischen Dissens zwischen SPD und FDP in der Gesellschafts-, Sozial-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik..., gibt aber gleichzeitig die Parole aus, es dürfe derzeit über die Koalitionsfrage auf Seiten der FDP nicht öffentlich diskutiert werden*". („FAZ", s.o.).

Klar, daß diese unübersehbare Wende nicht unwidersprochen hingenommen werden konnte. In Heidelberg bildete sich ein Gesprächskreis „Karl-Hermann Flach", der die Initiative für einen Sonderparteitag ergriff. Der Vorstand des Bezirks Nord-Schwarzwald forderte sogar den Rücktritt Genschers und erklärte, die FDP-Mitglieder seien nicht die „Leibeigenen des Parteivorsitzenden" (in Abwandlung eines Ausspruchs von Genscher gegen die SPD).

Die Heidelberger, die unterdessen auch ihre anfängliche Unterstützung für die hessische FDP zurückgezogen haben, wollen mit dem Sonderparteitag ein Signal setzen, damit nicht noch vor dem Bundesparteitag im November mit einem Rückzug der FDP-Minister vollendete Tatsachen geschaffen werden.

„Lieber unter 5 %"

Kaum eine andere Entscheidung hat die Polarisierung innerhalb der FDP so

„Lieber unter 5 %"

Kaum eine andere Entscheidung hat die Polarisierung innerhalb der FDP so

vorangetrieben, wie die Koalitionsaussage der hessischen FDP zugunsten von Dregger. Gleich nach diesem Beschluß erklärte ein Teil der FDP-Linken, sie würden keinen Straßen- oder Veranstaltungswahlkampf führen. Die hessischen Jungdemokraten gingen noch weiter und forderten ihren Bundesvorstand zum Nachdenken über die Gründung einer „sozialliberalen Partei" auf (nach: „Die Neue", 23.7.82).

Unterdessen haben sich die Auseinandersetzungen weiter verschärft. Einen Anlaß dazu gaben Äußerungen von hessischen- wie auch von Bundespolitikern der FDP zur Bedeutung der Hessen-Wahl. So hatten der derzeitige hessische Wirtschaftsminster Hoffie, der Landesvorsitzende und derzeitige hessische Innenminster Gries sowie außerhalb Hessens besonders Lambsdorff und Möllemann in Interviews und Veranstaltungen einen Modellcharakter der hessischen Koalitionsaussage für die Bundespolitik in die Diskussion eingeführt und zum Teil auch offen propagiert. Die im ‚Gießener Kreis' organisierten Vertreter des linksliberalen Parteiflügels erklärten dazu: „*Die in Darmstadt unterlegene Minderheit hat die mehrheitliche Entscheidung für die Koalitionsaussage zugunsten der CDU in Hessen loyal hingenommen. Durch die Verfälschung der hessischen Entscheidung zu einem Modell- und Testinstrument gegen die Bonner Koalition wurde die Grundlage unserer Loyalität in Frage gestellt. Unsere Versuche, eine Klarstellung in unserem Sinne zu erreichen* (es folgen die einzelnen Initiativen, Anmerkung des Verf.) *waren nicht erfolgreich. Nunmehr können wir nicht länger schweigen. Wir fordern Präsidium und Landesvorstand ... auf, unverzüglich und eindeutig klarzustellen, daß das Wahlziel der hessischen FDP ausschließlich auf Mandate im Hessischen Landtag gerichtet ist. Ohne diese Klarstellung muß befürchtet werden, daß Wählerstimmen für die hessische FDP nach dem 26. September in Bonn gegen die Politik der FDP im Bund und gegen den Wählerauftrag von 1980 mißbraucht werden. Solange diese Mißbrauchsmöglichkeit nicht ausgeschlossen ist, können wir einen ‚Wahlerfolg' der hessischen FDP nicht wünschen*". („FR", 14.9.). Im gleichen Sinne hatte sich in einem Interview der „taz" vom 7.9. der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Theo Schiller, geäußert. Gleichzeitig hatte er von vielen Austritten berichtet, die sowohl motiviert seien durch die Ablehnung einer Koalition mit der CDU als auch durch „*so etwas wie verlettes Stilgefühl, Verabscheuung des offenkundigen Opportunismus*" („taz", 7.9.).

JuDo's vor dem Absprung?

Für die linksliberalen Jungdemokraten sind schwere Zeiten gekommen. In Berlin toleriert die FDP-Fraktion einen CDU-Senat und in Bonn bereitet Genscher den Wechsel zur CDU vor. Was sich da so an Politik entwickelt, ist für aufrechte Linksliberale kaum noch erträglich. Was wird aus den Jungdemokraten, wenn der Wechsel vollzogen ist. Fragen an das Mitglied im Landesvorstand der Jungdemokraten Guido Bombitzki.

S: Die Jungdemokraten sind die Jugendorganisation der FDP. Wie sieht speziell das Verhältnis der Berliner Jungdemokraten zur FDP aus?

A: Das Verhältnis der Jungdemokraten zur FDP war eigentlich schon immer gespannt. Wir haben uns auch nie als **der** Jugendverband der FDP verstanden, sondern als ein der FDP **naher** Jugendverband. Wir sind in wesentlichen Fragen anderer Auffassung als die FDP. Aktuell ist dabei die Sicherheitspolitik zu nennen, wo wir **gegen** den NATO-Nachrüstungsbeschluß sind. Aktuell ist auch die Sparpolitik, wo wir besonders die FDP kritisieren, die die SPD immer dazu zwingt, weitere Mittel im sozialen Bereich zu kürzen.

Die (Kern-)energiepolitik der FDP, der Mangel an der Durchsetzung grundrechtssicherender und ökologischer Programmpunkte sind seit jeher zentrale Kritikpunkte der Jungdemokraten an der Partei. Die Berliner FDP stellt in dieser Hinsicht **programmatisch** eine gewisse Ausnahme dar, weil hier jahrelang ein linksliberaler Flügel dominierte. Angesichts des Tolerierungskurses der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist jedoch die Umsetzung fortschrittlicher Positionen auf absehbare Zeit

im Abgeordnetenhaus ist jedoch die Umsetzung fortschrittlicher Positionen auf absehbare Zeit

nicht zu erwarten.

S: In Berlin toleriert die Mehrheit der FDP-Fraktion den CDU-Senat. In Hamburg ist die FDP bei den letzten Wahlen nicht wieder in die Bürgerschaft gekommen, in Hessen hat man sich für eine Koalition mit Dregger entschieden. Auch in Bonn reden eigentlich alle davon, daß über kurz oder lang der Wechsel zur CDU fällig wird. Wie bewertet Ihr diese Situation?

A: Man kann sagen, daß wir den Koalitionswechsel in diesem Jahr erwarten. Wir wären nicht erstaunt, wenn nach der Hessen-Wahl ein solcher Wechsel in Bonn vollzogen würde, oder wenn es im nächsten Jahr auch in Berlin formal zu einer Koalition kommt. Inhaltlich ist diese ja ohnehin schon vollzogen. Wir haben uns auf diesen Schritt vorbereitet. Wir werden uns im Fall eines Bonner Koalitionswechsels von der FDP abkoppeln, zumindest als Landesverband. Nicht in erster Linie, weil sich dann die Politik der FDP stark nach rechts entwickeln würde, die ist schon jetzt unerträglich, sondern weil dies der Startschuß dafür wäre, möglichst viel linksliberale FDP-Mitglieder aus der Partei herauszubekommen und dann gemeinsam auf eine andere politische Gruppierung zu orientieren.

S: Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Abspaltungen von den etablierten Parteien als wenig aussichtsreich gelten müssen. Wie schätzt Ihr Eure Aussichten nach einer Trennung von der FDP ein?

A: Es ist bei den Jungdemokraten Konsens, daß man sich zumindest mittelfristig wieder auf einen parlamentarischen Ansprechpartner hin orientieren muß. Wir werden nach einem Absprung von der FDP sicherlich eine Zeitlang eher eine Sammlungsbewegung sein wollen. Danach werden wir uns aber nach einem neuen parlamentarischen Ansprechpartner umsehen müssen.

S: Die Berliner Situation ist davon gekennzeichnet, daß die Jungdemokraten außerparlamentarisch wie parlamentarisch immer wieder Gemeinsamkeiten mit der Alternativen Liste haben. Schon heute ist eigentlich die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus nicht die Gruppe für radikaldemokratische oder linksliberale Forderungen, wie sie die Jungdemokraten formulieren. Seht Ihr eher inhaltliche Gemeinsamkeiten mit der Alternativen Liste?

A: Das kann man so beschreiben. Inhaltlich stehen wir der AL näher als der FDP, so wie sie sich aktuell darstellt. Damit ist aber natürlich noch nicht das organisatorische Problem gelöst. Es ist ja bekannt, daß der Bundesverband der FDP den Jungdemokraten die Mittel gestrichen hat, bekannt ist auch, daß es Bestrebungen gibt, die Jungdemokraten durch die Jungen Liberalen zu ersetzen. Damit gibt es für uns auch ein organisatorisch, finanzielles Problem, unseren Verband aufrecht zu erhalten.

S: Werden die Jungdemokraten bei einem Absprung von der FDP alleine bleiben oder rechnet Ihr Euch Chancen für Austritte auf breiter Front aus?

A: Bei der Aufgabe, im Falle eines Koalitionswechesels linksliberale FDP-Mitglieder aus er Partei herauszuziehen, darf man zwei Schwierigkeiten nicht übersehen: Einmal ist es schwierig, alle Linksliberalen auf **einen** Zeitpunkt hin zu orientieren; man muß verhindern, daß alle einzeln

Linksliberalen auf einen Zeitpunkt hin zu orientieren; man muß verhindern, daß alle einzeln

abspringen, was heute schon teilweise passiert. Es ist schlecht, wenn heute immer mehr Leute individuell die Partei verlassen und sich dann verlaufen. Die zweite Schwierigkeit ist, besonders exponierte Persönlichkeiten der Partei auf diesen Punkt anzusprechen. Die linksliberalen Funktionäre haben verschiedene Rechtfertigungen, um ihr Bleiben in der Partei zu begründen. Einmal wird angeführt, man müsse seine Pöstchen um jeden Preis halten, um zu verhindern, daß diese Pöstchen von Rechten eingenommen werden. Zum anderen heißt es, man müsse selbst unter einer CDU-Regierung versuchen, verschiedene Freiräume etwa im Schulbereich oder Rechtsbereich zu erhalten, um außerparlamentarische Bewegungen zu unterstützen. Für mich sind dies nur Rechtfertigungen für opportunistisches Verhalten. Aber dies macht es uns schwierig, Linksliberale aus der FDP herauszuziehen. Trotzdem sind wir insgesamt zuversichtlich.

S: Wenn es — wie viele meinen auf jeden Fall — zum Wechsel kommen wird, wie sieht dann inter Eure Marschroute aus?

A: Wir werden ersteinmal die Hessen-Wahl abwarten. Wir hoffen, daß die FDP in Hessen unter die 5%-Hürde rutscht, was eine verbreitete Hoffnung bei Linksliberalen — nicht nur bei Jungdemokraten — ist. Dann orientieren wir uns auf den Bundesparteitag Anfang November. Wir werden dann dort in Fragen der Nachrüstung und in der Koalitionsfrage klar Front beziehen. Auch eine Abwahl Genschers wird von einigen linksliberalen Kreisen der FDP angestrebt — so zum Beispiel von der Steglitzer Initiative. Auf dem Bundesparteitag muß sich dann entscheiden, inwieweit linksliberale Positionen überhaupt noch durchsetzbar sind. Wir erwarten jedenfalls, daß bereits dort ein Koalitionswechsel — hin zur CDU — vorbereitet wird. Damit wäre für uns der letztmögliche Zeitpunkt für eine Abkopplung von der Partei gekommen.

aus „Stachel", Zeitung der AL/Westberlin v. Sept. 82

Das Militärregime kommt nicht zur Ruhe

Am 31. August 1980 wurde in Gdansk das Abkommen zwischen den streikenden Arbeitern und dem Staat unterzeichnet, mit dem der polnischen Arbeiterklasse soziale Reformen und politische Rechte zugestanden wurden. Der mit diesem Abkommen unternommene Versuch eines Historischen Kompromisses in Polen scheiterte vollständig und führte zu dem Militärcoup vom 13. Dezember 81. Der zweite Jahrestag des Abkommens von Gdansk wurde zu einer Kraftprobe zwischen Solidarnosc und dem Staat. Zum ersten Mal kam es im Namen der Solidarnosc zu militanten Auseinandersetzungen.

Im Hintergrund steht die totale Unfähigkeit des Miltärregimes zur Lösung der ökonomischen Krise, die sich weiter zu spitzt und eine „Nationale Verständigung", wie sie von Staat nd Kirche propagiert wird, unmöglich macht.

Anfang August rief das im Untergrund agierende Solidarnosc-Präsidium dazu auf, friedliche Demonstrationen für den 31. August vorzubereiten und den Jahrestag des Gdansker Abkommens zu einem nationalen Protesttag gegen das Kriegsrecht zu machen. Dabei war von Anfang an klar, daß der polnische Staatsapparat, anders als bei den Mai-Demonstrationen, keineswegs friedliche Demonstrationen zulassen würde. Jaruzelsky erklärte kurzerhand vor Parteisekretären aus über 200 Großbetrieben: *„Der neue Angriff des politischen Gegners muß und wird gebrochen werden"* (FAZ und „Hamb. Abendblatt", 25.8.). Der Innenminister Kiszcak ließ verlauten, der Untergrund bereite „blutige Zwischenfälle" vor („Welt", 26.8.); für Beteiligung an den Demonstrationen wurden lange Haftstrafen angedroht.

Daß es der Staat ernst meinte, demonstrierte er durch recht rigides Vorgehen gegen kleinere Aktionen. Am 1. und 2. August begannen einige hundert Katholiken auf dem Siegesplatz in Warschau, Blumenkreuze für den im letzten Jahr verstorbenen Kardinal Wyszinski zusammenzulegen (eine 'Widerstandsform', die wohl nur in Polen möglich ist). Wochenlang versuchte die Polizei dies zu unterbinden. Tränengas und Wasserwerfer konnten nicht verhindern, daß das Kreuz fast täglich wieder aufgebaut wurde. Schließlich zog der Staatsapparat eine Holzmauer um den Siegesplatz. Die harte Reaktion auf die Aktion hat letzterer überhaupt erst Gewicht gegeben. Dies ist insoweit wichtig, als der Staatsapparat offenkundig die relativ weiche Linie aufgegeben hatte und dazu überging, jeglichen Ansatz des Protestes zu unterdrücken. Als am 13. August in mehreren polnischen Städten gegen das Kriegsrecht demonstriet wurde, wurden die Demonstrationen gewaltsam aufgelöst (auf den Werften in Gdansk, in Warschau, Breslau und Krakau). Es war also lange vor dem 31. August klar, daß es nicht zu friedlichen Demonstrationen kommen konnte.

Die Aktionen am 31. August

Am 31. August waren die angekündigten Versammlungsplätze von massiv eingesetzten Polizeikräften besetzt. Den Kern bilden anscheinend die ZOMO-Einheiten, motorisierte Truppen der Miliz, von denen es immerhin 49 Regimenter mit je 1500 Mann gibt („Spiegel" 29/82), d.h. über 70 000. Trotz der Drohungen und des Milizaufmarsches kam es in vielen polnischen Städten zu Demonstrationen, die in mehreren Städten zu stundenlangen Straßenschlachten führten. Die Milizeinheiten waren mit Wasserwerfern, Tränengaswerfern und Panzerwagen ausgestattet. In einem Bericht der 'taz' aus Warschau heißt es: *„Ganze Kolonnen von Miliz fahren kreuz und quer durch die Stadt, decken die Fußwege rechts und links mit Tränengas ein — unabhängig davon, ob und welche Menschen sich dort aufhalten. (...) Die Miliz setzt auch Blendgranaten und — als besonderen Gag — Wasserwerfer mit Farbzusatz ein, um Demonstranten später identifizieren zu können."* (taz, 8.9.).

In Lubin und Breslau eröffnete die Miliz das Feuer auf Demonstranten, wobei mehrere (offiziell fünf) getötet und etliche verletzt wurden. Insgesamt wurden mehr als 4000 Menschen festgenommen (FAZ, 4.9.), binnen einer Woche 931 verurteilt („Welt", 7.9.).

Über den Widerstand der Demonstranten gibt es sehr unterschiedliche Darstellungen. Glaubt man den polnischen Medien, dann haben einige tausend Rowdys und Kriminelle — angestiftet von Konterrevolutionären und dem Ausland — systematisch die Miliz angegiffen. Dem „taz"-Bericht nach waren die Demonstranten in Warschau „sehr vorsichtig" und „weitgehend unbewaffnet" (was immer das heißen mag. Tatsächlich sind die Auseinandersetzungen von seiten der Demonstranten wohl eher schlecht vorbereitet gewesen.

Es ist unmöglich festzustellen, wieviele Menschen sich an den Demonstrationen beteiligten; es dürften einige zehntausend gewesen sein. Sicher ist aber, daß die Beteiligung weit hinter den Erwartungen der Solidarnosc-Führung zurückblieb und gemessen an der Stärke der Solidarnosc eher gering war. E i n Grund dafür liegt sicherlich in dem Terror der 'Sicherheitskräfte' und darin, daß am 31. August unter Bedingungen demonstriert werden mußte, die friedliche Aktionen ausschlossen. Das ist allerdings nicht der einzige Grund für die Zurückhaltung der Bevölkerung. Der entscheidene Grund liegt in der totalen Niederlage der polnischen Volksbewegung. Das Militärregime hat nicht nur sämtliche politischen Rechte beseitigt, sondern geht jetzt in aller Härte daran, das Wirtschaftsprogramm in die Tat umzusetzen, an dem sich die Streikwelle 1980 entzündete; von den sozialen Errungenschaften des Gdansker Abkommens ist nichts mehr übrig.

Diese Niederlage ist nicht nur eine taktische, sondern eine historische Niederlage der reformistischen Strategie, die eine friedliche und reformerische Umwälzung der 'realsozialistischen' Gesellschaft vollziehen wollte und will (z.B. Kuron). Diese Niederlage der in der Solidarnosc vor dem Putsch vorherrschenden Vorstellungen und Überzeugungen ist keineswegs überwunden, und es wird sehr lange dauern, eine neue Einheit auf neuer Grundlage zu schaffen. Die bisherigen Diskussionen in der Solidarnosc haben noch keine realitätstüchtige Strategie hervorgebracht, die den Verhältnissen des Kriegsrechtes und der Weltkriegsgefahr gerecht würde (vgl. AK 222, Strategiedebatte in der polnischen Opposition).

Das Militärregime, unfähig zur Überwindung der ökonomischen Krise und zu einer Änderung der Situation, versucht sich den Zustand der Solidarnosc zunutze zu machen und diese zu zerschlagen, noch bevor sie sich auf neuer Grundlage reorganisiert.

Innerhalb der Solidarnosc gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Form unter den jetzigen Bedingungen zu arbeiten sei, wobei ein nicht unerheblicher Teil eine Strategie des Überwinterns verfolgt, d.h. Aufbau der Betriebsgruppen, Vermeidung von Konfrontation usw. Auf der anderen Seite steht eine Radikalisierung, die durch die Repression und das wachsende Elend genährt wird und die zu offenen Aktionen drängt, die unter den gegebenen Umständen notwendig Konfrontation miteinschließen.

Die Solidarnosc-Führung hat sich jetzt nach den ersten größeren Auseinandersetzungen mit der Miliz keineswegs distanziert, sondern Frasyniuk erklärte, *„daß der Kampf für die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten weitergeht"* und bezeichnete es als *„äußerst wichtige Aufgabe, die Betriebsgruppen wiederzubeleben und Vorbereitungen für einen möglichen Generalstreik zu treffen"* (nach „Welt", 7.9.). Auf der anderen Seite erklärte Urban für den Militärrat, *„nach den Unruhen vom 31. August könne es keinen Dialog mehr (?) geben zwischen der Regierung und den Urhebern der Krawalle"* (FAZ 7.9.); eine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Solidarnosc bestand allerdings noch nie von seiten des Regimes. Es werden in dieser Situation Differenzen zwischen (zumindest einem großen Teil) der Solidarnosc und der Katholischen Kirche sichtbar, die eine Art Schaukelpolitik verfolgt. Einerseits bietet sich die Katholische Kirche dem Staat als bremsende Kraft an, warnt vor dem „Dialog auf der Straße" etc.pp.; andererseits solidarisiert sich die Kirche mit den Forderungen nach Wiederzulassung der Solidarnosc, Freilassung der Internierten. Selbstverständlich weiß auch die Kirche, daß die von ihr propagiete Versöhnung, ein Historischer Kompromiß in Polen unmöglich ist. Ihre Politik zwischen den Stühlen dient dem Ausbau der eigenen Macht; daß sie diese nicht für tatsächliche Volksherrschaft einsetzen wird, zeigt schon die enge Zusammenarbeit mit dem Vatikan, der nicht gerade Bestandteil der demonkratischen- und Arbeiterbewegung ist. Glemp ist angeblich *„der festen Überzeugung ..., daß selbst die Kriegsrechtsregierung Jaruzelskys eine gewisse Duldung verdiene, weil jede spätere Regierung noch schlimmer für Kirche und Nation wäre"* (FAZ, 9.8.). Diese Sichtweise deckt sich zwar mit Kräften in der Solidarnosc, die in Jaruzelsky das kleinere Übel gegenüber den 'Falken' in der PVAP sehen; einer solchen Politik wird jedoch zunehmend der Boden entzogen durch die politisch und ökonomisch unerträgliche Situation.

Eine „gewisse Duldung" des Militärregimes beschwört die Spaltung der Solidarnosc herauf. Dieses Regime zu dulden, liefe darauf hinaus, den Widerstand gegen soziale Verelendung und politische Unterdrückung aufzugeben. Dennoch ist es offenbar so, daß große Teile der polnischen Opposition in Konfrontationen keinen Ausweg sehen, sondern — wie auch Bujak — darin eher die Gefahr einer weiteren Niederlage sehen.

Indem das Militärregime friedliche Akionen brutal unterbindet und damit Konfrationen erzwingt, hofft es auf eine Spaltung der Solidarnosc, eine Isolation der radikaleren Teile und deren Ausschaltung. Zu dieser Taktik müßte jedoch gehören, dem sanfteren Teil der Opposition Zugeständnisse zu machen (wie es die Kirche ja auch fordert) — und für diese fehlt der Spielraum. Eine Befriedung Polens wird nicht gelingen.

J., Hamburg

Solidarnosc plant Giftkrieg!

Hat Walesa die Neutronenbombe?

Vom Giftgas zur polnischen Gewerkschaft Solidarnosc spannt der hier dokumentierte Kommentar aus der DKP-Zeitung „UZ" den Bogen sehr weit. Die Niederschlagung der Massendemonstrationen in Polen durch die Polizei stellt sich vor diesem Hintergrund als reinster Dienst am Frieden dar. Erwähnenswert ist, daß diese Notiz nicht etwa auf der Satire-Seite („Da lacht der Realsozialist") abgedruckt wurde, sondern auf der Titelseite, direkt neben dem Hauptartikel. („UZ", 9.9.82).

Zum Tage

Solidarnosc-Gift

Unser Leser Ulrich Stroheker schreibt uns:

Wer noch an der tatsächlichen Rolle der „Solidarnosc" zweifelt, kann sich in Mannheim ganz einfach und durch Augenschein davon überzeugen, wessen Geschäfte diese sogenannte Gewerkschaft betreibt. Anläßlich einer Fahrraddemonstration zu den Nervengasdepots der US-Armee im Käfertaler Wald am letzten Sonntag kamen wir auch am Standort der sich großenteils aus Exilpolen rekrutierenden Bewachungseinheiten, die der US-Armee unterstehen, vorbei. Angehörige dieser „Fremdenlegion" postierten sich, mit Pistolen bewaffnet, vor einem „Solidarnosc"-Schild an ihrer Unterkunft und beschimpften die Demonstranten.

„Solidarnosc"-Anhänger als Bewacher der Nervengasvorräte der US-Armee, die ja nicht nur die Bevölkerung der Bundesrepublik gefährden, sondern gegen die sozialistischen Länder, ganz besonders auch gegen Volkspolen, gerichtet sind! Nachdem der DGB Rheinland-Pfalz gegen die Stationierung von Nervengas durch die US-Armee Verfassungsklage erhoben hat, sollten auch die letzten Gewerkschafter, die sich aus falsch verstandener Solidarität mit „Solidarnosc" verbrüdern, die Frage vorlegen, in welch zweifelhafte Gesellschaft sie damit kommen.

Polens Ökonomie steht vor dem Kollaps

Die Lage der polnischen Wirtschaft hatte sich bereits im letzten Jahr drastisch verschlechtert und nähert sich unter dem Jaruzelski-Regime dem vollständigen Kollaps. Die DKP-Zeitung 'Unsere Zeit' („UZ") zitiert den polnischen Wirtschaftsspezialisten Kierczynski: *„Polen lebte sehr lange über seine Verhältnisse, jetzt erfolgt eine drastische Senkung des Lebensstandards"* (17.7.82). Nach offiziellen Angaben betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten 1981 25 %, was untertrieben sein dürfte, und die Lohnsteigerung ebenfalls 25 % (HWWA-Studie). Ebenfalls nach offiziellen Angaben betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den ersten sechs Monaten unter Kriegsrecht satte 103,9 %, bei einem Wachstum der Löhne um 45,4 % (FAZ, 28.7.82). Was die DKP-Zeitung lapidar *„schmerzhafte Korrekturen"* nennt, heißt in der Praxis: Ende 1980 lebten in Polen 16 Prozent der Bevölkerung am Rande des sogenannten Sozialminimums; für dieses Jahr nun schätzt die HWWA-Studie 30 - 40 Prozent! („Die wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1981/82",Hrg.: Kl. Bolz; HWWA-Veröffentlichungen). Die Behauptung des polnischen Militärrats und der DKP, daß die Wirtschaftskrise auf *„ausgesprochen konterrevolutionäre Umtriebe"*, wie z.B. „Dauerstreiks", zurückzuführen sei, ist nach der HWWA-Studie Blödsinn! Von der regulären Arbeitszeit pro Beschäftigten (1981) von 1961 Stunden wurden real 1711 Stunden gearbeitet; von den nichtgearbeiteten 250 Stunden entfallen lediglich 6 (sechs!) Stunden auf Streiks. D.h. im Klartext: Durch Streiks gingen lediglich 0,3 % der Arbeitszeit verloren, was wohl Staatsdiener aller Art verärgern, aber keine Wirtschaftskrise auslösen kann.

Nach offiziellen Angaben betrug der Rückgang des Nationaleinkommens 1981 real ca. 13 % gegenüber 1980. Das HWWA allerdings kommt zu dem Schluß, *„daß ein Rückgang des Nationaleinkommens um real ca. 20 bis 25 v.H. der Wirklichkeit eher entspricht"* und prognostiziert für 1982 einen weiteren Rückgang um etwa 5 Prozent. Dabei tritt die HWWA-Studie mit recht einleuchtenden Argumenten der von der 'FAZ' bis zur 'taz' verbreiteten These einer Ausbeutung Polens durch die UdSSR entgegen. Es sei eher so, *„daß es die UdSSR war, die die polnische Volkswirtschaft jahrelang subventioniert"* habe. So hat die UdSSR Polen Rohstoffe erheblich unter dem Weltmarktpreis überlassen; die Kreditbedingungen sind ausserordentlich günstig: *„Zum Beispiel sieht das sowjetisch-polnische Handelsprotokoll für 1982 ein polnisches Defizit von 1,2 Mrd. Transferrubeln ... vor, das durch einen ab 1985 rückzahlbaren Kredit mit einem Zinssatz von 5 v.H. finanziert wird. Zum Vergleich: Polen mußte für die letzten am Eurogeldmarkt aufgenommenen Kredite bereits einen Zinssatz von nahezu 18 v.H. akzeptieren".* Im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten nutzt die SU die polnische Misere nicht zur verstärkten Ausplünderung Polens, sondern leistet reale Hilfe (daß sie dies aus eigennützigen Motiven tut, ist eine andere Frage).

Die wirklichen Ursachen für die Verschärfung der polnischen Wirtschaftskrise liegen erstens in der Verlängerung der abenteulichen Importpolitik bzw. ihrer Folgen (vgl. AK 188: Außenhandel u. Entspannungspolitik), zweitens in der Embargo- und Kreditpolitik der imperialistischen Staaten und drittens in der polnischen Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre, die alle Reformen vermied, bzw. unter dem Kriegsrecht die zarten Ansätze realer Reformen wieder liquidierte.

1. Der massive Import westlicher Technologie in den 70er Jahren konnte nicht durch entsprechenden Export kompensiert werden und führte zu einer wachsenden Verschuldung Polens, wodurch der Zwang zu wachsendem Export verfestigt und der Binnenmarkt aufgrund mangelnder Produktionssteigerung geschröpft wurde. Da gleichzeitig zwecks Befriedung renitenter Teile der Arbeiterklasse (Streikwellen 1970/71 und 1976) die Sozialausgaben und die Löhne erhöht wurden, wuchs sich das ganze zu einer chronischen Unterversorgung des Binnenmarktes aus. Die Folgen waren Inflation, Schwarzmakt, Schiebereien; der Dollar wurde zur polnischen „Zweitwährung". Die polnische Regierung hat für das zweite Halbjahr 82 eine weitere Kürzung von Waren um 96 Mrd. Zloty angekündigt (FAZ, 14.6.82).

2. Die US-amerikanischen Embargen trafen die polnische Landwirtschaft, indem sie Futtermittel reduzierten und damit die Produktion tierischer Erzeugnisse, was wiederum den Lebensmittelmarkt belastet. Die hinhaltende und um zusätzliche Profite feilschende Taktik der westlichen Banken, die von Polen eine Art Risikosonderzins verlangen, verschlechtert die Zahlungsbedingungen erheblich, was wiederum zulasten der dringend benötigten Importe geht. Insgsamt scheint es, als wolle der „freie Westen" Polen an der Schwelle des Bankrotts halten, um zusätzliche Pfründe zu erschließen. Dem Sprachgebrauch nach gehört Polen bereits zu den Untergebenen des Imperialismus. *„NATO mit Polen noch unzufrieden"* und ähnliche Schlagzeilen scheint man hierzulande schon als normal anzusehen.

Die bislang gelaufenen Umschuldungsverhandlungen reichen gerade eben aus, um Polen vor der erklärten Zahlungsunfähigkeit zu retten, bringen jedoch keine grundsätzliche Änderung der Situation, und die polnischen Schulden wachsen in astronomische Höhen. Die von den Herrschenden Polens aus dieser Situation gezogenen Konsequenzen verschärfen die innere Krise erheblich.

3. Polen hat seine Importe aus dem Westen erheblich reduziert. Dies mag zwar auf den ersten Blick vernünftig scheinen, da es einer weiteren Verschuldung entgegenzuwirken scheint, hat jedoch katastrophale Folgen für die polnische Industrie: *„Besonders betroffen sind davon die Elektromaschinenindustrie und die Leichtindustrie, in denen die Auslastung der Produktionskapazitäten zur Zeit bei nur 40 v.H. bis 50 v.H. liegen. Da diese Industriezweige ungefähr die Hälfte der Industrieproduktion erstellen"*, sei ein weiterer Rückgang der Industrieproduktion um mehr als zehn Prozent für 1982 zu erwarten (HWWA-Studie). D.h. die polnische Wirtschaftkrise ist wesentlich verursacht worden durch die seit Anfang der 70er Jahre verfolgte Importpolitik bzw. die Folgen ihres Scheiterns. Die Streiks, soweit sie ökonomische Fragen betrafen, waren nicht Ursache der Krise, sondern eine Antwort auf den Versuch, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Daran ist nicht zu rütteln, auch wenn die Streiks bzw. die durchgesetzten Verbesserungen für die Bergleute zu dem Rückgang des Kohleexportes beitrugen, der die polnische Verschuldung vergrößerte (HWWA).

Die Wirtschaftskrise in Polen nähert sich dem ökonomischen Zusammenbruch, und der Militärputsch hat die Bedingungen für ihre Lösung beseitigt. Die Abwälzung der Krise auf die Bevölkerung geht einher mit der Beseitigung der bereits erreichten Reformen, insbesondere der sog. Arbeiterselbstverwaltung. Unter den Bedingungen der politischen Unterdrückung und der sozialen Verelendung wird es kaum gelingen, die Arbeiterklasse für 'Produktionsschlachten' zu mobilisieren. Ebensowenig ist es unter diesen Bedingungen möglich, die ursprünglich auch von der PVAP für nötig befundene Reform eines Abbaus der staatlichen Eingriffe und einer Stärkung der betrieblichen Autonomie zu erreichen, weil diese auf einer Mitarbeit der Belegschaften basieren müßte.

Auch wenn es bislang der SU gelang durch günstige Importe nach Polen und billige Kredite den Zusammenbruch Polens zu verhindern, so fehlen alle Voraussetzungen einer grundlegenden Änderung der Situation. D.h. die Krise wird mehr oder minder geschickt verwaltet, von ihrer Lösung ist man weiter entfernt denn je. Und eben deshalb kann der Militärrat gar nicht freiwillig zurücktreten, er kann nicht die Solidarnosc wieder legalisieren, weil schon allein für soziale, ökonomische Zugeständnisse jeder Spielraum fehlt. Und gleichzeitig ist es richtig, daß bei Beibehaltung des Kriegsrechtes an ernsthafte Reformen gar nicht zu denken ist. Die Krise der polnischen Gesellschaft wird also fortgeschrieben; eine wie auch immer geartete Lösung ist nicht in Sicht.

J., Hamburg

Rebellion ist gerechtfertigt!

zur chinesischen Kulturrevolution



Wir setzen hier die Darstellung der Ereignisse in China im Jahre 1967 fort. Im Teil 4 dieser Artikelserie war geschildert worden, wie mit dem sogenannten »Januar-Sturm« eine revolutionäre Massen-Mobilisierung ganz China erfaßte. Die Welle von Aktionen zum „Sturz der Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" und zur „revolutionären Machtergreifung" fand ihren Höhepunkt in der allerdings nur kurzlebigen Kommune von Schanghai. Dem „Rebellensturm" vom Januar 1967 folgte rasch eine Gegenbewegung der rechten und mittleren Kräfte des Parteiapparats, um die Verhältnisse wieder in den Griff zu kriegen. Im folgenden werden die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen in der KP Chinas im Hintergrund der Ereignisse von 1967 dargestellt. (Vorangegangene Artikel zur Kulturrevolution sind zu finden in AK 201, AK 202, AK 204 und AK 224).

Der Linienkampf in der KP Chinas

Dem Anschein nach stand hinter dem Rebellensturm ebenso wie hinter der darauf folgenden Konsolidierungspolitik geschlossen die gesamte Führungsspitze der KPCh. Wichtige Dokumente wurden im Namen der vier höchsten Gremien abgegeben: ZK, Staatsrat, Militärkommission des ZK und KRG (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK). Tatsächlich aber kann man (grob) von drei Fraktionen in der KPCh-Führung sprechen:

— Die harte Rechte um Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatte ihren Einfluß in Politbüro und ZK schon im Herbst 66 eingebüßt. (Namentlich kritisiert wurden Liu und Deng in der Parteipresse erst abApril 67). Ihre Anhänger in den Provinz- und Regionalparteikomitees waren bevorzugte Angriffsziele des Rebellensturms im Januar gewesen.

— Die Pekinger Ministerial- und Planungsbürokratie (1) mit dem Staatsratsvorsitzenden Zhou Enlai an der Spitze, der auch über gute Kontakte zu den Kommandeuren der wichtigsten Großen Militärregionen (Huang Yongshen in Guangzhou, Xu Shiyu in Nanking und Chen Xilian in Shenyang) verfügte. Auch Xie Fuzhi, Chef des chinesischen Sicherheitsapparats und faktischer Oberbefehlshaber der Pekinger Militärregion, muß dieser Fraktion zugerechnet werden.

— Die Parteilinke um Chen Boda und Jiang Qing, die nach dem Auschluß Tao Zhus (2) in der KRG klar dominierte und den Propagandaapparat beherrschte. Sie hatte mit Lin Biao einen wichtigen Verbündeten und somit Einfluß im politischen Apparat der VBA, der von der Militärkommission des ZK geleitet wurde.

Mao Zedong spielte die Rolle der alles überragenden Integrationsfigur. Er war d e r Bezugspunkt für die Roten Garden und die Rebellenbewegung, aber auch die (Liu-treuen) Scharlachgarden und selbstverständlich die Kräfte um Zhou brachten ihre Verehrung für den großen Vorsitzenden bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit zum Ausdruck. Bei dem rasanten Autoritätsverfall der staatlichen und Partei-Strukturen war er ein Symbol (bzw. wurde dazu auch gezielt aufgebaut) nicht nur für den revolutionären Prozeß, sondern fast noch mehr für die staatliche Einheit und Souveränität Chinas: eine übergreifende Klammer für die vielfältigen, sich gegenseitig bekämpfenden Fraktionen und neuen und alten Machtzentren im ganzen Land. Maos öffentliche Äußerungen waren stets hinreichend grundsätzlicher Natur und für die konkrete Situation mehrdeutig auslegbar, so daß sie diese Konstruktion nicht gefährdeten (3).

Die Parteilinke und die Fraktion um Zhou hielten während der ganzen Zeit der Kulturrevolution eine Art Nichtangriffspakt ein. Es gab zwar immer Machtkämpfe hinter den Kulissen (und das nicht zu knapp); nach außen hin aber wurde die Einheit der Partei gewahrt — sowohl gegenüber der harten Rechten als auch gegenüber der Massenbewegung. (Auf Kundgebungen beispielsweise sprachen oft Zhou mit Chen Boda oder Jiang Qing gemeinsam zu den Roten Garden.)

Beide Fraktionen sahen offenbar Chancen, ihre Konzeption innerhalb der KPCh durchzusetzen, und scheuten vor dem Risiko einer offenen Spaltung der Partei und eines möglichen Bürgerkrieges zurück. So wackelig die Grundlage dieses seltsamen Bündnisses war, sie hielt doch bis 1976, als nach dem Tode Maos die Rechte (wieder vereint) endgültig die Verhältnisse in ihrem Sinne geklärt wissen wollte.

Die Fraktion um Zhou Enlai

In der Zeit des Rebellensturms hatte der linke Flügel um die KRG praktisch allein das öffentliche Bild der Parteipolitik geprägt. Gegen Ende Januar verschob sich das Kräfteverhältnis; das Steckenbleiben der Rebellenoffensive und das Chaos vor allem im wirtschaftlichen Bereich brachten frischen Wind für die „pragmatischen" Rechten um Zhou. In den Januartagen hatten diese einen Tiefpunkt ihrer Macht erleben müssen; Finanzminister Li Xiannian, Außenminister Chen Yi, Erdölminister Yu Qiuli, Landwirtschaftsminister Tan Zhenlin und andere waren massiven Angriffen der Rebellen ausgesetzt, ihre Ministerien wurden belagert, besetzt und durchsucht. Jetzt wurden sie wieder tonangeben in der Pekinger Politik.

Zhou Enlai war es gewesen, der schon ab Mitte Januar immer wieder von den Rebellen gefordert hatte, die Steigerung der Produktion in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. *„Der Premier bildet mit Li Xiannian,* (Planungschef) *Li Fuchun, Gu Mu* (Infrastrukturexperte) *und Yu Qiuli eine schwarze Front, in der es darum geht, die Schwierigkeiten in der Produktion hochzuspielen, um so die Revolution zurückzudrängen." (4)*

So wie diese Kräfte die Parole von der »Förderung der Produktion« angewandt wissen wollten, bedeutete sie die Beibehaltung und Stärkung der alten, in der Januarrevolution angegriffenen Produktionsverhältnisse.

Der Meinung der „Experten", der (in kapitalistischen Managementmethoden) erfahrenen Betriebs- und Wirtschaftsleiter und der Verwaltungsbürokraten sollte in der grundsätzlichen Gestaltung und tagtäglichen Leitung des Wirtschaftslebens wieder entscheidendes Gewicht verschafft werden. Entsprechend wurde auch großer Nachdruck auf einen schonenden Umgang mit den Kadern durch möglichst breite Rehabilitierungen gelegt.

Zhou stand für den „Reformflügel" der herrschenden chinesischen Staatsbourgeoisie. Solange die Strukturen der Pekinger Ministerialbürokratie und der großen Industriekomplexe arbeitsfähig blieben und ihre Verbündeten im Offizierscorps der VBA nicht angetastet wurden, war diese Fraktion durchaus bereit, unter recht weitgehenden Zugeständnissen mit der KRG eine nach außen hin gemeinsame Politik zu vertreten. Auf Betriebs- und Abteilungsebene bedeutete diese Kompromißbereitschaft, daß den Arbeitern eine reale Mitbestimmung eingeräumt wurde, vor allem, wo es um die Förderung der Produktivkräfte ging. Auf der politischen Ebene versuchte die Zhou-Fraktion, den größten Teil der Rotgardisten und Rebellenverbände in die neuen Machtstrukturen zu integrieren (5) und nicht, wie es Deng und Liu vorgezogen hätten, sie mit massiver Gewaltanwendung zu unterdrücken.

Die Politik der Parteilinken

Während das Taktieren der Kräfte um Zhou Enlai noch einigermaßen durchschaubar ist, wirft das Verhalten der Parteilinken Fragen auf, die wohl erst nach einer neuen revolutionären Entwicklung in China und einer Öffnung und Auswertung der geheimen Parteiarchive endgültig zu beantworten sein werden. War das Zurückweichen eine nur nach außen vorgetragene, zeitweilige taktische Entscheidung? Oder stand dahinter die Position, den Parteiapparat doch wesentlich von innen heraus reformieren zu können (mit der Massenbewegung als unverzichtbarer Unterstützung, die sich jedoch dem Kalkül des innerparteilichen Kräftemessens anzupassen hätte)? Oder führte die Parteilinke ihre revolutionären Parolen etwa bloß im Munde, um sie *„als Zugpferd vor ihre ausgedehnten zentralen und lokalen Machtinteressen zu spannen"*, wie es R. Hoffmann unterstellt (6) und wie es die Parteigeschichtsschreibung seit der Ausschaltung der „Viererbande" 1976 nicht müde wird zu behaupten?

Welche Einschätzung der Lage die KRG selber hatte, und welche Einschätzungen sie nur aus taktischer Zurückhaltung oder Rücksichtnahme auf ihr Bündnis mit den Kräften um Zhou Enlai vertrat, läßt sich beim heutigen Informationstand nicht feststellen. Was man tun kann, ist: den Spielraum abzugrenzen, innerhalb dessen sie überhaupt Politik machen konnte, und einige Konsequenzen dieser Politik zu konstatieren.

Ausgangspunkt jedes Versuchs einer Analyse muß die Situation der Klassenkämpfe Ende Januar 1967 sein. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich gezeigt, daß die Rebellen über den Sturz einer Reihe von alten Parteibonzen hinaus nicht in der Lage waren, die Macht zu ergreifen und die Organisation des gesellschaftlichen Lebens selbst in die Hände zu nehmen.

Zwei Gründe, die eng miteinander verbunden waren, waren dafür entscheidend:

— Die Rebellengruppen setzten sich in erster Linie aus gesellschaftlichen „Randgruppen" zusammen (Zeit- und Kontraktarbeiter, Lehrlinge, Jungarbeiter, früher aufs Land verschickte Jugendliche und Gruppen radikalisierter Studenten und Schüler. Ein großer Teil der Arbeiterklasse (insbesondere die gutbezahlten Facharbeiter) sowie die Techniker, Meister etc. standen der Januarrevolution skeptisch bis militant feindlich (Scharlachgarden) gegenüber. In den ökonomischen und politischen Verwaltungsapparaten war es nur gelegentlich gelungen, einen Teil der unteren Verwaltungsangestellten zu gewinnen. Die Bauernbewegung war auf einem politisch-ideologischen und organisatorischen Stand, der — von Ausnahmen im Umkreis der Metropolen abgesehen — ein koordiniertes und politisch gezieltes gemeinsames Vorgehen auf absehbare Zeit ausschloß. Mit einem Wort, die gesellschaftliche Basis für eine wirkliche Umwälzung war viel zu schmal.

— Das Fehlen von klar definierten politischen Zielen und die organisatorische Zersplitterung der Rebellen verhinderte die unbedingt notwendige Verbreiterung und Verstärkung der Stoßkraft der Bewegung. Die diversen Cliquenkämpfe dürften auf bis dahin Unentschlossene auch nicht gerade überzeugend gewirkt haben.

Der mit großem Enthusiasmus begonnene Rebellensturm war aufgelaufen; er drohte in völlig perspektivlosen Kleinkriegen auf der Ebene einzelner Betriebe, Verwaltungen und Stadtbezirke, in der allgemeinen Zerrüttung des Wirtschaftslebens und im sukzessiven Verfall jeglicher politischer und staatlichen Autorität zu enden. Die archaische Gewalt der Bauernrebellionen, deren letztliche politische Stoßrichtung noch völlig offen war, und der drohende Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung mußten auch der Parteilinken schwerste Sorgen bereiten.

Bei der weiteren Paralysierung der Produktion und der Ausbreitung chaotischer Verhältnisse mußte mit Putschversuchen rechter Kräfte des Partei- und Staatsapparats mit massiver Unterstützung von regionalen Militärkommandanten gerechnet werden. Die Folge wäre nicht nur eine blutige Niederschlagung der Rebellenbewegung in den jeweiligen Zentren gewesen. Eine Spaltung der VBA und damit offener Bürgerkrieg im ganzen Land, die Entwicklung konterrevolutionärer Bestrebungen auf dem Land, die Lossagung einzelner Provinzen oder Militärbezirke von Peking und das Wiederaufleben „unabhängiger Reiche", das heißt der Zerfall der staatlichen Souveränität Chinas, waren nicht auszuschließen. In einer Zeit, wo der Vietnamkrieg eskalierte, Taiwan und die USA immer aggressivere Töne gegenüber der VR China anschlugen und auch die Spannungen mit der Sowjetunion sich verschärften, mußten solche Überlegungen für die Parteilinke eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Die Bewegung einfach so weiterlaufen zu lassen oder gar zu versuchen, durch weiteres Anheizen in der Parteipresse das nicht wegzudiskutierende Steckenbleiben der Rebellenoffensive zu negieren, wäre über alle Maßen riskant und in der Tat unverantwortlich gewesen. Die Parteilinke konnte also gar nicht anders, als zum Rückzug zu blasen. Es konnte nur darum gehen, diesen Rückzug einigermaßen geordnet zu vollziehen und bestimmte Positionen zu erhalten; Zeit zu gewinnen für ein neues Sammeln der Kräfte und die Vorbereitung eines Ansturms, der die Machtfrage zugunsten der Rebellen eindeutig entscheiden konnte.

Für die politische Klarheit der Massenbewegung hatte die konkrete Taktik der Parteilinken und die Art und Weise, wie sie ihre Politik begründete, allerdings sehr negative Konsequenzen: Die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses Anfang Januar und die gewaltige Selbstüberschätzung der Rebellen hatten ihren Grund nicht nur in deren allgemeiner Unerfahrenheit, sondern auch in dem von der KRG geschürten Gefühl, sie vollstreckten mit ihren Aktionen den Willen Maos und (zumindest der großen Mehrheit) der KPCh-Führung. Nachdem es nicht gelungen war, die Bastionen der Partei- und Staatsbürokratie im ersten Anlauf zu überrennen, konnte die KRG nicht sagen: „Wir haben uns verschätzt, die Rechten waren stärker, als wir dachten; wir müssen uns zurückziehen, um einen neuen Anlauf vorzubereiten." Das wäre eine offene Kampfansage an die Zhou-Fraktion gewesen, der die Januar-Aktionen eh schon viel zu weit gegangen waren und für die klar war, daß es keine Wiederholung geben dürfe. Der Rückzug mußte im Gegenteil, das forderte die verquere Logik des politischen Kräftespiels, als der genau richtige Schritt zur Festigung der revolutionären Errungenschaften und als großer Sieg verkauft werden.

Bei der breiten Masse der Bewegung mußte das zu einer krassen Desorientierung führen; bei den politisch bewußtesten und radikalsten Teilen zu Resignation und Verbitterung, die z.T. so weit ging, daß die KRG schließlich von ultralinken Gruppen in Peking quasi als Hauptfeind angesehen wurde (7).

Die neue (von der Parteilinken mitvertretene) Kaderpolitik erklärte plötzlich die eingefleischten Bürokraten zu revolutionären Kadern, mit denen die Rebellen nicht nur zusammenarbeiten, sondern deren Führung sie auch anerkennen sollten. Notwendig wäre es hier gewesen, breit die Frage der Beurteilung dieser Kader und einer möglichst effektiven Kontrolle von der Basis her zu diskutieren, also das schiere Gegenteil von vertrauensvoller Zusammenarbeit.

„Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist die entscheidende Frage jeder Revolution. Es ist auch die entscheidende Frage der großen Kulturrevolution", schrieb Mao (8). Aber weder er selbst noch die KRG konnten darauf eine Antwort geben, die über Plattheiten hinausging. Statt einer Übernahme der alten, längst überholten Kategorien aus der Zeit des Bürgerkrieges — Volksfeinde sind: Bourgeois, Grundbesitzer, reiche Bauern, Konterrevolutionäre, schlechte Elemente und Gouomindang-Agenten — hätte eine Klärung der Frage nach Freund und Feind eine Analyse der Klassenverhältnisse im gegenwärtigen China vorausgesetzt. Sie hätte auch den Abschied von dem Dogma bedeutet, die Kulturrevolution sei „eine Revolution unter der Diktatur des Proletariats", in der ganzen Zeit der Gründung der Volksrepublik habe die Linie Maos (und nicht Dengs und Lius) geherrscht, und es seien lediglich einige Organe der Diktatur des Proletariats von Rechte ursurpiert worden (9). Die Propaganda der KRG ließ die neue Staatsbourgeoisie als Haupttrāgerin der kapitalistischen Restauration im Dunkeln und vernebelte die Tatsache, daß für eine wirkliche Machtübernahme der Arbeiter und Bauern diese Klasse erst noch gestürzt werden mußte, daß also mit der Absetzung einiger hoher Funktionäre und einer Umgestaltung der Ideologie der Menschen die Sache keineswegs getan war.

Aus der Logik ihrer Rolle in Partei und Staat heraus allerdings mußte die Parteilinke solche Positionen vertreten. Sie konnte sich nicht offen gegen die von Zhou repräsentierten Kräfte wenden und gleichzeitig die Einheit der Partei aufrechterhalten, die schließlich die Grundlage für ihren eigenen Einfluß als unbestrittener Mentor der Kulturrevolution war. In diesem Dilemma steckte die Parteilinke, und sie konnte daraus nicht entkommen, solange sie nicht die Vorteile ihrer Rolle als „staatstragender Partei" aufgeben wollte. Ihr Handlungsrahmen war dadurch eng begrenzt. (Neben diesem Zwang zu weitgehenden taktischen Zugeständnissen scheinen allerdings auch eigene falsche Vorstellungen, was den Umfang, die Schärfe und die Unversöhnlichkeit der bestehenden Klassenwidersprüche angeht, eine wesentliche Rolle gespielt zu haben).

Vielleicht hätte es die Möglichkeit gegeben, über Geheimkontakte zu Rebellengruppen theoretische Anstöße zu geben und den politischen Klärungsprozeß in der Rebellenbewegung voranzutreiben. Dem „Corps des 16. Mai" um die KGR-Mitglieder Wang Li und Chi Benyu wurden solche Geheimkontakte zu „ultralinken" Gruppierungen nach ihrem Ausschluß aus der KRG (Herbst 67/Anfang 68) vorgeworfen. Viel gefruchtet scheinen sie jedenfalls nicht zu haben. Zumindest für Anfang 67 waren die Schriften von Verbänden des III. und IV. Rotgardistenhauptquartiers (um Jiang Qing bzw. Wang Li und Chi Benyu) platte Wiedergaben der KRG-Stellungnahmen und -politik. Diese Gruppen wurden zwar aus Parteikreisen mit Material gegen einzelne Rechte - auch aus der Zhou-Fraktion - versorgt. Aber dieses Material, z.B. Zitate aus den 30er und 40er Jahren, die den „revisionistischen" Charakter des Betreffenden „von Anfang an" beweisen sollten, waren kaum geeignet, den Blick für die konkreten Klassenverhältnisse zu schärfen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hatten. Ein weiteres Problem trat hinzu: Die Parteilin-

Jahren herausgebildet hatten. Ein weiteres Problem trat hinzu: Die Parteilin-

ke konnte natürlich nicht nur verbale Zugeständnisse an den rechten Flügel machen, sondern mußte - wollte sie ihre Position nicht einbüßen - auch die Rotgardisten- und Rebellenbewegung dazu bringen, entsprechend zu handeln. Und gerade die radikaleren Kräfte unter den Rebellen zeigten für die Politik der Konsoliderung nicht viel Verständnis. Die Möglichkeit, (im Sinne eines zeitweiligen, taktischen Rückzugs) offen zu argumentieren und zu überzeugn, stand der KRG nicht offen. Also wurde versucht, die Rebellen mit allgemeinen Phrasen über die Schädlichkeit von „Egoismus, Cliquenmentalität, Ultrademokratismus, Gleichmacherei" etc. und unter Einsatz der persönlichen Autorität Maos und der KRG-Größen auf Kurs zu bringen.

Natürlich, Anlässe für solche Kritiken gab es mehr als genug. Aber was sollten denn die Rebellen mit der immer wieder propagierten Parole „Schließt ein großes Bündnis!" anfangen, wenn als politische Grundlagen für dieses Bündnis lediglich die „Ideen Mao Zedongs" angeboten wurden - auf die sich schließlich die rechten Schutztruppen der Parteibürokratie und die Parteibonzen selber allesamt ganz genauso beriefen?

Für die oft anarchistisch angehauchten Rebellen dürften solche Pauschalkritiken nicht sehr überzeugend geklungen haben, und „Anweisung zum Handeln" konnten sie schon gar nicht sein. Insofern war wohl der Einsatz der VBA als jeweilige Interpretin und konkrete Durchsetzerin der Konsolidierungspolitik an Ort und Stelle der einzige Ausweg. (Wobei offen bleiben muß, wie weit die Linke das Ob und Wie des Militäreinsatzes überhaupt bestimmte, oder inwieweit sie diesem Einsatz vor allem zugestimmt hat, um die VBA allmählich in das politische Geschehen mit einzubeziehen, die Einheiten an der Basis mit der Diskussion in der Massenbewegung zu konfrontieren und damit möglichen massiven Interventionen einzelner Befehlshaber auf eigene Faust so gut es ging einen Riegel vorzuschieben.)

Jedenfalls mußte der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen eine weitere Entfremdung der KRG von den radikaleren Teilen der Bewegung mit sich bringen. Die Kluft vertiefte sich, und dadurch verringerten sich die (eh schon sehr begrenzten) Möglichkeiten einer politisch-ideologischen Einflußnahme der KRG weiter. Darüberhinaus sägte hier die Parteilinke einen Teil ihrer eigenen Basis bzw. einen wichtigen Bündnispartner ab - ein vorgang, der sich später mit der Verdammung der Hunaner „Ultralinken", des „Corps des 16. Mai", Chen Bodas und Lin Biaos wiederholte und schließlich die Ausschaltung der übriggebliebenen „Viererbande" relativ glatt über die Bühne gehen ließ.

Die Erfolge des taktischen Vorgehens der Parteilinken waren demgegenüber die Spaltung der Rechten und die schrittweise Ausschaltung der Hauptprotagonisten des „kapitalistischen Weges". Vor allem aber hatte es (bei allen Beschränkungen im Einzelnen) der Massenbewegung einen „legalen" Spielraum eröffnet, der noch eineinhalb Jahre vorher völlig undenkbar gewesen wäre. Ohne die Instrumentalisierung der Autorität der Partei durch die Parteilinke wäre eine Bewegung wie die Kulturrevolution unmöglich gewesen, jeder Widerstand hätte sich unter sehr viel schwereren Bedingungen entwickeln müssen. Daß auch im Frühjahr 67 die Parteilinke noch in der Lage war, Beschlüsse durchzusetzen, die der Massenbewegung ein Stück weit den Rücken freimachten, zeigt die Anordnung der Zentralen Militärkommission vom 6.4.67: Darin wurde den Armeekommandanten gewaltsames Vorgehen gegen Massenorganisationen und Verhaftungen von Rebellenführern verboten.(10)

Für die Zukunft der Kulturrevolution würde alles davon abhängen, ob es in den folgenden Monaten gelänge, die politische Klarheit über Freund und Feind in der Rebellenbewegung zu stärken und allmählich zu einer nicht an taktische Rücksichtnahmen gebundenen Führung der zersplitterten linken Bewegung zu gelangen.

Der Januar/Februar 67 war eine Wendemarke in der Kulturrevolution. Aber die endgültige Entscheidung über ihr weiteres Schicksal fiel erst im Sommer und im Herbst. Damit wird sich ein weiterer Artikel im AK beschäftigen.

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

1) Mindestens 366 Personen waren 1966 im Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralregierung unterstanden 90 Ministerien und Kommissionen direkt; der
Rang von Ministern oder Vizeministern. Der Zentralregierung unterstanden 90 Ministerien und Kommissionen direkt; der
ganze Apparat beschäftigte über 60.000 Verwaltungsangestellte. (Vgl. Edgar Snow: Die lange Revolution, München 1975, S. 25)

2) Tao Zhu war als Chef des Südchina-Büros des ZK der KPCH einflußreiches Mitglied der KRG gewesen, bis er unter nicht ganz klaren Umständen um den Jahreswechsel 66/67 herum als Rechter „entlarvt" und gestürzt wurde.

3) Das Eingreifen Maos in die Tagespolitik beschränkte sich auf die Unterstützung und das Propagieren-lassen bestimmter Losungen, Ereignisse oder Dokumente, die allerdings im Einzelnen wichtige Anstöße oder Rückendeckung für die Bewegung waren. (So erhielten z.B. die Pekinger Wandzeitung vom Mai 66, die Shanghaier Januarrevolution oder auch die Parole „Rebellion ist gerechtfertigt!" durch Maos ausdrückliche Unterstützung ein gewaltiges Gewicht). Ansonsten soll Mao eine große Zahl von Gesprächen mit Vertretern der KRG und der Rotgardisten- und Rebellenverbände geführt haben. Berichte von diesen Gesprächen sind aber stets um drei Ecken herum überliefert und machen es schwer, eine zusammenhängende politische Position darin zu erkennen. Längere analytische Texte über Ziele, Verlauf und Ergebnisse der KR von Mao gibt es nicht (oder sie wurden zumindest nie veröffentlicht). Angesichts dessen, daß Mao immer als d e r überragende Führer der KR aufgebaut wurde, eine ziemlich bemerkenswerte Tatsache.

4) Wu Chuanqi, zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 96
Eine DDR-Quelle behauptet, im Jahre 1967 „habe eine Gruppe von Mitgliedern des Politbüros des ZK der KP Chinas, darunter Tan Zhenlin, Zhu De (Uralt-Armeeführer), Yu Qiuli, Chen Yun (Handelsminister), Nie Rogzhen (Militärausschuß des ZK), ... die Rehabilitierung abgesetzter Funktionäre und die Beendigung der Kulturrevolution gefordert". („Kommentierte Chronik", S. 170).

5) Mit dem sogenannten II. Hauptquartier der Hauptstädtischen Roten Garden (dessen Hauptbasis an den Fachhochschulen lag) kontrollierten Zhou und Li Xiannian einen Teil der Bewegung unmittelbar. Über Verbindungsbüros konnten sie dadurch von innen heraus auf die Bewegung im ganzen Land Einfluß nehmen, wenn auch längst nicht in dem Ausmaß, wie Jiang Qing mit dem ihr nahestehenden III. Hauptquartier.

6) Hoffmann: Rebellen, S. 67

7) Vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 143 - 148

8) Remin Ribao, 1.6.67, zit. nach Jerome Chen (Hg.): Mao Papers, München 1972, S. 184

9) Aus dieser Einschätzung heraus soll Mao den Schluß gezogen haben, die Losung „Die Diktatur des Proletariats gründlich verbessern!" sei reaktionär, sie ziele auf den Sturz der proletarischen und die Aufrichtung einer bourgeoisen Diktatur; tatsächlich könne die Diktatur des Proletariats nur partiell verbessert werden. Diese Äußerungen Maos zitierte Chang Zhunqiao in einer Rede anläßlich der Demontage der Shanghaier Kommune (s. SCMP No. 4147, S. 2). Egal, ob Mao das wirklich gesagt hat, oder ob Chang das nur unterschiebt - es schlug doch der alten (und richtigen!) Aussage ins Gesicht, die KR sei eine Revolution, in der eine Klasse eine andere Klasse stürzt. 52 S. CCP Documents, S. 409 - 411

8 Jahre Knast für KPD/ML-Leute in der DDR

Daß es in der DDR nicht ganz so demokratisch zugeht wie das zweite „D" im Kürzel verspricht, ist kein Geheimnis. W i e brutal und total dort aber auch die einfachste oppositionelle Aktivität kriminalisiert wird, erstaunt gelegentlich doch noch. So etwa, wenn im Juni und Juli dieses Jahres zwei angebliche Mitglieder der KPD/ML zu jeweils 8 Jahren Knast verurteilt wurden.

Die KPD/ML unterhält seit Mitte der 70er Jahre eine „Sektion DDR". Dieses Gebilde, das zunächst vorwiegend in der Phantasie existierte, scheint in den letzten Jahren konkrete Gestalt angenommen zu haben. In Verbindung mit den Massenunruhen und der Oppositionsbewegung in Polen schien das kleine ML-Häufchen dem Staatssicherheitsdienst der DDR jedenfalls so ärgerlich, daß zum großen Schlag ausgeholt wurde: Insgesamt wurden von Oktober 1980 bis Oktober 1981 mindestens 10 Männer und Frauen verhaftet. Konkret vorgeworfen wurde ihnen Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Plakaten, Mitarbeit an und Verbreitung der KPD/ML-Zeitung „Roter Morgen", propagandistische Aktivitäten für die KPD/ML.

Im Oktober 1981 fand der erste Prozeß statt. Ein Ostberliner wurde zu 44 Monaten Knast verurteilt, seine Freundin zu 22 Monaten. In späteren Prozessen gab es Urteile von 3 Jahren und 10 Monaten, 4 Jahren und 10 Monaten und von 6 Jahren. Die bisher härtesten Urteile wurden im Juni und Juli dieses Jahres gegen Manfred Wilhelm (Betriebsschlosser) und Andreas Bortfeldt (Mathematiker) aus Ostberlin verhängt: 8 Jahre Knast!

Sieht man die Publikationen, die zu derartigen Urteilen führten (in einer von der KPD/ML herausgegebenen Solidaritätsbroschüre sind einige Texte faksimiliert), so kann man über deren Harmlosigkeit nur staunen. Im Wesentlichen handelt es sich um dieselbe aufgeblasene Phrasendrescherei, mit der die KPD/ML hierzulande keinen Blumentopf gewinnen kann. Daß ausgerechnet die DDR-Bevölkerung auf ML-Phrasen im Stil von „Ewiger Ruhm dem Genossen Stalin!" oder „Vorwärts mit der KPD/ML" positiv reagiert, wird (außer der KPD/ML selbst) wohl niemand vermuten wollen. Umso deutlicher wird an der brutalen Unterdrückung und Verfolgung von KPD/ML-Sympathisanten in der DDR, **daß es den Herrschenden der DDR in erster Linie ums P r i n z i p geht: Politische Opposition, zumal wenn sie organisiert aufzutreten versucht, ist absolut unzulässig. Dieses generelle Verbot muß permanent und exemplarisch angewendet werden, um größere Einbrüche in die vorherrschende Einschüchterung gar nicht erst zuzulassen.**

Die von der KPD/ML herausgegebene Solidaritätsbroschüre enthält aufschlußreiche Details über Justiz und Strafvollzug in der DDR. Hier einige Zitate:

„Untersuchungshaft für politische Gefangene in der DDR bedeutet Isolationshaft... Der Gefangene ... darf keinerlei persönliche Dinge in der Zelle haben. Dazu gehören auch Papier und Schreibzeug. Das Ausschmücken der Zelle ist verboten. Es gibt keine Spiegel, kein Radio... Der Gefangene sieht und hört wochenlang niemanden außer dem Gefängnispersonal und den Vernehmungsbeamten des Staatssicherheitsdienstes. Ein ausgeklügeltes System in den Haftanstalten sorgt dafür, daß der Gefangene auf den Gängen des Gefängnisses niemals einen der Mitgefangenen sieht. Der sogenannte ‚Hof'gang — auf einer Fläche von ca. 20 qm — wird nicht gemeinschaftlich, sondern einzeln durchgeführt. Besuch ist nur von Verwandten ersten Grades gestattet, einmal im Monat. Auch der Briefkontakt, den der Gefangene unterhalten darf, ist auf Verwandte ersten Grades beschränkt...

Seinen Rechtsanwalt bekommt der Gefangene in der Regel erst wenige Tage vor seinem Prozeß zu sehen... Von einer Verteidigung des Angeklagten kann auch schon deshalb keine Rede sein, weil der Gefangene keinerlei Unterlagen über das gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren in die Hand bekommt. Haftbefehl und Beschluß über die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens werden ihm vorgelesen. Er selbst bekommt diese Schriftstücke nicht in die Hand. Ein Recht auf Akteneinsicht existiert in der DDR nicht... Der Gefangene bekommt sie (die Anklageschrift) erst wenige Tage vor dem Prozeß und auch dann nur für eine halbe Stunde zu sehen. Und dazu kommt ja noch, ... daß der Gefangene kein Papier und Schreibzeug in der Zelle haben darf, sich also überhaupt keine Notizen zu seiner Verteidigung machen kann...

Die Gerichtsverhandlung ist faktisch nie öffentlich...

... So wurden die Angehörigen der verhafteten kommunistischen Oppositionellen — Ehepartner, Eltern, Geschwister — zum Teil mehrmals zu Verhören beim Staatssicherheitsdienst vorgeladen. In einem Fall dauerte ein solches Verhör 15 Stunden! Zum Teil kam es auch bei Angehörigen der Verhafteten zu Hausdurchsuchungen. Der Mutter von Manfred Wilhelm, einer Rentnerin, wurde sofort nach der Verhaftung ihres Sohnes der Paß entzogen...".

Kontaktadresse:
Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR
Horst Dieter Koch
Geßlerstr. 14
4600 Dortmund

Dokumentation

Einladung zu einem Kongreß revolutionärer Studenten am 4./5. Dezember in Mannheim

Am 24./25. 7. 1982 haben sich in Mannheim im BWK, den Kommunistischen Hochschulgruppen, den Kommunistischen Studenten (Studentenverband der KPD) und in der Freien Arbeiterunion (FAU) organisierte Studenten sowie andere revolutionäre Studenten getroffen und über die Situation und die Aufgaben an den Hochschulen diskutiert. Wir, die dort anwesenden Studenten, wenden uns nun mit dieser Einladung an andere revolutionäre Organisationen und Studenten.

Heute arbeiten revolutionäre Organisationen an den Hochschulen sehr zersplittert. Wir meinen, daß dieser Zustand gerade angesichts des ideologischen Vormarsches der Reaktion geändert werden muß. Rassistische Theorien werden wieder ganz offen an den Hochschulen verhandelt und salonfähig gemacht, was sich z.B. an der Veröffentlichung des 'Heidelberger Manifestes' zeigt. Insbesondere die CDU/CSU hat ein Programm für die Hochschulpolitik der achtziger Jahre entwickelt. Darin wird die Festlegung von Lehrinhalten und wissenschaftlicher Betätigung auf die Grundwerte der FDGO verlangt. Hinzu kommt die Propagierung der Eliteuniversität und die direkte Auftragsforschung für Kapitalisten. Eine theoretische und ideologische Basis für die Kriegspläne des BRD-Imperialismus und die Entfesselung von Reaktion und Faschismus zur Unterdrückung der Arbeiterklasse soll geschaffen werden und wird geschaffen.

Als revolutionäre Studenten haben wir ein Interesse daran, auf Basis gemeinsamer Grundsätze dieser Politik der Reaktion wirksamer als bisher entgegenzutreten. Solche Grundsätze müssen erarbeitet werden und sollten die folgenden Positionen abklären:

„Die Unversöhnlichkeit zwischen Sozialisten und bürgerlichem Staat; die Notwendigkeit der gewaltsamen 'Zerschlagung' dieses Staatsapparates und seine Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen, die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen 'Absterben des Staates' beinhalten muß; die absolute Ablehnung einer Verteidigung des imperialistischen 'Vaterlandes'; die Notwendigkeit einer Organisierung der Revolutionäre als vorantreibende Kraft in den politischen und sozialen Bewegungen; die Orientierung auf die Arbeiterklasse als Hauptträgerin des revolutionären Prozesses." (Arbeiterkampf 217)

Über die Positionen herrschte Konsens bis auf den Halbsatz: „..., die in sich bereits den ersten Schritt zum völligen 'Absterben des Staates' beinhalten muß". Die FAU (Anarchisten) ist der Auffassung, daß nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die bewaffnete soziale Revolution die Räte, die sich im Laufe des revolutionären Prozesses bilden, die Macht, die sie als Selbstorganisation der breiten Massen dabei bekommen, auch behalten und sich vernetzen etc. Die Räte müssen von unten nach oben organisiert und strukturiert sein. Eine so entstandene Räterepublik kann und darf nicht Staat sein. Für uns (FAU) besteht ein Unterschied zwischen Räterepublik ohne Staat und Räterepublik als Staat. Bei letzterem wird unseres Erachtens die Räterepublik vom Staat bzw. seinem Apparat aufgefressen, d.h. die Räte verkommen zu zweitklassigen Akklamationsorganen - entsprechende Beispiele aus der jüngeren Geschichte sind sattsam bekannt. Deshalb lehnen wir einen Staat nach der Revolution ab und treten für eine Räterepublik ohne Staat ein, wobei die Räte als arbeitende Organe noch so etwas wie Reststaatsfunktionen wahrnehmen müssen. Auf diesem Weg scheint uns (FAU) ein direkter Übergang zur freien Gesellschaft angelegt zu sein.

Unser Ziel ist, eine wissenschaftlich fundierte Position gegen die Reaktion aufzubauen bzw. zu stärken. Wir denken, daß dazu die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und Studenten nötig ist. Das Ziel sollte ein einheitlicher Studentenverband sein. Ein solcher Studentenverband soll mit seiner Politik den Kampf für die Verteidigung und die Verbesserung der sozialen Lage und der Studienbedingungen der Studenten, sowie den Kampf zum Erhalt und Ausbau der politischen Rechte der Studenten unterstützen und dafür Festlegungen erarbeiten.

Wir wollen über diese Vorstellungen mit allen weiteren Interessierten diskutieren und laden zu diesem Zweck zu dem Kongreß am 4./5. Dezember in Mannheim ein.

Wir haben die folgenden Tätigkeiten bereits jetzt beschlossen, weil sie nötig und nützlich im Kampf gegen die Reaktion sind und der Diskussion und Zusammenarbeit dienen:

1. Herausgabe eines gemeinsamen Materialblattes als Beitrag zur Widerlegung rassistischer Theorien, insbesondere des Heidelberger Manifestes zu Beginn des Wintersemesters. Durchführung örtlicher Veranstaltungen zu diesem Thema.

2. Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema Sozialabbau, u.a. zu den Plänen der bürgerlichen Parteien und Kapitalisten in bezug auf Studienfinanzierung.

3. Gemeinsame Herausgabe eines Nachrichtendienstes über Vorkommnisse an den einzelnen Hochschulen.

Zur Durchführung dieser Tätigkeiten wurde ein Koordinationsausschuß gebildet und beschlossen, daß die anwesenden Organisationen und Studenten auf örtlicher Ebene Kontakt aufnehmen, um gemeinsame politische Schritte zu ergreifen.

Der Koordinationsausschuß soll gegenüber Interessierten und der Öffentlichkeit die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kongresses sicherstellen.

Zusätzlich zu der Einladung zum Kongreß fordern wir alle revolutionären Organisationen und Studenten dazu auf, mit uns zusammen den Kongreß vorzubereiten und durch praktische Zusammenarbeit und Diskussion Schritte in Richtung einer gemeinsamen Organisierung von Revolutionären an den Hochschulen zu machen.

Mannheim, den 25.7.1982 (einstimmig mit 38 Stimmen beschlossen)

Anmerkungen zum Artikel „Linkssozialisten in Europa" (AK 224, S. 36)

1. Wir kritisieren an Genosse Kl. (NL-Kommission) die Art und Weise, in der er seine offensichtliche Kritik an Programm und Aufmachung des Buntbuch-Verlags vorbringt. Diese Kritik ist an der Stelle fehl am Platz, weil sie **inhaltlich** mit der folgenden Buchbesprechung nichts zu tun hat. Darüberhinaus sehen wir in dieser Passage eine neue Qualität der Auseinandersetzung im AK, die es so bisher nicht gegeben hat. Die Form, in der diese Fundamentalkritik in einem Nebensatz vorgebracht wird, verhindert einen offenen Streit über die Einschätzung des Buntbuch-Verlags oder soll dies sogar.

2. Wir haben nicht die Absicht, unsererseits eine Debatte über das Kulturverständnis von Kl. vom Zaun zu brechen, obwohl es allemal einer Diskussion wert wäre, da es im Widerspruch zum Kulturbeschluß des 2. KB-Kongresses zu stehen scheint. Wir würden eine entsprechende Stellungnahme von Kl. begrüßen, gleichwohl wir damit nicht rechnen. Es bedürfte seinerseits schon einer gehörigen Portion revolutionären Mutes, seine Thesen etwas ausführlicher darzustellen und damit diskutierbar zu machen.

Kulturkommission HH

Wunderbar, so etwas gab's noch nie! Bravo, da capo! So viel lächerliche Peinlichkeiten in einem Vorspann, der vermuten läßt, daß sich im folgenden mit den unpolitischen Verlagen auseinandergesetzt wird. Aber nein, der liebe, konsequente AK-Leser wird auch diesmal enttäuscht ... Es ist wirklich traurig, daß es noch Leute gibt, die so einen Schwachsinn erzeugen, bravo! Wo lernt man diese Form von Lumpenjournalismus? Es scheint, daß dieser Schreiberling ein fleißiger Leser ist. Nur kommt er wohl über den Buchrücken nicht hinweg. Macht sich ja auch so gut im Regal. Und huch, der unpolitische Buntbuchverlag ändert im Laufe der Zeit sein Emblem. Und nun ist da keine Faust mehr hinten drauf, also auch keine Faust im Inhalt! So einfach ist das. Vielleicht meditieren die Verlagsleute in diesem heimeligen Haus? Ich glaube eher, daß der Autor zu viel in seinen politischen Abhandlungen meditiert, oh Faust komm raus! Hast Du irgendwelche persönlichen Schwierigkeiten mit diesem Verlag? Dann schreib das doch. Vielleicht kann man Dich dann ernst nehmen. Aber doch nicht so einfach in den Vorspann reinknallen, wer macht denn so was? Vielleicht irgendwelche Boulevardblattschreiber, und der AK soll doch kein solches Blatt werden, nicht wahr, liebe Redaktion?

Zum Schluß frag' ich mich dann eigentlich nur noch, wer diesen Vorspannmist geschrieben hat. Wenn es nur K. war, dann ist vielleicht E.'s und Kt.'s Unterstützung zu weit gegangen? Oder wie oder was?

Be., Hamburg

liebe Redaktion?
Zum Schluß frag' ich mich dann eigentlich nur noch, wer diesen Vorspannmist geschrieben hat. Wenn es nur K. war, dann ist vielleicht E.'s und Kt.'s Unterstützung zu weit gegangen? Oder wie oder was?

Be., Hamburg

Da es Anfragen und Spekulationen gegeben hat, wieweit einzelne Personen oder gar „der KB" hinter dem in dem Artikel enthaltenen Seitenhieb gegen den Buntbuch-Verlag stehen, ist eine Klarstellung notwendig:

1. Namentlich gezeichnete Artikel geben im AK wie überall auf der Welt die Meinung der Autorin/des Autors wieder. Wesentlich deshalb gibt es im AK überhaupt namentliche Artikel-Zeichnungen.

2. Artikel, die als kollektive Leistung und Meinungsäußerung gemeint sind, sind entsprechend gekennzeichnet, etwa im Namen einer Kommission, mit den ◡ Initialen ◡ mehrerer Autorinnen/Autoren o. ä. Wenn beispielsweise seitens der AK-Redaktion wesentliche Umarbeitungen, Ergänzungen usw. zu einem Artikel gemacht werden, dann lautet die Zeichnung etwa: ...-Kommission **und** AK-Redaktion.

3. **Autor** des Artikels „Linkssozialisten in Europa" ist, wie aus der Zeichnung hervorgeht, allein K., NL-Kommission.

4. E., Frankfurt, und Kt., Hamburg, haben den Autor **unterstützt**. Diese Unterstützung bestand konkret darin, daß E. von dem besprochenen Buch das Frankreich-Kapitel, Kt. die Kapitel Italien und Portugal durchgesehen und bewertet haben. Eine inhaltliche Zustimmung zum Artikel, namentlich der Buntbuch-Passage, ist daraus nicht abzuleiten. Andernfalls wäre für den Artikel die Unterzeichnung: K., NL-Kommission, E., Frankfurt und Kt., Hamburg gewählt worden.

AK-Redaktion

Schmetterlinge



DIE LETZTE WELT

Mimik und ausdrucksvolle Stimmen, geschieht. Reichtum bedingt Armut. Wir nahmen uns vor, das ‚Geflecht' zu Reiter": Hunger, Profit, Krieg und Tod. Der Hunger, ein grelles Gespenst, von Menschen erlitten, von Menschen

Die Wiener Gruppe „Schmetterlinge" hat im Herbst letzten Jahres eine neue Produktion herausgebracht, die jetzt auch als Doppel-LP erhältlich ist.

Bekannt wurden die „Schmetterlinge" innerhalb der deutschen Linken v.a. mit ihrer „Proletenpassion", die den gelungenen Versuch einer musikalisch-textlichen Geschichtsbetrachtung von unten unternimmt, Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten und Beherrschten, der Tradition unserer Kämpfe folgend: Bauernkriege — französische Revolution — Pariser Commune — russische Oktoberrevolution — heutige Kämpfe.

Die zweite hier bekannte Produktion, die „Herbstreise", befaßt sich mit der Zeit des 3. Reiches und v.a. mit der neuerlichen Faschisierung in Deutschland und mit den Ereignissen im Deutschen Repressionsherbst 1977.

Die Schmetterlinge sind eine Gruppe, die seit vielen Jahren in gleicher Besetzung zusammenarbeitet. Die Texte ihrer Lieder stammen zum größten Teil von dem Wiener Schriftsteller **Heinz R. Unger**, der darüber hinaus auch eigene Lyrik und Theaterstücke produziert. Die Qualität der Produktionen der „Schmetterlinge" beruht auf einem gekonnten Zusammenspiel der präzisen, dicht gedrängten, ausdrucksstarken Texte von Heinz R. Unger und der passenden, äußerst vielfältigen musikalischen Interpretation. Für ernsthafte ebenso wie für ironisch-sarkastische Aussagen werden entsprechend klassische oder volkstümliche Vorlagen verwendet, neue Lieder komponiert, Filmmusik, Punk etc. herangezogen. Dazu kommt noch das Unterstreichen des Inhalts durch entsprechende Kostüme, Mimik und ausdrucksvolle Stimmen, die unter die Haut gehen.

Anführen möchte ich hier noch, daß die „Schmetterlinge" in Wien längst zu einer Institution für alle fortschrittlichen Regungen geworden sind, (so z.B. bei der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des österreichischen Kernkraftwerkes Zwentendorf maßgeblich am Zustandekommen des „Nein" beteiligt waren), und auch in der BRD nicht für den luftleeren Raum produzieren, sondern immer dort zu finden sind, wo Widerstand sich regt, so z.B. auch bei der Bonner Großdemo am 10.6.

Die „Schmetterlinge" sind durch einen eigenen Plattenvertrieb und ein eigenes Studio unabhängig von den Plattenkonzernen.

Das neue Programm entstand aus dem Vorsatz, das Thema „Dritte Welt" zu behandeln. Während der Arbeit von den immer offensichtlicher werdenden Kriegsvorbereitungen und Kriegsdrohungen eingeholt, ist daraus ein Anti-Kriegs-Programm geworden, das jedoch immer noch im wesentlichen auf die Widersprüche zwischen den Industrieländern und Dritte-Welt-Ländern eingeht. Die innerimperialistischen Widersprüche ebenso wie die Rolle der Sowjetunion werden nicht behandelt. Die Platte konzentriert sich auf die Schilderung der Geschichte und Wirkungsweise des Imperialismus, zeigt die Zusammenhänge dieses Wirtschafts- und Beherrschungssystems und die daraus entspringende Kriegsgefahr auf.

Im Vorwort zum Arbeitsbuch heißt es: *„Alles hängt mit allem zusammen. Die Verhältnisse in Europa stehen in einem direkten Zusammenhang mit allem, was in den Entwicklungsländern geschieht. Reichtum bedingt Armut. Wir nahmen uns vor, das ‚Geflecht' zu schildern, das ganze Netzwerk der Zusammenhänge, den Wahnsinn, die Irrationalität eines Systems, das überlebt, indem es tötet. ... Der ‚Doppelbeschluß', Schmidt's ‚damit stehe und falle ich ...', Haig's, ... es gibt Wichtigeres als den Frieden' und die Reaktionen der Menschen, die immer deutlicher begreifen mußten, daß sie auf zukünftigen Schlachtfeldern leben"* brachten uns *„zum Kern unserer Aussage. Es gibt nur eine Welt, die einzige, die wir haben. Und es gibt nur eine Möglichkeit, in ihr zu überleben — nämlich die Tendenzen zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Denn eins ist klar, es ist*

DIE LETZTE WELT

Die Tendenzen zur Vernichtung unserer Erde werden auf dieser Platte bekämpft durch eine präzise Darstellung der Systematik dieser Tendenzen.

1. Teil In den Gärten des Wahnsinns

Die Darstellung beginnt von außerhalb, mit einem Blick auf die Erde vom All aus, mit einem Blick auf einen Planeten mit blauen Ozeanen, grünem fruchtbarem Land. Die Voraussetzungen unserer Erde, den Menschen Heimat und Nahrungsspender zu sein, werden in ihrer Schönheit sichtbar. Doch beim Näherkommen entpuppt sich die Erde als von der „Schwarzen Pest" zerfressen.

Der globale Zugriff auf die Erde bis zur totalen Vernichtung wird dargestellt im Lied der „4 Apokalyptischen Reiter": Hunger, Profit, Krieg und Tod.

Der Hunger, ein grelles Gespenst, von Menschen erlitten, von Menschen gemacht, hält in seinem Klammergriff zwei Drittel der Erde umspannt. Die Satten schließen die Augen: *„Nichts sehen, nichts sagen, die Schreie nicht hören!"*

Der zweite apokalyptische Reiter, ein Sachzwang namens Profit, hat auf seinem Sturmbanner stehen: *„Die Welt wird geplündert, solange es geht."*

Der dritte Reiter, der Krieg, kommt mit all der Wucht seiner profitgierigen Zerstörungskraft. *„Da wird um die letzten Reste gerauft." „Den Bunker der Hoffnung, den gibt es nicht mehr, denn dieser Krieg gleicht keinem vorher."*

Der vierte Reiter ist die Endzeitvision von der globalen Vernichtung der Erde, das Letzte.

Wahnsinnschoral

In den Gärten des Wahnsinns
wachsen die Bäume von oben nach unten,
fließen die Flüsse zur Quelle hinauf.
In den Gärten des Wahnsinns
ist alles ganz anders.
Der Wahnsinn ist Methode —
ist logisch und vernünftig.
Vernunft — ein verdächtiges Element.

2. Teil So gut ist es uns noch nie gegangen ... sagten die Gänse kurz vor Weihnachten

oder

Wie in den Ländern der Satten die verschiedenen Menschen unterschiedlich auf Krisen reagieren.

Da gibt es das Wutlied in harter Punkmusik, das auf Arbeitslosigkeit, Schulden, Law-and-Order-Demokratie, Bullen und Opern-Kultur nur eine Antwort kennt: *„Ich brauche keine Strategie, ich habe nur noch Zorn!"* Da gibt es das wunderschön sarkastische Lied des Gurus, der das Wahre innen sucht und fordert: *„Leute kriecht in Euch hinein mit kosmischer Gelassenheit"* ... *„Klopf bei dir an und laß dich ein"* im Ashran-Weekend für 1000 Mark.

Oder das Lied der Missionsschwester, ein frisch-fröhlicher Gospelsong, für Leute, die mit ein paar Mark Spenden ihr Gewissen bezüglich der 30 Millionen jährlich verhungernden Menschen beruhigen.

In diesen Liedern ironisiert die Musik die Flucht nach innen, indem sie sich der in diesen Gruppen gebräuchlichen Formen bedient. Das Punklied dagegen wirkt wie eine kräftige, wenn auch perspektivlose Form, sich zu wehren und ist mit viel Sympathie vorgetragen.

Innenpolitik

Die Logik des Gleichgewichts des Schreckens und das Propagandamärchen des reinen Verteidigungsstaates werden im „Lied des Offiziers" vor Augen geführt. Da heißt es u.a.

**Wer den Frieden liebt, der muß rüsten,
sonst tät ihn der Feind überlisten,
da darf man sich dann nicht entrüsten
zusammen mit den Kommunisten.**



Wir sind eine reine Verteidigungsarmee

**Wir sind eine reine Verteidigungsarmee
mit einem feinen Verteidigungsschmäh:
wir üben nur den Verteidigungsakt
und verteidigen den Nato-Verteidigungspakt,
und wir sagen bei jeder Beleidigung:
»Angriff ist die beste Verteidigung!«**

Eine freie Welt, in der Waffenproduktion zur Sicherung von Arbeitsplätzen dient, eine freie Welt, die mit atombestückten Raketen beschützt werden muß — zur Verteidigung selbstverständlich!!

Und in Zeiten der Wirtschaftskrise tanzen Politiker und Unternehmer gemeinsam den Tanz der Politik der kleinen Schritte: Bescheidenheit, Gürtelenger-schnallen, sozialer Raubbau, Gesundschrumpfen ist die Devise.

3. Teil
Die Hungrigen und die Satten

Was auf der Platte im Vergleich zu Programm und Arbeitsbuch leider wegfällt, ist die Darstellung der Geschichte des Kolonialismus, das Eindringen des weißen Mannes in blühende Kulturen in Südamerika, Afrika, Indien etc., die erbarmungslose Ausbeutung dieser Länder bei gleichzeitiger Vernichtung ihrer eigenen Geschichte und Kultur, Ausbeutung der Menschen in diesen Ländern und Sklavenhandel in die USA. Dazu noch Entwicklung der Schiffahrt, Eisenbahn, Transportwege, um den Reichtum der reichen Räuber zu mehren.

Wie eine Seuche[1] wuchert die Gier der Reichen nach den Reichtümern des Planeten. Der schätzesammelnde Drache, das Monster nährt sich von den Rohstoffen und der Arbeitskraft der arm gemachten Länder der sog. Dritten



Welt, von der gewaltig gesteigerten Kraft der Maschinen und vom Elend der eigenen Länder.

Raffgier breitet sich aus bis in die entferntesten Winkel, den Pionieren folgen die Händler, die Soldaten, die Eisenbahnlinien, die Missionare. Die alten Strukturen, die alten Kulturen zerbrechen, die vergewaltigte Erde wird zähe und dürr, läßt sich nur widerwillig erpressen von Macht und Chemie; ohnmächtige Menschen haben keine Wahl, als jenen fetten Tisch jenseits des Meeres verschwenderisch zu decken mit den Früchten ihrer Not.

Nur heimlich und fein verästelt sind die Wurzeln des Widerstands

Nur heimlich und fein verästelt sind die Wurzeln des Widerstands.

Diese Geschichte und Entwicklung des Imperialismus wird zusammengefaßt im Lied „Mister Kapital", der auftritt wie der Muskel-, Sex-, Männlichkeitswahn- und Machtprotz Dr. Frankenfurter in der Rocky-Horror-Picture-Schow.

Mister Kapital

**Ich strich mir in der Bibel an:
Mach dir die Erde untertan!
So machte ich's, und zwar in allen Zonen.
Aus dem Dunkel der Geschichte
treten Sagen und Berichte
uber meine ersten Transaktionen.
Das war der i-Punkt der Idee:
die Rohstoffe aus Übersee
fuhren billig ein in die Fabriken,
und was die Maschine schluckte
kam heraus als Endprodukte,
die um teures Geld die Welt beglücken.**

**Die Kolonien mußten spuren
auf die Mono-Feld-Kulturen,
dies Land gab nur Kaffee und jenes Zucker,
so war Europas Frühstückstisch
stets gedeckt und immer frisch,
und das galt sogar für arme Schlucker.
Die Zivilisation, die vordrang,
hatte absoluten Vorrang,
wo die Doppelspur der Eisenbahn entlang eilt.
Ich bin der Vater der Proleten,
die entstanden in den Städten. —
Ohne mich hätte sich Karl Marx gelangweilt!**

**Und ich sprach zu meinem Staat:
Hör mal zu, wer hat, der hat,
beschütze mich vor meinen Konkurrenten,
mit Schutzzoll und mit Einfuhrsperren,
und schütz' mit Repetiergewehren
die Kolonien auf allen Kontinenten.**

**Wird die Konkurrenz zu groß
ja, dann ist der Teufel los,
dann muß mein Staat mir meine Kriege führen.
Dann verdien' ich noch, wenn's geht,
an dem gesamten Kriegsgerät
und an Granaten mit Lizenzgebühren.**

**Ich wuchs über mein Land hinaus,
es wurde mir zu eng zuhaus,
ich bin ein Mann von Welt und nicht von gestern.
Ich warf mich gierig auf das Öl —
Exxon, Gulf, Texaco, Shell —
ich trieb es toll mit allen sieben Schwestern.
Heut' tanzt unter meiner Führung
in vielen Ländern die Regierung
ich stecke meine Finger, fein behandschuht,
in so manches Staatsorgan,
und in jeden Rüstungsplan, und in fast alles, was man euch so antut.**

**Manchmal stellt mir wer ein Bein,
manchmal schimpft mich wer ein Schwein,
da wollen welche nicht, daß es so bleibe ...
Doch stets, wenn wer besonders schimpft,
erkläre ich: ich bin geimpft,
und was ich je auch tat, i did it my way.**

Die Auswirkungen der Weltherrschaft des Kapitals werden auch in den nächsten zwei Liedern exemplarisch vor Augen geführt: „Ketchup aus Mexiko" und „Goldner Weizen". Tomaten, gedüngt mit giftigem Organphosphat aus Deutschland zur „Verbesserung" der Ernte, die zu Ketchup verarbeitet und exportiert werden, reiche Ernten, gepflückt von hungrigen Menschen.

Noch auffälliger sind die Widersprüche beim Weizengeschäft: Die monopolartige Stellung der USA als Weizenexporteur, die — mächtiger als Raketen — zur Unterdrückung und Bestimmung der Politik ganzer Länder ausgenutzt wird. Durch Einfuhr von geschenktem Weizen wurden die Bauern z.B. in Ägypten oder Japan ruiniert. Jetzt wächst dort auf den Mono-Feld-Kulturen Baumwolle, die exportiert wird, um Geld für die Einfuhr von Weizen zu erhalten. Zusammenhänge, die auch aus dem Film „Septemberweizen" bekannt geworden sind.

**Der Wind, der durch den Weizen pfeift,
weiß, daß da mehr als Weizen reift.
Börsenkurse, Weltmarktpreise
wachsen hier und Macht und Mäuse,
hier wächst aus fetten Bodenfalten
fremder Länder Wohlverhalten,
wachsen Krieg und Hungersnot.
Goldner Weizen —
weißes Mehl —
blondes Brot.**

4. Teil
Krisen, Krieg
und Mordskrawall

4. Teil
Krisen, Krieg und Mordskrawall

Der 4. Teil bündelt die vorher aufgezeigten Widersprüche zwischen den Satten und den Hungrigen, den Industrie- und den agrarischen Ländern, die Widersprüche zwischen der Oberschicht und den Arbeitslosen und Verarmten in den Industriestaaten, die Verschärfung auf dem Weltmarkt zusammen zur Weltkriegsgefahr und zur zunehmenden inneren Faschisierung bei uns („Krisensong", „Lied des Rüstungsarbeiters", „Krähenlied").

In diesem Zusammenhang gefällt mir das „Krähenlied" besonders gut, weil es mit dem an das ach so harmonische Weihnachtsfest anklingenden Satz „Fröhliche Zwischenkriegszeit" genau unsere schizophrene Situation des Wohlstands-Wirtschaftswunder-Nachkriegsdeutschland beschreibt, unseren satten Lebensstandard auf dem Pulverfaß.

Das Krähenlied

**Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen,
eine blind, eine bleich, eine federlos:
»Der nächste Krieg in Deutschland
wird uns eine Nummer zu groß!«**

**Der nächste Krieg in Deutschland
begann schon im Frieden vorher,
als sie den ersten Stiefel machten
für's neue Militär.
Man schafft sich doch keine Soldaten an
mit Helm und Fahneneid,
nur daß die dann nicht schießen sollen ...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«**

**Den nächsten Krieg in Deutschland,
den gibt es ja schon lang,
seit im Maiaufmarsch verstummte,
der Nie-Wieder-Kriegs-Gesang.**

**Man schämt sich doch nicht für den Frieden
schon in der Nachkriegszeit,
wenn da nicht wer an Kriege denkt,
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«**

**Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen,
eine arm, eine alt, eine abgezerrt:
»Der nächste Krieg in Deutschland
wird gigantisch und unerhört!«**

**Der nächste Krieg in Deutschland
begann, als der Kanzler sprach:
»Wir rüsten zwar jetzt nicht mehr auf,
jedoch wir rüsten nach!«.
Man rüstet doch nicht um so viel Geld
mit aller Rüstigkeit,
nur daß man es dann in die Ecke stellt ...
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«**

**Zwischen zwei Kriegen krächzen drei Krähen,
eine schwach, eine schwarz, eine invalid:
»Der nächste Krieg in Deutschland
der reißt uns noch allesamt mit!«**

**Für den nächsten Krieg in Deutschland
sind Raketen stationiert,
gesteuert sind sie von anderswo,
doch in Deutschland sind sie postiert.
Man läßt doch nicht fremde bestimmen,
den Tod und die Abschußzeit,
wenn das kein Schlachtfeld werden soll:
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«**

Drei krächzende Krähen, die kämpfen

**wenn das kein Schlachtfeld werden soll:
»Fröhliche Zwischenkriegszeit!«**

Drei krächzende Krähen, die kämpfen
**sich
nach Grönland im eisigen Wind,
aber was machen all die andern,
die dageblieben sind?**

Schluß

Ja, zum Schluß nicht fehlen darf natürlich unser Widerstand gegen die Tendenzen zur Vernichtung unserer Erde.

Trotzlied

**Das Lied am Schluß, das muß von Optimismus überlaufen ...
Von solchen Schlußchorälen gibt's schon große Haufen.
Wir singen nicht noch eins dazu zum Drüberstreun,
wir brauchen unsern Atem — der wird nötig sein.**

**Es ist nötig, das Dagegenstehn,
es ist nötig und es ist auch schön.
Es ist schön, seinen Kindern in die Augen schaun zu können,
es ist schön, sich rebellisch und trotzig zu nennen,
es ist schön, nicht in den Speicher des Computers zu passen,
es ist schön, den Wahnsinn nicht geschehen zu lassen,
es ist schön, dagegen zu stehn,
es ist nötig und es ist auch schön.**

**Wir singen nicht vom strahlend hellen Morgen,
denn was da strahlen könnte, macht uns große Sorgen.
Es macht sich machtvoll die Tendenz des Todes breit,
wir stehn dagegen und wir haben nicht viel Zeit.**

**Es ist nötig, das Dagegenstehn,
es ist nötig, und es ist auch schön ...**

**Das Lied am Schluß soll allen Freunden auf die Schulter klopfen
und hoffnungsvoll der Zukunft ihre Löcher stopfen,
wir aber haben für Morgenroten nicht mehr sehr viel Zeit,
denn morgen kann's noch dunkler sein, dunkler sein als heut'.
Wir dürfen uns vor Angst nicht gehen lassen
und den Wahnsinn nicht geschehen lassen.
Der Widerstand muß wachsen, eh unsre Zeit verrinnt,
weil ja auch wir Tendenz — Tendenz des Lebens sind.**

**Es ist nötig, das Dagegenstehn,
es ist nötig und es ist auch schön.
Es ist schön, Sand im Getriebe der Vernichtung zu sein
es ist schön, den Kampf gegen protzende Macht nicht zu scheun
es ist schön, die Verkünder des Hasses zu hassen,
es ist schön, den Wahnsinn nicht geschehen zu lassen.**

Schlußbetrachtung

Wer hätte nicht angesichts der Zahlen der hier und anderswo angehäuften Waffen, des gelagerten Vernichtungspotentials, angesichts der Kriegsdrohungen und der stattfindenden Kriege im Libanon, auf den Malwinen, etc. apokalyptische Visionen, Vorstellungen vom Weltuntergang, von der totalen, globalen Vernichtung unserer Erde und der Vernichtung jeglichen Lebens? Wer könnte sich der lähmenden Angst entziehen, die diese Vorstellungen aus-
gen vom Weltuntergang, von der totalen, globalen Vernichtung unserer Erde und der Vernichtung jeglichen Lebens? Wer könnte sich der lähmenden Angst entziehen, die diese Vorstellungen aus-
lösen?

Mir gefällt an dieser Platte, daß sie die apokalyptischen Visionen aufgreift, die Irrationalität, den Wahnsinn und die Tödlichkeit dieses Systems darstellt. Aber eben dabei nicht stehenbleibt, sondern den Versuch unternimmt, in kurzen Umrissen das Entstehen und die Wirkungsweise des Imperialismus an der Macht zu schildern: eine Macht, aus der die Kriegsgefahr zwangsweise erwächst. Die Widersprüche, die empörende Ungleichheit zwischen den Hungrigen und den Satten, den verarmten Ländern und den reichen Räubern, zwischen den Machthabern und den Beherrschten werden tiefer, anrührender gefaßt als es in einer theoretischen Abhandlung möglich wäre. Diese Platte geht einem an die Nieren und schlägt auf den Magen.

Mir gefällt auch, daß auf dieser Platte unsere Möglichkeiten und Chancen, den nächsten Weltkrieg zu verhindern, nicht verschönt werden. Die letzten Illusionen bezüglich eines Lebens und Überlebens im kapitalistischen System werden hier gründlich zerstört, „den Bunker der Hoffnung, den gibt es nicht mehr" und „Fünf vor Zwölf schlägt die Bahnhofsuhr". Und dennoch ist trotzig das Totzlied an den Schluß geklatscht und ich finde, so paßt es!

**„Wir dürfen uns vor Angst nicht gehen lassen
und den Wahnsinn nicht geschehen lassen.
Der Widerstand muß wachsen, eh unsre Zeit verrinnt."**

Und diese Produktion ist ein Beitrag dazu, den Widerstand wachsen zu lassen und die Angst in unsere Hände zu nehmen und produktiv werden zu lassen.

H., Tübingen

»Hungrige noren nur auf die, die ein Stück Brot haben.«

Ehemaliger US-Landwirtschaftsminister Earl Butz, 1974

»Japanische Schulkinder, die in USA gespendeten Schulspeisungsprogrammen Milch und Brot schätzen gelernt haben, halfen seither mit, daß Japan unser bester Dollarzahler für Landwirtschaftsprodukte wurde. Die Menschen, denen wir heute helfen, werden morgen unsere beste Kundschaft sein ...«

Hubert Humphrey

»Die Sattgefressenen sprechen zu den Hungernden von den großen Zeiten, die kommen werden.«

Brecht

1) Das folgende sind Zitate aus dem Lied „Wie eine Seuche", Arbeitsbuch S. 51 ff.
Schmetterlinge. Die letzte Welt. Das Arbeitsbuch. Wien 1981.



Zum neunten Jahrestag des Putsches in Chile kommt ein neuer Film darüber in die Kinos: VERMISST (,,Missing''). Er trägt gleich drei Vorschußlorbeeren vor sich her: Costa Gavras hat ihn gedreht. Ronald Reagan hat gegen ihn protestiert. Die Festspiele von Cannes haben ihn prämiert.

Kein Spielfilm

Wie schon bei seinen Meisterwerken ,,Z'' und ,,Der unsichtbare Aufstand'' beruht Gavras Drehbuch wieder auf einer wahren Geschichte: 1972 ließ sich der junge New Yorker Charles Edmund Horman zusammen mit seiner Frau auf einem Südamerika-Trip in Santiago de Chile nieder. Horman ,,verschwand'' während des Militärputsches im September 1973. Seine Frau macht sich nun zusammen mit dem Vater Hormans, einem arrivierten New Yorker Industriellen, auf die Suche nach Charles Edmund. Mr. Horman verlangt von der US-Botschaft in Chile Unterstützung bei seinen Recherchen. Hinter der Maske scheinbarer Hilfsbereitschaft entdeckt Mr. Horman allmählich die blutige Fratze der neuen Diktatur und die ausgezeichneten Beziehungen der USA zu den Gorillas. Als er die Mitverantwortung der US-Diplomaten an der Ermordung seines Sohnes nachweisen kann, wird Horman endlich auch von offizieller Seite über die ,,versehentliche'' Liquidierung von Charles Edmund unterrichtet.

nes Sohnes nachweisen kann, wird Horman endlich auch von offizieller Seite über die ,,versehentliche'' Liquidierung von Charles Edmund unterrichtet.

Ein toller Spielfilm

Costa Gavras kleidet diese Story nicht nur in einen spannenden Polit-Krimi. Jack Lemmon in der Rolle des Vater Horman macht daraus auch noch eine überzeugende Darstellung (und Demontage) spießbürgerlicher Weltbilder. Der Alte kommt in Santiago an voller Vertrauen uf die amerikanische Rechtschaffenheit im allgemeinen und seine guten gesellschaftlichen Verbindungen im besonderen. Für seinen mißratenen Sohn hat er nur Geringschätzung übrig: ,,Was hat er eigentlich ausgefressen?'' — ,,Wäre er da geblieben, wo er hingehört, wäre das nicht passiert''.

Als ,,christlicher Wissenschaftler'' spult er alle dummen Sprüche über Politik, Moral und ,,die Jugend'' ab, die wir nur allzugut selber kennen. Doch gleichzeitig hat er — ebenfalls als überzeugter Christ — zwei Eigenschaften, die ihn für die Militärs gefährlich werden lassen: Erstens liebt er seinen Sohn. Und zweitens liebt er die Wahrheit.

Daß er von den US-Diplomaten hingehalten und verschaukelt wird, ist ihm bald klar. Er versucht das zunächst unpolitisch zu lösen: ,,Ich will nur meinen Sohn zurück, alles andere ist mir egal''. Als er bei diesem Versuch ebenfalls auf Granit beißt und vor allem immer mehr die chilenischen Realitäten zu Gesicht bekommt, wird er wütend. Er will seine Rechte als Amerikaner einklagen. Das Problem ist nur: Die amerikanische Botschaft will genau das nicht. Die Kooperation mit der Gorilla-Diktatur ist ihr wichtiger.

Wie bei ,,Z'' (in der Person des Untersuchungsrichters) wird das ganze Ausmaß der Schweinerei von einer Person aufgedeckt, die im Prinzip völlig systemkonform ist und außer der Wahrheitsliebe keine aufrührerischen Tugenden besitzt.

Ein bedrückender Film

Selten habe ich besser nachvollziehen können, was Terror und Faschismus heißt. In Rückblenden zeigt Costa Gavras den Einbruch der Gorillas in das Alltagsleben der Menschen. Dabei geht es ihm nicht um die chilenische Bevölkerung, sondern um die Erlebnisse amerikanischer Bürger in Chile. Es sind Leute zwischen 20 und 30, aufgewachsen in und geprägt durch die konfliktarmen Verhältnisse in den Metropolen zur Zeit der Prosperität. Unterdrückung und Gewalt kennen sie nur aus Büchern, das Leben bestand für sie bislang aus Wohngemeinschaften, politischer Aktivität und schönen Urlaubserlebnissen. Kurz: Menschen wie Du und ich, charakterlich vergleichbar, politisch noch harmloser. Allerdings nicht harmlos genug: Sie schreiben für eine liberale Zeitung. Grund genug, sie nach dem 11. September 1973 festzunehmen. Durch ihre Augen erlebt man Massenverhaftungen, Panzer, Straßensperren, das Folter-Stadion in Santiago. Ihre Illusion in die Friedfertigkeit des Imperialismus hält bis zum bitteren Ende: Als einer von Hormans Freunden aus der Gefängniszelle zur Exekution abgeführt wird, macht er lockere Sprüche: Er denkt, jetzt wird er freigelassen, da er ja schließlich amerikanischer Staatsbürger ist ...

Ein revolutionärer Film

Eigentlich ja nicht. Die Kritik am Putsch läuft über die Perspektive von Vater Horman, und der ist moralisch und humanitär empört, mehr zunächst nicht. Über die wirtschaftlichen Hintergründe der Ereignisse, über den Imperialismus, werden nur Andeutungen gemacht. Der bewaffnete Widerstand gegen die Diktatur taucht nur als Staffage auf.

Und doch: Der Film wird gedreht in einer Zeit, in der die USA in ihrem Hinterhof wieder Interventionen planen. Der Film stellt klar, daß die USA das schon einmal in Chile getan haben. Der Film transportiert dies über Charaktere, mit denen sich auch recht unpolitische Leute identifizieren können: Der ehrliche Geschäftsmann, der an Gesetz, Wahrheit und Christentum glaubt. Und der Jugendliche, der einfach nur die Freiheit liebt. Kein Wunder, daß VERMISST in den USA ein Publikumsschlager ist. Politik, die wirklich M a s s e n und nicht nur Eliten mitreißen will, mujß die Leute dort abholen, wo sie stehen. Ob das ein Film, ein Flugblatt oder eine Kampagne ist.

Freilich gibt es da ein Problem: Bei der Agitation gegen Faschismus und Kriegsgefahr an dem Bewußtseinsstand (humanitär, reformistisch) der Menschen anzusetzen, aber nicht dabei stehenzubleiben.

Costa Gavras kriegt diese Kurve. In ,,Z'' zerschlägt am Schluß der Militärputsch die Illusion, daß ein mutiger Anwalt mittels der Gesetze ein faschistisches Komplott entlarven und anschließend die Linke im Parlament eine Wende einleiten könnte. In VERMISST verklagt Vater Horman am Schluß die gesamte US-Diplomatie inklusive Henry Kissinger wegen Mittäterschaft an der Ermordung seines Sohnes. Sein Argument: Chile ist eine Diktatur und eine Schweinerei. Aber in den USA haben wir unsere Gesetze. Doch auch hier scheitert reformistische Gutgläubigkeit: Horman verliert den Prozeß und muß ungeheure Prozeßkosten bezahlen. Wenn es an das Eingemachte geht, zählen eben demokratische Spielregeln nicht mehr. Bis eines Tages die Panzer rollen ...

Jürgen

Leserbrief

Und wir tanzten bis zum Ende

(K)ein Beitrag zur NDW-Diskussion

Kinjeh sagte: ,,Gegen schlechte Kunst losziehen und bessere verlangen oder den Geschmack des Volkes schmähen, was soll das nützen? Stattdessen sollte man fragen: Warum braucht das Volk Rauschgift?'' (B. Brecht ,,Über schlechte Kunst'' aus: ,,Meti — Buch der Wendungen''/Suhrkamp S. 90).

Seit einigen AK's läuft eine Diskussion zur NDW — eine Diskussion, die unseres Erachtens dem Thema keineswegs gerecht wird. An tj.'s unkritischem Abdruck des ,,Tanz den Mussolini'' von DAF entzündete sich eine Debatte, die verkürzt nur noch eines beinhaltet: NDW — fortschrittlich oder reaktionär? Die einen führen Slime an (fortschrittlich), die anderen DAF (reaktionär). Auf diesem Niveau können wir jahrelang weiterdiskutieren, ohne auch nur einen Schritt weiterzukommen. Wer wäre heute so vermessen und würde die gute alte Rockmusik ausschließlich auf dieser Ebene abhandeln?

Was uns trotz der neugegründeten Kulturkommission fehlt, ist ein Konzept, mit dem wir an Musik, oder Kunst allgemein, herangehen.

Dazu einige Gedanken und Thesen: Was bisher in der Debatte fast vollständig fehlt, ist die Analyse des gesellschaftlichen Hintergrundes. Nicht die Tatsache, daß eine Musikrichtung existiert, ist interessant, sondern der Masseneinfluß, den lese Musik hat. Gerade das gilt es zu untersuchen, um herauszufinden, was NDW ist, welche Funk-

stiert, ist interessant, sondern der Masseneinfluß, den lese Musik hat. Gerade das gilt es zu untersuchen, um herauszufinden, was NDW ist, welche Funk-

tion sie hat.

Um dies genauer aufzuzeigen, zuerst etwas zur Entstehung der NDW: Der aus der bewußten Verzweiflung und Perspektivlosigkeit entstandene Punk erlebte — wie viele Musikrichtungen — eine experimentelle Phase (höre Clash: ,,London calling'' und ,,Sandinistas'').

Einzelne Musiker versuchten, stilistische Elemente aus anderen Musikrichtungen einzubringen. Ein Ergebnis davon war die Übernahme von Disco-Elementen zur satirischen Textuntermalung (h. Fehlfarben). Dies ergänzte sich durch Versatzstücke aus Schlagertexten ebenfalls als Mittel der Ironie. Der Erfolg: Die Musik wurde (teilweise unabhängig vom Text) für einen größeren Kreis von Jugendlichen zugänglich. (Gebrauchsanweisung: Gehe in eine 08/15-Disco und höre laut dröhnend ,,Es geht voran'' von Fehlfarben).

Erfolg, unter anderem, dieser Gruppe brachten die Platteindustrie endgültig auf den Geschmack. Die letzten kritischen Ansätze wurden verdrängt, die unpolitische Neue Deutsche Schlagermusik (dies ist eigentlich, was wir unter NDW verstehen), entstand (h. UKW, Falko ...). Die Verkaufszahlen schnellten in die 100.000e.

Und genau hier wird es interessant: Eben genau das unpolitische — der großen Masse der NDW — und nicht die wenigen fortschrittlichen oder reaktionären Lieder ist das Charakteristische dieser Musik. Genau dies unpolitisch Betäubende ist das wirklich Politische an der NDW.

Die bewußte Perspektivlosigkeit der Punkbewegung setzt sich als unbewußte Perspektivlosigkeit in der NDW und deren Hörerkreis fort. Die sozialen Mißstände, die zum Punk führten, werden beim dumpfen Rhythmus der NDW mit im Neonlicht schwingenden Körpern verdrängt, der Geist betäubt. Und genau hier gilt es anzusetzen.

U. und rei aus Baden-Baden

Gemeinsame Presse-Erklärung zu

Gemeinsame Presse-Erklärung zu »Mein heimliches Auge«

Im Konkursbuch-Verlag, Tübingen, erschien im Juli 1982 das Buch ,,Mein heimliches Auge'', herausgegeben von Claudia Gehrke und Uve Schmid. Auch wir haben zu diesem Buch Beiträge geliefert, auf der Grundlage des ursprünglichen Buchkonzepts. Als wir jedoch das fertige Produkt in die Hände bekamen, haben wir die Abdruck-Erlaubnis unserer Beiträge für jede weitere Auflage des Buches zurückgezogen, denn in diesem Kontext möchten wir uns nicht weiter gedruckt sehen. Wir bitten darum, diese gemeinsame Presseerklärung mit unseren beiden Begründungen vollständig und ungekürzt abzudrucken. Kritiker, Buchhändler, Buchvertriebe, beteiligte Autor(inn)en und Leser(innen) fordern wir auf, sich in die Diskussion über die Inhalte dieses ,,Werkes'' einzumischen und sich öffentlich dazu zu äußern.

Hamburg, den 16. August 1982
Svende Merian
Norbert Ney

Svende Merian
Das Konzept des Buches gefiel mir, als ich zur Mitarbeit eingeladen wurde. Jeder sollte seine erotischen Lieblingsbilder einschicken und im Text dazu begründen, warum das seine erotischen Lieblingsbilder sind. Daß mir das Buch nun überhaupt nicht gefällt, liegt vor allem daran, daß sich die meisten Autoren, einschließlich der Herausgeber, nicht an dieses Konzept gehalten haben.

Als erstes Beispiel möchte ich den Beitrag von Uve Schmid nennen, der zu den Herausgebern des Buches gehört. Frauenärsche strecken sich mir wie in schlechtesten Pornoheften entgegen und im nebenstehenden Text erfahre ich, daß George Simenon sich *,,unentwegt während der Arbeit im Haus über Dienstmädchen und Sekretärinnen hermachte — brüsk, stumm und am liebsten von hinten''.*

Ich erfahre auch noch, daß Uve Schmid dieses Zitat dem ,,Spiegel'' entnommen hat. Was ich nicht erfahre, ist, warum der Herausgeber diese schlechten Pornos als seine erotischen Lieblingsbilder ausgewählt hat. Kann ich also nur zwischen den Zeilen vermuten, daß Uve Schmid sich ebenfalls gerne über Dienstmädchen und Sekretärinnen hermachen würde — brüsk, stumm und am liebsten von hinten.

Da ist Simon Traston schon ehrlicher: *,,Ich wußte, dieser hingestreckte Arsch, gekoppelt mit klaffender Votze, ist die reinste Form des Nurgeficktwerdenwollens, das äußerst weibliche Element''* — und: ,, ... *ihre Stellung war die verkörperte Willenlosigkeit, absolute Hinnahme, grenzenloses Aufgetansein, nur Fleisch, nur Votze, nur Loch. Ich fühlte, das Sichhinknien des Weibes zum Empfang des Schwanzes ist die Demut des Nichts vor der Kraft ...''.*

Im Textbeitrag von Gerd Wolter finde ich drei Fotos. Als ich zu Gerd am Telefon sage, daß ich die beiden letzten am schönsten finde, sagt Gerd mir, die habe er gar nicht eingeschickt, die seien einfach in seinem Text gelandet. Ich bin froh, daß der Herausgeber Uve Schmid nicht meinen Textbeitrag zusätzlich illustriert hat!

Sam Wood bereichert die Debatte mit rasierten, tätowierten Genitalien, fotografiert wie auf dem Operationstisch. (Erotische Lieblingsbilder ...?). Im Text erfahre ich, daß Sam Wood sich einer eigenen Stellungnahme, ob er das schön findet, lieber enthalten möchte. Was das mit dem Buchkonzept zu tun hat, erfahre ich nicht.

Zum Konzept des Buches gehörte ebenfalls, Männer und Frauen zu Wort kommen zu lassen. Ob es dann als gelungen zu bezeichnen ist, wenn von den 55 Beiträgen ganze 16 von Frauen kommen?

Es gibt auch Beiträge von Paaren. Einer davon ist von Simone Eigen und Wulf Goebel. Die Fotos scheinen Pornoheften älteren Datums entnommen. Im Text von Simone und Wulf heißt es: ,, ... *während eines Sommergewitters habe ich dann im zerbombten Pförtnerhäuschen ... für zehn gebrauchte Grammophonnadeln zum ersten Mal einen richtigen Mädchenschlitz gesehen ... Die ersten Punzen, die ich selber zeichnete, waren auf die Spitze gestellte stachelige Romben mit einem senkrechten Strich durch und einem runden Punkt in der Mitte ...''.*

Ich lese den Text zweimal, ich lese ihn dreimal, viermal, suche verzweifelt nach einem Satz, in dem Simone zu Wort kommt, denn als Überschrift stehen da die Verfasser-Namen: Simone Eigen und Wulf Goebel. Ich suche vergeblich.

Ernest Bornemann, der ein Vorwort für das Buch zugesagt hat, zog diese Zusage mit folgender Begründung zurück: ,, ... *Die Mehrzahl dieser Beiträge bezeugt entweder in Wort oder Bild derart geringe Achtung für das eigene oder das andere Geschlecht ..., daß ich in ihnen ein totales Scheitern der sexuellen Revolution sehe''.*

Dem möchte ich nichts mehr hinzufügen.

Svende Merian

Forts. von voriger Seite

Presseerklärung
»Mein heimliches Auge«

,, ... die Mehrzahl dieser Beiträge bezeugt entweder in Wort oder Bild derart geringe Achtung für das eigene oder das andere Geschlecht und derartige Neigung zur Unterordnung oder Demütigung des eigenen oder anderen Geschlechts, daß ich in ihnen ein totales Scheitern der sexuellen Revolution sehe ...''

Ernest Bornemann an die Herausgeber Claudia Gehrke und Uve Schmidt

Mit diesen Worten lehnte Bornemann es ab, zu dem geplanten Buch ,,Mein heimliches Auge'' ein Nachwort zu schreiben, ,,*nachdem er die ersten schlechten Fotokopien einiger Bilder und Texte erhalten hatte*'', merkt Claudia Gehrke sauer an und behauptet, ,,*daß diese Beschreibung so kaum auf unser Buch insgesamt zutrifft*''. Ein starkes Stück, wenn man sich das ,,Werk'' nun vollständig vor Augen führt und einmal davon absieht, daß es hier und da Beiträge gibt, die auf Bornemanns Beschreibung tatsächlich nicht zutreffen; aber die sind rar, bei immerhin 210 Seiten! Mich hat das Projekt gereizt, zumal ich an der Frage, was für mich e r o t i s c h ist, was nicht, seit langem arbeite. Einige Serien von Collagen und Fotomontagen belegen das, sind beispielsweise in Büchern veröffentlicht. Beim erstmaligen Aufschlagen es Buches fühlte ich mich wie vom Blitz getroffen: Was mir da an billigem Porno, gewalttätigem Sex und unansehnlicher Hardware entgegenschlug, ließ mich blaß werden. Aufs Rammeln, Bumsen, Zustoßen reduzierte männliche Geschlechtsteile, Frauenarzt-,,Erotik'', erniedrigte, benutzte Frauentorsi, zerhackt in Öffnungen, Ärsche, Brüste, Schamhaare! Kalte Reduktionen, vergewaltigende und vergewaltigte Objekte — aber keine M e n s c h e n, denen Sinnlichkeit, Lust, Verspieltheit anzusehen sind, all das, was i c h unter Erotik verstehe! In meinem eigenen Beitrag schrieb ich nicht ohne Grund (S. 106 - 110): ,,*Mein privates Auge wird jeden Tag zugeschüttet ... zugeschüttet von Hochglanz-Tittenbildern, aufklappbaren Vierfarb-Schönen und aufpolierten Gegenlichtpopos. Aber ob Normallicht oder Gegenlicht: erotisch unterbelichtet sind sie für mich alle ... Wenn ich mir diese immerwiederkehrenden drei oder vier Stellungen betrachte, weiß ich auch wieder, woher in der Männersprache Worte wie Titte, Möse, Schwanz, Rammeln, Bumsen, Packen kommen. Wie soll — bei d i e s e r Bilderwelt im Kopf — eine erotische Sprache zustande kommen? Aufgerissene Schenkel, die wie schreckgeweitete, leere Augenhöhlen aussehen, krampfhaft verdrehte Hüften wie im Schmerz. Eingezogene Bauchansätze, als werde jede Frau ausgemustert, die nichts ins Schlankheitsraster paßt, — die dramatischte Form des ästhetischen Existenzkampfes. Ruckhaft aufgerissene Münder, wie unter Folter — wenn diese Körperhülsen überhaupt einen Kopf behalten durften. ,Geköpfte' Frauen sind nicht selten. Schmusebilder, die's mir warm und weich zumute werden lassen könnten, habe ich bisher gefunden wie Stecknadeln im Heuhaufen ...*''. Sicher — in diesem Buch finden sich einige dieser ,,Schmusebilder'', doch ansonsten liest sich mein Textbeitrag wie eine Vorab-Rezension zu eben diesem Buch!

Abgesehen davon, daß ich den Großteil der Beiträge als billigen Schund aus der niedersten Pornoschublade empfinde, gibt es Beiträge, die ich als geradezu ekelerregend und gewalttätig aufnehmen muß. Und das hat mit ästhetischen Geschmacksfragen nichts zu tun, sondern mit der Haltung, die männliche (und weibliche) Beiträger hier dokumentieren. Ich bin schockiert und erschrocken über dieses Konglomerat entwürdigender, erotikfeindlicher Bilder und Texte, die meinen Vorstellungen von E r o t i k diametral entgegengesetzt sind. Ich finde es deshalb angebracht, mich vom Umfeld, in dem mein eigener Beitrag erschien, öffentlich zu distanzieren und mich dem Urteil Bornemanns hiermit anzuschließen. Diese Bilder machen keinen ,,Appetit'', sie sind für mich schlichtweg zum K o t z e n . Ich hoffe nur, daß aus dieser Diskussion endlich wirklich erotische Bücher entstehen. Nach dieser ,,Lektüre'', meine ich, haben wir sie bitter nötig!

Norbert Ney
16.8.82

Aus dem Land der unbegrenzten Tödlichkeiten

Zur Einstimmung: frische, junge Schwesternhelferinnen und blonde, starke und natürlich junge Männer in feldgrauer Uniform mit weißem Wehrmachtshelm auf der Leinwand: ,,*Auch beim Katastrophenschutz gibt es für die freiwilligen Helfer der Johanniter Unfallhilfe viel zu tun*''. Ein paar Sekunden später, nachdem die Leichen geborgen sind, die ,,ganze-Abteilung-aufsitzen!'' Platz genommen hat: Lagerfeuer, Flamme empor, Klampfe raus und losgesungen: ,,*Am schönsten sind die gemütlichen Stunden danach*''. Na dann nichts wie rein in die Katastrophe ... Den Werbefilm der Johanniter (,,*Der schönste Lohn ist ein dankbarer Blick*'') findet das Kinopublikum einigermaßen langweilig. Nicht das ,,d a n a c h'', sondern die Katastrophe selbst interessiert, und weil in der freien Marktwirtschaft der Wunsch der Zuschauer Befehl für die Produzenten der Filmgiganten ist, haben sich gleich zwei darum bemüht, den nächsten großen Kriegsfall in Sex, Blut und Farbe zu verpacken und in 4-Kanal-Dolby-Stereo über die Leinwand dröhnen zu lassen.

... gegen den Rest der Welt/Megaforce

,,*Mit Raketenautos, Laser und fliegenden Motorrädern gegen den Rest der Welt*'', wird in Zeitungen und auf grausig-bunten Plakaten für Hal Needhams Schinken ,,Megaforce'' geworben. In einem in ,,Apropos Film'' am 12. Juli im ZDF gesendeten Interview macht Hal Needham, der Regisseur des Films, deutlich, worum es ihm tatsächlich geht: ,,**Wir brauchen sowas, was ich in meinem Film zeige. Wir sind wieder reif für einen Sieg, wir sind zu viel und zu schlimm getreten worden.**'' Die Pose zum Ton: mit Sonnenbrille vor strahlend blauem Himmel auf einer Klippe, hinten tost das Meer. So werden Feldherren gemalt und seien es solche, die Medienschlachten schlagen. Aber auch darin ist Hal Needham nur eine eher kleine Nummer: plump, grob — aber mit dem Blick nach vorn (und Birne Kohl deshalb immer etwas voraus ...). Die Story von ,,Megaforce'' belegt das überzeugend: es gibt nämlich keine. Zumindest keine, die es schafft, am Anfang zu beginnen und mit dem Ende aufzuhören. Es beginnt mittendrin und hört erst zehn Minuten nach Schluß auf. Hier aber die Story komplett: Ein Land in der Wüste wird regelmäßig von bösen Guerilleros überfallen, die sich nach jeder Attacke unter Führung ihres Chefs Guerera (! — Vollbart, Zigarre, durchtriebener Blick) ins Nachbarland zurückziehen. Ausgerüstet sind sie mit M 48 Panzern, aber das liegt nur daran, daß die Sowjetarmee nicht bereit war, Hal Needham T 72 Tanks auszuleihen, denn daß die Guerilleros von den Roten unterstützt werden, ist sonnenklar. ,,*Laß mich halten Rede über Sozialismus vor Angriff. Das ist gutt für Revolution*'', schwadroniert ein ,,russischer'' Offizier da in bestem Ausländisch (Türken, Russen, Behinderte) vor der Kamera den bärtigen Marodeuren einen vor. Das von solchen Barbaren geplagte kleine Land schickt einen General und die als Majorin in der Armee dienende Tochter des Präsidenten (lange Beine, voller Busen, schwülstige Lippen) in die USA, um dort Unterstützung von der ,,Megaforce'', einer kleinen internationalen ,,Eingreiftruppe der freien Staaten'' zu holen, in der neben Amis auch noch Mexicaner, Australier, Neuseeländer etc. dienen.

Originalton Needham:,, *Wir* (und damit meint er die real existierenden imperialistischen Staaten, Anm. F.) *brauchen eine hochtechnisierte Kampftruppe, die überall einsetzbar ist, wo die Demokratie gefährdet wird. Und genau das werden die Zuschauer begriffen haben, wenn sie aus meinem Film gehen, und genau das werden sie dann auch wollen.*''

Hochtechnisiert: die ,,Megaforce'' hat neben fliegenden Motorrädern, Raketenautos und Lasern (tja Friedensbewegung, das Atom ist out!) auch noch die modernsten sowjetischen Waffen im Bunker. Kostprobe: ,,*Oh, da steht ja die MIG 30, die bauen die Russen doch noch gar nicht!*'' — ,,*Tja, Madam, aber wir haben die Pläne schon seit langem.*''

Wie das Drehbuch so spielt, verlieben sich der Commander der ,,Megaforce'' (blond, groß, langer Pimmel?) und die Tochter des Präsidenten, die außerdem zeigt, wie toll auch Frauen killen können: ,,*Bei mir zu Hause sind alle Frauen gleichberechtigt.*'' Merke: Nicht alle Frauen sind blöd und gehören an den Herd, nur die meisten.

Als nächstes steht die große Schlacht auf der Tagesordnung. Nachts überfällt ,,Megaforce'' die Guerilleros an deren Standort (früher nannte mensch das Angriffskrieg), metzelt dank technologischer Überlegenheit alle, bis auf den Chef Guerera und seinen sowjetischen Berater, nieder. Ersterer, der nur für schnöden Mammon kämpft, fliegt erstmal, seinen Freund aus früheren Tagen, den Commander der ,,Megaforce'', zu besuchen, letzterer holt eine zweite Guerilla-Division zu Hilfe. Während die ,,Megaforce'' auftankt, um den Bösen endgültig den Garaus zu machen, spinnen die Politiker rum und entscheiden sich gegen den großen Krieg. Dadurch lassen sie unsere Helden in der Ferne im Stich. Die sind aber so raffiniert, den Waffenstillstand nicht einzuhalten (Sharon?!) und die zweite Guerilla-Division zu vernichten. Der Commander heiratet die Tochter des Präsidenten. Ende.

,,*Die US-Regierung*'', verkündet Needham stolz im bereits erwähnten Interview, ,,*hat zu den Dreharbeiten ein Team der US-Army abgestellt, die sich anschauen sollten, was wir an neuen Waffen und Strategien entwickelt haben. Was wir zeigen, sind also zwar Zukunftswaffen, aber weit entfernt ist diese Zukunft für uns nicht mehr.*''



Stolz und Totschlag

Anlaß für Needhams Gewalt- und Kriegsphantasien, die in den Kinos vermutlich Rekordbesucherzahlen verzeichnen werden, war die Irankrise, die der Hollywoodregisseur ganz anders gelöst hätte: ,,*Wäre ich in der Zeit US-Präsident gewesen* (und die USA sind bekanntermaßen ja das Land der unbegrenzten Möglichkeiten für Hollywood-Stars aus der zweiten Reihe, F.), *hätte ich eine B-52 Bomberstaffel mit mehreren Megatonnen Bomben losgeschickt und gesagt: entweder kommen unsere Leute sofort frei, oder ich jage die ganze Stadt in die Luft. Und das hätte ich auch gemacht, selbst wenn unsere Leute dabei auch draufgegangen wären. Aber nach meinem System hätte ich die da rausgekriegt.*''

Die Irankrise war auch Anlaß für den zweiten, sehr viel raffinierteren Kriegsfilm, der derzeit in den Kinos anläuft: ,,*Sie sind Spezialisten. Keiner kennt ihre Namen. Keiner kennt ihren Auftrag. Keinem sind sie verantwortlich. Ihre Nr. 1: Code Name Der Söldner.*''

Am Anfang steht brutaler Mord: Eine Gruppe von vier mutmaßlichen KGB-Agenten, die anscheinend vor dem Weißen Haus einer Staatskarosse auflauern, werden aus dem Hinterhalt von einem fünfköpfigen Todeskommando (ein Engländer, ein Franzose, ein Schwarzer, zwei weiße Amis) zusammengeschossen, in einen Wagen gepackt und irgendwo verscharrt. Gerechtfertigt werden die ,,Todesschüsse in putativer Notwehr'' eine Stunde später: die KGB-Agenten hätten an dem Tag bereits drei Kinder umgelegt ...

Gegründet wurde die direkt dem CIA-Chef unterstehende Söldnertruppe nach der Irankrise. Ihre neue Aufgabe ist freilich ungleich diffiziler: KGB-Agenten (die es in den USA bekanntlich wie Sand unter dem Pflaster gibt ...) haben einen Plutoniumtransport überfallen, eine Stange Plutonium geklaut und über Kanada nach Saudi-Arabien gebracht, wo sie auf den Ölfeldern von Ghawar eine Bombe damit gebaut haben, die in 96 Stunden detonieren soll, wenn die Israelis sich nicht ruckzuck von den Westbanks zurückziehen. Das tun die natürlich nicht, und die eher dummen US-Politiker planen nun einen Angriff gegen Israel. ,,*Wenn nämlich*'', so der Präsident, ,,*die Ölfelder von Ghawar in die Luft fliegen, sind 50 % der Ölreserven der freien Welt zerstört und in das dadurch entstehende Chaos hinein stoßen die Sowjets mit ihrer Armee und unterjochen Westeuropa.*'' An diesem Punkt hakt sich das Geheimkommando ein, nimmt Kontakt mit dem israelischen Geheimdienst Mossad auf und beginnt ein gefährliches Spiel, das von niemandem mehr kontrolliert werden kann, weil der CIA-Chef gerade von einem KGB-Mann in die Luft gesprengt wurde. Die ,,Söldner''-Truppe hat seit den letzten Amtstagen Nixons einen Zugang zum Strategic Air Command und damit zu den Nuklearwaffen der USA. Originalton Film: ,,*Nixon hat in seinen letzten Amtstagen einen Atomschlag auslösen wollen und wir vom CIA haben gedacht, der ist verrückt. Damit sowas nicht nochmal passiert, haben wir uns dann die Möglichkeit verschafft, selbst Zugang zu den Atombomben zu bekommen.*'' Das Aircommand wird nun von drei Söldnern heimgesucht und eine auf Moskau gerichtete Atombombe wird in Bereitschaft gebracht. Unterdessen hat der ,,Söldner'' zusammen mit der Mossad-Chefin (wieder die einzige Frau im Film: schön, schlank, braune Augen) 1. eine Nacht im Bett verbracht und 2. im Porsche die Berliner Mauer durchbrochen, um in Ostberlin den KGB-Chef zu besuchen. Dialog: ,,*Wenn Ihr die Bombe auf den Ghawar-Ölfeldern zündet, lasse ich Moskau hochgehen*'' — ,,*Das ist doch nicht Ihr Ernst*'' (Lachen). — ,,*Wenn Sie meinen, bitte*'' (Lachen). Der KGB-Chef erbleicht, rennt zum Funkgerät, die Plutoniumbombe wird entschärft, die auf Moskau gerichtete Bombe fährt zurück. Ende. Die Abschreckung hat wieder funktioniert ...

Glickenhaus' Film ist im Gegensatz zu ,,Megaforce'' spannend und gut gemacht. Viel action, ganz passable Schauspielerleistungen und ein ziemlich ins Detail gehender (Schein-)Realismus (bis hin zur Rassendiskriminierung in einer Südstaaten-Bar). Dadurch läßt sich die Ideologie von Krieg mit Abenteuer für die Freiheit auch wesentlich wahrscheinlicher vermitteln, als durch die geballte Gewalt in ,,Megaforce'', die sich wesentlich durch ihren Technik-Fetischismus auszeichnet.

Auffällig ist, daß sowohl bei ,,Megaforce'' als auch in ,,Der Söldner'' international zusammengestellte Eingreiftruppen (die allerdings eher in der Art von Todesschwadronen oder GSG 9, als in der Art einer Rapid Deployment Force aufgebaut sind) ziemlich beliebig in der Welt herumkutschieren, um dort ihre Schlachten zu schlagen, Leute abzuknallen und so für die Freiheit zu sorgen. Die Politiker in beiden Filmen sind entweder hilflos, kommen mit ihren selbstfabrizierten Problemen überhaupt nicht zu Rande und überlassen die Initiativen ihren nice guys vom Geheimdienst, oder sie verhindern (wie in ,,Megaforce'') einen erfolgreichen Abschluß der Aktion. Den Zuschauern wird klar, daß am meisten Verlaß auf die (US-)Militärs ist. Der Feind steht auf jeden Fall im Osten, ist entweder völlig blöde wie Luis de Funes oder zynisch-brutal. Die Großmacht Sowjetunion hat ihre Finger überall drin; in ,,Der Söldner'' zeichnet der KGB sogar lückenlos alle Gespräche, die im Weißen Haus geführt werden, auf. Trotzdem gelingt es der Freien Welt aufgrund einzelner überlegener Helden, die wissen, wo's lang geht, immer wieder, den Feind zu besiegen. Dieser Sieg wird um jeden Preis erkämpft. Bemerkenswert ist vielleicht noch, daß James Glickenhaus sich bereits vor einem Jahr mit seinem Film ,,Exterminator'' als durchtriebener Anhänger und Promoter des CIA ausgewiesen hat. Wer weiß, was er uns als Nächstes bieten wird? Vielleicht 'ne heiße Story, wie der CIA in Afrika Rohstoffvorkommen vor den Russen retten muß? Oder vielleicht mal eine Unterwasseraktion, um klar zu machen, daß die US-Konzerne auf ihre Schürfrechte in allen Weltmeeren wirklich großen Wert legen?

Fassanbass

Hessenwahl: Rot für Grün

Forts. von S. 1

Sie hat es den Kapitalisten so ungeheuer bequem gemacht, je nach Bedarf und politischer Zweckmäßigkeit jeweils die eine oder andere Variante des Regierens auszuwählen, indem man sie entweder zur CDU oder zur SPD hinschiebt. Sie ist zudem klein und billig, was meint, daß nur Wenige „bespendet" werden müssen. Nun aber könnte es passieren, daß sie zum Jubel der Volksmassen zu klein ist, und dann ist sie weg. Käme die FDP in Hessen unter 5 %, so ergäbe sich auch in Bonn die köstliche Situation, Genscher zu beobachten, wie er springen will, aber nicht kann. Deshalb: Geht zur Wahl, Leute! Denn je höher die Wahlbeteiligung, desto schwieriger wird es für die FDP.

Es bleiben die Grünen und die linken Magenschmerzen mit ihnen. Vielleicht haben sie vor einem halben Jahr eine historische Chance verspielt. Damals gab es noch die Situation, daß die SPD bereits abstürzte, aber die CDU noch nicht davon profitierte. Es schien nicht ausgeschlossen, Seite an Seite mit denen, die gemeinsam an der Startbahn gekämpft hatten, die das erste Volksbegehren in der BRD und die größte Demonstration in Hessen seit Kriegsende in Gang gesetzt hatten, einen Sprung nach vorn zu wagen. Ein solches Bündnis von Grünen und Alternativen hätte es möglicherweise geschafft, die Initiative, die jetzt bei Dregger liegt, an sich zu reißen, und die Friedens- und Ökologiebewegung in diesem Wahlkampf ganz anders zu mobilisieren, als es jetzt der Fall ist. Die Grünen lehnten ab. Sie taten dies sehr brüsk. Alexander Schubart, dem nach dem 26. September der Prozeß gemacht werden soll, wurde von der Kandidatenliste gestrichen; die Demokratischen Sozialisten und die Alternative Liste wurden beschimpft und beleidigt, wo sich eine Gelegenheit bot. Es wird sich später herausstellen, ob das klug und weitsichtig war.

Doch immer noch bleibt eine Rest-Chance, daß die CDU die absolute Mehrheit und die FDP die 5 % verfehlen. Dann wäre die SPD gezwungen, ohne Startbahn, WAA und Biblis C weiterzumachen oder aber eine große Koalition einzugehen (was den Grünen wie auch der außerparlamentarischen Opposition ziemlichen Auftrieb geben würde). In dieser Situation gibt es keine andere Alternative, als grün zu wählen. „Hamburger Verhältnisse", d.h. eine numerische Mehrheit von sozialdemokratischen und grünen Abgeordneten im Parlament, sind heute die einzige Möglichkeit, einen Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges (oder noch weiter) zu verhindern und eine Perspektive zu finden, die weiter nach vorn geht. Wenn auch die SPD-Führung sich mit Händen und Füßen gegen ein solches Ergebnis sträubt, wobei gerade Börner wie besessen um sich schlägt, und die Grünen nicht den Mut und die Klarheit besitzen, genau dies als Wahlziel anzustreben, so wissen wir doch, daß sich viele Wähler beider Parteien genau das wünschen.

Die Grünen sind keine Raketenpartei, sie sind keine Startbahnpartei, sie sind keine Atompartei und auch keine Unternehmerpartei. Im Vergleich zu den anderen drei sind sie sogar basisdemokratisch. So oder so werden sie ein neues und fortschrittliches Element in die hessische Landespolitik bringen. Und das wird Zeit.

KB/Hessen



Absender: ....

....

....

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—

○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—

○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

....

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.........................., den.............. ....
(Unterschrift)

Aufruf der »Revier«-Gruppe

zur Bildung einer Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten

Bundesweite Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten

Seit dem Gießener Kongreß läuft in der Initiative Demokratische Sozialisten (IDS) — mehr schlecht als recht — eine Debatte um das „Wie, wo und wann" einer Wahlbeteiligung. Während es sich auf den ersten Blick um eine rein taktische Fragestellung, wann man den Aufschlag zweckmäßigerweise plaziert, handelt, prallten stattdessen — ähnlich wie bei der Terminierung der Parteigründung — die unterschiedlichen strategischen Orientierungen und Politikkonzeptionen unvermittelt und teilweise unausgesprochen aufeinander.

Mit unserem Vorschlag verfolgen wir für die IDS zwei Intereressen:

1. Innerhalb der Demokratischen Sozialisten durch einen praktischen Konsens, der die Interessen verschiedener Strömungen berücksichtigt, die Kontroverse zu entkrampfen und so den Raum für eine argumentative Lösung zu schaffen.
2. Die IDS in der Wahlfrage nach außen handlungsfähig zu machen.

Zwei in der bisherigen Debatte dominanten Streitpunkte — Stellenwert einer Wahlbeteiligung für die Partei DS und Zeitpunkt einer Erstbeteiligung sind eh ausgeklammert.

Drei weiteren Problembereichen wäre bei einem konsensfähigen Vorschlag jedoch noch Rechnung zu tragen:
— Ist die politisch-organisatorische Eigenständigkeit der Partei DS gesichert?
— Ist eine ideologisch-organisatorische Dominanz der Grünen ausgeschlossen?
— In welcher Form wird die DKP beteiligt?

Deswegen schlagen wir, die Redaktion REVIER zur Diskussion innerhalb der IDS vor:

1. Die IDS ergreift die Initiative zur Gründung einer bundesweiten Wahlpartei aus Grünen, Alternativen und Sozialisten. Diese Wahlpartei wird direkt nach der Bundestagswahl, ähnlich wie die ADF 1969, wieder aufgelöst.

Begründung:
Die organisatorische Existenz und die politische Eigenständigkeit der Partei DS ist gesichert, ebenso wie eine Wahlbeteiligung ermöglicht wird.

2. Dem Namen dieser Partei muß entweder zu entnehmen sein, daß es sich um ein Bündnis von Grünen, Alternativen und Sozialisten handelt, oder er ist so zu wählen, daß sich alle Kräfte auf einen anderen übergeordneten Begriff einigen (Linksblock etc.)

Begründung:
So ist gesichert, daß bei einer Wahlbeteiligung die Partei DS nicht als ein Anhängsel der Grünen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zudem trägt eine solche Namensfindung den wirklichen Kräfteverhältnissen in der Linken Rechnung. Ohne das kontinuierliche Engagement von unabhängigen Sozialisten würden die meisten alternativen Listen nur über einen Bruchteil ihres Einflusses verfügen.

3. Die Beteiligung von Kommunisten wird sichergestellt, die Berücksichtigung der DKP als politischer Organisation offengelassen.

Begründung:
Damit ist ebenfalls der Giessener Beschlußfassung Rechung getragen, die auch das Verhältnis zur DKP offenläßt. Politisch signalisiert die DS zweierlei: Daß sie den bürgerlichen Antikommunismus nicht in seiner linken Variante — wie Teile der Grünen — pflegt und daß sie sich der besonderen Problematik eines Bündnisses mit der DKP bewußt ist.

Mögliche Träger eines Wahlbündnisses

Da bei der Bildung einer solchen Wahlpartei mit massivem Widerstand von Teilen der Grünen zu rechnen ist, sollte die IDS möglichst schnell die Bildung einer breiten „Initiative für ein bundesweites Wahlbündnis" anregen.

Angesprochen werden sollte für eine solche Initiative:
— die alternativen, bunten und grünalternativen Listen im Bundesgebiet;
— die versprengten, auf verschiedene Gruppen verstreuten Sozialisten (GIM, SB etc.);
— Einzelpersönlichkeiten aus der DKP;
— Einzelpersönlichkeiten aus der autonomen Frauenbewegung, dissidenten Kirchenkreisen, linksunabhängige Gewerkschafter und Wissenschaftler etc;
— Einzelpersönlichkeiten der Grünen, die sich schon öffentlich für ein solches Bündnis ausgespochen haben, wie der Abgeordnete Hasenclever;
— die Landesverbände Hamburg und NRW der Grünen.

Beide dürften aus teilweise unterschiedlichen Motiven ein Interesse an einem solchen Wahlbündnis haben. Die Hamburger haben sich schon im Frühjahr aus prinzipiellen Erwägungen für ein Wahlbündnis ausgesprochen; prominente Vertreter, wie Thomas Ebermann, haben diese Position auch in der Zwischenzeit mehrfach betont. Bei den NRW-Grünen ist ein solches Projekt aus zwei Gründen — möglicherweise — mehrheitsfähig. Einerseits sprechen sich auch hier eine Reihe profilierter Partei-Mitglieder wie Eckhard Stratmann und Klaus Timpe für eine möglichst enge Kooperation mit der IDS aus, andererseits stehen die NRW-Grünen unter dem schlichten Zwang der Tatsachen: In den Industrieregionen NRWs benötigen sie für die Kommunalwahl 1984, die Landtagswahl 1985 eher die Unterstützung der Sozialisten als umgekehrt. Und auch sie wissen, Kooperation war in der Politik noch nie eine Einbahnstraße.

Gelingt es, diese beiden Landesverbände für ein solches Bündnis zu gewinnen, so ist, unter Berücksichtigung der Rückwirkungen auf Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein Alleingang der Grünen fast ausgeschlossen.

Jedoch auch die organisierte Unterstützung „nur" des kleinen Hamburger Landesverbandes darf vom moralisch-politischen Gewicht her nicht unterschätzt werden.

Initiative für eine bundesweite Wahlpartei

Diese „Initiative für eine bundesweite Wahlpartei" hätte im wesentlichen zwei Aufgaben zu lösen:
— den Monopolanspruch der Grünen auf die parlamentarische Vertretung der Systemoppositionellen wirksam zu widerlegen;
— die inhaltlichen und organisatorischen Bedingungen zur Konstituierung einer solchen Wahlpartei zu schaffen.

Der Monopolanspruch der Grünen, der auf kommunaler Ebene schon wirksam zurückgewiesen wurde, kann u.a. durch zwei Mittel widerlegt werden.

1. Eine Serie kommunaler Veranstaltungen zum Thema „bundesweites Wahlbündnis", die in der Bildung lokaler Listen ihren Abschluß finden können.
2. Einer bundesweiten Unterschriftensammlung in der systemoppositionellen Bewegung, um dem Willen der Basis einen Ausdruck zu verleihen.

Die inhaltlich-organisatorischen Bedingungen können durch die Benennung von plural zusammengesetzten Kommissionen zu den einzelnen Programmbereichen, zu den organisatorischen Modalitäten geschaffen werden. Die Vorlagen sollten so rechtzeitig erstellt werden, daß Korrekturen „von unten" noch möglich sind.



Zum Vorgehen der IDS

Da dieser Vorschlag den verschiedenen Strömungen in der IDS Rechnung trägt und zudem dem Kompromiß von Gießen entspricht, bräuchte der Bundeskoordinierungsausschuß ein Votum des Parteigründungskongresses nicht abwarten. Von seiner Seite könnten von daher folgende Schritt zur Realisierung eines bundesweiten Wahlbündnises eingeleitet werden:
— Benennung einer Verhandlungskommission, in der die wesentlichen Strömungen der IDS vertreten sind, mit dem Arbeitsauftrag
1. den Textvorschlag für eine solche Unterschriftensammlung in Anlehnung an den Gießener Beschluß zu erarbeiten,
2. die oben aufgeführten Gruppen und Personen zu einer ersten Gesprächsrunde einzuladen,
3. mit den Grünen Hamburg und NRW schon im Vorfeld gesonderte Gespräche aufzunehmen,
— eine Aufforderung an die IDS-Gruppen, lokale Veranstaltungen unter Berücksichtigung aller linken Kräfte zum Wahlbündnis durchzuführen;
— die Organisierung von geeigneten Materialien in die Wege zu leiten;
— Vorbereitung eines bundesweiten Treffens der IDS Mitte Oktober / Anfang November, auf dem geklärt wird, in welcher Form und mit welcher Stoßrichtung die Demokratischen Sozialisten sich auf die kommenden Bundestags-Wahlen beziehen;
— über das Bundesbüro einen entsprechenden Referentendienst organisieren.

So könnte neben der Arbeit in der IDS an einem weiteren Punkt der viel beklagte Binnenbezug der DSler gebrochen werden, die DS als politischer Faktor in der Linken sichtbar werden.